Chile: Eine Diktatur vor dem Ende? S. 37



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 246, 7.5.84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



aus: The Third World War

Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt

Von Zeit zu Zeit fällt der Bub mit seinem Gequengel der Familie ganz schön auf die Nerven. Eigene Atomwaffen will der Bub haben oder wenigstens eine echte atomare Mitbestimmung. Von Zeit zu Zeit muß der Bub dann eins auf die Finger oder auch schon mal auf's Maul kriegen. Danach ist er eine Weile lang still. Aber irgendwann ist er wieder da mit seinem Gequengel.

„Europäische Atomstreitmacht" heißt seit den frühen 60er Jahren die Parole, mit der die CDU/CSU von Zeit zu Zeit ihre Vertreter vorschickt, um auszutesten, ob nicht doch endlich der Moment gekommen ist, einen deutschen Finger an den Druckknopf zu kriegen, mit dem der Atomkrieg ausgelöst werden kann. Jetzt, da die „Nachrüstung" unter Dach und Fach ist, scheint wieder einmal die Gelegenheit zu einem Vorstoß auf das alte Ziel als günstig zu gelten. Nachdem man im Januar einen hohen Polizeifunktionär aus München als Minenhund auf die Reise geschickt hatte (vergl. AK 243, S. 1 und 19), tritt jetzt Jürgen Todenhöfer, der rüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU, in den Ring. „Eine europäische Atomstreitmacht als zweite Säule" fordert er in Springers „Welt" (17.4.).

Zwei Argumente führt Todenhöfer als Begründung an:

1. Zwar haben wir *„das feste Vertrauen"*, daß unsere französischen und britischen „Freunde" von ihren Atomwaffen *„stets den richtigen Gebrauch machen werden"*. In Wahrheit aber vertrauen wir unseren „Freunden" eben doch nicht: **„Es gibt keine echte Garantie, daß bei einer französischen nuklearen Einsatzvorbereitung die deutschen Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Unser Land verfügt heute daher nur über eine drittklassige Sicherheit"**. Das mag, sagt Todenhöfer, in den 60er Jahren *„aus geschichtlichen Gründen noch verständlich gewesen sein." „Für meine Generation"* jedoch — Todenhöfer ist noch ein paar Jährchen jünger als der Bundeskanzler — *„ist das nicht hinnehmbar"*. Hitler und Auschwitz, alles schön und gut, aber das ist lange her und wir sind schließlich wieder wer. Außerdem: Wer für „Europa" so große „finanzielle Opfer" bringt wie wir, darf für sein gutes Geld auch mal was sehen wollen.

Fortsetzung auf Seite 2

Alles Heilige wird entweiht

FKF eröffnete den FKK des Kapitals, und es war schon atemberaubend, wie sich die Industriekapitäne natürlich und ohne jede Scheu vor aller Augen auszogen. Eher kümmerlich dagegen wirkte, was ihre Mitdarsteller aus dem Bonner Kabarett bisher zu bieten hatten. Die chronischen Gedächtnislücken („Flick? Den Nahmen habe ich habe ich schon mal gehört".), die mathematischen Schwächen („einige zehntausend Mark... ja, es kann auch eine halbe Million gewesen sein"), die schüchternen Distanzierungsversuche („widerspricht unserer politischen Kultur") der Politiker machten den Eindruck eines laienhaften Begleitprogramms. Doch blitzartig hat sich die Szene gewandelt. Jetzt spielen die Empfänger die Spender an die Wand.

Wer hätte in der deutschen Parteienlandschaft eine so mitreißende Show erwartet? J.R. verblaßt, Denver ist vergessen. Die neue Serie heißt „Bananas". Vorhang frei für die große Politik! Die Spannung steigt, die Stars der Regierung lassen die letzten Hüllen fallen. Hans Dietrich Genscher and the one and only Dr. Helmut Birne amnestieren sich selbst und ihre Gefährten. Mitten in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und als Auftakt einer Steuer-„Reform". Bravourös!

Mit prickelnder Empörung und wohligen Schaudern harren wir der Fortsetzung dieses Stücks, das sich die Nominierung für den Filmpreis („Bambi") redlich verdient hat. Wie wird es weitergehen? Naht die Apoklypse? Der grüne Engel mit dem Flammenschwert, der vom Himmel niederfährt und schreit mit großer Stimme und spricht: *„Sie ist gefallen, Babylon, die große, und eine Behausung der Teufel geworden und ein Behältnis aller unreinen Geister und ein Behältnis aller unreinen und verhaßten Vögel"*?? Leider nein! Leider haben die Grünen erstens keine mächtige Stimme, zweitens geschworen, nie zum Schwert zu greifen (drittens fragt sich, ob sie wirklich Engel sind bzw. bleiben), und außerdem gibt es noch eine Vielzahl weitere Gründe, die gegen diese Inszenierung sprechen.

Das Programm folgt vielmehr minuziös der Offenbarung zweier anderer Apostel aus dem letzten Jahrhundert. Das Autoren-Paar, das zeitweise recht lieblos behandelt wurde, kann ein glänzendes Come-back feiern. Brandaktuell lesen wir, nein verschlingen wir die pro-
lesen wir, nein verschlingen wir die pro-
phetischen Worte: *„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoise-Klasse verwaltet. Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriachalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'wahre Zahlung'* (mitunter auch mit dem bargeldlosen Scheck — Anm. AK). *Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die* e i n e *gewissenlose Handelsfreiheit* (in Steuerfreiheit — Anm. AK) *gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt".*
Und, so ist in aller Bescheidenheit anzufügen: den Parlamentarier in ihren Spendenempfänger.

Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, der Abgeordnete seine Stimme. Es ist das — wohlgemerkt: revolutionäre! — Verdienst der Flick, Brauchitsch, Lambsdorff, Genscher, Kohl, Strauß, Apel, Matthöfer und (aber sicher doch!) Schmidt, die ehrwürdige Tätigkeit des deutschen Bundestages ihres Heiligenscheins entkleidet zu haben. Es ist ihr — wohlgemerkt: revolutionäres! — Verdienst, die große Idylle unserer Zeit, die Idylle vom freien Westen, die Idylle von der bürgerlichen Demokratie mit bemerkenswerter Gründlichkeit zu zerstören.

„Alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen".

De. /Frankfurt

Rückblicke auf den 3. Weltkrieg

Der 3. Weltkrieg beginnt am 4. August 1985. Er dauert drei Wochen und endet mit dem totalen Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. So steht es jedenfalls in einem Buch des britischen Ex-Generals Hackett, das als „Lieblingslektüre" des US-Präsidenten bekannt geworden ist.

Es könnte aber auch so sein: Der 3. Weltkrieg dauert nur 48 Stunden. Diese 48 Stunden reichen der Sowjetunion aus, um in einem Überraschungsangriff die gesamte BRD zu überrollen und zu besetzen. Die NATO, die ihre Ohnmacht bewiesen hat, zerfällt. Das Ende der Freien Welt ist gekommen! So beschreibt es der belgische Ex-General Close in seinem Buch „Europa ohne Verteidigung?".

Wie sich Generäle den Krieg vorstellen, wenn sie durch widrige Umstände daran gehindert sind, ihn praktisch führen zu dürfen, wird in diesem AK an einigen Beispielen ein bißchen näher betrachtet. Wer sich für den neudeutschen Nationalismus begeistert, wird voll auf seine Kosten kommen: Alle Kriegsfiktionen spielen in Deutschland. Wenigstens werden wir noch einmal im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit stehen.

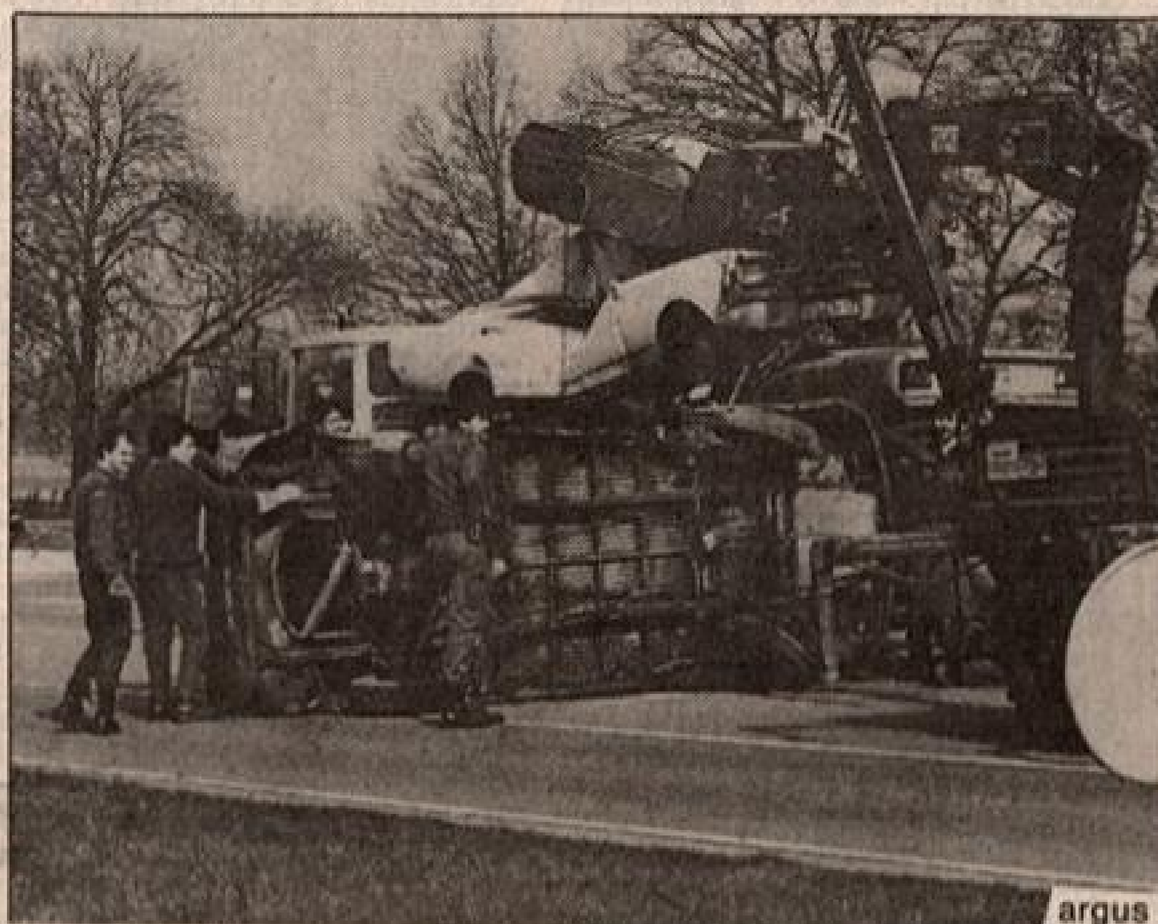
Weiter auf den Seiten 8-10

Ja zum Streik

Es ist geschafft. Nach Dutzenden von Verhandlungen und zwei Spitzengesprächen haben 80% der abstimmungsberechitgten Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden am 3. und 4. Mai mit Ja für Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gestimmt. Ihr Vorstand entscheidet noch in dieser Woche, wann und in welchem Ausmaß der Streik beginnt. Vorher wird noch das Ergebnis der hessichen Urabstimmung vorliegen. Die IG Metall hat mit diesem Ergebnis im kampfstärksten Bezirk eine wesentliche Hürde im diesjährigen Arbeitskampf genommen, deren Überspringen lange Zeit im Ungewissen lag.

Die bürgerliche Hetzpresse verbreitet gehässige „Gerüchte" über „Manipulationen" bei der Urabstimmung. Gesamtmetallvorsitzender Thiele behauptet gar, das Ergebnis sei kein Streikauftrag sondern Aufforderung zu neuen Verhandlungen — der Mann kennt den Stimmzettel nicht, auf dem ein JA oder NEIN zum STREIK für die Forderung anzukreuzen war.

Fortsetzung auf Seite 3


argus

Zwischen drei- und fünftausend Menschen nahmen an der Blockade des Wendlands am 30. April teil und schlugen vielerorts mit überraschenden Aktionen der Polizei ein Schnippchen. Und diesmal blieb es nicht bei symbolischen Blockaden.

Weiteres auf der Seite 6

Staat contra Friedensbewegung

400.000 bis 600.000 Menschen waren bei den diesjährigen Ostermärschen für den Frieden unterwegs: Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden, symbolischen Aktionen des zivilen Ungehorsams, die Mehrzahl davon symbolisch, gewaltfrei und friedlich bis zum Volksfestcharakter kennzeichneten die Seite der Protestierenden.

Anders die Polizei und die „Sicherheitskräfte": in Garstedt räumte sie ab, brutal wie eh und je, als habe es die friedliche Idylle des „heißen Herbstes" nie gegeben. In Mutlangen wurde sogar von einem NATO-Soldaten — zwar nur in die Luft — aber immerhin geschossen. Was ist nur mit der Polizei los? War die Zurückhaltung während des „heißen Herbstes" nur ein Betriebsunfall? Kommt jetzt ihr eigentlicher Charakter wieder hervor? Oder gibt es zwischen der „De-Eskalations"-Linie vor und während der Herbst-Aktionswochen und dem heutigen Einschreiten einen inneren Zusammenhang? Welchen? Eine Analyse dieser Fragen wird auf den Seiten 11-15 versucht unter dem Thema: „Abrüstung der Friedensbewegung — Zur Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung."

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt

2. Die Einbeziehung des Weltraums in die „Verteidigungsplanungen" der beiden „Supermächte" bringt *„das gesamte gegenwärtige Abschreckungssystem ins Wanken"*. Die „Atomgarantie" der USA wird zweifelhaft. *„Die europäischen NATO-Mitglieder werden daher selbst zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre eigene Sicherheit unter den sich abzeichnenden technologischen Veränderungen zu gewährleisten. Es ist daher an der Zeit, durch die Schaffung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht das westliche Bündnis auf zwei tragfähige Säulen, eine europäische und eine amerikanische, zu stellen."*

Die europäische Atommacht soll, wie der Name schon sagt, selbstverständlich aus den vorhandenen und zukünftigen Waffen Großbritanniens und Frankreichs bestehen. Sie soll aber zusätzlich, und das ist der ganz besondere Pfiff von Todenhöfers Projekt, außerdem die neuen US-Raketen (Pershing 2 und Cruise Missile) integrieren. Die europäische Atommacht würde dann, so Todenhöfer, unter Einberechnung der geplanten britischen und französischen Neuanschaffungen über rund 1.800 „Gefechtsköpfe mit strategischer Qualität" — die also die Sowjetunion bedrohen können — direkt verfügen.

Nun sind wir ja nicht gerade neu in dem Geschäft und erinnern uns noch an den Krawall, mit dem Mitte der 60er Jahre schon einmal die Pläne einer europäischen Atomstreitmacht untergingen. Also müssen wir uns irgendetwas einfallen lassen, um uns an die heikle Frage des E i n s a t z b e f e h l s *über diese Waffen heranzutasten. Wir wollten, rät Todenhöfer,* **„die damals gemachten negativen Erfahrungen nutzen und statt einer p e r f e k t e n Lösung zunächst schrittweise vorgehen."** Nämlich: Erst einmal könnte für die Vorbereitung der Einsatzplanung ein Gremium der europäischen NATO-Mitglieder geschaffen werden, in dem auch die USA Sitz und Stimme haben würde. *„In einer Übergangszeit bliebe die Einsatzverantwortung — nach Beratung mit allen Mitgliedern des Exekutivgremiums — zunächst bei Frankreich, Großbritannien und den USA, und zwar jeweils für ihre eigenen Waffensysteme." „In einer zweiten Phase könnte dann ... die Einsatzkontrolle auf das Exekutivgremium als Ganzes übertragen werden."*

Ja, soweit für heute. Da, wo es im Sinn seines Vorschlags überhaupt erst Ja, soweit für heute. Da, wo es im Sinn seines Vorschlags überhaupt erst interessant werden müßte, bricht Todenhöfer diesmal seine Ausführungen einfach ab. Darüber später mal mehr, „schrittweises Vorgehen" und so, logo. — Den Einsatzbefehl über 1.800 strategische Atomwaffen einem solchen Gremium zu übertragen, ist militärisch nicht gerade ein praktikabler Schritt. Es sei denn, man will die Entscheidungszeiten erheblich verlängern und dem Einsatz der Waffen komplizierte Hindernisse in den Weg legen. Das wäre zwar ein Schritt in eine vernünftige Richtung — je mehr Leute mitentscheiden dürfen, umso unwahrscheinlicher wäre der Einsatz der Waffen! —, aber entspricht ganz bestimmt nicht den Intentionen Todenhöfers. Die von ihm vertretene politisch-militärische Richtung will ja nicht die „A n h e b u n g der Atomschwelle", sondern im Gegenteil deren Festhalten auf niedrigem Niveau. Anders gesagt: Hinter Todenhöfers Forderung steht nicht die Furcht, daß „unsere Freunde" zu leichtfertig, sondern daß sie zu zögerlich mit der Androhung eines Atomwaffen-Einsatzes sein könnten.

Gänzlich unbeantwortet bleibt die alte Streitfrage, wie Entscheidungen getroffen werden könnten, falls in dem Exekutivgremium keine Übereinstimmung erreicht wird. In Wirklichkeit ist aber genau diese Situation — nämlich die Annahme von Interessenkonflikten zwischen der BRD einerseits und „unseren Freunden" andererseits — die e i n z i g e, die überhaupt so ein Gremium sinnvoll (sinnvoll im Sinne Todenhöfers und seiner Freunde, versteht sich) machen würde. Im Prinzip gibt es für diesen Fall die Modelle der Mehrheitsentscheidung und des Veto-Rechts. Das Prinzip des Veto-Rechts (jedes einzelnen NATO-Mitglieds oder jeder NATO-Streitmacht für die von ihr eingebrachten Waffen) wäre in der Praxis dazu angetan, jede Entscheidung und damit auch den Einsatz zu blockieren. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung wiederum macht nur dann Sinn, wenn man sich Chancen ausrechnet, die BRD könnte zusammen mit anderen NATO-Staaten Mehrheiten gegen irgendwen von „unseren Freunden" bilden und diesen wider seinen Willen zur Freigabe der von ihm eingebrachten Atomwaffen veranlassen. Das ist nun aber so ziemlich genau das, was jede Atommacht unbedingt zu vermeiden versucht und im eigenen Interesse vermeiden m u ß.

Die Forderung von Todenhöfer ist folglich absolut unrealistisch, und er ist sich höchstwahrscheinlich darüber im klaren. Es bleiben zwei Deutungsmöglichkeiten offen. Die Harmlosere: Nach der Methode des Feilschens legt Todenhöfer erst einmal eine sehr hohe Forderung vor, um in der Praxis etwas viel Geringeres, sagen wir mal eine stärkere bundesdeutsche Beteiligung an der Einsatzplanung, wie sie derzeit von manchen Politikern ins Gespräch gebracht wird, durchzusetzen. Und die gefährlichere Deutung: Die Forderung nach einer europäischen Atomstreitmacht und einem integrierten Exekutivgremium soll propagandistisch ins Spiel gebracht werden, um — nach dem unvermeidlichen Scheitern — eine bessere Ausgangsbasis für einen neuen Anlauf zu nun wirklich e i g e n e n Atomwaffen der BRD zu bekommen. Es wird interessant sein, wer und in welcher Form demnächst Todenhöfers Ball aufnehmen wird, um die Sache weiter voranzutreiben. D a ß diese Debatte weitergehen wird, scheint jedenfalls ziemlich sicher, nachdem die bisherigen beiden Vorstöße nicht einmal auf Spurenelemente von öffentlichem Protest gestoßen sind.

Friedenskonferenz in Köln beschließt Aktionsrahmen

Am 5. und 6. Mai fand in Köln eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung mit etwa 800 Teilnehmern statt. Neben der Diskussion über verschiedene Positionen (zur Frage der NATO-Mitgliedschaft, der sowjetischen Gegenmaßnahmen, zur Frage einer „blockübergreifenden Friedensbewegung") stand vor allem die Aktionsplanung für den Herbst 1984 auf dem Programm. Erklärtes Ziel aller Strömungen war dabei, zu einem sogenannten integrierten Aktionskonzept zu kommen, in dem unterschiedliche Aktivitäten ihren Platz haben sollten, um damit eine gemeinsame Trägerschaft des gesamten Programms zu ermöglichen.

Es wird sich allerdings noch zeigen müssen, ob das mehrheitlich verabschiedete Konzept (wir drucken das Dokument im Wortlaut ab) tatsächlich einen für alle tragfähigen Kompromiß darstellt. Ausgangssituation waren verschiedene Vorstellungen über zentrale Aktionen in diesem Herbst: Das Komitee für Grundrechte und zahlreiche Prominente hatten einen Menschenkette von Flensburg bis Berchtesgaden quer durch die Bundesrepublik vorgschlagen. Zusammen mit den kirchlichen Gruppen hatte man sich dann auf eine „kürzere" Menschenkette geeinigt, die nach Möglichkeit von den holländischen und belgischen Cruise Missiles-Standorten nach Mutlangen reichen sollte. Das DKP- und KOFAZ-Spektrum, die Jusos und sozialdemokratische Vertreter, zu denen sich schließlich auch Jo Leinen vom BBU gesellte, wollten 3 regionale Großkundgebungen. Bei den Jusos und dem KOFAZ-Spektrum spielten dabei auch Bedenken gegen die Aktionsform von Menschenketten eine Rolle, obwohl sie im Sinne einer besseren „Kompromißfähigkeit" anboten, in diese regionalen Großaktionen Menschenketten zu integrieren. Beide Seiten gingen zu Recht davon aus, daß die jeweils andere Konzeption nicht eine solche Ausstrahlungskraft haben dürfte wie es ähnliche Aktionen im letzten Jahr - vor Beginn der Stationierung - noch hatten. Aber daß eine solche zentrale Großaktion hermüsse, war für beiden Seiten unumstößlich. Im Ergebnis hat sich nun eine Mehrheit für drei Regionalaktionen ausgesprochen. Auch wenn hinzugenommen wurde, daß im nächsten Jahr anläßlich des 5.Mai (30 Jahr Mitgliedschaft der BRD in der NATO) oder des 8.5. (40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus) eine bundesweite Großaktion stattfinden soll - und niemand zweifelt daran, daß es dann entgültig die größte aller Menschenketten werden soll, ist trotzdem dieser Beschluß für die Anhänger des Menschenkettenprojektes umstritten. Die Misere ist offenkundig, denn es gibt zwar einen Beschluß, aber noch überhaupt keine konkreten Festlegungen für die ganz zentralen Großaktionen. Dies ist an die Regionalkonferenzen überwiesen wrden, die innerhalb der nächsten 4 Wochen darüber befinden sollen. Einige kirchliche Gruppen waren deshalb sogar dafür, auf ein Angebot der Fulda-Gruppen und des unabhängigen Spektrums einzugehen, statt einer weiteren Aktion im Oktober dann doch lieber eine gemeinsame Abschlußaktion im September im Fulda-GAP zu planen. Die Unabhängigen ihrerseits hatten 3 Schwerpunkte für diesen Herbst vorgeschlagen (s. das Papier dazu in diesem AK): eine zentrale Solidaritätsaktion zu Nicaragua, Verweigerungstage mit Protestaktionen gegen die geplante Bundeswehrausweitung und Behinderungsaktionen zu den Manövern in Hildesheim und im Fulda-GAP mit zentralen Abschlußaktionen. Tatsächlich sind alle diese Vorschläge im Aktionskonzept aufgenommen worden, mit Erklärungen und Zusagen aus allen Spektren, daß diese Aktivitäten gemeinsam getragen werden sollen. Daß ermöglicht es zumindest, überall in der Friedensbewegung um aktive Unterstützung der Aktivitäten zu werben, wieweit allerdings tatsächliche Anstrengungen dazu von allen unternommen werden, steht auf einem anderen Blatt. Noch immer gilt dort die Vorstellungen, daß wirkliche Massenaktionen zeitlich und örtlich und aktionsmäßig getrennt von konkreten Protesten (wie bei einem Manöver oder wie zur Verweigerung) stattzufinden hätten. Zwar sind es häufig Bündnisrücksichten (mit SPD- oder Gewerkschaftskreisen) bzw. eigene Bedenken, im offiziellen Sprachgebrauch heißt es dann aber, bei einer Massenaktion müsse jedem ein „Zugang" zu diesen Aktion geöffnet werden, bzw. im DKP-Jargon ist das die „radikalste" Aktion, an der jeder teilnehmen könnte. Andererseits sind solche Aktionen (im bestimmten Rahmen) anerkannter Bestandteil im Bündnis der Friedensbewegung. Die Unabhängigen hatten zwar erklärt, daß sie nicht davon ausgehen würden, daß die vorgeschlagenen Großaktionen zu einer weiteren Perspektive der Friedensbewegung beitragen würden, andererseits aber ihre Bereitschaft erklärt, beim Zustandekommen eines gemeinsamen Aktionsprogrammes eine solche Aktionsplanung zu tolerieren. Gleichzeitig wurde angeboten, zu einer gemeinsamen zentralen Aktion ersatzweise im Fulda-GAP zu kommen, bzw. wenn etwa unbedingt noch eine weitere regionale Aktion im Norden unverzichtbar erscheint (wie es Jusos und DKP forderten), dann eine weitere gemeinsame Demonstration in Hildesheim ins Auge zu fassen. Das würde dann auch zu einer großen Nicaraguasolidaritätsaktion zugute kommen.

Eine Aktionsplanung ist also auf der Konferenz beschlossen worden, die Diskussion darüber, was und wie tatsächlich und vor allem erfolgreich durchgeführt kann, ist damit alles andere als abgeschlossen.

Resolution zu den sowjetischen Rüstungsmaßnahmen

Die Friedensbewegung tritt ein für die Ächtung und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West. Unser Kampf gegen die Atomwaffen und atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist eine notwendige Reaktion auf das bereits vorhandene atomare Potential und den Versuch der USA und der NATO, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion und unter Ausnutzung modernster Technologien eine Erstschlagsfähigkeit zu erlangen. Diese Politik der Stärke ist bis heute der Hauptgrund für den Rüstungswettlauf und die damit verbundene Kriegsgefahr.

Die Sowjetunion beteiligt sich an diesem Rüstungswettlauf. Und obgleich die sowjetische Rüstung im globalen Maßstab auf die Politik militärischer Überlegenheit reagiert, tragen die Rüstungsmaßnahmen der WVO — insbesondere die Aufstellung neuer operativ-taktischer atomarer Raketen erhöhter Reichweite in der CSSR und der DDR — zur Destabilisierung der Situation bei; d.h. machen sie unsicherer.

Die Reduzierung der Vorwarnzeit und die Zielgenauigkeit moderner Raketenesysteme verstärken in gefährlichen Krisensituationen die Tendenz, vermeintlichen oder realen gegnerischen Kriegsplanungen mit präventiven Einsätzen zuvorzukommen. Viele von uns befürchten, daß damit der von der Sowjetunion einseitig erklärte Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen in Frage gestellt wird.

Angesichts der Entwicklung technischer Möglichkeiten moderner Waffensysteme wird das „Gleichgewicht des Schreckens" und auch die sowjetische Doktrin der „gleichen Sicherheit" abgelöst durch ein System der „gleichen, größer werdenden Unsicherheit".

Weil jedes neue atomare Waffensystem destabilisierend wirkt, fordern wir:

Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs in Westeuropa, Rücknahme der sowjetischen Maßnahmen SS 22 und SS 23.

les und Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs in Westeuropa, Rücknahme der sowjetischen Maßnahmen SS 22 und SS 23.

Unsere Forderung an die WVO-Staaten verstellt uns nicht den Blick für die Notwendigkeit, einen Stopp der Aufrüstung in Westeuropa und den USA — auch einseitig — durchzusetzen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Hierin vor allem liegt der Schlüssel zur Beendigung des Wettrüstens in Ost und West.

Auch auf der Mai-Aktionskonferenz der Friedensbewegung konnten hitzige Debatten über die sowjetischen Gegenmaßnahmen nicht ausbleiben. Auf der Aktionskonferenz im Februar hatte ja der Streit darüber fast zum Eklat geführt. Die Pressemeldungen dazu waren schon voreilig über den Ticker gelaufen. Im Februar hatte der Streit damit geendet, daß in der Abschlußresolution 3 unterschiedliche Positionen dazu festgehalten worden waren. Auf dieser Konferenz nun wurde trotz heftigen Streites in der zu diesem Thema eingerichteten Arbeitsgruppe am Schluß bei nur wenigen Gegenstimmen, fast einhellig also, eine „gemeinsame" Resolution zu dem Thema verabschiedet, die wir hier wiedergeben. Diese so „ausgewogene" Resolution schaffte Sieger auf allen Seiten. Für das KOFAZ-Spektrum war die Verhinderung einer eindeutigen Verurteilung dieser Gegenmaßnahmen (Pardon:es muß jetzt „Maßnahmen" heißen) Grund zur Zustimmung. Daß jede Maßnahme im Rüstungswettlauf, genauer gesagt der Rüstungswettlauf selbst, zur weiteren „Destabilisierung" beiträgt, ist unumstritten. Für SPD-Vertreter, kirchliche Gruppen u.a. stellt diese Resolution einen großen Schritt in Richtung genereller Ablehnung sowjetischer Atom-Rüstung dar, wie sie ausführten. Nur die Grünen mochten sich diesem Bild nicht anschließen. Vollkommen zu recht wiesen sie darauf hin, daß solche jeweils interpretationsfähigen Formelkompromisse den nach wie vor bestehenden grundsätzlichen Widerspruch bei der Beurteilung dieser Maßnahmen bestenfalls verkleistern. Es wäre ja auch ein Wunder oder ein für Dummverkaufen des Publikums, wollte man plötzlich innerhalb von 3 Monaten von grundsätzlich unterschiedlichen Beurteilungen zur großen „Einheitlichkeit" gefunden haben. Den Grünen ging und geht es bei ihrer Kritik daran aber darum, eine eindeutige Verurteilung der sowjetischen Atomrüstung auch über eine offene Spaltung der Friedensbewegung durchzusetzen und andererseits war einigen die Resolution zu wenig „ausgewogen", allzusehr wird der „Schlüssel" für die Beendigung des Wettrüstens in der NATO und nicht blockübergreifend angesiedelt. Allerdings geht es Initiatoren einer gemeinsamen Resolution ebenfalls darum, generell gegen sowjetische Atomrüstungsmaßnahmen Front zu beziehen. In einem Papier erklärten die Vertreter von Aktion Sühnezeichen im Koordinationationsausschuß Ende Februar, daß für sie bzw. „viele...die eindeutige Verurteilung der Stationierung auch der sowjetischen Nuklearwaffen in der DDR/CSSR die Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in den Gremien und Konferenzen der Friedensbewegung" sei. Weil in der (im Februar) verabschiedeten Erklärung die unterschiedlichen Positionen dazu benannt seien, würden sie „auch als legitime Positionen anerkannt werden. Dies geht nicht. Eine Anerkennung irgendeiner Atomwaffe - egal wo sie stationiert ist - ist der Friedensbewegung nicht möglich", andernfalls würde der Grundkonsens der Friedensbewegung zerstört. Nun hat eine solche Toleranz gegenüber NATO-Atomwaffen Aktion Sühnezeichen noch nie so heftig reagieren lassen, im Gegenteil wurde sogar Willi Brandt von ihnen einmal ein „Nein ohne jedes Ja" und damit die Berechtigung für eine Abschlußrede auf der Bonner Kundgebung zugesprochen. Aktion Sühnezeichen hat dann allerdings (im Unterschied zu den Grünen Vertretern) darauf verzichtet, diesen Vorstoß auf dieser Aktionskonferenz zur Entscheidung zu stellen zugunsten eines zweifelhaften Unternehmens einer Resolution mit Formelkompromissen. Über die Zielrichtung und Absichten dabei im Hinterkopf sollte man sich keinen Zweifeln hingeben.

Aktionsplanung für den Herbst

Die Friedensbewegung hat die politische Kultur unseres Landes verändert. Sie ist aufgefordert, den politischen Widerstand gegen die Raketenstationierung und Rüstungspolitik in vielfältigen und phantasievollen Formen und Aktionen gemeinsam Ausdruck zu geben. Dabei gilt es, die Ablehnung der Raketenstationierung in der Bevölkerung zu festigen und auszubauen und in aktives politisches Handeln zu verwandeln, bei direkten gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams, der Verweigerung, Massenaktivitäten und symbolischen Aktionen.

Wir rufen auf zu einem gemeinsamen Friedensherbst vom 1. Sept. bis 24. Nov. 1984.

1. Antikriegstag am 1. September
2. Aktionen zu den Herbstmanövern
   Alle Friedensgruppen sind dazu aufgefordert, sich an den Vorbereitungen und der Gestaltung dieser Aktionen gegen die Manöver im Fulda-GAP und in Hildesheim auf den Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen.
   Für Ende September im Fulda-GAP und der Woche vom 17.9.-23.9.84 im Raum Hildesheim sind Friedenscamps und Manöverbehinderungsaktionen geplant. Als zentraler Abschluß ist ein Menschennetz im Manövergebiet im Fulda-GAP bzw. eine zentrale Demonstration im Raum Hildesheim vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereitungskonferenz am 27.5. in Hannover statt.
3. Friedenstage des Protestes, Widerstandes und der Verweigerung im Herbst insbesondere Aktionstage an den Schulen, Universitäten und Betrieben zur Vorbereitung der Großaktionen.
4. Regionale Großaktionen mit Menschenketten am 20. Oktober, die den politischen Zusammenhang mit Kernforderungen der Friedensbewegung symbolisieren.

Die Aktionskonferenz schlägt vor:

In der Region Mitte:
   Um unsere Verbindung von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung auszudrücken:
   Menschenkette im Ruhrgebiet mit abschließender Kundgebung.

Im Süden:
   Um den weitergehenden Widerstand gegen die Raketenstationierung zum Ausdruck zu bringen:
   Großaktion, die die Stationierungsorte einschließt.

Im Norden:
   Um den Widerstand gegen die Militarisierung und gegen aggressive Kriegsführungsstrategien deutlich zu machen:
   Großaktion, die die Orte der Militarisierung zum Gegenstand hat.

5. Solidaritätsaktionen mit Nicaragua am 3. November
6. Friedenswochen der kirchlichen Gruppen vom 11. bis 21. November
7. Tage der Verweigerung vom 22.-24.11.
   Wir bitten die Friedensbewegung in den drei Regionen, auf gemeinsamen Friedensversammlungen dieses integrierte Aktionskonzept zu diskutieren und zu konkretisieren. Der KA wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die regionalen Großaktionen miteinander verknüpft werden. Zugleich soll er mit den Friedensbewegungen in Holland und Belgien eine Verknüpfung mit den dortigen Aktivitäten gegen die Stationierung absprechen.
8. Eine überregionale Großaktion soll für den Mai '85 anläßlich der Jahrestage zur NATO-Mitgliedschaft oder zu Ende des 2. Weltkrieges stattfinden.

Auf der Kölner Aktionskonferenz am 5./6. Mai 1984 mehrheitlich verabschiedet.

Einladung zur Nordkonferenz der Friedensbewegung

Aktionskonferenz zur Behinderung der NATO-Herbstmanöver in Niedersachsen

Niedersachsen soll auch in diesem Jahr auf den kommenden Krieg in Europa ‚eingestimmt' werden: In den diesjährigen NATO-Herbstmanövern ‚Lionheart', ‚Roaring Lion', ‚Weiße Birke' und ‚Cold Fire' soll zwischen dem 3. September und 12. Oktober 1984 wieder einmal der Krieg ‚geprobt' werden! Und im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat die NATO ihr kriegerisches Arsenal noch verstärkt: Über eine Viertel Million Soldaten (!) mit modernsten Boden- und Luftwaffen sind an diesen Manövern beteiligt. Soldaten und Bevölkerung sollen sich wieder stärker an das Bild von Panzern, Jagdbombern, von marschierenden Truppen und Krieg gewöhnen. Die Manöver (wurden und) werden jedes Jahr quantitativ und ‚qualitativ' (Airland Battle) gesteigert, der Übergang von Manövern zum Krieg ist dann nicht mehr weit (nicht ohne eine gewisse ‚Selbstreflexion' unterstellt die NATO dem Warschauer Pakt, er könne aus einem Großmanöver zu einem Angriffskrieg übergehen: ‚Dieser Gedanke kann einer NATO-‚Forward-Defense' oder einem Air-Land Battle Konzept auch nicht ganz fremd sein!!!).

Nachdem erste Informationen über die diesjährigen gigantischen Herbstmanöver im Raum Hildesheim / Hannover bekannt wurden, fand Anfang April ein erstes Vorbereitungstreffen zur Behinderung der NATO - Herbstmanöver in Hannover statt. Die Idee, gegen diese Manöver eine breit angelegte Kampagne mit entsprechenden Behinderungsaktionen zu starten, wurde von allen Anwesenden dieses Treffens begrüßt. Man einigte sich zunächst auf folgende Vorschläge: Es soll ein zentrales Informationscamp im Manövergebiet (Raum Hildesheim) eingerichtet werden, das im Rahmen einer Aktionswoche (gedacht ist an die Woche vom 17. - 24. September) Treffpunkt und Informationszentrale für die verschiedensten Behinderungs- und Protestaktionen sein soll. In jedem Fall soll aber vermieden werden, daß über ein derartiges Camp alle Aktionen in einen bestimmten Rahmen gepreßt werden. Den Abschluß der Aktionswoche soll

tiges Camp alle Aktionen in einen bestimmten Rahmen gepreßt werden. Den Abschluß der Aktionswoche soll

eine zentrale Demonstration bilden, für die in ganz Norddeutschland mobilisiert wird. Bisher in der Diskussion ist eine Demonstration durch Hildesheim zur Manöver-Kommandozentrale oder direkt in das Manövergebiet mit behinderndem Charakter. Diese Vorschläge sollten bis zur **Nordkonferenz** in den einzelnen Friedensgruppen diskutiert werden.

Um unser weiteres Vorgehen und konkrete Schritte der Umsetzung zu diskutieren, lädt das erste Vorbereitungstreffen zur Behinderung der NATO - Herbstmanöver alle Interessierten **zur Nordkonferenz am Sonntag, den 27. Mai in den Raschplatzpavillion nach Hannover ein. Der Beginn ist um 10 Uhr!!!**

Das erste Vorbereitungstreffen

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vorschlag für zentrale Aktionen der Friedensbewegung im Herbst

„BUF" (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen)

Die Friedensbewegung befindet sich am Scheideweg. Es sind zwei Entwicklungen grundsätzlich denkbar. Zum einen droht die Friedensbewegung nach Überschreiten ihres Höhepunktes im letzten Herbst — in deren Mittelpunkt die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen stand — ein langsames Abflauen ihrer Mobilisierungsfähigkeit, die mit einem politischen Substanzverlust einhergeht. Langsames Auflösen in parteipolitische Zusammenhänge und Umorientierung ihres aktiven Potentials auf andere Politikfelder wären die Folge. Diese Entwicklung würde beschleunigt, wenn ein zu beschließendes Herbstaktionskonzept lediglich an den bestehenden Inhalten und Zielvorgaben der Großaktionen des letzten Jahres anknüpfen würde. Angesichts der Grenzen, mit denen die Friedensbewegung konfrontiert ist, würde eine schlichte Wiederholung von Inhalten und Form der Großaktionen im letzten Jahr eine Etappe im Niedergang der bundesdeutschen Friedensbewegung markieren.

Demgegenüber besteht die Aussicht für eine langfristige Existenz und Perspektive der Friedensbewegung nur dann, wenn die Konsequenzen aus der Niederlage des letzten Herbstes gezogen und an den inhaltlichen Diskussionen der letzten Wochen und Monate angeknüpft würde. Folgende Voraussetzungen und Zielsetzungen sind zu berücksichtigen, wenn über ein Herbstkonzept entschieden werden soll :

1. Die Politik der USA und der NATO muß klarer und beständiger als wesentliche Ursache der friedensgefährdenden Aufrüstungsmaßnahmen herausgearbeitet werden.
2. Die Beschreibung des fatalen Rüstungswettlaufes, den es zu durchbrechen gilt, bedarf der Ergänzung durch die Anprangerung des Versuchs der USA und der NATO, auf allen militärischen Ebenen eine Überlegenheit zu erlangen und Kriegsführungsoptionen gegenüber der Sowjetunion und der 3. Welt zu entwickeln.
3. Die dramatische konventionelle Aufrüstung muß neben der Gefährdung durch atomare Potentiale, chemische Waffen und der Bewaffnung des Weltraums in das Zentrum der Diskussion gerückt werden.
4. Als Konsequenz der Niederlage im letzten Herbst muß ein stärkeres Gewicht aller Teile der Friedensbewegung auf die parallele Entwicklung von di-

letzten Herbst muß ein stärkeres Gewicht aller Teile der Friedensbewegung auf die parallele Entwicklung von di-

rekten Widerstandsaktionen und Kampagnen des zivilen Ungehorsams in Verbindung mit einer breiten Massenmobilisierung im Kampf um die Mehrheit und die Einbeziehung der Arbeiterbewegung gelegt werden.
5. Es muß eine Alternative zur Aufrüstungspolitik der Herrschenden deutlich werden und zwar nicht durch NATO-Reformkonzepte sondern durch die Propagierung einseitiger Abrüstungsmaßnahmen und Solidarität und Völkerverständigung unter Einbeziehung der osteuropäischen Völker.

Als sinnvolle Schritte in diesem längerfristigen Prozeß, der ähnlich intensive Veränderungen wie die Kampagne gegen die „Nachrüstung" im Bewußtsein der Bevölkerung erreichen soll, schlagen wir folgende zentrale Herbstaktionen vor:

1. Herbstmanöver der NATO

Anläßlich der NATO-Herbstmanöver in der Bundesrepublik in diesem Jahr ruft die Friedensbewegung zu bundesweiten Aktivitäten auf.
Die atomare Hochrüstung in Ost und West, die Atomkriegsplanungen der NATO eines angeblich „gewinnbaren" und Europa begrenzbaren Krieges, das Konzept des ‚Air-Land-Battle' und des Rogersplans, mit denen die NATO den „Sieg auf dem Schlachtfeld" zu erringen hofft, haben die Verhinderung eines Krieges immer mehr zu einer zentralen Überlebensfrage gemacht. Seit einigen Jahren wird bereits das Konzept Air-Land-Battle die Offensive auf dem Schlachtfeld und der Einsatz von atomaren und chemischen Waffen erprobt.
Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung ruft deshalb dazu auf, mit zentralen Aktionen auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen und damit gleichzeitig zur Behinderung der Manöver beizutragen. Alle Friedengruppen sind dazu aufgefordert, sich an den Vorbereitungen und der Gestaltung dieser Aktionen gegen die Manöver im Fulda-GAP und in Hildesheim auf den Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen.
Für Ende September im Fulda-GAP und in der Woche vom 17.9.-23.9.84 im Raum Hildesheim sind Friedenscamps und Manöverbehinderungsaktionen geplant. Als zentraler Abschluß ist ein Menschennetz im Manövergebiet im Fulda-GAP bzw. eine zentrale Demonstration im Raum Hildesheim vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereituns-Konferenz am 27.5. in Hannover statt.

2. Bundesweite Verweigerungstage

Im Rahmen der Verweigerungskampagne der Friedensbewegung ruft die Aktionskonferenz zu bundesweiten Tagen der Kriegsdienstverweigerung im November 1984 auf.
Die jeweiligen Tage der Kriegsdienstverweigerung sollen schwerpunktmäßig in verschiedenen sozialen Bereichen durchgeführt werden. Folgende Bereiche sollten berücksichtigt werden :
Tag der Schulen : Gerade weil die Jugendlichen an den Schulen ihre Entscheidung über ein Verweigerung des Kriegsdienstes treffen müssen, wird die Friedensbewegung dort ihre Aufforderung zur Verweigerung des Kriegsdienstes aktiv vertreten. Obwohl die Kriegsdienstverweigerung als „Grundrecht" gilt, wird vielfach eine offene Diskussion über die Kriegsdienstverweigerung und eine Beratung dazu an den Schulen behindert und verweigert. **„Tag der Bundeswehr und NATO-Truppen"** Auch die Soldaten und Reservisten gilt es über die NATO-Kriegsplanungen aufzuklären und an sie die Forderungen der Friedensbewegung heranzutragen.
Tag der Stadtteile und Institionen : Wie beim Krefelder Appell sollten auf breiter Basis überall Unterschriften und Erklärungen zur Verweigerung von Kriegsdiensten gesammelt und abgegeben werden. (z.B. in medizinischen Einrichtungen, Straßenzügen und so weiter) und richtet sich gegen alle zivilen Kriegsdienste.
Gerade der Tag der Stadtteile und Institutionen soll der Auftakt für eine Massenkampagne sein, deren Ziel es ist möglichst viele Menschen über die Gefahren der Kriegsführungspläne der NATO zu informieren und in einen Prozeß der Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen einzubeziehen. Es ist zu überlegen, ob z.B. am 12.12.84 mit einer öffentlichen Aktion die ersten Ergebnisse über die Zahl der eingegangenen Verweigerungserklärungen bekannt gegeben werden sollten. Damit soll die Aktionswoche gleichzeitig ge-

gebnisse über die Zahl der eingegangenen Verweigerungserklärungen bekannt gegeben werden sollten. Damit soll die Aktionswoche gleichzeitig ge-

gen den Ausbau der Bundeswehr (geplante Verlängerung der Dienstzeit, Einbeziehung von Frauen und Ausländern), der Notstandsplanung (Kriegsvorbereitungsübungen in medizinischen Einrichtungen, u.ä.) und gegen die Einschränkungen des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung und Kriminalisierung von Verweigerern gerichtet sein. Anfang Juni soll zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen der Verweigerungstage eingeladen werden.

3. Solidarität mit Nicaragua und Präsidentschaftswahlen

Die USA unterstützt Contra-Rebellen in Nicaragua mit Geld und Waffen hält sich die Möglichkeit einer direkten bewaffneten Intervention offen. Dies haben die Manöver der USA in Mittelamerika und die Verminung von Häfen durch die USA deutlich gemacht. Wir wissen, daß an einer ungenierten Eskalation dieses Krieges die Reagan-Administration derzeit vor allem noch die Wahlkampfzeit zurückhält. Die Friedensbewegung wird deshalb ihre Solidarität für Nicaragua verstärken und mit zentralen Aktivitäten gegen die Eskalation des Krieges gegen Nicaragua zur Wehr setzen müssen, zumal die Bundesregierung mit der Streichung der „Entwicklungshilfe" und Krediten die US-Politik gegen Nicaragua mitbetreibt.
Aus Anlaß der US-Präsidentsschaftswahlen sollte ein Aktions- und Demonstrationstag gegen die Interventionspolitik der USA vorbereitet werden.

4. Aktionsplanung nach dem Herbst

Großdemonstrationen und zentrale Aktionen im nächsten Jahr sollten aus Anlaß und im Zusammenhang mit Entscheidungen von NATO-Institutionen und/oder der Bundesregierung und auf der Basis der dann breiter öffentlich diskutierten und aktualisierten Inhalte der Friedensbewegung stattfinden.

Dieser Vorschlag wurde auf dem Arbeitstreffen des BUF am 28./29.4. beschlossen.

Fortsetzung von Seite 1

Ja zum Streik

Wenn die Kapitalistenverbände Urabstimmungsergebnisse bei Druck und Metall immer wieder auf die Gesamtzahl der Beschäftigten hochrechnen und nicht auf die Gewerkschaftsmitglieder, um daraus eine mehrheitliche Nicht-Zustimmung zum Streik zu interpretieren, so zeigt dies nur, daß sie eine Gesellschaft wollen, in der es keine Gewerkschaften mehr gibt; schon gar nicht Gewerkschaften, in denen eine Diskussion beginnen könnte, die dieses System in Frage stellt. Die Bundesregierung hat während laufender Urabstimmung im Bundestag noch einmal massiv Nein zur Wochenarbeitszeitverkürzung gesagt und neben ihrem Auschwung-Geschwafel an den deutschen Chauvinismus appelliert: „Die 35-Stunden-Woche schafft Arbeitsplätze in Ostasien, wir brauchen sie in Duisburg und Mannheim", so Lambsdorff — „Deutschland" müsse bei der technologischen Entwicklung immer die Nase vorn haben vor allen anderen und dafür müsse gearbeitet werden, so Kohl. Blut, Schweiß und Tränen ... und Aufrüstung für „Made in Germany" — wie schon mal gehabt.

Und dann die Querschläger aus dem eigenen Lager. Nach der IG Bau im April schließt während des laufenden Druckerstreiks einen Tag vor der Metall-Urabstimmung die IG Bergbau einen Lohntarifvertrag mit 3,4% ab — von Arbeitszeitverkürzung keine Rede. Zu allem Überfluß beginnt die NGG am Tage der hessischen Urabstimmung ihre Verhandlungen über eine Vorruhestandsregelung.

Die Ausgangslage für die Durchsetzung der 35-Stunden-Wochen-Forderung ist — wie in dieser Zeitung mehrfach beschrieben und kritisiert — äußerst ungünstig. Skepsis über falsche Kompromißbereitschaft ist ebenso angebracht wie die über mangelnde Konsequenz. Wo das Kind nun in den Brunnen falscher gewerkschaftspolitischer Orientierung der letzten Jahre gefallen ist, gibt es nur die Konsequenz, alles zu unternehmen, daß es Schwimmen lernt in Richtung einer Gewerkschaftspolitik, die die Emanzipation der arbeitenden Menschen von der „Sozialpartnerschaft" und der Anbindung an das System sich zu unrecht sozial nennender Marktwirtschaft ermöglicht. Die sich öffnet gegenüber politischen Emanzipationsbewegungen der letzten Jahre, die völlig außerhalb des Blickfeldes gewerkschaftlicher Arbeit lagen. Eine vernichtende Niederlage der IGM und der ebenfalls im Kampf stehenden IG Druck wird nicht nur das Thema Arbeitszeitverkürzung über Jahre aus der Diskussion verbannen, sondern auch das Wirken linker Gewerkschaftspolitik einengen und die politische Wirksamkeit zweifellos deformierter Gewerkschaften zurückdrängen. Es muß sich zeigen, ob die zum Streik aufgerufenen, die Betroffenen, innerhalb und außerhalb der Betriebe die Kraft aufbringen, in einer solchen Auseinandersetzung zu aktiv Handelnden zu werden. Diesem Ziel muß die aktive Solidarität der nächsten Wochen dienen.

hr.



Nach der Urabstimmung: IGM-Führer Janssen, Steinkühler und Eisenmann (von links) sind „Brüder zur Sonne zur Freiheit".

Nach der Urabstimmung: IGM-Führer Janssen, Steinkühler und Eisenmann (von links) sind „Brüder zur Sonne zur Freiheit".

Urabstimmungsprobleme

80 Prozent für Streik ist viel und nicht wenig, wie über die Formel, das liege nur 5 Prozent über der gültigen Markierung von 75% nahegelegt wird. Diese Markierung ist ein Nachkriegsspezifikum in der BRD. Sie wurde in dieser Höhe eingerichtet, um die Hürde zum Streik hochzuschrauben. Sie war eine Bedingung, um auch auf dieser Ebene sozialpartnerschaftliche Orientierung gegen Konfliktbereitschaft zur Dominanz zu verhelfen. Entsprechend hat sie die Gewerkschaften, so wie wir sie in den sechziger und siebziger Jahren erlebt haben, geprägt. In England hat beispielsweise die seit Wochen im Streik stehende Bergarbeiter-Gewerkschaft eine Urabstimmungshürde von 55%. Die hat sie vor wenigen Wochen auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung so abgeändert, daß es in ihrer Satzung jetzt heißt: Streik bei einer Urabstimmung, in der 50% plus eine Stimme (niedriger geht's nicht) sich dafür aussprechen. Nun mag man diese extrem niedrige Marke in Zweifel ziehen. Richtig daran ist aber, daß Gewerkschaften nur dann ihre Aufgabe, Interessenvertretung der Lohnabhängigen zu sein, wahrnehmen können, wenn sie sich solche Markierungen setzen, die sowohl mehrheitliche Zustimmung, als auch Konfliktfähigkeit gegenüber dem, Kapital garantieren. Dies geht oft auch nur um den Preis, den Konflikt mit den Zaghaften und Zaudernden im eigenen Lager der abhängig Beschäftigten zu wagen.

Die IG Druck und Papier hat die Nachteile dieser Nachkriegsgewöhnung zu spüren bekommen. In 212 Betrieben haben bislang 20.000 Drucker/innen mit JA für Streik gestimmt (das sind 82,3%). Da sie einzelbetrieblich abstimmen ließ, sind einzelne Betriebe allerdings unterhalb der 75%-Marke geblieben. Und zwar in für einen Streik so wichtigen Betrieben wie Springer-Druckereien in Darmstadt, Essen, Hamburg und einem Teil in Ahrensburg, wie der Frankfurter Societäts-Druckerei (FAZ und Handelsblatt) und bei einigen größeren regionalen Tageszeitungen. Das Rausfallen dieser Betriebe hemmt eine effektive Streiktaktik. Insgesamt ist nur bei einer kleinen Minderheit von 27 Betrieben das Quorum von 75 Prozent nicht erreicht worden. Allerdings: So weit bekannt, hat es in keinem einzigen Fall eine Mehrheit gegen Streik gegeben, sondern die Ergebnisse lagen bei knapp über 50% — knapp unter 70% JA-Stimmen! Die selbstgeschaffene hohe Hürde der Vergangenheit hat überhaupt erst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die hämischen Streikgegner aus dem bürgerlichen Lager nicht ganz ohne Resonanz die „Niederlagen" der IG Druck beklatschen können.

Die IG Metall macht übrigens nicht zum erstenmal seit der Nachkriegszeit Erfahrungen mit relativ knappen Urabstimmungsergebnissen. In den 10 Streikbewegungen dieser Zeit, die mit Urabstimmungen verbunden waren, lagen die Ergebnisse zwischen 77,5% Zustimmung 1956 und 93,9% Zustimmung im Unterweser-Streik 1974.

1954 stimmten 80,7% für Arbeitskampf in der Lohnauseinandersetzung in Bayern. Der Streik dauerte 3 Wochen.

1956/57 — im bekanntesten und längsten Metallerstreik — stimmten in einer ersten Urabstimmung ‚nur' 77,5% für Streik in der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Schleswig-Holstein. Als sich verhandlungsmäßig nichts bewegte, erfolgte eine erneute Urabstimmung über Streikfortsetzung. In dieser waren es dann 97,4%, die weiterstreiken wollten! In einer dritten Urabstimmung scheiterte die IGM, die den Streik abbrechen wollte, an einer 76,2prozentigen Mehrheit, die erneut für Weiterführung war und selbst in der vierten und letzten Abstimmung nach 16 Wochen Streik wollten 57,7% weiterstreiken.

Da es aber eine undemokratische Klausel in der IGM-Satzung gibt, die es 25,1% der Mitglieder ermöglicht, eine Streik gegen die Mehrheitsmeinung abzubrechen, war der Arbeitskampf damit zu Ende.

Ob es 1984 eine ähnliche Entwicklung gibt?

hr.

Betriebsratswahlen 1984

Eine Übersicht über das Abschneiden oppositioneller Listen und Gruppen

Noch immer liegen nicht alle Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen vor, haben die Gewerkschaften nicht die Gesamtauswertung der Ergebnisse vorlegen können. Im folgenden stellen wir einige Ergebnisse der oppositionellen Linken in 22 Betrieben vor (bereits in AK 245 haben wir Ergebnisse aus 8 Betrieben dokumentiert). Für eine Analyse des Ausgangs der dioesjährigen Wahlen und des Abschneidens der Opposition, die insgesamt eine krasse Minderheit in den Gewerkschaften darstellt, ist es noch zu früh. Nur so viel sei verraten: Den CDU-Anhängern in den Betrieben ist es offensichtlich nicht gelungen, bei den Betriebsrätewahlen stärker Fuß zu fassen. Die linke Opposition — RGO, Alternative Listen, Aktive Metaller — ist entgegen anderslautenden Gerüchten nicht tot. Hervorragende Ergebnisse stehen neben Resignation und Aufgabe sowie Stabilisierung und Mitarbeit auf gewerkschaftlichen Listen. Gewerrkschaftsausschlüsse und die Androhung von Funktionsverboten sind zwar nach wie vor gewerkschaftliches Gegenmittel gegen die Opposition, sie werden aber nicht mehr in vergleichsweise großem Umfang wie Mitte bis Ende der siebziger Jahre praktiziert. Für die meisten Listen aus der Linken ist der betriebliche und gewerkschaftliche Alltag schon längst angebrochen. Große Sprünge nach vorn sind so lange nicht zu bewerkstelligen, wie sie die Betroffenen in den Betrieben nicht wollen. Deshalb sollte beim Lesen der nachfolgenden Berichte berücksichtigt werden, daß der Begriff ‚links' für die Gewerkschaftsopposition weniger für eine umfassende politische Weltanschauung, als vielmehr für konsequente gewerkschaftliche Kleinarbeit steht. Daher sollten 30-50prozentige Wahlergebnisse für linke Listen (die ja auch die große Ausnahme sind) nicht mit entsprechend hoher Zustimmung für linke Politik verwechselt werden.

Hamburg: Mehr Licht als Schatten für die Linken

Nur noch in drei Hamburger Großbetrieben gab es linke Listen, die bei der Lufthansa (ÖTV) und Daimler-Benz (IGM, siehe ausführliche Darstellung in AK 245) große Erfolge hatten und sich bei Texacö (Chemie) halten konnten.

Im Hafenbetrieb HHLA (ÖTV) konnten die Linken erstmals wieder Persönlichkeitswahl durchsetzen und schnitten hervorragend ab.

In Betrieben wie Broschek (Druck) und Reynolds (Metall) haben die Linken nach den Gewerkschaftsausschlüssen in den siebziger Jahren zum Aufbau aktiver gewerkschaftlicher Arbeit beigetragen und spielen heute in den Betriebsräten eine gewichtige Rolle. In diesen Betrieben ist die Persönlichkeitswahl durchgesetzt.

Allein bei Beiersdorf (Chemie) gab es einen Rückschlag. Die geschwächte Linke wurde von der IG Chemie ausgeschaltet und schaffte keine erneute oppositionelle Kandidatur.

Bei HDW, wo 1981 eine Liste „Aktive Metaller" aus überwiegend Sozialdemokraten gegen die IGM-Ortsverwaltung und ihre betrieblichen Fürsten rebellierte, waren die diesjährigen Wahlen mit großer Spannung erwartet worden. Vorausgegangen war der Wahl die 9-tägige Betriebsbesetzung im Herbst 1983, die Wiederauf-

wartet worden. Vorausgegangen war der Wahl die 9-tägige Betriebsbesetzung im Herbst 1983, die Wiederauf-

nahme der RGO und der „Aktiven" in die IGM und eine gemeinsame Liste und Persönlichkeitswahl, bei der die „Aktiven" ihre Stellung weiter ausbauen konnten.

Lufthansa

Mit fast 7000 Beschäftigten einer der drei größten Hamburger Betriebe. Mit 7 von 29 Sitzen bereitete die „Betriebliche Liste" (BL) eine Überraschung. An ihrer Spitze steht der Betriebsrat Bernd Niklas, der erstmals 1978 über die Liste der „Informativen" gewählt wurde. Heute besteht die BL aus GAL-Anhängern, linken Sozialdemokraten und Parteilosen. Neben konsequenter Interessenvertretung und Gegenkurs zum ÖTV-SPD-Filz, der bei der Lufthansa erheblich ist, haben die BLer in den vergangenen Monaten intensive Arbeit auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes innerhalb und außerhalb des Betriebes geleistet. Niklas war über die Arbeit der GAL an der Aufdeckung gigantischer Grundwasserverseuchung durch die Lufthansa im Bezirk Hamburg-Nord beteiligt und geriet deswegen häufiger in die Schlagzeilen. Ganz offensichtlich waren die bösartigen Angriffe, daß durch diese Politik die Lufthansa-Arbeitsplätze gefährdet würden, doch nicht so erfolgreich. Möglicherweise ist es der BL gelungen, den Zusammenhang zwischen Umwelt- und Wasserverschmutzung und der Tatsache, daß die Hunderte Säuren, Gase, Gifte und Nebel, Dämpfe und Stäube, mit denen über die Lufthansa Umweltverschmutzung betrieben wird, die gleichen Stoffe sind, mit denen die Kollegen täglich arbeiten müssen. ‚Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist Umweltschutz' ist eine Formel der BLer. Und sie konnten etwas vorweisen: so wurde eine Vereinbarung durchgesetzt, daß Kollegen bei „Belästigung" ihren Arbeitsplatz verlassen dürfen. Große Aktualität hat die Forderung, das Abbeizen und Spritzen von Flugzeugen, das heute in Hallen mit unzureichender Be- und Entlüftung stattfindet, in einer neu zu bauenden Halle durchgeführt werden soll. Möglicherweise findet sich in dem Ergebnis auch eine Anerkennung für das Engagement von Niklas, der vor 2 1/2 Jahren als Krebskranker frühverrentet wurde, trotzdem engagiert weitermachte, mittlerweile zunächst geheilt ist und seit Februar 1984 wieder arbeitet.

Neben dem Vorwurf, sie seien Kommunisten, hören BLer in letzter Zeit häufiger, sie seien die „Grüne Liste" im Betrieb.

Interessant dürfte werden, wie die ÖTV jetzt mit der Forderung ihrer Mitglieder von der BL (nur Niklas wurde vor Jahren aus der ÖTV ausgeschlossen) umgeht, zwei Freistellungen zu erhalten. Die Mehrheitsverhältnisse sind gegen die BL, auch wenn es Verbündete auf der ÖTV-Liste gibt. Neue Gewerkschaftsausschlüsse scheinen nicht zu drohen, aber den ÖTV-Vertrauensleuten aus der BL soll das Mandat aberkannt werden. Erfreulich, daß die ganz Rechten im Betrieb in Gestalt einer „Wählergemeinschaft 84" (WG von DAG, Vereinigung Luftfahrt, CDU) bei den Arbeitern abblitzten:

Arbeiter ÖTV BL Liste 3 WG
Stimmen 1376 681 66 113

Arbeiter	ÖTV	BL	Liste 3	WG
Stimmen	1376	681	66	113
Sitze	10	5	-	-
Angestellte	ÖTV 1	BL	ÖTV 2	WG
Stimmen	795	284	378	447
Sitze	6	2	3	3

(1981 erhielten die Informativen bei Persönlichkeitswahl 1 Sitz, 1978 bei Listenwahl 14,8% und 2 Sitze. Bei den Angestellten wurde 1984 das erstemal oppositionell kandidiert).

Hamburger Hafen- und Lagerhaus (HHLA)

Im größten Hamburger Hafenbetrieb, der senatseigenen HHLA, gab es zum erstenmal seit 1975 wieder Persönlichkeitswahl. Noch vor drei Jahren hatte die ÖTV die Aufforderung durch innerhalb von drei Tagen gesammelte 1600 Unterschriften zur Persönlichkeitswahl ignoriert und sich geweigert, ihre Liste zu öffnen. Der erneute Rückgang ihrer Stimmen hatte sie offensichtlich veranlaßt, in diesem Jahr einzuschwenken, so daß neben der ÖTV auch die Kolleginnen und Kollegen der „Alternative" und ein ausgeschlossener RGOler auf die gemeinsame Liste kamen. Für die „Alternative" war das Abschneiden erfreulich: Gleich nach dem Betriebsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter belegten zwei „Alternative" die nächsten Plätze. 3 der 17 Plätze bei den Arbeitern und 2 von 6 bei den Angestellten erreichte die „Alternative". Dazu kommt der ausgeschlossene RGOler, der ebenfalls gut abschnitt. Zusätzlich stellt sie die ersten 5 Ersatzplätze bei den Arbeitern.

Kurz vor der Wahl hatten zwei ehemalige Betriebsräte der „Alternative" sich von dieser distanziert, beide wurden wiedergewählt.

Seit 10 Jahren ist die „Alternative" aktiv. 1975 errang sie in der Persönlichkeitswahl 4 der 27 Sitze, danach setzte die ÖTV auf Listenwahl und baute ab:

	1978 %	1978 Sitze	1981 %	1981 Sitze
ÖTV	61	18	57	15
Alt.	33	8	30	8
RGO	5	1	4	-

(1978: 27 Sitze, 1981: 23 Sitze)

Wie schon in der Vergangenheit fand die „Alternative" dann keine Berücksichtigung bei den Freistellungen. Auch eine Unterschriftensammlung von 350 Kollegen auf Freistellung eines „Alternativen" im größten Betriebsteil änderte am Vorgehen der ÖTV-Mehrheit nichts. Übrigens: Bei Listenwahl hätte die Opposition mit Sicherheit noch besser abgeschnitten.

HDW Hamburg

1981 hatten die „Aktiven Metaller" auf Anhieb die Mehrheit mit 14 Sitzen errungen. Die IGM stellte 11 Betriebsräte, DAG und RGO je einen.

Nach langen Querelen mit der IGM-Ortsverwaltung und dem Hauptvorstand kam es zur Wiederaufnahme der RGOler (nach offizieller Auflösung ihrer Gruppe) und der „Aktiven Metaller" (vgl. dazu AK 245). Zur diesjährigen BR-Wahl einigte man sich auf eine gemeinsame Liste mit IGMlern, RGOlern, „Aktiven", DAGlern und Unorganisierten. 63 Kandidaten bewarben sich um die 14 Arbeiter- und 19 um die 5 Angestellten-Sitze. Sie wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt (der Anfangsbuchstabe wurde ausgelost). Im zukünftigen, aufgrund der Entlassungen reduzierten, Betriebsrat sitzen jetzt 19 Mitglieder der IGM. Davon werden nach unterschiedlichen Angaben 13 bzw. 11 den „Aktiven Metallern" zugerechnet, 6 bzw. 8 dem alten IGM-Block.

Mit den weitaus meisten Stimmen wurde der „Aktive" Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler bei den Arbeitern wiedergewählt (1100 Stimmen). Ihm folgte der IGM-VK-Vorsitzende Otto Kock (769), der während der Betriebsbesetzung dem Aktionskomitee angehörte. Danach folgen die bekannten Betriebsräte der „Aktiven". Die achtmeisten Stimmen erhielt der bisherige RGO-Betriebsrat, der eine sehr aktive Rolle während der Besetzung spielte.

Bei den Angestellten erhielt mit großem Vorsprung Mahlers Stellvertreter Napiwotzki („Aktive") die meisten Stimmen (374 gegenüber 203 des nächstfolgenden).

Wie weit sich die Gewichte im Betriebsrat nach links verschoben haben, ist angesichts der heterogenen Zusammensetzung der „Aktiven" zur Zeit

triebsrat nach links verschoben haben, ist angesichts der heterogenen Zusammensetzung der „Aktiven" zur Zeit

nicht auszumachen. Auf jeden Fal haben die „Aktiven" eine Bestätigung für ihren offensiven Kurs gegenüber der Blockade der IGM-Ortsverwaltung erhalten. Ebenso wie das Gesamtergebnis eine Bestätigung für die aktiven Träger der Betriebsbesetzung aus den unterschiedlichen Lagern ist.

Möglicherweise steht noch Ärger um die vier oder fünf Freistellungen an, die bislang nur mit „Aktiven" besetzt sind. In Teilen der Belegschaft ist die Nicht-Berücksichtigung des bisherigen Statthalters der IGM-Politik im Betrieb, Otto Kock, auf wenig Verständnis gestoßen.

Texaco

Die in der letzten Zeit weiter nach rechts tendierenden IG Chemieler im Betrieb haben nach der Wahl wieder die Alleinherrschaft angetreten. 7 Sitze bei den Angestellten (bisher 5) und ein Arbeitersitz (bisher 1, der einzige im Hamburger Verwaltungsbetrieb) machen eine 8 zu 7-Mehrheit gegen 4 (bisher 6) Sitze der DAG und 3 der linken Betriebsgruppe (bisher 3, daven einer aus der IG-Chemie ausgeschlossen). Anders als 1981 war es diesmal der DAG zu verdanken, daß es keine Persönlichkeitswahl gab.

Entsprechend nutzt die IG Chemie-Mehrheit ihre Machtstellung und hat alle wichtigen Posten ihren Leuten zugeschanzt.

Die Betriebsgruppe verfehlte um 16 Stimmen einen vierten Sitz. Sie hatte sich allerdings ein besseres Ergebnis versprochen. Vielleicht hat sich hier aber der Verlust ihres prominentesten Mitgliedes, Rainer Trampert, bemerkbar gemacht, der als Mitglied des Bundesvorstands der Grünen vor der Betriebsratswahl aus dem Betrieb ausschied und dies gegenüber der Belegschaft mit seiner starken Belastung und der Präferenz für seine Arbeit bei den Grünen bekanntgab.

Beiersdorf

Eine linke Opposition im Betriebsrat gibt es nicht mehr. Die „Alternative" (1981: 3 Sitze) trat nicht wieder an. Nach dem Ausscheiden zweier Betriebsrätinnen der „Alternative" war diese stark geschwächt. Das Bemühen der verschiedenen linken Strömungen aus „Alternative", RGO, DKP und linken Sozialdemokraten um Persönlichkeitswahl und demokratische Listenaufstellung wurde von der rechten IG Chemie-Mehrheit radikal abgeblockt. Diskussionen zwischen den Linken um eine gemeinsame Alternativ-Liste scheiterten an der Uneinigkeit. Insbesondere aus DKP-Kreisen wurde dies abgeblockt. Angesichts dessen konnten auch andere sich nicht zu einer Kandidatur durchringen, so daß „Alternative" und RGO verzichteten. Indiz für die Lücke, die hinterlassen wurde, dürften die geringe Wahlbeteiligung (ca. 20% weniger als vor drei Jahren) und die 10% ungültiger Stimmen der Wähler sein.

Dennoch bestehen weiterhin Chancen, daß sich die verschiedenen linken Strömungen angesichts dieser Erfahrung zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Frankfurt: Verluste für die Linken

In Frankfurt und Umgebung gab es 1981 in 6 Metallbetrieben und 2 Chemie-Werken von Hoechst oppositionelle Listen. In diesem Jahr gab es nur noch in einem Metall-Betrieb eine oppositionelle Liste (VDO in Schwalbach, wo die Linken dazugewannen). Bei Hoechst in Griesheim konnten sich die Linken verbessern, bei Hoechst in Frankfurt verloren sie einen von 7 Sitzen (vgl. Ergebnis in AK 245).

Die Linken haben in aller Regel bei Persönlichkeitswahlen auf der Liste der IGM kandidiert. Dabei wurden ihre profilierteren Vertreter zumeist wiedergewählt, insgesamt gab es jedoch gegenüber der Listenwahl von vor drei Jahren Rückgänge, die zumeist darauf zurückzuführen sind, daß die Linken einen erheblichen Aderlaß hatten: entweder, weil sie wie bei Adler mit rausrationalisiert wurden oder weil in der Mehrzahl der Fälle ein Teil sich aus dem Betrieb oder der aktiven Arbeit zurückgezogen hat. Beides zusammen dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die IGM sich bei der Aufstellung der Listen flexibler und demokratischer als in den vergangenen Jahren gezeigt hat. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Adler-Werke

Die Ergebnisse im Einzelnen:
Adler-Werke

Nur noch eine Betriebsrätin der 5 oppositionellen BRs, die als Liste „für eine saubere und kämpferische Interessenvertretung" 1981 kandidierten, ist in dem stark geschrumpften Werk übriggeblieben. Sie erhielt bei der Persönlichkeitswahl auf der Liste der IGM ein gutes Ergebnis und wurde wieder gewählt.

Braun AG

Die ehemals siebenköpfige Alternative Liste ist auf drei Mitglieder geschrumpft (1981 errang sie einen Sitz). Auf einem aussichtsreichen Platz auf der Liste der IGM wurde der bisherige alternative Betriebsrat wiedergewählt.

VDO

Nach der Listenwahl 1981 (7 Sitze für die Alternative Liste) kam es diesmal zu einer Liste der IGM in alphabetischer Reihenfolge und Persönlichkeitswahl. Vier alternative Kandidaten wurden gewählt.

VDO-Schwalbach

In diesem Betrieb gibt es nur Angestellte. Die rechte IGM-Liste verlor zwei Sitze (jetzt 9), die Alternative Liste gewann zwei hinzu (jetzt 6).

T & N

Die IGM erhielt 5 Sitze (1981: 5), die Alternative Liste 4 (4) und die CDA (CDU-Arbeitnehmer) 2 Sitze (-).

Hartmann & Braun

Auch hier gab es Persönlichkeitswahl mit Stimmenverlusten für die Alternativen (genaues Ergebnis steht noch aus).

Rockwell-Golde

Dieser Betrieb wurde 1982 durch eine sehr kämpferische Betriebsbesetzung über Frankfurts Grenzen hinaus bekannt. Vier Listen mit IG Metall-Mitgliedern kandidierten; die Ortsverwaltung der IGM, die im Betrieb keinen guten Stand hatte, erkannte keine Liste an und verhielt sich neutral. Die Liste des bisherigen (linken) BR-Vorsitzenden Göppner erhielt 6 Sitze, 4 Sitze erhielt eine internationale Liste, die sich angesichts konkurrierender rechter Listen von der Göppner-Liste abgesetzt hatte, weil sie sich so mehr Chancen erhoffte. Eine ausländerfeindliche „Unabhängige Liste" und eine türkische „Yeni-Liste" gingen leer aus.

Hoechst Griesheim

Bei gestiegener Belegschaftszahl konnte die IG Chemie 3 Sitze hinzugewinnen, die „Alternative Arbeiterliste" einen:

	%	Sitze	(1981)
Arbeiter			
IG Chemie	57,6	10	(8)
IG Chemie-Ausländer Liste	?	-	(1)
Alternative Arbeiterliste	25,0	4	(3)
„Unabhängige"	?	1	(-)
Angestellte			
IG Chemie	67,1	3	(2)
DAG	32,9	1	(2)

Weitere Ergebnisse

Freudenberg, Weinheim

In diesem größten Betrieb der Lederindustrie (7.200 Beschäftigte) konnte sich die linke Opposition trotz massiver Angriffe der Betriebsratsmehrheit erstaunlich gut stabilisieren. Vier der fünf Kandidaten der Liste „Frischer Wind" von 1981 waren aus der IG Leder ausgeschlossen worden. Leider kann die Liste mangels Kandidaten nur 5 der 8 ihr zustehenden Sitze besetzen.

	IG Leder	Frischer Wind
Stimmen	2070	1302
%	61,4	38,6
Sitze	12	8
(% 1981)	(65,4)	(34,6)
(Sitze)	(13)	(7)*

(Das Ergebnis der Angestellten ist uns nicht bekannt).

*Die Liste konnte 1981 mangels Kandidaten nur 5 Sitze wahrnehmen.

Hoesch-Union, Dortmund

Erneut verweigerte die IGM im kleineren der drei Hoesch-Werke die Persönlichkeitswahl. Bei gesunkener und veränderter Belegschaft (nur noch 1460 statt 3600 Beschäftigte 1981) mußte die RGO Stimmenverluste hinnehmen, konnte aber ihre drei bisherigen Betriebsratssitze halten (1981 hatte die RGO bei drei Kandidaten Anspruch auf 7 Sitze!).

	IGM	RGO
%	74,8	25,2
Sitze	10	3
(% 1981)	(65)	(31)
(Sitze 1981)	(14)	(7)

(Angestellte: IGM 5, DAG 1 Sitz).

HDW-Kiel

Leicht hat es eine linke Opposition in diesem von rechten Sozialpartnern „regierten" Betrieb nie gehabt (erinnert sei hier an die von Betriebsrat organisierte Demonstration für chilenische U-Boote). Um so überraschender war der 1981 erzielte RGO-Erfolg. Anders als bei HDW in Hamburg verweigerten die IGM-Betriebsräte eine Persönlichkeitswahl. Bei der 1984er Listenwahl gab es Verluste für die RGO:

Arbeiter	IGM	RGO
Stimmen	1941	332
%	85,4	14,6
Sitze	18	3
(Stimmen 1981)	2258	602
(% 1981)	(79,5)	(20,5)
(Sitze 1981)	(18)	(5)
Angestellte	**IGM**	**DAG**
Stimmen	549	385
%	58,8	41,2
Sitze	5	3

Betriebsratswahlen 1984

Siemens Witten

Die absolute Mehrheit der Stimmen schaffte mit 52% und 7 Sitzen bei den Arbeitern die „Vereinigte Belegschaftsliste". Schon 1981 hatte sie 50% erhalten (1978: 31% für die RGO). Die rechten IG Metaller scheiterten erneut bei ihrem Vorhaben, sich mit der eigenen Liste wieder nach vorne zu bringen: 33% und 4 Sitze (1981 hatten sie nur 26%, 3 weitere Listen kamen auf 24%).

KWU Westberlin

11% mehr als 1981 und dennoch 8% weniger für die Linken war das Ergebnis der diesjährigen Wahl. Die 1981 angetretene Alternative Liste hat sich aufgelöst. Die RGO erhielt 28,8% und 3 Sitze (1981 17,8% RGO und 18% Alternative Liste). Die IGM hat mit 68,2% 8 Sitze sowie einen Angestellten-Sitz (2 DAG, 1 „Unabhängige").

Ford Köln

Das Listen Wirrwarr (18 Listen!) können wir mangels Information nicht entwirren. Nur einige Ergebnisse — unvollkommen:
— IGM auf mehreren Listen insgesamt 26 Sitze (damit die Mehrheit) — 1981 20 Sitze.
— Die der RGO nahestehende „Metaller-Liste" konnte 2 Sitze gewinnen (1981: 1)
— Die linkssozialdemokratische „Automobilarbeiterliste" kam auf 6 Sitze (1981: 6).
— Eine IGM-Opposition erhielt bei den Angestellten 3 Sitze.
— Die DAG erhielt 2 Sitze.
— Zwei Listen, auf denen nur Türken kandidierten, erhielten jeweils einen Sitz.
— Der CMV ging leer aus (1981: 1).
— 9 Listen nur mit Türken gingen leer aus.

Der „Rote Morgen", dem wir diese Informationen entnehmen, erklärt diese Inflation von mit Türken besetzten Listen mit der „Angebots-Politik" der rechten IG Metaller, die 1981 mangels eigener Leute die drei Türken, die über zwei eigene Listen in den BR einzogen, freistellen ließen, nur damit die linke Opposition der Automobilarbeiterliste nicht in den Genuß von Freistellungen käme. Dieses leichte Erringen einer Freistellung (von denen es bei Ford 36 geben soll), soll nun die Flut der ad-hoc-Listengründungen verursacht haben („Roter Morgen", 6.4.84).

Karmann Osnabrück

Mit gestiegenen Stimmanteilen konnten erneut — wie schon 1981 — vier linke Kollegen in einem Blockvorschlag bei der Persönlichkeitswahl in den Betriebsrat einziehen (IGM).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IGM-Vorstand will Hermann Gaßmann kaltstellen

IGM-Vorstand will Hermann Gaßmann kaltstellen

Der Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann soll nach seiner Entlassung aus der JVA Neuengamme am 11.Mai nicht weiter bei der IG Metall beschäftigt werden. Dies wurde ihm während eines Hafturlaubs im April vom IGM-Vorsitzenden Mayr und Justiziar Kittner mitgeteilt, die eigens zu diesem Zweck Hermann nach Frankfurt jetten ließen (Hafturlauber dürfen das Hamburger Stadtgebiet normalerweise nicht verlassen, aber die IG Metall machts's möglich...!). Ultimativ wurde Hermann aufgefordert, sich für eine Tätigkeit in einem der gemeinwirtschaftlichen Betriebe (z.B. Neue Heimat o.ä.) bereitzuerklären oder eine Frühverrentung zu akzeptieren. Bis zum 9.Mai soll Hermann sich zu dieser Erpressung erklären. Am 10.Mai will der IGM-Vorstand auf seiner Sitzung eine Entscheidung fällen. Hermann hat dieses Ansinnen inzwischen klar abgelehnt und will um seinen Arbeitsplatz in der Hamburger Verwaltungsstelle der IGM kämpfen.

Hermann Gaßmann war nach sechsmonatiger Untersuchungshaft in einem skandalösen Verfahren ohne die Spur von Beweisen nach dem äußerst umstrittenen Paragraphen 99 StGB zu 30 Monaten Haft verurteilt worden. Der bis heute völlig unbewiesene Vorwurf lautete „geheimdienstliche Agententätigkeit" für die DDR. Nach seinem Haftantritt im Januar dieses Jahres wurde einem Gnadengesuch stattgegeben, das der ehemalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) gestellt hat, sodaß Hermann nunmehr bereits im Mai dieses Jahres aus der Haft entlassen wird.

Sofort nach Hermanns Verhaftung hatte sich ein Kreis von Kollegen und Freunden, vor allem aus der IG Metall Bildungsarbeit zusammengefunden, der die Öffentlichkeit über die Hintergründe und Begleitumstände des Falles informierte. Diese Solidaritätsarbeit stand lange Zeit im Zeichen scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der (Hamburger) IG Metall, da die Geschäftsführer und Teile der Ortsverwaltung zunächst unter der Parole:„Öffentlichkeit schadet nur" ihre Solidarität lediglich auf die Gewährung von Rechtsschutz beschränken wollten. Die Solidaritätsarbeit konnte zwar nicht Hermanns Verurteilung verhindern, trotzdem konnten wichtige Erfolge verbucht werden. Nach mehreren leidenschaftlichen Debatten stellte sich die Vertreterversammlung der Hamburger IGM jeweils eindeutig hinter Hermann, sodaß die Ortsverwaltung schließlich erklärte, daß Hermann trotz der Verurteilung seine Stelle als Sekretär behalten würde. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Ablehnung des Wilkür Paragraphen 99 StGB durch den IGM-Gewerkschaftstag. Nicht erreichen konnte die Solidaritätsarbeit jedoch, daß sich der IGM-Vorstand in Frankfurt ebenso hinter Hermann stellte.

Trotz vielfacher Aufforderung brachte die Bundesausgabe der Gewerkschaftszeitung „metall" nicht eine Zeile über Gaßmann, Leserbriefe verschwanden in Redaktionsschubladen. Der Eindruck vieler Kollegen, daß der Vorstand den Kollegen Gaßmann loswerden wollte, wurde verstärkt durch die Zeugenaussage des damaligen IGM-Vorsitzenden Loderer, der vor Gericht zwar nicht das mindeste zur Aufklärung des Tatvorwurfes beitragen konnte, wohl aber das Gericht in seiner Gesinnungsverurteilung bestärkte, etwa durch die Einlassung, daß Hermann schon längst gefeuert worden wäre, wenn Loderer schon früher von dessen DDR-Reisen erfahren hätte.

Dieser Eindruck hat sich nunmehr durch das erpresserische Ultimatum des IGM-Vorsitzenden Mayr erheblich verdichtet. Unübersehbar geht es vor allem darum, Hermann politisch kaltzustellen. Ein Problem, das in bester kapitalistischer Manier mit Geld — in Form einer Abfindung — aus der Welt geschafft werden soll.

Eine Schlüsselstellung in der neu aufgeflammten Auseinandersetzung kommt der Hamburger Ortsverwaltung zu. Denn Hermann ist nicht beim Vorstand angestellt, sondern bei der Hamburger Verwaltungsstelle. Somit kann Hermann auch nur von der Hamburger Ortsverwaltung gekündigt werden; hier aber ist die Beschlußlage eindeutig für Hermann. Bekräftigt wurde diese „Hamburger Linie" erneut am 2.Mai auf der allmonatlichen sog. Info-Tagung, wo 102 Betriebsratsvorsitzende und Vertrauenskörper-Leiter der Verwaltungsstelle einen Protestbrief an den Vorstand unterschrieben, in dem unmißverständlich die Weiterbeschäftigung Hermanns als Bildungs- und Jugendsekretär verlangt wird.

Dies hinderte den 2.Bevollmächtigten Engelmann jedoch (erwartungsgemäß) nicht daran, sein erneutes Einschwenken auf den Vorstandskurs anzudeuten: Die Bevollmächtigten könnten vom Vorstand entlassen werden, wenn sie dessen Beschlüsse nicht durchsetzten. Was ein Kollege mit dem Zwischenruf quittierte:„Ihr könntet aber auch abgewählt werden...!"

Am 10.Mai tagt in Frankfurt der Vorstand. Nur einen Tag später ist Sitzung der Hamburger Ortsverwaltung. Dann wird sich zeigen, welche von Hermanns „Freunden, die immer fest an seiner Seite stehen", im letzten Moment umfallen. Oder doch nicht?

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Wichtiger Termin:
Hermann Gaßmann wird am 11.Mai um 8 Uhr aus der JVA Neuengamme entlassen. Der Solidaritätskreis hofft, daß er dort von genausoviel Kollegen und Freunden abgeholt wird, wie im Januar zu seiner Verabschiedung be' Haftantritt erschienen waren.

Mannheim:

Polizei schießt auf türkische Arbeiter - und wieder war es „Notwehr"!

Am Abend des 3. April schossen Mannheimer Zivilpolizisten auf vier Türken, die aus den Räumen des Vereins „Fortschrittliche Einheit aus der Türkei in Mannheim" (MTIB) auf dem Weg nach Hause waren. Bülent Öztoplu und Turgay Kesici wurden durch Schüsse, Kenan Bekar und Sinan Cicek durch Schläge der Polizisten verletzt. Die Mannheimer Polizei versucht seit dieser Nacht in bekannter Manier durch einseitige Ermittlungen und Vorverurteilungen den Opfern des Polizeiüberfalls die Schuld in die Schuhe zu schieben. Gegen vier türkische Antifaschisten wird wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und Landfriedensbruchs" ermittelt.



Nach Darstellung der Besucher des MTIB hatten sie den Verein gegen 23.30 Uhr verlassen. Auf dem Weg zum Marktplatz seien sie von drei ihnen entgegenkommenden Deutschen angerempelt und mit ausländerfeindlichen Sprüchen beschimpft worden.

Dann seien sie geschlagen und getreten worden. In der Annahme, daß Neonazis sie angriffen, haben die vier Türken sich gewehrt und wegzulaufen versucht. Beim Fortlaufen sind sie von hinten beschossen worden. Bülent Öztoplu wurde an der Hüfte getroffen, Turgay Kesici an der Ferse.

Die vier Angegriffenen flohen in das nahegelegene Polizeirevier in der Annahme, dort Hilfe zu finden. Zu ihrem Erstaunen mußten sie dort feststellen, daß die drei Angreifer von den Polizisten im Revier freundlich als Kollegen begrüßt wurden. Auf dem Revier wurden die vier Türken weiter geschlagen und ärztliche Hilfe für die Angeschossenen erst nach mehr als einer halben Stunde herbeigerufen. Die Mannheimer Polizei verbreitete im Polizeibericht eine völlig andere Version des Vorfalls: Die drei Zivilpolizisten wären nachts unterwegs gewesen, um Einbrecher und Autoknacker zu erwischen. Dabei seien sie auf eine Gruppe Türken aufmerksam geworden, „die sich in verdächtiger Weise in der Nähe des Kiosks auf dem Marktplatz aufhielten". Die Polizisten hätten sich als Beamte ausgewiesen und die Pässe der Türken zu sehen verlangt. Daraufhin seien sie von ca. 15 Türken sofort angegriffen, geschlagen und mit Messern verletzt worden. Ein Polizist habe aufgrund dieser Bedrohung seine Dienstwaffe gezogen und sechsmal geschossen. Zwei Polizisten hätten Schnitt- und Stichverletzungen davongetragen.

Die Polizeiversion erscheint in mehreren Punkten unglaubwürdig:
— Es wird erst gar nicht der Versuch gemacht zu begründen, weshalb die auf dem Marktplatz stehenden Türken sich verdächtig verhalten hätten. Nähme man jedoch an, daß ca. 15 verdächtige Personen auf dem Markt zusammenstanden, dann ist es höchst unglaubhaft, daß sich drei Polizisten in Zivil einer solchen „Übermacht" ausgeliefert hätten.
— Die Behauptung, daß die Zivilpolizisten sich ausgewiesen hätten, steht ebenfalls auf schwachen Beinen. Denn welchen Grund hätten die Angeschossenen dann gehabt, auf dem nächsten Polizeirevier nach Schutz zu suchen? Ein unabhängiger Zeuge, der den Vorfall beobachtet hatte, widersprach ebenfalls dieser Darstellung. Es sei vor der Schlägerei zu keiner Personen- oder Ausweiskontrolle gekommen.
— Ein inzwischen eingerichteter Ermittlungsausschuß widersprach der Behauptung, ca. 15 Türken seien an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen. Es könne sich höchstens um fünf oder sechs Leute handeln. Darüberhinaus sei völlig unklar, wie es zu den Stichverletzungen der Polizisten gekommen sei. Ein Messer sei bisher nicht gefunden worden.

Festnahmen und Durchsuchungen

Der Polizeiterror gegen linke Türken hatte mit den Schüssen auf dem Marktplatz noch kein Ende: Ein Großeinsatz wurde eingeleitet und um ein Uhr in der selben Nacht das Vereinslokal des MTIB durchsucht, das Büro fotografiert, ein dort anwesender Türke festgenommen. Dieses Vorgehen ist ein deutlicher Hinweis, daß der Angriff auf die Besucher des MTIB kein Zufall war. Nach der offiziellen Polizeiversion konnte die Mannheimer Polizei zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wissen, daß die von ihr beschossenen Menschen aus dem Vereinslokal gekommen waren.

Darüberhinaus wurden in der selben Nacht und am folgenden Samstag in Mannheim nach Polizeiangaben weitere neun Türken festgenommen. Der Ermittlungsausschuß sprach von 15-20 Festgenomenen, von denen wiederum drei auf der Wache geschlagen worden seien.

Das Ziel, weitere Proteste durch eine derart massive Einschüchterung zu verhindern, erreichte die Polizei jedoch nicht: Am 18.4. demonstrierten in Mannheim ca. 1.000 Menschen gegen die Polizeiübergriffe und gegen Ausländerfeindlichkeit. Zu der Demonstration hatten zahlreiche Organisationen, u.a. die Grünen, die El-Salvador-Initiative, DKP, ESG, die Falken und die ötv-Betriebsgruppe Stadtjugendamt aufgerufen. Ein Ermittlungsausschuß nahm schon am Samstag die Arbeit auf.

Eine eigenständige Aufklärung der Vorfälle und juristische Unterstützung der Angegriffenen ist angesichts der einseitigen Ermittlung der Polizei dringend geboten. Der Mannheimer Polizeisprecher hatte noch in der selben Nacht drei Stunden auf dem beteiligten Polizeirevier zugebracht. In dem dann herausgegebenen Polizeibericht spricht sich die Polizei von jeder Schuld frei.

Am Montag, 16.4., stellte der Polizeipräsident Menz dann gegenüber der Presse fest: „Die Beamten haben sich korrekt und einwandfrei verhalten" und: „In dieser Sache wird wegen schwerer Angriffe auf Polizeibeamte ermittelt." Daß die Überzeugung des Polizeipräsidenten nicht auf Sachkenntnis beruht, wird schon daran deutlich, daß die Lokalpresse am selben Tag berichtet, daß die beteiligten Beamten noch damit beschäftigt sind, ihre Berichte zu schreiben. Einen Tag später erklärt der Polizeisprecher, die inzwischen vorliegenden Berichte der Polizeibeamten deckten sich mit dem am Sonntag herausgegebenen Polizeibericht, was Kenner der westdeutschen Polizei nicht sonderlich überraschen wird. Schließlich hatten die Beamten ja drei Tage Zeit, ihre Berichte zur Deckung zu bringen. Auch die „Gewerkschaft der Polizei" stellte sich hinter ihre Kollegen: „Wir haben keine Veranlassung, das Verhalten der drei Polizeibeamten zu kritisieren," erklärte der Vorsitzende der GdP Mannheim.

Für die vier verletzten Türken ist nun eine ausdauernde Solidaritätsarbeit notwendig. Durch die massiven Vorverurteilungen seitens der Polizei ist eine Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung oder Landfriedensbruchs zumindest nicht auszuschließen. Darüberhinaus sind auch Ausweisungen denkbar, vor allem, wenn das neue Ausländergesetz im Bundestag verabschiedet wird.

Spendenkonto des betroffenen Vereins: Dresdner Bank Mannheim, BLZ 670 800 50, Kto.-Nr. 705 279 000

AG Ausländer





Wendlandblockade am 30. April
Auftakt zum „Tag X"

Foto: AK

Für den regionalen Widerstand und die bundesweit wieder aufkeimenden Reste der Anti-AKW-Bewegung war die Wendlandblockade vom 30. April ungemein ermutigend: erstmals nach dem „Kalkar-Schock" von 1977 konnte wenigstens für einen Tag der Atomstaat ausgetrickst und blamiert werden. Gescheitert ist die Bezirksregierung Lüneburg, die in Absprache mit der niedersächsischen Landesregierung die Verhängung eines vollständigen Versammlungsverbots für den 30.4. im Landkreis Lüchow-Dannenberg verknüpft hatte mit der Drohung, *„jede dennoch stattfindende Menschenmenge werde aufgelöst. Zudem mache sich strafbar, wer jetzt noch zu einer Demonstration aufrufe."* („EJZ", 25.4.84)

Gescheitert ist die örtliche CDU-Mafia, die für den 30.4. „offenen Straßenterror" und die „letzten Zuckungen des Widerstandes" vorhergesagt hatte, und die alle Gleichgesonnenen zur Wahrnehmung eines „Notwehrrechts gegen Kernkraftgegner" aufgerufen hatte. („EJZ", 27./28.4.)

Gescheitert ist der in der Geschichte der BRD beispiellose Einschüchterungsversuch im Morgengrauen des 30.4., als über 500 AKW-Gegner in Zelten und Schlafsälen von schwerbewaffneter Gorleben-Polizei überfallen, in Gefängnisbusse geworfen und auf freier Wildbahn 30 km entfernt wieder ausgesetzt wurden.

Gescheitert ist schließlich eine 3.000-köpfige Polizeiarmada mit Wasserwer-

waffneter Gorleben-Polizei überfallen, in Gefängnisbusse geworfen und auf freier Wildbahn 30 km entfernt wieder ausgesetzt wurden.

Gescheitert ist schließlich eine 3.000-köpfige Polizeiarmada mit Wasserwerfern, Hubschraubern, Räumungsfahrzeugen und einer technisch hoch überlegenen Logistik an 5.000 gleichermaßen entschlossenen wie pfiffigen Blockierern aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet.

Geholfen hatte den Blockierern nicht allein die vielfach bessere Ortskenntnis und das oft praktizierte dezentrale und flexible Kleingruppen-Konzept („Katz- und Mausspiel", s. nebenstehende Erklärung der Freien Republik Wendland vom 1.5.84): Die mit 2.000 Menschen und über 300 eingekeilten PKWs größte und dauerhafteste Blockade auf der Bundesstraße 216 war das Ergebnis einer gründlich vorgeplanten und durchorganisierten Taktik. Die bereits am Vortag der Blockade in den Landkreis Lüchow-Dannenberg eingetroffenen PKW-Konvois starteten im Morgengrauen von verschiedenen Sammelpunkten, konnten mit Hilfe ortskundiger Streckenführer alle Polizeisperren umfahren und stießen zur gleichen Zeit und am gleichen Ort auf eine Gruppe von 200 Sitzblockierern, denen es mit einem simplen Trick gelungen war, die Polizei zu täuschen und noch in der Nacht unbemerkt und an unbekannter Stelle die Blockade vorzubereiten. Allein einer 12-köpfigen koordinierenden Gruppe aus Lüneburg war bis zu diesem Zeitpunkt der Blockadeort bekannt; die Gorleben-Bullizei tappte völlig im Dunkeln. Das größte Problem für die Bullizeiführung war zweifellos die Tatsache, daß an 5 Bundesstraßen gleichzeitig viele Aktionen stattfanden. Zudem bewegten sich viele Aktionsgruppen auf 4 Rädern: Wenn beispielsweise gerade Turnschuhpolizisten aus BGS-Hubschraubern gehüpft kamen, stiegen die Blockierer seelenruhig in ihre PKWs und überließen den Knüppelgarden das Wegtragen der Baumstämme ...

Aufschwung in der Region

Bereits am Tag nach der Wendlandblockade kam es zu neuen konstituierenden Versammlungen von Bürgergruppen gegen Atommüll und WAA. Gerade bei den ortsansässigen AKW-Gegnern, die anfangs auch den Blockaden skeptisch gegenüberstanden und die der Atomstaat vielfach schon in die Resignation getrieben hatte, gab es an diesem Tag nur strahlende Gesichter nach dem Motto: „Denen haben wir's gezeigt..."

Auch die BI Lüchow-Dannenberg, deren Sprecher vor dem 30.4. in erster Linie das Schreckgespenst militanter Konfrontationen an die Wand zu malen wußten, und denen infolgedessen das generelle Versammlungsverbot für den 30.4. keine Silbe des Protestes wert war, äußerte sich hell begeistert über den Ablauf der Wendlandblockade. Es liegt auf der Hand, daß sich insgesamt die Voraussetzungen für ein engeres Zusammengehen der auswärtigen und örtlichen Widerstandsgruppen gegen die in Kürze bevorstehenden ersten Atommülltransporte erheblich verbessert haben.

Stufe 3 im Widerstandskonzept: Blockierung der ersten Atommülltransporte

Stufe 3 im Widerstandskonzept: Blockierung der ersten Atommülltransporte

Waren die bisherigen Abriegelungen des Wendlands symbolischer Natur (10 Minuten anläßlich der Menschenkette am 25.3., bis zu 12 Stunden während der Wendlandblockade), wird es mit den ersten, noch in diesem Sommer zu erwartenden Atommülltransporten ernst. Wie bereits angekündigt worden ist, sollen die ersten hochradioaktiven Brennelemente aus AKWs auf Schienen bis nach Dannenberg gebracht und von dort per LKW in das „Zwischen"-lager Gorleben gefahren werden. Dieses Lager, das insgesamt 1.500 Tonnen Atommüll in Castor-Behältern und 35.000 Fässer mit Atommüll aufnehmen soll (dies entspricht einem radioaktiven Inventar von mehr als 15 AKWs der Biblisgröße), ist gleichzeitig das Eingangslager für die z.Zt. ebenfalls von der niedersächsischen Landesregierung geplante WAA in Dragahn. Konkretere Widerstandsvorstellungen für den „Tag X" der geplanten ersten Castor-Atommülltransporte liegen bisher nur insofern vor, als diese „zeitlich unbegrenzt" blockiert werden sollen. In dem von zahlreichen norddeutschen BIs unterstützten „3-Stufen-Aufruf" wird folgendes „Szenario" vorgeschlagen: *„Der erste Atommülltransport mit „Castor"-Behältern wird nicht in das Zwischenlager gelassen. Alle Zufahrten unmittelbar am Zwischenlager werden mit Material- und Menschensperren dichtgemacht. Da hier nur mit kurzen Vorwarnzeiten zu rechnen ist, wird in den ersten Stunden dieser Widerstand allein von der Bevölkerung aus der nahen Umgebung (Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Uelzen) getragen werden. In den folgenden Stunden wird ebenfalls aus den Großstädten (Hamburg, Hannover, Bremen etc.) zur Verstärkung der Absperrung mobilisiert. In entlegenen Regionen wird dieser „Tag X" für dezentrale Widerstandsaktionen zur Unterstützung der Blockierer genutzt."*

Ob bereits durch die Wendlandblockade die BIs gut vorbereitet sind für den Tag X, wie es die TAZ vom 2.5. recht euphorisch behauptet, ist zu bezweifeln. Notwendig wäre auch in den Städten eine sofort einzusetzende Informationsarbeit sowie konkrete Vorbereitungen für die Stufe 3.

Die vielleicht letzte Möglichkeit, hier zu einer bundesweiten Perspektive zu kommen, bietet die Vorbereitungskonferenz für den „Tag X" am 20. Mai ab 14 Uhr in den Trebeler Bauernstuben.

M./KB Gruppe Lüneburg, 3.5.84

Korrektur und Nachlese

In AK 245 hieß es auf S. 10: „Interview mit Klempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg". Wir bedauern diesen peinlichen Fehler. Richtig heißt es: „Interview mit Hannes Kempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg."

Auszüge dieses Interviews wurden im politischen Teil der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" nachgedruckt, da es sich um

diesen peinlichen Fehler. Richtig heißt es: „Interview mit Hannes Kempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg."

Auszüge dieses Interviews wurden im politischen Teil der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" nachgedruckt, da es sich um die einzige „authentische" Stellungnahme der BI zu den Wendlandblockaden handelt. Größere Teile des Interviews wurden mit Quellenangabe durch den Lüchow-Dannenberger Oberkreisdirektor als „Amtliche Bekanntmachung" in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" als Teil der Begründung für das generelle Versammlungsverbot am 30.4. in Lüchow-Dannenberg zitiert.

Dokument

Erste Stellungnahme der Freien Republik Wendland zur Wendlandblockade am 30. April 1984

1. Am 30.4. wurden erstmals 5 Bundesstraßen von Atomkraftgegnern gleichzeitig blockiert. 5.000 Freunde von nah und fern haben somit unter Inkaufnahme großer persönlicher Risiken bewiesen, daß die atomare Modellregion Lüchow-Dannenberg noch verhindert werden kann.
2. Das Ziel der Wendlandblockade, für 12 Stunden „hier den PKW-Verkehr erheblich zu verlangsamen, dort aufgrund „dichter" Blockadeformen zu stoppen und aufzustauen bzw. zu größeren Umwegen über Nebenstrecken zu veranlassen" (Wendlandblockade-Info) wurde vollständig erreicht. Im einzelnen:
   a) 5.000 Teilnehmer sorgten dafür, daß das vom Oberkreisdirektor Poggendorf verhängte Versammlungsverbot politisch und militärisch nicht durchsetzbar war.
   b) Wie geplant wurden 2 Bundesstraßen total blockiert. Die B 216 war ab 6 Uhr morgens bei Metzingen durch Menschen und PKWs total verstopft, bis ca. 16 Uhr unpassierbar und noch um 18 Uhr nur mit langwierigen Verzögerungen zu befahren (s. Durchsage Verkehrsstudio). Weitere Blockaden gab es ab 16 Uhr in der Göhrde und bei Oldendorf. Die B 191 war trotz vorheriger Verhaftung von über 500 Atomkraftgegnern ab 7.30 unpassierbar: Von Hohenzehten bis Zernien wanderte ein 3 m breiter Drachen über die Bundesstraße; auf einer Strecke von 4 km wurden durch selbständig agierende Gruppen unzählige Materialblockaden errichtet und nach Beseitigung durch Polizeikräfte immer wieder aufgebaut. („Alle 200 m ein Mannschaftswagen, alle 100 m eine Blockade"). Ab 14 Uhr mußte die Polizei die Straße sperren.
   c) Auf der B 71 (Frauen), der B 493 (Bauern) und der Strecke Clenze-Bodenteich gab es, wie angekündigt, ganztägig phantasievolle Behinderungen: 300 Frauen blockierten ab 6 Uhr die B 71, unterstützt durch Polizeiblockaden in Clenze und Kreyenhagen. Nachdem die Blockade um 8 Uhr 30 aufgelöst wurde, blockierte ein „Hexenkessel" von 11.45 bis 17.30 nochmals die Straße; Unbeteiligte konnten durchtröpfeln. Auf der B 493 standen um 3 Uhr ca. 30 Schlepper mit Ackergeräten, gegen 5.30 war die Straße dort wieder passierbar. Um 9 Uhr stellte sich ein hoch mit Stroh beladener Hänger quer. Hinzukommende Autos vervollständigten die Blockade, die sich erst gegen 11 Uhr langsam wieder auflöste. Um 13 Uhr beteiligte sich ein 3 m hoher Strohballen „mit Feuer und Flamme" an der Blockade.
   Auf der Strecke Clenze-Bodenteich begleiteten ca. 400 Blockierer vorwiegend aus Lüchow-Dannenberg die Riesenkrake (= DWK) aus Clenze heraus; ein Baufahrzeug zum Atommüll-Endlager wurde festgesetzt. Der Weg der Krake endete gegen 17.30 in Spithal, nachdem die Polizei ihre aufgestauten Aggressionen durch Zertrampeln der Krake (= DWK) abreagiert hatte.
3. Die Polizei begann die Auseinandersetzung mit einer Massenfestnahme, die an die Methoden südamerikanischer Regimes erinnert. 500 Personen wurden gegen 3 Uhr morgens aus Zelten und einem Schlafsaal gezerrt, in bereitgestellte Gefängnisbusse verfrachtet und 30 km weiter auf freiem Feld ausgesetzt. Mit Chemical Mace wurde im Laufe des Tages aus Mannschaftswagen heraus in PKWs und auf Motorradfahrer (während der Fahrt!) gesprüht. Eine Frau erlitt wegen Armumdrehung durch die Polizei einen Gelenkkapselriß. Ein passiver Sitzblockierer erlitt durch Knüppeleinsatz Nierenprellungen und wurde außerdem so über die Straße geschleift, daß er Kopf- und Handverletzungen davontrug. Ein Fotograf wurde mit dem Polizeischild auf den Rücken geworfen.
   Mehrfach wurden PKWs in Straßengräben geschoben, wo sie z.T. auf dem Dach landeten, bzw. beschädigt wurden. Anderen PKWs wurden die Scheiben eingeschlagen und Kotflügel abgerissen. Auch in leerstehende Fahrzeuge wurde mit der chemischen Keule gesprüht. Bei ca. 50 PKWs wurde von Polizeikräften die Luft aus den Reifen gelassen, z.T. wurden PKWs hierfür extra gestoppt und in einen Seitenweg gewunken. Für alle diese Vorfälle können Zeugen namentlich benannt werden.
4. Am Vortag der Wendlandblockade erklärte die Polizei, „sie werde es nicht zu einer Blockade kommen lassen." Zum Versammlungsverbot hieß es zuvor: „Wir sind gehalten, das Verbot durchzusetzen und wir werden dies auch tun." Wenn die Polizei heute von einem erfolgreichen Vorgehen am 30.4. spricht, so können wir ihr nur weitere „Erfolge" wünschen! Tatsächlich stand die 3.000-köpfige, schwerfällige Polizei-Armada trotz Wasserwerfer- und Hubschraubereinsätzen recht hilflos vor der Aufgabe, den ungehinderten Verkehrsfluß zu gewährleisten. Zudem bildeten sie, wie von uns angekündigt, selbst ein blockierendes Element. Den konzeptionellen Fehlschlag versuchte man jedoch mit Körperverletzungen und
   auch tun." Wenn die Polizei heute von einem erfolgreichen Vorgehen am 30.4. spricht, so können wir ihr nur weitere „Erfolge" wünschen! Tatsächlich stand die 3.000-köpfige, schwerfällige Polizei-Armada trotz Wasserwerfer- und Hubschraubereinsätzen recht hilflos vor der Aufgabe, den ungehinderten Verkehrsfluß zu gewährleisten. Zudem bildeten sie, wie von uns angekündigt, selbst ein blockierendes Element. Den konzeptionellen Fehlschlag versuchte man jedoch mit Körperverletzungen und
   blindwütigen Sachbeschädigungen zu kompensieren.
   Widersprüche in der NDR-Berichterstattung (Nachrichtensendung: „Blockaden aufgelöst" — Verkehrsstudio: „Straßen unpassierbar") hoffen wir in Kürze durch Veröffentlichungen aus dem Polizeifunkverkehr aufklären zu können...
5. Der Erfolg der Wendlandblockade ist das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von einheimischen und auswärtigen Atomkraftgegnern. Es haben sich Zuversicht und Entschlossenheit verstärkt, das Wendland atommüllfrei zu halten. Die Wendland-Blockade war die 2. Aufforderung an die Landesregierung: KEIN ATOMMÜLL, KEINE WAA INS WENDLAND!



Foto: AK

Startbahn-West: Bewegung nicht kleinzukriegen



Das war klar. Anläßlich der Eröffnung der Startbahn-West am 12. April würde es wiederum zu massiven Protestaktionen gegen das Monstrum im Mönchbruchwald kommen. Und die Startbahngegner der Region nehmen bekanntlich jeden, aber auch jeden ,,Tag'' zum Anlaß für ein weiteres Demonstrationsvorhaben: Erster und zweiter Jahrestag der Räumung des Sieben-Hektar-Geländes, erster und zweiter Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes, Einweihung des Tunnels, erster Jahrestag der Einweihung des Tunnels, vierter Jahrestag der Errichtung der Kirche im Hüttendorf usw. usf. Wenn gerade kein Jahrestag zur Verfügung steht, führen die Südhessen ihre Sonntagsspaziergänge durch, mal mit wenigen hundert Teilnehmern, mal mit einigen Tausend. Aber los ist eigentlich immer was. Am 29. April dieses Jahres das 117. Mal hintereinander. Und immer behütet durch ein Großaufgebot von Holger Börners Polizei.

Wie vor jeder Großaktion gab es in der Protestbewegung Kontroversen über das rechte Maß der Aktion. Denn für alle Beteiligten ist seit dem legendären Nacktensonntag am 8.11.81 vor jeder Aktion wieder klar, daß es sich um die ganz entscheidende Veranstaltung handelt, bei der die Gegenseite der Bewegung endgültig das Lebenslicht ausblasen will. Schon am nächsten Jahrestag aber, etwa dem des ersten Gottesdienst an der Mauer vor drei Jahren, trifft sich alles wieder. Und sonst wird der Gottesdienst eben an einem normalen Sonntag ,,zelebriert'', denn die Mauer ist 10 Kilometer lang und jedes Mauerelement hat sechs Streben ... Tatsächlich ist es wohl weniger die Polizeigewalt im Gelände, die der Startbahnbewegung gefährlich werden könnte. Teile der Startbahnbewegung versuchen vielmehr seit längerem, mit dem Argument der Desavoierung des Widerstandes durch Gewaltaktionen und polizeiliche Reaktionen ihren Rückzug aus der Bewegung zu begrün-
und polizeiliche Reaktionen ihren Rückzug aus der Bewegung zu begrün-
den.

Die Kontroverse um die Aktionen auf zwei BI-Plena und im publizistischen Vorfeld wurde durch das Eingreifen interessierter Kräfte außergewöhnlich angeheizt:

— Die Grünen im Landtag sahen durch die geplante Aktion nur neuen Streß im mühseligen Verhandlungsgeschäft mit Börners SPD. Sie haben die Startbahn schon länger abgehakt und beschränken ihre Aktivitäten darauf, von Börner ein Vertreten des Nachtflugverbotes auf der Startbahn-West gegen das Bundesverkehrsministerium zu verlangen.

— Vertreter der Kirchengemeinden, von BUND-Ortsgruppen, die Jusos im Kreis Groß-Gerau und Teile ,,gemäßigter'' Startbahn-BIs warnten vor Aktionen direkt am Flughafen, da es dort zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen würde. Mitarbeiter des ,,Umweltbüros Rhein-Main'' aus Mörfelden-Walldorf, die diese Befürchtung teilten, schlugen das bewährte Abwiegelungsmittel der Menschenkette bis an die Startbahn als ,,Kompromiß'' vor.

— Auch professionelle Deeskalierer mischten mit: Pfarrer Oeser, bekannt von den Stuttgarter Deeskalationsverhandlungen, stellte just wenige Tage vor dem 14.4. das ,,Stuttgarter Deeskalationspapier'' der Öffentlichkeit vor und riet den Startbahngegnern, sich auf die neue Rechtslage am Flughafen einzustellen. Er warnte vor ,,Angriffen'' auf den Flugplatz, da dieser der größte der US-Airforce außerhalb der Staaten sei. Die Demonstranten sollten sich diesbezüglich der Gefährlichkeit von Leuchtkugeln und ähnlichem bewußtsein.

Unvermeidlich auch, daß sich SB-Professor Egbert Jahn von der aus Landesmitteln gesponserten ,,Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung'' zu Wort meldete. In einem Report analysierte Jahn, daß es der Bevölkerung um Lebensschutzinteressen gehe. Für Umweltschutzverbände sei der Bau ein Symbol wirtschaftlicher Expansion, für autonome Randgruppen eine Frage der Veränderung des gesellschaftspolitischen Systems. Ihnen gehe es gar nicht um die 18 West. Egbert, die Finanzierung der HSFK fürs nächste Jahr ist gesichert!

— **Der hessische Rundfunk setzte eine startbahnkritische Sendung ab** und ließ in einem Filmzusammenschnitt lediglich in kurzen Passagen empörte Bürger zu Wort kommen. Ansonsten ein Bericht in einer Sondersendung über die technische Struktur des neugestalteten Flughafens und ein ,,Streitgespräch'' zwischen einem Flughafenvertreter und einem Piloten, der namens ,,Cockpit'' technische Bedenken vorbrachte. **Startbahngegner waren nicht geladen.**

— Der Staat selber warnte auch: In Zeitungsanzeigen Walldorfs Bürgermeister Brehl zusammen mit Landrat Blodt, beide SPD und beide angeblich gegen die Startbahn-West. ,,*Prüfen und überlegen Sie genau, ob Sie sich an Protestaktionen beteiligen wollen. Lassen Sie sich bei gewalttätigen Aktionen nicht als Demonstrationskulisse benutzen. Tragen Sie mit dazu bei, daß unsere örtlichen Polizeibeamten nicht in Schwierigkeiten kommen.''*

Das vorgesetzte Innenministerium erklärte, daß Aktionen gegen die Startbahn nunmehr den Tatbestand des ,,gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr'' erfüllten, der mit bis zu fünf Jahren bestraft werden könne.

Die Frankfurter Polizei machte darauf aufmerksam, daß sie unter Umständen mit ,,Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges'' einschreiten müsse. Prophylaktisch stellte man sich gleich einen Freifahrtschein aus: ,,*Im Gedränge falle es dabei den Beamten schwer, zwischen Krawallmachern und Unbeteiligten zu unterscheiden. Der einsichtige Bürger kann durch sein Verhalten dazu beitragen, der Polizei ihre schwere Arbeit zu erleichtern.''*

Die Einschüchterungskampagne zeigte letztlich wenig Wirkung. Lediglich einzelne profilierte Startbahngegner / innen z.B. aus der ,,Küchenbrigade'' ließen sich auf den geforderten Distanzierungskurs festlegen.
de'' ließen sich auf den geforderten Distanzierungskurs festlegen.

Die Grünen mobilisierten trotz der Störversuche aus der Landtagsgruppe und ihrer Ortsgruppe Mörfelden-Walldorf zu allen geplanten Aktionen anläßlich der Startbahneinweihung:

— einer Kundgebung in Mörfelden am Abend der Eröffnung, dem 12.4.,

— einer Frankfurter ,,17-Uhr-Demo'' mit vorherigem Besuch am Knast in Preungesheim,

— eine Kundgebung am 14.4. in Walldorf, zu der auch Startbahngegner aus dem übrigen Bundesgebiet erwartet wurden, mit anschließender Demonstration zur Startbahn und phantasievollen Aktionen an der Mauer.

,,Friedlich'', wie von den Initiatoren aus SPD-nahen Startbahngegnerkreisen geplant, verlief die abendliche Kundgebung in Mörfelden am 12.4. Hier war die Grundstimmung ,,Trauer'', und es wurde klargemacht, daß es sich nach dem Willen der meisten ,,Umweltbüro''-Mitarbeiter um die ,,**letzte** Aktion der Kern-Bürger-Initiativen'' handeln sollte. Dieser Abgesang auf die Startbahn-Bewegung wurde — entäuschend für die Konfliktbefrieder — nur von knapp 1.000 Menschen besucht; 600 von ihnen zogen trotz gegenteiligen Ermahnungen der Veranstalter gleich noch mal in den Wald. Die Polizei griff nicht ein.

Die Demonstration vor dem Preungesheimer Knast tags darauf war vom Frankfurter Ordnungsamt verboten worden, da sie nicht angemeldet worden sei und ,,Gewalttätigkeiten zu erwarten'' seien. Die 400 Demonstranten, die trotzdem erschienen, wurden beim ersten Formierungsversuch von ebenso viel Bullen mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz aufgemischt. Kleinere Gruppen, die sich nun Richtung Innenstadt in Bewegung setzten, wurden von starken Polizeieinheiten begleitet. Auf dem Marsch wurden einzelne Gruppen für die Dauer der Demonstration festgesetzt. Die anschließende ,,17-Uhr-Demo'' vermittelte mit 4.000 Teilnehmern einen ausgesprochen kräftigen Eindruck, sodaß die Polizei, entgegen der sonst in Frankfurt geübten Praxis, Helme, Masken und den einen oder anderen Knallkörper sowie Sprühparolen nicht zum Anlaß einer Demoauflösung nehmen mochte. Lediglich bei einer Gelegenheit droschen Polizisten in einen Demoabschnitt. Offensichtlich wollte man sich ganz auf die Konfrontation an der Startbahn selbst konzentrieren.

Bereits auf der Anreise wurden am 14.4. alle Autos mit auswärtigen Kennzeichen von MP-bewaffneten Bullen gestoppt und gefilzt. Der Kundgebungsbeginn in Walldorf verzögerte sich deshalb um eine Stunde. Als wichtigster Redner stellte Alexander Schubart noch einmal heraus, daß nicht bessere Argumente, sondern nur die Macht der Mächtigen die Startbahn-West habe zur Realität werden lassen. Weiter werde die Bewegung sich nicht von ihrer totalen Ablehnung und ihrem Nicht-Abfinden abhalten lassen, und weiter werde sie vielfältigen Widerstand leisten. Er kritisierte das Sichabfinden der GRÜNEN im Landtag und stellte heraus, daß viele in der Bewegung Selbständigkeit und Selbstbewußtsein gelernt hätten. Sie hätten gelernt, daß sie ihre Geschicke nicht länger irgendwelchen Stellvertretern — auch nicht grünen Stellvertretern — anvertrauen könnten, daß sie selber ihre Sache in die Hand nehmen und für sie auf die Straße und in die Wälder gehen müßten. Auch in den übrigen Beiträgen mußten die Landtagsgrünen herbe Kritik einstecken. Das war für sie persönlich allerdings nicht erfahrbar, da sie es vorgezogen hatten, durch Abwesenheit zu glänzen, sieht man einmal von dem in der Landtagsgruppe oppositionellen Radikalökologen Jan Kuhnert ab. Offensichtlich hat der im Landtag ausgeübte Distanzierungsdruck, der in einem CDU-FDP Antrag auf Verurteilung der grünen Unterstützung für die Anti-Startbahn-Demonstrationen gipfelte, Wirkung gezeigt. Daran ändert nur auch ein nachträglicher Berichtsantrag der Grünen im Landtag zu Polizeiübergriffen während der Demonstration nichts mehr. Aus taktischen Motiven haben sich die Parlamentsvertreter weitgehend von ihrer Basisbewegung, der sie maßgeblich ihre Wahl verdankt, abgekoppelt. Traurig und peinlich!

Im Vorgelände entlang der Mauer erwarteten Polizeihundertschaften die etwa 10.000 Demonstranten, die sich entlang der 4 km langen Ostseite verteilten. Kurze Zeit, nachdem sich einzelne Demonstrantengruppen an der Mauer zu schaffen gemacht hatten, wie es guter Brauch ist, setzten sich Wasserwerfer und Tränengasgranatenschützen in Bewegung. Die Polizei im Vorgelände wurde verstärkt und trieb unter Knüppeleinsatz die Menschen von der Mauer weg auf die Mönchbruchwiesen. Dabei trat dann das schon vorher angesagte mangelhafte Unterscheidungsvermögen der Polizei zwischen ,,friedlichen'' und ,,gewalttätigen'' Demonstranten auf. Niedergeknüppelt wurde, was in den Weg kam. Auch Reporter der ,,Frankfurter Rundschau'' und des Hessischen Fernsehens. Besonders hervor tat sich eine Schlägerbande mit langen Schlaghölzern, leichten Einsatzanzügen und Turnschuhen, die einen Stahlhelm der Nazi-Fallschirmjägertruppe, wie er auch bei SEK's und der GSG 9 gebräuchlich ist, trug. Deren ,,undifferenzierte''Knüppelei ist nun Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Angeblich handelte es sich um eine ,,Beweissicherungsgruppe'' (Besi), die eigens für den speziellen Einsatz zusammengestellt worden sei. Eigentlich habe sie ,,Straftäter'' festnehmen und nicht knüppeln sollen, erklärte das Innenministerium. Spekulationen werden darüber angestellt, ob der besonders harte Einsatz auf eine Provokation der CDU zurückzuführen ist. Der zuständige Abschnittsleiter ist der Polizeioberrat Volker Zintl gewesen, CDU-Mitglied und frischgewählter Oberbürgermeister der Gemeinde Kelkheim. Er habe Auseinandersetzungen provozieren wollen, um der CDU Munition gegen das ,,rotgrüne Bündnis'' zu verschaffen. Denkbar ist dies natürlich. Auf jeden Fall wußten Innenminister und Polizeiführung, wem sie das Kommando anvertrauten: Zintl ist ein bekannter Provokateur. Er war am 14.11.81 Abschnittsleiter vorm Frankfurter Flughafen während der Blockade der Autobahn und setzte SEK-Schläger mit Blendschockgranaten ein. Er war im Aschu-Prozeß Belastungszeuge. Er war Einsatzleiter bei der ,,Ehrenrunde'' am 31.1.82 in Walldorf. Die ihn einsetzen, können sich jetzt nicht reinwaschen, sondern hängen genauso mit drin. 5 Schwerverletzte und 54 Festnahmen waren auf Demonstrationsseite zu verzeichnen. Bevor Gefangene in die Transporter gesperrt wurden, sprühten faschistische Bullen diese sorgsam mit Tränengas aus.


Foto: AK


Foto: AK


Foto: AK

Die Polizeibrutalitäten haben dem Widerstand keinen Abbruch getan. Startbahngegner sind das gewohnt und haben gelernt, sehr flexibel zu reagieren. Bei unerfahrenerem Publikum wären die zu beklagenden Opfer wohl weit höher ausgefallen. Bereits am darauffolgenden Tag wurde wieder der übliche Sonntagsspaziergang unter dem frustrierten Blick mehrer Hundertschaften Polizei durchgeführt.

Die BI hat angekündigt, daß das auch in Zukunft so weitergehen wird.

Die Startbahn ist gebaut. Der Wider-
Die Startbahn ist gebaut. Der Wider-
stand geht weiter. Der Flughafen wird sich weiter im feindlichen Umland einigeln müssen, die Hundertschaften werden die nächsten Jahre nicht zur Ruhe kommen. Narita ist ein Beispiel, wie lange so etwas währen kann. Aschu führte in seiner Rede aus: ,,*Dieser Widerstand ist kein blindes Anrennen gegen die Beton gewordenen Tatsachen, sondern hat durchaus eine Perspektive — eine Perspektive, die zunächst einmal von folgender, simpler Tatsache ausgeht: Seit dem Turmbau von Babel ist es nun einmal das Schicksal der Bauwerke der Menschen, nicht für die Ewigkeit bestimmt zu sein, und ganz gewiß wird die Startbahn da keine Ausnahme machen, und ganz gewiß wird sie nicht so lange bestehen, wie die Pyramiden in Ägypten. Die Frage ist also nur, wie lange sie stehen wird — und die Beantwortung dieser Frage wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es in dieser Region weiter eine Kombination von guten Argumenten und gutem Widerstand gegen die Startbahn geben wird, die langsam aber beharrlich das Bewußtsein der Menschen verändert ... Wesentliche Änderungen gegenüber der umweltfeindlichen Politik der Herrschenden werden sich mit noch so gut gemeinter Parlamentsarbeit und noch so gut gemeinten parlamentarischen Gesprächen von grün-alternativen Gruppierungen allein nicht durchsetzen lassen. Maßgeblich ist und bleibt vielmehr die Qualität und der Entwicklungsstand der außerparlamentarischen Kämpfe. Deshalb sagen wir nicht nur ein Nein ohne jedes Ja zur Startbahn West, wir sagen auch ein Ja ohne jedes Nein zu den außerparlamentarischen Kämpfen, ein Ja zum Ungehorsam denen gegenüber, die solche Wahnsinnsprojekte bauen wie die Startbahn West''.*

KB/Gruppe Frankfurt

Antimilitarismus

Zwischen den Weltkriegen

(Teil 1)



Hauptschauplatz Deutschland

Als ,,Lieblingslektüre'' des US-Präsidenten Reagan ist eine fiktive Darstellung des 3. Weltkriegs bekannt geworden. Sie endet nach kaum vier Wochen Kampfhandlungen mit dem totalen Zusammenbruch der Sowjetunion, also mit einem befriedigenden happy end. Da mag der Klappentext der deutschen Ausgabe ruhig einen moralisierenden Zeigefinger heben: ,,Obwohl in dieser prägnanten Fiktion die Truppen der westlichen Alliierten in überraschend kurzer Zeit den Sieg erringen, dürfte vor allem den im Ernstfall Betroffenen überdeutlich klar werden, daß Kriege im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nicht mehr ,eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' sind — es sei denn, man ist zynisch genug und nimmt von vornherein Hekatomben von Menschenopfern und die Verwüstung ganzer Landstriche in Kauf.'' Gerade auf dieses einschränkende ,,es sei denn...'' kommt es an. O h n e die Inkaufnahme von Zerstörung und Massensterben war der Krieg als ,,Fortsetzung der Politik'' überhaupt noch nie zu haben. In welchem Umfang dies unter bestimmten Umständen in Kauf genommen werden kann, dafür setzen die Weltkriege 1 und 2 Maßstäbe. Die Toten des Zweiten Weltkrieges zum Beispiel werden nach eher niedrigen Schätzungen mit rund 40 Millionen veranschlagt, die kaum berechenbaren Gesamtkosten mit 4000 Milliarden Dollar (Anm. 1). Die extrem gefährliche Tendenz der ,,Lieblingslektüre'' des US-Präsidenten liegt so betrachtet gerade darin, daß sie den absoluten und endgültigen Sieg der USA im Kampf um die Weltherrschaft zu einem Preis vorgaukelt, der — soweit es jedenfalls die USA selbst betrifft — an Kosten und Opfern viel billiger zu stehen käme als die Beteiligung am 2. Weltkrieg. Man muß nicht einmal von einem b e s o n d e r e n Zynismus ausgehen, sondern braucht nur die n o r m a l e Politiker-Mentalität zugrunde zu legen, um dieses Scenario als offene Einladung zum Krieg zu begreifen... wenn es nicht noch das unkalkulierbare Risiko gäbe, daß schließlich alles auch ganz anders kommen könnte. Insofern kann auch Reagans ,,Lieblingslektüre'' noch nicht das praktische Problem lösen, wie der Krieg auf dem europäischen Schauplatz wieder in seine angestammten Rechte als unverzichtbares Mittel der Politik eingesetzt werden könnte.

Das Buch und sein Autor

Das Buch, das hier zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen über einen dritten Weltkrieg genommen werden soll, heißt im englischen Original **,,The Third World War. August 1985''**. Der Titel der deutschen Ausgabe sagt im Untertitel deutlicher, worum es geht: **,,Der Dritte Weltkrieg. Hauptschauplatz Deutschland''**. Das Buch erschien erstmals 1978 und im gleichen Jahr auch (bei Bertelsmann) in deutscher Übersetzung. Autor ist der schon 1978 nicht mehr aktive britische General John Hackett. Er war zuvor Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord (NORTHAG) im NATO-Abschnitt Europa-Mitte (AFCENT). Sein direkter Vorgesetzter war damals AFCENT-Oberbefehlshaber und Bundeswehrgeneral J.A. Graf Kielmansegg; dieser hat zur deutschen Ausgabe von Hackett's Buch ein Vorwort beigesteuert.

Dem Mitarbeiterverzeichnis ist zu entnehmen, daß Hackett durch *,,Fachleute von höchstem Rang, darunter amerikanische und deutsche Generäle''*, beim Schreiben des Buches unterstützt wurde. Einige der Mitarbeiter werden namentlich aufgeführt (Anm. 2), andere bleiben anonym. Bei einem scheinbar so qualifizierten Autoren- und Mitarbeiterkreis mag es zunächst verblüffen, daß das Buch unter militärwissenschaftlichen Gesichtspunkten noch nicht einmal drittklassig ist (Anm. 3). Andererseits wäre es angesichts einer Fülle von zum Teil vorzüglicher Fachliteratur über Kriegsszenarien in Europa (Anm. 4) als militärwissenschaftliche Ausarbeitung vermutlich überflüssig gewesen oder hätte jedenfalls keine spezielle Beachtung gefunden. Seine politische Funktion hat es gerade als stark vereinfachende, im konventionellen Sinn ,,spannende'' Pseudo-Reportage, die bewußt auf ein Ziel hin geschrieben worden ist: Rüstungspropaganda. Oder, in den Worten Hackett's: *,,Wir sind noch einmal davongekommen, und zwar deshalb, weil in den Jahren zwischen 1979 und 1985, den Jahren also zwischen dem Erscheinen dieses Buches und dem Beginn des in ihm geschilderten Dritten Weltkrieges, einige Entwicklungen so und nicht anders abliefen, und vor allem, weil im Westen in diesen Jahren eine ganze Menge getan wurde, um die Sicherheit zu erhöhen und die in einer Reihe von Bereichen nicht voll den Notwendigkeiten genügende Verteidigungskraft des Nordatlantischen Bündnisses zu verstärken.''* In diesem Sinn enthält das Buch zahlreiche Hinweise, welche konkreten Kriegsvorbereitungs-Maßnahmen Hackett & Co. befürworten.

Als Tendenzschrift mit pseudoprognostischem Charakter steht Hackett's Buch sehr nahe bei der 1976 erschienenen Arbeit des belgischen NATO-Generals Robert Close, die im Original den Titel **,,L'Europe sans Defense? 48 heures qui pourraient changer la face du monde''** trägt. (Deutsche Ausgabe 1977 unter dem Titel **,,Europa ohne Verteidigung?''**). Close beschreibt dort das Szenario eines Überraschungsangriffs des Warschauer Paktes auf die BRD, bei dem die östlichen Truppen nach maximal 48 Stunden am Rhein stehen könnten. Als ungefähr zeitgleiche Schrift mit ähnlicher Tendenz, aber mehr militärwissenschaftlichem Charakter ist ein Buch des ehemaligen Bundeswehr- und NATO-Generals Johannes Steinhoff zu erwähnen: **,,Wohin treibt die NATO? Probleme der Verteidigung Westeuropas''** (1976). Im gleichen Jahr wie Hackett's Buch (1978) und mit fast identischem Charakter kam das Buch **,,World War 3 — A military Projection founded on today's facts''** auf den Markt. Auch hier war ein Kreis von britischen Militärs federführend (Anm. 5); niveaumäßig steht dieses Buch noch unter der Arbeit von Hackett & Co.; außerdem hat es leider ganz und gar kein happy end...

Die ersten Schüsse des 3. Weltkrieges

Die Fiktion von Hackett's ,,Third World War'' ist, daß es sich um einen im Frühjahr 1987 abgeschlossenen Bericht über einen Krieg handelt, der 1984/85, im engeren Sinn im August 1985, stattgefunden haben soll. Großflächige Verlaufsschilderungen wechseln ab mit örtlichen Detailskizzen in Form fiktiver Erlebnisberichte von Soldaten. Auch fehlt es nicht an ebenso fiktiven Beschlußdokumenten des sowjetischen Politbüros und Karten über den Frontverlauf an bestimmten Tagen. Diese scheinbare Wirklichkeitsnähe wird es wohl gewesen sein, die dem US-Präsidenten beim Lesen rote Bäckchen und glänzende Augen machte.

Da das Buch schon im Februar 1978 abgeschlossen wurde, während wir uns jetzt immerhin fast in der Mitte von 1984 befinden, ist es ganz erheiternd, einige Punkte von Hackett's Fiktion schon mit der Wirklichkeit konfrontieren zu können. So fungiert z.B. bei ihm das Schah-Regime immer noch als Eckpfeiler der Freien Welt in Mittelost. Zum Ausgleich hat sich Ägypten wieder auf prosowjetischen Kurs begeben und beeinflußt zunehmend auch Saudi-Arabien in diesem Sinn. Ebenfalls wieder an der Seite der Sowjetunion steht Somalia, das zudem den französischen Stützpunkt Djibouti übernommen hat. In Ostasien haben sich Vietnam und Nordkorea stark dem Westen angenähert. Indien ist in kapitalistische und sozialistische Teilstaaten zerfallen. In der Karibik und Mittelamerika wühlt das prosowjetische Jamaika gemeinsam mit Kuba.

Vorhang auf, der Krieg kann beginnen! Es fängt damit an, daß im November 1984 in Polen ,,Arbeiterunruhen'' stattfinden. Das veranlaßt die Sowjetunion, an anderen Stellen der Welt aktiv zu werden, um *,,die Amerikaner irgendwo anders in eine Position der Schwäche zu manövrieren''*: Kuba und Jamaika verschärfen ihre Subversion gegen Mexiko; ebenso wird die Guerilla-Tätigkeit in Südafrika verstärkt; vor allem aber wird die Lage im Nahen/Mittleren Osten zugespitzt. Die phantasievollen Details können hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden. Jedenfalls versenkt am 29.12.84 ein sowjetisches U-Boot ein iranisches Transportschiff, das zur Unterstützung der Regierung von Oman gegen Aufständische (die natürlich von Ägypten und der Sowjetunion gesteuert werden) unterwegs ist. Am selben Tag wird ein

<u>Am 7. Februar exklusiv für Deutschland</u>

Interview mit Ronald Reagan



aus: ,,Welt'', 6.2.82

»Wenn irgend möglich, dann sollten nie wieder junge Menschen auf Schlachtfeldern ihr Leben lassen müssen. Aber wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß jede Zivilisation sich auf Werte gründet, für die zu sterben Menschen stets bereit waren.«

Nachrichtenschiff der USA im Golf von Aden durch sowjetische Raketen beschädigt; einige Tage später wird das Schiff, das einen bergenden Hafen zu erreichen sucht, auch noch kaltblütig versenkt. Dieser Vorgang veranlaßt bemerkenswerterweise die USA nicht zu den geringsten direkten Gegenmaßnahmen gegen die Sowjetunion.

Und es geht weiter! Eine Bohrinsel in der Nordsee wird am 3.1.85 gesprengt, zweifelsfrei von Ostagenten. Der mexikanische Präsident wird ermordet, von wem wohl? Ein amerikanischer Kampfverband wird in die Golfregion in Marsch gesetzt. Die 6. US-Flotte (Mittelmeer) blockiert den Suez-Kanal. Ein Gipfeltreffen zwischen USA und Sowjetunion Ende Januar 1985 schafft vorübergehende Entspannung der Konfrontation.

Mittlerweile ist aber in Jugoslawien nach dem Tode Tito's eine bürgerkriegsartige Konfrontation entstanden, bei der sich in erster Linie das prowestliche Slowenien und das prosowjetische Serbien gegenüberstehen. Ein serbischer Angriff auf Slowenien scheitert, und ein ,,Komitee für die Verteidigung Jugoslawiens'' ruft daraufhin die brüderliche Hilfe der SU an. Und nicht vergeblich: *,,Am 27. Juli 1985 sicherte eine sowjetische Luftlandedivision... die Vormarschstraßen nach Belgrad. Zur gleichen Zeit überquerte eine motorisierte sowjetische Schützendivision von Ungarn aus die jugoslawische Grenze... Das prosowjetische Komitee wurde als provisorische Regierung Jugoslawiens anerkannt...''*. Kurz darauf dringen Marineinfanteristen und Luftlandetruppen der USA von Italien aus ins nordwestliche Jugoslawien ein. Innerhalb von 24 Stunden kommt es zum ersten Gefecht mit sowjetischen Einheiten. Der 3. Weltkrieg ist nicht mehr aufzuhalten.

Hauptschauplatz BRD

Die Sowjetunion entschließt sich zu einer, um den üblichen NATO-Ausdruck zu gebrauchen, ,,Horizontalisierung'' des Krieges, d.h. zur Eröffnung des Krieges auf neuen Schauplätzen. Ihre Planung sieht vor, den NATO-Abschnitt Mitte (AFCENT) zu überrennen, während zugleich der nördliche (AFNORTH) und südliche (AFSOUTH) Abschnitt ,,ausgeschaltet'' werden. Die BRD und die Niederlande sollen besetzt werden; dann soll demonstrativ an dieser Linie Halt gemacht werden, um dem von einer ,,Volksfront'' regierten Frankreich das Neutral-Bleiben zu erleichtern. Am 4. August 1985, um 4 Uhr morgens, beginnt der sowjetische Großangriff auf die BRD, unterstützt von Agenten-Operationen. Die Sowjetunion setzt chemische Waffen, vor allem Gelbkreuz und Nervengas ein, um strategische Punkte (z.B. Flugplätze) der NATO auszuschalten und zum Teil durch Luftlandetruppen einzunehmen. Gleichfalls am 4. August dringen sowjetische Truppen von der Halbinsel Kola aus und durch das neutrale Finnland gegen Norwegen vor. Im Süden fällt Italien, das auch gerade eine ,,Volksfront''-Regierung hat, kampflos unter sowjetische Kontrolle; das neutrale Österreich wird besetzt. In der BRD, wo die schwersten Kämpfe stattfinden, rückt die sowjetische Invasionsarmee trotz zähen Widerstandes (vor allem der ganz vorzüglichen Bundeswehr) und großen Verlusten vor. Am 15. August hat der sowjetische Vormarsch seine weiteste Ausdehnung erreicht: besetzt sind der größte Teil der Niederlande, Norddeutschland und das Gebiet östlich der Linie Paderborn-Stuttgart. Am Mittag des 15. August beginnt die erfolgreiche Gegenoffensive der NATO. Die sowjetischen Truppen im nordwestlichen Vorsprung der Front, die nun befürchten müssen, abgeschnitten zu werden, treten hastig den totalen Rückzug an. Am 23. August (Anm. 6) steht die Front im Wesentlichen an der DDR-Grenze. Aus Italien haben sich die sowjetischen Truppen zurückgezogen. In Skandinavien halten sie noch Positionen. Bereits am 20. August sind Truppen der NATO und Österreichs in die CSSR eingedrungen. Die US-Militärs drängen darauf, jetzt weit ins Gebiet des Warschauer Paktes vorzustoßen. Die Ukraine soll besetzt werden. Die Ansichten in der NATO über diese weitreichenden Absichten sind kontrovers. **,,Die Amerikaner und der den Falken zuneigende Teil der deutschen Streitkräfte erwogen, allein weiterzumarschieren.''** Hier, wo es richtig spannend zu werden droht, brechen wir erst einmal ab und wenden uns den anderen Kriegsschauplätzen zu.

Alles unter Kontrolle!

Ende Juli, parallel zur Konfrontation in Jugoslawien, sind ,,massive'' Truppen der USA im Stützpunkt Simonstown (Südafrika) an Land gegangen. *,,Dies sollte die Voraussetzung für die maritime Überlegenheit zu Wasser und in der Luft sein, die nicht nur zur Niederlage der sowjetischen Marine im Südatlantik beitrug, sondern auch eine wichtige Rolle bei den Operationen im Indischen Ozean spielte, die von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des amerikanischen Eingreifens im Persischen Golf waren.''* Eine von der Sowjetunion, Kuba und Nigeria (!) unterstützte Koalition aus Namibia, Botswana, Simbabwe und Mosambik greift Südafrika an, das die Invasion jedoch abwehren kann.

Ebenfalls seit Ende Juli 1985 befindet sich eine Brigade der US-Marineinfanterie in der Golfregion, um

den Iran und die Arabischen Emirate zu schützen. Andere US-Einheiten erobern den sowjetischen Stützpunkt Dharan (Saudi-Arabien!). Der Iran zwingt durch ein Ultimatum und einen massiven Truppenaufmarsch Kuweit dazu, seine Beziehungen zu Ägypten und Saudi-Arabien abzubrechen. Im Oman wird die Lage gegen die prosowjetischenAufständischen durch den Einsatz von Truppen aus dem Iran und den Emiraten stabilisiert.

Auf See gelingt es den sowjetischen Flotten zwar in der ersten Phase, der NATO erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Dazu gehört die Versenkung von 25% des ersten US-Nachschubs durch sowjetische U-Boote. *„Doch die Abnutzung der sowjetischen Seestreitkräfte war so groß, daß diese Angriffe bald nachließen."* Als entscheidend hebt Hackett an dieser Stelle hervor, daß von der NATO *„Geleitflugzeugträger, Fregatten, Patrouillenschiffe, Hubschrauber und Marineflugzeuge in der Zeit zwischen 1979 und 1985 mit großer Dringlichkeit gebaut worden"* waren. Insgesamt gelingt der NATO in Hackett's Szenario sehr schnell die Gewinnung der totalen Seeherrschaft. Auch die sowjetischen Verbindungen in der Karibik und vor der westafrikanischen Küste können unterbrochen werden.



aus: „Taz", 27.11.81

Ende gut, alles gut

Zurück nach Mitteleuropa, wo wir die militärischen und politischen Führer der NATO mit der Schicksalsfrage zurückgelassen hatten, ob man, die Gunst der Stunde kühn ergreifend, die erfolgreiche Gegenoffensive ins Gebiet des Warschauer Pakts hinein fortsetzen soll. Mittlerweile tobt auch im Kreml eine heftige Debatte zwischen „Falken" und „Tauben". Die „nukleare Partei" fordert einen atomaren Warnschlag gegen die NATO und setzt sich schließlich durch: Am 20. August um 10.30 Uhr wird über der englischen Stadt Birmingham eine Atombombe gezündet. Es gibt 300.000 Tote auf der Stelle, 250.000 Schwerverletzte und weitere 500.000 „Leicht"verletzte. Dem US-Präsidenten wird über den Heißen Draht mitgeteilt, daß weitere Atomangriffe folgen würden, falls die USA nicht innerhalb einer Woche Vertreter zu Verhandlungen schicken. Wenig später schlagen die USA und Großbritannien gemeinsam hart zurück: Von einem amerikanischen und einem britischen U-Boot werden je zwei atomare Flugkörper auf Minsk abgeschossen. *„Das Grauen von Birmingham wiederholte sich, nur um ein Vielfaches gesteigert."*

Die Zerstörung von Minsk, Hauptstadt der Bjelorussischen SSR, bringt die inneren Widersprüche des Sowjetimperiums sofort zur Explosion: *„Es war ein in dieser Beziehung gut gewähltes Ziel... Sowohl Polen wie die Ukraine zogen sofort die logische Schlußfolgerung, daß sie als nächste an der Reihe sein könnten, wenn sie nicht versuchten, den Lauf der Geschichte zu verändern."* Die polnische Regierung weist daraufhin ihre Truppen insgeheim an,
sein könnten, wenn sie nicht versuchten, den Lauf der Geschichte zu verändern." Die polnische Regierung weist daraufhin ihre Truppen insgeheim an,
sich an keinen Kampfhandlungen mehr zu beteiligen. Mehrere asiatische Sowjetrepubliken, darunter Kasachstan und Usbekistan, erklären ihre Unabhängigkeit. Im Politbüro der KPdSU fällt schließlich am 22. August die Entscheidung durch einen bewaffneten Putsch: Der Stellvertretende KGB-Chef ist zufällig ein Ukrainer, als solcher selbstverständlich Nationalist und Angehöriger einer weitgespannten ukrainischen Geheimorganisation. Die Ukraine erklärt ihre Selbständigkeit, die Sowjetunion löst sich auf.

Das war's. „Und davor haben wir jahrelang Angst gehabt?", wird sich Reagan bei der Lektüre des Schlußkapitels gefragt haben. Und immer und immer wieder wird er mit unermüdlicher Begeisterung das Fazit von Hackett verschlungen haben: *„Die politische Landschaft hat sich völlig verändert, weil der so mächtige, unheilvolle, expansive und kompromißlos dogmatische Imperialismus der Sowjetunion nicht mehr existiert.). Die Welt ist aus einem weiteren bösen Traum erwacht, so wie sie aus dem Alptraum der Nazizeit erwachte. Allerdings dauerte es diesmal viel länger. Der in der bolschewistischen Revolution 1917 geborene Mythos überlebte fast ein dreiviertel Jahrhundert... Man wird noch lange über die wirklichen Ursachen dieses Krieges zwischen Ost und West debattieren. Welcher Art sie auch waren:* **der Kampf konnte vermutlich nur in Europa entschieden werden** — *wenn er nicht zur Massenvernichtung durch strategische Atomwaffen führte, was dann kaum mehr eine Entscheidung hätte genannt werden können.* **Der Brennpunkt dieses Kampfes konnte aber nirgendwo anders als in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Die entscheidenden Operationen zu Lande und in der Luft mußten daher zwangsläufig dort geführt werden, wo der Mittelabschnitt des Alliierten Kommandos Europa lag."**

Natürlich darf auch der nochmalige Hinweis nicht fehlen, daß der Sieg des Guten über das Böse nur deshalb erreicht werden konnte, weil die NATO seit Erscheinen des Hackett-Buches energisch zugerüstet hat: *„Wenn sich die Krise von 1985 schon 1977 oder 1978 ereignet hätte, dann wäre höchstwahrscheinlich der sowjetische Plan eines Durchbruchs zum Rhein, der Auflösung der Allianz und der völligen Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland nicht fehlgeschlagen. Was in den Jahren zwischen 1978 und 1984 für Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung getan wurde, verhinderte das gerade."*

Der Traum vom Blitzkrieg

Hackett's 3. Weltkrieg dauert im engeren Sinn nur 17 Tage, vom 4. bis zum 20. August. 11 Tage brauchen die Truppen des Warschauer Pakts, um zwischen 70 und 450 km (Luftlinie!) weit nach Westen vorzudringen. 6 Tage reichen der NATO, um den Gegner an die Ausgangslinien zurückzuschlagen. Dieser Kalender ist für sich genommen schon ein Kuriosum. Die Alliierten haben im 2. Weltkrieg ein Mehrfaches dieser Zeit gebraucht, um gegen einen völlig zerschlagenen Gegner und bei einer erdrückenden allseitigen Überlegenheit (Luft, Panzer, Artillerie) von
dieser Zeit gebraucht, um gegen einen völlig zerschlagenen Gegner und bei einer erdrückenden allseitigen Überlegenheit (Luft, Panzer, Artillerie) von
den deutschen Grenzen bis zur Elbe vorzurücken. Hackett's Blitzfeldzüge quer durch die BRD unterbieten sogar noch die Zeit, die Großbritannien für die Eroberung der Falkland-Inseln brauchte. Dies ist kein nebensächliches Detail, weil Hackett's ganzes Szenario auf dem Zeitplan aufbaut und eine längere Dauer der Kämpfe ganz andere Rahmenbedingungen schaffen würde. Hackett seinerseits geht sogar so weit, Kriegführung über einen längeren Zeitraum für heute nicht mehr möglich zu erklären (Anm. 7).

Neben dem irrealen Zeitplan ist die entscheidende Voraussetzung für Hackett's Szenario die Annahme, es mit einem innerlich völlig verfaulten Gegner zu tun zu haben, dessen totaler Zusammenbruch sehr rasch herbeigeführt werden kann, ohne ihn erst militärisch wirklich niederkämpfen zu müssen. Hackett spart sich damit die komplizierte und nicht unbedingt erfolgsversprechende Antwort auf die Frage, ob strategisch betrachtet irgendeine Form von militärischem Sieg der NATO über die Sowjetunion möglich wäre, wie lange so ein Krieg gegebenenfalls dauern und was er kosten würde.

Es ist eine interessante Parallele, daß exakt die gleiche (Fehl-)Einschätzung von der inneren Situation Rußlands bzw. der Sowjetunion schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg eine zentrale Entscheidungshilfe für den deutschen Imperialismus war, sich auf die Kriegsrisiken einzulassen. Das soll in weiteren Teilen dieser Serie noch betrachtet werden (Anm. 8). Es reicht hier die Feststellung, daß eine solche völlig auf die inneren Widersprüche der Sowjetunion und ihres Blocks gestellte Kalkulation dazu verführen m u ß, die Risiken relativ gering zu veranschlagen und abenteuerliche Schlußfolgerungen zu ziehen. Hingegen ist der Reiz eines realistischeren Szenarios, das von einem j a h r e l a n g e n konventionell-nuklearen Krieg oder von einer gegenseitigen strategischen Vernichtung ausgeht, offensichtlich sehr viel geringer.

Aufmerksamkeit verdient, daß zwei Kerndogmen der NATO-Ideologie in Hackett's Szenario dementiert werden: 1. Die berühmte These, daß — wegen angeblicher massiver Überlegenheit des Warschauer Paktes auf dem mitteleuropäischen Schauplatz — die NATO einem östlichen Angriff nicht lange standhalten könnte, ohne Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld einzusetzen. 2. Die kaum weniger berühmte Behauptung, daß eine Gegenoffensive der NATO über ihre heutigen Grenzen hinaus auf gegnerisches Gebiet keinesfalls beabsichtigt sei. Diese hat gerade eben wieder Lothar Rühl, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bekräftigt (Anm.9). In diesem Punkt rückte auch schon General Kielmansegg in seinem Vorwort von Hackett ab (Anm. 10). Es bleibt aber festzuhalten, daß Hackett als langjähriger NATO-General seinen amerikanischen und deutschen Kollegen durchaus die Neigung zutraut, bei günstigen Umständen weit ins Gebiet der WP-Staaten vorzudringen. Diese Vermutung wird wohl nicht völlig aus der Luft gegriffen sein, sondern auf Gesprächen und Erfahrungen aufbauen.

In 48 Stunden am Rhein

In 48 Stunden am Rhein

Nur noch episodischen Wert hat das schon erwähnte Buch des belgischen NATO-Generals Close, **„Europa ohne Verteidigung?"**, das im französischen Original den Untertitel **„48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern könnten"** hat. Realitätswert wird dem dort entwickelten Szenario kaum noch jemand zusprechen wollen. Dennoch hat es in den ersten Jahren nach seinem Erscheinen (1976/77) manchen aufgeregten Schlagzeilen und Kommentaren auf den Weg geholfen. In Close's Fiktion schafft es die Sowjetunion, die gesamte BRD in m a x i m a l 48 Stunden vollständig zu überrennen und zu besetzen. Bei diesen 48 Stunden hat Close schon großzügig einen reichlichen Spielraum für *„einiges Mißgeschick, Unvorhergesehenes, ein teilweises oder gänzliches Mißlingen der Luftlandeaktionen und eine heftige Reaktion der alliierten Luftwaffe"* einkalkuliert. Andernfalls geht es selbstverständlich n o c h schneller, wie jeder weiß, der mal mit dem PKW von Hamburg nach Düsseldorf gefahren ist.

Close's Szenario ist verblüffend: Die Sowjetunion tritt ohne jedes politische Vorspiel und ohne Vorwarnung, sozusagen aus blauem Himmel, zu einer blitzartigen Offensive an, die die NATO-Truppen in den Betten oder im Urlaub überrascht. *„Stunde und Tag müssen nach reiflicher Überlegung bestimmt werden. Die günstigste Periode dafür ist der Sommer, in erster Linie Juli und August, wenn der Jahresurlaub die Zahl der Offiziere und Truppen auf ein Minimum zusammenschrumpfen läßt und die Urlaubsreisen den Aufmarsch der NATO behindern. Der Tag 'X' müßte ein Sonn- oder Feiertag sein, wenn die Präsenzstärke der Einheiten gering ist und nur die Routinewachen in den Depots und Kasernen vorhanden sind..."* Das Element der totalen Überraschung ist für das Gelingen des Unternehmens in der Tat das Wichtigste: Der Warschauer Pakt steht zunächst mit „fast einer halben Million Menschen" (Close) einer Präsenzstärke der NATO in der BRD von über 600.000 Mann gegenüber. In dieser Zahl sind die schnell mobilisierbaren Reserven der Bundeswehr und die rund 50.000 französischen Soldaten in der BRD noch nicht einmal enthalten (Anm. 11). Daß die WP-Truppen bei dieser Konstellation einfach in 48 Stunden an den Rhein durchrauschen könnten, erscheint auf den ersten Blick nicht unbedingt plausibel. Close kommt zu diesem Ergebnis lediglich mit Hilfe der Hypothese, daß durch den Überraschungseffekt die NATO-Truppen fast vollständig daran gehindert werden könnten, sich überhaupt zur Gefechtsbereitschaft zu entfalten. Beispielsweise, indem Flugplätze im Handstreich besetzt werden und indem ganze NATO-Bataillone durch Luftlandetruppen in ihren Kasernen gefangengenommen werden.

Da Close's Szenario nicht von materiellen Kräfteverhältnissen ausgeht, wie sie schon bei einer Kampfführung von wenigen Tagen zur Geltung kommen würden, sondern ausschließlich vom Element der absoluten Überrumpelung, ist es in sich selbst durchaus stimmig. Mit der gleichen absurden Präzision ließe sich ein Szenario aufbauen, bei dem die NATO in 48 Stunden die DDR besetzt.

mig. Mit der gleichen absurden Präzision ließe sich ein Szenario aufbauen, bei dem die NATO in 48 Stunden die DDR besetzt.

Finale mit Großem Knall

Von einem ähnlich pessimistischen Gesamtbild wie Close geht das erwähnte Szenario **„World War 3 — A military Projection founded on today's facts"** aus. Die Konsequenzen sind allerdings noch düsterer.

Ausgangspunkt dieser Fiktion ist eine krasse außenpolitische Isolierung der BRD: als Folge einer Wirtschaftskrise ist eine leichte, aber international sehr spektakulär aufgenommene Zunahme des Neonazismus zu registrieren. Dies führt insbesondere in den USA zu starker Beunruhigung und zu einer Abwendung von der BRD. Diese, auf sich allein gestellt, reagiert mit zügiger Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht. Die von Spionen und Journalisten enthüllte Tatsache, daß die BRD schon über eine einsatzfähige Bombe verfügt, veranlaßt die Sowjetunion zum Präventivschlag (Anm. 12): Sie startet eine militärische Invasion, deren einer Stoßkeil auf Bonn zielt, während der andere der Ausschaltung des bundesdeutschen Atom-Zentrums *(„This establishment was located a few miles southwest of Hamburg")* dienen soll. Zugleich gibt die sowjetische Regierung offiziell bekannt, daß sie nicht nicht mehr als eine begrenzte 'Polizei-Aktion' beabsichtige: Sie wolle nicht die BRD besetzen, sondern lediglich deren Zugriff auf eigene Atomwaffen unterbinden. Die ausländischen NATO-Truppen in der BRD werden

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen zum Hintergrund der hier vorgestellten Szenarien

Die in diesem Text erwähnten Kriegsplanspiele massieren sich nicht zufällig in den Jahren 1976 - 78. Sie sind im Zusammenhang einer Propaganda zu sehen, die auf praktisch sämtlichen Feldern eine sowjetische Überlegenheit behauptete, um bereits eingeleitete oder eben zur Entscheidung anstehende Rüstungsmaßnahmen der NATO zu flankieren. In diesem Zusammenhang einige Daten und Anhaltspunkte: Der israelisch-arabische Oktoberkrieg 1973 wurde zu einem beispiellosen Versuchsfeld für die Kriegführung mit den „modernsten" der verfügbaren Waffen. Die Auswertung dieser Erfahrungen setzte 1974 massiv ein. Sie bezog sich z. B. auf den reduzierten Wert großer Panzerarmeen und an erster Stelle auf die Entwicklung einer völlig neuen Generation von „intelligenten", d. h. sich selbst ins Ziel lenkenden Waffen mit sehr hoher Vernichtungswirkung, deren Einführung eine neue „Revolutionierung" der Kriegsführung bedeuten würde. Die daraus resultierenden Rüstungsentscheidungen fanden ihren Ausdruck im NATO-Langzeitprogramm von 1978/1979. Vorausgeangen war eine massive Unterlegenheits-Propaganda. Eine zentrale Funktion hatte eine gezielt auf den Zweck hin angeordnete US-Untersuchung (des sogenannten „Team B"), deren vorgeblicher Zweck es war, die bisherigen Angaben des CIA über den Umfang der sowjetischen Rüstung zu überprüfen. Wunschgemäß kam „Team B" zu der Erkenntnis, daß man diese Schätzungen rund doppelt so hoch ansetzen müßte wie bisher veranschlagt! (Da man im freiesten Land der Freien Welt nichts so sehr liebt wie die Wahrheit und die Wahrhaftigkeit, wurde diese These des „Team B" vor einigen Monaten offiziell zurückgenommen, nachdem sie ihre Schuldigkeit wirklich getan hat).

In den gleichen Zeitraum, zweite Hälfte er 70er Jahre, gehört die Legende vom „Fenster der Verwundbarkeit": Die Sowjetunion werde etwa 1985, so wurde damals behauptet, die Fähigkeit erreicht haben, die landgestützten Raketen der USA mit einem Erstschlag auszuschalten. Diese Legende diente dazu, der Entscheidung über die

der USA mit einem Erstschlag auszuschalten. Diese Legende diente dazu, der Entscheidung über die

Stationierung der neuen MX-Raketen auf den Weg zu helfen. Eine andere Debatte galt den angeblichen sowjetischen Blitzkriegs-Optionen. Ergebnis war u. a. die Verbesserung der Möglichkeit, „im Krisenfall" umfangreiche Streitkräfte der USA nach Europa zu verlegen. Ferner war diese Propaganda eine wichtige Entscheidungshilfe in der Auseinandersetzung um die Anschaffung des Frühwarnsystems AWACS.

Weitere Propaganda-Themen, die in jenen Jahren hochgekocht wurden, waren die sowjetische Flottenrüstung, ergänzt durch phantastische Berichte über angebliche sowjetische Stützpunkte in aller Welt. (Dem älteren AK-Publikum werden diese Dinge sicher noch in heiterer Erinnerung sein).

Und nicht zuletzt wird man diese Art von Propaganda wohl auch vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses zur atomaren „Nachrüstung" (Dezember 1979) zu sehen haben.

Die hier vorgestellten Szenarien sind also ganz und gar keine realistischen Betrachtungen, die die w i r k l i c h e n Analysen und Schlußfolgerungen der NATO authentisch ausdrücken. Das schließt im Einzelfall nicht aus, daß sich tatsächliche Analysen und Schlußfolgerungen dennoch in irgendeiner verzerrten Form in den Szenarien widerspiegeln. Es ist als sicher anzunehmen, daß es sehr viel realistischere, d. h. den wirklichen Einschätzungen und Absichten der NATO entsprechende, Planspiele bei den zuständigen Stellen gibt. Wie sie aussehen könnten, läßt sich nur indirekt vermuten. Davon soll in einer späteren Folge dieser Artikel-Reihe noch die Rede sein.

Fortsetzung von vorheriger Seite

aufgefordert, sich in ihre Kasernen zurückzuziehen und dem sowjetischen Vormarsch keinen Widerstand zu leisten; in diesem Fall werde man sie nicht angreifen.

Die ohnehin über die bundesdeutsche Politik beunruhigten und verstimmten NATO-Alliierten neigen zunächst dazu, auf dieses Angebot einzugehen. Frankreich gibt explizit eine entsprechende Erklärung ab. Die britische Labour-Regierung ist über diese Frage zerstritten. Schließlich werden die britischen Truppen in der BRD angewiesen, in die Kasernen zurückzugehen und nur in Selbstverteidigung zu schießen. Entscheidend ist jedoch, daß die Kommandeure vor Ort diesem Befehl nur widerwillig und zögernd Folge leisten. So kommt es, ausgelöst durch einen cholerischen sowjetischen Offizier, zum ersten Zusammenstoß. Nun schlägt die Gesamtlage völlig um. Der US-Präsident fordert die Sowjetunion über den Heißen Draht ultimativ auf, ihren Vormarsch einzustellen. Andernfalls würden die USA *„ihr ganzes Gewicht einsetzen, um die Situation zu stabilisieren"*. Die Gefechte weiten sich aus.

Am 3. und mehr noch am 4. Tag des Krieges bestätigt sich das bekannte Schema der offiziellen NATO-Strategie: zwar leisten die Truppen, allen voran auch hier die ganz vorzügliche Bundeswehr, einen tapferen Widerstand, aber es zeichnet sich ab, daß die Reserven knapp werden und die Situation nicht mehr lange gehalten werden kann. Die US-Regierung diskutiert den Einsatz von Atomwaffen. Da kommt völlig überraschend die Meldung, daß die britischen Truppen vier Atomwaffen (drei von einer Kilotonne und eine von zehn KT — Anm. 13) im Gefecht eingesetzt haben. Der US-Präsident gibt daraufhin den Einsatz von Atomwaffen **„streng nach dem vorgeplanten Programm"** frei: auf militärische Ziele in der Kampfzone (combat zone), einschließlich der „taktischen" Flugplätze in der DDR und Polen. Die Sowjetunion reagiert mit einem genauestens begrenzten Atomschlag gegen die US-Luftwaffenstützpunkte in Ostengland. Der US-Präsident, **„forced to choose between the complete destruction of the NATO defences and nuclear war, gave the fatal order."** Mit diesen Worten beendet Shelford Bidwell seine Fiktion. Wie man sich diesen Atomkrieg vorzustellen hat, welche Folgen er verursachen könnte, ob noch in den Kategorien eines militärischen Sieges weiterzudenken ist, bleibt unbeantwortet.

Immerhin aber hat dieses Szenario, trotz seiner Primitivität und Grobschlächtigkeit, gegenüber anderen den erheblichen Vorzug, daß es sich überhaupt der Frage stellt, was denn nun eigentlich passieren würde, wenn im Falle eines Falles die „atomare Abschreckung" n i c h t funktioniert.

trotz seiner Primitivität und Grobschlächtigkeit, gegenüber anderen den erheblichen Vorzug, daß es sich überhaupt der Frage stellt, was denn nun ei-

Vernünftigerweise wird man nämlich davon ausgehen müssen, daß ein sowjetischer Angriff in Mitteleuropa — w e n n er überhaupt wahrscheinlich wäre — bereits eine sehr große, durchkalkulierte Risikobereitschaft voraussetzen würde, die durch den sogenannten „demonstrativen Einsatz" einiger weniger taktischer Atomwaffen nicht zu stoppen wäre.

Wenn ich ein Russe wär' ...

Nach dem gleichen schlichten Denkmuster, aber systematischer als die bisher genannten Autoren ist General a.D. Steinhoff in seiner Arbeit **„Wohin treibt die NATO!"** (1976) vorgegangen, indem er fünf unterschiedliche Kriegsszenarien für eine „sowjetische Aggression" skizzierte und hinsichtlich ihrer Chancen und Risiken einschätzte. Dabei bedient er sich der Fiktion, als würde er die einzelnen Optionen vom Standpunkt der politisch-militärischen Führung der Sowjetunion aus betrachten. Die Absicht auch dieser Denkspiele ist aufdringlich politisch-pädagogisch: indem er sich vorgeblich auf den sowjetischen Standpunkt stellt, will Steinhoff mitteilen, wo seiner Ansicht nach Schwächen der NATO liegen und wo mehr getan, sprich: zugerüstet werden sollte. Und so sehen die fünf Optionen aus:

1. Überraschender, begrenzter Angriff in Zentraleuropa

Dies entspricht weitgehend, wenn auch nicht in seiner radikalen Abstrusität, dem Close-Szenario. Die NATO sei auf einen solchen Angriff nicht vorbereitet. (Zu wenig präsente Streitkräfte, die zudem nicht grenznah genug stationiert sind.) Es bestehe die Möglichkeit, daß die NATO frühzeitig Atomwaffen einsetzt; jedoch könne auch sein, daß der US-Präsident damit aus Sorge vor sowjetischen Gegenschlägen zögern wird. **Folglich die derzeit (1976) aussichtsreichste sowjetische Option.**

2. Begrenzte konventionelle Aggression an den Flanken

Der Sowjetunion könne es gelingen, an den Flanken der NATO (Norwegen; Griechenland/Türkei) massiert anzugreifen und die regionalen NATO-Kräfte zu überrennen. Das gelte vor allem für Norwegten, da dort keine Atomwaffen gelagert sind. Sofern die sowjetische Aktion von vornherein in den Zielen begrenzt ist und sehr schnell „Faustpfänder" erobern kann, sei ein Einsatz von Atomwaffen durch die NATO unwahrscheinlich. Also gleichfalls eine günstige Option für die SU. Mit diesem Lagebild will Steinhoff mitteilen, daß die anderen NATO-Mitglieder sich stärker auf den Flanken engagieren müßten; so tadelt er den Rückzug Großbritanniens aus dem östlichen Mittelmeer.

3. Massive, konventionelle Aggression in Europa nach strategischem Aufmarsch

Diese Option setzt voraus, daß die Sowjetunion nach einer Mobilisierungsphase von 2 - 3 Wochen mit sämtlichen verfügbaren Kräften — also auch den in Polen und in den westlichen Bezirken der SU stationierten — und auf der ganzen Breite der NATO-WP-Front den Krieg eröffnet. Da *„das Netz nuklearer Kampfkraft"* jedoch *„über ganz Europa mit Ausnahme der Nordregion"* gespannt ist, sei die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, *„daß wir nach wenigen Stunden oder Tagen des Kampfes in die nukleare Konfrontation geraten."* Aus SU-Sicht also nicht empfehlenswert.

wjetunion nach einer Mobilisierungsphase von 2 - 3 Wochen mit sämtlichen verfügbaren Kräften — also auch den in Polen und in den westlichen Be-

4. Angriff mit strategischen Nuklearwaffen gegen die Vereinigten Staaten und Europa

Diese Option, der First Strike, scheidet aus, solange die USA über die Fähigkeit verfügen, mit ihrem 'überlebenden' atomaren Potential der Sowjetunion einen Schaden zuzufügen, *„der in keinem Verhältnis zu unserem fragwürdigen Erfolg stünde"*.

5. Geographisch begrenzter Angriff mit Nuklearwaffen gegen Europa

Der Einsatz von einigen wenigen sowjetischen Atomwaffen könnte darauf abzielen, Westeuropa zur Kapitulation zu zwingen. (Mehr als ein „demonstrativer" Einsatz ist von vornherein nicht sinnvoll, da die Sowjetunion Westeuropa nicht zerstören, sondern erobern will.) In diesem Fall sei jedoch das Risiko groß, daß die USA ihr strategisches Potential zum Schutz Europas einsetzen. Und selbst wenn dieser Schutz ausbleibt, sei noch auf die Potentiale Großbritanniens und Frankreichs zu zählen. Also sei auch diese Option für die SU allzu riskant.

Es bleiben die Optionen 1 und 2, die beide auf dem Element der möglichst vollständigen Überrumpelung sowie der engen räumlichen und zeitlichen Begrenzung aufbauen. Neben dem NATO-Dogma Nr. 1 („Krieg ist absolut ausgeschlossen aufgrund der Abschreckung") haben wir nun auch das NATO-Dogma Nr. 2 in mehreren Variationen kennengelernt: „Sollte es dennoch zum Kriege kommen, wird er zwangsläufig extrem kurz sein". Nachdem der 1. Weltkrieg 4 1/4 Jahre dauerte und der 2. Weltkrieg fast 6 Jahre, ist die Prognose, daß der 3. Weltkrieg nur einen Monat dauern wird, zwar nicht unbedingt plausibel, aber ganz bestimmt sehr tröstlich. Nur am Rande sei hier darauf hingewiesen, daß es — allerdings schon etwas älteren Datums — auch Szenarien gibt, die einen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt als Vorgang von mehreren Jahren Dauer darstellen (Anm. 14). Für Ansätze dieser Art spricht, verglichen mit den oben zitierten Szenarien und den offiziellen NATO-Dogmen, folgende Überlegung: Das mit Waffen und Armeen überfüllte Europa ist kein Schauplatz für schnelle Überrumpelungscoups des einen großen Militärpakts gegen den anderen. Es ist kein Testgelände, um Experimente mit der Abwehrfähigkeit und -bereitschaft der Gegenseite anzustellen ... und sich nach den ersten taktischen Niederlagen schnell wieder zurückzuziehen. Wenn je einer der beiden Pakte auf diesem Schauplatz seine Armeen über die gegnerischen Grenzen vormarschieren lassen sollte, so müßte es auf Grundlage einer Risiko-Kalkulation geschehen, die unterhalb der gegenseitigen strategischen Vernichtung mit jedem möglichen Kriegsablauf rechnet. Anders gesagt: **ein Krieg der beiden Pakte in Europa ist nur vorstellbar im globalen Zusammenhang eines t o t a l e n Ringens um die Weltherrschaft, wie es der 1. und der 2. Weltkrieg waren.** Zu einem solchen Kampf würden wahrscheinlich sämtliche verfügbaren Mittel und Reserven — möglicherweise mit Ausnahme der Atomwaffen bzw. zumindest der strategischen — mobilisiert werden. Hieraus ergeben sich Vermutungen über Ausmaß und Dauer eines derartigen Krieges.

gischen Vernichtung mit jedem möglichen Kriegsablauf rechnet. Anders gesagt: ein Krieg der beiden Pakte in Europa ist nur vorstellbar im globalen Zu-

Anders stellt sich die Sache selbstverständlich im europäischen, speziell im bundesdeutschen Wunschdenken dar: Es ist kaum ein Kriegsszenario zwischen NATO und Warschauer Pakt denkbar, bei dem die BRD nicht Teil einer Hauptkampfzone wäre. Es bedarf keiner großen Phantasie, um einzusehen, daß die immer noch gültige NATO-Doktrin — frühzeitiger Einsatz von Atomwaffen — für die BRD i n d e r P r a x i s verheerend wäre (Anm. 15). Dies ist die berühmte Glaubwürdigkeitslücke, von der derzeit viel geschwätzt wird. Bleibt also die Option, die NATO 'konventionell' in den nächsten Jahren so sehr zu verstärken, daß sie die Fähigkeit zur siegreichen 'konventionellen' Kriegführung gegen den WP erhält. Das mag sich zwar etwas glaubwürdiger anhören als die alte Doktrin der Flexiblen Antwort mit Atomwaffen. Aber die politisch-militärische Führung der BRD weiß schon einzuschätzen, daß auch ein rein 'konventionell' geführter Krieg gegen den WP in Mitteleuropa katastrophale Folgen haben würde. **Selbst ein militärischer 'Sieg' der NATO, f a l l s er möglich wäre, würde höchstwahrscheinlich der BRD die Hauptlasten und den imperialistischen Konkurrenten den Hauptnutzen eintragen.** Verständlich also, daß im offiziellen bundesdeutschen Wunschdenken der Krieg gar nicht erst stattfindet, weil die 'Abschreckung' ihn zuverlässig und für ewige Zeiten verhindert. Da dieses Wunschdenken durchaus nicht so defensiv ist, wie es sich gern nach außen darstellt, stehen dahinter auch politische Illusionen von ganz großem Kaliber: das Konzept, die Sowjetunion nicht etwa durch Kriegführung, wohl aber durch Kriegsrüstung und Kriegsdrohung zu Zugeständnissen zwingen zu können. Vielleicht ist dieses Konzept nicht einmal v ö l l i g chancenlos. Jedenfalls könnte es so nur ablaufen, wenn die politisch-militärische Führung der Sowjetunion bzw. deren dominierende Kräfte sich dafür entscheiden würden, ihren Anspruch auf eine Rolle als gleichrangige Weltmacht neben den USA aufzugeben und sich kampflos auf ihre eigenen Grenzen zurückzuziehen.

Die Überlegungen zu denkbaren Szenarien eines Dritten Weltkrieges sollen in einer späteren Folge — voraussichtlich wird das erst im Herbst sein — fortgesetzt werden. Zunächst soll (im AK 247 und 248) die Vorgeschichte und der Verlauf des 1. Weltkrieges, dann (voraussichtlich im AK 249) Vorgeschichte und Verlauf des 2. Weltkrieges betrachtet werden. Unter anderem wird es im AK 247 um die aktuellen Fragen gehen, ob Militärpakte friedenserhaltend wirken, ob 40 „Friedensjahre" ein starkes Argument für die Abschreckung sind, und ob Weltkriege durch allgemeinmenschliche Schwächen und unabsichtliches „Hineinschlittern" zustande kommen.

Kt., Hamburg



(gezeichnet von H. Takino)

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Nach Richard Hobbs, The Myth of Victory, Colorado 1979. Der Autor bezieht sich seinerseits auf mehrere andere Verfasser. Die Zahlenschätzungen variieren zum Teil stark. Da hier nur ein ungefährer Begriff von den Größenordnungen gegeben werden soll, kann das vernachlässigt werden.

2) Darunter: Air Chief Marshal John Barraclough, bis 1976 stellvertretender Chef des britischen Generalstabs. Brigadegeneral Kenneth Hunt, u.a. von 1964 bis 1967 „Vertreter des damals höchsten militärischen Gremiums, der Standing Group, beim Nordatlantikrat". Vize-Admiral Ian McGeoch, bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1970 auf verschiedenen Flotten-Kommandostellen der NATO im Atlantik. Als „Hauptberater auf politischem Gebiet" wird Bernard Burrows erwähnt, von 1934 bis 1970 im diplomatischen Außendienst Großbritanniens.

3) Anderer Ansicht ist jedoch General Kielmansegg in seinem Vorwort: „... Ich kenne kein anderes vergleichbares Buch, in dem so umfassend allgemeine wie spezielle Information verarbeitet ist, die auch Aufschlüsse gibt über Meinungen und Denkschulen, über geltende Strategie und Taktik, über heutige und morgige Technologie."

4) Einen bequemen Einstieg und Überblick zum Thema bietet z.B.: K.-Peter Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa. Baden-Baden 1981.

5) Darunter: Shelford Bidwell, Artilleriekommandant im 2. Weltkrieg, später Chief Instructor an der Royal School of Artillery. Rear-Admiral E.F. Gueritz, aktiver Flottenoffizier bis 1966, später Director of Defense Plans der britischen Marine. Ferner Kenneth Hunt, der auch für Hackett's Buch als Mitarbeiter erwähnt ist. Insgesamt ein Kreis von pensionierten Offizieren (vor allem mit Weltkrieg-2-Erfahrung), die in Militärschulen, einschlägigen Instituten u.ä. weiterarbeiteten.

6) Einige Daten bei Hackett, so dieses, geben Rätsel auf. Da in seinem Szenario der Krieg bereits am 22.8. endet, macht die Erwähnung einer Frontlinie am 23.8. keinen Sinn.

7) Hackett schreibt: „Die Masse und das Volumen dessen, was vor allem an Treibstoff und Munition gebraucht wurde, um eine in schweren Gefechten im Feld gegen einen ähnlich ausgerüsteten Gegner stehende Armee kampffähig zu halten, waren enorm — von den Kosten ganz zu schweigen. Bei der Schnelligkeit, in der die Bestände heute aufgebraucht wurden, war es gar nicht länger möglich, intensive Kämpfe über Monate hinweg zu führen...".

8) Die politisch-militärische Führung Deutschlands ging im Sommer 1914 davon aus, daß der Krieg in Rußland sehr rasch, jedenfalls noch vor Jahresende, zu einer „Revolutionierung" und damit zum militärischen Zusammenbruch führen würde. Diese Einschätzung ging zwar von wirklich vorhandenen Faktoren aus, überschätzte aber deren Entwicklungstempo. Rußland war noch bis zum Sommer 1916 zu großen Gegenoffensiven in der Lage. Ähnlich ging auch die Nazi-Führung bei den Kriegsplanungen gegen die Sowjetunion von einer Zusammenbruchstheorie aus, die einen militärisch-politischen Sieg innerhalb von sechs Monaten, also bis Ende 1941, ermöglichen sollte. In diesen Berechnungen spielte vor allem die Ausnutzung nationaler Widersprüche (Ukraine, Lettland, Littauen) eine wichtige Rolle. Die Kriegsplanungen der USA gegen die Sowjetunion seit Ende des 2. Weltkrieges knüpfen an das gleiche Kalkül an. Das ist zum Teil vielleicht auch dadurch zu erklären, daß die mit der Sowjetunion befaßten Teile des deutschen nachrichtendienstlichen Apparats („Fremde Heere Ost / Organisation Gehlen") praktisch sofort in US-Dienst genommen wurden.

9) „Die NATO-Verteidigung plant weder einen präventiven Schlag auf den Warschauer Pakt noch eine Gegenoffensive auf breiter Front oder in Stoßkeilen in das östliche Mitteleuropa hinein. Völkerrechtlich wäre das legitim, wenn einmal ein Angriff auf das NATO-Gebiet geführt worden wäre — doch die NATO-Strategie nimmt eine Offensive über die Grenzen nach Osten, etwa nach Thüringen und Böhmen hinein, nicht in Aussicht." (Lothar Rühl, FAZ vom 24.4.84)

10) „Einfach unrichtig ist die These, daß Vorneverteidigung militärisch nur dann einen Sinn habe, wenn sie nach vorwärts über die Grenze hinweg geführt würde." Es sei „das primäre Ziel jeder Abwehrschlacht, am Ende noch immer oder wieder dort zu stehen, wo man am Anfang gestanden hat... Wir haben ja gerade die zunächst benutzte wörtliche Übersetzung des NATO-Ausdrucks Forward Defense = Vorwärtsverteidigung in 'Vorneverteidigung' abgeändert, um die böswillige wie falsche Interpretation gegenstandslos zu machen, daß Vorwärtsverteidigung mit Marsch nach Osten gleichzusetzen sei." (Kielmansegg)

11) Zahlen nach Hubatschek/Farwick, Entscheidung in Deutschland / Warschauer Pakt contra NATO, Eine militär-politische Analyse, 1978 im Vowinckel Verlag. Das Buch gehört zur typischen „Falken"-Literatur und bietet aus dieser Sicht relativ viel Zahlenmaterial.

12) Einer Anmerkung in der zitierten Arbeit von K.-Peter Stratmann ist zu entnehmen, daß Szenarien, in denen die BRD als „Unruhestifter" ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion provoziert, bei NATO-Autoren zeitweise Konjunktur hatten: „Zu nennen wäre vor allem das 'Standard-Szenarium' des Hudson Institute: H. Kahn, On Escalation...; vgl. auch Richard Rosecrance, Strategic Deterrence Reconsidered, London 1975 ... — General Gallois soll vor einigen Jahren an der Sorbonne ein Kriegsspiel durchgeführt haben, das auf der Annahme einer heimlichen Kernwaffenproduktion der Bundesrepublik aufbaute." (Anm. Stratmann, S. 32)

13) Es wird angenommen, daß eine Waffe von 1 KT ausreicht, um eine normal aufgefahrene gegnerische Panzerkompanie zu vernichten; 10 KT wären zum selben Zweck erforderlich,

13) Es wird angenommen, daß eine Waffe von 1 KT ausreicht, um eine normal aufgefahrene gegnerische Panzerkompanie zu vernichten; 10 KT wären zum selben Zweck erforderlich, wenn sich die gegnerische Einheit zum Schutz gegen Atomschläge weiter aufgelockert hat. Vgl. Stratmann, S. 96. Ferner ebenso: Samuel T. Cohen, The Neutron Bomb..., in: NATO's Strategic Options..., New York 1981. — Zum Vergleich: die auf Hiroshima geworfene Bombe hatte 10 - 15 KT, die Nagasaki-Bombe 20 - 25 KT.

14) Zwei sehr hübsche Beispiele sind der Strategische Kriegsplan „Dropshot" der Vereinigten Stabschefs der USA (19.12.49) und das Fiction-Scenario „Operation Eggnog" des US-Magazins „Collier's" (27.10.51). Beide dokumentiert in: B. Greiner und Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, 1980 im Pahl-Rugenstein-Verlag Köln. (Sehr empfehlenswerte Dokumentensammlung von US-amerikanischen Kriegsplanspielen gegen die Sowjetunion!) Die Darstellung in „Collier's" ist formal dem Hackett-Scenario sehr ähnlich: aus der fiktiven Rückschau des Jahres 1960 wird ein 3. Weltkrieg geschildert, der im Mai 1952 beginnt (mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Jugoslawien nach einem Mordanschlag auf Tito) und 1955 damit endet, daß die Sowjetunion „in einen Zustand des Chaos und des inneren Aufruhrs versinkt". Falls General Hackett hier nicht einfach schamlos abgeschrieben hat, muß ihn wohl dieselbe Muse geküßt haben. — Das Kriegsspiel „Dropshot", fiktiv im Jahre 1957 angesiedelt, nennt zwar keine Daten zur angenommenen Kriegsdauer, basiert jedoch auf einem umfangreichen 4-Phasen-Modell der Kriegsführung, das zweifelsfrei als relativ langwierig gedacht werden muß. Es endet mit Phase IV: „In Zusammenarbeit mit unseren Alliierten: Errichtung von Kontrollen und Durchsetzung von Kapitulationsbedingungen in der UdSSR und ihren Satellitenländern". — Wer noch zur Sachlichkeit und politischen Fairness in der Lage ist, möge sich Rechenschaft darüber geben, was aus der Sowjetunion schon damals geworden wäre, wenn sie sich n i c h t auf die verfluchte Logik des atomaren „Wettrüstens" eingelassen hätte.

15) Steinhoff, politisch eher „Falke" und Parteigänger der CDU/CSU, notierte in diesem Sinne bereits 1976: „Nukleare Waffen sind politische Waffen ... Sie sind keine Waffen der Kriegsführung". Und weiter: „die nuklearen Strukturen des Bündnisses" und speziell die Lagerung von 7000 Atomsprengköpfen in Europa seien ein "A n a c h r o n i s m u s" . (S. 190) Was dieser General schon vor acht Jahren formulierte, wird heute von der SPD als allerletzter Schrei vorgetragen und zudem unverschämterweise auch noch als Ausdruck ihrer Lernfähigkeit gegenüber der Friedensbewegung verkauft. Man mutet uns wirklich einiges zu.

Abrüstung der Friedensbewegung

Ein Beitrag zur Analyse des "heißen Herbstes"

Teil 1: Die Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung

Eigentlich sollte der ,,heiße Herbst 83'' die Durchführung der Nachrüstung verhindern. Mindestens behindern. Mindestens aber die Bevölkerung zum Widerstand aufrütteln. Vielleicht gar neue Mehrheiten schaffen, die jetzige Regierung stürzen.

Tatsächlich war im ,,heißen Herbst'' nicht die Nachrüstung und der bedrohte äußere Friede, sondern der angeblich durch militante Minderheiten bedrohte innere Friede das eigentliche Thema.

Die Zimmermänner verbreiteten das Horror-Gemälde blutiger Zusammenstöße zwischen terroristischen Militanten und der bewaffneten Staatsmacht. Große Teile der Friedensbewegung nahmen den Ball auf und propagierten das Unterlaufen des 'Zimmermannschen Militärkonzepts' durch Gewaltlosigkeit. Die SPD konnte sich in der Rolle einer Kritikerin der Konfrontations-Hysterie profilieren. Die Polizei schließlich vollendete dieses Spiel durch 'de-eskalierende' Zurückhaltung in der Aktionswoche selbst: es wurde kaum bzw. wenn (wie in Bremerhaven und Hamburg), dann selektiv geknüppelt. erst recht fiel kein Schuß. ,,alles friedlich'', jubelte die BILD. Der SPIEGEL entdeckte gar ,,Fraterniesierungstendenzen'' zwischen Polizisten und Demonstranten.

Nach dem ,,heißen Herbst'' ist zwar die Nachrüstung weder ver- noch behindert, ist keine Regierung gestürzt und nicht einmal ein Volksentscheid gegen die Nachrüstung erreicht. Vielmehr werden die Raketen stationiert, und die weitere Aufrüstung marschiert in Gestalt der auf uns zukommenden konventionellen Nachrüstung. Aber dafür ist der innere Friede gewahrt und der angekratzte Konsens auf die FdGO kann wieder hergestellt werden.

Freunde und Gegner der Nachrüstung zeigten sich gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, zufrieden: Die einen, weil die ,,Reifeprüfung der Demokratie'' bestanden wurde. Die anderen, weil die angebliche Konfrontations-Strategie des Staates am gewaltlosen Widerstand gescheitert sei. D a s messen sich große Teile der Friedensbewegung als Verdienst zu und d a r a n messen sich Erfolg oder Mißerfolg der Aktionen. Weitere ,,Eskalationen gewaltfreien Widerstands'' sind geplant.

Die Ostermärsche zeigten eine Friedensbewegung, die breit, abewr auch zahnlos geworden ist, während sich die radikaleren Teile resigniert zurückziehen, bzw. die, wo sie radikaler zu agieren versuchen, auf knallhart vorgehende Polizei stoßen. Es scheint, daß nicht die Friedensbewegung den Staat und die Polizei, sondern eine geschickte Konfliktfämpfungs-Strategie des Staates die Friedensbewegung unterlaufen und schachmatt gesetzt hat. Wie konnte es dazu kommen?

Im folgenden follen ein paar Anregungen für eine Analyse dieser Frage gegeben werden. Ich werde mich dabei neben der Nachzeichnung der Ereignisse in der (nebenstehenden) Chronologie auf einige Schwerpunkt-Aspekte rund um den ,,heißen Herbst'' konzentrieren. In einem folgenden Artikel soll die aktuelle staatliche Strategie im größeren historischen Zusammenhang untersucht werden. Den Abschluß wird als dritter Teil eine Bilanz der ,,Wende'' bilden.

Die Friedensbewegung, genauer die Bewegung gegen die Nachrüstung, entwickelte sich seit der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses zur Zeit der Regierung Schmidt im Dezember 1979. Einige ihrer Wurzeln reichten in die Bewegung der 50er Jahre gegen die Remilitarisierung, in die Anti-Atomwaffen-Bewegung der 60er, in die Tradition der Ostermärsche und auch den Anti-Imperialismus der APO hinein. Mit dem Protest gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse 1980 erhielt sie auch aktuell allgemeinere antimilitaristische Impulse.

Ihr Hauptanliegen und — mit wachsender Breite — der verbindende Minimalkonsens für sehr unterschiedliche gesellschaftliche Schichten und politische Kräfte war von Anfang an die Verhinderung der Stationierung von neuen Atomraketen auf westdeutschem Boden. Die neue Bewegung überflügelte sehr schnell andere, auslaufende Protest-Bewegungen wie die Anti-AKW-Bewegung, oder eben erst enstehende wie die Häuserkampf- und Jugend-Bewegung an Mobilisierungskraft und Breite.

Die ,,Bremer Krawalle'' am 6.5.81, wo es bei einer Demonstration von 15.000 Menschen gegen eine Rekruten-Vereidigung zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, ohne daß die Polizei die ,,Gewalttäter'' isolieren konnte, wurden für die Strategen der Inneren Sicherheit zum Signal, zukünftig auf eine bessere Entmischung von ,,Demonstranten'' und ,,Krawallmachern'' zu achten (Anm. 1).

Es folgten weitere Proteste gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse mit Tausenden von Teilnehmern in ver-

machern'' zu achten (Anm. 1).

Es folgten weitere Proteste gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse mit Tausenden von Teilnehmern in ver-schiedenen Städten im Herbst 1980. Ostern 1981 waren bereits zig-Tausende wieder zu Ostermärschen unterwegs. Der Kirchentag in Hamburg im Juni 1981, an dem sich zwischen 200.000 und 300.000 Menschen beteiligten, stand ganz unter dem Zeichen der Forderung nach Frieden und Abrüstung. An einer Friedens-Demonstration im Rahmen des Kirchentages beteiligten sich 80.000 Menschen. Bundeskanzler Schmidt und Verteidigungsminister Apel konnten sich als Befürworter der Nachrüstung auf dem Kirchentag nicht das erwünschte Gehör verschaffen.

Es war offenbar etwas ins Rollen gekommen: eine Massenkundgebung und zunehmend auch eine Konfrontation zwischen Demonstranten und Staatsmacht folgte der anderen: 1.9.81: Zehntausende unterwegs beim Anti-Kriegstag. 13.9.81: 80.000 gegen US-Außenminister Haig in West-Berlin mit blutigen Straßenkämpfen, als die Polizei versucht, ,,friedliche'' Friedensbewegung und militante Häuserkampfbewegung auseinanderzudividieren. 10.10.81: 300.000 demonstrieren in Bonn gegen die Nachrüstung. Die SPD bekommt Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Basis. Die Durchführung des Parteitages in München im April '81 ist nur unter erzwungener Ausklammerung des Themas ,,Nachrüstung'' möglich.

Achtung: Volksbewegung!

Hier wird nun bereits die erste Station staatlicher Sicherheits-Politik deutlich: der Staat schickt seine Soziologen auf den Plan, um sich ein ,,Lagebild'' von der Friedensbewegung machen zu lassen.

Bereits am 19.6.82 z.B. veröffentlicht ,,Das Parlament'' entsprechende Analysen von Wilfried v. Bredow und Günther Schmidt, beides ,,anerkannte seriöse Fachleute''. Diese Analysen sind ihrerseits nur publizistisch aufbereitete Zusammenfassungen von in Windeseile angestellten Untersuchungen der bekannten Meinungsforschungs-Institute wie INFAS, EMNID usw., einschließlich des wie immer interessierten ,,Jugendforschungs-Instituts der deutschen Shell'' (Anmerkung 2). Mit feinen Unterschieden, aber im Kern gleich, kommt man zu dem Schluß, daß es sich bei der Friedensbewegung im Unterschied zu anderen und früheren Bewegungen um eine ,,*Volksbewegung*'' handele, die bis in bürgerliche Kreise hineinreiche und die den bisherigen Konsens zwischen Regierung und Regierten in Frage stelle.

Im besonderen arbeiten die Untersuchungen heraus, daß die Vielfalt und Unkalkulierbarkeit der Bewegung zum einen zwar ihre Stärke, zum anderen aber auch ihre größte Schwäche sei. Durchaus sehr unterschiedliche Kräfte seien allein durch den Minimal-Konsens einer Verhinderung der ,,Nachrüstung'' miteinander verbunden, während ihre übrigen Interessen und die Ansichten über den Weg zur Verhinderung weit auseindergingen. Schmidt, selbst Konservativer, tritt in diesem Zusammenhang interessanterweise ausdrücklich allen Darstellungen entgegen, die eine Steuerung der Friedensbewegung durch den KGB oder die DKP unterstellen. Im übrigen, betont Bredow, bestehe kein Grund zur Besorgnis: ein ,,*handfester Einfluß der Friedensbewegung auf die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen des politischen Systems*'' sei ,,*nicht zu erkennen.*''

Was bei den Untersuchungen als Problem unterm Strich bleibt, ist die ideologische Verunsicherung der Bevölkerung. Darauf müsse sich die Politik einstellen, ,,*indem dem gewachsenen Mißtrauen durch praktische Entwicklung gemeinsamer Perspektiven von Friedensbewegung und Regierungspolitik entgegengewirkt werde...*''

Alle späteren Untersuchungen zum Charakter der Friedensbewegung sind, soweit sie nicht der CDU/CSU-Propaganda von der kommunistischen oder gar terroristischen Unterwanderung folgen, nur Variationen und z.T. Konkretionen der bereits Mitte 82 vorliegenden ,,Erkenntnisse'' (Anm. 3).

Nach den schweren Auseinandersetzungen in Berlin am 10.6. und der über 500.000 Menschen zählenden Massendemonstration in Bonn am 11.6.82 gegen den NATO-Gipfel und den Reagan-Besuch wurde sichtbar, daß der SPD-Regierung die Bewegung aus dem Ruder zu laufen drohte.

Tausende nahmen rund um den 12.12.82, den dritten Jahrestag des Nachrüstungs-Beschlusses, erstmals an ,,gewaltfreien Blockaden'' vor militärischen Anlagen teil. Die Polizei verhielt sich unterschiedlich, anscheinend ohne einheitliches taktisches Konzept.

SPD : CDU — fliegender Wechsel

In dieser Situation erfolgte im September 82 die Ablösung der Regierung Schmidt. Mit Versprechen auf einen neuen Wirtschafts-Aufschwung, Beendigung der Arbeitslosigkeit u.a.m., erschlich sich das ,,Übergangskabinett'' der CDU/CSU/FDP die Bestätigung für den Wechsel durch die Wahl am 6. März 83.

Sofort nach der Wahl begann das neue Spiel mit verteilten Rollen: Kanzler Kohl kündigte in seiner Regierungserklärung (Mai '83) die beabsichtigte Einschränkung des Demonstrationsrechts an: In Zukunft solle schon die bloße Beteiligung an einer von der Polizei für unfriedlich erklärten Demonstration unter Strafe stehen, auch wenn dem/r Einzelnen keine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann; es sei denn, er oder sie kann beweisen, daß er/sie abgewiegelt hat (Anm. 4).

Entsprechend den neuen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat kam dieser Ankündigung der Rang eines Beschlusses zu, der nur noch die formalen Hürden nehmen mußte. Damit wurde gegenüber der Friedensbewegung die Linie der Drohung eingeschlagen, mit der Absicht, eine Spaltungswirkung auf die Friedensbewegung zu erreichen.

Der neue Innenminister Zimmermann schürte diese Drohungen im folgenden durch das Märchen von der ,,Unterwanderung'' und ,,Steuerung'' der Friedensbewegung durch DKP und Extremisten (Anm. 5). In einer Rede vor dem BGS verkündete er mit Blick auf die von der Friedensbewegung geplanten gewaltfreien Blockaden: ,,*Gewaltloser Widerstand ist Gewalt*'' (Pressedienst BuMi, 13.7.83). Er schürte die Spaltung durch seine im ,,Spiegel'' (13.6.83) verbreitete 'Befürchtung', ,,*daß militante Gruppen größere Konfrontationen für gewalttätige Aktionen nutzen werden*'', daß es dabei zu ,,*Zusammenstößen zwischen Militanten und Militär*'' kommen könne, daß die Bundesregierung sich ,,darauf vorbereiten'' werde.

Generalbundesanwalt Rebmann hielt es für richtig, vor einer ,,Unterwanderung'' der Friedensbewegung durch Terroristen zu warnen und harte Maßnahmen gegen sie anzudrohen (taz, 13.7.83).

rung'' der Friedensbewegung durch Terroristen zu warnen und harte Maßnahmen gegen sie anzudrohen (taz, 13.7.83).

Kurz: man bemühte sich, vom Inhalt der Proteste weg auf die angeblich ,,ganz anderen Zwecke'', für die die gutwilligen Friedensfreunde mißbraucht würden, auf die ,,Unregierbarkeit unseres Landes'', die ,,Gefährdung der Inneren Sicherheit'' und dergl. hinzuorientieren. Dies offenbar in dem Kalkül, daß für die Mehrheit der BRD-Bevölkerung ,,innerer'. und ,,äußerer'' Friede teilbar ist und daß ihr der ,, i n n e r e Friede'' und die Aufrechterhaltung von ,,Ruhe und Sicherheit'' wichtiger ist als der ,,äußere''.

Losgelöst von der Last der Regierungsverantwortlichkeit, besonders dem Erbe des ehemaligen Kanzlers Schmidt als Initiator der ,,Nachrüstungs''-Beschlüsse, konnte sich die SPD demgegenüber in blitzneuer Opposition risikolos gegen den Raketenkurs und die Verschärfung des Demonstrationsrechts profilieren. Treu an ihrer Seite: der DGB, dessen Jugendorganisationen sich jetzt an den Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen begannen. Gleichzeitig wurden, damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen, Linksausrutscher wie die Gedanken von Oskar Lafontaine über einen Generalstreik entschieden zurückgewiesen. ,,5 Minuten für den Frieden'' kurz vor der Aktionswoche im Oktober mußten genügen.

Politiker der SPD wieselten mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit an die Spitzen der Friedensbewegung, angefangen bei Erhard Eppler als Präsident des Kirchentages in Hannover im Juni '83, wo die Gewaltlosigkeit zum Prinzip erhoben wurde, bis hin zu Brandt als Spitzenredner der Demonstration in Bonn während der Aktionswoche.

Das Eindringen sozialdemokratischer Funktionäre in die Spitzen der Friedensbewegung korrespondierte mit einer Verbreiterung der Friedensbewegung an der sozialdemokratischen und klerikalen Basis. Ergebnis dieser massenhaften Sozialdemokratisierung und Klerikalisierung der Friedensbewegung war die zunehmende Ächtung von ,,Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung'' und die schrittweise Reduzierung des Widerstands nicht nur auf gewaltlose, sondern bloß noch symbolische Aktionen. Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Erinnert sei beispielsweise nur an die ,,symbolische Belagerung'' der Zieten-Kaserne in Göttingen durch Theologie-Studenten nach dem Vorbild der Eroberung von Jericho (Juli '83) oder an die Aktion ,,Fasten für das Leben'', in der die allgemeine Abrüstung durch einen Hungerstreik bis zum Tod erzwungen werden sollte (Anm. 6).

Integrative Vollzugshilfe

Mit dem erfolgten Regierungswechsel und dem neu verteilten Rollenspiel: Konfrontationsdrohung hier, Gewaltlosigkeitspropaganda dort, waren die Weichen für eine Konfliktdämmungs- und Integrationslinie gestellt. Damit

und dem neu verteilten Rollenspiel: Konfrontationsdrohung hier, Gewaltlosigkeitspropaganda dort, waren die Weichen für eine Konfliktdämmungs- und Integrationslinie gestellt. Damit

waren die Voraussetzungen geschaffen, der Friedensbewegung eine Auseinandersetzung um die Verhinderung angeblich drohender innerer Unruhen aufzuzwingen. Die konkreten Polizeistrategien gegen den ,,heißen Herbst'' hatten entlang dieser vorgezeichneten Grundlinien gewissermaßen nur noch Vollzugshilfe zu leisten. Dabei waren sich die Verantwortlichen trotz propagandistisch ausgetragener politischer Differenzen bei der Entwicklung des konkreten Konzepts durchaus einig (Anm. 7).

Bereits am 27./28.1.83 beriet der Arbeitskreis II der Innenminister-Konferenz mit Blick auf die Herbstaktionswoche der Friedensbewegung ,,Schutzmaßnahmen für militärische Einrichtungen''. Die Erarbeitung eines entsprechenden Thesenpapiers wurde in Auftrag gegeben, das den Landespolizeiführungen unter der Bezeichnung ,,*Hilfen und Richtlinien zur vorbereitung möglicher Polizeieinsätze im Herbst 1983 anläßlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen*'' in den folgenden Monaten zur taktischen Vorbereitung und Schulung ihrer Einheiten diente. Redakteure des ,,Stern'' und andere durften an Einsatzübungen teilnehmen, bei denen nach Auskunft der Verantwortlichen neben der Hand-

Fortsetzung nächste Seite



Polizeieinsatz in der Friedenswoche: ,,Meint ihr denn, wir wären für die Raketen''?
aus: ,,Spiegel'' 44/83

Fortsetzung von vorheriger Seite

habung der neuen Hochdruckwasserwerfer „vor allem Gelassenheit', geübt wurde. Einem stolzen Bericht in „Bereitschaftspolizei heute" (2/84) unter dem Titel: *„Umfassende Vorbereitung der 16. BPStH auf ‚Heißen Herbst' bereitete Theorie und Praxis für erfolgreiche Einsätze"* entnehmen wir, daß *„der Schwerpunkt der theoretischen Ausbildung ... mit 16 Unterrichtseinheiten bei der psychologischen Unterrichtung"* lag, *„die die Beamten in die Lage versetzte, ... auf Fragen einzugehen und auch Konfliktsituationen zu entschärfen"*, ohne dabei den *„polizeilichen Auftrag zu vernachlässigen"*.

Entsprechende Übungen fanden in allen Bundesländern der BRD statt —zum Teil auch am lebenden Objekt, d.h. anläßlich von Aktionen der Friedensbewegung im Vorfeld der Herbstaktionswoche. In Berlin ließ Polizeipräsident Hübner der Presse bei einer solchen Gelegenheit sogar eigens eine zum sanften Abtransport von Blockierern konstruierte Handkarre vorführen, um zu demonstrieren, daß die Staatsmacht sich nicht auf Konfrontationen mit friedlichen Demonstranten einstelle. Die Begründungen für diese Taktik sind deutlich: *„Für Nordrhein-Westfalen hat Innenminister Schnoor die Parole ausgegeben:‚Mehr Erfolg durch differenziertes Einschreiten.' In der Praxis bedeutet das: Weiche Linie bei Demonstranten, hartes Durchgreifen bei Chaoten"*, erläuterte der „Stern"-Reporter seinen Bericht.

Damit dürfte er den taktischen Konsens der IMK-Richtlinien zum „heißen Herbst" getroffen haben: In Hamburg versprach Innensenator Pawelczyk *„so liberal wie möglich"*, *„gegen Gewalttäter aller Couleur jedoch mit aller Härte"* vorzugehen („Welt", 24.8.83). Was bei Schnoor „differenziertes Einschreiten", bei Pawelczyk „so liberal wie möglich", das heißt bei so unterschiedlichen Männern wie dem Polizeipräsidenten Hübner (Westberlin, SPD) und dem konservativen, der CDU/CSU nahestehenden baden-württembergischen Polizeipräsidenten A. Stümper *„angepaßte Polizei-Taktik"* bzw. *„polizeiliche Maßanzüge schneidern."* Alfons Pawelczyk erklärt: *„Wir befinden uns nicht in einer Situation des Bürgerkrieges, wo große Menschenmengen zu Gewalt bereit sind, auch wenn manche Berichterstattung das suggeriert. Die politisch motivierten Gewalttäter sind eine sehr kleine Minderheit, die sich immer wieder bemühen muß, nicht in die wirkungslose Isolation zu geraten. Dieser Minderheit darf der Staat nicht durch unüberlegte Maßnahmen Sympathisanten verschaffen* („Sicherheit + Frieden", 1/83, erschienen im Sept. 1983).

Und weiter: *„Wenn sich tiefgreifende Kontroversen zuspitzen, hängt der innere Friede in einer Demokratie davon ab, ob für das staatliche Handeln Differenzierungen möglich bleiben. Es ist notwendig, Voraussetzungen für diese Möglichkeit zu erhalten. Hierzu gehört, daß Klärungsprozesse z.B. in der Frage, was friedliche und was ge-*

von ab, ob für das staatliche Handeln Differenzierungen möglich bleiben. Es ist notwendig, Voraussetzungen für diese Möglichkeit zu erhalten. Hierzu gehört, daß Klärungsprozesse z.B. in der Frage, was friedliche und was ge-

walttätige Demonstrationen sind, wie sie für die großen Protestbewegungen unserer Zeit typisch sind, gefördert und nicht erstickt werden." Es komme darauf an, z.B. *„die Notwendigkeit härterer Bewaffnung so lange wie möglich zu vermeiden."*

Eine weitere sehr interessante Begründung liefert der für seine harten, wie auch zugleich nach politischer Opportunität differenzierten Einsätze bekannte Hübner in einem Strategiepapier „Friedensbewegung und gewaltfreier Widerstand" vom Mai 1983. Er schreibt u.a.: *„Darüberhinaus ist die Rolle erkannt, die von der Friedensbewegung oder Teilen bei den sogenannten ‚gewaltfreien Aktionen' den Polizeibeamten zugedacht wird: Die Regie der ‚Friedensmärtyrer' hat ihnen den Widerpart der ‚brutalen Gewalt' zugedacht. Diese Arroganz muß demaskiert und den eingesetzten Beamten muß geholfen werden, Gleichmut und Selbstkontrolle zu bewahren, denn sie erfüllen einen unabweisbaren gesetzlichen Handlungsauftrag. Die Polizeiführung wird sich deshalb bemühen, durch eine angepaßte Einsatztaktik solche Absichten ins Leere gehen zu lassen. Einen gesicherten Rechtsfrieden zu wahren, begreift die Polizei als ihre vornehmste Aufgabe."*

Hinter dem taktischen Konsens der IMK für den „heißen Herbst 83" werden die von den Sicherheitsstrategen der Herrschenden immer wieder formulierten Befürchtungen vor den „heißen 80er Jahre" sichtbar, auf die eine vorausschauende „Sicherheitspolitik" sich einzustellen habe. Allen voran die seit Jahren mit wachsendem Erfolg von A. Stümper (der auch bei der Entwicklung und Praktizierung der polizeilichen Konzepte gegen den „heißen Herbst" eine hervorragende Rolle spielte) vorgetragenen Forderungen nach einem präventiven „Sicherheitskonzept aus einem Guß" und einem entsprechenden wissenschaftlich ausgerichteten, zentralisierten und zugleich differenzierten „Sicherheitsapparat". Stümper propagiert die Vorstellung, daß es in einer Zeit der allgemeinen „Krise der Werte", des „Sicherheitsgefühls" wie auch des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie nicht mehr vorrangig um die Bekämpfung des einzelnen „Verbrechens" gehe, sondern darum, die Entstehung des „Verbrechens" bereits an der Wurzel auszurotten. Dies soll bei der Stärkung der Familie als kleinste Einheit eines „gesunden" Staates beginnen und bei der Ausschaltung von Leuten, die den „Staat madig machen", und der von „gewalttätigen Störern" enden. Dabei müsse die polizeiliche Praxis über den Einsatz ihrer eigenen Apparates hinaus entscheidend auf die Mithilfe der Bevölkerung zielen.

Des weiteren komme es darauf an, nicht schematisch vorzugehen, sondern die schon erwähnten „polizeilichen Maßanzüge" zu schneidern, d.h. zu einer „übergreifenden wie auch differenzierenden" Vorgehensweise zu kommen, in der „entschlossenes Zugreifen" mit „bewußtem Zurückhalten" kombiniert werden müsse. Mit Gesprächswilligen müsse der Dialog gesucht, die anderen müßten isoliert und abgeurteilt werden.

Auf eine weitere Ausleuchtung dieses Hintergrunds soll verzichtet werden (Anm. 8). Es sei aber noch darauf hingewiesen, daß die von Stümper und anderen geforderte und betriebene Differenzierung des Sicherheitsapparates und seiner Methoden, eine der entscheidenden Leistungen der SPD/FDP-Regierung seit 1969 ist. Für Einsätze wie anläßlich des „heißen Herbstes" steht heute ein sowohl für massenhafte Repression als auch differenzierteste Einzelaktion ausgebildetes und ausgerüstetes Sicherheitsinstrumentarium zur Verfügung. Das fängt beim wissenschaftlichen Apparat an, geht über die computerisierten Steuerungszentralen zu den nach Einsatzzweck tief gegliederten Polizeikräften (BGS, Bereitschaftspolizein, Kriminalpolizeien, Schutzpolizei, Sondern-Einsatzkommandos verschiedenster Art, parapolizeiliche Hiflsverbände) und hört bei der offenen Kooperation von Geheimdiensten, Polizei, Militär und diversen Verwaltungsbürokratien auf. Auch dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Mensch muß es sich aber vor Augen halten, um zu begreifen, auf welchem Instrumentarium die Strategen der Inneren Sicherheit gegen die Friedensbewegung spielen konnten. Zur Besorgnis bestand wahrlich kein Anlaß — soweit es um „Militärisches", d.h. Verteidigung oder Schutz militärischer Anlagen u.ä. ging (Anm. 9).

Polizei, Bundeswehr, NATO — alle an einem Tisch

Dies zeigte sich auch recht deutlich bei der Tagung, die für die höheren Char-

Polizei, Bundeswehr, NATO — alle an einem Tisch

Dies zeigte sich auch recht deutlich bei der Tagung, die für die höheren Char-

gen von Polizeiführern, Bundeswehr- und NATO-Offizieren sowie ausgesuchte Politiker am 20.4.83 in der Polizeiakademie Hiltrup stattfand. Thema: *„Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz militärischer Einrichtungen"*. In einem Schwerpunktheft der Zeitschrift „Die Polizei" (10/83) wurde die Tagung wenige Wochen vor der Aktionswoche dokumentiert. Leiter der Tagung war der Polizei-Inspekteur des Landes Baden-Württemberg, H. Gerbert: Ein Mann aus dem Hause Stümper. Im Vordergrund standen *nicht so sehr taktische Detailfragen"* als vielmehr *„die gesellschafts- und sicherheitspolitische Beurteilung der Lage"*.

Was wurde erwartet? „Gigantische Ausmaße" für den Herbst, allerdings keineswegs gigantische Schlachten, im Gegenteil:Penibel wird der Satz in den Aufrufen der Friedensbewegung vermerkt, daß „die Polizei nicht unser Gegner" sei. Es wird darauf hingewiesen, daß Jo Leinen zu gewaltfreiem Widerstand aufrufe und sich von „Krefeld" distanziert habe (Anm. 10). Der praktischen Bewältigung der Schutzaufgaben gegenüber zeigt man sich gelassen. Das Problem ist offenbar ein anderes, nämlich: die Polizei sehe sich angesichts einer *„äußerst schwierig zu differenzierenden Protestbewegung"*, die *„quer durch alle Bevölkerungsschichten und politischen, religiösen und weltanschaulichen Gruppierungen"* gehe, in einer „völlig neuen Situation", die die nötige Lagebeurteilung „so erschwere" und eine Prognose unmöglich mache. Der Großteil der Friedensbewegung habe „durchaus akzeptable Motive", aber ein kleiner Teil „extremistischer Kräfte" versuche die „Bewegung zu unterwandern". Dieses „extremistische Potential" wird als *„Anlaß zur Auseinandersetzung mit der Thematik unserer*



Ein „Störer" winkt „fachgerecht" mit einer nachempfundenen „Friedenspalme". Bereitschaftspolizei-heute — 2/84

Tagung" bezeichnet. Andererseits könnten *„Verallgemeinerungen flexibles polizeiliches Handeln erschweren."* **Es sei deshalb „unverzichtbar", sich den verschiedenen Gruppen dr Friedensbewegung „analytisch', und „in selektiven Schritten" zu nähern.** Als oberstes Ziel wurde auf der Tagung, mit Sicherheit auch unter Berücksichtigung der Öffentlichkeitswirksamkeit, formuliert: *„Erfolgreich heißt in diesem Sinne, zu verhindern, daß es überhaupt zur Begehung von Straftaten kommt und wenn sie unvermeidbar sein sollten, daß sie ausschließlich mit polizeilichen Maßnahmen beendet und verfolgt werden. Das oberste taktische Ziel ist, die direkte Konfrontation gewalttätiger Störergruppen mit den Streitkräften zu verhindern"*.

In der Presse widerhallte diese polizeiliche Zielsetzung lange vor ihrer Veröffentlichung so: *„Besondere Angst hat die Polizei dabei vor Märtyrer-Demonstranten, die den freiwilligen Opfertod wählen, indem sie z.B. auf militärisches Gelände eindringen und es bewußt in Kauf nehmen, dann von den Wachtposten erschossen zu werden"*. („Stern", 18.8.83).

Angaben, **wie** die Polizei die „selektive" Annäherung zur besseren Lagebeurteilung und **wie** die verkündete Eindämmung der befürchteten Konfrontationen im Konkreten zu erreichen gedachte, waren auf der Tagung, soweit die Ergebnisse veröffentlicht wurden, nicht zu hören. Mit der öffentlichen Propagierung der Verhinderung von befürchteten Zusammenstößen zwischen Militär und „gewalttätigen Störergruppen" wurde jedoch **eine** der entscheidenden Methoden direkt vorgeführt, nämlich: Drohung mit der Unkalkulierbarkeit der „Gewalttäter", die es „zum Schlimmsten" treiben könnten, wie Staatssekretär Spranger (Innenministerium / CDU) es auf der Tagung nannte, um angesichts dieser

der entscheidenden Methoden direkt vorgeführt, nämlich: Drohung mit der Unkalkulierbarkeit der „Gewalttäter", die es „zum Schlimmsten" treiben könnten, wie Staatssekretär Spranger (Innenministerium / CDU) es auf der Tagung nannte, um angesichts dieser

selbstfabrizierten Bedrohung zugleich versichern zu können, daß man es soweit nicht kommen lassen werde, und damit die Öffentlichkeit und speziell die Friedensbewegung zu animieren, das ihre für die Kalkulierbarkeit und Zähmung der Proteste zu tun. Das Echo auf diesen Appell kam schon auf der Tagung: Carsten Voigt (MdB/SPD) versicherte: *„Interesse von uns allen und Aufgabe der Polizei ist es dann, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit soweit wie möglich zu verhindern. Bei dieser Aufgabe verdient sie die Unterstützung aller demokratischen Politiker. Sie wird bei dieser Aufgabe sicherlich auch die Unterstützung der großen Mehrheit der Friedensbewegung finden, die am friedlichen Verlauf ihrer Kundgebungen und Demonstrationen interessiert sind. Mit diesen Teilen der Friedensbewegung sollte die Polizei rechtzeitig das Gespräch suchen ..."*

Krefelder und Stuttgarter Linie

In der Praxis förderte die Polizei den „Klärungsprozeß", „was friedliche und was gewalttätige Demonstrationen" sind, und den „Differenzierungsspielraum für staatliches Handeln", wie A. Pawelczyk es nannte, durch Inszenierung eines Wechselspiels zwischen Krefelder und Stuttgarter Linie: Bei einer Demonstration von 40.000 Menschen am 25.6.83gegen eine Jubelfeier zu Ehren des US-Vizepräsidenten George Bush in Krefeld wurden ca. 2.000 Autonome, die sich nicht mit verbalem Protest begnügen wollten, sondern auf effektive Störung der Festlichkeiten aus waren, von der Polizei isoliert, abgedrängt und systematisch „aufgemischt", bevor sie überhaupt zum Zuge kamen. Später stellte sich heraus, daß die Polizei durch Observation und Spitzel über die Anmarschrouten und Absichten der Autonomen weitgehend unterrichtet war und den Zug planmäßig in eine Polizeifalle gelockt hatte. Bilanz: 134 Festnahmen, fünf davon in Haft, über 50 Verletzte.

Einige versprengte Demonstranten des Autonomen Zuges gelang es nach diesem Einsatz noch, vorübergehend die Fahrt des u.a. auch mit Kanzler Kohl bestückten Konvois zu behindern: 10 Minuten Wartezeit, in der Kohl vor Wut gezittert haben soll, und etwas Blechschaden kamen dabei rüber. Diese Ereignisse wurden als „Krefelder Krawalle" zum Anlaß einer gezielten Medienkampagne gegen „gewalttätige Minderheiten", die die Masse der „friedfertigen" und „gutwilligen" Demonstranten mißbrauchten (Anm. 11).

Ein großer Teil der Friedensbewegung gab dem ungeheuren Distanzierungsdruck nach. So erschien Jo Leinen (SPD) namens des BBU am nächsten Tag im Fernsehen, um zu erklären, daß es in Krefeld „z w e i Demonstrationen" gegeben habe. Das sei wie beim Fußball: Man könne die Masse der Fußballfans nicht für die Krawalle einige Kilimeter entfernt verantwortlich machen. Einen Monat später wurde er noch deutlicher, indem er die Konsequenzen aus seinen Vorstellungen zog:

„Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen". (taz, 11.8.83).

„Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen". (taz, 11.8.83).

Freimut Duve, ebenfalls SPD, ließ vernehmen: *„Schützen wir die Friedensbewegten und die Polizisten vor Kohl und den Steinewerfern in Krefeld"* (taz, 11.8.83). Die Distanzierung machte auch vor den GRÜNEN, selbst vor der traditionell bis dahin ohne Abgrenzung von Militanz lebenden GAL/Hamburg, nicht halt (Anm. 10). Später wurde das z.T. korrigiert, blieb aber halbherzig und war vor allem zu spät. Die Autonomen ihrerseits reagierten geschockt: sie fühlten sich von einer „staatstreuen" Friedensbewegung verraten und fürchteten bei allen zukünftigen Aktionen die „Staatsfalle", in die hineinzutappen sie nicht beabsichtigten (Anm. 12).

Ca. einen Monat nach den Krefelder Ereignissen ließen Polizei und Justiz aus eigenem Antrieb ihren Agent Provokateur Troeber hochgehen, der als einer der „Gewalttäter von Krefeld" mit festgenommen worden war. Für seine öffentliche Präsentation bestand keinerlei äußerer Anlaß. Man hätte ihn aus der Schar der Festgenommenen verschwinden lassen können, wie schon so viele andere vorher bei anderen Gelegenheiten verschwunden waren (Anm. 13). Troebers Aufdeckung wurde prompt zum Beweis für die Unberechenbarkeit der „Chaoten" und die Gefahr einer, sei es von ihnen oder dem Staat ausgehenden, Provokations-Linie gegenüber dem „friedlichen" Protest. Jetzt steigerten sich die Distanzierungen bis hin zu hysterischem Gekreisch, wenn einer nur wagte, mit einer Pappnase vermummt auf einer Demo zu erscheinen...

Damit war das Gift der „Differenzierung" mittels Einschüchterung und Agentitis, d.h. naiver oder politisch motivierter Agenten-Verdächtigungen in die Bewegung gebracht. Ein paar Wochen später setzte Innenminister Schnoor (wohlgemerkt SPD!) nach, indem er ein in der „Wuppertaler Börse" stattfindendes Auswertungstreffen der Autonomen mit einer Massenverhaftung von 104 Personen nach Muster der Nürnberger KOMM-Verhaftungen „ausheben" ließ. Öffentlicher Protest blieb nahezu aus.

Den nächsten Schlag landete Generalbundesanwalt Rebmann mit der Ankündigung, seine Behörde prüfe „Eingreiftatbestände" gegen terroristische und militante Gruppen, die sich der Friedensbewegung bedienen wollten. Gedacht sei an Vorgehen nach § 88 StGB (verfassungsfeindliche Sabotage), § 105 und 106 StGB (Nötigung von Verfassungsorganen bzw. deren Mitgliedern) und — selbstverständlich — § 129 und 129 a (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung). Das sollten *„sich die vor Augen halten, die Straftagen der genannten Art in ihre Planungen einbezogen haben"* (taz, 13.7.83).

Entlang der Krefelder Linie wurden im übrigen die im Herbst 82 in Bremen gegründeten „Komitee gegen Bombenzüge" (ironisch „KGB" abgekürzt) vom Staatsschutz belästigt. Bereits am 30.12.82 wurden 100 Wohnungen im Zusammenhang mit dem „KGB" in Bremen durchsucht. Seitdem entfaltete vor allem ‚BILD' eine Hetzkampagne gegen die *„mutmaßliche Terroristen-Zentrale in Bremen"*. Einen Tag vor Beginn der Aktionswoche machten BKA/LKA zwei Hausdurchsuchungen in Mannheim und fünf in Heidelberg wegen § 109 (Straftaten gegen die Landesverteidigung). Während der Aktionswoche am 19.10.83 mußten drei Wohnungen in Stuttgart nach § 129 a dran glauben (Anm. 14).

In diesen Zusammenhang gehören selbstverständlich auch die polizeilichen Vorgaben an die Friedensbewegung, wo Gewalt anfängt und wo sie aufzuhören hat. Erwähnt wurde schon das Zimmermann-Wort, wonach Gewaltlosigkeit Gewalt ist. Aber auch aus der SPD kamen eindeutige Angebote: So beispielweise von Hübner in seinem bereits erwähnten Papier vom Mai, wo er — direkt an die Adresse der „gewaltfreien Aktionen" und deren Debatte über Gewaltfreiheit bei Blockaden gerichtet — formulierte: *„Zum gesetzlichen Gewaltbegriff gehört auch der psychische Zwang. Wo er angewendet wird, ist der strafrechtliche Tatbestand der Nötigung erfüllt. Hier gilt es zur Sprachbereinigung beizutragen: eine Blockade ist keine ‚gewaltfreie Aktion', sondern eine Nötigungshandlung"*.

Ein Dialog geht um im Lande ...

Die Stuttgarter Linie fährt sozusagen die Ernte der Droh-Propaganda und der Krefelder Linie ein. Seit dem 27.10.82 werden in Stuttgart/Degerloch unter Leitung des Polizeifunktionärs Kraft, Vertreter des Büros Stümper, zunächst geheimgehaltene Gespräche mit Vertretern der Friedensbewegung geführt. Ziel ist lt. Protokoll des ersten Treffens, Wege zu finden **„... zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von**

Polizeifunktionärs Kraft, Vertreter des Büros Stümper, zunächst geheimgehaltene Gespräche mit Vertretern der Friedensbewegung geführt. Ziel ist lt. Protokoll des ersten Treffens, Wege zu finden **„... zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von**

Gewalttätern bei Demonstrationen."

Dem ersten Gespräch folgt ein zweites am 24.3.83 und ein drittes am 8.9.83. Es wird ein „Staatsvertrag" ausgearbeitet, wie es die „taz" nach Bekanntwerden der Gespräche im August '83 nennt. Der vereinbarte Text sollte zur Verabschiedung auf einer geplanten „Klausurtagung" zwischen Vertretern der Polizei, des Militärs, der Kirchen, bekannten Multiplikatoren der öffentlichen Meinung und Vertretern der Friedensbewegung am 23.9.83 in der „Begegnungsstätte" der ev. Akademie in Loccum vorgelegt werden.

Bekanntlich wurde die geplante Tagung von Vertreter/inne/n der „Unabhängigen Friedensbewegung" mittels einer gewaltfreien Blockade gesprengt. Nichtsdestoweniger soll am 17.5.84 ein viertes Gespräch in Stuttgart stattfinden, für das eine überarbeitete Fassung des ursprünglichen Entwurfs nunmehr „endgültig" vorliegen soll. Vom Büro Stümper diktiert, von „gewaltfreien" Vertretern der Friedensbewegung wie W. Sternstein/BBU und anderen redaktionell mitverantwortet und gegenüber der Bewegung vertreten, fand sich im damals bekanntgewordenen und selbst noch in dem heute leicht retouschierten Entwurf die komplette — ach so vertraute — Wunschliste der Polizei an die Bewegung und Öffentlichkeit wie u.a.: Erhaltung der demokratischen Kultur in einer krisenhaften, die Werte in Frage stellenden Zeit, insbesondere die Unterordnung von Minderheiten unter die Mehrheit; die absolute Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und des geltenden Rechts, um Protestaktionen für beide Seiten —

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

versteht sich — kalkulierbar zu machen (denn die Polizei ist ja auch an ihren „gesetzlichen Auftrag" gebunden, gell?!); ausgewogene Berichterstattung; Ermöglichung einer klaren Lagebeurteilung für die Polizei durch Gesprächsbereitschaft der Veranstaltungsleitungen, frühzeitige Entwaffnung anreisender Gewalttäter, Vermeidung von „provozierend wirkenden Verhaltensweisen" ... usw. Das soll hier, obwohl reizvoll, nicht weiter ausgeführt werden (Anm. 15).

Parallel zu den Stuttgarter Gesprächen fanden viele weitere Gespräche dieser oder ähnlicher Art zwischen Polizei und „Bewegung" auf allen nur denkbaren Ebenen statt.

So berichtet z.B. die Zeitschrift „Deutsche Polizei" (10/83) der „Gewerkschaft der Polizei" (GdP) von einem Treffen auf Initiative des Arbeitskreises Inneres und Recht der SPD-Fraktion. Dabei der ehemalige Justizminister J. Schmude mit GdP und „*Vertretern der Öko- und Friedensbewegung*", „*an ihrer Spitze der Vertreter der Aktion Sühnezeichen, Volkmar Deile*". Geradezu rührend, wie menschlich es auf diesem Treffen zugegangen sein muß: so entstand „ ...*große Nachdenklichkeit, als Günter Schröder* (Vos. der GdP - d. Verf.) *die Notwendigkeit eines präventiven Vermummungsverbots erläuterte. Die Vertreter der Friedensinitiativen zeigten sich sehr angetan von der auffassung der GdP und baten darum, möglichst auch dafür Sorge zu tragen, daß die Bereitschaft zu Gesprächen in den Landesbezirken und vor Ort wachse, damit man Gelegenheit habe, sich auch dort näher kennenzulernen, um eben auch auf diesem Wege für Friedlichkeit sorgen zu können. Mit Nachdenklichkeit, ja fast schon Betroffenheit, nahmen sie den Hinweis von Günter Schröder auf, wie entwürdigend die Polizeikollegen es empfinden, wenn sie z.B. bei Blockaden protestierende Bürger wegtragen müßten. Man nahm die Anregung gerne entgegen, hierüber einmal nachzudenken und eventuell zu prüfen, ob der Protest nicht genauso wirksam sei, wenn man sich ohne Widerstand zu leisten, wegbegebe oder wegführen lasse*". Über „Verbindungsaufnahme" zwischen „Trainingsgruppen" der „gewaltfreien Aktion'. und der Polizei „in vielen Fällen" berichtet Hübner im Mai '83.

Im September fanden diverse öffentliche bzw. - aufgrund ihres Rahmens —

Mai '83.
Im September fanden diverse öffentliche bzw. - aufgrund ihres Rahmens —

halböffentliche Veranstaltungen statt, auf denen Vertreter der Friedensbewegung ihre Friedfertigkeit vor versammelter Polizei-Mannschaft vorführen durften: so vor der Bremer Bereitschaftspolizei, so in der Polizeischule Brühl u.a.m.

In der Praxis der Einsätze vor der Aktionswoche bemühte sich die Polizei — soweit die Einsätze nicht unmittelbar im Dienst der Krefelder Linie standen — ihre Bereitschaft zu „differenziertem" Vorgehen unter Beweis zu stellen und gewaltfreies Wohlverhalten demonstrativ zu belohnen: so bei kleineren gewaltfreien oder symbolischen Aktionen wie in Großengstingen, wo die Berichterstatter der Polizei bereits über „gelegentlich schon idyllische" Begebenheiten zu schwärmen beginnen (Deutsche Polizei (1/84), Ztg. der GdP).

So auch bei der Prominenten-Blockade in Mutlangen am 2.4.83, wo man es sich versagte, Leute wie Böll oder andere fernsehwirksam polizeilich wegschleppen oder gar knüppeln zu lassen; dagegen wurde wenige Tage später in Bitburg eine Blockade abgeräumt, um kein „Mutlanger Modell" entstehen zu lassen, wie Stümper zu verstehen gab („Stuttg. Nachr." 9.9.83).

Eine etwas andere Variante führte Pawelczyk in Hamburg vor, wo er in Absprache mit dem zuständigen Kommandeur eine beabsichtigte Blockade der Boehn-Kaserne einfach ins Leere laufen ließ: man hatte die Soldaten für einen Tag in Urlaub geschickt, sodaß es nur die leeren Gebäude zu ‚blockieren' gab.

Kurz und gut: während einerseits entlang der Krefelder Linie das Gespenst der Eskalation gezüchtet wurde, wurde andererseits ein massiver Dialog von den „Spitzen" beider Seiten bis zu den Aktivisten vor Ort und eine geradezu behutsame Einsatz-Taktik entwickelt. Es wäre interessant, zu untersuchen, ob und unter welchen Umständen es Vergleichbares schon mal in der BRD gegeben hat. Eins ist jedenfalls sicher: vor den großen Demonstrationen gegen das AKW-Brokdorf, Grohnde, Kalkar u.a.m. sah die Welt der Polizisten und auch der Presse anders aus — aber da hatte man es ja auch „noch nicht" mit einer „Volksbewegung" zu tun (Anm. 16).

Erwähnt werden muß schließlich noch eine Tagung der Polizei-



Isolieren ... festnehmen ... einsperren ... aus: „Krefeld Dokumentation"

Akademie Hiltrup im September 83 zu dem Thema: „Die Polizei in der öffentlichen Meinung" („Die Polizei", 2/84). Tagungsteilnehmer waren: Polizei, Vertreter der ev. und katholischen Kirche sowie von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ziel der Tagung: „*Das Öffentlichkeitsbild der Polizei zu verdeutlichen*".

Die Polizei warf den Medienvertretern Sensationsberichterstattung und den Gottesdienern unberufene Parteinahme vor; dadurch würden Minderheiten-Anliegen und Ereignisse von bloß lokaler Bedeutung, wie beispielsweise Polizeieinsätze bei Häuserräumungen, Startbahn West u.ä., hochgespielt und damit allgemeines Mißtrauen in die Polizei geschürt.

Notwendig sei vielmehr eine „ausgewogene" — vor allem weniger — Berichterstattung und eine politische Enthaltsamkeit der Kirche.

Von seiten der Medien- und Kirchenvertreter wurde allgemewine Kooperations-Bereitschaft signalisiert. Ich will darauf hier nicht weiter eingehen, obwohl es außerordentlich interessant ist. Beispielhaft sei allerdings die Antwort der ev. Kirche zitiert — vorgetragen von Landesbischoff Dr. Joachim Heubach/Bückeburg:

„Angesichts aktueller Vorgänge und bevorstehender Auseinandersetzungen
chim Heubach/Bückeburg:

„*Angesichts aktueller Vorgänge und bevorstehender Auseinandersetzungen möchte ich mit Nachdruck betonen, daß bei irritierenden Vorgängen von Einzelfällen nicht gleich auf ‚die Kirche' insgesamt geschlossen werden darf. Daher rege ich an, daß bei negativen Erfahrungen, die Polizeibeamte und polizeiliche Führung mit kirchlichen Mitarbeitern und Geistlichen machen, so schnell wie möglich und so vertrauensvoll wie nötig mit den zuständigen kirchlichen Stellen Verbindung aufgenommen und eine Klärung herbeigeführt wird ... Wo immer der Dienst der Polizei besonders in kritschen und belastenden Situationen bei der Durchsetzung des Rechts und der Aufrechterhaltung der Ordnung und inneren Sicherheit der Unterstützung bedarf, wird die Kirche in ihrem Seelsorge- und öffentlichen Verkündigungsauftrag auf der Seite der Beamten stehen*". (Anm. 17). Das war bereits der Schritt von der Kooperation zur Denunziation.

Übt Sanftmut, übt, übt übt ...

Wie das Kaninchen auf die Schlange, so starrten große Teile der Fiedensbewegung trotz des erkennbaren Wechselspiels der Polizeitaktik auf die Krefelder Linie. Lassen wir mal die bekannten opportunistischen Kräfte hier unerwähnt, so muß doch bereits als bezeichnend für die Situation verstanden werden, was die immerhin zu den gemäßigten Gewaltfreien bzw. gewaltfreien Radikalen zählende Zeitung „Graswurzelrevolution" z.B. für Erwartungen formulierte: „*Wir gehen davon aus, daß der Staat selbst es ist, der die Konfrontation braucht und sucht.*" Auch in früheren Konflikten habe der Staat versucht, „*Teile der Bewegung zu einer gewaltsamen Konfrontation zu provozieren.*" Der Staat „*braucht eine innere Krise, um seine legitimatorischen Probleme in der Raketenfrage zu lösen*". Angesichts dieser „*staatlich gewünschten Konfrontation*" komme es „*uns Gewaltfreien darauf an, eine Strategie zu entwickeln, in der wir unsere Handlungsschritte weitestgehend selbst bestimmen und Formen finden, die es dem Staat erschweren, uns unsere Autonomie zu nehmen.*" Eine „*erfolgversprechende Strategie*" der Friedensbewegung müsse deshalb „*einerseits versuchen, die Stationierung auf verschiedenen Ebenen handfest in Frage zu stellen, und andererseits eine staatlich aufgenötigte Konfrontation auflaufen zu lassen: Die Gewaltfreiheit bietet noch am ehesten die Chance. Die Bundesregierung hat sich deshalb (!) verstärkt auf die Angriffe gegen die Gewaltfreiheit verlegt*" („Graswurzelrevolution" 10/83).

Ähnliche Positionen waren auch von anderen Gruppen zu hören. Die Autonomen ihrerseits legten Papiere vor, mit denen sie sich praktisch aus der Friedensbewegung verabschiedeten (anm. 12).

In diesem Klima übten im Sommer 1983 „Trainingsgruppen" der „gewaltfreien Aktion" und aus dem Boden sprießende Bezugsgruppen in diversen Friedenscamps überall in der BRD das „Auflaufen lassen" der „staatlich gewollten Konfrontation". In psychologischen Rollenspielen, in die z.T. praktische Übungen gewaltfreier oder symbolischer Blockaden einbezogen waren, wurde das Gespräch mit der Polizei, die Einhaltung von Gewaltlosigkeit nach Ghandi-Muster auch bei Polizei-Angriffen, einschließlich der Besänftigung von Radikalen und der Vermeidung von Provokationen geübt (Anm. 18). Damit war die Konfliktdämpfungslinie des Staates von einer politischen und polizeilich-strategischen Maßnahme zum ideologischen Konsens samt einer psychologisch ritualisierten Unterwerfungshaltung entscheidender Teile der Friedensbewegung geworden — bevor die „heiße" Woche des Herbstes 83 überhaupt angebrochen war.

Es ist gerade in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß parallel zur Umsetzung der IMK-Richtlinien und der Hiltruper Tagung(en) die ganze Zeit und überall in der BRD bundesweite oder auch örtliche Besprechungen zwischen Militärs, Polizei und VS (bzw. MAD, vielleicht auch BND?) stattfanden. Hauptziel war die genaue Bestimmung der Entwicklung des radikalen Potentials der Friedensbewegung und die daraus abzuleitende Einsatztaktik vor Ort, bzw. auch genereller im Gesamtrahmen der zu erwartenden Aktionen. Informationen über „Steuerungsvorgänge" nennt Polizeipräsident Hübner / Westberlin das. „Nachhilfeunterricht in Sachen Friedensbewegung", zu der er die Spitzen der Polizei „bis hin zu den Revierführern" zusammengerufen habe, heißt es beim VS-Chef C. Lochte / CDU in Hamburg.

Lochte gibt zu verstehen, daß man die Entwicklung des „Differenzierungsprozesses" der Friedensbewegung nicht nur betrieben, sondern auch genauestens beobachtet habe. Zufriedenstellendes Ergebnis, das er der Öffentlichkeit über ein Interview in der „Hamburger Rundschau" Ende August mitteilen ließ: „*Wenn es überhaupt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen sollte, dann kämen sicher nur Militante der Autonomen Gruppen in Frage. Diese aber hätten keine innere Kraft. Sie hätten sich auf der 2. Konferenz nicht durchsetzen können*" (HR, 25.8.83) — (gemeint ist die 2. Norddeutsche Konferenz zur Vorbereitung der Aktionswoche in Hannover). Vor dem Hintergrund solcher Erkenntnisse kann A. Pawelczyk die Öffentlichkeit siegesgewiß beruhigen: „*Nach seinen Erkenntnissen unternehmen die Friedensgruppen selbst alle Anstrengungen, damit ihre Veranstaltungen gewaltfrei ablaufen. Wenn es dennoch zu Rechtsbrüchen komme, sei die Polizei gerüstet und werde einschreiten*" (HAbl, 24.8.83).

Nicht anders A. Stümper, als er gefragt wurde, ob es „provozierten Gewalttätigkeiten" kommen werde: Dies sei in keiner Weise auszuschließen. „*Aber ich bin in letzter Zeit zuversichtlicher geworden; das Gros der Friedensbewegung wird sich wohl von solchen Leuten distanzieren.*" („Stuttgarter Nachrichten", 9.9.83). Mensch sieht, die Herren gingen in Vollgefühl bereits geleisteter Arbeit gelassen zu Tische.

Aktionswoche: Wer hört, braucht nicht zu fühlen

Während der Aktionswoche blieben — ich sage: erwartungsgemäß — die großen Konfrontationen, Eskalationen, befürchteten Märtyrertoten und dergl. aus. Stattdessen bestimmten landesweit im Wesentlichen friedliche Blockaden, anstrengende Märsche, Menschenketten und Blumen an den Knüppeln und Stiefeln der Polizisten das Bild. Darauf soll hier im Einzelnen nicht eingegangen werden.

Erwähnenswert, weil vielleicht nicht allen aufgefallen, erscheinen mir allerdings die beiden Regiehilfen, die zum reibungslosen Ablauf und der zukünftigen Weiterentwicklung des „Differenzierungsprozesses" für nötig gehalten wurden.

Zur Einstimmung in Bremerhaven: Die beabsichtigtze Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven am 13.9. mit dem absehbaren Höhepunkt einer Massendemonstration am 15.10. galt allgemein als erster neuralgischer Punkt, an dem sich der Charakter der Aktionswoche entscheiden könnte.

Trotz erheblicher Differenzen während der Vorbereitung hatten sich die unterschiedlichen politischen Kräfte im Aufruf als einheitlicher Veranstalter auf ein gemeinsames Aktionsziel geeinigt: Umzingelung und Blockade der Kaserne; im Falle polizeilicher Absperrung der Hafenzugänge zur Kaserne: Blockade des gesamten Hafens. — Tatsächlich wurde dann ein Blockadering um den ganzen Hafen gezogen.

Die Polizei ließ das weitgehend geschehen, zumal und solange der Hafenbetrieb durch die Blockade nicht wesentlich behindert wurde. Die Bildung einer LKW-Schlange vor einem der Blockadepunkte wurde jedoch zum Anlaß für einen brutalen Blitzeinsatz mit Knüppeln und Wasserwerfer genommen. Mit diesem Einsatz war die

Anlaß für einen brutalen Blitzeinsatz mit Knüppeln und Wasserwerfer genommen. Mit diesem Einsatz war die

Blockade spürbar in ihre symbolischen Grenzen verwiesen, die im Weiteren auch beachtet wurden. Der Blockadering wurde von da an nicht mehr fest geschlossen.

Die Demonstration von über 30.000 Menschen am 15.10. wurde zunächst durch Absperrung und „Verkehrslenkungsmaßnahmen" desorientiert und gespalten und auf ermüdende Fußmärsche geschickt. Jusos, DKP und verwandete Kräfte zogen dann gegen die Vereinbarung die Abschlußkundgebung vor, so daß der später eintreffende Rest von ca. 2.000 — 3.000 Menschen isoliert vor die Polizeiketten kam. Als dieser Rest sich anschickte, das vereinbarte Aktionsziel der Demonstration: Abschlußkundgebung und Blockade vor dem Kasernentor, durchzusetzen, machte die Polizei Anstalten, ihn „aufzumischen". Es blieb dann allerdings bei Eskortierungen per „Gefangenentransport" nach Hamburger Muster und systematischen Zugriffen von Greif- und Schlägertrupps der Polizei auf dem Weg zum Sammelplatz.

In der Presse wurde bereitet, die Polizei habe die Umfunktionierung einer insgesamt friedlichen Demonstration in „gewalttätige Krawalle" durch „differenziertes" und „entschlossenes" Eingreifen verhindern könen. Der Einsatz wurde zur unmißverständlichen Drohung an die Friedensbewegung, sich in der bevorstehenden Aktionwoche an die eingeübten Konflikt-Vermeidungs-Rituale zu halten. Im übrigen war es der Polizei gelungen, die ohnehin brüchige Einheit der Aktionslinie zu spalten. Dies hatte Signal-Funktion (Anm. 19).

Zum Ausklang der Aktionswoche sorgte der Hamburger Innensenator Pawlczyk für eine entschiedene Fortsetzung des „Klärungsprozesses" über die Aktionswoche hinaus: Nach einer Demonstration von über 100.000 Menschen zum Rathausplatz ließ er eine von der GAL beabsichtigte Blockade des Springer-Verlages brutal auflösen. Hier wurde das „Differenzierungsvermögen" staatlichen Handelns besonders drastisch demonstriert: Während die Polizei am Nachmittag gegenüber den Volksmassen in Hemdsärmeln ihre Bürgernähe und Dialogbereitschaft

Vom Neuesten.....

Stümper zum Thema unter dem Titel: „Vom ‚Flickwerk' zu den künftigen polizeilichen Schwerpunktsetzungen" in „Kriminalstatistik", 4/84.

Im Rahmen seines Gesamt-Ritts durch die sich ‚wandelnden Aufgaben' der Polizei in einer ‚schnellebigen Zeit' befaßt sich der Abschnitt „Innere Sicherheit" ausschließlich mit dem Demonstrationsgeschehen in der BRD. Hier drei Zitate daraus zum besonderen Vergnügen der Leserin und des Lesers:

— Zum **zahlenmäßigen Anwachsen von Demonstrationen** (die natürlich ein Grundrecht seien..!): „*Die Zahlen jedoch als solche stellen natürlich die Polizei vor Probleme, sei es im Ordnungsbereich, sei es im Schutz der Demonstration gegen solche Kriminelle, die das Demonstrationsrecht mißbrauchen, um ihre persönlichen Ziele mit strafbaren Handlungen durchzusetzen oder gar ihren Ärger gegen diesen Staat gewaltsam abzureagieren.*"

— Zur **Entwicklungsperspektive der Bewegung(en)**: „*Bei allen Überlegungen und darauf fußenden Maßnahmen muß man auch den historischen Entwicklungsgang gescheiterter Großbewegungen zu militanten Kleingruppierungen terroristischer Qualität hin bedenken, aus denen es umgekehrt wieder über sich sporadisch ausweitende Anschläge verstärkter Militanz zu weiträumigeren, ja u.U. sogar bürgerkriegsähnlichen Erscheinungen kommen kann* (es folgt die Reihe: APO, SDS, RAF — der Verf.). *Und so kann es durchaus auch in Zukunft sein, daß aus einer Großbewegung, die ihre Ziele nicht durchsetzen konnte, durch eine erste Spaltung sich die Friedlichen von den Unfriedlichen trennen und daß in einem weiteren Entwicklungsprozeß innerhalb der Unfriedlichen sich immer mehr ein militanter enger Kern herausschält, der dann schwerste Straftaten begeht und u.U. in einer dritten Stufe wieder erweiternde Ansteckungseffekte erzeugt.*" (Igitt, diese Sprache!).

Zur **„Unterwanderung" der „großen Volksbewegung" und der Gefahr eines „Volksfronterlebnisses"**: „*Eine absolute gefährliche Situation kann aufgrund einer solchen Massenbewegung dann entstehen, wenn durch irgendeinen unbedachten (möglicherweise sogar provozierten) Vorfall eine kritische Situation im Einzelfall entsteht, der eine Signalwirkung beigemessen werden und aus der heraus sich dann ein Flächenbrand entwickeln kann. Deswegen gilt gerade hier differenzierende Besonnenheit als oberstes Gebot.*"

Fortsetzung nächste Seite



Zivis in Aktion bei der Springer-Blockade in Hamburg — argus

aus einem Flugblatt der Initiative „Bürger beobachten die Polizei"

Fortsetzung von vorheriger Seite

vorführte, demonstrierte sie am Abend gegenüber der radikalen Minderheit die unkontrollierbare Willkür der Staatsmacht: Dabei traten Scharen von Zivilschlägern auf, die aus der Menge der Demonstranten auftauchten, zuschlugen und wieder verschwanden, und deren Identität — trotz öffentlicher Proteste der GAL und einiger interessierter Medien — bis heute nicht geklärt ist und nach dem Willen von Paweczyk auch nicht geklärt werden soll. Breitere Proteste aus Kreisen der gemäßigten Friedensbewegung blieben aus (Anm. 20).

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die kürzlich vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Demonstrationsstatistik: Danach war zwar 1983 das Jahr mit der absolut höchsten Zahl an Demonstrationen, zugleich aber auch das mit der relativ niedrigsten Quote sog. unfriedlicher Demonstrationen (zum Vergleich: 1979: 3.327 Demonstrationen; 1980: 4.471 Demonstrationen; 1981 waren es 5.772, davon 357 „unfriedlich"; 1983: 9.237, davon 274 „unfriedlich" — FAZ, 25.1.84).

Von der Mehrheit der Friedensbewegung wurde das Ausbleiben der Konfrontation als Erfolg der Strategie der Gewaltlosigkeit interpretiert, als „Hilflosigkeit" des Staates, der durch demonstrierte Gewaltlosigkeit zur Zurückhaltung gezwungen worden sei („Zeit", 21.10.83). Mehr noch: nicht nur die bürgerlichen Politiker, Presse und die Polizei selbst redeten von „*Identitätskrise*" und „*neuen Linien*

Gewaltlosigkeit interpretiert, als „Hilflosigkeit" des Staates, der durch demonstrierte Gewaltlosigkeit zur Zurückhaltung gezwungen worden sei („Zeit", 21.10.83). Mehr noch: nicht nur die bürgerlichen Politiker, Presse und die Polizei selbst redeten von „*Identitätskrise*" und „*neuen Linien*

im Profil der Polizei". „*Die Menschenketten, die Luftballons, das sind doch Vorgänge, die nicht spurlos an uns vorübergehen, diese Atmosphäre beeindruckt uns doch*", meinte der Stuttgarter Polizeidirektor Rathgeb. auch Leute wie Jo Leinen bemerkten „*offene Sympathie*" und eine „*Klimaverschiebung innerhalb der Polizei*" („Spiegel" 10/83).

Durchaus berechtigt konstatierte der Koordinierungsausschuß Bonn in einem Flugblatt, daß die Friedensbewegung „*zur breitesten politischen Massenbewegung unseres Landes geworden ist*". Umstandslos wird daraus allerdings gefolgert, daß man nun „*dem Bundestag die Legitimation absprechen*" und die „*Loyalität aufkündigen*" könne. A. Schubarth erklärt, nun sei es Zeit, von Groß-Blockaden zum „*massenhaften zivilen Ungehorsam im Alltag*" überzugehen (taz, 10.10.83). Der bereits des öfteren erwähnte W. Sternstein sieht gar die Stunde gekommen, jetzt den gewaltfreien Widerstand zu „eskalieren" („FR", 5.11.83). Damit greift er auf, was er schon kurz vor der Aktionswoche zum Besten gab, nämlich: es könnte „*nötig werden, im Frühjahr eine Offensive zu starten, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt und möglicherweise an den gewaltfreien Aufstand ... heranreicht. Dabei ist an Massenblockaden, massenhafte Kriegssteuerverweigerung, Boykott von Rüstungsbetrieben, Warnstreiks, Produktstreiks, gewaltfreie Go-Ins in Atomwaffenlager usw. zu denken*" („Graswurzelrevolution", 10/83).

Aus dem Lager der „Unabhängigen" dagegen sind grelle Töne wie in der „Stadtzeitung"/Freiburg nicht untypisch: sie sieht „staatstreue peacaniks", die sich „insgeheim ihrer Wirkungslosigkeit bewußt" sind, mit „hysterischem Gekreische" und in „ohnmächtigem Totstellreflexe" auf „Flagellantenveranstaltung(en), die „groß und langweilig" sind. Aus der ganz harten Ecke der Autonomen wird der Rückzug aus der „verstaatlichten" und „legalistischen" Friedensbewegung und die Hinwendung zu Aktionen an der Basis der „sozialen Bewegungen" propagiert. Dabei ist die konkreteste Angabe z.B. der „Revolutionären Zellen" als radikalster Vertreter des autonomen Lagers in ihrem nach dem „heißen Herbst" erschienenen Strategiepapier allerdings: „*Wir müssen aus der fatalen Abhängigkeit von dem Friedensbündnis herauskommen und eigene Fronten aufmachen*" (Anm. 21).

Analysen zum Inhalt der De-Eskalations-Strategie und ihren Methoden liegen allerdings bisher weder im einen noch im anderen Teil der Friedensbewegung vor.

Anders — leider wieder einmal — und realistischer bei der Polizei:

In „Bereitschaftspolizei heute" hieß es bereits in der Novembernummer nach einer ausführlichen Analyse zur Entwicklung des „extremistischen Potentials" während des „heißen Herbstes": das Konzept der Aktionswochen sei von traditionellen Kräften bestimmt gewesen. Die Autonomen hätten sich kaum behaupten können. Es habe zwar noch einen breiten Konsens gegeben. Aber: „*Ob dieser Konsens auch künftig erreicht werden kann, erscheint fraglich. Dabei wird bei einigen extremistischen Kräften auch wieder deutli-*

sei von traditionellen Kräften bestimmt gewesen. Die Autonomen hätten sich kaum behaupten können. Es habe zwar noch einen breiten Konsens gegeben. Aber: „*Ob dieser Konsens auch künftig erreicht werden kann, erscheint fraglich. Dabei wird bei einigen extremistischen Kräften auch wieder deutli-*

cher werden, daß ihr eigentlicher Kampf diesem Staat und dieser Gesellschaft schlechthin gilt, die beseitigt werden sollen". Unter diesen Umständen „*erscheint es unwahrscheinlich, daß der Friedensbewegung eine ähnliche Mobilisierung gelingen wird wie die am 22.10.dieses Jahres*".

So ganz geschafft ist es allerdings auch aus der Sicht der Polizei und ihrer Freunde noch nicht. Auf einer der üblichen Jahresschluß- und Ausblicks-Tagungen der Hiltruper Akademie wurde Bilanz gezogen: Der SPD-Rechte Prof. Löwenthal durfte die gewonnenen Erkenntnisse unter dem Thema: „*Die Rolle der Polizei bei der Integration einer freiheitlichen Demokratie*" ausspreichen. Diese Rede vor versammelter Staatsprominenz, von C. Carstens bis Innenminister Schnorr und wieder zurück, wird seitdem in der ganzen einschlägigen Presse als Schulungsthema zitiert.

Löwenthal konstatierte „*eine kritische Situation, ... in der ein erheblicher Teil der Bevölkerung glaubt, daß die Regierung sich von den unserer Demokratie zugrundeliegenden Werten entfernt hat und daß daher ein Ungehorsam gegen diese Regierung gerechtertigt sei. Das ist die Krise der Legitimität unserer Demokratie*". Dabei seien keineswegs die „sog. Autonomen" das Hauptproblem, die sich nicht am Vorbild des zivilen Ungehorsams von Gandhi oder Luther King, sondern dem der Terroristen der 70er Jahre ausrichteten. Sie seien zwar eine Gefahr, aber keine neue Frage. Grundsätzlich sei die Lage völlig klar: gegen gewalttätige Staatsfeinde müsse die Staatsgewalt eingesetzt werden.

„*Das wirkliche Problem ist das Auseinanderreißen breiter Schichten unserer Bevölkerung in tiefere Gegensätze als dies in normalen Zeiten der Demokratie üblich ist. Das Auftreten von Vorstellungen, als ginge es um einen Konflikt zwischen regierenden Friedensfeinden auf der einen Seite und demonstrierenden Staatsfeinden auf der anderen Seite ... Die wichtige Integrationsaufgabe unserer Zeit, unserer Situation, unserer Krise besteht gerade darin, diese Feindbilder zurückzudrängen. Das gegenseitige Verständnis ... der grundlegenden Gemeinschaft aller Demokraten über die Krise hinweg wieder zu wecken*".

50 Jahre früher hieß es: Volksgemeinschaft statt Klassenkampf.

„*Es darf nicht unsere Seite sein, die unnötige (!) Gewalt in die Auseinandersetzung hineinträgt, wo die andere Seite — im Unterschied zu den Autonomen — die Gewalt zu vermeiden sucht ... Wir müssen nicht nur an die Verhinderung von Aktionen denken, die uns als Staat handlungsunfähig machen. Wir müssen auch an die Erhaltung der Einheit der Demokratie über den Tag der Krise hinaus denken. Wir freuen uns, wenn der größte Teil der Friedensbewegung auch diesen Gedanken des inneren Friedens anerkennt, und wir wollen in diesem Sinne einer unnötigen (!) Verschärfung des unvermeidlichen (!) Konflikts entgegentreten*".

Zur Durchführung dieser Politik gehöre auch eine gewisse Form: Gespräche, Vereinbarungen, gegenseitige Zugeständnisse wie in Loccum usw.: „... *die Ablehnung der Versuche gewaltsamer Verhinderungen der Durchführung von Parlamts- und Regierungsbeschlüssen* (durch die Partner in der Friedensbewegung — d. Verf.) *erfordert auch die begrenzte Duldung von Versuchen eines sog. zivilen Ungehorsams, der gewaltlos bleibt*" („Die Polizei" 1/84). Nicht enden wollender Beifall! Was die Grenzen des Erlaubten sind, definiert Polizeidirektor S. Bleck von der Bereitschafts-Polizei Bremen zwei Monate später im Heft 3/84 von derselben Tribüne kurz und zackig:

a) die Inanspruchnahme von Widerstandsrecht ist „indiskutabel". Ein Widerstandsrecht gilt nur, wenn die „verfassungsmäßige Ordnung" durch „anarchistische oder separatistische" Umsturzversuche gefährdet ist (— den Faschismus hat der Herr Polizist glatt vergessen).

Solche Situation ist aber nicht gegeben; Beweis: „*Die Nachrüstung und damit das Bereithalten von Massenvernichtungsmitteln geschieht (seitens einer Regierung, die erst kürzlich die parlamentarische Mehrheit bei der Wahl gewonnen hat) in der sicherheitspolitischen Absicht, (durch Drohung gegenüber einem Angreifer) das Leben unseres Volkes in diesem freiheitlichen Gemeinwesen zu schützen. Das wird untermauert von Heiner Geißler: ‚Die Regierung ist im Kern getroffen, wenn man uns ggf. mit christlicher Argumentation die Moral unserer Sicherheitspolitik abspricht.' Damit fehlt aber als wesentliche Voraussetzung des Widerstandsrechts die Evidenz eines zu bekämfenden Unrechts*". Na, bitte!

b) Bleibt also „ziviler Ungehorsam".

Dieser hat sich, bitte sehr, in folgen-

man uns ggf. mit christlicher Argumentation die Moral unserer Sicherheitspolitik abspricht.' Damit fehlt aber als wesentliche Voraussetzung des Widerstandsrechts die Evidenz eines zu bekämfenden Unrechts". Na, bitte!
b) Bleibt also „ziviler Ungehorsam".
Dieser hat sich, bitte sehr, in folgen-

den Bahnen zu halten, wenn er seinen eigenen Begründungen und den Erwartungen der Polizei entsprechen will:

— *Der Protest muß sich gegen wohlumschriebene Fälle schwerwiegender Ungerechtigkeiten richten,*
— *die Möglichkeiten aussichtsreicher legaler Einflußnahme müssen erschöpft sein und*
— *die Aktivitäten dürfen kein Ausmaß annehmen, welches das Funktionieren der Verfassung gefährdet.*

Er muß sich darstellen als öffentlicher Akt, der in der Regel angekündigt wird und von der Polizei kalkuliert werden kann. Er schließt die vorsätzliche ‚Verletzung' einzelner Rechtsnormen ein, ohne dabei jedoch den Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im Ganzen zu berühren; er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen Folgen der Normverletzung einzustehen. Von besonderem Gewicht aber ist, daß die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, ausschließlich symbolischen Charakter hat — daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protestes!"

Die Entwicklung der Proteste nach der Aktionswoche läßt erkennen, daß der von den Strategen der Inneren Sicherheit so „differenziert" betriebene „Klärungsprozeß" zwischen Befriedung der Masse und Abspaltung der radikaleren Teile der Friedensbewegung sich weiter entwickelt. Polizeischlachten alten Stils wie bei der Blockade in Frankfurt-Hausen und in Schwäbisch-Gmünd im Dezember '83 (oder auch an der Startbahn-West vor wenigen Wochen) und gezieltes Vorgehen gegen vermeintliche Unterstützer der „Revolutionären Zellen" einerseits, Aktionen

Fortsetzung nächste Seite

Chronologie zur Entwicklung des „heißen Herbstes"

12.12.79	Verabschiedung des sog. **NATO-Doppelbeschlusses.**
20.11.80	**Krefelder Appell:** „Jetzt Verhandeln — nicht aufrüsten!"
22.4.80	**Russell-Aufruf** für eine „atomwaffenfreie Zone in Europa".
6.5.80	Im Rahmen bundesweiter Friedenswochen gegen den offiziell provokativ zur Feier erhobenen 25. Jahrestag des Eintritts der Bundeswehr in die NATO kommt es in Bremen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einem Teil der 15.000 Demonstranten, die gegen die dort im Weserstadion stattfindende öffentliche Rekrutenvereidigung protestieren. 150 Ermittlungsverfahren werden eingeleitet. Die **„Bremer Krawalle"** werden zum Anlaß erster Auseinandersetzungen über die „Gewaltfrage" in der sich entwickelnden Friedensbewegung. Für die Polizei werden sie zum Schulbeispiel, bei zukünftigen Masseneinsätzen besser auf die Trennung von „friedlichen" Demonstranten und „Gewalttätern" hinzuarbeiten.
12.11.80	**Demonstrationen gegen Rekrutenvereidigung** in diversen Städten der BRD, allein in Bonn z.B. 6.000 Menschen. Es kommt zu massiven Polizeiaufmärschen, z.T. auch heftigen Zusammenstößen.
16.-22.12.80	**Aktionswoche der „Aktion Sühnezeichen":** „Frieden schaffen ohne Waffen".
12.12.80	Erstmalig diverse Veranstaltungen und Kundgebungen zum **Jahrestag des „Nachrüstungsbeschlusses".**
Ostern 81	**Ostermärsche** in der BRD und anderen europäischen Ländern, so z.B. 10.000 Menschen in Brüssel vor dem NATO-Hauptquartier. In der BRD finden Aktionen an verschiedenen Atomwaffenstützpunkten statt. In Hamburg gibt es ein „Atomforum" vor über 2.500 Besucher/inne/n, zu dem u.a. auch 22 SPD-Bürgerschaftsabgeordnete aufriefen. Verteidigungsminister Apel kündigt an, den provozierenden „Traditionserlaß", der Grundlage für die öffentlichen Gelöbnisfeiern war, wieder in der Schublade verschwinden zu lassen. Die Proteste gegen Kriegsgefahr und Rüstung sind sichtbar erstarkt.
20.6.81	Im Rahmen des in Hamburg vom 17.-21.6. mit 200.000 bis 300.000 Menschen stattfindenden **Kirchentages** beteiligen sich ca. 80.000 Menschen an einer **Friedensdemonstration.** Verteidigungsminister Apel sowie Bundeskanzler Schmidt können sich zum Entsetzen der bürgerlichen Presse und Parteien auf dem Kirchentag kein Gehör für die angebliche Notwendigkeit der „Nachrüstung" verschaffen.
Oktober 81	Aufsatz von **A. Stümper: „Gewalttätige Störer in der BRD"** in „Kriminalistik", ein knallhartes Plädoyer für eine Isolationsstrategie gegenüber radikalen Minderheiten.
1.9.81	Demonstrationen, Kundgebungen, Aktionen — Antikriegstag in mehr als 15 Städten der BRD mit insgesamt zwischen 40.000 und 59.000 Teilnehmer/inne/n, davon in Bremen 20.000, in Hamburg 15.000. Ein Teil der Menschen ist dem DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung" gefolgt, der die Rüstung in Ost und West gleichermaßen verurteilt.
13.9.81	**80.000 Menschen demonstrieren gegen den Besuch von US-Außenminister A. Haig** in Westberlin. Die Polizei provoziert durch „Schutzhaft" im Vorfeld und Abdrängen militanterer Kräfte während der Demonstration ein Schlachtfest erster Ordnung. Es diente dem Innenminister Lummer zugegebenermaßen dazu, „endlich mal richtig aufzuräumen".
10.10.81	300.000 Menschen demonstrieren in **Bonn gegen „Nachrüstung".** und Neutronenbombe.
21.11.81	500.000 Menschen demonstrieren auf einer **Friedenskundgebung in Amsterdam.**
5.12.81	Zum **2. Jahrestag der „Nachrüstungs"-Beschlüsse** finden national und international **Massendemonstrationen** und -kundgebungen für den Frieden statt.
Januar 82	In der Zeitschrift „Die Polizei" erscheint der **Stümper-Aufsatz „Gedanken zum Jahreswechsel",** in dem die Isolations- und Entsolidarisierungsstrategie gegenüber militanten Minderheiten bei gleichzeitiger Schonung protestierender Mehrheiten als polizeiliche Vorgehensweise der '80er Jahre eindringlich empfohlen wird.
Januar 82	In Bremen schließen sich einige Gruppen zum **„Komitee gegen Bombenzüge"** (KGB) zusammen und beginnen mit kleineren Verhinderungs- und Sabotageaktionen gegen den militärischen Nachschub per Bahn nach dem Vorbild entsprechender Komitees in den Niederlanden.
6.-7.2.82	**1. Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa,** insbesondere gegen die neuen Mittelstreckenwaffen.
19.-21.3.82	**1. Bundeskongress der Autonomen Friedensinitiativen.**
19.4.82	**SPD-Parteitag in München.** Der ursprünglich den Linken zugestandene TO-Punkt „Nachrüstung" kommt angesichts der gewachsenen Brisanz des Themas nicht auf die TO. In München findet anläßlich des Parteitages eine Demo zum Thema statt.

6.-7.2.82	**1. Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa,** insbesondere gegen die neuen Mittelstreckenwaffen.
19.-21.3.82	**1. Bundeskongress der Autonomen Friedensinitiativen.**
19.4.82	**SPD-Parteitag in München.** Der ursprünglich den Linken zugestandene TO-Punkt „Nachrüstung" kommt angesichts der gewachsenen Brisanz des Themas nicht auf die TO. In München findet anläßlich des Parteitages eine Demo zum Thema statt.

18.-20.5.82	Der Versuch einer Verhinderung der **Internationalen Militär- und Elektronik-Messe I.D.E.E.** in Hannover gerät zur massiven Auseinandersetzung mit der Polizei.
10./11.6.82	**Massenprotest von 500.000 in Bonn und 20.000 in Westberlin gegen den NATO-Gipfel und Reagan-Besuch in Bonn.** Es kommt zu einer fatalen Spaltung: Die Autonomen haben in Abgrenzung zur „Latschdemo" in Bonn nach Westberlin aufgerufen. Dort werden sie — schon bei der Anreise beginnend — gezielt und brutal von der Polizei aufgerieben. Nach dem 10./11.6. nimmt die Auseinandersetzung um den Sinn von Großdemonstrationen à la Bonn heftige Züge an. „Latschdemos" werden z.T. alternativ gegen „militante" oder „effektive Aktionen " gestellt. Das Mittel der Großdemonstrationen erscheint vielen als ausgereizt.
September 82	**Regierungswechsel** von oben: Die FDP kündigt die Koalition mit der SPD und schließt sich mit der CDU/CSU zu einer neuen Koalition in einer „Übergangsregierung" zusammen, die der unentschlossenen Politik der SPD eine entschlossene „Wende" entgegensetzen will.
9.-10.10.82	**2. Aktionskonferenz der Friedensgruppen.** Erste Pläne für Herbstaktionen im Jahr 1983 werden gefaßt.
27.10.82	Das erste — datumsmäßig bekanntgewordene — **Gespräch** zwischen Polizei und Vertretern der Friedensbewegung findet in **Degerloch / Stuttgart** statt.
30.10.82	Erster **Polizeieinsatz** gegen das **„Komitee gegen Bombenzüge".**
12.12.82	Massenhafte Aktionen zum **3. Jahrestag des „Nachrüstungs"-Beschlusses":** Erstmals tauchen als Konsequenz aus der Debatte um Aktionsformen „Gewaltfreie Blockaden" von Atomwaffenlagerstätten auf. Demonstrationen und Kundgebungen herkömmlicher Art halten sich noch die Waage. Die Polizei verfolgt offenbar noch keine einheitliche Taktik gegenüber der neuen Protestform. In einigen Fällen werden sie geduldet, in anderen mehr oder weniger brutal abgeräumt.
27./28.1.83	Der AK II der IMK beschließt **„Schutzmaßnahmen zur Sicherung militärischer Anlagen"** und läßt entsprechende Anweisungspapiere für die Unterrichtung der Polizeien erstellen.
2.3.83	Bei einer **Polizeiaktion gegen das „KGB"** werden in Bremen 100 Wohnungen durchsucht.
6.3.83	Nach einem Wahlkampf, in dem die CDU/CSU auf Durchführung des „Nachrüstungsbeschlusses" ohne wenn und aber bestand, während die SPD sich schwankend bis ablehnend zeigte, ohne klare Aussagen zu machen, wird die FDP / CDU / CSU - Koalition auf Grund ihrer wirtschaftlichen Versprechungen per Wahl als **neue Mehrheit im Bundestag bestätigt.** Die Grünen kommen als neue Partei in den Bundestag.

24.3.83 — **Zweites „Stuttgarter Gespräch"** zwischen Polizei und Funktionären der Friedens- und Ökobewegung.

16.-17.4.83 — **Dritte Aktionskonferenz** der Friedensgruppen, endgültiger Beschluß zur Durchführung einer Aktionswoche vom 15.10.-22.10.83, erste öffentliche Vorlage eines Vorschlags zur Volksentscheidkampagne.

20.4.83 — **Tagung in der Polizeiakademie Hiltrup** zur Vorbereitung der Polizeiführung für die bevorstehenden Einsätze zusammen mit Bundeswehr- und NATO-Offizieren.

Ostern 83 — Zwischen 600.000 und 700.000 Menschen nehmen an Demonstrationen, Aktionen, Veranstaltungen und — in gewachsenem Maße — an Blockaden von militärischen Anlagen während der **Ostermärsche** teil. Besonders auffallend ist die offensichtliche „Lernfähigkeit" der SPD, die sich mit vielen Mitgliedern beteiligt, ebenso des DGB, der vor allem über seine Jugendorganisationen an den Aktionen teilnimmt.

4.5.83 — Im Rahmen seiner **Regierungserklärung** kündigt der neue Kanzler **Kohl** die beabsichtigte **Verschärfung des Demonstrationsrechts** an.

4.5.83 — Polizeipräsident **Hübner, Westberlin**, legt ein **Strategiepapier** vor, in dem er für klare Isolierung der „Gewalttäter" eintritt, andererseits aber in der konkreten Einsatzsituation für einen „angepaßten Einsatz".

Juni 83 — Auf dem von Erhard Eppler präsidierten **Kirchentag in Hannover** wird die Gewaltfreiheit des Widerstands gegen die „Nachrüstung" zum verbindlichen Prinzip für die Friedensbewegung erhoben.

4.-5.6.83 — Auf **Regionalkonferenzen in Ulm (Süd) und Hannover (Nord)** setzen sich die Vertreter des „traditionellen Flügels" der Friedensbewegung (klerikale, SPD, DKP) mit ihren Aktionsvorstellungen eines gewaltfreien, tendenziell volksfestartigen Widerstands gegen militantere Vorstellungen des Unabhängigen Spektrums durch. Eine Spaltung kann allerdings aufgrund der Kompromißbereitschaft der Unabhängigen noch vermieden werden.

19.6.83 — Die beabsichtigte **Blockade der Boehn-Kaserne** läuft auf Grund geschickter Polizeitaktik absolut ins Leere: Die Soldaten werden in Urlaub geschicht; die Polizei hält sich zurück.

25.6.83 — Bei der Demonstration von 40.000 Friedensbewegten gegen eine Jubelfeier zu Ehren des US-Vizepräsidenten G. Bush in Krefeld werden 2.000 Autonome von der Polizei isoliert abgedrängt und aufgemischt. Bilanz: 134 Festnahmen, fünf davon in Haft, über 50 Verletzte. Einigen der Autonomen gelang es nach diesem Einsatz noch, vorübergehend die Fahrt des Konvois zu behindern. Diese Ereignisse werden als **„Krefelder Krawalle"** zum Anlaß einer gezielten Medienkampagne gegen die „gewalttätigen Minderheiten", die die Masse der friedfertigen und gutwilligen Friedensdemonstranten mißbrauchen etc. Große Teile der Friedensbewegung geben dem Distanzierungsdruck nach. Die Autonomen sind isoliert.

Juli 83 — Ein Auswertungstreffen der Autonomen in Wuppertal führt zu einer **Massenverhaftung** in der „Wuppertaler Börse" nach Nürnberger Vorbild. Der öffentliche Protest ist lauf.

13.7.83 — Bundesanwalt **Rebmann warnt vor der Unterwanderung** der Friedensbewegung **durch Terroristen** und kündigt scharfe Maßnahmen an.

13.7.83 — Bundesinnenminister **Zimmermann** erklärt bei einer BGS-Tagung mit Blick auf den bevorstehenden Herbst und zivile Widerstandsaktionen: **„Gewaltlosigkeit ist Gewalt"**.

Juli 83 — In diversen **„Widerstandscamps"** und **„Trainingslagern"** wird mit Blick auf die Aktionswoche vom 15.-22.10. gewaltfreier Widerstand geübt. In diesem Zusammenhang werden auch bereits einzelne Blockadeaktionen praktisch erprobt.

Juli 83 — **Auch die Polizei führt psychologische und praktische (Wa-We) Übungen** durch. Die Aktionen der Camps sind für die Polizei praktisches Übungsfeld, in denen die Linie des „entschlossenen", aber „angepaßten" bzw. „differenzierten" Einsatzes geprobt werden kann, so z.B. das Nichteinschreiten gegen die Prominentenblockade in **Mutlangen** einerseits, dagegen das Abräumen der Blockade in **Bitburg** wenige Tage später bzw. auch des Hüttendorfes in Mutlangen n a c h Abzug der „Promis" u.a.m.

8.6.-15.9.83 — **„Fasten für das Leben"**.

September 83 — **Tagung in Hiltrup** zwischen **Polizeiführung, Kirche und Medien:** „Die Polizei in der öffentlichen Meinung".

September 83 — Das erste Heft von **„Sicherheit und Frieden"** erscheint, das sich die Vermittlung des strategischen Dialogs zwischen Repräsentanten staatlicher Macht, „Würdenträgern" aller Art, Publizisten und Vertretern der Friedensbewegung zum Ziel gesetzt hat. Darin enthalten ist u.a. an hervorragender Stelle ein Aufsatz von **A. Pawelczyk**, der gegenüber einer zu „differenzierenden" Friedensbewegung für ein „differenziertes Vorgehen" der Staatsmacht plädiert.

dien: „Die Polizei in der öffentlichen Meinung".
September 83 Das erste Heft von „Sicherheit und Frieden" erscheint, das sich die Vermittlung des strategischen Dialogs zwischen

8.9.83 — **Drittes Stuttgarter Deeskalationsgespräch** zwischen Polizei und Funktionären der Friedensbewegung.

14.9.83 — Öffentliche **Diskussionsveranstaltung** zwischen Bremer Bereitschaftspolizei und Vertretern der Friedensbewegung.

6.9.83 — Veranstaltung mit **Jo Leinen in der Polizeischule Brühl**.

23.9.83 — Der geplante Deeskalationsdialog zwischen **Militär- und Polizeiführern, Kirchenvertretern und Friedensbewegten in Loccum** wird vom unabhängigen Flügel der Friedensbewegung blockiert.

5.10.83 — 5-Minuten-Streik des DGB: **„5 Minuten für den Frieden"**.

14.10.83 — **Hausdurchsuchungen** in Mannheim und Heidelberg nach § 129 und 109 StGB im Zuge der Verfolgung des „KGB".

15.-22.10.83 — **Aktionswoche des „heißen Herbstes"**, über eine Million (manche, selbst offizielle Beobachter, sprechen von zwei bis drei Millionen) Menschen beteiligen sich an den unterschiedlichsten Aktionen der Aktionswoche. Die Polizei hält sich weitgehend zurück bis auf harte Ausfälle in Bremerhaven und Hamburg. Bürgerliche Politiker und Kommentatoren feiern die „Reifestunde der Demokratie". Die Friedensbewegung spricht von „großem Erfolg" und „Hilflosigkeit" der Rüstungsbetreiber.

3.11.83 — Vier Mitglieder der **„Pflugschar-Gruppe"**, unter ihnen W. Sternstein / BBU, starten in Nordenham / Unterweser zu einem sechswöchigen **Fußmarsch** durch die BRD, an dessen Abschluß das **Eindringen in einen Militärstützpunkt** in Süddeutschland stehen soll, um dort eine Rakete zu beschädigen. Sternstein und Freunde verstehen die Aktion als demonstrativen Akt des zivilen Ungehorsams, mit dem der gewaltfreie Widerstand der Aktionswoche — ihrem Vorbild folgend — möglichst massenhaft „eskaliert" werden soll.

21.11.83 — Nach einer Demonstration von 10.000 - 15.000 Menschen wird die **Bundeswehr-Führungsakademie** in Bonn von ca. 6.000 Menschen umlagert. Die Akademie ist polizeilich abgeriegelt. In der Stadt komt es zu chaotischen, vereinzelt auch zu brutalen Szenen bei Räumungen von besetzten Kreuzungen u.a.

22.11.83 — Der **Bundestag segnet die Stationierung ab.**

Dezember 83 — Blockaden in **Schwäbisch Gmünd und Frankfurt / Hausen** werden — im Unterschied zum Vorgehen während der Aktionswoche — mit harten Polizeieinsätzen geräumt.

11.-12.2.84 — **Aktionskonferenz der Friedensgruppen.** Es wird eine Fortführung des Widerstands über den Weg des massenhaften zivilen Ungehorsams beschlossen. Aufruf zu Oster-Aktionen.

Ostern 84 — 400.000 — 500.000 Menschen beteiligen sich an **Osteraktivitäten:** Gegen Raketenstationierung — Für 35 Stunden Woche.

des zivilen Ungehorsams und breiiiite Ostermarsch-Veranstaltungen mit Volksfestcharakter andererseits kennzeichnen die Entwicklung. Dabei halten sich z.B. die von W. Sternstein und seiner „Pflugschar-Gruppe" im November 83 mit einfachen Handwerkszeugen vorgenommenen Versuche, auf Raketenstützpunkte einzudringen, um dort stationierte Raketen zu beschädigen, bis ins Detail an den oben zitierten Rahmen:

Der wichtigste Gesichtspunkt ist vielleicht, daß wir mit unserer ganzen Person einstehen wollen für unsere Überzeugung, daß wir bereit sind, Nachteile und vielleicht sogar Strafen auf uns zu nehmen. Wir glauben ‚daß Gewalt nicht durch Gewalt, sondern nur durch bewußtes kalkuliertes Erleiden von Gewalt überwunden werden kann.... Wir rechnen damit, daß wir entweder kurz vor oder während des Zerschneidens des Zaunes festgenommen und vor Gericht gestellt werden, und daß wir eine ziemlich lange Haftstrafe zu erwarten haben... Die Bergpredigt ist sozusagen die realistische Form des Politikmachens im Atomzeitalter" („FR", 5.11.83).

Bei Gott! Das ist wirklich eine Eskalation des gewaltfreien Widerstands, die sich nicht nur die Unterwerfung unter das Gewaltmonopol, sondern sogar noch die Form der Unterwerfung bis ins Einzelne vorschreiben läßt!

Machen wir ein Facit:

Nach Lage der Dinge ging es in der Strategie des Staates gegen den „heißen Herbst" keineswegs mehr um die Frage Verhinderung oder Durchsetzung der „Nachrüstung". Diese war politisch bereits entschieden und praktisch bereits eingeleitet, bevor die Aktionswochen begannen. Sie wurde im übrigen faktisch so gut wie ungehindert durchgeführt.

Es ging auch nicht ernsthaft um die Verhinderung einer Konfrontation mit der radikalen Linken bzw. deren militanten Kräften. Die Schwäche der radikalen Linken, die DKP mit eingeschlossen, war von Anfang an klar. Damit wäre der Polizeiapparat, wie schon deutlich genug in der Vergangenheit bewiesen, spielend fertig geworden.

Es ging vielmehr um Verhinderung der Radikalisierung und wenn möglich um die Befriedung der Massenbewegung, um die Erhaltung bzw. Widerherstellung einer gebrochenen Massen-Loyalität gegenüber den Herrschafts und Entscheidungsstrukturen — auch, ja gerade, wenn es sich um Fragen von Krieg und Frieden handelt.

Dafür mußte die öffentliche Diskussion von den offenbar gewordenen Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungen möglichst abgedrängt und auf die angeblich durch extremistische Ausschreitungen gefährdete Demokratie und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gelenkt werden.

Das Mittel dazu war die aus
und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gelenkt werden.

Das Mittel dazu war die aus Bedrohungs-Propaganda und Dialog-Angebot kombinierte De-Eskalations-Strategie, angefangen beim Regierungswechsel bis hin zur „differenzierten" Einsatz-Taktik der Polizei vor Ort, die darauf zielt, radikalere Minderheiten zu isolieren und zu kriminalisieren, um daran zugleich die von den Maßnahmen nicht betroffenen Mehrheiten innerhalb der Protestbewegung und darüberhinaus in der Bevölkerung zu befrieden und politisch ruhig zu stellen.

Unter Mitwirkung von Teilen der Friedensbewegung ist diese Strategie weitgehend aufgegangen: Die Masse der Friedensbewegung konnte sogar nicht nur befriedet, sondern zur freiwilligen Unterwerfung unter das staatliche Gewaltmonopol verpflichtet werden, d.h. zur Loyalität gegenüber einer Staatsordnung, von der sie selbst immerhin behauptet, daß diese die Vorbereitung eines Atomkriegs betreibt. Damit ist die Friedensbewegung vorerst ideologisch und politisch entwaffnet, selbst wenn sie zahlenmäßig noch wachsen sollte. Insgesamt wurde damit der Handlungsspielraum für die Herrschenden erheblich erweitert, die sich damit für ihre Absichten ein ruhiges Hinterland zu schaffen versuchen.

Unter dem Ruf nach Wiederherstellung der „grundlegenden Gemeinschaft aller Demokraten" verschiebt sich auf diese Weise, bei Aufrechterhaltung der Formen der repräsentativen Demokratie, das gesamtpolitische Klima und Kräfteverhältnis erheblich weiter nach rechts.

Die Linke ist dabei weiter als schon vor dem „heißen Herbst" in die Defensive und Isolierung geraten und droht gegenüber der gegenwärtigen Orgie von Gewaltlosigkeit und freudigen Anerkennung der gegebenen staatlichen Grundordnung zu resignieren oder vorschnell zu radikalisieren. Eine Neu-Besinnung tut Not. Im wahrsten Sinne des Wortes.

F. Hamburg



Anmerkungen:

1) siehe „Bereitschaftspolizei heute" 6/81 und folgende.

2) Zu großen Teilen werden dabei z.B. von Schmid die von diesen Instituten, sowie auch im Auftrag des Familienministeriums 1980/81 angestellten Untersuchungen zum „Jugendprotest" referiert. Siehe dazu AK 226 und 227: „Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend, Teil 1 und 2". Hauptstichwort darin war: Existenz- und Zukunftsangst, Mißtrauen in die Regierung. Neu entdeckt haben Schmid, Bredow u.a., daß dieser Protest sich um den Konsens der „Nachrüstungs"-Verhinderung herum zu einer „Volksbewegung" auszuweiten drohte. Dies scheinen nicht alle, die es wissen müßten, begriffen zu haben. Interessant in diesem Zusammenhang eine Kritik, die VS-Chef Lochte/Hamburg an seinem Amtsvorgänger öffentlich vorbrachte, dem er vorwarf, unsinnigerweise die Friedensbewegung als „Ansammlung kleinbürgerlicher Protestbewegungen überwiegend junger Leute" bezeichnet zu haben. Sowas könnten nur „Soziologen" behaupten. Die Einschätzung, ob die Friedensbewegung wesentlich jugendlich ist oder mehr vom Charakter einer Volksbewegung hat, ist selbstverständlich ein Zentralpunkt für die Frage der strategischen und taktischen Behandlung der Bewegung. Lochte äußert in diesem Zusammenhang übrigens auch, daß er seine Aufgabe als VS-Mann eben in der exakten „Beratung" der politisch Verantwortlichen sehe. — Wie nahe hier doch Wissenschaft und Verfassungsschutz beieinanderliegen!

3) Das gilt vor allemfür die Polizei-Presse wie auch die — hinten im Artikel — zitierten Strategiepapiere von Polizei-Ideologen wie Hübner, Pawelczyk, Stümper und die Argumentationslinie der bei den Stuttgarter Gesprächen zugrundegelegten Einschätzungspapiere.

4) Siehe dazu AK 215, „Die Demonstrationsfreiheit stirbt scheib-
gelegten Einschätzungspapiere.

4) Siehe dazu AK 215, „Die Demonstrationsfreiheit stirbt scheibchenweise", sowie „Die Polizei" (4/84): Entstehungsgeschichte und Inhalt des neuen Demonstrationsstrafrechts."

5) siehe dazu u.a. die aufwendigen Infomationsblätter des Bundespresseamtes: „Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung", die in Millionen-Auflage auf diversen Medien-Kanälen verbreitet und durch einen Extra-Nachtrags-Haushalt von 7 Millionen DM für das Presseamt finanziert wurden (Stern 38/83, Spiegel 38/83, taz 23.8.83). Hierhin gehört auch die Herbst-Offensive der CDU unter dem Motto: 10.000 Friedenstage, „Fahrplan zur Abrüstung", „Geeinsam für Frieden und Freiheit" (taz 20.9.83).

6) siehe AK 236: „Herbst '83 — alles nur symbolisch?" und „ ‚Gewaltfreier Aufstand' — Alternative zum Bürgerkrieg?"

7) Beispielsweise muß Zimmermann sich von A.Pawelczyk nicht nur als „hysterisch" kritisieren, sondern auch mit den Worten zur Ordnung rufen lassen: „Die Kräfte der inneren Sicherheit, die die Hauptlast der Auseinandersetzung tragen, haben längst zu einer Haltung gefunden, die wirksam und differenziert mit den Rechten der Bürger umgeht; der Bürger erkennt dies an. Die Bundesregierung treibt einen Keil in diese Entwicklung. Wir müssen dem entschieden entgegentreten."

8) siehe AK 237: „Loccumer und andere Gespräche — Sage mir mit wem du sprichst ..." ein „sicherheits"politisches Porträt von A.Stümper, einschließlich Literatur-Angabe zum Thema.

9) Auf die „Differenziertheit" der Instrumentarien, Methoden und der jeweiligen Lage „angepaßten" Taktiken wird in nächster Zeit bei weiteren Analysen staatlichen Handelns zu achten sein. In diesem Zusammenhang sei auf eine zwischen CILIP und KB begonnene Kontroverse verwiesen: In CILIP 13/82 findet sich der Aufsatz: „Die hilflose Polizeikritik", in der der Linken eine undifferenzierte „Militarisierungsthese" in Bezug auf die Polizei-Entwicklung seit 68/69 vorgehalten wird. In CILIP 14/83 folgt eine Antwort der Antifa-Kommission des KB, in der daraufhingewiesen wird, daß die Differenzierung mit der Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Klimas nach rechts und gewachsenem Polizeistaatsdrucks insgesamt einhergehe.

10) Der Bezug auf Krefeld steht im Widerspruch zu dem vom „Stern" genannten Datum der Tagung vom 20.4. Da die Veröffentlichung erst im Septemberheft erfolgte (was durchaus eine normale redaktionelle Laufzeit bei „Die Polizei" wäre) und der Bezug sich im Vorwort, nicht in den dokumentierten Reden, findet, kann das vom „Stern" angegebene Datum jedoch als zutreffend genommen werden.

11) siehe dazu die „Krefeld Dokumentation", herausgegeben von Frieko/HH, GAL/HH, KB, Antifagruppe Oldenburg, Sanigruppe Oldenburg, Rechtshilfe Oldenburg, AGIL/Göttingen und einer Reihe von Einzelpersonen aus dem „unabhängigen" Spektrum der Friedensbewegung. Dies war der einzige ernsthafte Versuch, der Distanzierungs-Hetze durch Gegen-Information entgegenzutreten.

12) Veröffentlicht wenige Tage vor dem Beginn der Blockade in Bremerhaven am 13.10. in der „taz". Entsprechend dieser Losung hielten sich die Autonomen in der Aktionswoche merklich zurück.

13) siehe dazu AK 238: „Der Polizeiprovokateur von Krefeld — Hintergründiges zum Fall Troeber".

14) siehe dazu AK 242: (Faksimile aus der ‚BamS' — „ ‚KGB' — die Terroristen, die auf Züge schießen".

15) siehe dazu AK 244. Dort ist das vollständige neue Papier dokumentiert, samt kurzer Skizze der

vollständige neue Papier dokumentiert, samt kurzer Skizze der

Geschichte der Gespräche von Stuttgart bis Loccum. Im übrigen gibt es zu „Loccum" eine Dokumentation der vom Göttinger „Arbeitskreis gegen Atomenergie" und anderen.

16) Grelle Töne gab es auch vor dem „heißen Herbst" aus bekannter Ecke, so ein ‚BamS'-Kommentar vom 21.8.83: „Wir wollen gewiß kein Pinochet-Regime à la Chile, aber doch etwas mehr Energie gegen die erpresserischen Methoden von kleinen Randgruppen." Im Vergleich zur systematisch betriebenen Pressehetze gegen die Demonstrationen von Brokdorf, Grohnde, Kalkar u.a. dagegen blieben diese Stimmen vereinzelt, bzw. auf aktive Verbreitung in CDU-Kreisen beschränkt, während sich das Gros der Presse mit Hetze dieser Art eher zurückhielt.

17) Selbstverständlich bezieht der Herr Pfarrer sich positiv auf die „Begegnungsstätte" der ev. Akademie Loccum. Eine genauere Analyse der Funktion der Kirche im Zusammenhang des hier besprochenen Themas wäre vermutlich äußerst lohnenswert und voll von Überraschungen.

18) siehe dazu u.a. „Stern" 34/83 und diverse Presseberichte aus Juni, Juli, August 83.

19) Die Bremerhavener Nordsee-Zeitung vom 18.10.83: „Die Führungsakademie der Polizei in Hiltrup will die in Bremerhaven angewandte Strategie als Lehrplanspiel in ihren Unterricht einbauen."

20) siehe AK 240: „Mehr Zivile — aber keineswegs ziviler", „Beispiel Hamburg: Zivilbanden bei der Springerblockade".

21) „Diskussionspapier — Krise, Krieg — Friedensbewegung". Das Papier versucht eine Analyse des BRD-Imperialismus im globalen Zusammenhang als Juniorpartner der USA. Das Konkrete bleibt unter der Überschrift: „Fragen, keine Rezepte ..." vergleichsweise sehr knapp.

Der Schlüssel für Abrüstung liegt im Kampf gegen die NATO-Aufrüstung

Interview mit Manfred Kühle (Graswurzelrevolution, Frieko Hamburg, BUF)nach Gesprächen in der SU mit Friedensgruppen, Komitees und Regierungsvertretern

AK : Anfang März bist Du zusammen mit einer Gruppe aus dem Bonner Koordinationsausschuß zu Gesprächen in die Sowjetunion gefahren. Wie ist diese Reise zustandegekommen ?

Manfred : Im Rahmen der ''Volksversammlung'' in Bonn - im vergangenen Oktober -wurde ein Menschenstern zwischen den verschiedenen Botschaften gebildet, an die im Vorwege zur Ankündigung Briefe geschrieben worden waren. Die US-Botschaft schickte als Antwort eine Propaganda-Broschüre, die indische und die sowjetische Botschaft luden jeweils zu einem Gespräch ein. Im Rahmen des Gespräches mit Vertretern der Geschäftsführung des Bonner Koordinationsausschusses wurde diese Einladung ausgesprochen. Um alle Strömungen zu berücksichtigen, sind dann nach Auflösung der Geschäftsführung verschiedene Gruppen angesprochen worden, sich an einer Delagation zu beteiligen.

Wie ist das dann in Sowjetunion gelaufen ?

Wir hatten Gelegenheit, mit Leuten aus der Parteiführung, aus Staatsämtern, vor allem auch mit Experten und Wissenschaftlern, beispielsweise aus dem auch im Westen bekannten Institut für

senschaftlern, beispielsweise aus dem auch im Westen bekannten Institut für

USA- und Kanada-Studien und dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Politik, zu sprechen, also sowohl mit Experten für die Aufrüstungsproblematik, als auch Leuten, die mit der sozialen und sonstigen Politik in Westeuropa und den USA vertraut sind. Darüberhinaus sind wir in einem soziologischen Institut in Georgien gewesen, dessen Mitarbeiter sich geschlossen an dem georgischen Friedenskomitee beteiligen. Außerdem trafen wir mit Wissenschaftlern zusammen, die für das sowjetische Friedenskomitee arbeiten und nicht zuletzt mit einem sowjetischen Oberst, einem Mitglied des Generalstabs.

Ihr habt auch mit der Trust-Gruppe gesprochen ?

Am ersten Abend sind wir in einer Moskauer Vorstadtsiedlung mit Mitgliedern der Trustgruppe zusammengetroffen. Hier bekannt ist Olga Medvedkowa, die 14 Tage vor unserer Reise zu einer 2 1/2-jährigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt worden ist. Sie hatte versucht, ihren Freundeskreis zu erreichen, so daß dann mehrere Mitglieder der Trustgruppe dabei waren.

Was ist in den „offiziellen" Gesprächen zur Trustgruppe gesagt worden und was haben sie selbst über ihre Gruppe berichtet ?

Ungewöhnlich war, daß in dem ersten Gespräch mit dem offiziell-staatlichen Friedenskomitee, mit dessen Vorsitzenden und Stellvertretern, dieses ''Problem'' mit der Trustgruppe angesprochen worden ist. Bei mehreren namentlich genannten Mitgliedern der Trustgruppe hat man die Biographien interpretiert, man sagte uns, dies seien Leute, die Pech gehabt hätten, die sich an den Gesetzen der Sowjetunion gerieben hätten. Einem wurde unterstellt, er hätte „antisowjetische" Propaganda betrieben und Flugblätter verteilt. Einer sei psychisch krank gewesen und nach seiner Ausreise in die USA dort auch entsprechend behandelt worden. Die Abqualifizierung dieser Leute und die abwertenden Begriffe brauche ich hier nicht wiederzugeben, jedenfalls war die generelle Einschätzung, die Trust-Gruppe, das seien eben Leute, die ausreisen wollten, sogenannte Refusniks, die alles nur täten, um aus der Sowjetunion herauszukommen zu können. Sie seien von westlichen Journalisten aufgefordert worden, zu „Berühmtheiten" zu werden und das ginge eben nur, wenn sie sich gegen den Staat auflehnten. Bei Jury Medvekow und bei Olga Medvekowa wurden allerdings Ausnahmen gemacht: Jury sei Parteimitglied gewesen und habe in einer UNO-Organisation in Genf als Geograph mitgearbeitet. Nachdem er zurückbeordet worden war, hat er einen Ausreiseantrag für sich und seine Familie gestellt, woraufhin er aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Die Leute vom Friedenskomitee behaupteten, daß es den beiden vor allem um „Eigennutz" ginge und sie keine ernsthafte Friedensarbeit im Sinn hätten, sonst hätten sie sich längst an das Friedenskomitee gewandt, weil in der Sowjetunion Friedensarbeit offiziell unterstützt würde. Ich kann gleich dazu sagen, daß die Leute aus der Trust-Gruppe dementiert haben, daß ihre Gruppe in erster Linie aus Leute bestünde, die ausreisen wollten, auch wenn einige darunter seien. Es geht dabei um eine komplizierte Geschichte, die hier nicht in allen Einzelheiten ausgebreitet werden kann. Als Refusnik hat man in der Sowjetunion einen speziellen Status. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich die Trust-Gruppe vor allem aus Intellektuellen und Wissenschaftlern meist jüdischer Herkunft zusammensetzt. Für jüdische Wissenschaftler gibt es noch erhebliche Probleme in der sowjetischen Gesellschaft, wie wir auch aus anderen Zusammenhängen erfahren konnten, aber das wäre sicher ein Thema für sich.Die Trust-Gruppe hat erklärt, daß sie sehr wohl versucht hätte, Kontakte zu den Stellen aufzunehmen, wo staatlicherseits Friedensarbeit gemacht wird, z.B.hätten sie Briefe an



„Auf nach Moskau ... dies mal packen wir's!"

die „sowjetischen Wissenschaftlern für den Frieden" geschrieben, worin sie um Gedankenaustausch gebeten hätten. Bei ihnen besteht durchaus das Interesse in eine Diskussion und Auseinandersetzung mit der sogenannten offiziellen Friedensarbeit einzutreten.

Wie sieht die Friedensarbeit dieser Gruppe aus ?

Grundsätzliche Basis ihrer Politik ist Gewaltfreiheit, d.h. sie wollen alles mit friedlichen Mitteln erreichen und lehnen es ab, angesichts der heutigen Rüstungssituation Krieg als ein Mittel zur Lösung von Konflikten anzusehen. Sie betreiben grundsätzlich offene, nichtkonspirative Arbeit. Sie wollen jedoch keine Kritik gegenüber der Regierung äußern. Dagegen setzen sie positive Vorschläge, z.B. einen Dialog zu viert, an dem die USA, die UdSSR und Vertreter der Bevölkerungen teilnehmen. Sie wollen nicht gezwungen sein, die offizielle Politik der Sowjets zu vertreten. Dies ist die Position der offiziellen Friedenskomitees, die zwar nicht die Regierung vertreten, aber sich die Regierungspolitik zu eigen machen. Dies tut die Trust-Gruppe nicht. Im Zusammenhang mit ihrem Ansatz ''schafft Vertrauen'' haben sie uns gebeten, hier in der Bundesrepublik Menschen anzusprechen, damit diese bei eventuellen Reisen in die Sowjetunion doch bei ihnen vorbeischauen. Sie haben uns gesagt, und das will ich hier auf diesem Wege weitergeben, daß sie nicht daran interessiert sind, eine Destabilisierung der sowjetischen Gesellschaft herbeizuführen, weil sie von der Einschätzung ausgehen, daß dieses aus verschiedensten Gründen Kriegsgefahren mitherbeiführen könnte. Sie haben auch erklärt, daß sie nicht daran interessiert seien, in den westlichen Medien benutzt zu werden. Wir sollten unsere Information über sie nicht der bürgerlichen Presse sondern an Friedensgruppen weitergeben, einem Wunsch, dem wir gern nachkommen. Angefangen hat die Gruppe mit einer Ausstellung über die Atomkriegsgefahr, mit Bildern und Postern von Hiroshima und anderen Atombombenexplosionen. Neben den positiven Vorschlägen, die sie unter dem Stichwort ''Schafft Vertrauen'' verbreiten wollen, wollen sie in der Bevölkerung zu einem Bewußtsein beitragen, das die Kalkulation mit einem Atomkrieg unmöglich macht. Da hat es gerade im letzten Jahr eine Entsprechung mit der offiziellen sowjetischen Friedensarbeit gegeben, wie uns die Trust-Leute bestätigten. In Mittelpunkt der Massenmobilisierung des letzten Jahres stand vor allen die Gefahr eines Atomkrieges, den man mit allen Mitteln verhindern müsse. Natürlich ging es auch, aber erst in zweiter Linie, um die Atomrüstung der USA. Aber auch da ist es, anders als in der DDR, so gewesen, daß auf den Plakaten die sowjetischen Raketen genauso wie die US-Raketen durchgestrichen wurden. Sowohl die Trust-Gruppe als auch die Vertreter des Friedenskomitees hoben stolz hervor, daß es in der Sowjetunion zunehmend eigenständige Initiativen gäbe, wo etwa massenweise Briefe an die UNO organisiert würden, wo Appelle zur Abrüstung geschrieben würden, die keineswegs mit den offiziellen übereinstimmen müßten. Es wurde von einem Arbeiter berichtet, der innerhalb eines Jahres 50.000 Unterschriften gesammelt habe. Es gäbe eigentständige Friedensgruppen, die sich etwa „John-Lennon-Peace-Gruppe" (= Gebt dem Frieden eine Chance) nennen würde, die sich eher an die westliche Friedensgruppenkultur anlehnen würden. Da wird der Friedenskampf sozusagen entideologisiert und auf die tatsächlich vorhandene Bedrohung zugeschnitten. Wir täten gut daran, diese Veränderungen - tendenziell atompazifistische Entwicklungen im Schatten der offiziellen Politik - der sowjetischen Gesellschaft zu registrieren. Eine dritte Sache, von der ich glaube, daß es wichtig genug ist, sie weiterzugeben, ist, daß die direkten Repressionen gegen Mitglieder der Trust-Gruppe, wie etwa das Kappen von Telefonen oder die Verordnung von Hausarrest gegenwärtig aufgehoben sind. Olga und Jury zeigten sich ziemlich glücklich darüber, daß Olga „nur" zur Bewährung verurteilt wurde, obwohl natürlich die Kritik daran weiterhin wichtig ist. Möglicherweise haben hier auch die Briefe an die Staatsführung ihre Wirkung getan. Jetzt ist ja auch bekannt geworden, daß die Gruppe zu Ostern einen Friedenspark eingerichtet hat, in dem auch das Symbol der Ostermarschbewegung verwendet wurde. Zum ersten Mal sind sie bei dieser Aktion nicht von der Polizei behelligt worden. Mein Eindruckist, daß es stärkere Wirkung hat, wenn sich Gruppen, die hier Friedensarbeit leisten, dazu zu Wort melden, als wenn über die bürgerliche Presse eine antisowjetische Hetze betrieben wird. In diesem Sinne hat sich auch die Trust-Gruppe geäußert.

Zurück zu den Gesprächen mit den offiziellen Gesprächspartnern : Was haben diese zur Einschätzung der Kriegsgefahr und zu ihrer Politik gesagt und welche Positionen und Kritiken wurden von Euch dazu vorgetragen ?

Vorweg: das Beeindruckenste ist gewesen, mit Leuten zu reden, die dort Verantwortung tragen; ihre Meinung, aber auch irgendwo ihre Emotionen mitzukriegen über die Bedrohung, der sie sich durch die amerikanische Aufrüstungspolitik ausgesetzt sehen. Die Frage, was bedroht uns, ist auch das Hauptthema gewesen. Das zweite Thema war, wie dieser Aufrüstungsprozeß durchbrochen werden kann. Da gab es natürlich auch unterschiedliche Positionen. Alle Gesprächspartner sind davon ausgegangen, daß sich die Ost-Westbeziehung in naher Zukunft noch verschlechtern werden. Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, welche Bereiche des Kontakts, z.B. die Wirtschaftsbeziehungen, da herausgehalten werden können. So hat Sagladin zu verstehen gegeben, daß die Sowjetunion daran interessiert sei, wirtschaftliche Kontakte nach Westeuropa solange wie möglich aufrechtzuerhalten, wobei er einschränkte, daß die Situation schwierig sei, sodaß sich die Verschärfung auch dort niederschlagen könne. Im Unterschied zu Sagladin aus der Westeuropa-Abteilung des Zentralkomitees waren Arbatows Einschätzungen davon geprägt, daß er sich mit den Beziehungen zu den USA beschäftigt. Arbatow sprach klipp und klar vom 'Kalten Krieg' zwischen den USA und der Sowjetunion und daß sich dieser auch auf Westeuropa übertragen werde, und auch die deutsch-deutschen Beziehung würden davon hinweggefegt werden. Alle Einschätzungen gingen davon aus, daß die USA auf eine Überlegensheitspolitik setzen würden. Falin erklärte, daß die USA versuchen würden, hartes politisches Kapital aus dieser Überlegenheit zu ziehen, Er hat offen gelassen, in welchen Bereichen das passieren solle. Die zweite Aussage war, daß die USA zum Erstschlag rüsten würden; der Sowjetunion bliebe unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung einerseits und um überhaupt wieder „realistische" Verhandlungen vom Standpunkt der Gleichberechtigtkeit aus führen zu können andererseits, gar nichts anderes übrig, als diesen Aufrüstungsprozeß nachzuvollziehen. Dabei werden die Auswirkungen auch der sowjetischen Reaktion mehr oder weniger als möglicherweise katastrophal angesehen. Es lohnt sich hier, Falin zu zitieren, der rundheraus erklärte : „Wir haben Entwicklungen eingeleitet, die wir nicht kontrollieren können, für die wir aber verantwortlich sind". „Fünf Minuten vor der Hölle" ist ein Falin-Zitat und es ist die Überschrift des Artikels, den Volkmar Deile zur Moskau-Reise im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" geschrieben hat. Wenn der Aufrüstungsprozeß nicht gestoppt werden kann, so ist dort die Stimmung, dann treibe die technische Entwicklung zu einem Punkt, der den Knall bedeuten könne. Dieses wurde durchweg dramatisch beschrieben. Das Gespräch mit Falin erinnerte an das, was Dieter Lutz

tisch beschrieben. Das Gespräch mit Falin erinnerte an das, was Dieter Lutz

in einem Vorgespräch zu dieser Reise formuliert hatte. Die Rüstungsentwicklung sei soweit, daß man von einem „point of no return" sprechen könne. Es ist uns gesagt worden, daß die Rüstungskontrolle bisher schon alleine deswegen unzureichend gewesen sei, weil sie bisher lediglich Quantitäten einbeziehe, während Qualitäten gar keine Rolle in der Rüstungsdiplomatie gespielt hätten, obwohl sie aufgrund der Rüstungsentwicklung tatsächlich die alles entscheidende Rolle spielten.

Wie war Eure Stellungnahme dazu ?

Die Delegation bestand aus Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen und so hatten wir auch in einigen Bereichen unterschiedliche Ansichten. Eine wichtige Frage war, inwieweit die Sowjetunion in der Lage sein wird, diesen Aufrüstungsprozeß zu durchbrechen, möglicherweise sogar einseitig zu durchbrechen. Wir haben Kritik an der offiziellen Sicherheitstheorie von „der gleichen Sicherheit", dem östlichen Pendant vom ''Gleichgewicht des Schreckens'', vorgebracht. Wir haben gesagt, daß die einseitige Destablisierung durch die USA nicht durch Destabilisierung durch die Sowjetunion wettgemacht werden könne; dies würde im Gegenteil zu einer Potenzierung der Destabilisierung führen. Als Beispiel wurde dazu vor allem die sowjetischen „Gegenmaßnahmen" genannt. Wir haben eine Logik der Sowjets abgelehnt, die besagt: Wenn die USA die Vorwarnzeit verkürzen, dann müssen wir das auch tun. Selbst wenn wir davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihre offizielle Erklärung, keinen Ersteinsatz von Atomwaffen vorzunehmen, einhalten will, bringt die Verkürzung der Vorwarnzeit keine Stabilisierung für eine Zweitschlagskapazität, sondern vollzieht hier die US-Rüstung einfach nach. Daran haben wir unsere Kritik angesetzt. Die offizielle Begründung für die Gegenmaßnahmen steht ganz eindeutig im Widerspruch zu der von Sowjetunion einseitig verkündeten Politik des Verzichts auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen. Es wurde uns dann sogar vom Oberst des Generalstabs u.a. versichert, um dieser Politik gerecht zu werden, sei die Sowjetunion bereit, eine erste Welle von Pershing-Abschüssen durch die NATO hinzunehmen, und erst bei einer Nachladung der Pershing-Abschußrampen werde man die in der DDR und CSSR stationierten Systeme einsetzen. Dies erschien uns unglaubwürdig, gerade weil diese Systeme die Vorwarnzeit verkürzen und weil man in einer Krisensituation gerade vom schlechtesten Fall ausgehen müsse. Man kann und muß von einer Militärmacht wie der Sowjetunion - wenn man illusionslos an die Sache herangeht - erwarten, daß sie ihr Potential zu einem militärisch günstigen Zeitpunkt ins

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Spiel bringt. Wir haben diesen Widerspruch immer wieder deutlich gemacht. Und der zweite Punkt: Für die Erhaltung der Zweitschlagskapazität, die offizielle Politik der Sowjetunion ist, sind die vorgezogenen operativ-taktischen Raketen mittlerer Reichweite nicht nötig. Im Rahmen dieser Konzeption sind sicherlich auch andere Lösungen gegeben. Aber man begibt sich eben auf den Weg, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Eine Nachfrage zu Eurer, besser gesagt Deiner Kritik an der sowjetischen Atomrüstung : Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre gab es Atomkriegsplanungen in den USA, wie z.B. den 'Dropshot'-Plan. Diese Pläne sind ja nicht durch Massenproteste verhindert worden. Wieweit sind es militärische Gründe, die verhinderten, daß diese Pläne zum Einsatz kommen konnten ? Welchen Anteil hat daran die sowjetische Rüstung, speziell die Entwicklung sowjetischer Atomwaffen ?



Nachwievor unvergessen sind die Erfahrungen der sowjetischen Bevölkerung während der Aggression des deutschen Imperialismus im II. Weltkrieg. Nur eine von unzählbaren Situationen: Frauen und Kinder auf der Flucht im Kampfgebiet von Stalingrad ...

Dazu muß man sagen, daß doch einige von uns in der SU ein wenig Nachhilfe erhalten haben. Vor allem in den Gesprächen mit Falin kamen die US-Pläne der 40er und 50er Jahren zur Sprache. Wenn man in der Logik der Abschreckung bleibt, dann stellte die Fähigkeit der Sowjetunion, Atomwaffen aufzustellen, sicherlich einen Fak-

Abschreckung bleibt, dann stellte die Fähigkeit der Sowjetunion, Atomwaffen aufzustellen, sicherlich einen Fak-

tor dar, der es der USA unmöglich gemacht hat, ihre Atomkriegspläne zu verwirklichen. So sah der 'Dropshot'-Plan vor, einem vernichtenden Erstschlag mit 300 Atomwaffen gegen die Sowjetunion zu führen und dann konventionelle Truppen zum Einsatz zu bringen. Diese Pläne sind erst wesentlich später - ich glaube in den 60er Jahren - bekannt geworden. Im Rahmen dieser Logik hast Du Recht. Das gleiche gilt für das Dokument des Nationalen Sicherheitsrates der USA, das NSC 68, das den 'Dropshot'-Plan ablöste. Darin wurde die Containment-Politik festgeschrieben, die besagt, mit einer überlegenen Rüstungspolitik die Sowjetunion daran zu hindern, mit ihrer Politik in der 3. Welt weiter Fuß zu fassen. Mit gleichzeitigen destabilisierenden Maßnahmen sollten Unruhen in der Sowjetunion verbreitet werden, wobei im Unterschied zum 'Dropshot'-Plan keine offenen Atomkriegsmaßnahmen vorgesehen waren. Man muß sicherlich zugestehen, daß die sowjetischen Rüstungsanstrengungen diese Pläne durchkreuzt haben, wenn man unterstellt, daß die USA ihre Pläne realisieren wollten, und man muß weiterhin zugestehen, daß die Sowjetunion mit ihren Rüstungsanstrengungen die Containment-Politik zu durchkreuzen versuchte, was ihr insofern gelungen ist, als dann die USA soetwas wie ein Gleichgewicht der Supermächte akzeptieren und auf dieser Basis zu neuen politischen Formen der Auseinandersetzung kommen mußten, wie sie sich später etwa in der „Entspannungspolitik" niedergeschlagen haben. Der Unterschied zu heute ist der, das muß man ganz klar hervorheben, auch wenn dies ein unter Linken wenig akzeptierter Begriff ist, daß heute die gigantischen technischen Möglichkeiten eine Destabilisierung an sich hervorbringen und die „Selbstentzündungsgefahr" enorm gestiegen ist. Selbst wenn die sowjetische Sicherheitsphilosophie von „der gleichen Sicherheit" damals noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag, so wandelt sich diese Politik heute zu einem System der gleichen, größer werdenden Unsicherheit. Das ist eine Realität, an der die Sowjetunion auch nicht vorbei kann. Wir hatten bei den Gesprächen den Eindruck, daß diese Tatsache auch von den sowjetischen Vertretern anerkannt wird. Ihre Maßnahmen wurden als ein „Übel", wenn auch als geringeres Übel gegenüber einer Nichtreaktion und gar einer Akzeptierung der Überlegenheit der USA angesehen, aber eine kriegsverhindernde Perspektive wurde ihnen nicht zugeschrieben.

Es gibt in der Friedensbewegung die Forderung nach dem Ausstieg aus der Abschreckungslogik, ein Ausstieg der vielfach auch von der Sowjetunion gefordert wird. Wenn man aber einräumen muß, daß diese Abschreckungslogik bisher einen Anteil an der Verhinderung eines Krieges hatte, daß ein bedingungsloser Ausstieg aus dieser Abschreckungslogik unter den herrschenden Bedingungen, wo wir nicht in der Lage sind, die NATO-Kriegspolitik zu durchkreuzen, keineswegs zum Frieden führen muß, sondern umgekehrt auch die „Alternative" Atomkrieg zum jetzigen Zustand der Abschreckungslogik

führen muß, sondern umgekehrt auch die „Alternative" Atomkrieg zum jetzigen Zustand der Abschreckungslogik

besteht, kann dann überhaupt noch guten Gewissens von der SU der einseitige Ausstieg aus der Abschreckungslogik gefordert werden?

Daß es diese Gefahr gibt, würde ich hundertprozentig unterschreiben, auch daß sowjetische Unterlegenheiten im Rahmen der gegenwärtigen Politik der USA schamlos ausgenutzt werden könnten. Wenn man aber von der Analyse ausgeht, daß es durch die gegenwärtige Bedrohung eine zunehmende Destabilisierung gibt, was sowohl die Gleichgewichtstheorie als auch die von der "gleichen Sicherheit" ad absurdum führt, dann ist doch die Frage, ob die Sowjetunion, die den Frieden und die friedliche Koexistenz auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht alles tun müßte, um nach Alternativen zu suchen. Wir können diese Alternativen für die Sowjetunion natürlich nicht formulieren, wir könnten höchstens Hinweise geben. Ein Mitglied aus unserer Delegation hat beispielsweise die Vorstellungen, die in der BRD unter dem Stichwort "alternativer Verteidigung" formuliert worden sind, nahegebracht und erläutert, also die Vorstellung, daß Armeen so umgerüstet und umstrukturiert werden, daß keine strukturelle Angriffsfähigkeit mehr existieren würde, um so einen Ausstieg aus der Abschreckungs- und Gleichgewichtslogik zu ermöglichen. In einigen Gesprächen hatten wir den Eindruck, daß in der Sowjetunion auch ein Interesse besteht, daran weiterzudenken, auf der anderen Seite muß man auch ganz klar sagen, daß die militärische Logik in der Sowjetunion für derartiges alternatives Denken nicht offen ist weil man sich stur an Doktrinen festbeißt, die vielleicht in den 50er und 60er Jahren Gültigkeit hatten, heute aber in Frage zu stellen sind.

Kann man sagen, daß die Sowjetunion die Atomkriegsdrohung der NATO besonders fürchtet, während sie bei der konventionellen Rüstung stärker von einem Gleichgewicht ausgeht, die konventionelle Kriegsdrohung seitens der NATO also weniger fürchtet?

Ja, die Bedrohung durch Atomwaffen überschattet in der Sowjetunion alles in der öffentlichen Darstellung. Es war in der Tat vor allem auch für mich ein Problem, mitzubekommen, daß in der Sowjetunion für die Gefahren der konventionellen Aufrüstung kaum ein Resonanzboden vorhanden ist, während wir hier in der BRD bei den Unabhängigen in letzter Zeit gerade auf diesem Sektor Arbeit geleistet haben, um die daraus resultierenden Gefahren deutlich werden zu lassen. In sowjetischen Militärzeitschriften gibt es allerdings sehr genaue Beschreibungen über den Rogers-Plan und den dahinter stehenden Absichten. Falin hat auch in besonderer Weise diese Gefahren betont, was sich mit unseren Einschätzungen deckt, daß die NATO in Europa auch eine konventionelle Kriegs- und Siegesfähigkeit erreichen will. Diese Einschätzung hat in der offiziellen Politik keinen Niederschlag gefunden. In der UNO seien allerdings Vorschläge gemacht worden, womit neuere technologische Entwicklung unter Kontrolle zu

UNO seien allerdings Vorschläge gemacht worden, womit neuere technologische Entwicklung unter Kontrolle zu

bringen seien. In Wien, bei den MBFR-Verhandlungen zur Truppenreduzierung, wird aber so verhandelt, als gäbe es solche Pläne gar nicht. Man verhandelt dort über Zahlen und die Reduzierung von Truppen und Panzern, während im Vordergrund eigentlich die Qualitäten und nicht die Quantitäten stehen müßten. Es wird sich zeigen, ob von der Sowjetunion dieser Gefahrenbereich thematisiert werden wird. Die Prioritätenliste sowjetischer Abrüstungspolitik wurde im übrigen wie folgt angegeben: Erstens die Reduzierung der strategischen Atomwaffenpotentiale. Zweitens der Verzicht auf die Stationierung der Weltraumwaffen. Drittens der Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen und Verhandlung auf der Basis der Gleichheit. Viertens das Verbot der Tests von Nuklearwaffen und Trägersystemen. Fünftens das Verbot der chemischen Waffen. Und Sechstens die Reduzierung der konventionellen Rüstung. Sagladin erklärte uns, daß die SU den Versuch unternehmen wolle, auf weniger wichtigen Gebieten Fortschritte in den Verhandlungen zu erreichen, um einen Klimaumschwung mit herbeizuführen. Er nannte hier den chemischen und konventionellen Bereich (MBFR) und die Frage des Ersteinsatzverzichts. Weitere Faktoren, die seiner Meinung nach Veränderungen herbeiführen könnten, seien die leicht veränderte Haltung der westeuropäischen Regierungen, die westlichen Friedensbewegungen und die Politik der Nicht-Paktgebundenen Staaten.

Bei der Kritik aus den Reihen der Friedensbewegung an der Beteiligung der Sowjetunion am atomaren Rüstungswettlauf stehen ja derzeit die sowjetischen „Gegenmaßnahmen", die sogenannte Nach-Nachrüstung vor allem die in der DDR und der CSSR stationierten Systeme im Mittelpunkt der Kritik. Wir haben die kuriose Situation, daß hier DKP-Kreise, die ja auch als Interessenvertreter sowjetischer Außenpolitik zu bezeichnen sind, eine Kritik zumindest hinnehmen oder sogar mittragen, wie dies auf der letzten Aktionskonferenz geschehen ist. In „höflicher Form" wird von Teilen der Friedensbewegung von der Sowjetunion zumindest erwartet, durch den Verzicht auf diese „Nach-Nach-Rüstung" ein Zeichen zum Ausstieg aus der Abschreckungslogik zu setzen. Ein solches Entgegenkommen gegenüber der Friedensbewegung könnte beim gegenwärtigen Stand ja keine realen Abrüstungsschritte bewirken, deshalb muß man also die Folgen einer solchen Forderung für die westliche NATO-Politik bzw. deren Propaganda betrachten. Nehmen wir einmal einen Moment an, die Sowjetunion würde ein derartiges Entgegenkommen erwägen. Würde ein solcher Schritt dann nicht von der NATO-Propaganda als Erfolg der Politik der Stärke und der Aufrüstungsmaßnahmen verkauft werden, und als Beweis dafür, daß erst eine massive westliche Rüstung die Sowjetunion zur Abrüstung zwingen könne ? D.h., bestünde nicht die Gefahr, daß ein solcher Schritt keineswegs einem Ausstieg der NATO aus der Abschreckungslogik befördern würde, sondern im Gegenteil die Forderung nach absoluter militärischer Überlegenheit der NATO?

Das Problem mit der westlichen Propaganda gibt es so oder so. Die Propaganda der NATO spielt die Gegenmaßnahmen herunter. Sie würden die globalen Verhältnisse in keiner Weise verändern, obwohl sie genau wissen, daß es nicht so ist, sondern daß eine zusätzliche Destabilisierung die Folge ist. Das gilt sowohl für die Maßnahmen in der DDR und CSSR als auch für die vor der US-Küste auf See stationierten Systeme. Wenn man bedenkt, daß die USA Anfang der 60er Jahre wegen der Raketen auf Kuba, die eine ähnliche Funktion haben sollten, noch einen Krieg riskieren wollten, dann kann man ermessen, daß es keine militärischen sondern propagandistische Gründe sind, warum diese Maßnahmen heruntergespielt werden. Sie drehen es propagandistisch so hin, wie es ihnen am besten paßt. Ich halte nichts davon, die Gefahren der sogenannten Gegenmaßnahmen herunterzuspielen.

Der bisherige Erfolg der Friedensbewegung besteht darin, zur Verbreitung eines Bewußtseins beigetragen zu haben, daß ein Krieg in Europa und insbesondere ein Atomkrieg absolut tödlich wäre. Doch das Dilemma für die Friedensbewegung, ja auch innerhalb der Friedensbewegung selbst, besteht doch vor allem darin, daß es wenig Bewußtsein über die Frage gibt, woher die Bedrohung kommt, von wem die Kriegsgefahr ausgeht. Das ist doch der Kern des Hindernisses, um zu erklären, wie man zu einem „Ausstieg aus der Abschreckungslogik" kommen könnte. Sehr viele in der Friedensbewegung sind doch bemüht, dieses Problem zu umschiffen.



... und die Zerstörung der Bahnhofsanlagen der gleichen Stadt.

Da gebe ich Dir recht. Meiner Meinung nach ist dies auch einer der zentralen Gründe, warum der Widerstand gegen die „Nachrüstung" letztlich zerbrochen werden konnte. Es geht nicht an, daß die Schuldzuschreibungen gleich verteilt werden: die bösen Russen, die bösen Amerikaner. Man muß hier sehr sauber trennen zwischen den Analysen und den Konsequenzen, zwischen dem Militarismus nach innen und nach außen. Es ist absolut richtig zu kritisieren, daß der Militarismus kennzeichnend für die sowjetische Gesellschaft ist, daß dies im innern eine gewaltige Unterdrückungsmaschinerie am Laufen hält, daß auf dem Hintergrund eines nationalen Sicherheitsinteresses das Selbstbestimmungsrecht er Völker mit Füßen getreten wird und daß die sowjetische Rüstungspolitik für den Friedenserhalt und für die Verhinderung globaler Auseinandersetzungen keine Perspektive bietet. Auf globaler Ebene - in der Auseinandersetzung mit den westlichen Industrienationen und besonders mit den USA - ist die Sowjetunion aber seit Beendigung des 2. Weltkrieges permanent in der Defensive. Deshalb ist entscheidend, daß der Schlüssel zur Veränderung der Aufrüstungspolitik im Westen liegt: Absolut einseitig aufgrund der globalen Analyse, nicht nur weil einseitige Abrüstung gut ist, wo auch immer damit begonnen wird. Und solange wir nicht die Stärke erreicht haben, die Aufrüstung hier im Westen einseitig aufzuhalten, sollten wir uns davor hüten, der Sowjetunion durch Kampagnen der Friedensbewegung Schritte der Friedensbewegung Schritte der einseitigen Abrüstung abzuverlangen. Wenn wir es hier nicht geschafft haben, sollten wir nicht glauben, den neuen Ansatzpunkt im sowjetischen Rüstungsbereich zu finden. Das bedeutet allerdings nicht, auf die kritische Einschätzung und Ablehnung der sowjetischen Rüstung zu verzichten. In diesem Zusammenhang sollten wir bei uns aber stärker bekannt machen, daß die SU aus naheliegenden Gründen an Abrüstung interessiert ist. Unserer Delegation wurde durch die Bank weg signalisiert, daß die Sowjets zu allem bereit wären, wenn tatsächlich eine Politikänderung der NATO absehbar wäre: Abrüstung, panzerfreie, offensivwaffenfreie und atomwaffenfreie Zonen, Entmilitarisierung. Das sind alles Worte, die im Moment jedoch im luftleeren Raum diskutiert werden müssen, weil die Politik der NATO wirklich eine andere ist. Für die Glaubwürdigkeit dieser Signale spricht auch die ökonomische Situation. Es war sozusagen ein Schock, von Moskau wieder in eine westliche Hauptstadt zu kommen, nicht weil ich von dem Warenangebot überrascht war, sondern weil es so schien, als dränge alles auf neue Märkte. Dieser Überfluß, der hier produziert wird, sucht seinen Markt, und wenn es nicht mit friedlichen Mitteln geht, dann zur Not auch mit Gewalt. Und da sind die Sowjets in einer doppelten Klemme, da sie nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Warenangebot zu gewährleisten und gezwungen sind, riesige Kapazitäten in die Rüstung zu stecken.

Zurück zu Eurer Reise : Wenn man mit Beteiligten direkt spricht, hört man heraus, daß die Gespräche in erstaunlicher Offenheit geführt wurden. In der Berichterstattung der Medien spiegelt sich dies nun gar nicht wieder.

Der Friedensbewegung ist gerade von liberaler Seite ein Image aufgedrückt worden, daß sie gleichermaßen gegen Atomwaffen in Ost und West sei, was auch zweifellos richtig ist. Neben der Tatsache, daß wir keine Atomwaffen, wo immer sie stehen mögen, legitimieren können, fällt in der Medienlandschaft alles andere herunter. Im Moment existiert zumindest in der westdeutschen, westlichen Medienlandschaft eine Mauer. In den letzten Wochen und Monaten können die Analysen der Friedensbewegung über die amerikanische konventionelle und atomare Aufrüstung diese Mauer nirgendwo durchbrechen, im besten Falle wird dort ein ideologisches Gleichgewichtsdenken wiedergegeben. Die USA als Hauptrüstungsbetreiber, der sogar bereit ist, seine atomare Erstschlagsfähigkeit anzuwenden, zumindest aber sich diese Fähigkeit politisch zunutze ma-

Fortsetzung nächste Seite

Den Folgenden Text haben wir der Zeitschrift „Arbeiterstimme" (Nürnberg) entnommen. Er ist Teil eines Artikelkomplexes. In einigen Passagen bezieht sich der hier abgedruckte Text auf den Artikel „Internationaler Klassenkampf und Rote Armee", der in der kommenden Ausgabe erscheinen soll.
Red.

Zum Charakter des sowjetischen Militärsystems

Die Theorie vom „militärisch-industriellen Komplex" —ein geeigneter Ansatz?

Bei der Einschätzung des Militärsystems und der Politik der Sowjetunion wird vielfach von der Existenz eines „militärisch-industriellen Komplexes" (MIK) ausgegangen. Die MIK-Theorie kann auf einen kurzen Nenner gebracht werden:

Eine informelle — also nicht institutionalisierte — Gruppe von Personen, die aufgrund ihres Berufes offensichtlich von Rüstung und Krieg profitieren (Berufsmilitärs, Rüstungsindustrielle bzw. deren Vertreter in staatlichen Administrationen, Regierungen und Parteien) schaden durch Verfolgung ihrer Sonderinteressen dem Gemeinwohl; ursprünglich zwar verursacht durch reale internationale Konflikte, habe sich die Rüstungsdynamik verselbständigt und werde nun vom MIK vorangetrieben — unabhängig von den tatsächlichen internationalen Entwicklungen.

Solche Vorstellungen sind geprägt von einem bürgerlichen Denkmuster: Sie abstrahieren von den sozio-ökonomischen Verhältnissen und von zugrundeliegenden Interessen und Strukturen. Indem sie im MIK einen „Sündenbock" schaffen, wirken sie verschleiernd; so sollen z.B. nicht reale gesellschaftliche Interessen oder Systemkonflikte die Ursache von militärischen Auseinandersetzungen sein, sondern die vom MIK produzierten Feindbilder. Die entscheidende Frage ist, warum sich bestimmte Gruppen gesamtgesellschaftlich durchsetzen können und andere nicht, kann mit der MIK-Theorie nicht beantwortet werden.

Bei den verschiedenen Versuchen, dieses Theorem auf die Sowjetunion zu übertragen, wurde die Existenz eines sowjetischen MIK a priori angenommen, ohne den besonderen historischen und sozio-ökonomischen Charakter des Sowjet-Systems zu untersuchen. (Nach Dieter Senghaas z.B. ist der MIK „systemneutral"). Es ist methodisch äußerst fragwürdig, den „Interessengruppen-Ansatz" — die MIK-Theorie ist eine besondere Variante dieses Ansatzes —, der einem pluralistischen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft entspringt, einfach auf die Sowjetunion zu übertragen; ebenso zweifelhaft ist der Versuch, aus sowjetischen Selbstinterpretationen auf die Existenz eines MIK zu schließen oder zu folgern, die Sowjetunion sei ein MIK (wie Vernon Aspaturian).

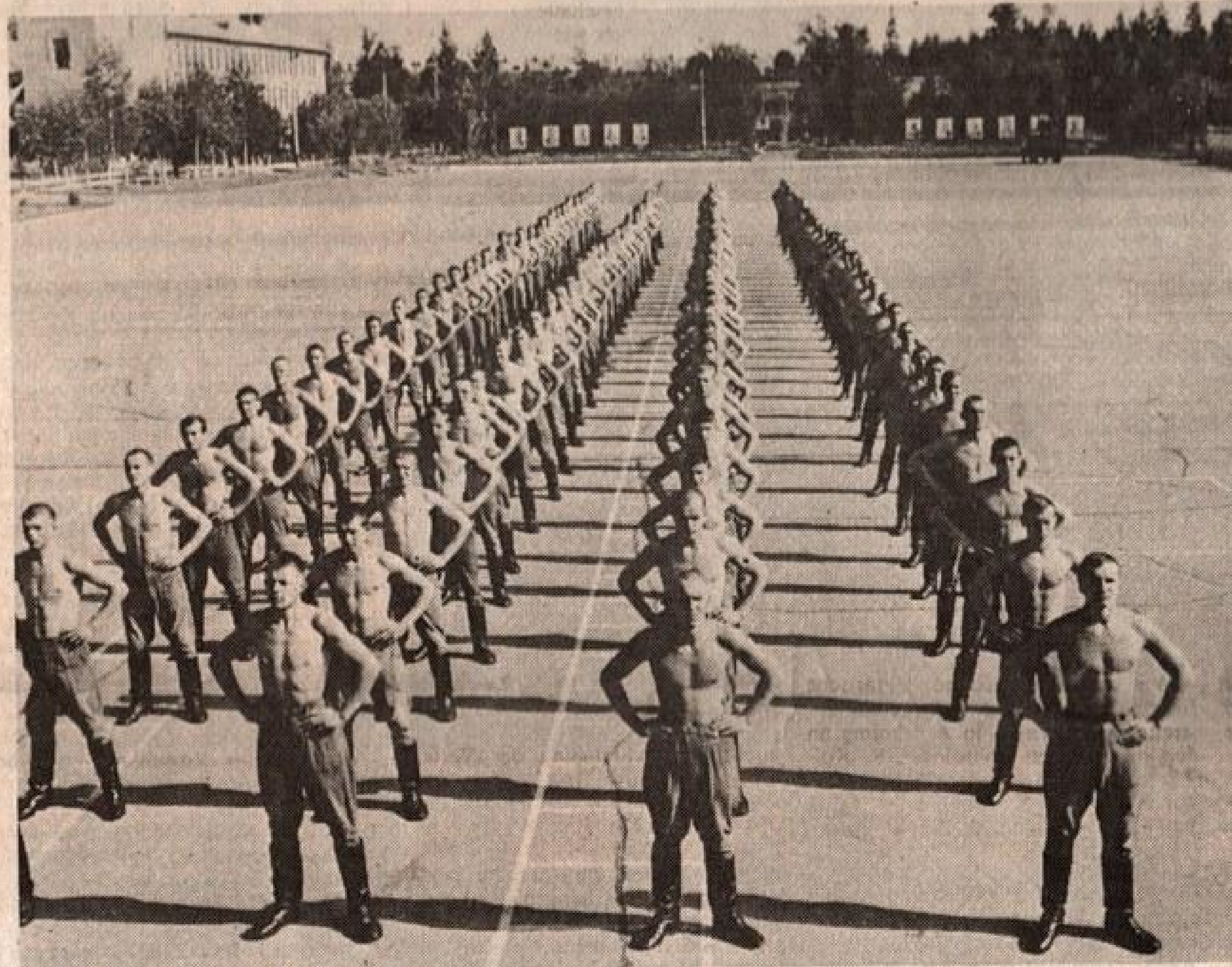
Zur Analyse des sowjetischen Militärsystems ist vielmehr eine integrierende historische, sozio-ökonomische und politische Herangehensweise erforderlich.

Zur Entstehung des sowjetischen Rüstungskomplexes

Es ist unbestreitbar, daß Rüstungsproduktion eines hochentwickelten Industrie als Basis bedarf. Es ist auch nicht zu leugnen, daß in der Sowjetunion Schwerindustrie und Militär eine gewisse Priorität besitzen und daß dies weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen hat.

Diese Tatsachen folgen jedoch nicht aus einem abstrakten ökonomischen „Wettbewerbsgeist" oder Verwertungszwang, sondern wurden der Sowjetunion durch ihre Rückständigkeit und durch außerökonomische Faktoren aufgedrängt: Trotz Oktoberrevolution und Stabilisierung einer vom Kapitalismus unterschiedenen gesellschaftlichen Ordnung herrscht der Kapitalismus im Weltsystem; dies bedeutet Konkurrenz in allen Bereichen. Sie erzwang — und erzwingt — einen umfangreichen Auf- und Ausbau des militärischen Sektors. Die Prioritätensetzung auf diesem Sektor resultiert(e) vor allem aus sicherheitspolitischen Notwendigkeiten.

Die außenpolitischen und sozialökonomischen Hintergründe für die Schaffung eines spezialisierten sowjetischen Rüstungsbereiches in den 30er Jahren wurde bereits im vorhergehenden Artikel angesprochen. In dieser Zeit bildete sich eine Industriestruktur mit einem teilweise noch starren Planungssystem heraus, die die Richtung der ökonomischen Entwicklung in der UdSSR bis heute beeinflußt. Nach wie vor ist der Verteidigungsbereich fest in diese Industriestruktur eingebettet und stellt eine erhebliche Belastung für die sowjetische Ökonomie dar.



Sowjetische Soldaten bei der Körperertüchtigung auf dem Kasernenhof

Instrumentalisierung von Außenwirtschaft und Rüstungssektor

Die Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereiches ist nicht Folge einer inneren sozialen und ökonomischen Dynamik, die auf Schaffung von Märkten und Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften in anderen Ländern drängt; es fehlt die sozio-ökonomische Grundlage für eine Aggressivität, wie sie für die bürgerliche Gesellschaft charakteristisch ist. Es kann damit auch nicht von einem sowjetischen Imperialismus gesprochen werden.

In wesentlich stärkerem Maße als in den kapitalistischen Ländern sind deshalb Außenwirtschaft und Rüstungssektor der Sowjetunion politisch instrumentalisiert. Zur Außenwirtschaft stellte etwa der „Spiegel" vom 15.11.1982 fest, die Weltmachtstellung der Sowjetunion bringe „kaum noch wirtschaftlichen Vorteil", die Hilfe an befreundete und verbündete Staaten koste sie jedoch jährlich 50 Milliarden DM, was ja den nichtimperialistischen Charakter der sowjetischen Politik bestätigt.

Was den Rüstungsbereich betrifft, so fehlen hier wie in der sozialsitischen Ökonomie insgesamt Profitmotiv und Verwertungszwang; außerdem ist die sowjetische Rüstungswirtschaft aufgrund einer bewußten politischen Entscheidung zu einem beträchtlichen Teil für die zivile Produktion zuständig — Breschnew gab an, 42% der Produktion der Rüstungsbetriebe diene zivilen Zwecken. (Umgekehrt stellt ein großer Teil der Produktionseinheiten der zivilen Ministerien auch militärische Güter her). Schon aus diesen Gründen können Vertreter des sowjetischen Verteidigungsindustrie kein besonderes Interesse an einem Vorantreiben des Rüstungswettlaufs besitzen.

Rüstungspolitik und Militärdoktrin

Bedingt durch die historischen Erfahrungen ist die sowjetische Rüstungspolitik defensiv und reaktiv. Dies ist — trotz der unscharfen Trennung zwischen militärischer und ziviler Produktion und des verzerrten sowjetischen Preissystems — aus Trendzahlen er-

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

chen will vor allem in der 3. Welt, öffentlich kenntlich zu machen, ist wahnsinnig schwer. So wurden von den Medien irgendwelche Nebensätze berücksichtigt, unsere Berichterstattung über die sowjetische Einschätzung der Kriegsgefahr aber nicht.

Gibt es ein Resüme dieser Reise ? Waren die Kontakte zu Wissenschaftlern und Friedensräten ein einmaliger Akt oder ein Versuch, die Dinge weiter zu verfolgen?

Da muß man wohl ausführlicher antworten, weil nicht nur hier, sondern insbesondere in anderen europäischen Länder Probleme in der Friedensbewegung vorhanden sind. In Italien und Frankreich, aber beispielsweise auch in Holland besteht kaum die Bereitschaft, in einen ernsthaften Dialog etwa mit dem sowjetischen Friedensrat einzutreten, bei dem erst einmal akzeptiert wird, daß dieser Friedensrat auf seine Weise und natürlich auch eingebunden in die staatlichen Zusammenhänge Friedensarbeit leistet. Ich meine, daß wir hier zwar keine Neueinschätzung aber doch eine größere Differenzierung verbreiten müssen. Das setzt an dem an, was auch schon die Trust-Leute hervorgehoben haben. Es gibt in der Tat auch gemeinsame Interessen zwischen der offiziellen sowjetischen Friedenspolitik und uns. Das betrifft mindestens die Punkte, wo die Gefahren, die von einem Atomkrieg ausgehen und die Bedrohungsanalyse in weitgehend richtiger Weise auch in der Sowjetunion verbreitet werden. An diesen Punkten muß man ansetzen, weil hier zum Teil sogar gemeinsame Einschätzungen existieren, auch wenn sie in anderen wesentlichen Bereichen auseinandergehen. Hier muß ein Dialog entwickelt werden. Natürlich vertreten wir damit keinesfalls den Standpunkt, wie es die DKP fordert, daß diese Friedenskomitees dort unsere einzigen Gesprächspartner zu sein hätten. Gerade bei der Trust-Gruppe zeigt sich, daß hier von unabhängigen und eigenständigen Gruppen eine wegweisende Arbeit geleistet wird, wo im Vordergrund die Bedrohung und nicht spezielle ideologische Arbeit steht. Ein solcher Dialog sollte nicht nur auf der Ebene sogenannter Friedensfunktionäre eine Gelegenheit zum Austausch schaffen. Die Reiseteilnehmer wollen den Vorschlag eines gemeinsamen Seminares mit Leuten vom Friedenskomitee in diesem Herbst in den Bonner Koordinationsausschuß hineintragen. Wenn sich in der Diskussion bei den Unabhängigen eine Bereitschaft auch zu einem Dialog auch mit den Friedensräten herausstellen sollte, würde das dort sicher auf eine positive Resonanz stoßen.

Gilt dies Haltung, schließen wir dabei einmal die Frage des Verhältnisses der KOFAZ-Vertreter aus, die nur Kontakt zu den offiziellen Gruppen halten, für Kontakte zu unabhängigen, eigenständigen Gruppen, aber auch zu den dortigen offiziellen Friedensräten einzutreten, für alle an der Reise Beteiligten?

Es treten wohl alle trotz der ganzen Unterschiede für einen Dialog ein, und dies wird als Teil eines Austausches verstanden, um auszuschließen, daß auf beiden Seiten Vorurteile die Diskussion bestimmen. Ich glaube, wir alle haben folgenden Eindruck erhalten können: Egal mit wem man in der Sowjetunion redet, eines steht dort im Vordergrund : oberste Gebot ist es, eine globale Auseinandersetzung, einen 3. Weltkrieg zu verhindern. In einem IFOR-Bericht (Internationaler Versöhnungsbund) habe ich nach der Reise eine Einschätzung von Hans de Graaf gelesen, der jahrelang mit offiziellen und oppositionellen Gruppen in der UdSSR zu tun hatte. Darin wird deutlich hervorgehoben, daß dort Kriegsverhinderung absolute Priorität hat. Er hat daraus die Einschätzung gewonnen, daß das sowjetische Volk und die staatlichen Organe in dem Willen einer Antikriegspolitik übereinstimmen, auch wenn man gegenüber der Friedensfähigkeit der staatlichen sowjetischen Politik selbstverständlich kritisch bleiben muß, wenn wir etwa an Afghanistan denken.

Der Vorschlag, auch mit den Friedensräten Kontakte zu pflegen, einen Dialog zu führen, ist ja nicht nur international sondern auch in BRD alles andere als eine Selbstverständlichkeit, sodaß dieser Vorschlag ja wohl Diskussionen nach sich ziehen dürfte. Das gilt speziell auch für die Grünen, die zwar selbst mehrere solcher Reise und solcher Kontakte gemacht haben, dies aber - wie jetzt bei der Vorbereitung neuer Reisen nach Osteuropa - als Mittel zum Zweck für ihre Kontakte zu Oppositionellen betrachten.

Ich glaube, daß Mißbrauch von offiziellen Kontakten um der Kontakten zu Oppositionellen oder unabhängigen Kräften willen erstens auf die Dauer kaum gut gehen kann und zweitens mit der Notwendigkeit einer Offenheit und um die Dinge unvoreingenommen zu sehen, überhaupt nicht zusammenpaßt. Wenn überhaupt ein solcher Dialog sowohl mit den unabhängigen, aber auch mit den offiziellen Teilen der Friedensbewegung laufen soll, muß er ernsthaft geführt werden. Absolut kontraproduktiv ist es, wenn z.B. die offiziellen Komitees als Gruppen vorgeführt werden, auf die man eindreschen kann, weil sie Positionen vertreten, die wir kritisieren. Wenn dies unter Zuhilfenahme der bürgerlichen Medien geschieht - die ja gerade nach der Stationierung nur noch ausführlich über die Friedensbewegung berichten, wenn über die Sowjetunion oder die DDR diskutiert wird - sollte man dies lieber lassen. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß die offiziellen Komitees die unabhängigen Friedensgruppen nicht anerkennen, ihnen Eigennutz zwecks eigener Ausreise oder antisozialistische Propaganda vorwerfen. An diesem Punkt ist beharrliche Überzeugungsarbeit notwendig, daß für uns ein Dialog mit ihnen mindestens genauso wichtig ist wie mit den offiziellen Komitees. Das funktioniert natürlich nur, wenn wir unser Interesse an der Auseinandersetzung tatsächlich glaubhaft machen können. Darin sollte auch die Frage der Solidarität eine Rolle spielen. Denn die Sowjets sind in ungeheurer Weise von unseren Regierungen bedroht, für die wir letztlich die Verantwortung tragen, daß es sie gibt. Wenn wir auch die in der Bevölkerung vorhandenen Gedanken und Ängste kennenlernen wollen, kann so ein Dialog nicht nur über die sogenannten Dissidenten oder auch die Komitees organisiert werden. Es ist wünschenswert, wenn auf allen Ebenen ein breit angelegter Dialog über Kontakte zu Friedensinitiativen, Betrieben, Städtepartnerschaften usw. stattfindet. Solche Auseinander- und Zusammensetzungen sollten nicht nur einigen Funktionären überlassen bleiben, die Anzahl der Besuche insgesamt müßte steigen. Gerade aus diesem Ansatz heraus und dem Ansatz einer gemeinsamen Bedrohung der Bevölkerungen in Ost- und Westeuropa muß ein politischer Ansatz der Friedensbewegung erfolgen, der jenseits von den eigentlich dahinterstehenden Motiven der Ostpolitik einen neuen "Aussöhnungsprozeß" über die Blöcke hinweg in Gang setzt. Den Argumenten, mit denen uns die Bedrohung durch die Sowjetunion - in jüngster Zeit wieder in den Tönen des kalten Kriegs - verkauft wird, sollten wir Gegenerfahrungen entgegensetzen. Engere Bindungen zwischen den Bevölkerungen in Europa müssen entstehen und können eine positive Zielvorstellung sein, um die Zustimmung breitetser Teile der Bevölkerung zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen zu erreichen. Also langfristig hat ein Dialog aber eine Perspektive, wenn an der Realität angeknüpft wird. Und Realität ist, daß die sowjetische Bevölkerung insgesamt von der US-Rüstung in irrwitziger Weise bedroht wird und ein relativ großes Vertrauen in die sowjetische Führung herrscht, daß sie einen Krieg nicht will und sie auch alles tut, um diesen zu verhindern. An diesem Punkt unterscheidet sich die Bewußtseislage der sowjetischen Bevölkerung von der in den anderen osteuropäischen Ländern. Deshalb muß ein Dialog mit der Bevölkerung sowohl diejenigen Kräfte einschließen, die in diesen Punkte Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, als auch die oppositionellen und unabhängigen Kräfte, wenn man das Prinzip der Solidarität mit der bedrohten Bevölkerung voll zur Anwendung bringen will. Die Stimmung, die dort in der Bevölkerung vorherrscht, dieser Wille, auf jeden Fall einen Krieg zu verhindern, der von den historischen Erfahrungen diktiert wird, das ist auch der Unterschied schlechthin zu der Mehrheit der Bevölkerung in den USA, die solche existenziellen Kriegs-Erfahrungen in dieser Weise nie gemacht hat, was dann auch in der abenteuerlichen Reagan-Politik irgendwo eine Entsprechung findet. In kaum einen Land dürfte wohl soviel von Frieden die Rede sein wie in der Sowjetunion, und umgekehrt dürfte in den USA aufgrund der Tatsache, niemals von einem Krieg so direkt betroffen worden zu sein, relativ leichtfertiger die Frage von Krieg behandelt werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

kennbar, die sich in den meisten (westlichen!) Schätzungen ähneln. Auch läßt z.B. eine per Computer durchgeführte Untersuchung am Londoner Birkbeck College den Schluß zu, daß die amerikanischen Rüstungsausgaben die sowjetische Ausgabenpolitik stärker beeinflussen als umgekehrt. Die bestätigt ein kurzer Überblick über Militärdoktrin und Inhalt der Rüstungsausgaben in der UdSSR.

Im Zusammenhang mit der Politik der Zwangskollektivierung, der forcierten Industrialisierung und dem Auf- und Ausbau eines speziellen Rüstungssektors bildeten sich in en 30er Jahren neue sowjetische Militärdoktrinen heraus: Sie betonten die Bedeutung der Masse (Aufrechterhaltung eines großen stehenden Heeres, Einsatz einer großen Zahl von Mannschaften und Ausrüstungen im Krieg), Mobilität, ausgewogene Kombination von Waffenarten und Teilstreitkräften sowie die Fähigkeit zur offensiven Kriegsführung. Die Verwirklichung dieser Konzepte im 2. Weltkrieg ermöglichte schließlich den Sieg der Sowjetunion; sie spielen deshalb noch heute eine große Rolle in der sowjetischen Militärdoktrin.

Unter dem Eindruck des Krieges lag die Betonung nach 1945 weiterhin auf den Landstreitkräften. Nachdem die USA die Fähigkeit und Bereitschaft gezeigt hatten, Atomwaffen zu entwickeln und einzusetzen (im Krieg mit Japan und mit der ersten Explosion einer amerikanischen H-Bombe 1952), wurden die Bemühungen auf diesem Gebiet verstärkt. Ebenso erfolgte der Aufbau einer sowjetischen Luftverteidigungstruppe in Reaktion auf die amerikanischen Langstreckenbomber.

Nach der Intervention der USA in Korea 1950 stiegen die Ausgaben der Sowjetunion zwangsläufig für alle Waffengattungen, um nach Beendigung des Korea-Krieges erneut abzusinken.

Nachdem eine sowjetische UN-Initiative zur Ächtung von Atomwaffen 1946 fehlgeschlagen war, basierte die Militärpolitik der UdSSR vor allem auf der Doktrin, einen Nuklearangriff mit der Androhung eines konventionellen Gegenangriffs auf Westeuropa zu verhindern. In diesem Rahmen verloren die RGW-Staaten (Ring für gegenseitige Wirtschaftshilfe - Anm. d. Red.) viel von ihrer „Pufferfunktion" und wurden zu vorgeschobenen Basen für Eliteeinheiten der sowjetischen Armee.

Als die Sowjetunion Ende der 50er
wurden zu vorgeschobenen Basen für Eliteeinheiten der sowjetischen Armee.

Als die Sowjetunion Ende der 50er Jahre die Fähigkeit zum atomaren Gegenschlag erlangt hatte, ermöglichte dies die Verkündung einer neuen Militärdoktrin durch Chruschtschow im Januar 1960. Sie gründete sich hauptsächlich auf die Abschreckungswirkung von Interkontinentalraketen, zuungunsten der Landstreitkräfte, die einseitig von ca. 3,6 Millionen auf ca. 2,4 Millionen Mann reduziert wurden, der Luftwaffe und der Überwassermarine. Im September 1959 war von der UdSSR auch ein Plan zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung innerhalb von vier Jahren vorgelegt worden, der jedoch ebenso scheiterte wie spätere Bemühungen, die USA angesichts der Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion und der Unmöglichkeit eines Sieges im Atomkrieg zu Verhandlungen zu zwingen.

Die Ankündigung der neuen Doktrin durch Chruschtschow entfachte eine Debatte, in deren Verlauf der Parteichef von Vertretern der strategischen Raketentruppen und der Luftverteidigung sowie von einigen führenden Militärtheoretikern unterstützt wurde, während in den konventionellen Truppen und von traditionellen Militäranalytikern massive Kritik geäußert wurde; von dieser Seite wurde u.a. argumentiert, ein Sieg im Kernwaffenkrieg sei möglich und eine Verneinung politisch gefährlich, da sie zu Fatalismus und Passivität führe.

Die sowjetischen Entspannungsinitiativen konnten nicht verhindern, daß die 1961 angetretene Kennedy-Regierung nicht nur die konventionellen US-Truppen verstärkte, sondern mit Hilfe einer vom CIA behaupteten „Raketenlücke" auch die nukleare Aufrüstung beschleunigte: 1962 besassen die USA 294 einsatzfähige Interkontinentalraketen, die UdSSR nur 75; 1964 stand das Verhältnis 834 zu 190. (Bereits Ende der 50er Jahre hatten die USA — zehn Jahre vor der Sowjetunion — über U-Boot-gestützte Fernraketen verfügt). Auch deckte vor allem die sowjetische Niederlage in der Kuba-Krise 1962 die Fragwürdigkeit einer nuklearen „Alles-oder-Nichts"-Strategie auf. So setzte sich eine neue strategische Synthese durch, die einerseits die Bedeutung von Fernraketen und Kernwaffen, andererseits den Stellenwert der konventionellen Waffengattungen hervorhob. Interkontinental- und U-Boot-gestützte Raketen wurden verstärkt, die Kriegsmarine ausgebaut und auf weiter vorgeschobene Positionen verlegt. Damit begann ein neuer Rüstungsschub der UdSSR und im Rahmen des Wettrüstens eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die bis heute anhält.

Die nukleare Aufrüstung der Sowjetunion seit dieser Zeit war veranlaßt durch die neue NATO-Doktrin der „flexible response" (Verteidigung auf gleicher waffentechnologischer Ebene unter dem Vorbehalt, bei einer drohenden Niederlage auf die nächste Stufe überzugehen) in Verbindung mit den taktischen Nuklearwaffen der NATO: Bereits damals wurde so ein auf Europa begrenzter nuklearer Schlagabtausch denkbar und erhielten die USA die Möglichkeit, unter Schonung des eigenen Territoriums den Warschauer Pakt durch Einsatz von Atomwaffen auf einzelne Staaten zu destabilisieren. Dem konnte die UdSSR nur durch Beibehaltung einer offensiven Kriegsführungsstrategie begegnen, wonach eine Eskalation im Kriegsfall, die schließlich auch die USA treffen würde, unvermeidlich sein soll. Die Eingliederung von Nuklearwaffen verschiedener Größenordnungen in die sowjetische Armee dient der Glaubwürdigkeit dieser Strategie. Sie sind also „politische" Waffen, die die Begrenzbarkeit eines Krieges auf Europa als unmöglich erweisen und ihn damit verhindern sollen.

Auch ein Blick auf die sowjetische Rüstungspolitik und Militärdoktrin spricht somit gegen einen „militärisch-industriellen Komplex" als vorwärtstreibendes Element.

Der Einfluß des sowjetischen Militärs in Partei und Staatsapparat

Die These vom herrschenden „militärisch-industriellen Komplex" in der UdSSR wird u.a. mit der Behauptung gestützt, daß das militärische Interesse überwiege. Auch setzt die Literatur zur Klärung der Frage, ob von einem sowjetischen „Militarismus" gesprochen werden könne, zum Teil am Einfluß des Militärs auf die Politik an. Im folgenden sollen deshalb die Interessen des sowjetischen Militärs und ihre Durchsetzung gegenüber Partei und Staatsführung untersucht werden.

Wir wollen spezifische militärische Interessen nicht von vorneherein abstreiten, sondern — in Anlehnung an den bürgerlichen Politologen R. Kolkowicz — von „funktionellen", d.h.

streiten, sondern — in Anlehnung an den bürgerlichen Politologen R. Kolkowicz — von „funktionellen", d.h.

aus den Aufgaben der Armee ableitbaren, und „ideologischen" Interessen ausgehen und im Zusammenhang damit Kollisionen mit Partei- und Staatsführung darstellen. Dabei wird sich allerdings zeigen, daß die Ziele des Militäts weder einheitlich noch in jedem Fal eindeutig von (sonstigen) staatlichen und politischen Zwecken unterscheidbar sind. Darüberhinaus wird auf die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe dieser Interessenkollision einzugehen sein, soweit dies nicht schon geleistet wurde und angesichts der notwendigen Beschränktheit der Ausführungen und der zugrundeliegenden Literatur möglich ist; andernfalls ließe sich auch nicht begründen, wieso die militärischen Interessen wirklich funktioneller Art sind. Allgemein kann dazu gesagt werden: Der Aufstieg der Sowjetunion vom Agrarland zur modernen Industrie- und Militärmacht erforderte große menschliche, materielle und ideologische Opfer. Angesichts der umfassenden Konkurrenz der Systeme, des Klassenkampfes im Weltmaßstab stand und steht die Politik der sozialistischen Staaten im Spannungsfeld von — sich vielfach beeinflussenden und überlagernden — Sicherheits- und revolutionären Interessen, Rüstungs- und Konsumentscheidungen, Fragen der Zuteilung von Ressourcen in Industrie und Landwirtschaft usw.usf. Mit dieser Erweiterung scheint der „Interessen-Ansatz" methodisch gerechtfertigt.

Funktionelle Interessen des sowjetischen Militärs

Die funktionellen Interessen des Militärs nach Kolkowicz folgen aus seinen besonderen Aufgaben. Hauptaufgaben des sowjetischen Militärs sind die Verteidigung der UdSSR und — gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten — des sozialistischen Systems, sowie die Abschreckung möglicher Angreifer. Daraus ergeben sich zunächst folgende Interessen:

— Beibehaltung hoher Rüstungsausgaben;

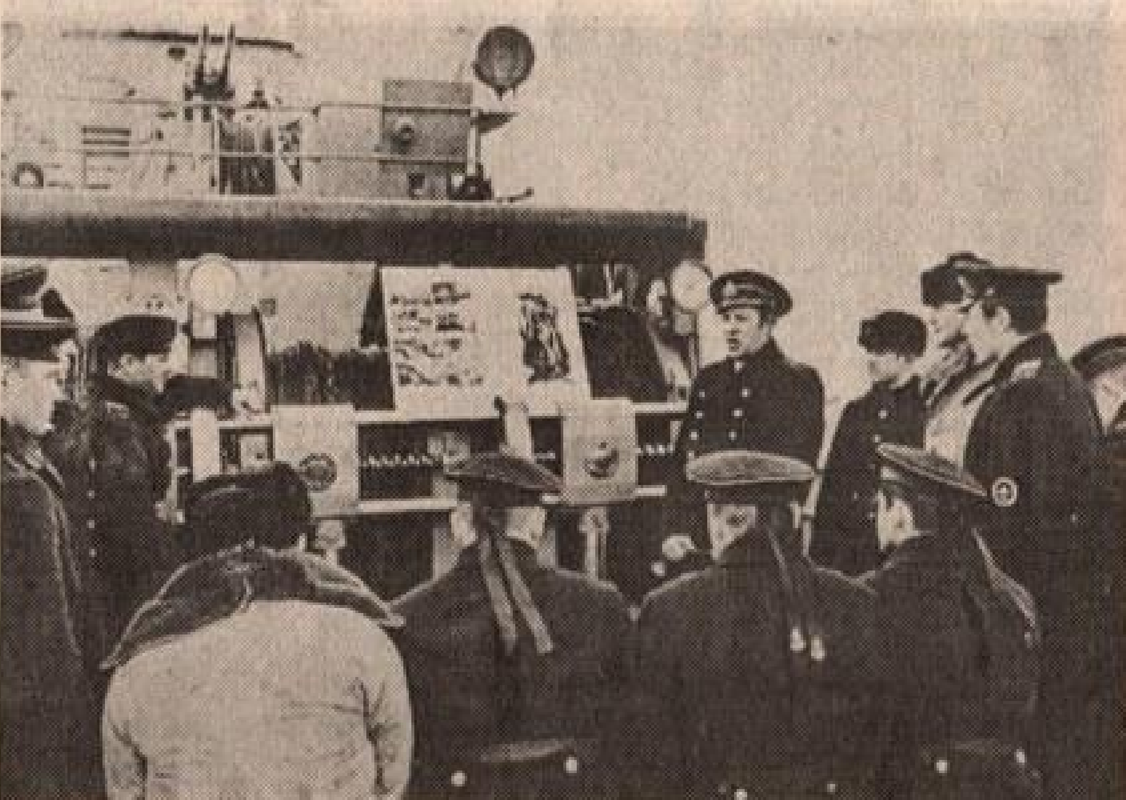
— hohe Investitionen in der Schwerindustrie als für die Rüstung grundlegendem Wirtschaftssektor;

— eine gewisse berufliche und institutionelle Unabhängigkeit zur militärischen Planung und Durchführung der Militärpolitik.

Beibehaltung hoher Rüstungsausgaben

Obwohl vollkommen verläßliche und exakte Angaben — auch im Vergleich zur USA — nicht verfügbar sind, läßt sich feststellen, daß die Militärausgaben der Sowjetunion beträchtlich sind: Sie sind in den letzten 20 Jahren sowohl absolut als auch in ihrem Anteil am Bruttosozialprodukt gestiegen; er liegt zur Zeit etwa doppelt so hoch wie in den USA, während die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts seit den 50er Jahren zurückgegangen ist. Der Rüstungssektor in der UdSSR erhält die besten Maschinen, kann knappe Materialien und Ersatzteile anfordern, sein Personal bezieht höhere Gehälter, und moderne Technologien kommen am ehesten hier zum Einsatz; außerdem wird er gegen ökonomische Engpässe abgesichert. Ist dies alles für die Verteidigung notwendig?

Die defensive, reaktive Linie der sowjetischen Rüstungspolitik wurde bereits angesprochen. Hinsichtlich der absoluten Rüstungsausgaben ist zu beachten, daß sie (nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts) von 1950 bis 1970 im Warschauer Pakt weniger als halb so hoch wie in den NATO-Staaten ausfielen. Sowohl der höhere Rüstungsanteil am Sozialprodukt, als



Polit-Instruktion

auch die Bevorzugung der Verteidigungsindustrie in der UdSSR sind zu-

auch die Bevorzugung der Verteidigungsindustrie in der UdSSR sind zu-

dem nur die Kehrseite ihrer im Vergleich zur USA nur etwa halb so hohen industriellen Produktivität. Die sozialistischen Staaten sind gegenüber den kapitalistischen waffentechnologisch fast durchgängig im Rückstand gewesen, und diese Kluft wird sich — hauptsächlich auf dem Gebiet der Mikroelektronik — aller Voraussicht nach in Zukunft vertiefen. Schließlich steht zu erwarten, daß die Aggressivität des Imperialismus mit dem Fortschreiten der Weltwirtschaftskrise noch steigen wird. Die Aufrechterhaltung hoher Rüstungsausgaben liegt folglich im funktionalen militärischen Interesse der Sowjetunion.

Andererseits stellt sie eine schwere materielle und letzlich auch ideologische Belastung dar, die bestehen bleibt, solange von einer siegreichen Arbeiterklasse in zumindest einigen entwickelten Ländern des Westens keine Hilfe zu erwarten ist. (Wie bedeutend das Konsumniveau für die Sache des Sozialismus und die Stabilität der sozialistischen Staaten ist, haben die Ereignisse in Polen deutlich gezeigt.) Daraus sind wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen militärischer und Teilen der politischen Führung entstanden.

In der Debatte über den Fünfjahresplan für die Jahre 1955-60 trat etwa eine Gruppe im Präsidium des ZK, die vom damaligen Vorsitzenden des Ministerrates, Malenkow, und dem Innenhandelsminister Mikojan geführt wurde, für eine Verdopplung des Konsums und insbesondere für eine wirksame Verbesserung der — lange vernachlässigten — Wohnungssituation ein; dies sollte durch eine außenpolitische Friedensoffensive in Verbindung mit dem bevorzugten Ausbau der Leichtindustrie erreicht werden. Bereits zuvor hatte Malenkow eine Senkung des Rüstungshaushaltes und die Ausnutzung von Reservefonds, die für den Kriegsfall bestimmt waren, zur Ankurbelung der Konsumgüterproduktion beschlossen. Diese Linie wurde unterstützt von führenden Vertretern der Leichtindustrie, Kadern, für die die Moral der Bevölkerung von Belang war, sowie akademischen und journalistischen Kreisen. Armeeführer, Leiter der staatlichen Planungskommission Gosplan und Gegner in Partei- und Staatsführung stellten sich gegen diese Vorhaben und brachten schließlich auch Chruschtschow (damals Sekretät des ZK) hinter sich. Die Repräsentanten der Armee sahen in solchen Plänen eine Gefahr für die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Von seiten der Gosplan wurde eingewandt, die Erzeugung von Produktionsgütern müsse überproportional zur Konsumgüterproduktion steigen, um mittelfristig eine Stagnation aufgrund fehlender Maschinen zu vermeiden, und ein verstärkter Ausbau der Atomenergie gefordert. Allgemein wurde das Vertrauen auf die Friedensdiplomatie gegenüber dem Westen von den Gegnern der Malenkow-Gruppe als illusionär kritisiert. Zalreiche hohe Militärs übten Druck auf die Verhandlungen im ZK über den Staatshaushalt 1955 aus, indem sie in Reden, Interviews und Artikeln die Notwendigkeit erhöhter wirtschaftlicher Opfer angesichts der gefährlichen internationalen Lage unterstrichen.

In der Tat zeichnete sich damals zunehmend ab, daß Frankreich trotz Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO und damit seiner Wiederaufrüstung zustimmen würde; dies geschah dann Ende 1954 mit der Ratifizierung der Londoner und Pariser Abkommen. Als Gegenmaßnahme hatte das ZK-Präsidium u.a. beschlossen, China die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorzuschlagen, um eine große strategische Reserve zu gewinnen; Anfang 1955 wurde dieser Vorschlag verwirklicht. Daraus ergab sich für die UdSSR aber

wurde dieser Vorschlag verwirklicht. Daraus ergab sich für die UdSSR aber

die Notwendigkeit, China in beträchtlichem Umfang Militärhilfe zu leisten. 1955 wurde der Verteidigungshaushalt um 10% erhöht. Malenkow mußte im Februar desselben Jahres von seinem Amt zurücktreten. Sein Nachfolger wurde der bisherige Verteidigungsminister Marschall Bulganin, dessen Posten wurde von Marschall Schukow übernommen. Außenpolitische Gründe waren somit letztlich ausschlaggebend dafür, daß die Konsumlinie der Malenko-Gruppe scheiterte und der Ministerpräsident demissionierte.

Als Beispiel für das militärische Interesse an hohen Rüstungsausgaben ließe sich auch anführen, daß Chruschtschow nach seinem Sturz 1964 — er fiel einer Fronde seiner Gegner in Partei und Armee zum Opfer — etwa mit den Hinweis kritisiert wurde, es „wäre falsch, das Haupziel des Kommunismus in der Befriedigung der Bedürfnisse des Magens zu sehen". Der Hauptgrund für den wachsenden Widerstand innerhalb des Militärs dürfte allerdings nicht in seiner konsumfreundlichen Linie, sondern in seinen strategischen Reformen gelegen haben, die u.a. eine erhebliche Verkleinerung der Armee mit sich brachten; zudem hatte er mit einer Dezentralisierung der ökonomischen Struktur die Vertreter der einflußreichen zentralen Wirtschaftsbürokratie sowie mit seiner erfolglosen Entspannungspolitik gegenüber dem Westen (Verschlechterung der Beziehungen zu China und Osteuropa ohne Ausgleich im Verhältnis zur USA), seine gescheiterte Landwirtschaftspolitik (die zu akuten Versorgungsschwierigkeiten führte) und seine allgemein widersprüchliche und unberechenbare politische Handlungsweise selbst ehemaliger Anhänger in Staats- und Parteiführung gegen sich aufgebracht. Wie im Falle Malenkos kann der Rücktritt Chruschtschows also nicht aus einem Machtstreben der Militärs erklärt werden.

Vor dem 23. Parteitag 1966 betonten Wortführer des Militärs die „wirtschaftliche Basis der Wehrfähigkeit", die das „Wesen der Politik und das Wesen des Krieges" bestimme, und erklärten, daß „Verlauf und Ausgang eines Raketen- und Kernwaffenkrieges hauptsächlich davon abhängen werden, was die Wirtschaft vor Kriegsbeginnn, in Friedenszeiten, für Verteidigungszwecke 'zu leisten vermag.'' Sie erreichten mit dieser Haltung, daß militärische Projekte in erheblichem Umfang fortgesetzt und die Produktion von Rüstungsgütern gesteigert wurden. Auch scheint es, daß die sowjetischen Militärs nur um den Preis, daß die laufenden Rüstungsprojekte unberührt blieben, zu einer kooperativen Teilnahme an den SALT-Verhandlungen gefunden haben. Auch die zuletzt genannten Beispiele deuten auf einen beträchtlichen Einfluß der Armee hin; sie besagen jedoch nicht, daß die Position der Militärs sicherheitspolitisch nicht gerechtfertigt war — die ausgewerteten Quellen lassen diese Frage offen — oder das Primat der Partei gefährdet wäre (dazu näheres unten).

Hohe Investitionen in der Schwerindustrie

Der Begriff „Schwerindustrie" kann die Großeisen- und Stahlindustrie und den Bergbau umfassen oder auch alle anderen Industrien, die in Großbetrieben nicht unmittelbar dem Konsum dienende Güter herstellen (Metallhütten, Zementwerke, Schwerchemie) — vgl. „Der große Brockhaus". In jedem Falle läßt sich feststellen, daß dieser Industriezweig die Grundlage der Rüstungsproduktion bildet. Im Gegensatz zur Leichtindustrie kann die Schwerindustrie verhältnismäßig einfach auf die Erzeugung von Waffen umgestellt werden. Hohe Investitionen in der Schwerindustrie entsprechen deshalb dem Interesse der militärischen Verteidigung und Abschreckung.

Da innerhalb der Schwerindustrie im Sinne von Produktionsgüterindustrie der Rüstungssektor in vielerlei Beziehung den höchsten Rang innehat, waren Debatten über die Höhe der Rüstungsausgaben oft mit Auseinandersetzungen über den richtigen Anteil der Investitionen in der Schwerindustrie verbunden.

Gegen die Anhänger Malenkows brachten maßgebende Vertreter der Armee z.B. vor, die Schwerindustrie sei die Grundlage der sozialistischen Wirtschaft, und ihre Besorgnis über eine Vernachlässigung dieses Sektors war auch ein Grund für ihr Bündnis mit den Gegnern der Malenkow-Gruppe.

In jüngerer Zeit wurde das Argument, eine „mächtige Schwerindustrie" sei „das Fundament der gesamten sozialistischen Wirtschaft und Wehrfähigkeit des Landes" erneut von Generalstabschef Marschall Sacharow gegen Breschnew erhoben; dieser

von Generalstabschef Marschall Sacharow gegen Breschnew erhoben; dieser

hatte geäußert, die Volkswirtschaft müsse sich „harmonisch entwickeln" und der „ständigen Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung" dienen; die Entwicklung der Schwerindustrie müsse „den Erfordernissen der fortwährenden technischen Neuausstattung der ganzen Wirtschaft untergeordnet sein".

Hinter den Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Militärrepräsentanten über den richtigen Anteil des Konsumgüterbereichs gegenüber der Schwer- und Rüstungsindustrie steht — grob gesagt — das Dilemma zwischen den Anforderungen der militärischen Verteidigung einerseits und der Weiterentwicklung des Sozialismus andererseits.

Produktivität und Rüstungstechnologie

Die Privilegierung der Schwer-und Rüstungsindustrie in der Sowjetunion ist Ausdruck der Notwendigkeit, mit dem Imperialismus unter den Bedingungen vergleichsweise niedriger industrieller Produktivität militärisch und ökonimisch zu konkurrieren; sie führt jedoch zur Rückständigkeit im Konsumgüterbereich, die u.a. über die Arbeitsmoral wiederum auf die Produktivität zurückwirkt, wodurch eine gewisse „Dialektik der Armut" in Gang gehalten wird.

Die Tatsache, daß die Hauptmacht des Sozialismus trotz Bevorzugung des Verteidigungssektors in der Militärtechnologie allgemein zurückliegt, ist in der Struktur der sowjetischen Ökonomie und insbesondere der Rüstungswirtschaft begründet:

Der Rüstungsstil in der UdSSR ist weitgehend geprägt von den Prinzipien der Einfachheit, einheitlichen Entwicklungen (nach Möglichkeit genormte Bauteile, Anlagen und Subsysteme) und Kontinuität. Er läßt sich aus dem sowjetischen Wirtschaftsmechanismus und Produktionssystem erklären: Der Ersatz von Marktgesetzen und Profitanreiz durch eine zentrale, relativ starke Planung wirkt teilweise dem technischen Fortschritt tendenziell entgegen, da bessere Produktqualität und technische Neuerungen zur Nichteinhaltung der quantitativen Planvorgaben (durch Unterbrechnung der eingefahrenen Lieferwege oder notwendige Produktionsumstellungen) führen können.

Hinzu kommt, daß die Planstellen Materialbedarfs-Tabellen, d.h. input-output-Koeffizienten benutzen, die stets von bisherigen Werten ausgehen müssen. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie Produktionsbetriebe sind außerdem weitaus längerfristig abgesichert als in den kapitalistischen Staaten. Trotz Geldprämien, Staatspreisen und Prestigegewinn für Entwicklungsbüros, denen erfolgreiche Innovationen gelingen, führen die dargestellten Hemmnisse zu einem sowjetischen ,,Rüstungskonservatismus'' ; größere militärische Programme (die Entwicklung von Düsentriebwerken, das Atomwaffen- und Raktenprogramm, der Bau von Hubschrauber und die Konzipierung von Pfeilflügel- und senkrechtstartenden Flugzeugen) mußten deshalb von der politischen Führung eingeleitet werden.

Aus der Problematik der Militärtechnologie läßt sich zweierlei ersehen: Die Repräsentaten der sowjetischen Rüstungsindustrie haben offensichtlich kein persönliches Sonderinteresse an einem Vorantreiben der Rüstungsdynamik; zudem sind die (wohlverstandenen) Verteidigungsinteressen weder auf die Vertreter des Rüstungssektors beschränkt, noch werden sie von ihnen eindeutig wahrgenommen.

Eine gewisse berufliche und und institutionelle Unabhängigkeit

des Militärs von Staat und Partei dient der Nutzung militärischer Sachkenntnis; der Aufrechterhaltung klarer, unumstrittener Entscheidungskompetenzen und damit einer effektiven militärischen Verteidigung und Abschreckung; auch sie liegt somit im militärischen Interesse. Sie betrifft die Entwicklung strategischer Doktrinen, die militärische Planung und die Regelung der inneren Angelegenheiten der Armee.

Bereits im 2. Weltkrieg war eine wichtige Bedingung für die ersten größeren Erfolge der Roten Armee, daß die Polizeibespitzelung der Kommandeure eingestellt und die strategische Initiative uneingeschränkt an die Armeeführung übertragen wurde, die damit die nötige Bewegungsfreiheit erhielt.

Bestrebungen in der Armee nach größerer Unabhängigkeit gerieten allerdings wiederholt in Konflikt mit dem Führungsanspruch der Partei.

So wurde unter Chruschtschow zunächst die — zu Zeiten Stalins meist totale — politische Kontrolle des Militärs auf ein Mindestmaß beschränkt, anscheinend als Zugeständnis für die Hilfe der Armee gegen Malenkow und die Gegner Chruschtschows in Präsidium und ZK der Partei, die ,,parteifeindliche Gruppe''. Schon nach dem Sturz Malenkows war mit der Ernennung

Gegner Chruschtschows in Präsidium und ZK der Partei, die ,,parteifeindliche Gruppe''. Schon nach dem Sturz Malenkows war mit der Ernennung

Marschall Schukows zum Verteidigungsminister und Marschall Bulganins zum neuen Ministerpräsidenten der Einfluß der Armee auf die Politik gestiegen. Schukow wurde jedoch 1957 als Minister abgesetzt und aus dem ZK ausgeschlossen. Von den Beschuldigungen, mit denen dies gerechtfertigt wurde, dürfte aus damaliger Sicht zumindest zutreffen, daß er beabsichtigt habe, die Streitkräfte der Parteikontrolle zu entziehen, wenn auch die Behauptung, er habe eine Militärherrschaft angestrebt, angesichts seiner Rehabilitiegung durch die Partei nach 1964 zweifelhaft erscheint.



Training für den Atomkrieg

Das ZK beschloß neben dem Ausschluß Schukows eine Reihe weiterer Maßnahmen, um die politische Kontrolle der Armee zu gewährleisten, wie die Einschränkung der Befugnisse der Kommandeure zugunsten der Parteiorganisation in den Einheiten und die



Parade auf dem Roten Platz

Übertragung der Bereiche militärischer Theorie, Doktrin und Strategie an das ZK und dessen Präsidium. Die Befehlshaber waren nun von den politischen Funktionären in ihren Einheiten abhängig, die massiv auf militärische Fragen Einfluß nahmen; auch wurden Kommandeure häufig durch politische Organe ersetzt. Da diese Entwicklung zu wachsendem Widerstand der Offiziere, zur Vertiefung der Kluft zwischen militärischen und politischen Funktionsträgern und zur Erosion von Disziplin, Schlagkraft und Moral in der Armee führte, wurde der Druck der Partei um den Preis einer Ausschaltung der Schukow-Anhänger innerhalb der Armee gemildert (z.B. gingen die Befugnisse der politischen Organe in der Armee großenteils auf kollektive Körperschaften über). Dies scheint jedoch nur eine taktische Maßnahme gewesen zu sein, um die strategischen Reformen 1960-62 zu erleichtern.

Sie beinhalteten — wie schon gezeigt wurde — eine erhebliche Verkleinerung der konventionellen Truppen zugunsten der strategischen Waffengattungen. Dies wurde nicht nur zur verstärkten parteipolitischen Einflußnahme genutzt, sondern führte auch zum materiellen und sozialen Abstieg weiter Teile der Berufsoffiziere; außerdem wurde die neue Militärdoktrin von einem Großteil des Oberkommandos und selbst vom damaligen Verteidigungsminister als falsch und gefährlich abgelehnt. Zusammen mit anderen Faktoren (s.o.) rief die Militärreform zunehmende Opposition in der Armee- und Parteispitze hervor, die zu Chruscht-

Zusammen mit anderen Faktoren (s.o.) rief die Militärreform zunehmende Opposition in der Armee- und Parteispitze hervor, die zu Chruscht-

schows Sturz beitrug.

Doch auch danach gab es noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und Militärs über den notwendigen Grad der politischen Überwachung. Als etwa Generäle entsprechend ihrer Verantwortung und Sachkenntnis größere Beteiligung an der militärischen Planung forderten, wurde dies von der Partei 1967 u.a. mit dem Argument zurückgewiesen, angesichts der destruktiven Wirkung der modernen Waffen könne die politische Führung nicht auf deren Kontrolle verzichten.

Allgemein ist jedoch festzustellen, daß die Stellung der Armee seit der Stalin-Ära gestärkt worden ist — aufgrund eines zunehmenden Pragmatismus der Partei im Umgang mit gesellschaftlichen Institutionen, wachsender Bedeutung militärischen Expertentums angesichts des steigenden weltpolitischen und militärischen Engagements der UdSSR u.a.m.

Als weiteres Interesse des Militärs behauptet Kolkowicz die Aufrechterhaltung einer gewissen internationalen Spannung zur Begründung für hohe Rüstungsbudgets und -Investitionen; er führt dazu Beispiele für Meinungsverschiedenheiten zwischen Wortführern der Armee und Politikern zum Grad der Kriegsgefahr an, die von den Militärs regelmäßig höher eingeschätzt wurde; ein Nachweis, daß ihre Äußerungen objektiv unbegründet waren, konnte jedoch nicht gefunden werden — wenn sie Kolkowicz einerseits als ,,Stimmungsmache'', andererseits als funktional bedingt darstellt, d.h. aus den Aufgaben der Verteidigung und Abschreckung erklärbar, ist dies also ebenso widersprüchlich wie zweifelhaft.

,,Ideologische Interessen''

Die ,,ideologischen Interessen'' der Armee nach Kolkowicz betreffen traditionelle Werte, Selbstbild und Überzeugungen. In öffentlichen Äußerungen von Offizieren werden etwa Begriffe wie ,,Soldatenehre'', ,,Tapferkeit'', ''Opferbereitschaft'', ,,Dienst am Vaterland'' usw. hervorgehoben. Ein darin erscheinendes idealisiertes Selbstbild des Militärs wird von Parteifunktionären abgelehnt, zumal es die Gefahr elitärer Entwicklungen und der Absonderung von der Gesellschaft in sich birgt.

Jedoch wird noch aufgezeigt, daß die ideologischen Vorstellungen innerhalb der Armee keineswegs einheitlich sind.

Jedoch wird noch aufgezeigt, daß die ideologischen Vorstellungen innerhalb der Armee keineswegs einheitlich sind,

sondern nach funktionellen und soziologischen Untergruppen differieren und daß organisatorische Führung und politische Beeinflussung der Armee durch die Partei gewährleistet sind. Der Gefahr einer Absonderung wirkt die Partei außerdem durch Vermittlung von Kontakten zu gesellschaftlichen und Parteiorganisationen außerhalb des Militärs entgegen. In einer Richtlinie für Parteifunktionäre heißt es z.B.:,,Enger Kontakt mit Parteiorganisationen und Belegschaften von Fabriken, Sowchosen und Kolchosen hilft den Soldaten und Offizieren, die Interessen des Volkes besser zu verstehen, und beugt der Entstehung von Kasten in der Armee vor.''

Die Verwirklichung militärischer Interessen in Partei und Statsapparat

Nachdem die grundlegenden Interessen der Armee und einige Kollisionen mit Partei und Staat dargestellt wurden, soll nun nach den Möglichkeiten und dem Willen des Militärs gefragt werden, seine Interessen politisch durchzusetzten.

Aufgrund ihrer Bewaffnung, Organisation und Disziplin stellt die Armee eine mögliche Gefahr für den Führungsanspruch der Partei dar; dies umso mehr, als in den sozialistischen Staaten politische Machtwechsel nicht formalisiert sind.

Nun haben sicherlich hin und wieder Vertreter des sowjetischen Militärs der Partei- und Staatsspitze politische Zugeständnisse abgerungen; dennoch ist es bis jetzt bekanntlich zu keinem Militärputsch in der UdSSR gekommen, und der Gefahr einer Verselbständigung der Armee unter Schukow als Verteidigungsminister wurde — wie wir gesehen haben — wirksam begegnet. Partei und Staat haben also ihre grundsätzliche Kontrolle über die Armee beibehalten. Wenden wir uns nun den wesentlichen Ursachen dafür zu.

Die Führung der Streitkräfte durch die KP und die Repräsentanz des Militärs in politischen Entscheidungszentren

Als wichtigsten Grundsatz für den militärischen Aufbau der UdSSR bestimmt das Parteiprogramm der KPdSU von 1972 die ,,Führung der Streitkräfte durch die KP sowie die verstärkte Tätigkeit und Einflußnahme der Parteiorganisation in der Armee und Kriegsmarine''.

In Friedenszeiten bestimmt das Präsidium des Obersten Sowjets die oberste militärische Leitung, setzt sie ab, erklärt die Mobilmachung und den Kriegszustand. Die wichtigsten Bestimmungen der Militärdoktrin ergeben sich aus der Politik der KP und der Regierung. Die unmittelbare Führung der Streitkräfte, zu der etwa die Planung ihres Auf- und Ausbau, Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung gehören, obliegt dem Verteidigungsministerium, wobei die Partei zumindest bei den wichtigsten Fragen über das ,,Kollegium des Verteidigungsministeriums '' ein Mitsprache- und Überwachungsrecht besitzt. Die Leitung der parteipolitischen Arbeit in den Streitkräften liegt beim ZK durch die ,,Politische Hauptverwaltung der Armee und Kriegsmarine''. Außerdem bestehen u.a. seit 1958 Militärräte beim Kommando der Streitkräfte, den Heeresgruppen und anderen militärischen Einheiten, die sich aus Militärs, Parteifunktionären und Vertretern des Ge-

gruppen und anderen militärischen Einheiten, die sich aus Militärs, Parteifunktionären und Vertretern des Ge-

heimdienstes KGB zusammensetzen und vom ZK bestätigt werden; die Militärräte haben ein Überprüfungs- und Mitbestimmungsrecht in allen wesentlichen Fragen der Tätigkeit und Lebensweise der Streitkräfte und sind ZK, Regierung und Verteidigungsministerium gegenüber verantwortlich für die Ausführung der politischen Anordnungen bzw. der Befehle des Verteidigungsministeriums.

Politische Kontrollorgane in den Streitkräften beobachten die Einheiten, melden ihre Feststellungen an die vorgesetzten Stellen, führen die politische Erziehung durch, regeln die Beförderung der Offiziere nach politischer Zuverlässigkeit u.a.m.

Die organisatorische Führung und politische Beeinflussung der Streitkräfte durch die KP sind somit gesichert.

Die verhältnismäßig geringe Vertretung des Militärs in Politbüro und ZK zeigt, daß sein Einfluß auf Partei und Staat auch institutionell nicht beherrschend ist:

Im Politbüro, das die grundlegenden wirtschaftlichen und strategischen Entscheidungen trifft, ist die Generalität bisher nicht vertreten gewesen (mit Ausnahme einer viermonatigen Amtszeit Marschall Schukows 1957 und der Mitgliedschaft Marschall Gretschkos 1973-76). Im ZK ist der Prozentsatz der Armeeangehörigen von 11% 1952 auf 7% 1976 zurückgegangen; 1978 betrug er allerdings wieder knapp 10%.

Untergruppen in der Armee

Selbst wenn von gemeinsamen Grundinteressen des sowjetischen Militärs ausgegangen wird, so war und ist es dennoch kein homogenes Gebilde, sondern in zahlreiche Gruppierungen aufgeteilt. Sie erschweren ein vereintes Auftreten gegen die politische Führung und sind damit der Kontrolle der Armee förderlich.

So wurde die organisatorische Untergruppe der ,,Atomskriegsspezialisten'', die u.a. in den strategischen Waffengattungen vertreten ist, zur Zeit der Militärreform Chruschtschows bevorzugt gegenüber den ,,Traditionalisten'', die etwa im Heer repräsentiert sind; während erstere auf nukleare Abschreckung bauten, für den Vorrang politischer Entscheidungen vor militärischer Sachkenntnis eintraten und sogar mit der Kürzung des Militärbudgets einverstanden waren (zumal ihr Bereich unangetastet blieb), betonten letztere die Rolle der konventionellen Waffen und des militärischen Expertentums.

Ferner existieren im Offizierskorps Reibungen zwischen den Absolventen der Militärakademien und den im Zug der Modernisierung der Waffengattungen immer bedeutender gewordenen Ingenieuren und Technikern; diese stellten zumindest eine Zeitlang eine erhebliche Bedrohung für die Karrieren der Kommandeure dar und lehnen viele traditionelle Werte und Methoden des Militärs, wie Tapferkeit und Führungskunst, als veraltet ab.

Auch ist die jüngere Generation in der Armee gegenüber dem Militärdienst anscheinend nüchtern, manchmal sogar pazifistisch eingestellt, während ältere Offiziere, vor allem ehemalige Kriegsteilnehmer, meist eine romantische Haltung zum Soldatenberuf einnehmen.

Die Rolle des Militärs bei personellen Umbesetzungen in Partei- und Staatsführung

Gegen das Argument, die Einflußmöglichkeiten des Militärs auf politische Entscheidungen seien begrenzt, könnte seine Rolle beim Sturz Malenkows, beim Sieg Chruschtschows über die ,,parteifeindliche Gruppe'' und schließlich beim Rücktritt Chruschtschows aus Partei- und Staatsämtern vorgebracht werden. Der Einfluß der Armee war jedoch — wie gezeigt wurde — stets nur ein Element unter anderen; jedesmal gingen tiefgreifende Differenzen in der Partei- und Staatsspitze voraus, die politische Gruppierungen entstehen ließen oder verfestigten; um ihre Interessen und Vorstellungen zur Geltung zu bringen, waren die Militärs jeweils auf die Unterstützung einer dieser rivalisierenden Gruppen angewiesen. Militärisches Oberkommando und Parteiführung standen sich niemals in ihrer Gesamtheit gegenüber.

Die dargestellten Interessenkollisionen sollten auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Militärs gegenüber der politischen Führung im allgemeinen loyal verhalten. Nur bei Gefährdung ihrer grundlegenden Interessen und Ziele leistet die Armee Widerstand (wie beim Beispiel Malenkows und — teilweise — Chruschtschows).

Zusammenfassung

Zusammenfassung

Wir haben festgestellt, daß die Interessen des sowjetischen Militärs mit parteipolitischen Zielen kollidieren können, die grundlegende politische Kontrolle des Militärs jedoch gesichert ist; seine Haltung gegenüber Partei- und Staatsspitze ist loyal, solange seine grundsätzlichen Interessen nicht bedroht sind; bei politischen Führungswechseln ist sein Einfluß nur ein Faktor unter anderen und wird erst im Falle tiefgreifender Differenzen in der Partei- und Staatsspitze wirksam; auch standen sich Parteiführung und militärisches Oberkommando nie als Gesamtheit gegenüber. Die oft behauptete Dominanz militärischer Interessen in der Sowjetunion ist damit widerlegt.

Gegen die Annahme, die Rüstungsdynamik in der UdSSR habe sich verselbständigt und werde von einem ,,militärisch-industriellen Komplex'' vorangetrieben, sprechen außerdem der defensive und reaktive Charakter der sowjetischen Rüstungspolitik sowie der durch objektive Strukturen bedingte ,,Konservativismus'' im Rüstungsstil.

Was die andere Gruppe innerhalb des Militärsektors — die Vertreter der Verteidigungsindustrie — angeht, wurde in den Erläuterungen zu Rüstungspolitik und Ökonomie (Fehlen von Profitmotiv und Verwertungszwang, starre Planung, institutionelle und finanzielle Sicherung des Rüstungssektors usw.) aufgezeigt, daß auch sie kein Interesse an einem Wettrüsten besitzen. Die letzten Entscheidungen über die Rüstungsproduktion liegen zudem, wie im Falle der Militärpolitik, bei der politischen Spitze: dem Verteidigungsrat, der dem Präsidium des Obersten Sowjets untersteht, oder dem Politbüro.

Wir sehen also, daß dem Rüstungsbereich in der UdSSR zwar eine hohe Bedeutung zukommt, gleichwohl aber von einem beherrschenden Einfluß oder einer Eigendynamik im Sinne der Theorie vom ,,militärisch-industriellen Komplex'' nicht gesprochen werden kann.

Die GRÜNEN bereiten Osteuropa-Reise vor

Die Reise einer grünen Spitzen-Delegation nach Moskau und Ostberlin im letzten Jahr ist Freundinnen und Freunden eines unbekümmerten Polit-Tourismus noch in bester Erinnerung. Demnächst soll, falls alles glattgeht — anscheinend fehlen nur noch die Einladungen — die Reisetätigkeit mit Polen, Ungarn, Rumänien und der CSSR fortgesetzt werden. So wurde es jedenfalls von der Bundestagsfraktion der Grünen Anfang Februar beschlossen. Daß dieser Beschluß trotz einer deutlichen Apathie breiterer grüner Kreise gegen solche Reisen zustande kam, ist nicht zuletzt dem beharrlichen Drängen von Petra Kelly zu verdanken.

Die neue Osteuropa-Reise soll jedoch besser vorbereitet werden als die Moskau-Ostberlin-Tour 1983. Deshalb hat der Arbeitskreis Abrüstung-Frieden-Internationales der grünen Bundestagsfraktion, kurz und liebevoll AFI genannt, schon mit der Diskussion begonnen. Dem AFI liegt dazu ein Paket von Papieren vor, in denen jeweils eines der anvisierten Reiseländer näher vorgestellt wird und Vorschläge zum Verhalten der grünen Delegation entwickelt werden. Vorangestellt sind allgemeine Betrachtungen von Bundestagsnachrücker Milan Horacek (CSSR-Dissident) zu den Zwecken und Voraussetzungen der Reise. Das Arbeitspapier zu Polen in dem AFI-Päckchen weist als Verfasser einen Osteuropa-Experten von besonders hohem Rang und unstrittig gutem Ruf aus: Christian S e m l e r, langjähriger Vorsitzender der 1980 aufgelösten KPD, drängt mit aller Macht wieder ins realpolitische Geschäft. Bei Bedarf steht der Ex-Vorsitzende zweifellos auch als China-Experte, Afghanistan-Experte, Angola-Experte, Kambodscha-Experte (besonders für die fortschrittliche Ära Pol Pots) sowie als Experte für alternative Verteidigung zur Verfügung.

Milan Horacek hat gewiß Recht, wenn er triumphierend darauf verweist, die Grünen seien (aufgrund ihrer Wahlergebnisse) für die Herrschenden Osteuropas „ein wesentlich gewichtigerer Ansprechpartner als die offizielle Bruderpartei DKP". Daß diese Karte allerdings nicht überreizt werden sollte, zeigen die zahlreichen Einreiseverbote, mit denen grüne Funktionäre mittlerweile an der DDR-Grenze konfrontiert sind. Für die Verwalter des „realen Sozialismus" sind solche Reisen wie die jetzt geplante allemal eine Sache des Abwägens von Gewinn und Nachteilen. Eine grüne Strategie, die n u r noch darüber nachsinnt, wie sie maximal zur Destabilisierung Osteuropas beitragen und die dortige Systemopposition fördern kann, wird auf Dauer ihren eigenen Zweck verfehlen. Es lohnt sich also, mit verkrusteten grünen Gewohnheiten mal zu brechen und diese Debatte a u c h ö f f e n t l i c h zu führen. Wir dokumentieren wichtige Teile der Papiere von Milan Horacek und Christian Semler.

Man wird, zumal angesichts der anvisierten Reisezwecke, zweifeln müssen, ob die Tour in der gewünschten Form wirklich zustande kommt oder ob einige der ungefragten Gastgeber lieber genervt abwinken werden. Am Ende mag dabei herauskommen, daß vielleicht nur das Reiseziel Ungarn realisiert werden kann. W e n n es jedoch mit dem Vorhaben wirklich klappt, wird es wohl noch ein Hauen und Stechen um die Zusammensetzung der Delegation geben. Es sei denn, man folgt einem Vorschlag von Willi Hoss, den er schon zur Moskau- und Ostberlin-Reise 1983 gemacht hatte: es fährt eine reine Frauen-Delegation, da gibt es nie Streit.

Aus dem Papier von Christian Semler (Polen-Reise)

(...) Diese Fakten vor Augen wäre eine grüne Delegation in die VR Polen gut beraten, jede Identifikation mit der Regierung Jaruzelski bzw. mit der PVAP in den Augen der polnischen Bevölkerung zu vermeiden. Die diversen Reisen von SPD-Politikern mit ihrer direkten Einmischung zugunsten des Regimes sind in Polen mit großer Verbitterung registriert worden. Die SPD-Emissäre versuchen der Bevölkerung in der BRD zu suggerieren, der Einfluß von Solidarnosc sei gebrochen. Es genügt demgegenüber, sich vor Augen zu führen, daß ca. 10% der ehemaligen Mitgliedschaft, also rund 1 Million, nach wie vor Beiträge an die verbotene Gewerkschaft zahlen und daß die offiziellen Gewerkschaften auch jetzt nach amtlichen Angaben nur 4 Millionen Mitglieder haben, darunter 1/3 Rentner — also 2,7 Millionen. Man vergleiche ferner den fallenden Organisationsgrad der Partei bei Menschen unter 30 Jahren, wie er kürzlich auf dem XV. Plenum der Partei beklagt wurde. Man vergleiche die Isolation des Regimes im Milieu der Intelligenz und der Künstler, den Fehlschlag der neuen in diesem Bereich konzessionierten Organisationen. Zwar haben viele Menschen resigniert, aber von einer Konsolidierung der Herrschaft Jaruzelskis kann keine Rede sein. Es wäre aus diesem Grunde notwendig, alles zu vermeiden, was als Mitwirkung an einem oder als Anerkenntnis eines Konsolidierungsprozesses gedeutet werden könnte. Hauptadressat eines Besuches der Grünen in Polen sollte für jedermann sichtbar die Bevölkerung sein.

Die Menschen in Polen sind sehr empfindlich bzw. empfänglich für politische Symbole. Sie identifizieren sich leidenschaftlich mit allem, was ihren Widerstand und ihre Solidarität ausdrückt. Im kollektiven Gedächtnis der Nation sind nicht nur Daten der jüngsten Vergangenheit lebendig wie der August 1980, der Dezember-Aufstand 1970 an der Küste oder der Posener Aufstand von 1956, sondern dieses Gedächtnis umfaßt auch Ereignisse, die tief in der Geschichte zurückliegend, den Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit symbolisieren. Man mag die mythologischen Elemente dieses Bewußtseins belächeln, aber jeder, der in politischer Mission das Land bereist, sollte sie in Rechnung stellen. Es wäre daher unabdingbar, daß die Einladung zu einer Reise nach Polen nicht auf Parteiebene, sondern vom Präsidium des Sejm (des polnischen Parlaments) ausgesprochen wird bzw. der für Auslandsbeziehungen zuständigen Stelle des Sejm. Allgemein gesprochen wäre darauf zu achten, daß den Gesprächen offiziellen Charakters mit Regierungsvertretern, Parlamentariern und Staats- bzw. Betriebsfunktionären Gespräche mit Vertretern der verschiedenen staatsunabhängigen Richtungen gleichgewichtig gegenüberstehen.

III.

mit Vertretern der verschiedenen staatsunabhängigen Richtungen gleichgewichtig gegenüberstehen.

III.

Mit wem und über welche Themen sollte seitens einer grünen Delegation mit den offiziellen Vertretern der polnischen Seite gesprochen werden?

1. Zur Frage von Frieden und europäischer Zusammenarbeit. Es wird natürlich leicht sein, mit den polnischen Offiziellen Übereinstimmung herzustellen hinsichtlich der Ablehnung der westlichen „Nachrüstung", des Eintretens für eine mitteleuropäische atomwaffenfreie Zone, der Notwendigkeit einer europäischen Abrüstungskonferenz. Es wäre aber lohnend, eine Diskussion darüber zu führen, ob die polnische Regierung auch weiterhin jene Elemente des von ihrem damaligen Außenminister Rapacki in den 50er Jahren vorgelegten Planes unterstützt, die die Auflösung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien und den Abzug aller Truppen von fremden Territorien forderte. Es wäre mithin die Frage zu diskutieren, ob die polnische Regierung die Vorstellung einer europäischen Zukunft teilt, in der nicht nur die Militärblöcke aufgelöst sind, sondern auch die hegemonialen Beziehungen einzelner Länder in Ost- bzw. Westeuropa zu ihren jeweiligen Vormächten abgebaut werden. Welche Rolle haben die „Freundschaftsverträge" mit der Sowjetunion im Denken der Offiziellen? Sind sie „unverbrüchlich", „ewig" (wie die SED es in metaphysischer Anwandlung postuliert hat)? Ist mithin die Blockbindung im umfassenden Sinn unumkehrbar? Seitens der Grünen wäre in einer solchen Diskussion zu entfalten, daß die gegenwärtige Blockteilung — unabhängig von ihrer Funktion in der Vergangenheit — für die Zukunft das Überleben der europäischen Völker gerade nicht garantiert. Denn für die Ansicht der polnischen Seite gilt, daß für absehbare Zeit die Existenz beider Militärbündnisse samt ihrer hegemonialen Struktur den Faktor der Friedenssicherung darstellen, ihre Aufrechterhaltung mithin Gebot der Staatsraison ist.

Bei der Erörterung dieser Fragen muß die grüne Delegation darauf achten, daß sie nicht von der Friedensdemagogie der polnischen Regierung vereinnahmt wird. Dieses selbstverständliche, für alle osteuropäische Staaten geltende Gebot erfährt eine besondere Dringlichkeit dadurch, daß die große Mehrheit des polnischen Volkes bislang der Friedensbewegung in der BRD skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Dieser Bewegung und damit auch den Grünen wird bestenfalls redliche Naivität unterstellt. Insbesondere werden alle Bestandteile einer Politik, die auf eine Relativierung des Bündnisses mit den USA herauslaufen, als direkter Unterstützungsakt für die So-





Ehedem: Christian Semmler als ZK-Mitglied der KPD (AO)

wjetunion verurteilt. Abrüstung wird von den Menschen in Polen in der Regel als gleichgewichtig (auch hinsichtlich der konventionellen Rüstung) verstanden, jeder einseitige Schritt wird abgelehnt. Vom Westen, vor allem von den USA, herrschen Vorstellungen, die noch bestehende Freiheiten modellartig verabsolutieren, in den internationalen Beziehungen auf der Seite des Westens das Wirken imperialistischer Gesetzmäßigkeiten nicht zur Kenntnis nehmen bzw. als Regierungspropaganda abtun.

Es ist daher unbedingt notwendig, bei öffentlichen Erklärungen sich nicht nur auf die politischen und sozialen Implikationen einer „blockübergreifenden" Politik zu beschränken. Man muß darüber hinaus klar darlegen, worin eigentlich konkret die Gefährlichkeit der Militärdoktrin der Supermächte besteht und warum man sich eben nicht zwecks Friedenssicherung auf sie stützen kann. Allgemeine Beteuerungen, von der polnischen Regierungspresse gierig aufgegriffen, hätten bei der Bevölkerung einen starken negativen Effekt. (...)

Mit wem sollte seitens der unabhängigen „gesellschaftlichen" Kräfte gesprochen werden?

1. Mit einem Vertreter der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc, am besten mit Lech Walesa. Walesa ist auch und gerade infolge seiner prinzipientreuen und klugen Politik nach dem 13.12.81 d e r anerkannte Vertreter der polnischen Arbeiterklasse. Allein durch einen Besuch bei Walesa könnte dem Versuch von Regierungsseite begegnet werden, einen Besuch der Grünen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Sollte sich der Besuch als undurchführbar erweisen, so wäre ein Gespräch mit einem anderen, nicht im Untergrund arbeitenden Vertreter von Solidarnosc anzustreben.
2. Falls die 7 Inhaftierten der ehemaligen Solidarnosc-Führung bzw. die 4 Vertreter des ehemaligen KBS/KOR sich noch im Gefängnis befinden, sollte der Antrag gestellt werden, mit Kuron oder Michnik sprechen zu dürfen.
3. Es sollte mit einem Vertreter der katholischen Intelligenz gesprochen werden (...)
4. Man sollte versuchen, mit einem der damaligen Architekten der Wirtschaftsreform und der Selbstverwaltung zu sprechen.

In Polen wurde 1980/81 das Konzept einer umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung entwickelt, der

damaligen Architekten der Wirtschaftsreform und der Selbstverwaltung zu sprechen.

In Polen wurde 1980/81 das Konzept einer umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung entwickelt, der

„selbstverwalteten Republik". Einer der Initiatoren dieses Konzepts war B. Geremek. Für die Pläne zur Wirtschaftsreform genoß L. Balcerowicz von der Warschauer Hochschule für Wirtschaft und Statistik das Vertrauen vieler Aktivisten. Es wäre auch interessant, sich mit einem der Protagonisten der Arbeiterselbstverwaltung (...) zu unterhalten. Ob man sich unter den jetzigen Bedingungen an der Selbstverwaltung beteiligen soll oder nicht, ist seit einigen Monaten ein kontroverses Thema im polnischen Untergrund (...)

Falls Betriebsbesichtigungen möglich sind, wäre es unbedingt notwendig, auf einem der großen „historischen" Betriebe der Jahre 80/81 zu bestehen. In Warschau wären dies z.B. die Ursus-Landmaschinenwerke. Man könnte die Auswahl so treffen, daß von der Berufserfahrung der Delegation der Grünen her sich Anknüpfungspunkte für einen Besuch ergäben. Eine genaue Liste wäre ad hoc leicht zusammenstellbar. Der oder die Betriebe sollten auch der Solidarnosc vorher bekanntgemacht werden.

Aus dem bisher Gesagten wird ersichtlich, daß eine Delegation der Grünen sich auf die Städte Warschau und Danzig konzentrieren sollte. Alle wichtigen Gesprächspartner — offizielle wie inoffizielle — sind hier erreichbar. Sollte die Zeit es erlauben, so käme als dritte Stadt Krakau in Betracht, damit auch das Stahlkombinat und die „angeschlossene" Arbeiterstadt Nowa Huta, eine der Hochburgen von Solidarnosc.

Die Delegation der Grünen sollte darauf bestehen, das Denkmal für den Aufstand an der Küste gegenüber der Leninwerft in Danzig besuchen und dort einen Blumenstrauß oder Kranz niederlegen zu dürfen. Dabei wird es sicher ein Tauziehen um den genauen Termin geben, da die Regierung natürlich versuchen wird, einen Zeitpunkt zu wählen, wo der Platz menschenleer ist. (...)

★★★★★★★★★

Aus dem Papier von Milan Horacek

1. Warum fahren die „Grünen" in Länder des realen Sozialismus? Die Erklärung zur Friedenspolitik der „Grünen", die in Duisburg verabschiedet wurde, verpflichtet uns zu einer „Politik der Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung, zu einer verstärkten Zusammenarbeit der Friedens- und Emanzipationsbewegung über alle Grenzen und Blöcke hinweg." Wir wissen, daß die friedensgefährdende Situation in Europa sich nicht verändern wird, solange nicht die Menschen in den NATO-Staaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den wenigen blockfreien und neutralen Ländern Europas sich gemeinsam dafür einsetzen, den Zustand in Europa, die gegenseitigen

wird, solange nicht die Menschen in den NATO-Staaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den wenigen blockfreien und neutralen Ländern Europas sich gemeinsam dafür einsetzen, den Zustand in Europa, die gegenseitigen

Feindbilder, die Abhängigkeit von den Verhandlungen der beiden Supermächte, von ihren Militärstrategien und Militärpotentialen zu durchbrechen. Dazu können die offiziellen Reisen der Fraktion einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie unserer Politik eine größere Öffentlichkeit geben, als sie den auf die Dauer viel wichtigeren Basiskontakten von den Herrschenden in West und Ost gegenwärtig zugestanden werden. Offizielle Reisen in Länder des „realen Sozialismus" können zeigen, daß die „Grünen" gewillt sind, auch mit Regierungsvertretern einen freimütigen, weder an die Feindbilder des Kalten Krieges noch an die Milliardenkredite der Entspannungspolitik geketteten Dialog zu führen. Wir können zeigen, daß wir diese Regierungen mit ihrem Anspruch fortschrittliche Gesellschaftsformationen zu verwirklichen, ernst nehmen, sie aber gleichzeitig mit der tatsächlichen, von uns nicht unterstützbaren Realität ihres Landes konfrontieren.

Solche Reisen können zugleich deutlich machen, daß unser fundamental von unserem eigenen basisdemokratischen Selbstverständnis hergeleitetes Gesprächsinteresse im Austausch mit den Basisbewegungen auch in diesen Ländern liegt. Auch offizielle Reisen der „Grünen" sollen — und dies ist der prinzipielle Unterschied zur SPD-Politik nach 59 — dem Kennenlernen, dem Dialog, der gegenseitigen Achtung der verschiedenen Basisbewegungen dienen, mithelfen, „unterhalb der Regierungsebene eine neue Koalition von Betroffenen" herauszubilden (dies aus einem Brief von Hubertus Knabe an die Fraktion zur Vorbereitung der DDR-Reise vom 15.5.83).

2. Der Beschluß der Fraktion sieht vor, nach Polen, Ungarn, in die CSSR und nach Rumänien zu fahren. Wir schlagen vor, zunächst nur eine Reise nach Polen, Ungarn und in die CSSR zu planen und zu einem späteren Zeitpunkt nach Jugoslawien und Rumänien zu fahren.

Begründung: Rumänien nimmt innerhalb des Warschauer Paktes eine Sonderstellung ein (z.B. beteiligte sich Rumänien nicht an dem Einmarsch in Prag im August 1968) und sollte deshalb von uns nicht einfach mit den anderen Staaten gleichgesetzt werden. Zum anderen ist die innere Situation in Rumänien für einen Besuch von uns kompliziert. Es gibt scharfe Unterdrückung, aber nach unserer Kenntnis bisher keine formierte Basisbewegung. Unserer Ansicht nach kann es bei einem solchen Besuch gegenwärtig sich nur um ein einziges Gespräch mit Regierungsvertretern über Fragen der Außenpolitik (atomwaffenfreie Zone im Balkan, Abrüstungsvorschläge Rumäniens, Stellung zur KVAE etc.) handeln. Ein solches Gespräch sollte nicht mit der anderen Reise vermischt werden.

Die Grünen sollten bald nach Jugoslawien fahren, weil Jugoslawien von Anfang an führend an der Herausbildung der Bewegung blockfreier Staaten mitgearbeitet hat. Es macht schon jetzt innerhalb der verschiedensten Vertreter von Blockfreiheit keinen besonders guten Eindruck, daß die Grünen in Washington und Moskau waren, ohne an einen Besuch in Belgrad zu denken. Auch wenn wir die vielen Hoffnungen auf das jugoslawische Modell angesichts der jugoslawischen Innenpolitik nicht teilen mögen, bei einem Besuch auch mit Vertretern der oppositionellen „Praxis"-Gruppe sprechen müßten, bestimmen wir unsere internationale Position einseitig, wenn Jugoslawien so lange aus unseren Besuchsprogramm ausgeklammert bleibt.

3. Was erwartet uns, wenn wir nach Polen, Ungarn und in die CSSR fahren?

a) Uns erwarten Gesellschaften, die nach 1945 unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und in der Stalinzeit mit offenem Terror dem Modell der sowjetischen Gesellschaft entsprechend umgeformt wurden. Gesellschaften, in denen die politische und die ökonomische Macht nach wie vor in den Händen des herrschenden Machtzentrums, der Führung der Kommunistischen Parteien, konzentriert sind, Entscheidungsprozesse noch wesentlich schärfer als bei uns zentralisiert sind, die Abhängigkeit des Einzelnen von den Entscheidungen des Machtzentrums wesentlich schroffer ist als bei uns. Diese Gesellschaften sind von unseren Grundüberzeugungen her keine emanzipatorischen und friedensfähigen Gesellschaften. Unsere Grundkritik muß uns bei jeder solchen Reise im Kopf sein, wollen wir uns nicht von dem Lächeln, der Diplomatie und den „Teppichen der Macht" blenden lassen. Trotzdem haben aber auch die Gesellschaften des „realen Sozialismus" eigene Wege gefunden, einen Konsens zumindest mit Teilen der Bevölkerung zu finden, die auftretenden Krisen zu bewältigen. Auch wenn solche „Krisenbewältigungsstrategien" gegenwärtig angesichts der Vielzahl neuer Probleme, der wachsenden Regsamkeit autonomer gesellschaftlicher Kräfte, der Verschuldung im Westen, in Schwierigkeiten geraten, dürfen wir diese Gesellschaften nicht nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema beurteilen.

Zwischen der Sowjetunion und den

Kräfte, der Verschuldung im Westen, in Schwierigkeiten geraten, dürfen wir diese Gesellschaften nicht nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema beurteilen.

Zwischen der Sowjetunion und den

kleineren Ländern des Warschauer Pakts gibt es Widersprüche in militärischen wie in ökonomischen Fragen. In den Zeitungen stand, daß die neuen Vorstellungen der SU von einer verstärkten konventionellen Aufrüstung der WVO in den kleineren Staaten nicht gerade Begeisterung hervorrufen. Ebenfalls scheint die „Nach-nach-Rüstung" auf Bedenken zu stoßen. Trotz der Wichtigkeit solcher Widersprüche sind die Regierungen Polens, der CSSR und Ungarns jedoch als feste Verbündete der Sowjetunion einzuschätzen, weil zuviele von ihren eigenen Interessen an das Bündnis mit der Sowjetunion geknüpft sind.

b) Die Länder, in die die grüne Delegation fahren wird, sind trotz aller Gemeinsamkeiten, sehr verschiedene Länder mit unterschiedlicher Tradition, Erfahrung, Geschichte während der 20er Jahre, dem 2. Weltkrieg und der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Ihre Stellung zum national-sozialistischen Deutschland war verschieden, die Probleme mit der Bundesrepublik sind es ebenfalls. Diese Unterschiede, die in den folgenden Papieren genauer dargelegt werden, müssen wir ernst nehmen, wenn wir nicht naiv und kenntnislos erscheinen wollen, was uns sowohl als großdeutscher Hochmut gegenüber kleineren Ländern wie auch als typisch westlich, d.h. Konsumentenhaltung statt konkreten Sich-auf-die-Realität-Einlassens angekreidet werden kann.

c) die Basisbewegungen innerhalb dieser Länder sind untereinander verschieden. Sie sind aber auch anders als wir. Für das Gelingen eines Dialogs zwischen uns und ihnen ist es außerordentlich wichtig,daß wir uns mit den unterschiedlichen Erfahrungen auseinandersetzen, daß wir nicht von einer naiven Gleichheit zwischen uns und ihnen ausgehen, sondern wirklich präzise, lernbereit und mit großer politischer wie menschlicher Teilnahme die gegenseitigen Erfahrungen und Vorstellungen austauschen. Ihre und unsere Er-

Fortsetzung nächste Seite

Teil III

Die atomare Sackgasse

Der dritte und abschließende Teil dieser Artikelserie stellt die Einwände dar, die westdeutsche NATO-Politiker gegenüber den Vorschlägen der amerikanischen ,,Viererbande'' vorgebracht haben.

Die prononcierteste und politisch gewichtigste Replik lancierte das ,,Autorenkollektiv'' Kaiser, Leber, Mertes und Schulze (1). Die hochkarätige Zusammensetzung des Quartetts sowie die Tatsache, daß sicherheitspolitische Sprecher und Strategen beider großen westdeutschen ,,Volksparteien'' an der Formulierung beteiligt waren, läßt darauf schließen, daß es darum ging, dem *amerikanischen* Vorschlag eine explizit *westdeutsche* Antwort zu erteilen (,,FAZ'' vom 24.6.82: ,,*Vier Deutsche antworten den vier Amerikanern*''). Offensichtlich sollte die Zusammensetzung des Quartetts gegenüber dem NATO-Partner zum Ausdruck bringen, daß die *Mehr*heit der westdeutschen politischen und militärpolitischen Elite die Vorschläge der US-,,Viererbande'' ablehnt. Tatsächlich treffen ihre Vorstellungen bei keiner Fraktion des ,,herrschenden Blocks'' auf vorbehaltlose Zustimmung, auch nicht bei denjenigen, die ihre eigene Position in der aktuellen sicherheitspolitischen Strategiedebatte durch den eher peinlichen Hinweis zu ,,untermauern'' versuchen, daß sie auch auf der anderen Seite des Atlantiks auf Zustimmung stoße, ja sogar dort ihren Ursprung habe. Bei näherem Hinsehen zeigt sich schnell, daß die vermeintlichen Anhänger der ,,Viererbande'' in den Reihen der SPD z.B. sich nur deshalb auf die Amerikaner berufen können, weil sie einzelne Elemente des Vorschlages isoliert vom Ganzen aufgreifen und propagieren, z.B. den Verzicht auf den ,,first use'' (Ersteinsatz) von Atomwaffen. Betrachtet mensch den Vorschlag der ,,Viererbande'' jedoch als kohärentes Ganzes, so kann überhaupt niemand im ,,herrschenden Block'' der BRD ein Interesse an seiner Verwirklichung haben. Warum, das wird noch aufzuzeigen sein.

Wie der Text der amerikanischen ,,Viererbande'', der in der Zeitschrift des amerikanischen ,,Council of Foreign Affairs'' ,,Foreign Affairs'' und in der Zeitschrift ,,Europa-Archiv'' die von der amerikanischen Einrichtung vergleichbaren westdeutschen außenpolitischen Denkschule ,,Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik'' herausgegeben wird, erschien auch die Antwort der westdeutschen ,,Viererbande'' zugleich in beiden Zeitschriften (2).

Die Einwände der westdeutschen ,,Vierbande'' lassen sich in ihren wesentlichen Aussagen wie folgt zusammenfassen:

▶ Mit ihrem Vorschlag des Verzichtes auf den ,,First Use'' von Nuklearwaffen an der europäischen Zentralfront bei gleichzeitigem Ausbau von konventionellen Kriegsführungsoptionen löst die ,,Viererbande'' die **Verkoppelung** von atomaren und konventionellen Waffen auf, wie sie die ,,flexible response'' zumindest nach westdeutscher Interpretation vorsieht. ,,*Die Strategie der Flexiblen Erwiderung versucht, jedem Angriff des Gegners — auf welcher Ebene auch immer — so zu begegnen, daß der Angreifer sich keine Vorteile und keinen Erfolg von der Auslösung eines militärischen — konventionellen oder nuklearen — Konfliktes erhoffen kann. Der enge und unauflösliche Verbund konventioneller Streitkräfte und Nuklearwaffen auf dem europäischen Kontinent in Verbindung mit dem strategischen Potential in den Vereinigten Staaten stellt die Sowjetunion vor das unkalkulierbare Risiko, daß jeder militärische Konflikt zwischen den beiden Pakten zu einem Nuklearkrieg erkalieren kann. Die vorrangige Funktion der Kernwaffen ist Abschreckung zur Verhinderung von Aggression und Erpressung. Die Verkoppelung von konventionellen und atomaren Waffen hat den Krieg zwischen Ost und West wieder unführbar und ungewinnbar gemacht. Es ist die unaufhebbare Paradoxie dieser Strategie zur Kriegsverhinderung, daß sie den Willen zur Führung des nuklearen Krieges demonstrieren muß, um den Krieg überhaupt zu verhindern*'' (3).

▶ Die Auflösung der Verkoppelung von konventionellen und atomaren Waffen eröffnet für die USA die Möglichkeit, sich von einem konventionellen Kriegsschauplatz Europa mit ihrem strategischen Nuklearpotential abzu-



ISMET VOLJEVICA

Mit der Bombe leben

len Kriegsschauplatz Europa mit ihrem strategischen Nuklearpotential abzu-

koppeln, jedenfalls so lange, wie die BRD nicht selbst über Atomwaffen verfügt. ,,*Eine entscheidende Schwäche des Vorschlages der vier Autoren liegt deshalb in ihrer Behauptung, der Verzicht auf Ersteinsatz mache Kriege unwahrscheinlicher, ohne daß sie dafür ausreichende Beweise erbringen. Die von ihnen geforderte Herstellung des konventionellen Gleichgewichts erhöht zwar das konventionelle Risiko — und damit vom bisher immer wirksam gewesenen Hemmnis, gegenüber Westeuropa militärische Gewalt auch für begrenzte Zwecke zu benutzen.* ***Die Befreiung vom nuklearen Risiko würde natürlich in gleichem Maße den Vereinigten Staaten zugute kommen. Es sind Zweifel angebracht, ob der Verzicht deshalb auch ein ,Beitrag zur inneren Gesundung des Bündnisses' würde oder ob er nicht vielmehr die Unsicherheit und Furcht vor einem wahrscheinlicher werdenden Krieg vergrößert.*** *(...) Das westliche Bündnis ist eine Allianz von Gleichen. Sein Zusammenhalt beruht deshalb auf der weitgehenden Verwirklichung des Prinzips gleicher Risiken, gleicher Lasten und gleicher Sicherheit. Die gültige NATO-Strategie trägt diesem Prinzip Rechnung. Sie garantiert,* ***daß das amerikanische Potential mit all seinen Komponenten, der konventionellen wie den nuklearen, in die Verteidigung Europas einbezogen ist. Nicht nur die Bewohner der Bundesrepublik, sondern auch die Bürger Amerikas tragen das Risiko mit, das konventionelle wie das nukleare. Die Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses als Ganzes und seines Territoriums bewirkt die Glaubwürdigkeit der Abschreckung.*** *(...) Die Auffassung der vier amerikanischen Autoren, ,die einzig klar definierbare Abschottung gegen die weltweite Katastrophe eines allgemeinen Nuklearkrieges ist die zwischen allen anderen Arten von Konflikten und jedweder Anwendung von Kernwaffen',* ***bedeutet nichts weniger als die Reduzierung der derzeitigen nuklearen Schutzgarantie der Vereinigten Staaten für ihre nichtnuklearen Bündnispartner auf den Fall der vorherigen Anwendung von Kernwaffen durch die Sowjetunion.*** *(...) Konventionelle Konflikte in Europa wären nach dem Vorschlag der Autoren ohne jedes existentielle Risiko für die Sowjetunion und trotz der von ihnen in Aussicht gestellten stärkeren amerikanischen Beteiligung an der konventionellen Verteidigung* ***— auch für die Vereinigten Staaten.*** *Daß es sich in der Tat um den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der bisherigen Garantie handelt, wird völlig klar durch den Vorschlag der vier Autoren, ,auch die zurückhaltendste Option für den begrenzten Nuklearschlag zur Verhinderung einer noch so unmittelbar drohenden konventionellen Niederlage außerhalb der autorisierten Politik zu belassen'. Damit würde Westeuropa die Kapitulation ange-*

sierten Politik zu belassen'. Damit würde Westeuropa die Kapitulation ange-

raten, wenn die Niederlage, beispielsweise die konventionelle Überrennung der Bundesrepublik Deutschland, droht. Die amerikanische Nukleargarantie wäre zurückgezogen'' (4).

▶ Aus dem selben Grund wird auch der seitens der ,,Viererbande'' vorgeschlagene Verzicht auf die ,,Nach''rüstung abgelehnt. ,,*Sie* (die amerikanischen Autoren — Anm. AK) *greifen ein angebliches Motiv für den Doppelbeschluß an, den Wunsch nach Gleichgewicht unterhalb der interkontinentalen Ebene der Kernwaffen. Der Gleichgewichtsbegriff ist zwar gelegentlich in der öffentlichen Diskussion von Politikern zur Legitimierung der NATO-Entscheidung angesichts des wachsenden sowjetischen Mittelstreckenpotentials aufgetaucht; er war aber nicht Leitmotiv und hat auch beim Beschluß selbst keine wesentliche Rolle gespielt. Wenn dem so wäre, dann müßte das für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen vorgesehene Potential westlicher Kernwaffen wesentlich umfangreicher sein als die geplanten 572 Systeme, die — einschließlich der im Westen vorhandenen — zahlenmäßig nur einen Bruchteil der vergleichbaren sowjetischen Systeme ausmachen. Es ging beim Doppelbeschluß vielmehr von Anfang an sehr wesentlich auch* ***um die Verkoppelung des interkontinentalen mit dem europabezogenen Kernwaffenpotential.*** *(...) Bei diesem Waffensystem, das unterhalb des auf Parität zulaufenden und in SALT auch so kodifizierten strategischen Gleichgewichts angesiedelt war, mußte jedem sowjetischen Planer klar sein, daß mit seinem Anwachsen und aufgrund seiner Qualität das nukleare Abschreckungssystem durch die Regionalisierung der Bedrohung aus den Angeln gehoben würde. (...) Wo würde zweitens die Entwicklung enden, wenn wir unter Verzicht auf den Nachrüstungsbeschluß das sowjetische Mittelstrecken- und Kurzstreckenpotential auf Tausende von Systemen weiter wachsen lassen würden, ohne angemessenes Gegengewicht auf westlicher Seite und bei strategischer Parität? Eine doppelte Konsequenz würde sich abzeichnen:* ***Einmal würde die amerikanische Nukleargarantie für Europa ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Die auch von den vier Autoren vertretene Ansicht, daß die sowjetische Mittelstreckenpotentiale durch amerikanische, der NATO assignierte Systeme abgedeckt werden könnten (die im übrigen in SALT gezählt und für taktische Funktionen wenig geeignet sind), entbehrt der Schlüssigkeit. Bei einem so eklatanten Übergewicht, wie es sich zunehmend herausbildet, verlieren die Vereinigten Staaten die Fähigkeit zur Eskalation und damit ihre Glaubwürdigkeit. Dies wirkt destabilisierend***'' (5).

Das westdeutsche ,,Verteidigungsdilemma''

Das westdeutsche ,,Verteidigungsdilemma''

In den Augen der Westeuropäer mangelte es der ,,flexible response'' immer an Glaubwürdigkeit, insbesondere den sogenannten ,,nuklearen Schutzschirm'' der USA über Westeuropa betreffend. Schon die ,,vorbedachte nukleare Eskalation'' leidet unter Glaubwürdigkeitsproblemen. Sofern nämlich dabei auch militärische und zivile Ziele im Hinterland des Gegners angegriffen werden sollten, müßte die Gefahr mit einkalkuliert werden, daß die SU mit Hilfe ihrer eurostrategischen Nuklearsysteme dem engeren und konzentrierteren Hinterland ein ähnliches Schicksal widerfahren lassen könnte. Die Modernisierung des sowjetischen eurostrategischen Nuklearpotentials hat das Problem der Glaubwürdigkeit der ,,vorbedachten nuklearen Eskalation'' zweifellos verschärft.

Noch erheblich fragwürdiger, weil es die USA direkt betreffen würde, ist die Drohung mit der allgemeinen nuklearen Eskalation. Zum Zeitpunkt der strategischen nuklearen Eskalation könnte die Zerstörung Mitteleuropas bereits soweit fortgeschritten sein, daß die allgemeine nukleare Eskalation nur noch den Charakter einer ,,Strafexpedition'' tragen würde. Militärische Lagen in Europa, die zur allgemeinen nuklearen Reaktion führen müßten, nähmen ihr dann paradoxerweise jeglichen Sinn.

Vor allem aber wirft die allgemeine nukleare Eskalation das Dilemma auf, daß von den strategisch selbst noch nicht angegriffenen USA verlangt wird, den ersten nuklear-strategischen Schlag zu führen und damit das Risiko der atomaren ,,Selbstvernichtung'' in einem strategischen Atomkrieg mit der SU einzugehen. Die von Schlesinger 1974 verkündeten ,,beschränkten nu-

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

fahrungen sind nicht identisch. Sie stellen aber sozusagen die zusammengehörenden Teile eines Ganzen dar, einer Bewegung, die trotz aller Unterschiede, nur gemeinsam ihre Ziele erreichen kann. Unsere Bitte an die Delegation ist deshalb: Erwartet nicht einfach pazifistische, feministische Vorstellungen, sondern seid offen gegenüber den für diese Basisbewegungen real drängenderen Fragen der Men-

stellungen, sondern seid offen gegen-
über den für diese Basisbewegungen real drängenderen Fragen der Men-

schenrechte, des Abwehrens sowjetischer Hegemonieansprüche, des Kampfs für ein Leben „in der Wahrheit", gegen die Lügen der Parteiideologen. Nur wenn Ihr diese Offenheit mitbringt, werdet Ihr das Gemeinsame — das Streben nach friedensfähigen Gesellschaften, nach Autonomie, nach sozialen und deokratischen Rechten, nach einem Leben in Würde — entdecken.

d) Die Herrschenden in allen drei Ländern werden Interesse daran haben, sich vor ihrer eigenen Bevölkerung als unsere Verbündeten in Grundfragen darzustellen. Auch wenn nach der Raketenstationierung dieses Interesse gesunken sein mag, bleiben wir aufgrund der 5,5% ein wesentlich gewichtigerer Ansprechpartner aus der oppositionellen Bewegung hier als die offizielle Bruderpartei DKP. In den Gesprächen wie durch unser Auftreten müssen wir deshalb zeigen, daß wir für diese Regierungen einerseits wirkliche Gesprächspartner, andererseits nicht „vereinnahmbar" sind. Das Hauptmittel, um diese, unsere Nicht-Vereinnahmbarkeit zu zeigen, scheint uns einmal das Bestehen auf Gesprächen mit den Basisbewegungen zu sein, zum anderen das Vortragen von Forderungen, die von den entsprechenden Basisbewegungen aufgestellt werden wie z.B. nach Einführung eines Zivildienstes in Ungarn, nach Freilassung der KOR-Mitglieder in Polen. Das Eintreten für die demokratischen Rechte der Basisbewegungen muß selbstverständlicher Bestandteil der Gespräche sein.

e) auf der Seite der Basisbewegungen wird unser Besuch sehr verschiedene Emotionen und Erwartungen hervorrufen: Skepsis, ob wir nicht doch zu Moskaus Vorteil arbeiten, übergroße Erwartungen, was wir in der Bundesrepublik wie auch in Osteuropa bewirken könnten, Unkenntnis unserer konkreten Vorstellungen. Wir schlagen deshalb vor, die Reise der Delegation durch eine Art „Vorbereitungsreise" vorzubereiten, d.h. Gespräche mit Basisvertretern in diesen Ländern selbst oder mit authentischen Vertretern von ihnen hier über die Fragen, ob Besuche von uns gewünscht werden, welche Form diese Besuche haben sollen, über welche Themen sie gern sprechen wollen, welche vorbereitenden Papiere übermittelt werden sollen. Die Erfahrungen der

Themen sie gern sprechen wollen, wel-
che vorbereitenden Papiere übermittelt werden sollen. Die Erfahrungen der

Moskau-Reise sollten sich diesmal nicht wiederholen. (...)

Während ihres Besuchs in der CSSR sollte eine grüne Delegation folgendes versuchen:

— ein oder mehrere Gespräche mit Vertreterinnen/Vertretern der Charta 77. Vielleicht ist es möglich, in einem Vorgespräch vor der Reise zu klären, ob ein Treffen mit mehreren der Charta möglich ist. Diese Gespräche werden die Grünen mit Menschen zusammenführen, die teilweise eine wesentlich längere und vielfältigere politische Erfahrung haben als wir. Wir sollten in diesen Gesprächen offen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der westlichen Friedensbewegung sprechen, klar unsere bisherigen Forderungen und Überlegungen zu einseitiger Abrüstung, Blocküberwindung, atomwaffenfreier Zone, Zivildienst, Frauen und Frieden, Frieden und 3. Welt vertreten und zugleich bereit sind, von den Überlegungen der Charta zu Frieden und Menschenrechten zu lernen. Gegenstand der Beratung sollte natürlich auch die Frage gemeinsamer Erklärungen, des gemeinsamen Wegs zu einem neuen Europa sein. Die Delegation sollte auch den Stand der Überlegungen der Charta zu sozialer Verteidigung, gewaltfreiem Widerstand und Lehren aus dem August 68 sowie ihre gegenwärtige Meinung zur SPD-Entspannungspolitik erfragen. (...)

— in Gesprächen mit offiziellen Vertretern des Staates oder der Regierung unsere eigene Position zu einseitiger Abrüstung, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, zum „Gleichgewicht des Schreckens", zur Notwendigkeit des Abzugs aller ausländischen Truppen von fremdem Boden deutlich machen. Über diese Fragen sollten wir einen Dialog mit ihrer Position führen, außerdem ökologische Themen ansprechen, Themen wie Jugendprotest, Punks und die Verfolgung der Charta anprangern. (...)

klearen Optionen'', die ,,Presidential Directive 59'' Carters und der NATO-,,Nach''rüstungsbeschluß stellen Versuche dar, diesem Dilemma dadurch zu entgehen, indem zwischen vorbedachter Eskalation und allgemeiner nuklearer Eskalation eine vierte Eskalationsform des demonstrativen strategischen Einsatzes gegen das strategische Potential des Gegners eingeschoben wird. Nur bleiben Zweifel, ob sich damit die Gefahr der Zerstörung Westeuropas bannen läßt. Und die USA müßten der SU glaubwürdig signalisieren können, daß es einen Unterschied zwischen einem selektiven strategischen Nuklearschlag und einem Entwaffnungsschlag gibt. Denn würde die SU den selektiv intendierten Schlag als Versuch der Entwaffnung interpretieren, dürfte die umgehende Reaktion nicht ausbleiben, die USA wären somit in die nuklearen Kriegshandlungen voll mit einbezogen.

Innerhalb der NATO existieren bezüglich der ,,flexible response'' zwei unterschiedliche Interpretationen:

▶ Die ,,Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten'' (deterrence by denial) sieht die eigene Fähigkeit zur wirksamen Kriegsführung und Verteidigung als dafür ausschlaggebend an, daß der Gegner auf ,,Aggression'' verzichtet. Er wird vom ,,Angriff'' nicht so sehr dadurch abgehalten, daß die allgemeine nukleare Eskalation den Fortbestand seiner sozialen Werte gefährden könnte, sondern durch die klare Aussicht der Unmöglichkeit eines Erfolges. Der Abschreckungswert der ,,flexible response'' ist demzufolge danach zu beurteilen, in welchem Ausmaß die NATO in der Lage ist, einem Gegner auf jeder Konfliktstufe einen militärischen Erfolg zu verweigern, wenn nicht sogar jede militärische Auseinandersetzung zu ihren eigenen Gunsten zu entscheiden. Die Vertreter dieser Interpretation sind in den USA häufiger zu finden als in Europa, weil ,,flexible response'' als Kriegsführungsstrategie den Vorteil bietet, bei ihr entsprechenden konven-

in Europa, weil ,,flexible response'' als Kriegsführungsstrategie den Vorteil bietet, bei ihr entsprechenden konven-

tionellen Potentialen der NATO die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit nuklearer Eskalation in Europa — oder gar bis zur Strategischen Ebene — zu senken (6). Dieser Überlegung folgen auch die Vorschläge der amerikanischen ,,Viererbande'', während die Replik der westdeutschen ,,Viererbande'' eher von der Befürchtung gekennzeichnet ist, daß die Anhebung der ,,Atomschwelle'' zur ,,Senkung der Kriegsschwelle'' und vor allem zur Abkoppelung eines konventionellen Kriegsschauplatzes Europa von den USA führt.

▶ Im Gegensatz zur Interpretation der ,,flexible response'' als einer Strategie der Fähigkeit zur erfolgreichen Kriegsführung auf allen Stufen, betrachtet die NATO-Strategie als ,,Abschreckung durch Strafandrohung'' (deterrence by punishment) (7) diese als eine ,,Eskalationsstrategie'' im Sinne der gesicherten Fähigkeit zur nuklearen Eskalation und Vergeltung. Eine derartige Interpretation der ,,flexible response'', die in dem Risiko der Eskalation zum globalen nuklearen Schlagabtausch den wichtigsten ,,Abschreckungsfaktor'' sieht, hält innerhalb der NATO-Strategie an zentralen Bestandteilen der Doktrin der ,,massive retaliation'' fest. Ohne die Auslegungsfäfigkeit wäre die Strategie der ,,flexible response'' von den westeuropäischen NATO-Staaten kaum ratifiziert worden, in deren sicherheitspolitischen Denkmustern die Abschreckung durch Vergeltungsdrohungen nach wie vor einen großen Stellenwert hat. Der Interpretation der ,,flexible response'' als Kriegsführungsstrategie wird angelastet, daß sie Konflikte der unteren Eskalationsstufen durch theoretische Verringerung der Verkoppelung mit dem allgemeinen Atomwaffenkrieg führbarer und damit wahrscheinlicher mache, daß sie aber letzten Endes die Notwendigkeit ihrer nuklear-strategischen Eskalation auch nicht mit Sicherheit ausschalten könne.

Exkurs: Frankreichs Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO

Zweifel an der Verläßlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa und die Ablehnung der ,,flexible response'' veranlaßten Frankreich 1966 zum Rückzug aus der integrierten Militärorganisation der NATO. Daneben spielte aber auch die Ablehnung der nuklear untermauerten US-Dominanz im westlichen Lager eine Rolle. In einem Memorandum wandte sich de Gaulle im September 1958 direkt an Eisenhower, in dem es u.a. hieß, daß ausgehend von der Tatsache, daß Frankreich nun wieder seine ,,historische Rolle'' in der internationalen Politik zu übernehmen gedenke, den USA nicht länger das ausschließliche Recht zugestanden werden könnte, die *,,lebenswichtigen Entscheidungen''* für die *,,Verteidigung der freien Welt''* allein zu treffen.

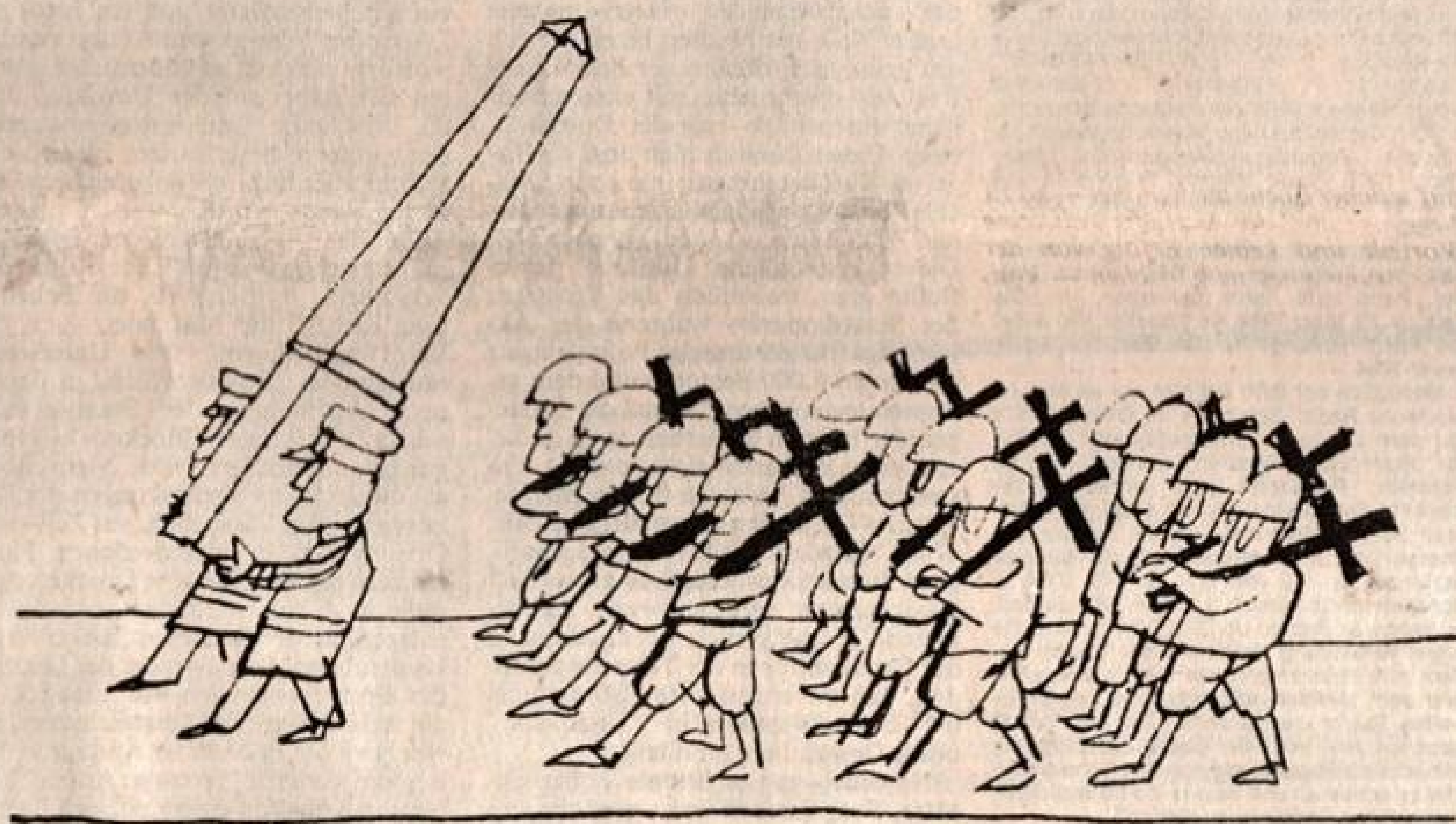
De Gaulle schlug deshalb vor, die bisherigen Strukturen der Allianz so zu modifizieren, daß in Zukunft eine ständige NATO-Gruppe, bestehend aus drei westlichen Nuklear-Mächten (Dreierdirektorium), die nukleare Strategie der NATO und gleichzeitig eine globale Strategie ausarbeiten und über den Einsatz aller nuklearen Waffen an jedem Punkt des Erdballs entscheiden solle. Gleichzeitig kündigte er an, Frankreich müsse im Falle der Verweigerung einer gleichberechtigten nuklearen Partnerschaft *,,die französische Mitarbeit in der NATO einschränken''* und *,,eine unabhängige Politik verfolgen''*.

Nach de Gaulle litt die Allianz an zwei grundlegenden strukturellen Defekten, der US-Dominanz und den besonderen Beziehungen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten. Der Verlust des US-Atomwaffenmonopols und die sich abzeichnende Herausbildung eines nuklearstrategischen Patts machten den Sinn der US-Dominanz innerhalb der NATO umso fragwürdiger. **Denn nun stellte sich ernsthaft die Frage, ob die USA das Risiko der nuklearen Vernichtung für ein anderes Ziel als die ,,Verteidigung'' des eigenen Territoriums auf sich nehmen würden. De Gaulle zweifelte daran und traf, nachdem sein Vorschlag zur Bildung eines ,,Dreierdirektoriums'' mehr oder weniger indirekt abschlägig beschieden wurde, folgende Schlußfolgerung: *,,Die NATO hat also aufgehört, den Westeuropäern ihre Existenz zu garantieren. Wenn aber die Wirklichkeit des Schutzes zweifelhaft geworden ist, warum sollte man da noch sein Schicksal dem Beschützer anvertrauen?''***

westeuropäischen Staaten langfristig neue internationale Positionen aufzubauen.

Seinen radikalsten Ausdruck fand das Streben nach mehr Handlungsfreiheit in der Doktrin der Rundumverteidigung (Tous-azimuts-Doktrin), die von Generalstabschef Ailleret formuliert wurde. Für Ailleret war die Fixierung auf den ,,Feind im Osten'' überholt. Die sowjetische Bedrohung habe sich abgeschwächt; die Kreml-Führung würde kaum einen Krieg entfesseln. Die Welt insgesamt würde sich jedoch in solcher Unordnung befinden und enthalte soviel Kriegsherde, daß schwer vorauszusagen sei, woher die Bedrohungen der Zukunft kommen würden. Deshalb benötige Frankreich ein Verteidigungssystem, das gegen niemand speziell gerichtet sei, sondern eine ,,Abschreckung'' in sämtliche Himmelsrichtungen erlaube. Ailleret plädierte für ein Arsenal von Interkontinentalraketen und die militärische Nutzung des Weltraumes. Seine Langzeitkonzeption scheiterte jedoch alsbald an den ökonomischen wie politischen Gegebenheiten. Die wirtschaftlichen Folgen der 68er Systemkrise schlossen eine Finanzierung des Programmes aus, und der sowjetische Einmarsch in die CSSR im August 1968 verlieh dem alten Feindbild wieder schärfere Konturen (8).

Seither hat sich Frankreich stetig, von kürzeren Unterbrechungen abgesehen, dem Bündnis und seinen strategischen Überlegungen wieder angenähert. Diese Annäherung lieferte überhaupt erst die Voraussetzung für die neuerliche Diskussion um eine deutsch-französische Achsenbildung als Kernstück einer ,,europäisierten NATO'', waren doch ähnliche Vorstöße Frankreichs in der Vergangenheit allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil als ,,Alternative'' zum transatlantischen Bündnis der BRD mit den USA gedacht.



Tomi Ungerer

Als Bestätigung dieser Lagebeurteilung diente die Abkehr der Kennedy-Administration von der Strategie der ,,massive retaliation''. Die Grundthese des sicherheitspolitischen Konzeptes hieß in den Worten de Gaulles: *,,Frankreich muß seine nationale Verteidigung haben, wie das bisher immer der Fall gewesen ist, auch wir müssen über die sogenannten Kernwaffenabschreckungsmittel verfügen, die heute der hauptsächlichste, wenn nicht der einzige Schutz der Völker sind, die frei bleiben wollen. Ohne sie wären wir keine europäische Macht mehr, keine souveräne Nation, sondern lediglich ein integrierter Satellit.''* Als de Gaulle im Februar 1966 Frankreichs Rückzug aus der militärischen Integration ankündigte, verwies er u.a. auf die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen und die Abschwächung der sowjetischen Bedrohung. Desweiteren sah er die Gefahr, daß die Verwicklung der USA in außereuropäische Konflikte zu einem Eskalationsprozeß führen und Frankreich in einen allgemeinen Krieg mit hineinziehen könnte.

Trotz des Rückzuges aus der Militärorganisation der NATO blieb Frankreich Mitglied des atlantischen Bündnisses. Die eigene Atomstreitmacht sollte die bislang von den USA wahrgenommene ,,Schutzrolle'' wieder selbst übernehmen, sie war zudem ,,sicherheitspolitische'' Voraussetzung dafür, sich in der zunehmend multipolar strukturierten Weltpolitik auch von dem determinierenden bipolaren Konfrontationsverhältnis USA-UdSSR zu lösen und für sich und die anderen

Die Gründe für die Wiederannäherung Frankreichs an die Allianz und ihre Führungsmacht sind kurz gesagt die folgenden: Unter der Regierung Giscard d'Estaing erlebte die französische Nuklearstrategie und Sicherheitsdoktrin einige wichtige Modifizierungen. Die französische Nuklearstrategie geriet mit ihrem von der ,,massive retaliation'' übernommenen ,,alles oder nichts'' in eine Glaubwürdigkeitskrise. Wie zuvor in den USA erwuchs auch in Frankreich aus diesem Dilemma das Bedürfnis nach mehr Flexibilität, zusätzlichen Optionen der Kriegsführung und Zwischenstufen.

1980 kündigte Giscard an, daß Frankreich bei einem n u k l e a r e n Schlag gegen sein Territorium die strategische Atomstreitmacht einsetzen würde und nahm somit Abschied von der französischen Version der ,,massive retaliation''. Desweiteren entschied sich die Regierung für eine stärkere konventionelle Aufrüstung (bei gleichzeitigem qualitativen und quantitativen Ausbau der Nuklearstreitkräfte, die bis dahin über keine gesicherte Zweitschlagskapazität verfügten und somit gegenüber einem ,,Präventivschlag'' verwundbar waren), um das ,,Ungleichgewicht'' zwischen nuklearen und konventionellen Kräften auszubalancieren. Auf diese Weise sollten die Optionen und Zwischenstufen unterhalb des Einsatzes der strategischen Nuklearstreitkräfte ausgebaut werden. Dem selben Zweck diente und dient die Modernisierung bei den taktischen Nuklearwaffen, deren Reichweiten zudem erhöht wurden, was einer allgemein zu beobachtenden Tendenz bei den taktischen Atomwaffen für den europäischen Kriegsschauplatz entspricht.

Das de Gaulle'sche Szenario der ,,zwei Schlachten'', in die sich ein Krieg in Europa gliedern würde — die Schlacht um die BRD zuerst, bei der französische Truppen in der Reserve gehalten werden, und die Schlacht um Frankreich, für den Fall, daß die NATO die Schlacht um die BRD verliert, wurde durch das Szenario vom ,,einen Kampfgebiet'', in das das französische Territorium von vornherein mit einbezogen ist, abgelöst. Diese Ausweitung des französischen Operationshorizonts faßte der Generalstabschef Méry in den Begriff der ,,sanctuarisation élargie'', der Erweiterung des ,,unantastbaren Raumes'' (sanktuarium).

Mittlerweile arbeitet Frankreich an der Aufstellung einer 47.000 Mann starken ,,Force d'action rapide'' (FAR), die für den Einsatz innerhalb und außerhalb Europas vorgesehen ist. Sie soll nach offiziellen Bekundungen den ,,Handlungsspielraum'' Frankreichs in ,,Krisensituationen'' erweitern und ein frühzeitiges Eingreifen bei einem Konflikt in Europa an der Seite der NATO-Verbündeten und in vorderen Frontabschnitten ermöglichen. Ihre hohe Mobilität soll sie zu raumgreifenden Offensiven und Schlägen gegen die ,,zweite Staffel'' der Streitkräfte des Warschauer Pakts befähigen, wie sie in den neueren strategischen Überlegungen der NATO (,,Rogers-Plan''/,,Air-Land-Battle''—,,erweitertes Schlachtfeld'') vorgesehen sind. Hier erfolgt offensichtlich eine Annäherung in den jeweiligen strategischen Überlegungen der NATO-Staaten innerhalb der militärischen Integration und Frankreichs.

Zur Genese des NATO-,,Doppelbeschlusses''

Frankreich hat den ,,Doppelbeschluß'' nicht zuletzt unter dem Aspekt der Rekonstruierung des ,,löcherig'' gewordenen amerikanischen Nuklearschirmes über Westeuropa begrüßt. Wie in der BRD, so wurde auch in Frankreich das SALT-II-Abkommen als Bestätigung dafür gesehen, daß die amerikanische Nukleargarantie an Glaubwürdigkeit eingebüßt habe (9).

Die französischen Nuklearwaffen sind strategische Waffen, sie unterliegen allein der nationalen Verfügungsgewalt und dienen nach der französischen Nukleargarantie ausschließlich der nationalen ,,Abschreckungsstrategie''. Die französische Nuklearstreitmacht soll demnach nicht die amerikanische Nuklearpräsenz in Europa ersetzen, die offiziell dazu bestimmt ist, die ,,Sicherheit'' derjenigen westeuropäischen Staaten zu garantieren, die wie die BRD, nicht über eigene Atomwaffen verfügen. Sie sind somit nicht dazu in der Lage, die Koppelung zwischen den strategischen Systemen der USA und der ,,Verteidigung Europas'' herzustellen.

Die Abkoppelungsbefürchtungen der Westeuropäer bekamen neue Nahrung, nachdem Kissinger im September 1979 in Brüssel festgestellt hatte, daß die oberste Stufe der Eskalationsleiter für den europäischen Kriegsschauplatz nicht mehr glaubwürdig zur Verfügung stehe. Für die USA ging es mit der Stationierung der neuen eurostrategischen Systeme um die Bereitstellung von Waffen für die Wahrnehmung erweiterter Kriegsführungsoptionen, die Westeuropäer wiederum erhofften sich von der Stationierung der Raketen eine stärkere und glaubwürdigere Ankoppelung an das strategische Potential der USA. Denn, so ihre Rechnung: NATO-Systeme, die militärische Einrichtungen in der westlichen Sowjetunion bedrohen, würden im Falle ihres Einsatzes einen strategischen Schlag der SU nicht nur gegen Westeuropa, sondern auch gegen die USA provozieren.

In Washington hingegen kalkulierte man diesbezüglich ganz anders: Ein punktzielgenauer Schlag etwa einer Pershing-II gegen eine militärische Einrichtung in der westlichen Sowjetunion wird, da es sich hierbei nicht um einen großen ,,nuklearen Hammer'' handelt, nicht automatisch eine nuklearstrategische Antwort provozieren. Sollte die SU dennoch zu einer nuklearstrategischen Antwort ausholen, so wird diese auf Westeuropa begrenzt bleiben, da auch die SU nicht am ,,atomaren Selbstmord'' interessiert ist. So wurde der Vorschlag der Seestationierung, der nach Auffassung einiger Westeuropäer die Verbindung mit dem strategischen Nuklearpotential der USA glaubwürdiger unterstrichen hätte als der gesonderte Aufbau eines landgestützten eurostrategischen Potentials, mit dem Argument abgelehnt, die Sowjets müßten deutlich unterscheiden können, ob eine anfliegende Rakete dem strategischen oder taktischen Arsenal der USA und der NATO zuzuordnen sei.

Wenn nun die amerikanische ,,Viererbande'' die ,,Nach''rüstung mit nuklearen eurostrategischen Systemen und überhaupt den Einsatz von Nuklearwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz in Frage stellt, dann deshalb, weil sie befürchten, daß es im Falle des Einsatzes von Nuklearwaffen in Westeuropa zwangsläufig zu einer unkontrollierbaren nuklearen Eskalation kommen wird, in deren Verlauf auch die USA in Mitleidenschaft gezogen wird. Der vorrangige Schutz der amerikanischen Sicherheitsinteressen und die Abkoppelung der USA von einem aus den Fugen geratenen europäischen Kriegsschauplatz ist ihrer Auffassung nach nur dadurch zu gewährleisten, daß eine deutlichere Tren-

schen Kriegsschauplatz ist ihrer Auffassung nach nur dadurch zu gewährleisten, daß eine deutlichere Tren-

nungslinie zwischen der konventionellen und der nuklearen Kriegsführung gezogen wird. So unterstützen sie zwar die strategischen Vorstellungen von ,,Air-Land-Battle'' wie sie auch im ,,Rogers-Plan'' (als ,,konventionelle Variante'') enthalten sind, lehnen jedoch den im ,,Air-Land-Battle''-Konzept vorgesehenen frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen aufgrund der befürchteten globalen Eskalation ab.

Sie lehnen den (frühzeitigen) Einsatz von Nuklearwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz ab, da diese Waffen ihrer Auffassung nach zum Zwecke der Kriegs f ü h r u n g untauglich sind und somit ins ,,zweite Glied'' verbannt gehören (10). In der Definition der Atomwaffen treffen sie sich mit den Westeuropäern, nicht jedoch in der Frage des ,,first use''. Dem Verzicht auf den Ersteinsatz wird unter dem Aspekt der damit verbundenen partiellen Abkoppelung der USA vom Kriegsschauplatz Europa eine mehrheitliche Absage erteilt.

„Anhebung der Atomschwelle": JA „Abkoppelung": NEIN

Konsens existiert heute innerhalb der NATO über die Notwendigkeit der Stärkung der konventionellen Komponente innerhalb der ,,flexibel response'' bzw. der ,,Anhebung der Atomschwelle''. Allerdings darf dadurch nach Auffassung der Westeuropäer die sicherheitspolitische Verkoppelung mit den USA nicht in Frage gestellt werden, zu der es im Zeitalter der Nuklearwaffen in Ost und West solange keine Alternative gibt, wie die BRD nicht selbst über Atomwaffen verfügt. Von daher sind allen Konventionalisierungsplänen von vornherein Grenzen gesetzt.

Konsens besteht weiterhin darüber, daß die NATO-Kriegsführung im grenznahen Bereich einer weitgehenden Konventionalisierung unterzogen gehört. Die hierfür bislang vorgesehenen nuklearen Sprengköpfe und Trägersysteme kurzer und kürzerer Reichweite werden zum einen durch konventionelle ,,Quasi-Atombomben'' ersetzt werden, also durch Waffensysteme, die im Falle ihres Einsatzes nicht gleich die Zerstörung der BRD durch nukleare Eskalation heraufbeschwören, sowie durch die neuen eurostrategischen Nuklearsysteme (10 a). Denn wie bereits im NATO-,,Doppelbeschluß'' zu lesen ist, geht der Abzug der nuklearen Gefechtsköpfe einher mit der Verlagerung von Optionen nuklearer Kriegsführung vom Gefechtsfeld in die räumliche Tie-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

fe der Gegenseite (11). Der Ersteinsatz von nuklearem Gerät wird somit in die Tiefe des gegnerischen Raumes verlagert, die Entscheidung zur nuklearen Eskalation an die Gegenseite delegiert. Die NATO wird jedoch genug von den alten Gefechtswaffen übrig behalten, sodaß der Warschauer Pakt zum Auseinanderziehen seiner grenznah stationierten Verbände gezwungen ist (da diese ansonsten ein ideales Ziel für nukleare Massenvernichtungsmittel bieten würden).

Konsens existiert auch über die Notwendigkeit eines Schlages gegen die „zweite Staffel" bzw. Abriegelung der hinteren Aufmarschräume vom unmittelbaren Kampfgeschehen. Über das W i e gibt es allerdings erhebliche Differenzen zwischen den USA und der BRD/Westeuropa. Im Gegensatz zum „Air-Land-Battle"-Konzept schwebt hier den BRD-Strategen wohl eher vor, diese „Abriegelung" mit ausschließlich konventionellen „long-range-interdiction"-Systemen vorzunehmen, während gleichzeitig die analogen Nuklearsysteme bestimmte ausgewählte Teile der Militärmaschinerie des Warschauer Paktes in der westlichen Sowjetunion unter nukleare Bedrohung stellen (Lothar Rühl nennt die weiterreichenden INF-Systeme als Mittel einer *„gezielten statt einer ziellosen Abschreckung"*, die eben nicht dazu dienen sollten, *„Städte oder Ballungsräume zu bedrohen"*. Es würde sich dabei nicht um Optionen für *„begrenzte Nuklearführung"* handeln, *„sondern um Kriegsverhinderungsoptionen durch nukleare Bewaffnung. Allerdings kann kein Gedankengebäude auf der Trennung von technischer Tauglichkeit für den Einsatz und abschreckender Wirkung einer Waffe oder einer Streitmacht aufbauen — Papiertiger und Papierdrachen werden weder im Risikokalkül noch für Rüstungskontrolle gezählt"*, („FAZ" v. 24.4.1984).

Neben den genannten politischen Problemen stellt die Kostenfrage ein erhebliches Hindernis für die konventionelle Aufrüstung und eine weitergehende Konventionalisierung der NATO-Strategie dar, zumal hier zwischen Westeuropa und den USA tiefergehende Differenzen bezüglich der Form der Waffenbeschaffung wie der Finanzierung („burden sharing") existieren. Die konventionelle Rüstung ist erheblich kostenträchtiger als die nukleare, jedenfalls dann, wenn sie als Ersatz und Alternative für/zu dieser gedacht wird. Dies gibt auch die westdeutsche „Viererbande" zu bedenken. *„Die politischen und finanziellen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines konventionellen Gleichgewichtes durch Aufrüstung des Westens im Wege stehen, werden unseres Erachtens von den Autoren erheblich unterschätzt. Anders wäre es, wenn sich ein konventionelles Gleichgewicht durch Reduzierung auf seiten des Warschauer Paktes über Verhandlungen erreichen ließe. Hierzu äußern sich die Autoren nicht, aber die Schwierigkeiten der langjährigen und bisher ergebnislosen Verhandlungen über ausgewogene Streitkräfte-Reduzierungen in Mitteleuropa (MBFR) zeigen, wie hürdenreich dieser Weg bisher war. Gleichgewicht durch westliche konventionelle Aufrüstung herzustellen, dürfte ebenfalls äußerst schwierig sein. Die Kosten bewegen sich in Größenordnungen, die die jetzigen Verteidigungshaushalte völlig sprengen würden"* (12).

Dem Bündnis fehlt somit nach wie vor eine konsensfähige Strategie, die von allen seinen Mitgliedern in gleicher Weise interpretiert wird. Und nichts deutet darauf hin, daß eine solche in absehbarer Zeit gefunden wird. Im Gegenteil: Die Diskussion um die amerikanischen Pläne zur Installierung eines ABM-Systems im Weltraum, das die Abkoppelung nicht nur von einem konventionellen, sondern auch von einem nuklearen Kriegsschauplatz Europa idealtypisch gedacht in den Bereich des Möglichen rücken würde, läßt darauf schließen, daß die Friktionen im Bündnis eher noch zunehmen werden (13). Vorschläge zur „Europäisierung der NATO" und „europäischen Selbstbehauptung" versuchen diesem Umstand Rechnung zu tragen. Für die BRD gibt es allerdings nur einen einzigen „sicheren" Ausweg aus diesem „Dilemma": Die Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen. So darf es auch nicht wundern, wenn dieses Thema demnächst wieder stärker in die Diskussion kommen wird.

Anmerkungen/Quellenhinweise

1. Karl Kaiser, Georg Leber, Alois Mertes, Franz-Joseph Schulze, Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens — Stellungnahme zu einem amerikanischen Vorschlag über den Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen, in: „EUROPA-ARCHIV", 12/1982. Der Beitrag erschien gleichzeitig in der Zeitschrift des Council on Foreign Relations, New York, Foreign Affairs, Summer 1982.
Zu den Autoren: Prof. Dr. Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Professor für Politikwissenschaften an der Universität zu Köln. Dr. h.c. Georg Leber, MdB (SPD), Bundesminister für Verteidigung 1972-1978. Dr. Alois Mertes, MdB (CDU/CSU), Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, im Auswärtigen Dienst 1952-1971, seit der „Wende" Staatssekretär im Außenministerium. Franz-Joseph Schulze, General a.D., Stellv. Chef des Stabes Oberstes Alliiertes Hauptquartier Europa 1973-1976, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Mitteleuropa 1977-1979. Von ihm stammen auch zahlreiche Aufsätze, die den Ausbau der konventionellen „Verteidigung" in Mitteleuropa fordern („Europäische Wehrkunde" etc.).
Zur Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der amerikanischen „Viererbande" siehe desweiteren u.a.: Wolf Graf von Baudissin, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis — eine Stellungnahme, in: Dieter S. Lutz, Sicherheitspolitik am Scheideweg, Baden-Baden, 1982. Gerhard Wettig, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis — Eine zweite Stellungnahme, ebenda. Jonathan Dean, Über den Ersteinsatz hinaus, in „Neue Gesellschaft", 9/1982. Wolfgang Altenburg, Militärstrategische Überlegungen zur Sicherheit Westeuropas, in: Peter-Kurt Würzbach, Die Atomschwelle heben, Koblenz 1983. Ernst-Otto Czempiel, Konventionell oder nuklear. Langfristige Aspekte der aktuellen Debatte, in: „Neue Gesellschaft", 2/1983. Hans Apel, Braucht die NATO eine andere Strategie?, in: „Europäische Wehrkunde", 4/1983, ders.: Zur Diskussion über die Strategie der NATO, in: „EUROPA ARCHIV", 11/1982.
2. Kaiser, Leber, Mertes, Schulze, ...
3. ebenda
4. ebenda
5. ebenda
6. siehe u.a.: G.H. Snyder, Deterrence and Defense: Toward a Theory of National Security, Princetown, 1961
7. siehe u.a.: Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart, 1965. Dieter Mahncke, Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus-Dieter Schwarz, Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel, 1978 (3. Auflage). Hans-Peter Schwarz, Grundgegebenheiten und Konzepte westdeutscher Sicherheitspolitik, in: Hans-Peter Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München, 1975.
8. Zur französischen „Sicherheitspolitik" siehe u.a.: Jürgen Schwarz, Frankreichs Militärstrategie von 1958-1978. F. de Rose, La défense de la France et de l'Europe, in: „Défense Nationale", Dezember 1982. Uwe Nerlich, Westeuropäische Verteidigungsidentität. Die Dilemmas französischer Sicherheitspolitik in Westeuropa, in: „EUROPA-ARCHIV", 19.8.1974. Jürgen Schwarz/Helge Hansen, Militärstrategische Konzepte, in: Karl Carstens, Dieter Mahncke, Westeuropäische Verteidigungskooperation, München, 1972. Pierre Mauroy, Frankreich und die westliche Sicherheit, in: „NATO-Brief", 5/1983.
Zur „sicherheitspolitischen Zusammenarbeit" von Frankreich und BRD: Alfred Dregger, Paris muß Farbe bekennen, in: „Die Zeit", v. 23. März 1984. Kurt Becker, Wo endet die Abschreckung? in: „Die Zeit" v. 24. Februar 1984
9. Bezüglich der BRD sei hier nur an die „historische Rede" Schmidts im Oktober 1978 vor dem Londoner „Internationalen Institut für Strategische Studien" erinnert (Helmut Schmidt, Politische und wirtschaftliche Aspekte der westdeutschen Sicherheit, Alastair Buchan Memorial Lecture, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 112 vom 8.11.1977, S. 1014 f.). Schmidt führte damals u.a. aus: *„Wir Europäer haben zu Beginn der SALT-Gespräche die enge Verbindung zwischen der Parität auf dem nuklearstrategischen Gebiet einerseits und dem taktisch-nuklearen und konventionellen Sektor andererseits nicht klar genug gesehen und nicht klar genug artikuliert. Es gilt jetzt die Verzahnung von SALT und MBFR klar zu erkennen und daraus die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen"*.
Ob der „Doppelbeschluß" die gewünschte Verkoppelung wieder hergestellt hat, ist allerdings sehr umstritten. Tatsächlich existiert wohl so etwas wie ein „Abkoppelungs-Paradoxon". Das heißt: Wird Westeuropa mit einer „allzu großen" Zahl nuklearer eurostrategischer Waffen bestückt, würde dies von den Westeuropäern als Absicht interpretiert werden, einen nuklearen Kriegsschauplatz Europa vom strategischen Arsenal der USA abzukoppeln. Würden diese Systeme nicht stationiert werden, ließe sich das ebenfalls als Versuch der Abkoppelung interpretieren (siehe die Replik der westdeutschen „Viererbande"), da kaum davon ausgegangen werden kann, daß die USA ihre strategischen Systeme zur „Verteidigung" Westeuropas einsetzen würden.
10. Die Zurückstufung der Nuklearwaffen (jedenfalls der „strategischen") ins „zweite Glied" forderte McNamara bereits 1964, nachdem die unter seiner Federführung als „Verteidigungs"minister formulierten Kriegsführungskonzeptionen „counterforce" und „no cities" an der Herausbildung des „strategischen Patts" per sowjetischer „Zweitschlagsfähigkeit" gescheitert waren. McNamara zog den Schluß, daß nukleare Macht über „passive Abschreckung" hinaus politisch nutzlos geworden sei. An die Stelle vom „counterforce" trat nun das Primat des strategischen Prinzips „Kriegsverhinderung" durch „wechselseitig gesicherte Zerstörung" (MAD) und desweiteren die Aufgabe des Ziels der „Schadensbegrenzung". Das Konzept der „mutual assured destruction" stellte genau besehen eine paradoxe Rückentwicklung der „Abschreckungstheorie" zur „massive retaliation"-Doktrin der fünfziger Jahre dar, nur unter völlig neuen Bedingungen („strategisches Patt").
Da die erfolgreiche Anwendung des nuklearstrategischen Potentials der USA gegen die sowjetischen nuklearstrategischen Stellungen unmöglich geworden war, verlagerte sich die Möglichkeit der kontrollierten Kriegsführung von der strategischen auf die regionale Ebene. Es ergab sich somit eine stärkere „Regionalisierung" des Kriegsbildes. Die „Nebenkriegsschauplätze" in Europa und Asien, die Konzeption des „begrenzten Krieges" wie die konventionellen Streitkräfte gewannen an Bedeutung. Ferner wurde ein Teil der „counterforce"-Potentiale aus der strategischen Zielplanung herausgenommen und „regionalisiert" für den Einsatz gegen auf Westeuropa gerichtete sowjetische Mittelstreckenraketen.
10 a. *„Die große Menge der ursprünglich einmal siebentausend amerikanischen Atomsprengköpfe in Europa (...) ist ein Relikt der Strategie der frühen sechziger Jahre. (...) Es gibt inzwischen konventionelle Systeme für den Abwurf etwa eines Minenfeldes in den Weg eines anrollenden Panzerangriffes oder zur Sperrung der Startbahnen von Flugplätzen. Es gibt Waffen zur sicheren Zerstörung von Punktzielen wie Brücken und Straßenkreuzungen tief im Hintergrund des Aufmarschgeländes und der Bereitstellungsräume für die zweite und dritte Welle der nachstoßenden Angriffsdivisionen. Beschaffung dieser Waffen in ausreichender Zahl vorausgesetzt, kann die NATO auf die meisten kleineren Kernwaffen verzichten, ohne Sicherheit zu riskieren. (...) Nach dem Urteil angesehener Offiziere mit Erfahrungen in höchsten Kommandostellen würde es genügen, wenn die Landstreitkräfte der NATO nur noch eine Kurzstreckenwaffe, die Rakete ‚Lance' (Reichweite 100 km, demnächst 200 km), und zwar nur noch bei der Korps-Artillerie, in Reserve hielten. Für die ‚Lance' könnte zusätzlich eine zweite Munition, ein konventioneller Gefechtskopf mit den modernen Streuwaffen entwickelt werden. Mit der Einführung des Flugabwehrsystems ‚Patriot' zur Ablösung der ‚Nike' kann auch die gesamte Luftverteidigung der NATO wieder konventionell werden. (...) Auf die Atomwaffen für das Gefechtsfeld, besonders auf die große Zahl Atomgranaten, kann zuerst verzichtet werden. Ihre Anwesenheit ist auch politisch unerwünscht. Die kleinen Atomwaffen suggerieren nämlich, die NATO halte es für möglich, mit Atomwaffen einen Krieg zu führen, der konventionell nicht mehr zu führen sei. (...) Weil die Aufgabe der Atomwaffen jetzt auf die Abriegelung des Gefechtsfeldes von den rückwärtigen Räumen der Verstärkung reduziert werden kann und auch dort eher ein kleines Maß (572 Mittelstreckensysteme) als ausreichend angesehen werden kann, dürfen überzählige Gefechtsfeldwaffen, diese Ruinen der älteren Strategie, weitgehend abgeräumt werden"* (Günther Gillessen in der „FAZ" v. 10. Juni 1983).
11. So heißt es im NATO-„Nach"rüstungsbeschluß bezüglich des Verhältnisses von eurostrategischen Raketen und Raketen kurzer und kürzerer Reichweite u.a.: *„In diesem Zusammenhang kamen die Minister überein, daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1.000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Weiterhin beschlossen die Minister, daß die 572 LRNTF-Gefechtsköpfe innerhalb dieses verminderten Bestandes untergebracht werden sollen. Dies impliziert notwendigerweise eine Gewichtsverlagerung mit der Folge, daß die Zahl der Gefechtsköpfe von Trägersystemen anderer Typen und kürzerer Reichweite abnimmt."*
12. Kaiser u.a.m., siehe Anmerkung/Quellenhinweis 1
13. Siehe u.a. den Kommentar von Fritz Ullrich Fack in der „FAZ" v. 26.4.84.
Zur Krise der NATO allgemein siehe u.a.: Robert W. Komer, Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in „EUROPA-ARCHIV", 8/1984. Eliot A. Cohen, Die permanente Krise des atlantischen Bündnisses, in: „EUROPA-ARCHIV", 24/1982. Ernst-Otto Czempiel, Diagnose der Atlantischen Gemeinschaft, in: „EUROPA-ARCHIV", 7/1984. Henry Kissinger, Ein Umbau-Plan für die NATO, in: „die Zeit" v. 2. März 1984. Helmut Schmidt, Ein Schuß ins Schwarze, in: „die Zeit" v. 9. März 1984.

dsm

Strafverfahren gegen Bremerhaven-Demonstranten

Erste Erfolge der Solidaritätskampagne

Die Aktionen in Bremerhaven/Nordenham vom 13. bis 15. Oktober letzten Jahres waren die bis dahin größten „Standortaktionen" im Rahmen der Friedensbewegung. Nicht bloß symbolischer Protest, sondern effektiver Widerstand sollte nach dem Willen der Initiatoren eine neue Qualität des Kampfes gegen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung begründen. Einiges davon konnte umgesetzt werden, anderes blieb im Chaos der unterschiedlichen Interessen und Aktionsvorstellungen stecken.

Trotz der Brisanz der Aktion und der entsprechenden Hetzkampagne großer Teile der Medien beteiligte sich das gesamte Spektrum der Friedensbewegung — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — an der Durchführung. Dieses Bündnis hielt über die Tage im Oktober hinaus; die sonst üblichen Distanzierungen nach umstrittenen Aktivitäten (Krefeld!) blieben aus! Dieser erstaunliche Umstand beeinflußte ganz wesentlich das Verhalten des Staatsapparats während der Aktionstage. So gehörte der Polizeieinsatz mit seinen 6.000 Beamten und dem gesamten technischen Arsenal der Strategen der Inneren Sicherheit auch in diesem unserem Lande nicht zu den kleinsten; auch an Anlässen für ein entsprechendes Eingreifen hat es nicht gefehlt. Wenn trotzdem der Einsatz des staatlichen Repressionspotentials zutreffend als insgesamt vergleichsweise zurückhaltend charakterisiert wurde, dann ist der Grund dafür in der Tatsache zu finden, daß die angestrebte Entmischung der Demonstranten in „Friedliche" und „Gewalttäter" mißlang.

Natürlich gab es brutale Polizeieinsätze, Prügelszenen usw., aber die von Teilen der Autonomen beschworene drohende Zerschlagung des militanten Flügels der Friedensbewegung in der „Polizeifalle Bremerhaven" hat jedenfalls nicht stattgefunden, obwohl die Polizei von Stärke und Einsatztaktik her darauf vorbereitet war.

Schlappe für Strafverfolgungsbehörden

Daß das Vorgehen des Staatsapparates gegen ein bis ins Lager der etablierten Parteien reichendes Bündnis anders aussieht als gegenüber einem isolierten Autonomen-Trupp, zeigt auch die bisherige Entwicklung der strafrechtlichen „Nachbereitung" der Aktion.

So nahmen zwar Polizei und Staatsanwaltschaft Ermittlungen in 118 Fällen auf, inklusivere diversen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen, Anklage ist bis heute allerdings erst in einem Fall erhoben. 44 Verfahren sind dagegen eingestellt worden. Der Bremerhavener Ermittlungsausschuß rechnet mit der Erhebung von Anklagen in 15 Fällen gegen Demonstranten, die während der Demonstration festgenommen worden waren. Zwar ist beim gegenwärtigen Stand der Dinge eine Prognose ein gewagtes Unterfangen, aber es scheint Anzeichen dafür zu geben, daß der anfängliche Schwung der Strafverfolgungsbehörden bei der Kriminalisierung der Bremerhavener Aktion gebremst worden ist. Denn eine möglicherweise magere Beweislage hat doch noch keinen Staatsanwalt von echtem Schrot und Korn davon abgehalten, die ganze Strenge des Gesetzes in Anwendung zu bringen, wenn die Staatsraison es erfordert.

Das Schicksal der auch überregional bekannt gewordenen Ermittlungsverfahren gegen fünf Mitglieder der Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB)" legt eine solche Einschätzung jedenfalls nahe: Ihre Einstellung steht dem Vernehmen nach kurz bevor. Die Sache verdient deshalb eine etwas ausführlichere Darstellung.

Offensichtlich hatten Polizei und Staatsanwaltschaft gehofft, mit ihrem Vorgehen die fünf BIFA-Mitglieder (ein DKP'ler, ein AL'er, ein Grüner, ein Kirchenvertreter und ein Juso) als „Anstifter" der ganzen Aktion verantwortlich machen zu können. Sie stützten sich dabei auf den Umstand, daß die fünf eine Demonstrationsanmeldung unterzeichnet hatten, die von der Polizei allerdings als unzureichend zurückgewiesen worden war. Trotzdem sollte das Auftauchen des Begriffes „Unterweserausschuß" im Kopf des Schreibens als Beleg für die Behauptung dienen, die fünf seien auch für Veröffentlichungen des Unterweserausschusses verantwortlich, in denen nach Auffassung der Staatsanwaltschaft zu Straftaten (Blockade = Nötigung) aufgefordert wird. Mehr noch als die geistigen Verrenkungen der Behörde bei den Versuchen, aus Zeit- und Ortsangaben in irgendwelchen Flugblättern (24 verschiedene Druckerzeugnisse sind fein säuberlich aufgelistet) entsprechende Verantwortlichkeiten zu konstruieren, fasziniert bei der Lektüre der Ermittlungsakten der Einblick in die Arbeitsweise des Staatsschutzes. So war etwa das in 20.000er Auflage in der Region verteilte zentrale Aufrufflugblatt in Köln von einem eifrigen Beamten auf der Straße aufgelesen worden, was einen regen Schriftwechsel zu der Frage auslöste, ob nun in Bremerhaven oder in Köln Ermittlungen aufgenommen werden sollten.

Breite Solidarität

Durch entsprechende Vorladungen zu polizeilichen Vernehmungen mit der drohenden Kriminalisierung ihrer Mitglieder konfrontiert, entschloß sich die BIFA zu einer breitangelegten Aufklärungs- und Solidaritätskampagne:

— Der diesjährige Ostermasch, der wie im Herbst zur Carl Schurz-Kaserne führte, wurde mit einer von über 600 Personen unterzeichneten und als Großanzeige veröffentlichten Erklärung angemeldet, in der u. a. die Ermittlungsverfahren als Angriffe gegen die gesamte Friedensbewegung gekennzeichnet werden.

— In einer Resolution der VK des Zentralkrankenhauses wurde betont, Angriffe auf Mitglieder der Friedensbewegung könnten auch Gewerkschaftern als Teil dieser Bewegung nicht gleichgültig sein. Ähnlich äußerte sich auch die GEW.

— Proteste der Grünen, der DKP usw. verstehen sich von selbst. Nicht ganz so selbstverständlich allerdings war die Haltung von größeren Teilen der Sozialdemokratie. Eine von den Bremerhavener Jusos eingeleitete Selbstanzeigenkampagne fand ein breites Echo in den Medien, nicht zuletzt wegen des Engagements einer Reihe Exponenten des linken Flügels der Bremer SPD, mehrerer Bürgerschaftsabgeordneter und Stadtverordneter, Mitglieder des Landesvorstandes, Mitglieder von Unterbezirksvorständen usw., darunter als die „prominentesten" Horst Isola, Senatsrat in Bremen und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, und H. D. Müller, Vorsitzender des Unterbezirks Ost der Bremer SPD. Ein von diesen Kreisen eingebrachter Initiativantrag mit einer harschen Kritik am Vorgehen der Staatsanwaltschaft fand auf dem Landesparteitag der SPD im April eine deutliche Mehrheit!

Um die Aufzählung zu vervollständigen, soll auch die Kritik des Bremerhavener CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Ravens nicht unerwähnt bleiben.

Das alles konnte auf die Justizbehörden im sozialdemokratisch regierten Bremen kaum ohne Wirkung bleiben. Nach Auskunft gewöhnlich gut unterrichteter Kreise wurde jetzt in einem Spitzengespräch zwischen Partei, Justizsenator und Staatsanwaltschaft beschlossen, die Verfahren einzustellen. Nicht verkneifen wollen wir uns an dieser Stelle eine kleine Bemerkung zum Verhalten der Grünen in der Solidaritätskampagne. Denen nämlich fiel als Reaktion auf die von den Jusos initiierte Selbstanzeigenkampagne nichts intelligenteres ein, als öffentlich herumzutrompeten, damit würde er Sache ein schlechter Dienst erwiesen und der Kriminalisierung der Friedensbewegung Vorschub geleistet. Nun läßt sich durchaus Kritikwürdiges an der Kampagne benennen, fehlende Abstimmung mit den Betroffenen etwa oder ein leichter „Profilierungs"-Geruch. Aber tatsächlich hat die Selbstanzeigen-Kampagne nicht verstärkte Kriminalisierung der Bewegung zur Folge gehabt, sondern im Gegenteil die Zurückdrängung von Strafbarkeitsgrenzen, zwar nicht in Form der Streichung von Strafvorschriften (vergl. die bekannte Selbstbezichtigungskampagne prominenter Frauen, die abgetrieben hatten), aber immerhin doch in der Zurückverschiebung ihrer Anwendung.

Einstellung aller Verfahren!

In der BIFA besteht Übereinstimmung darin, auch nach Einstellung der fünf Verfahren zu versuchen, das öffentliche Interesse an dieser Frage wachzuhalten. Denn die Verfahren gegen Blockierer und Demonstranten sind noch nicht alle vom Tisch. Gerade nach der Schlappe, die sie jetzt einstecken mußte, wird die Justiz versuchen, einzelne „Gewalttäter" auch zu verurteilen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Solidaritätsarbeit scheinen allerdings nach der bisherigen Entwicklung besser zu sein als in ähnlichen Fällen, etwa in West-Berlin oder Krefeld. Zu diesen positiven Voraussetzungen zählt auch die Existenz eines Rechtshilfefonds, der auf Beschluß des Unterweserausschusses von Überschüssen der Aktion in Höhe von über 30.000 DM gebildet wurde und a l l e n im Zusammenhang mit den Aktionen in Bremerhaven und Nordenham verfolgten Antimilitaristen zugute kommen soll. (Die Adresse des Bremerhavener Ermittlungsausschusses:
c/o RA W. Mayer
Hafenstraße 133
2850 Bremerhaven)

KB/Gruppe Bremerhaven



...rat — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenliste...

Frau zu sein ist allein noch kein Programm

Die Diskussionen um Weiberräte und Frauenlisten haben viele Frauen aus allen Teilen der Frauenbewegung aufhorchen lassen. Die Hoffnung auf eine neue Bewegung der Frauen, auf Zusammenschluß und Aktionsfähigkeit durch neue Organisationsformen und Strukturen hat viele Frauen wieder zu Veranstaltungen, Teach-ins und Frauengruppen motiviert. Dies alles ist zweifellos gewünscht. Zu hinterfragen ist allerdings, ob uns eine Frauenbewegung mit dem Hauptslogan „Frauen Macht Politik" (wie die 4. Hamburger Frauenwoche es formulierte) oder „Frauenrepräsentanz" in Institutionen wie Parlamenten etc. dem gewünschten Ziel näherbringt. Ich wage dies nicht nur in Frage zu stellen, weil mir die zweijährige Parlamentsmühle das Gegenteil bewiesen hat (immerhin machen wir Frauen dort zu 50% die Fraktionsarbeit), sondern auch, weil ich bei keinem vorgeschlagenen Modell der Frauenliste Sinn und Inhalt, geschweige denn Ziele herauszulesen vermag. Die oberflächliche Euphorie (speziell auch bei einigen Männern), jetzt „die Frauen doch mal ran zu lassen", steht eher im Kontext der bisherigen Unfähigkeit gerade der Grün/Alternativen, eine Frauenpolitik zu entwickeln, die über die eigene Parteiborniertheit hinausgeht und sich tatsächlich an die betroffenen Frauen richtet. Abgesehen von der Tatsache, daß Frauenrepräsentanz nicht unbedingt mit einem veränderten Bewußtsein bei den Grünen zu tun hat

die eigene Parteiborniertheit hinausgeht und sich tatsächlich an die betroffenen Frauen richtet. Abgesehen von der Tatsache, daß Frauenrepräsentanz nicht unbedingt mit einem veränderten Bewußtsein bei den Grünen zu tun hat

(dafür dürfte der Bonner Weiberrat als „Friedensstifterin" das beste Beispiel sein), sehe ich auch sonst keine neue politische Qualität in diesen Frauenlisten. Eher habe ich die Befürchtung, daß durch diese Herangehensweise die Frauen letztlich noch verantwortlich gemacht werden für Rückschläge in der allgemeinen Entpolitisierung der Grün/Alternativen Bewegung.

Um genauer auf die einzelnen Vorschläge einzugehen, skizziere ich zunächst die Entwicklung der Weiberräte und Frauenlisten. Hier wird auch die Hamburger Diskussion einen größeren Raum einnehmen, wenn ich richtig informiert bin, ist die Diskussion hier am weitesten fortgeschritten.

Vor dem Hintergrund der Krise der Frauenbewegung wurde im letzten Jahr auf der Westberliner Frauen-Sommeruni erstmals die Idee der Weiberräte und Frauenlisten in die Diskussion gebracht. Maßgeblich daran beteiligt sind die „Courage"-Frauen bzw. Sibylle Plogstedt, die in einem später erschienenen Artikel („Courage", Dez. 83) „Wenn Autonomie zum Dogma wird" schreibt: *„Ich plädiere als Alternative zu dem jetzigen Desaster für den Zusammenschluß aller feministischen und Frauenbewegungsgruppen zu einem alternativen Frauenrat. Ich plädiere dafür, daß wir uns zusammenschließen, statt uns voneinander abzugrenzen oder gar nicht miteinander zu reden. Der Maßstab für einen solchen Zusammenschluß sollten erstmals nicht die maximalen Vorstellungen sein — sondern das Wissen darüber, daß wir in vielen Punkten gemeinsam tatsächlich etwas erreichen könnten... Die Frauenfrage ist eine Machtfrage. Und an dieser Machtfrage gegenüber den Männern haben wir bislang entscheidend nichts geändert..."*. Deshalb kommt Sibylle Plogstedt zu dem Schluß, die autonome Frauenbewegung müsse sich öffnen für alle Frauen, bei Wahrung ihrer Autonomie gegenüber den Männern. Die vorgeschlagenen Weiberräte sollten nach dem Delegiertenprinzip bundesweit gegründet und gewählt werden. Wesentliche Begründung, mal abgesehen von der Analyse der Entwicklung der Frauenbewegung (auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte, weil sie einen eigenen Artikel wert wäre) ist: *„Es ist an der Zeit, daß wir uns auch wieder um die materielle Seite unserer Beschädigung kümmern. Und materiell ist nicht innerlich, nicht psychisch und nicht spiritualistisch — auch wenn alle drei Bestandteile unserer Beschädigung sind"*.

Dieser Vorschlag wurde vor allem von den Frauen des Sozialistischen Frauenbundes (SFB) in die Hamburger Frauenbewegung getragen. Der SFB existiert in Hamburg seit einigen Jahren mit ca. 30 Mitgliederinnen. Ihr Ansatz in der Frauenpolitik ist, wie sie selber sagen, hauptsächlich theoretisch und wissenschaftlich. Sie haben in der Öffentlichkeit bislang vor allem die „Opfer-Täter"-Diskussion initiiert, sind ansonsten in der praktischen Arbeit kaum aufgefallen. Die aktuelle Diskussion um die Weiberräte und Frauenlisten wird öffentlich von Kornelia Hauser für den SFB in Stellungnahmen und Artikeln gezeichnet. Die Vorschläge des SFB für Hamburg sehen vor: *„Die Liste bildet quasi eine*

Diskussion um die Weiberräte und Frauenlisten wird öffentlich von Kornelia Hauser für den SFB in Stellungnahmen und Artikeln gezeichnet. Die Vorschläge des SFB für Hamburg sehen vor: *„Die Liste bildet quasi eine*

Klammer um die Räte, sie ist die Aufforderung, die Notwendigkeit, daß viele Frauen sich in den Räten zusammenfinden, denn sie vertritt Frauen. Die Räte sind unbedingt notwendig für die Liste, sie bilden die Basis, das Diskussions- und Kontrollforum für sie. In den Räten steckt die Möglichkeit, die Politik zu verwissenschaftlichen und politische Wissenschaft zu entwickeln, steckt also die Projektform der Frauenbewegung. Wie sind all diese Alltagsfragen und -veränderungen in politische Forderungen, Formen zu bringen? Wie anders, als die von den grünen Frauen gefochtene, würde eine Sexismus-Diskussion im Parlament aussehen, wenn eine große Anzahl Frauen darin säßen und insofern die brüderliche — alle Parteien verbindende ‚aber es war doch nur Spaß' — Atmosphäre erst gar nicht aufkommen würde. Die Anzahl der Frauen würde diese männliche Kultur schon durch Masse und pure Anwesenheit brechen und vielleicht könnte deutlich gemacht werden, daß es genau gegen diese Art des Spaßes geht und daß Spaß und Lust usw. keine ‚natürlichen' unveränderlichen Gegebenheiten sind, sondern Herrschaft sich durch sie hindurch reproduziert" („Hamburger Frauenzeitung" Nr.6). Zusammenfassend schlagen die SFB-Frauen vor: **„Frau sein ist das Programm"**. Jede Frau macht das im Parlament, was sie für wichtig hält: *„Die unterschiedlichen Ziele sollten keineswegs ausgeklammert werden; sie machen die Spannung, das Produktive des Rates aus — wer will denn sagen, welche der vielen Frauenunterdrückungen die ‚wichtigste' ist: Die als Mutter, als Ehefrau, als Hausfrau, als Lohnarbeiterin, als auf den Straßen ‚Angemachte'? Die Einigung auf diese eine Position, daß es nicht* e i n e *Frauenfrage gibt, sondern deren sehr viele, und daß sie überwiegend sich an der Trennungslinie von öffentlich und privat bewegen, sollte den Rat zusammenschließen"* („taz", 3.4.84: Leserbrief von Kornelia Hauser). Im Gegensatz zu Sibylle Plogstedt lehnen die SFB-Frauen eine Politik des Minimalkonsens allerdings ab; stattdessen wollen sie zu einem bestimmten Thema alle vorhandenen Positionen z.B. auf ein Flugblatt bringen. Konkret hieße dies z.B. für die §218-Kampagne, daß die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 neben der Forderung nach Fristenregelung oder dem „Erhalt des Lebens" stehen könnte.

Bleibt noch zu ergänzen, daß die SFB-Frauen sehr frühzeitig (Ende '83) an den GAL-Frauenbereich herangetreten sind, um ihre Positionen und Ideen gemeinsam zu diskutieren. Weitgehende Einigkeit gab es allerdings nur für die Initiative eines Weiberrats, jedoch nicht über die Frauenliste oder das Politikverständnis der SFB-Frauen. In den zuletzt genannten Punkten tut sich der GAL-Frauenbereich schwer, eine Position zu beziehen; sicher auch, weil die Idee, Frauenlisten zu initiieren, vorerst als sehr reizvoll gesehen wird und eine große Unsicherheit bei den GAL-Frauen besteht, mit den Auseinandersetzungen untereinander zu beginnen.

Losgelöst von dieser Diskussion und auch vom GAL-Frauenbereich (jedenfalls hat bis heute kein einziges Ge-

ße Unsicherheit bei den GAL-Frauen besteht, mit den Auseinandersetzungen untereinander zu beginnen.

Losgelöst von dieser Diskussion und auch vom GAL-Frauenbereich (jedenfalls hat bis heute kein einziges Ge-

spräch stattgefunden) wurde von Adrienne Göhler (Mitglied im Bundeshauptausschuß der Grünen und Vertreterin der Strömung „Herzensbildung" im Hamburger Landesverband) der Vorschlag eingebracht, eine „reine Frauenliste" mit Frauen aus der GAL zu initiieren. Diese soll nach Fachkompetenz und politischen Strömungen zusammengestellt werden. *„Nicht, um die GAL zu einer Frauenliste umzufunktionieren, oder weil die Frauen jetzt endlich mal ne Chance kriegen sollen, sondern weil sie die GAL als Gesamtorganisation dazu ermutigen wollen, sich auf ein Experiment einzulassen. Es geht hier nicht um Frauenpolitik, wie sie beim Konzept des Weiberrats diskutiert wird, es geht hier darum, ‚ganz normale Politik' in die Hände von Frauen zu legen"* („taz", 21.3.84). Wesentliches Argument von Adrienne ist, daß Frauen „anders" Politik machen, und daß der „männliche Rahmen der Politik" gesprengt werden soll; dafür müsse ein Experiment gewagt werden. Anzumerken ist hier, daß die Gruppe „Herzensbildung" ungefähr der Bundesfraktion der „Ökolibertären" entspricht, wenn auch (wie alles in Hamburg) leicht nach links versetzt. Vom Verdacht des feministischen Radikalismus ist Adriennes Vorschlag also völlig frei.

Mit einer Erwiderung auf Adrienne wandte sich Regula Schmitt-Bott (GAL-Abgeordnete) gegen eine „reine Frauenliste" der GAL, allerdings nicht gegen eine Frauenliste. Regula wendet sich gegen die Position, Frauen seien „bessere Menschen" bzw. machten „anders" Politik. Sie sagt: *„Bei den vorhandenen Gegebenheiten ist eine auf den Weiberrat sich stützende Frauenliste in Hamburg nur mit der GAL denkbar. Nicht, weil die GAL Alleinvertretungsrecht hätte oder beanspruchen würde, sondern weil die politischen Kräfteverhältnisse und Sympathien so sind, daß bei allen an Diskussionen Beteiligten von vornherein die Übereinstimmung besteht, zwischen GAL und Frauenliste keine Konkurrenz herstellen zu wollen"*. Regula will das Bündnis mit der Frauenbewegung auf einer programmatischen Grundlage und sie will den Schwerpunkt Frauenpolitik: *„Genauso wichtig ist mir dabei die klare Festlegung darauf, daß mit der Frauenliste die bewußt getroffene Entscheidung verknüpft ist, für jedenfalls erstmal eine Legislaturperiode den Schwerpunkt Frauenarbeit in der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit zu setzen"* („taz", 11.4.84). In diesem Zusammenhang sollen auch Schwerpunkte für die Frauenpolitik erarbeitet werden.

Soweit die Darstellung der bisherigen Vorschläge für eine Frauenliste. Offenbar handelt es sich um drei ganz unterschiedliche Frauenlisten, mit denen ich mich im weiteren auseinandersetzen will.

„Frauen-Parität" — Theorie und Praxis

Bevor ich konkreter auf den Vorschlag von Adrienne eingehe, möchte ich die

„Frauen-Parität" — Theorie und Praxis

Bevor ich konkreter auf den Vorschlag von Adrienne eingehe, möchte ich die



Auch die Hamburger Polizei legt „ganz normale Politik" in die Hände von Frauen

Foto: AK

Leser/innen nicht uninformiert lassen über die gegenwärtigen Zustände innerhalb der GAL. Die GAL ist zweifellos eine für heutige Verhältnisse klassische Mackerorganisation. Dies äußert sich nicht nur in den Mitgliederzahlen von 30% Frauen und 70% Männern, sondern vor allem in der männlichen Dominanz auf Mitgliederversammlungen und in den beschlußfassenden Gremien wie dem Koordinierungsausschuß, wo so mancher Gockelkampf ausgefochten wird, an dem sich kaum noch eine Frau beteiligen mag. Aber damit nicht genug: Die GAL-Frauen oder auch andere, die sich für einen Referentenposten bewarben, wurden samt und sonders für unqualifiziert erklärt, so daß wir im GAL-Apparat jetzt 19 Stellen für Männer und 2 für Frauen haben. Eine paritätische Beteiligung findet gegenwärtig nur in der GAL-Fraktion statt; auch diese wird übrigens in einem halben Jahr durch die Rotation auf 25% Frauen reduziert werden.

Auf diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, wenn Frauen gerade auch aus der GAL die männliche Überheblichkeit und Kompetenzhudelei mit einer Frauenliste überwinden wollen. Die Schlußfolgerung, es mal mit einem Frauen-Zusammenschluß zu versuchen, liegt verständlicherweise näher, als sich weiter durch eine „Männerorganisation" wie die der GAL zu quälen. Auf diesem Hintergrund sind auch die Vorschläge von Adrienne und Regula zu sehen. Sie haben allerdings nicht dazu geführt, daß sich die GAL-Männer mal mit der Frauenpolitik auseinandersetzen. Stattdessen wird danach geschielt, welcher der Vorschläge noch „tragbar" sei.

Das „Experiment", Frau und „anders" zu sein

Der Vorschlag von Adrienne, eine „reine Frauenliste" mit GAL-Frauen aus Fachbereichen und verschiedenen Strömungen zu initiieren, wird vor allem mit der gescheiterten Parität begründet: *„Ich wage die These, daß die Parität nicht ausreicht, dem weiter auf die Spur zu kommen. Zu tief verwurzelt sind die männlichen Strukturen und Rationalität in eben solchen Institutionen wie etwa einem Parlament. Gegen sie und gegen die dort herrschenden Formen der Politik, die auch die GAL-Männer beherrschen (im doppelten Sinne), sich als Frau aufzulehnen und aus der Auflehnung ein anderes Konzept entstehen zu lassen, zum handelnden Subjekt zu werden, dafür brauchen wir das ganze Terrain zur Verfügung, weil unter den beschriebenen Bedingungen 50% Männer immer mehr als 50% Frauen ein sehr großzügiges Alibi abgeben für eine Politik, die bestimmt wird von dem männlichen Diskurs und Politikverständnis"* („taz", 21.3.84). Offensichtlich ist es so, daß in paritätisch besetzten Gremien und Gruppen die Männer die dominierenden sind und patriarchalische Strukturen existieren. Sicher kann frau auch sagen, acht GAL-Frauen stören die patriarchalischen Parlamentsstrukturen mehr als vier Männer und vier Frauen,

paritätisch besetzten Gremien und Gruppen die Männer die dominierenden sind und patriarchalische Strukturen existieren. Sicher kann frau auch sagen, acht GAL-Frauen stören die patriarchalischen Parlamentsstrukturen mehr als vier Männer und vier Frauen,

aber dennoch ändert sich nichts wesentlich, weil der Herrschaftsapparat Parlament weiter von Männern dominiert und geführt wird. Die Frauen, die im parlamentarischen Bereich arbeiten, sind nicht an sich (aus biologischen Gründen, weil sie Frau sind) anders oder besser; das ist eine Frage von Inhalten und Bewußtsein. Wie Frauen sich diesen Ebenen patriarchalischer Politik anpassen können, zeigt sich bei den etablierten Politikerinnen. Das praktische Problem bei Adrienne's Vorschlag liegt auf der Hand: fast alle Fachreferenten (19 von 21) sind Männer. Diese würden also die Zuarbeit für die Frauenliste tätigen müssen. Nach unseren bisherigen Beschlüssen ist die GAL-Fraktion kein beschlußfassendes Gremium, sondern der Koordinierungsausschuß, in dem ebenfalls hauptsächlich Männer sitzen. Und ehrlicherweise müßte an dieser Stelle auch gesagt werden, daß die Frauen (sicher auch wegen der männlichen Dominanz) keinen Bock haben, in diesen Gremien zu sitzen. Mit anderen Worten: Überall innerhalb der GAL sind Frauen unterrepräsentiert. Bei der Nachrückerfraktion werden nur noch 2 Frauen von 8 Abgeordneten in der Bürgerschaft arbeiten. Insofern finde ich Adriennes Argumentation in doppelter Hinsicht eine Vorspiegelung falscher Voraussetzungen und Tatsachen. Es könnte möglich sein, bei entsprechender Mobilisierung viele Frauen für die nächste Liste zusammenzubekommen, aber wenn es uns nicht gelingt, inhaltlich mehr mitzumischen und die Kraft zu haben, in die Männergremien zu gehen und mitzuarbeiten, bleibt letztlich alles beim alten bzw. werden wir wie bei den

Fortsetzung nächste Seite

Hessen-GRÜNE arbeiten an einem Frauen-Statut

Am 7./8. 4. 84 fand in Borken eine Landesmitgliederversammlung der hessischen GRÜNEN mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik statt. Es sollten die Themen Gewalt gegen Frauen, Frauenerwerbslosigkeit, § 218 und innere Strukturen diskutiert werden. Die Anwesenheit war eher schwach, etwa 200 waren gekommen, davon etwas mehr als die Hälfte Frauen. (Zum Vergleich: In Usingen, wo es um die Verhandlungsergebnisse mit der SPD ging, gaben sich über 800 die Ehre.)

Eine erste Kostprobe zum Thema gab es beim Rechenschaftsbericht der hessischen MdB's. Dabei ging es auch um die Wahl der sechs Frauen an die Spitze der Bundestagsfraktion. Hubert Kleinert (hessischer MdB) wurde gefragt, wie er dazu komme, in einer Stellungnahme andere Männer der grünen Fraktion als ,,Schlappschwänze'' zu bezeichnen. In seiner Erklärung dazu kam Merkwürdiges. Zuerst ließ er sich dazu herab, zu erklären, er würde jetzt nicht mit Spott und Häme über die Frauen herfallen, nein, er wolle sie sogar (!) solidarisch bei ihrer schweren Aufgabe unterstützen. Wiederholt auf den Schlappschwanz genagelt, meinte er dann: ,,Eine ganze Reihe Männer, die glauben, sie seien selbst Frauen, werden in ein paar Wochen dastehen und sich an Häme und Spott beteiligen, den schon jetzt große Teile der veröffentlichten Meinung abladen, wenn es nicht läuft mit den Frauen.'' (Zitat nach TAZ, 9.4.84) Weiter meinte er, er sei jedenfalls nicht zu Demutsgesten bereit, wofür er verbissenen Beifall von etwa einem Viertel der Anwesenden erntete. Die Frage, wieso er denn davon ausgehe, daß Frauen Anlaß zu Spott und Häme gäben, blieb unbeantwortet.

Danach ging es unverzüglich zur Sache. Monika Scheffler hielt ein Einführungsreferat, das die Rolle und Situation der Frauen bei den hessischen GRÜNEN wiedergab. Danach liegt der Anteil der Frauen bei den Mitgliedern bei 28,7%, im Landeshauptausschuß bei 26,5%, im Landesvorstand bei 16,6%, in der Landtagsgruppe bei 33,3% und unter den Angestellten der Partei bei 66%. Hier soll noch einmal die Aufstellung der Bundestagsliste der hessischen GRÜNEN erwähnt werden. Dort wurden die Frauen mit sage und schreibe 0,0% berücksichtigt.

Nun einige Passagen (zitiert aus dem Redemanuskript von M.S.), mitten aus dem Leben (nicht nur) der hessischen GRÜNEN:

,,Frauen als Diskussionsleiterinnen werden nicht ernst genommen. Oft geben Männer durch Lachen, völliges Ignorieren und außer der Reihe Sprechen das Gefühl der totalen Inkompetenz. Außerdem sorgen sie auf diese Weise dafür, daß die Veranstaltung tatsächlich chaotisch wird, und bestätigen sich so in ihrer Meinung, daß für wirklich wichtige Veranstaltungen ein männlicher, sprich ein starker Leiter nötig wäre. — Gern werden dagegen Frauen auf dem Podium sozusagen als Ansagerinnen verwendet. Sie dürfen Aktionen ankündigen, sagen, daß Autos falsch parken und die Pause ankündigen.

— Frauen als Rednerinnen wird in der Regel nur zugehört, wenn es sich um eine besonders attraktive Frau handelt, oder wenn es um Aktionen oder Frauenprobleme geht. Ansonsten wird so verfahren: Frauen dürfen zwar sprechen, aber Männer müssen nicht zuhören. Sie legen sich in der Zeit entweder ihre Argumente zurecht, um den letzten männlichen Redner zu widerlegen, oder sie nutzen die Zeit für eine Erfrischungspause. Frauen dürfen auch leitende Funktion haben, wenn es um Organisation geht. In den Entscheidungsgremien dominieren aber immer die Männer... Landesversammlungen, wo in der Regel wichtige Entscheidungen gefällt werden, sind gekennzeichnet durch lange Rednerlisten von zumeist Männern; mangelnde Diskussion. Es geht um die möglichst gute Darstellung der eigenen Position, um möglichst viele Stimmen zu sammeln. Jede Kritik wird möglichst glatt abgebügelt, auf keinen Fall wird ernsthaft darauf eingegangen. Daß Frauen mit solchen Kommunikationsstrukturen Schwierigkeiten haben, verdeutlicht besonders eindrucksvoll die Redeliste der letzten Landesmitgliederversammlung in Usingen.

— Unter 22 Menschen, die dort zu Wort kamen, waren 2 Frauen , also nicht mal 10%.

— Unter den ersten 50 Leuten, die sich gemeldet haben, waren immerhin schon 14% Frauen.

— Unter den letzten 50 Leuten knapp 20% Frauen.''

Aufgrund dieser und anderer Erscheinungen lag ein Antrag der Frankfurter Frauengruppe vor, der folgende konkrete Punkte zur Diskussion stellte für ein noch zur erarbeitendes Frauenstatut der hessischen GRÜNEN: Quotierung in allen Gremien der Partei und entsprechende Begleitmaßnahmen. Entlastung von Frauen bei organisatorischen Aufgaben. Bevorzugte Einstellung von Frauen (bei gleicher Qualifikation) besonders bei ,,qualifizierten Aufgaben''. Bevorzugtes Rederecht für Frauen. Überprüfung aller programmatischen Aussagen und ihrer Konsequenzen für Frauen durch eine Frauenkommission und die Einsetzung einer Kommission zur Bekämpfung sexistischer Tendenzen.

In der entsprechenden AG Innere Strukturen ging es aber wiedermal im wesentlichen um die Posten, also die Quotierung. Es kamen die üblichen Argumente — sinngemäß so: Also was ist, wenn ein Realo-Mann gegen eine Fundi-Frau kandidiert — da kann ich doch als Realo nicht..., oder: was ist, wenn keine Frau will..., bis hin zu Männerbeiträgen: Ja, wenn die Frauen jetzt auf einmal wollen, also ich verspreche mir nix davon, aber ach Gottchen — dann sollen sie es doch auch mal probieren usw. (Realos: Juniorpartner; Fundis: Radikalökologen).

Nichtsdestotrotz, die Frauen waren der Meinung, es müsse was passieren, und legten folgenden Antrag vor:

1) Alle politischen Gremien der GRÜNEN auf Landesebene in Hessen sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

2) Sollten sich für die Arbeit in einem bestimmten Gremium nicht genügend Frauen bereiterklären, wird die Wahl auf die nächste Wahlversammlung, zu der gesondert eingeladen werden muß, verschoben.

3) Sollten zu dieser Wahlversammlung Frauen ihr Interesse nicht angemeldet haben, entscheiden die weiblichen Mitglieder dieser Versammlung darüber, ob frei bleibende Plätze mit Männern besetzt werden.

Punkt drei des Antrags fand aber auf dem Plenum keine Mehrheit, stattdessen wurde folgender Punkt aufgenommen: Die unter 1) und 2) genannten Punkte sind in das von der landesweiten Frauengruppe zu erarbeitende Frauenstatut einzuarbeiten, das im Herbst 1984 nach Diskussion in den Kreisverbänden auf einer Landesmitgliederversammlung verabschiedet wird.

Ein weiteres Ergebnis ergab die AG § 218, die forderte:Ersatzlose Streichung des § 218 — für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Dies wurde vom Plenum mit fast einstimmiger Mehrheit auch in das Landesprogramm übernommen.

Die beiden anderen AG's, Gewalt gegen Frauen und Frauenerwerbslosigkeit, hatten noch kein konkretes Ergebnis, riefen aber dazu auf, in Zukunft diese Themen verstärkt in den Kreisverbänden zu diskutieren.

Am zweiten Tag der Versammlung haben die hessischen GRÜNEN ihre erste frauenfreundliche Nagelprobe absolut nicht bestanden. Da ging es nämlich um die Nachwahl zum Landesvorstand. Vakant war der Posten des Kassierers. Es kandidierten zwei Männer und eine Frau. Ein Mann, Rolf Ascheberg (MOZ) zog seine Kandidatur zurück, da ihm der Widerspruch zu den Beschlüssen des Vortages auffiel; den anderen Kandidaten Manfred Morgenstern focht das nicht an, er zog seine Kandidatur durch. Anträge, die Wahl zu verschieben, fanden keine Mehrheit.

Aber nun zum Schicksal der Kandidatin; sie hatte kruzfristig ihre Kandidatur angemeldet und stellte sich als Mitarbeiterin in der Frankfurter Friedens- und Umweltszene vor, was sie auch ist, und versprach, sich bei ihrer Vorstandsarbeit verstärkt für die Themen Frauen, Umwelt und Frieden einzusetzen. Es hatte sich offensichtlich herumgesprochen, daß sie im Gegensatz zu dem noch verbleibenden Kandidaten das hessische Verhandlungsergebnis mit der SPD ablehnt. Somit war sie für den realpolitischen Teil der hessischen GRÜNEN zum Abschuß freigegeben.

So wurde ihr gegenüber betont, daß sie nicht das Mandat der Landesfrauengruppe hätte, ihr unterstellt, daß sie nur die Situation ausnutzen wolle, daß das Ganze ein raffiniertes Manöver der Fundis sei, und man belehrte sie dankenswerter Weise auch, daß das Amt der Kassiererin mit viel Arbeit verbunden sei, so daß ihre Versprechungen in Sachen Umwelt, Frauen und Frieden eh kaum realsierbar seien. Derart in die Zange genommen, zog sie ihre Kandidatur zurück und bekam noch eins drüber. Iris Blaul (MdL) stürmte mit einer persönlichen Erklärung an das Mikrophon und behauptete unter Beifall, das wäre ein Beispiel dafür, wie Frauen vorgeschoben und verheizt würden. Schließlich mußte die Betroffene gar noch richtig stellen, daß ihre Kandidatur nicht in fraktionellen Absprachen, sondern in freier Entscheidung entstanden war.

Der verbleibende Kandidat erhielt, jetzt alleine, mehr Nein- als Ja-Stimmen. Immerhin. Und trotzdem: schöne Schaufensterbeschlüsse — ätzende Praxis?

KB/Gruppe Frankfurt

— Weiberrat — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenlisten — Weiberr

Fortsetzung von vorheriger Seite

etablierten Parteien unsere Alibi-Frauen haben, und sonst gar nichts.

Die Sympathisanten dieser Form von Frauenliste (damit meine ich die GAL-Männer) müssen sich auch die Frage gefallen lassen, ob ihre Sympathie daher rührt, weil Adriennes Vorschlag ausdrücklich betont, nichts mit Frauenpolitik am Hut zu haben. Oder ist es das ,,Experiment'', das mich arg an die sozialdemokratischen Modellversuche ,,Mädchen und Frauen in Männerberufen'' erinnert? Nun bedarf es zweifellos keiner wissenschaftlichen Untersuchung, ob Frauen das Gleiche können wie Männer. Jedenfalls haben wir dies im Frauenprogramm behauptet, weil es für uns eigentlich immer klar war, daß es hier um eine gesellschaftspolitische Frage geht. Trotzdem frage ich mich, was so sympathisch ist an diesem Experiment. Reicht es nicht aus, daß die Kommentatoren der Medien sich nicht wieder einkriegen, wenn es darum geht, daß die grünen Frauen in Bonn nicht nur präsent sind, sondern auch noch was Kluges zu sagen haben? Sicher kann frau bei diesen Zynikern einen klammheimlichen Triumph empfinden (ich auch), aber das reicht nicht aus, zumal damit eh die Frauenfeindlichkeit und Frauenverachtung in dieser Gesellschaft nur ein weiteres Mal dokumentiert wird. Wenn es also nicht das ,,Experiment Frau'' bleiben soll, bleibt noch das Argument von Adrienne, daß Frauen eine ,,andere Herangehensweise'' in der Politik haben. Zweifellos ist das Auftreten einiger Männer im Parlament ,,anders'': Thomas Ebermann ist nicht nur anders als Thea Bock, sondern auch weitaus rhetorischer als Dohnanyi. Und Joschka Fischer sollte man weniger den Tip geben, das ,,Andere'' von den Frauen zu übernehmen als aufzupassen, daß er nicht die etablierte Art der Politik in seine rhetorischen Fähigkeiten allzusehr integriert. ,,Anders'' bin auch ich als Regula oder Thea oder umgekehrt. Ich will damit nur deutlich machen, daß erstens die Frauen Fähigkeiten haben und diese bislang immer an den Inhalten gemessen wurden und nicht an der Stimme oder den Gesichtszügen. Und zweitens: daß das ,,Andere'', an das sich Adrienne gerne ,,herantasten'' will, nichts anderes ist als die Ergebnisse einer rollenspezifischen Erziehung: Männer sind auf Leistung, Aggressivität, Mut getrimmt, während wir Frauen emotional, fürsorglich und friedfertig zu sein haben. Dahinter scheint ein unpolitisches und biologistisches Herangehen an diese Frage zu stehen. Das zeigt auch das Beispiel von Adrienne mit der Frau Hamm-Brücher (FDP), wenn sie schreibt: ,,*Sie hat sehr identisch, authentisch ihrer Verachtung Ausdruck verliehen, in einer Rede, die nicht brilliant in Rhetorik und Argumentation war, aber die stimmte und überzeugte, denn sie hat in erster Linie betroffen und getroffen, weil sie sich nicht nur als Trägerin einer Argumentation, sondern als Person vermittelte''*. Nicht die Tatsache zählt, daß diese Frau Hamm-Brücher letztlich die Wende mitvollzieht, sondern daß sie in einem schwachen Moment mal ,,betroffen'' und als ,,Person'' Frau auftrat. Wenn diese Frau ,,Maßstäbe'' gesetzt hat, wie Adrienne schreibt, kann man doch eigentlich nicht weit davon entfernt sein, auch die CDU-Frauen, die gegen eine Verschärfung des § 218 sind, in dieses ,,andere'' Politikverständnis mit einzureihen. In diesem Punkt der Argumentation unterscheidet sich Adrienne kaum von den SFB-Frauen, für die das Trennende in der Politik aufgehoben wird zugunsten des Verbindenden, nämlich Frau zu sein. Als letztes soll die Bündnisfeindlichkeit von Adrienne nicht unerwähnt bleiben, denn diese steht in ihrem Beitrag außerhalb jeder Diskussion. Sie beruft sich auf ihre eigene Interpretation der Polarisierung der Frauenbewegung: Da gibt es die ,,Lila Latzhosen Frauen'', die pauschal in die Kategorie ,,Organisations- und Parteifeindlichkeit'' eingeordnet werden, und die Politfrauen sind eh schon bei den Grün/Alternativen, also was soll da noch die gemeinsame Diskussion bringen? Aber ich vermute hier auch, daß es Adrienne gar nicht um die Bewegungsfrauen geht, als vielmehr um die DKP/DFI-Frauen. Es ist bekannt, daß die DKP- und DFI-Frauen sich in die Diskussion um Weiberrat und Frauenlisten eingemischt haben. Das ist zwar allgemein nicht auf Sympathie gestoßen, aber für Adrienne ein Grund, gleich an die programmatische Ausgrenzung und Unvereinbarkeit der Grünen zu erinnern, ,,*wie bei der letzten Wahl die ,wichtigsten Persönlichkeiten der Friedensbewegung' in Gestalt der Freunde der DKP und ihr verwandten Organisationen abgewiesen''* wurden. Anscheinend ist es die Hauptbefürchtung von Adrienne, dies jetzt mit Teilen der Frauenbewegung wieder zu erleben. Ich kann Adrienne beruhigen, und wenn sie an der Diskussion teilnehmen würde, müßte sie es eigentlich selbst wissen, daß die DKP natürlich eine Frauenliste ablehnt, aus ganz grundsätzlichen (bekannten) Positionen heraus. Es wäre ehrlicher gewesen, offen den Alleinvertretungsanspruch der Grünen zu formulieren.

Abschließend möchte ich zu dieser Form der Frauenliste noch anmerken, daß der Vorschlag von Adrienne vielleicht auf den ersten Blick den Eindruck erweckt: Wir machen alles wie bisher, nur mit Frauen, und deshalb, wenn schon Frauenliste, dann diese, denn sie scheint die politischere Idee von allen Frauenlisten zu sein. Ich habe versucht nachzuweisen, daß mit diesem Vorschlag nicht nur eine Entpolitisierung der GAL vorgetragen wird, sondern auch ein ,,neues'' Verständnis von Frauen und Politik damit festgelegt wird, das wesentlich von unserem Selbstverständnis abrückt.

Die Auseinandersetzung um das Frauenlisten-Modell von Regula und das aus Teilen der Frauenbewegung läßt sich nur schwer voneinander trennen, weil Regulas Vorschlag (eine Frauenliste im Bündnis mit der Frauenbewegung auf einer programmatischen Grundlage) daraus resultiert, daß in Teilen der Frauenbewegung eine Diskussion zustandegekommen ist. Um diese Diskussion nachvollziehen zu können, noch ein paar Worte zu der Entwicklung:

Die Idee der Weiberräte und Frauenlisten ist von Anfang an maßgeblich von den SFB-Frauen (bzw. von Kornelia Hauser) in die Hamburger Frauenbewegung getragen worden. Zwar munkelt frau über Widersprüche auch innerhalb des SFB, aber öffentlich ist bislang davon nichts zu erfahren. Zu der ersten Diskussion um Weiberrat und Frauenliste riefen die SFB- und GAL-Frauen gemeinsam auf. Über 100 Frauen kamen aus allen Teilen der Frauenbewegung zusammen: von autonomen Frauen bis hin zur DKP/DFI und SPD-Frauen. Die Diskussion war von dem Wunsch geleitet, die Frauenbewegung wieder aktionsfähig zu machen und die Zersplitterung innerhalb der Frauenbewegung zu überwinden. Ob dies allerdings durch die Gründung eines Weiberrates erreicht werden kann, stieß auf breite Skepsis, auch weil die inhaltlichen Ideen bzw. das, was im Weiberrat passieren sollte, fehlten. Daraus resultierte auch, daß die Frauenliste gar nicht erst diskutiert wurde, weil die meisten Frauen zunächst weiter über den Weiberrat reden wollten. Die DKP/DFI-Frauen erklärten: Weiberrat ja, Frauenliste nein, aber wir brauchen Schwerpunkte wie 35-Stunden-Woche, §218 und Mutterschaftsurlaub (die Reihenfolge kann falsch sein); so und nicht anders könnten sie mitarbeiten. Dieses Vorgehen fand wenig Sympathie; fühlten sich doch viele gleich wieder von den organisierten und Parteifrauen vor den Karren gespannt. Die weitere Diskussion war dann auch weniger davon geleitet, was in so einem Weiberrat inhaltlich stattfinden könnte, als vielmehr von den Bedenken und Ängsten, alte Aktionsformen und Zusammenschlüsse zu wiederholen, wie z.B. die frühere Frauenaktionseinheit in Hamburg (ca. 40 Frauengruppen arbeiteten hier zusammen). Dieses erste Treffen endete mit dem Vorsatz, weiter zu diskutieren. Zur Hamburger Frauenwoche im März diesen Jahres sollte dann der Weiberrat gegründet werden. Die ,,taz'' brachte euphorische Schlagzeilen: ,,Das Bündnis neben dem Unterschied'' und ,,Autonome und organisierte Frauen tun sich zusammen'', aber spätestens auf der Veranstaltung wurde klar, daß der Weiberrat in Hamburg vorerst nicht zustande kommt. Den meisten Beifall von mehreren hundert Frauen erhielt Birgitt Torbrügge aus der autonomen Frauenbewegung für ihren Beitrag gegen den Weiberrat. Mit Recht wies sie darauf hin, daß die Frauenbewegung viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung bislang nicht in Anspruch genommen hat; sie nannte die ,,Hamburger Frauenzeitung'' sowie die ,,Hamburger Frauenwoche'' und plädierte dafür, die bestehenden Strukturen innerhalb der Frauenbewegung zu nutzen. Nicht verschwiegen werden soll, daß Birgitts Ablehnung des Weiberrates weitgehend mit der alten Organisations- und Parteifeindlichkeit begründet wird. Auf der Veranstaltung sagte sie: ,,*Da tauchen mit einer Selbstverständlichkeit Begriffe wieder auf, die das alte, das linke Politikverständnis widerspiegeln. Alt, weil es die Vitalität einer Bewegung nur oder hauptsächlich an ihrer Mobilisierungsfähigkeit und Effektivität statt am Charakter ihrer Inhalte mißt. Alt auch deshalb, weil ,richtige politische Arbeit' wieder heißen soll, andere viele zu überzeugen, ihnen das richtige Bewußtsein zu bringen — der Rest ist dann keine Politik, sondern Kultur. Alt auch, weil als neue Orte der Politik wieder Parlament, Partei, die Institutionen bestimmt werden''* (Material gegen den Weiberrat).

Mit diesen und ähnlichen Begründungen ist zwar die Gründung eines Weiberrates verhindert worden. Trotzdem soll aber weiter nach Strukturen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht werden, sodaß weitere Treffen stattfanden und -finden. Das vorläufige Ergebnis dieser Treffen ist, daß im Herbst dieses Jahres ein feministischer Frauenkongreß in Hamburg stattfinden soll. Dort sollen die Fragen im Mittelpunkt stehen, die die Frauenbewegung trennen und einigen; Fragen, die das Verhältnis von organisierten und autonomen Frauen klären sollen, Aufarbeitung der Entwicklung der Frauenarbeit, wie die Projektarbeit der Frauenbewegung radikal zu hinterfragen. Dieser Kongreß wird zur Zeit inhaltlich vorbereitet und kann ein vielversprechender Ansatz sein, neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln, um dann tatsächlich wieder aktionsfähiger zusammenarbeiten zu können. Die einzige Strömung, die weiterhin und sofort an der Gründung des Weiberrates festhält mit dem Ziel einer Frauenliste, ist gegenwärtig der SFB.

Am Anfang dieses Artikels habe ich bereits einige Zitate zum politischen Verständnis der SFB-Frauen zum Weiberrat und zur Frauenliste vorgetragen. ,,Frau sein ist unser Programm'', das heißt vor allem, daß alle Frauen betroffen sind von der Unterdrückung und deshalb nur schwer eine Grenze zwischen linken und rechten Frauen zu ziehen sei. Entscheidend für die SFB-Frauen ist aber die Meinung, daß eine Frauenliste zwar mit den GAL-Frauen, nicht aber mit der GAL als solche zu-

Fortsetzung nächste Seite

·at — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenlisten

Fortsetzung von vorheriger Seite

stande kommen soll. Denn die Arbeit im Parlament soll vom Weiberrat kontrolliert und bestimmt werden, und es wird auch explizit so gesagt, daß der Weiberrat „keineswegs parteiförmig — das würde ihn sofort zerstören" arbeiten darf. Zwar sind die GAL-Frauen gefragt, nach dem Motto „wir brauchen die Politikerin", aber ich bezweifle das ernsthafte Anliegen der SFB-Frauen, mit uns zusammenarbeiten zu wollen. Dies zeigt sich schon daran, daß keiner unserer Einwände gegen die Frauenliste in neueren Stellungnahmen des SFB Eingang fand, geschweige denn einer Auseinandersetzung unterzogen wird. Da ist zum einen, daß die GAL-Frauen indirekt aufgefordert werden, ihre Organisation zu verlassen; zum anderen hat es immer wieder Kritik am Politikverständnis der SFB-Frauen gegeben, die alles und jedes in der Frauenunterdrückung („Wer will denn sagen, welche der vielen Frauenunterdrückungen die ‚wichtigste' ist") zu unserer gemeinsamen Politik machen wollen. Ebensowenig stieß unser Vorschlag auf Resonanz, doch erstmal zu nutzen, daß gegenwärtig vier GAL-Frauen in der Bürgerschaft sitzen und ansprechbar für Frauenpolitik auf parlamentarischer Ebene sind, auch, um die Abgehobenheit, mit der die SFB-Frauen das Parlament erstürmen wollen, durch eigene Erfahrungen zu relativieren. Bislang ist hier nichts passiert; stattdessen wird der Gründungsdruck für Weiberrat und Frauenliste von den SFB-Frauen, ohne jegliche Annäherung an inhaltliche Positionen, vorangetrieben. Politisch sind wir dermaßen weit entfernt voneinander (oder zählt unser Frauenprogramm nicht mehr?), daß ich mich und die GAL-Frauen insgesamt sich nicht für diese Art von Frauenliste funktionalisieren lassen sollten. Das soll nicht heißen, daß nicht auch Frauen aus der Frauenbewegung auf der nächsten GAL-Liste kandidieren sollten. Allerdings müßte da schon so etwas wie ein politischer Konsens zwischen den Frauen bestehen, und den vermag ich beim besten Willen zur Zeit mit den SFB-Frauen nicht zu sehen.

Insofern geht Regulas Vorschlag — eine Frauenliste mit Programm und Schwerpunkten — auch an der Sache und der ausstehenden Auseinandersetzung vorbei, denn auch ihr Vorschlag wird gar nicht erst von den SFB-Frauen aufgegriffen, weil er offensichtlich auch nicht gewollt ist.

Regulas Vorschlag zielt in eine andere Richtung; sie schreibt: „*Eine Weiberrats-GAL oder auch GAL-Weiberrats-Liste muß also Ausdruck einer Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung von Weiberrat und GAL in der Frauenpolitik sein und darf sich nicht begnügen mit Hoffnung, die größere Präsenz von Frauen (die im Parla-*

nicht begnügen mit Hoffnung, die größere Präsenz von Frauen (die im Parla-

mentsbetrieb ohnehin weiter eine sehr kleine Gruppe wären) führe zur politischen Veränderung im Sinne zumindest anderer, weiblicher Umgangsformen. Es kann nicht allein darum gehen, die ‚männliche Kultur schon durch pure Anwesenheit und Masse' zu brechen (K. Hauser), sondern ‚es ist an der Zeit, daß wir uns wieder um die materielle Seite unsere Beschädigung kümmern. Und materiell ist nicht innerlich, nicht psychisch und nicht spiritualistisch — auch wenn alle drei Bestandteile unserer Beschädigung sind' (S. Plogstedt)". Regulas Schlußfolgerung: eine Frauenliste im Bündnis mit der Frauenbewegung, eine gemeinsame Programmatik, die die GAL für eine Legislaturperiode zu ihrem Schwerpunkt macht. — Auch hierzu möchte ich einige Anmerkungen machen. Zweifellos hat die GAL ein großes Defizit in der Frauenpolitik, und wir werden uns noch den Kopf zu zerbrechen haben, wie wir dieses Defizit beseitigen. Solange wir die Situation in der GAL nicht ändern und nur auf parlamentarischer Ebene Frauen präsent sind, ändert sich sehr wenig. Die GAL-Frauenpolitik hat nicht zuletzt auch darunter gelitten, daß viele aktive Frauen von der Parlamentsarbeit aufgesogen wurden und im Frauenbereich kaum noch aktiv mitarbeiten konnten. Aber unabhängig davon ist dies ja auch eine programmatische Frage, das heißt, sollen auch alle Defizite in anderen Bereichen demnächst mit entsprechenden Listen gelöst werden? Ich denke da z.B. an Behinderten-, Rentner-, Jugend- oder Elternlisten. Würden diese so initiiert, gäbe es mit ziemlicher Sicherheit eine große Aufsplitterung des oppositionellen Stimmenpotentials der GAL. Es ist doch einfach nicht zu bestreiten, daß eine reine Frauenliste wahrscheinlich nur neue Wähler/innen-Stimmen aus der autonomen Frauenbewegung auf sich ziehen könnte, oder sie müßte, um von mehr Frauen gewählt zu werden, ihre Politik insgesamt rechts von der GAL machen, d.h. vor allem in Richtung SPD. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß die GAL-Frauen zu den letzten Wahlen mit dem Slogan „Auf unserer Liste kandidieren auch Männer" angetreten sind, nach den Wahlanalysen uns aber relativ wenig Frauen gewählt haben, bleibt uns doch gar nichts anderes, als auf Stimmenfang bei der SPD zu gehen. Mit anderen Worten: Eine Frauenliste würde nur einen Teil der oppositionellen Stimmen bringen, und das wäre bei den jetzigen politischen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Polarisierung nahezu grotesk.

Deshalb würde ich vorschlagen, daß Regulas Intention in der Weise aufgegriffen wird, daß Frauenpolitik zu e i n e m Schwerpunkt für die nächste Legislaturperiode oder besser jetzt schon erklärt wird, aber nicht zu dem einzigen.

Wie weiter...?

Ich will und kann im folgenden kein Konzept aufklappen, wie die Frauenpolitik in Hamburg weiterentwickelt werden soll. Aber ich meine, es gibt einige Ansätze, wo es sicher lohnt, aktiv zu werden. Ich meine zum Beispiel die Diskussion um die Situation der Prostituierten in St. Georg, die letzten sparpolitischen Angriffe auf die Frauenhäuser, die wieder in Gang gekommene §218-Bewegung, die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und natürlich auch die Diskussion um Zusammenschluß und Aktionsfähigkeit der Frauenbewegung. Für alle angesprochenen Punkte sind heute zarte Pflänzchen einer Bewegung erkennbar, aber wir müssen sie zur Blüte treiben.

Ein weiterer Ansatz scheint mir der Frauenkongreß für den Herbst zu sein, an dessen Vorbereitung sich die GAL-Frauen ja schon beteiligen. Darüber hinaus sollten wir den Vorschlag der autonomen Frauen, bestehende Strukturen zu nutzen, dahingehend erweitern, daß wir unsere Erfahrungen im Parlament öffentlich darstellen, um auch auf dieser Ebene zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung zu kommen.

Abschließend und zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, daß ich nicht dagegen bin, wenn mehr Frauen auf der nächsten Liste zur Bürgerschaft kandidieren; das Gegenteil ist der Fall! Wenn wir unter den gegebenen Bedingungen innerhalb der GAL die Parität erreichen wollen, dann haben wir noch viel zu tun.

Ulla Jelpke
(Die Verfasserin ist Abgeordnete der GAL in der Hamburger Bürgerschaft)



Gleichberechtigung oder Demokratie

Vor 35 Jahren, am 8. Mai 1949, verabschiedete der Parlamentarische Rat — 61 Männer, 4 Frauen — das Grundgesetz in Bonn. Nach langem, zähem Ringen hatten die SPD-Frauen den Artikel 3, Absatz 2, **„Männer und Frauen sind gleich"**, in der Verfassung verankern können.

Um seine Arbeit zu erleichtern, hatte der Parlamentarische Rat verschiedene Ausschüsse geschaffen. Der Grundsatzausschuß erarbeitete den ersten Entwurf des Grundgesetzes. Dann diskutierte und änderte der Hauptausschuß diesen Entwurf. Schließlich beschäftigte sich das Plenum des Parlamentarischen Rates mit dem GG (Grundgesetz), um die endgültige Fassung zu verabschieden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Bei der ersten Lesung des Artikels 3, Absatz 2 im Grundsatzausschuß (am 5. Oktober 1948) beschränkte sich die Gleichberechtigung allein auf den politischen Bereich: „*Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten*". Dieser Satz war fast wörtlich aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben, und der Fortschritt war bescheiden: In der Weimarer Verfassung hatten die Frauen nur „*grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte*". Staatsrechtlich bedeutet „grundsätzlich": Ausnahmen aller Art sind ausdrücklich zugelassen.

Die SPD forderte, im Artikel 3,2 sollte festgelegt werden, daß Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten. Eine derartige Bestimmung war bereits 1946 in der bayerischen und hessischen Verfassung niedergelegt worden. „*Ich könnte mir aber denken, daß mit der Verankerung des gleichen Lohnanspruchs für Männer und Frauen doch der augenblicklichen Situation gewissermaßen Rechnung getragen wird*", erläuterte die SPD-Abgeordnete Friederike Nadig. Im Krieg und in den Jahren danach hatten die Frauen Wirtschaft und Gesellschaft fast ohne Männer organisiert. Auch die CDU-Abgeordnete Helene Weber unterstützte diesen Antrag, um der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aus den Sitzungsprotokollen der Unionsfraktion (S. 128) geht klar hervor, daß nur taktische Gründe maßgebend waren. Sie wollte die Bestimmung an einer anderen Stelle im Grundgesetz unterbringen, und zwar in einem geplanten Abschnitt über soziale Rechte. (Einen entsprechenden Abschnitt gibt es im GG nicht). Später ließ sie sich von ihren christlichen Kollegen von ihrem Vorhaben abbringen. Diese

schnitt gibt es im GG nicht). Später ließ sie sich von ihren christlichen Kollegen

von ihrem Vorhaben abbringen. Diese Forderung falle unter Artikel 3,3: „*Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt ... werden*". Daher müsse dies nicht noch einmal ins GG aufgenommen werden. Frau Nadig ließ sich damit nicht abspeisen und bestand weiterhin auf dem SPD-Antrag.

Der Vorsitzende des Grundsatzausschusses, Hermann von Mangoldt (CDU/CSU), erklärte daraufhin: Wenn die Frauen im Plenum des Parlamentarischen Rates eine Erklärung abgeben würden, in der festgestellt würde, daß Artikel 3,3 eine ungleiche Bezahlung von Mann und Frau nicht zulasse, dann müßten die Juristen dies in ihren Kommentaren berücksichtigen. Damit waren die Frauen einverstanden, doch eine solche Erklärung kam nicht zustande. Später versuchte die KPD vergeblich, eine entsprechende Bestimmung im Grundgesetz unterzubringen.

Unheimliche Zustände

Erst bei der 2. Lesung des Artikels 3,2 (am 30.11.48) im Grundsatzausschuß beantragte die SPD-Abgeordnete Nadig die heutige Fassung: „*Männer und Frauen sind gleichberechtigt*". Gleichzeitig stellte die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag, mit dem jede Gleichberechtigung unmöglich gemacht werden konnte. Sie wollte den Artikel 3,1 „*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*" mit dem Satz ergänzen: „*Das Gesetz muß gleiches gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden.*" Die CDU-Abgeordnete Weber befand sich in einer Zwickmühle. Den SPD Antrag lehnte sie ab: „..., *dann darf ich ruhig sagen, alle Menschen sind nicht gleich, auch die Männer untereinander nicht, die Frauen untereinander nicht.*" „*Es müßte eine Formulierung gefunden werden, die zum Ausdruck bringt, daß Frauen nicht minderen Rechtes sind. Das will ich unter keinen Umständen.*"

Frau Nadig (SPD) befürchtete: „*Daß man auf Grund des Zusatzes: Verschieden behandeln, doch wieder eine ganze Reihe von Ausnahmebestimmungen gegen die Frau bekommt.*" Der CDU/CSU-Antrag wurde mit den Stimmen der konservativen und liberalen Mehrheit verabschiedet. Den Antrag der SPD lehnen Konservative und Liberale ab, weil sonst „*das Bürgerliche Gesetzbuch verfassungswidrig*" wäre. So Thomas Dehler von der FDP. Im Bürgerlichen Gesetzbuch war damals die Verfügungsgewalt des Mannes über seine Frau und ihr Vermögen eindeutig zugunsten des Mannes geregelt. Weiter störte Dehler am SPD-Antrag: „*Das Doppelverdienertum könnte in sozialen Krisen nicht mehr unterbunden werden.*"

In der Diskussion um das „Doppelverdienertum" machten die Parteien deutlich, daß die Familie der richtige Platz für die Frau ist. Frau Weber, CDU: „*Wir dürfen ruhig sagen, daß es unerfreulich ist, wenn die Frau aus der Familie ausscheidet und wenn der Mann bleibt und die Kinder sowie die Frau versorgt. Ich trete dafür ein, daß die Frau für das Familienleben frei wird.*' Es seien „unheimliche Zustände", wenn Männer weniger als Frauen verdienen. Für den SPD-Abgeordneten Ludwig Bergsträsser waren es „*sonderbare Fälle, in denen ein Mann sehr wenig und eine Frau sehr viel verdient*", und die Familie in Not grät, wenn die Frau den Beruf aufgeben muß.

Zweiter Versuch

Am 3. Dezember wurde der Artikel 3 in folgender Fassung zur ersten Lesung in den Hauptausschuß eingebracht: „*(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden.*
(2) Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
(3) Niemand darf seines Geschlechts .. wegen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Noch einmal stellte die SPD-Fraktion den Antrag, den Absatz 2 so zu fassen: „*Männer und Frauen sind gleichberechtigt*". Die SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert begründete ihren Antrag so: „*In meinen kühnsten Träumen habe ich nicht erwartet, daß der Antrag im Grundsatzausschuß abgelent werden würde*". Die Frau „*muß auf allen Rechtsgebieten dem Manne gleichgestellt werden. Die Frau, die während des Kriegsjahres auf den Trümmern gestanden und den*

dem Manne gleichgestellt werden. Die Frau, die während des Kriegsjahres auf den Trümmern gestanden und den

Mann an der Arbeitsstelle ersetzt hat, hat heute einen moralischen Anspruch darauf, so wie der Mann bewertet zu werden ... Nun wird man mir entgegenhalten: Durch diesen Artikel macht ihr mit einem Schlag das bürgerliche Recht verfassungswidrig, und das ist nicht anhängig." Deshalb schlug sie eine Übergangsfrist bis 1953 vor. Bis dahin sollen die entsprechenden Gesetze geändert werden. Der KPD-Abgeordnete Hein Renner war gegen die Übergangsfrist: „*Wenn wir eine so lange Zeitspanne lassen, befürchte ich, daß überhaupt keine Änderung eintreten wird.*"

Für den Fall, daß der Artikel wieder abgelehnt würde, kündigte Frau Selbert an, daß „*in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, daß unter Umständen die Annahme der Verfasung gefährdet wird.*"

In der Debatte über den Antrag betonte Hermann von Mangoldt, Professor für Öffentliches Recht: „*Wir waren durchaus der Auffassung, daß die Frauen den Männern gleichgestellt werden sollten. Wir waren nur der Auffassung, wenn wir den Antrag vorsehen würden, könnten sich rechtliche Konsequenzen ergeben ...*" Besonders unangenehm waren ihm die Änderungen im Eherecht, „*vor allen Dingen im Ehegüterrecht*", die sich ergeben hätten. Frau Weber hatte ihre CDU-Kollegen in der Fraktionssitzung gebeten, gegen die Gleichberechtigung nur juristisch zu argumentieren (Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion S. 253 f.). Ähnlich argumentierte Max Becker (FDP). Nach seiner Meinung würde 1953 in der deutschen Familie das Chaos ausbrechen. „*Wer hat während des Bestehens der Ehe die gesetzliche Gewalt über die minderjährigen Kinder, der Mann oder die Frau oder beide? ... Wenn zwei eine Gemeinschaft führen*", muß einer „*irgendwie vorangehen*", was „*wohl nicht zu lösen sein wird*".

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Carlo Schmidt (SPD), machte deutlich, daß sich mit der Annahme des Artikels nichts ändern würde. Nur ein paar Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch waren nach seiner Meinung nicht mehr zeitgemäß. „*Es ist klar, daß die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, zum Beispiel die Bestimmungen, die die Frau in ihren Rechtshandlungen an gewisse Genehmigungen binden, nicht getroffen worden sind, um die Frauen zu benachteiligen. Diese sind getroffen worden, um die Frau zu schützen. ... Denn die Frau kann den Anspruch erheben... , daß ihr zugetraut wird, mit der gleichen Verantwortlichkeit (wie der Mann) ... für ihre Interessen zu sorgen. Es handelt sich also genau gesehen darum, daß die Frau erwartet, daß diese fürsorgliche Vormundschaft über sie aufgehoben wird. Es geht den Frauen letzten Endes und das ist ein großes Wort — um die Ehre und nicht um die Besserstellung.*" Auch diesmal wurde der SPD-Antrag abgelehnt (11 Nein-Stimmen von CDU/CSU, FDP und DP gegen 9 Ja-Stimmen von SPD und KPD).

Proteststurm

Bei der zweiten Lesung im Hauptausschuß am 18. Januar 1949 wurde der Artikel 3,2 gemäß dem SPD-Antrag einstimmig verabschiedet. Der große Proteststurm in der Öffentlichkeit hatte Konservative und Liberale zum Einlenken gezwungen. Frauen aus allen Schichten und eine Vielzahl von Frauenverbänden hatten protestiert, u.a. der Frauenring Rheinland, der Frauenring der Britischen Zone, der Süddeutsche Frauenarbeitskreis, die IG Metall, in der 40.000 Frauen organisiert waren, alle weiblichen Abgeordneten in den Landtagen bis auf die Bayerinnen.

So schrieb Frau D. Groener-Geyer aus Ludwigsburg in ihrem Brief an den Grundgesetzausschuß: Die bürgerlichen Parteien hätten bewiesen, daß sie „rückwärtsgerichtet" in „einer Vorstellungswelt befangen" seien, die „der Wahrheit und Wirklichkeit" nicht entspreche. Die Männer seien im Krieg völlig unkritisch Hitler gefolgt. Nach ihrer Meinung hätten sie damit ihre Vorrechte verloren. Das Frauensekretariat des Freien Gewerkschaftsbundes in Hessen betonte ganz nüchtern: „*Wenn auch gerade wir erwerbstätige Frauen sehr genau wissen, ja es täglich erfahren, daß die Gleichberechtigung uns Frauen allein durch den Paragraphen der Verfassung noch nicht gesichert ist, sondern wir sie uns auf allen*

phen der Verfassung noch nicht gesichert ist, sondern wir sie uns auf allen

Gebieten, ob wirtschaftlich oder politisch erst in der Praxis noch wirklich erkämpfen müssen, so verwundert es uns umso mehr, daß es im Parlamentarischen Rat heute noch Mitglieder gibt, die sie formell auch ablehnen."

In der Aussprache vor der Abstimmung behauptete der CDU-Abgeordnete Walter Strauß, allen deutschen Männern sei der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau schon seit 1918 „in Fleisch und Blut übergegangen". Alles wäre nur ein Mißverständnis, weil wir „die Dinge zu juristisch und zu wenig politisch" gesehen hätten. Nach einem Antrag der CDU-Abgeordneten Helene Weber fügte der Hauptausschuß an den Satz „*Männer und Frauen sind gleichberechtigt*" noch den Satz hinzu: „*Die Gesetzgebung hat dies auf allen Rechtsgebieten zu verwirklichen.*" Der Redaktionsausschuß, der nur die Aufgabe hatte, die Grundgesetzentwürfe sprachlich zu überarbeiten, strich diesen Satz wieder. Im Abschnitt XI des Grundgesetzes (Übergangs- und Schlußbestimmungen) heißt es: „*Das dem Artikel 3, Abs. 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953.*" (Artikel 117,1). In der dritten Lesung am 8. Februar wurde Artikel 3,2 ohne weitere Diskussion in der heutigen Form verabschiedet. Der Bundestag ließ sich Zeit. Erst 1957 traten die entsprechenden Gesetzesänderungen in Kraft. Bis heute gibt es kein Antidiskriminierungsgesetz.

E. Wezel/Bonn

Quellen: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion (Forschung und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 2) Stuttgart 1981; Akten des Parlamentarischen Rates im Parlamentsarchiv in Bonn, Bundesarchiv Koblenz.

Göttingen:

In Sachen Justiz gegen AStA

„Ich möchte kaum begreifen, wie Gott nur soviel Lumpenpack erschaffen konnte"
(H. Heine über „Göttinger Philister")

Was schwindelerregende Balanceakte der Staatsanwaltschaft in politischen Prozessen angeht, war das kleine, beschauliche Universitätsstädtchen Göttingen schon öfter Schauplatz für verblüffende artistische Fähigkeiten. Oberstaatsanwalt Stange hat derzeit wieder zu einem Salto Mortale angesetzt. Es geht um den Göttinger AStA, eine Institution, die in der Vergangenheit auch schon das eine oder andere Kunststückchen aufzuweisen wußte.

Gibt es in diesem Land Zensur? So würde ich das nicht formulieren dürfen

Der Staatsanwalt klagt an: Sieben ehemalige Finanzreferenten und Vorsitzende des AStAs aus den Jahren 1980-83. Der Vorwurf: Untreue (§266 StGB). Weil die Sieben als gewählte Studentenvertreter ihrem Auftrag, unter dem sie gewählt wurden, treu geblieben sind, sollen sie ca. 25.000 DM veruntreut haben. Übersetzt heißt dies: Angeklagt ist die Wahrnahme des Politischen Mandates der Studentenschaft.

Was haben sie denn Böses getan?

Um es einmal anschaulich zu machen: Der Fachschaftsrat (FSR) Theologie dokumentierte in seiner Zeitung eine Rede des salvadorianischen Bischofs Oscar A. Romero. Der Titel: „Die Inkarnation des Bösen und der Glaube an das Gute". Der Staatsanwalt: allgemeinpolitischer Inhalt, 714.- DM ver-
karnation des Bösen und der Glaube an das Gute". Der Staatsanwalt: allgemeinpolitischer Inhalt, 714,- DM ver-
untreut durch die Bezahlung der Druckrechnung. Aber wie sollten im Juni 1981 der ASTA-Vorsitzende und der Finanzreferent, beides Theologen, auch ahnen können, daß sich im Januar 84 ein Staatsanwalt findet, der diese Rede des tief religiösen Bischofs (gehalten 1980 vor der Universität von Löwen, Belgien) zum Anlaß nehmen würde, gegen sie ein Strafverfahren einzuleiten.

Die Rede Romeros hat zweifelsohne politischen Gehalt. Sie an der Fakultät zu veröffentlichen ebenso. Aber welche Art Politik? Hochschulpolitik? Allgemeinpolitik? Fachschaftspolitik? Oder doch nur Theologie? Offensichtlich nicht. Romero ist wegen solcher Reden von Todesschwadronen vor der Kathedrale von San Salvador erschossen worden, im Mai 1981.

Man kann die insgesamt 79 inkriminierten Tatbestände der Anklage grob gliedern in:
a) eindeutige ASTA-Publikationen und
b) Fachschaftspublikationen, deren Inhalt im Bereich des sog. Allgemeinpolitischen Mandates anzusiedeln seien und somit nicht dem in § 50 des niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) definierten Aufgabenbereich des AStA entsprechen. Hierunter fallen Veröffentlichungen zum Häuserkampf, Mittelamerika, zur polnischen Gewerkschaftsbewegung etc.
c) der dritte Sektor sind Veröffentlichungen und Veranstaltungen, an denen der AStA nur teilweise, mittelbar oder gar nicht beteiligt war. Hierunter fallen z.B. Demo-Aufrufe, durch ein den AStA einschließendes Bündnis.

Thematisch geht es in dem Verfahren insbesondere um: **Häuser- und Wohnungskampf** (wobei zu sagen ist, daß im Göttinger Häuserkampf sowohl die studentische Wohnungsnot, als auch die gigantische Kapazität leerstehenden Wohnraumes seitens der Universität eine große Rolle spielte), **Internationalismus**, hier besonders Mittelamerika, Türkei, PLO-Solidarität, Polen.

Neben diesen beiden großen Blöcken steht eine Reihe Publikationen zu jeweils aktuellen politischen Fragen, RgR, Brokdorf, Startbahn ...

Die Ermittlungsakte liest sich wie eine Chronologie der sozialen und politischen Kämpfe der letzten vier Jahre. Und es gibt auch Kuriositäten. Es macht ihn irgendwie sympathisch, den Herrn Staatsanwalt, daß er dem Prozeß auch etwas Humor gönnt. Beanstandet wird ein Aufkleber: „Lieber ein Geschwür am After, als ein teutscher Burschenschafter". Veruntreuung durch Zahlung der Druckkosten: 36,- DM. Hier schlug das Herz des Alten Herrn. Mit dem Punkt Burschenschaften sind wir bei den Anfängen. Wie kam es eigentlich zur Anklage? Eine Entwicklung, die es lohnt, aufmerksam untersucht zu werden.

Über Helfer und Helfershelfer — eine Geschichte einer Kriminalisierung

Schon früh gab es ständige Kontakte zwischen Staatsanwalt und Uni-Präsident Kamp. Schon früh wollte die Staatsanwaltschaft die Bestrafung der Missetäter. Sie bedrängte Kamp auf offensives Ausnutzen rechtsaufsichtsmäßiger Maßnahmen. Kamp selber schien nie sonderlich interessiert. Vielleicht hatte er auch schlicht die Nase voll. Im Mai 81 hatte es im Alleingang auf Denunziation rechter Studenten ein Amtsenthebungsverfahren gegen den AStA eingeleitet, seine Wahl sei nicht satzungsgemäß vonstatten gegangen. Schade nur, daß Kamp aufgrund einer hoffnungslos veralterten Satzung vorging, so daß das Spektakel eher peinlich war. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Kamp wollte nicht so recht ran. Selbst durch Druck aus Hannover war der Präsident zu nicht mehr als einigen halbherzigen Zwangsgeldandrohungen zu bewegen.

Strafprozessuale Ermittlungen in Umgehung der uniinternen Disziplinierung schien damals, vor dem, was heute oft „Wende" genannt wird, nicht opportun. So war die Lage, als eine Gruppierung die Bühne des Geschehens betrat, die an der Göttinger Uni „traditionell" seit 16 Jahren ein Schattendasein führt. Der RCDS, vom AStA zärtlich „die Hofhunde der Macht" genannt, begann dem staunenden Publikum die Burleske „Demokratischer
zärtlich „die Hofhunde der Macht" genannt, begann dem staunenden Publikum die Burleske „Demokratischer
Dialog heute" vorzuführen.

Es war November 1982. In der BRD wurde gerade ein Regierungswechsel inszeniert. Allgemein verwilderten die politischen Sitten und Gebräuche. Die Universität, als gesellschaftliches Subsystem, darf dabei nicht abseits stehen. Seien wir ehrlich, irgendwie war es verständlich. Wenn die Alten Herren in Bonn so ganz ohne Wahlschnickschnack das Regierungsding drehten, warum sollte es die Jungschar nicht auch so ähnlich versuchen. Politik ist eh ein schmutziges Geschäft. Per aspera ad AStA (1), wie der Lateiner sagt.

Also, RCDSler besuchten den AStA, recherchierten die Akten und veröffentlichten Buchungsnummern und Ausgabenhöhe von ihrer Meinung nach allgemeinpolitischen = illegalen Flugblättern. Erstmals hatte die Staatsanwaltschaft konkrete Anhaltspunkte für ihre Ermittlungen. Am 10.11.82 schrieb RCDS-Vorsitzender Wichmann den sog. „Petzerbrief" an den Unipräsidenten: *„Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß die Gelder dem AStA-Haushalt wieder zugeführt werden."* Damals ging es um 5.000 DM.

Daraufhin erhöhte Kamp das angedrohte Zwangsgeld auf 5.000 DM und versuchte, das zuvor angesetzte Zwangsgeld einzutreiben und beließ es dabei.

Dies geschah in Göttingen. Zur gleichen Zeit spielte sich in Hannover ein ganz anderes Stück demokratischer Rechtsstaat ab, das so anders allerdings auch nicht war. Ab Sommer 82 diskutierte die CDU Niedersachsens über Möglichkeiten der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Arbeitskreis Kunst und Wissenschaft und dessen Vorsitzender Hedrich (Abgeordneter aus Uelzen). Stein des Anstoßes war ein Erlaß des niedersächsischen Ministers für Kunst und Wissenschaft, Cassens, der die Studentenschaftsbeiträge als Zwangsbeiträge bestätigte und die Hochschulen auf deren Eintreibung verpflichtete. Rechte Studentengruppen hatten zuvor in Göttingen einen Beitragsboykott propagiert, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die studentische Rechte war empört: „CDU-Minister verlangt Zahlung an kommunistische Studentenfunktionäre", „Linksextremistische Verfassungsfeinde durch CDU-Landesregierung finanziert", so die Kommentare. Naja, man kennt das. Aber auch Hedrich und Kamp und andere CDU-Größen gaben sich irritiert. Sie zogen unterschiedlich Schlußfolgerungen: Kamp, seiner Linie treu, ruft die Studenten auf, bei der nächsten Wahl „demokratische Studentengruppen'. in den AStA zu wählen. Hedrich, ausgebuffter als Kamp weiß er um die Erfolgsaussichten eines solchen Weges, fordert 2 Wochen nach dem Cassens-Erlaß die völlständige Abschaffung der VS in Niedersachsen. es sei nicht hinzunehmen, daß Studenten gezwungen seien, an ASten Geld zu zahlen, das diese nur für ihre Politik benutzen würden. Sie würden „ständig in primitivster Weise" gegen das Gesetz verstoßen. Hedrich kündigt eine Initiative im Landtag an. Der Arbeitskreis reicht seine bereits ausgearbeiteten Vorstellungen beim Fraktionsvorstand der CDU ein. Der Landtag solle noch in diesem Jahr darüber diskutieren. Das tat er auch. Unsere Herren Parlamentarier konnten sich jedoch nicht sofort zu hartem Durchgreifen entschließen, sondern meinten, es sei wahrscheinlich günstiger, gleich auf BRD-Ebene vorzugehen. (Mittlerweile saß Kohl auf dem Kanzlerstuhl). Ansonsten kündigte man „schärfere Überwachungsmaßnahmen der Universitätsleitung" an. Kamp feierte kein gutes Silvester und blieb weiterhin damit beschäftigt, sich einigermaßen rauszuhalten. (Stattdessen erlaubte er für 1984 den Burschenschaften wieder das Farbentragen an der Uni).

Ein eventueller Zusammenhang dieser Aufrufe aus Hannover mit dem Initiativwerden des RCDS an der Göttinger Uni ist keineswegs zufällig. In die gleiche Zeit fällt die Anklage des RCDS-Vorsitzenden Wichmann gegen einen ehemaligen AStA-Vorsitzenden (Anfang 82) wegen Nötigung und „grober Störung von Veranstaltungen". AStA-Vertreter befragten damals auf einer RCDS-Veranstaltung CDU-Größen nach ihrer Hochschulpolitik. In die gleiche Zeit fällt eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen GN-Redakteur
Hochschulpolitik. In die gleiche Zeit fällt eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen GN-Redakteur
(„Göttinger Nachrichten", Zeitung des AStA). Der „Beleidigte" Franz Josef Strauss (in der GN: „bayrischer Obergangster") wirft wahrscheinlich recht selten einen Blick in diese Zeitung, obwohl des öfteren darin von ihm die Rede ist. Scheinbar hat er nicht nur Freunde, sondern auch Leser.

So war der Jahreswechsel 82/83 an der Uni geprägt durch sich massierende juristische Attacken gegen den AStA. Im Januar fanden Wahlen zum Studentenparlament statt. Aus diesen Wahlen ging die Linke gestärkt hervor.

Ein paar Kilometer weiter Richtung Norden entschied gerade das Verwaltungsgericht Braunschweig (25.1.83) über die Klage einiger Burschenschafter gegen den dortigen AStA und setzte Zwangsgelder in Höhe von 2.000 DM fest, die auf 100.000 DM steigerungsfähig seien.

Noch ein Stück weiter nördlich kündigt der Göttinger Landtagsabgeordnete Fischer (CDU)/Mitglied des AK Kunst und Wissenschaft in der Januar-Sitzung des Landtages härteres Durchgreifen gegen den Göttinger AStA an. Er würde dafür sorgen, daß „der AStA in Zukunft mundtot gemacht werde". (Soeben war eine Sonder-GN zum 30.1.1933 erschienen, die ihm anscheinend nicht gefiel).

Und Fischer hat sich tatsächlich angestrengt. Im Februar geht bei der Staatsanwaltschaft eine anonyme (sic) Anzeige ein. Die Staatsanwaltschaft nimmt die Ermittlungen erneut auf, diesmal ohne Kamp, der am 30.3. nochmals versucht, ein Zwangsgeld einzutreiben. Jetzt geht alles recht schnell. zweimal wird der AStA von der Staatsanwaltschaft besucht, mit Durchsuchungsbefehl, am 20. und am 27.4.83. Das Vorgehen der Staatsorgane bei der Durchsuchung zeigt Kenntnisse der Details der AStA-Buchführung und der internen Finanzverwaltung. Daß sie dennoch zweimal vorbeischauen mußten, erklärt sich durch das gesunde Halbwissen der RCDS-Haushaltsausschuß-Mitglieder, die allein als Informanten in Frage kommen. Die Durchsuchungsaktion endet mit der Beschlagnahmung aller AStA-Akten der Jahre 1980-1983, damit die Verjährungsfrist (drei Jahre) auch ja voll ausgenutzt wird (wenn man schon mal dabei ist).

Doch damit nicht genug. Wenn's kommt, kommt's dicke. Am 29.4.83 reicht der Jura-Student Eckard Gnodtke, Corps-Student, eine „verwaltungsrechtliche Verpflichtungsklage auf Unterlassung allgemeinpolitischer Betätigung" beim Verwaltungsgericht Braunschweig ein. Er legt acht Publikationen des AStAs als Beweismittel vor. Unmittelbarer Stein des Anstoßes ist der Ostermarsch-Aufruf des AStA. Gnodtke bezieht sich auf das von Burschenschaften angestrengte Urteil desselben Gerichtes gegen den Braunschweiger AStA. (25.1.83). Corpsgeist heute! (Anm.: Mittlerweile hat Gnodtke recht bekommen).

Für den AStA wurde es jetzt so langsam eng. Selbst der RCDS sprach von „geradezu mitleidigen Gefühlen".

Anfang Sommer gingen die Vorladungen raus; Ende 83 sind die Ermittlungen abgeschlossen; Januar 84 wird Anklage erhoben. Wiederum laufen paralell die Wahlen zum Studentenparlament. Die Wahlen bestätigen die Angeklagten, die Linke ist stärker als im Vorjahr. Die Wähler haben die rechtsstaatlich verordnete Lektion anscheinend noch nicht gelernt.

Die Jusos ...

Für diese Entwicklung muß noch die etwas unrühmliche Rolle nachgetragen werden, die die Jusos zeitweilig spielen zu müssen meinten.

Mitte 83, in der Zeit der massiven Drohungen gegen den AStA, versuchten die Jusos, aus der Not eine Tugend und aus der Repression eine Strategie zu machen. Das Politische Mandat sei zu abstrakt und in der Studentenschaft nicht genug verankert. Das heißt *„für uns Jusos, das PM nur dort wahrzunehmen, wo eindeutige hochschulpolitische Bezüge herzustellen sind"*. Propagiert wurde ein AStA e.V. Das erste war der Verzicht auf das PM, das zweite der Ausstieg aus der VS. Die Polemik erhielt schrille Töne. Linke Bündnispartner, die sich diesem Ausverkaufskurs nicht anschließen mochten, wurden bezeichnet als „tollwütiger
nispartner, die sich diesem Ausverkaufskurs nicht anschließen mochten, wurden bezeichnet als „tollwütiger
Hund, der sich mit wedelndem Schwanz vor einen Güterzug wirft". Doch mit den Herrschenden dieser Welt ist es beim Paktieren wie mit dem Teufel. Gibst du dem auch nur einen Finger ... Kamp forderte, durch das Verhalten der Jusos ermuntert, die Unterzeichnung eines Vertrages, in dem der AStA erklären sollte, in Zukunft Wohlverhalten zu zeigen. Im Gegenzug verzichte er, Kamp, auf die Eintreibung der festgesetzten Zwangsgelder, die mittlerweile auf 40.000 DM summierbar waren. Es begann die Phase der Geheimdiplomatie. Am Schluß war der Pakt perfekt. So richtig faustisch kamen sie sich vor, die Sozialdemokraten. Der AStA, unter Juso-Mehrheit, unterzeichnete, daß Kamp auf Rechtsaufsichtsmaßnahmen verzichtet, wenn *„Stellungnahmen in einer inhaltlich ausgewiesenen und argumentativ nachvollziehbaren Weise an hochschulpolitische Fragen anknüpfen. Der AStA erklärt, daß er aus seiner Verantwortung vor der Studentenschaft ein eigenes politisches Interesse daran hat, in Zukunft seine Stellungnahmen inhaltlich ausgewiesen und in argumentativ nachvollziehbarer Weise an hochschulpolitischen Fragen anzuknüpfen."*

Trotz Geheimverhandlungen wurde der Deal vor den Stupa-Wahlen im Januar aufgedeckt. Die Jusos verloren merklich. Dennoch war der Deal perfekt. Als kurz darauf Anklage erhoben wurde, waren die beiden amtierenden AStA-Verantwortlichen (Jusos) nicht unter den Angeklagten zu finden.

Zur Ehrenrettung der Jusos muß gesagt werden, daß sie mittlerweile in der Prozeß-Solidarität tadellose Arbeit leisten. Ihre AStA-Politik steht auf einem anderen Blatt.

... und die Solidarität

Anders als in der sozialdemokratischen Lesart war die Solidarität aus der Studentenschaft bereits nach den Hausdurchsuchungen bemerkenswert. Die Fachschaft Medizin veranstaltete eine Blutspende-Aktion: „Der Staatsanwalt hat es so gewollt. Blut fließt für den AStA". Eine Uni-VV bekräftigte die Forderung nach dem PM, und es fand eine Demo zur Staatsanwaltschaft statt (damals noch ohne Beteiligung der Jusos).

Seitdem Anklage erhoben wurde, ist die Solidarität über diese spontanen Ausdrücke hinausgewachsen. Einige Initiativen Göttingens reagierten entschieden: „Ein Angriff auf den AStA ist ein Angriff auf uns".

Es hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, das sich die prozeßbegleitende Solidaritätsarbeit zur Aufgabe gemacht hat. Ihm gehören an: Nahezu alle Fachschaftsräte, die AL, Jusos, MSB, UFOs, Basisgruppen/Wahlliste, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Mittelamerika-Komitee GÖ, KB, PSV e.V., AGIL, GRÜNE u.a.

Der im Februar neu gebildete AStA hat bis zum Ende der Prozesse eine Stelle eingerichtet als Anlauf- und Koordinationsort.

Auf ungewöhnliche Weise hat das Studentenparlament der Uni Göttingen seiner Solidarität mit den Angeklagten Ausdruck verliehen. Es wählte alle sieben kurzerhand zu Ehrenvorsitzenden des amtierenden AStAs.

Mehrere MDBs und MDLs der GRÜNEN und der SPD sowie Vertreter des DGB haben sich mit dem AStA solidarisch erklärt. Zu den Unterzeichnern gehören:
Peter v. Oertzen, Henning Scherf, Hans Ulrich Klose, Jürgen Reents, Dirk Schneider, Leonhard Mahlein, Werner Vitt, A. Frangi (PLO-Vertreter/Bonn), Alexander Schubart u.a. Sie verweisen in ihrer Protesterklärung auf die gesellschaftlichen Folgen von Forschung und Lehre und wenden sich gegen den Versuch den „durch Wahlen legitimierten Willen der Göttinger Studentenschaft" strafrechtlich zu verfolgen. Weiter: *„Die Universitäten dürfen nicht wieder zu Institutionen werden, in denen bedingungslos gehorsame und grenzenlos staatsloyale Bürger erzogen werden."*

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion attestierte den Angeklagten „gesellschaftlich verantwortliches Handeln". Und wie gerade bekannt geworden, gehört auch Hans-Jochen Vogel, der „mit Sympathie von dieser Aktion Kenntnis genommen" hat, zu den Unterstützern.

Zur Zeit läuft in Göttingen eine Spendenkampagne, um einen Teil der sicherlich hohen Gerichtskosten zu beschaffen.

Spendenkonto für AStA-Prozesse:
Kto: 18 00 40 77
BLZ: 28 05 0001
Städtische Sparkasse Göttingen

Und nu?

Und nu?

Letzte Woche ist bekannt geworden, daß erneut ca. 20 Vorladungen rausgeschickt wurden, Anschuldigung: Anstiftung zur Untreue. Ermittlungen laufen weiter. Der Prozeß ist so angelegt, daß er beliebig z.B. auf Fachschaftsräte auszuweiten ist. Ob der Staatsanwalt hier tatsächlich den „Jahrhundertprozeß" gegen das Politische Mandat führen will, oder ob es ihm nur um Einschüchterung und Verunsicherung geht, ist noch nicht abzusehen.

Ebenso wenig wie die Auswirkungen und die Bedeutung des Prozesses in Hinblick auf eine mögliche Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft. Das klassische Muster ist angelegt. Man strengt einen großen Prozeß an, erklärt im Urteil, daß die Studentenschaft sich eh nicht an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten gewillt ist. Und schon ist in Abwägung der Rechtsgüter die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft das kleinere Übel. Doch sind sich die Herrschaften an diesem Punkt nicht einig. Das Rechtsaußen „Studenten-Magazin" bringt den Haupteinwand gegen die Abschaffung auf folgende Formulierung:

„Hochschulpolitische Aktivitäten linksextremistischer Gruppen würden mit der AStA-Abschaffung nicht von heute auf morgen aufhören. Die Aktivitäten würden mit privaten Geldern „undurchsichtiger" Herkunft finanziert werden und sich in den (Hochschul-)Untergrund verlagern. Mit der Verfaßten Studentenschaft bietet sich wenigstens die Möglichkeit, die Hochschulpolitik in einen rechtlichen Rahmen einzuspannen".

Sei es wie es sei, die demokratische Öffentlichkeit und besonders die studentische Linke sollten in den nächsten Wochen und Monaten ein Auge auf diese Stadt und diesen Prozeß haben. Für die zukünftigen Möglichkeiten und Inhalte studentischer Politik wird dieser Prozeß Markierungslinien ziehen.

U. Göttingen

Zur Information und zur Koordination von Solidarität:
AStA Uni Göttingen
-Prozeßstelle-
Nikolausberger Weg 9
3400 Göttingen

Spitzel aufgeflogen - Zwei Fallstudien

Anfang Februar flog Martina Fietz im Hamburger Frauenplenum gegen Munitransporte als Agentin auf. Sie hatte seit 1982 in unterschiedlichen Gruppen in Hamburg „gearbeitet". Im März wurde Doris Hanusch in der BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (kurz: OLGA) nach kürzerer Tätigkeit als VS-Agentin enttarnt. In Beiden Fällen folgte der Aufdeckung der Spitzel-Frauen ihr sofortiges Abtauchen.

Diese beiden Fälle aus jüngster Zeit stehen in einer längeren Kette aufgeflogener Spitzel (s. Übersicht dazu). In den verschiedensten Gruppen mit einem militanten Aktionsverständnis sind in letzter Zeit immer mal wieder solche Spitzel erwischt worden. Wieweit es sich dabei um verstärkte Staatsschutzbemühungen handelt, wie sie insbesondere nach den Protesten beim Bremer Rekrutengelöbnis gefordert worden waren, entzieht sich unserer Kenntnis und läßt sich auch nicht aus den bekanntgewordenen Fällen erschließen.

Wir dokumentieren die Stellungnahmen der in den beiden letzten Fällen betroffenen Gruppen und geben eine Übersicht weiterer Fälle. In beiden Stellungnahmen wird gleichzeitig der Anspruch erhoben, über die konkrete Enttarnung hinaus allgemeinere Hinweise und Lehren zu liefern. Was das anbetrifft, erscheint es uns mißglückt und wir wollen speziell dazu einige kritische Anmerkungen machen.

„Raster" ohne Wert

„Wir werden aus unseren Fehlern lernen" schreiben die Hamburger Frauen am Schluß ihrer Erklärung. Und: *„Wir wollen, daß es ein gesundes Mißtrauen gegen Leute gibt, die sich merkwürdig verhalten ... Achtet auf Leute, die neu sind und schnell in Strukturen eindringen wollen."*

Meiner Meinung nach sind die angegebenen Verhaltensweisen und Verdachtsmomente in beiden Papieren für Verallgemeinerungen ungeeignet. Wenn nach diesen Mustern in der Bewegung Detektiv gespielt würde, hätte das schlimme Folgen.

Leider zeichnet sich das Hamburger Papier außerdem durch eine unangenehme Brutalo-Sprache aus (dies ist nicht neu, s. den früheren Fall „Egon" und „Paula" in AK 228, vom 13.12.82). Nimmt man die mit starken Empörungsworten durchzogene Beschreibung der Martina Fietz, so ist das ganz besonders Perfide, „säuische" wohl gerade darin angesiedelt, daß die sich offenbar so verhalten hat, wie es viele in der Szene engagierte Frauen ähnlich tun:

Sie war in der Friedensbewegung tätig, das war ihr nicht „genug"; Einsatz bzw. Interesse für politische Gefangene gehört ebenfalls unbedingt dazu. Verantwortung während der Kellinghusenblockade oder Telefondienst im Ökoladen sind, glaube ich, auch nicht einmalig in der Szene. Erst recht wäre es komisch, wenn jemand nicht persönliche Kontakte pflegen würde und dort intensive Nachfragen stellt, was jetzt eben „Aushorchen" ist.

Allerdings verzichtet die Hamburger Stellungnahme neben der Kennzeichnung der Agentin als besonders ausgebufftes Schwein, offenbar ganz bewußt darauf, anzugeben, welche konkreten Verdachtsmomente in der Gruppe aufgekommen sind.

Das hat sicher den Vorteil, daß weniger Schlußfolgerungen für die Staatsseite daraus zu ziehen sind (vergleiche dazu die OLGA-Erklärung, siehe unten).

Für Martina Fietz wird behauptet, daß die Frauengruppe ganz „sicher" sei, daß sie seit 1978 Bulle ist, daß sie eine BKA-Ausbildung als „under-cover-Agentin" für Linksterrorismus hat, daß sie „durchtrainiert wie ein MEK-Bulle" und perfekt geschult für „Verhöre" ist. Für diese ganz „sicheren" Erkenntnisse wird jedoch an Beweisen gar nichts geboten; das erstaunte Publikum mag es glauben oder auch nicht.

Das ist keineswegs zwangsläufig, denn in anderen Fällen sind eine ganze Menge Fakten über Agenten verbreitet worden, bisweilen kursierten sogar Büchlein mit deren Aufzeichnungen, womit sich ein gewisser ungeschminkter Einblick in deren Tätigkeit nehmen ließ.

Wir wollen nicht hoffen, daß die gute Ausbildung in diesem Fall das Verhör und die Nachforschungen wirklich weitgehend zu einem Flop werden ließ. Hoffentlich stimmt hingegen die Aussage der Fietz, daß für diese Beamtentätigkeit von so überaus großer Bedeutung („Top-Agenten") nur vergleichsweise lumpige 1.500 DM zu verdienen seien.

Im Unterschied zur Hamburger Erklärung liefert die OLGA eine genaue Beschreibung ihrer Verdachtsmomente und ihres Vorgehens in der Sache. Einschränkend schreiben sie selbst dazu, daß viele von ihnen „aus verschiedensten Gründen ein komisches Gefühl

Fortsetzung nächste Seite

Hamburg:

Hamburg:

BKA-Bulle aufgeflogen

Am Freitag, dem 4.2.84 haben wir, Frauen aus dem Frauenplenum gegen Munitransporte, den BKA-Bullen Martina Fietz, geb. am 15.1.60, in ihrer Wohnung, Marktstr. 136, in Hamburg-Karolinenviertel, Meldeadresse, Postenweg 3 in Oldenburg, enttarnt. Das Schwein war eine sog. „under-cover-Agentin". Ausgebildet und geschult im und vom Bundeskriminalamt, mit dem Auftrag in den „Linksterrorismus" in Hamburg einzudringen.

Ihr cover war die Studentin (in HH im Fach Soziologie eingeschrieben), die über Stadtteilarbeit, Ökologiebewegung und die Politik in der Friedensbewegung zur antiimperialistischen Politik gekommen ist. Sie war seit spätestens September 82 in Hamburg.

Sie ist hier erstmal gezielt in den Stadtteil Karolinenviertel gesetzt worden, wo sie ihre ersten Kontakte über die Stadtteilinitiative im Ökoladen und damit auch zum Arbeitskreis Ökologie hergestellt hat. Ein Ansatzpunkt dafür waren die zu der Zeit stattfindenden Treffen zum Volkszählungsboykott im Ökoladen. Im Nov. 82 wurde sie zum erstenmal auf einer Demo im Zusammenhang mit pol. Gefangenen gesehen, die für sie, nach der Verhaftung von Christian Klar, von der Stadtteilinitiative Karolinenviertel zum Knast führte. Sie hat versucht über die Arbeit in der Friedensbewegung den Einstieg in die Autonome und Antiimperialistische Scene zu kriegen, was ihre Legitimation wurde, mit der sie in unserem Zusammenhang auftauchen und unser damaliges Bemühen nach Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung für sich nutzen konnte. Konkret hat sie sich über das Blockadeplenum der Frieko (Friedenskoordination) und die Blockadeaktion in Kellinghusen, die sie mit vorbereitet und durchgeführt hat, eine Story geschaffen, mit der sie im März 83 auf eine Veranstaltung zum Prozeß von Helga Roos, die im Rahmen der Frauengegengewaltwoche stattfand, gekommen ist. Sie ist zum ersten Prozeßtag nach Stammheim mitgefahren und hat dann regelmäßig an dem wöchentlichen Frauenplenum, das sich in diesem Zusammenhang gegründet hat, teilgenommen. Dort hat sie erzählt, daß sie „unzufrieden mit den Aktionen der Friedensbewegung sei, wie in Kellinghusen und gerne ‚mehr' machen will, es wichtig findet, sich mit Knast und den pol. Gefangenen auseinanderzusetzen". Sie hat an vielen Diskussionen und allen Aktionen gegen Munitransporte mitgemacht, sich an der Vorbereitung für ein norddeutsches Frauenwiderstandscamp beteiligt, an der Blockadeaktion gegen ein Munitionsschiff in Oldenburg, am gemischten Muni-Plenum, an der Demo gegen den Militärumschlag in Nordenham, an der Frauendemo am 14.10. und der Demo am 15.10. in Bremerhaven und war in mehreren Gruppen, die aus diesen Plenen entstanden sind, in der Beobachtungsgruppe und einer Gruppe gegen Verkabelung. Außerdem hat sie regelmäßig Telefondienst im Ökoladen gemacht.

Auf ihrem „Weg" hatte Sie immer den Kontakt zu einzelnen Genossinnen gesucht, um sie auszuhorchen und um als einzelne nicht aufzufallen und über diese den Kontakt zu bestimmten Leuten zu kriegen. Zu ihrer „Legende" gehörte der Versuch, sich wie sie es nannte, eine „pol. Identität" ranzuschaffen, also sich in der linken Scene „zurechtzufinden und diskutieren zu lernen", wozu ihr dieses eine Jahr als sog. „Anlaufphase" dienen sollte.

Als wir bei ihr auftauchten, war ihr schnell klar,daß wir wußten, daß sie ein Bulle vom BKA ist und versuchte deshalb, uns gleich eine Story von einer nach 2 Jahren abgebrochenen BKA-Ausbildung aufzutischen und daß sie es natürlich nicht erzählt hätte, weil ja „klar ist, wie ihr darauf reagiert hättet", als das nicht zog, kam sie dann mit dem Versuch, auf die Tränendrüsen zu drücken und „Frauen von uns nett zu finden" und darüber könnte sie nicht reden, „weil ihr da drüber nur lacht". In dem 13 Stunden andauernden Verhör von uns, hat sie jedenfalls versucht, alle Psycho-Register zu ziehen, die so ein Schwein zieht, wenns in der Klemme sitzt.

Wir wollen hier nichts von den Sachen berichten, die sie uns erzählt hat, wie z.B. daß sie mit 1.500 DM monatlich für ihre Bullenarbeit bezahlt wurde, weil an zig anderen Punkten klar wurde, daß sie Scheiße erzählt, lügt, weil sie ein Bulle ist und natürlich auch auf solche Situationen vorbereitet war — und das nicht erst nach der Enttarnung ihres Kollegen in Frankfurt.

Wir sind uns sicher, daß sie seit ihrem Abitur in Oldenburg 78 ein Bulle ist und ihre Einschreibungen an Universitäten (sie hatte z.B. auch eine Einschreibung als Biologiestudentin in Würzburg von 78 in ihrer Wohnung) immer nur das cover waren. Sie hat eine Spezialausbildung als „under-cover-Agentin", die sie fähig machen sollte, ganz gezielt in die „Sympathisantenscene" reingesetzt zu werden, ist durchtrainiert wie ein MEK-Bulle, ist geschult im Verhalten einer Verhörsituation, erzählt Geschichten, die von ihrem Auftrag und ihrem Background, daß sie ein Spezialbulle ist, ablenken sollten. Sie war gezielt auf das antiimperialistische Frauenplenum und auf Gruppen und einzelne, die mit den Gefängenen aus der RAF und dem militanten Widerstand zusammenarbeiten, angesetzt, um sie zu bespitzeln und Diskussionen und Zusammenhänge mitzukriegen.

Wir werden aus unseren Fehlern lernen.

Hamburg, 5.2.84

Der Staat und seine Spitzel:

Wir warnen vor DORIS HANISCH!

Bürgerinitiative Oststadt/List
gegen Atomanlagen
c/o Pavillion
Lister Meile
Hannover 1

März 1984

Presseerklärung

Wir sind die BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (OLGA) Hannover. Wir arbeiten seit Jahren gegen die zivile & mi-

Wir sind die BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (OLGA) Hannover. Wir arbeiten seit Jahren gegen die zivile & militärische Nutzung der Kernspaltung. Spätestens seit dem öffentlichen Gelöbnis in Bremen 1980 haben wir unsere Arbeit auch auf den antimilitaristischen Bereich ausgeweitet, hauptsächlich auf den Komplex NATO. Seinen Ausdruck fand das u.a. in unserer Teilnahme an Aktionen gegen die Startbahn West und die IDEE in H.

Am 17.1.1984 kam eine Frau auf unser wöchentliches Plenum. Sie war in der vorhergegangenen Woche zum ersten Mal auf dem Plenum gegen die Intern. Luftfahrtschau, die in Hannover stattfindet, gewesen und hatte dort gefragt, in welche Gruppe sie gehen könne, da sie neu in der Stadt sei. Sie wurde an uns verwiesen, weil die OLGA eine für jede/n offene Gruppe ist.

Sie stellte sich als **Doris Hanusch** vor und gab als ihre Adresse Ihmeplatz 1 im Ihmezentrum sowie ihre Tel.Nr. an. Das Ihmezentrum ist eines jener teuren & anonymen Wohnsilos, die es in jeder Stadt gibt.

Schon nach kurzer Zeit kam uns Doris verdächtig vor:

1. Anfangs besuchte sie alle vier Plena, die es in Hannover zu verschiedenen Themen gibt und ein gewisses unabhängiges Spektrum repräsentieren. Das ist nicht nur für einen „Szene-Neuling", sondern auch für die Engagiertesten von uns nervlich und zeitlich so gut wie nicht zu schaffen und daher absolut ungewöhnlich.

2. Kaum daß sie 2 Wochen in unserer Gruppe war, kam sie am 27.1. mit auf die Hungerstreik-Demo für Rolf Nonnenmacher und Wolfgang Gladisch nach Braunschweig; und das, obwohl diese Demo bei uns sehr kontrovers und angstbesetzt diskutiert wurde.

3. Ferner gab sie an, vorher in Göttingen in einer antimilitaristischen Frauengruppe gewesen zu sein. Allerdings konnte sich keine der Frauen in Göttingen (auch nach Vorlage eines Fotos) an Doris erinnern. Und das, obgleich sie in der Vorbereitungsphase gegen das dortige Rekrutengelöbnis dabeigewesen sein will und die Gruppe zu jenem Zeitpunkt überschaubar war.

4. Doris war „zuhause" nie erreichbar, egal zu welcher Tageszeit.

5. Doris forderte massiv, in die Antimilitarismus-Untergruppe der OLGA zu kommen, wo Aktionen und Themen intensiver vorbereitet werden. In die AKW-Untergruppe wollte sie nicht.

6. Um unsere Informationen zu vervollständigen, riefen wir die Auskunft an und erfragten die Tel.Nr. ihrer Eltern, da Doris uns ihren Heimatort genannt hatte. Als wir dort unter dem Deckmantel, Arbeitskollege aus Göttingen zu sein, anriefen, nannten uns die Eltern die Tel.Nr. eines Ortes bei Hildesheim und sagten, Doris sei wenig bei ihnen zu Hause. Mit dem Gegenteil begründete Doris aber immer ihre Abwesenheit aus dem Ihmezentrum.

7. Während sie dann bei uns auf dem Plenum war, riefen wir die neue Tel.Nr. an, wo uns ein Mann bedeutete, sie sei „auf Arbeit". (Ironie des Schicksals?)

Plenum war, riefen wir die neue Tel.Nr. an, wo uns ein Mann bedeutete, sie sei „auf Arbeit". (Ironie des Schicksals?)

8. Dieses Plenum war das letzte auf dem wir sie sahen. Wir denken uns, daß sie sich ihren Teil dachte, nachdem sie von unserer regen Telefonitis Kenntnis erhielt ...

9. In der folgenden Woche rief sie trotz alledem eine von uns an und meldete sich mit der Begründung ab, sie sei krank bei ihren Eltern. Stattdessen befand sich ihr Wagen am selben Abend vor der Wohnung bei Hildesheim.

10. 2 Wochen später stellten wir fest, daß sie ihren VW-Käfer, den sie Anfang des Jahres auf Hannover umgemeldet mittlerweile wieder an ihrem Heimatort angemeldet hatte, allerdings mittlerweile ohne politische Aufkleber und frisch gewaschen, sowie ferner, daß sie aus ihrer Wohnung bei Hildesheim auszog.

11. Am Sonntag, dem 25.3. besuchten wir Doris in Abwesenheit ihrer Eltern in deren Wohnung, um ihr ein Gespräch über die vielen Ungereimheiten anzubieten.
Sie sagte zu.

... aber sie kam nicht. Stattdessen kam kurz vor dem ausgemachten Termin ein mit Fenstern ausgestatteter VW-Bus der Malerfirma O.F. Kielhorn, Hannover 1, Waldstr. 38. Zwei Männer, die für die Tageszeit (21 h) viel zu weiße, frische Kittel trugen, entfernten sich unter mehrmaligem Umsehen, obwohl der einzig plausible Grund, ausgerechnet dort zu parken, ein Besuch in dem Haus gewesen wäre, in dem wir auf Doris warteten.
Eine genauere Untersuchung des Bullis ergab, daß im Laderaum Kartons übereinandergestapelt waren, deren oberster 2 viereckige mit Tesa umklebte Löcher aufwies, in denen runde Linsen zu sehen waren. Der ganze Aufbau hatte eine Verbindung zu einer kurzfristig anschraubbaren Antenne. Das Gerät gab ab der Uhrzeit, zu der wir Doris erwarteten, in kurzen Abständen ein Klicken von sich wie ein Kameramotor. Jemand näherte sich kurz dem Auto und verklebte das Blickfeld der Objektive auf der Scheibe. Gleich darauf wurden seine Personalien von der sofort kommenden Funkstreife festgestellt. Auf das „Warum" antwortete der Beamte mit süffisantem Lächeln, Anwohner hätten angegeben, jemand würde sich in auffälliger Weise an abgestellten Wagen zu schaffen machen. Kurz darauf wurde der Bulli von einem Weißbekittelten weggefahren.

12. Auf telefonische Anfrage hin wußte der Malermeister sofort, welches seiner Autos gemeint war, obgleich es nicht beschrieben wurde. Als er merkte, daß der Anrufer nicht von der Polizei war, legte er auf. Eine Stunde, nachdem der Bulli abgezogen war, stand er ohne Kartons und Antenne vor dem Haus des Malers.

13. Selbst auf unseren Anruf **nach** diesem Ereignis bei Doris und einem erneuten Gesprächsangebot erschien sie nicht zum angegebenen Zeitpunkt.

Für uns stellt sich der Fall nun so dar: Doris ist offensichtlich ein Spitzel, ob nun für die Polizei oder für eine andere Stelle wissen wir nicht.

Daß die Polizei und diverse Geheim- nun für die Polizei oder für eine andere Stelle wissen wir nicht.

Daß die Polizei und diverse Geheimdienste getarnte Fahrzeuge (sog. Dosen) benutzen, ist schon seit längerem bekannt. Neu ist zumindest in Hannover, daß für diese Zwecke auch Privat-PKWs herangezogen werden. Die (...) scheinbar restlos erschöpft wegen der Fülle von Protestierern und Widerständlern in diesem unseren Lande.

Aufgrund dieses Vorfalls können wir nur — einmal mehr — alle Gruppen und Organisationen davor warnen, zu leichtfertig zu sein. Dabei ist es u.E. egal, ob es sich um Friedensinitiativen, Gewerkschaftsgruppen, BIs, Autonome oder ähnliche Gruppen handelt ...
Noch gibt es den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, noch werden wir gezwungen, in einer patriarchalischen Geselischaft zu leben, die für staatliche Institutionen solche Praktiken notwendig macht, wollen sie nicht von der Mehrheit beseitigt werden.

Bei Doris nehmen wir an, daß sie vor allem Bewegungsstrukturen erkunden sollte, es sich bei ihr also nicht um eine ‚ausgebildete Kraft', sondern um eine ‚angeworbene' handelt.

Doris dreimaliges Fernbleiben von Gesprächen, in denen Fehlinterpretationen unsererseits geklärt werden sollten, hat uns letztlich zu dieser Veröffentlichung bewogen. Wir hatten gehofft, etwas Genaues über ihre Anwerbung zu erfahren und ihr andererseits klarzumachen, daß ihr Job tatsächlich Vernichtung von sozialen und politischen Bewegungen zur Folge hat und ob sie das in aller Konsequenz gewollt hat.

Wir wollen, daß es ein gesundes Mißtrauen gegen Leute gibt, die sich merkwürdig verhalten. Und das Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie man/frau Leute überprüft: Telefonbuch, Adressbuch, Autohalter erfragen etc., was aber auch immer einige Kosten und Zeitaufwand bedeutet.

Also achtet darauf, wenn diese Frau in euren Gruppen und auf euren Plena auftaucht. Merkt euch dieses Gesicht und achtet auf Leute, die neu sind und schnell in Strukturen eindringen wollen. Wir wollen nicht, daß jede/r Neue mit Ermittlungen überzogen wird.

Der Geschichte mit Doris sind wir nur nachgegangen, weil sehr viele verschiedene Leute aus verschiedenen Gründen ein komisches Gefühl hatten. Es ging darum, Klarheit zu bekommen, die es möglich gemacht hätte, ohne Vorbehalt mit ihr umzugehen. Zu Anfang haben wir eigentlich nicht an irgendeine Spitzeltätigkeit geglaubt.

Das war auch für uns in langjähriger politischer Arbeit das erste Mal, daß wir so weit gegangen sind.

OLGA Hannover

Die ''nationale Frage''

Konservativer Wunschtraum und pseudolinke Wirklichkeit

Nur Teile der westdeutschen Linken haben sich früher mit Skrupeln herumgeschlagen, wenn es galt auf Nazi-Filz, Imperialisten, Kriegstreiber und -freunde einzudreschen. Mit Vergnügen denken viele noch an den Sturz des ,,furchtbaren Juristen'' (und damaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg) Filbinger, der aufgrund seiner tapsigen Instinktlosigkeit den Hut nehmen mußte. Auch auf das entgleiste Gesicht von F.J. Strauß nach der Wahlniederlage 1980 besinnen wir uns noch gern.

Gilt das auch heute noch? Unübersehbar für den aufmerksamen Beobachter verschiebt sich das Werte-System einiger Szene-Politfreaks. Der Grüne Hoplitschek würde gern mit Biedenkopf und Späth diskutieren. Achtung müsse man haben vor solchen Leuten, die auch in der CDU zu ihren Ökologieminderheitspositionen stünden. Manche ,,Ökolibertäre'' (so nennt sich die neue Rechtsfraktion bei den Grünen) schreiben Programmteile fast von der CDU/CSU ab. Daß das gefährlich sei? I wo — — ,,die politischen Rechten'' ,,meinen da etwas ganz anderes''.

Dummköpfe gibt es überall. Doch Vorsicht: Dem ,,Nützlichen Idioten'' fällt es manchmal nicht schwer, zum Überzeugungstäter zu werden. Ein kleiner Anstoß genügt.

Die Impulsgeber

Seit Juli 1978 erscheint alle Monate die rechte Ideologie-Zeitschrift **,,criticon''**. Führender Ideologe dieser Zeitschrift seit den ersten Nummern ist Caspar von **Schrenck-Notzing**. Als ,,Großaktionär'' der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) verfügte er wohl einerseits über Geld, andererseits auch über vielfältige journalistische Erfahrungen im rechts-reaktionären Blätterwald.

Sein Mitstreiter wurde **Armin Mohler** (Jahrgang 1925). Mohler war 1949 - 1953 Sekretär des Schriftstellers Ernst Jünger, der schon in der Weimarer Republik für die ,,totale Mobilisierung'' stritt. Der Krieg sei kein gewissenloser Völkermord, sondern das ,,vom überschäumenden Blute der Jugend berauschte Fest'' (1943). In späteren Jahren setzte sich Mohler zustimmend mit Carl Schmitt auseinander. Schmitt war führender Staatsrechtler der Weimarer Zeit. Jede menschliche Gesellschaft stünde, so Schmitt, vor der Alternative ,,Selbstbehauptung oder Untergang''. Er rechtfertigte deshalb — vor allem in den ersten Jahren — die Nazi-Herrschaft. Schrenck-Notzing und Mohler legten los: Man müsse alle unzufriedenen Konservativen sammeln, ihnen erst einmal ein publizistisches — später organisatorisches — Forum schaffen und eine ,,Kulturrevolution'' im konservativen Sinn inszenieren.

Nicht aufgesaugt werden vom seichten CDU/CSU-Konservativismus — das war die Devise. Sie versprachen sich einiges von der ,,Vierten Partei'' (1975) und von Strauß' Kanzlerkandidatur. Vergeblich. Dann ,,die Wende''. Jedoch auch jetzt — gerade jetzt! — müßten die Konservativen verstärkt arbeiten, so läßt sich vernehmen. Eine herbe Enttäuschung bereitete ihnen die Kohl-Regierung mit der aus ihrer Sicht unzulänglichen, zögernden zauderhaften Politik. Zumal auf **einem** Gebiet ...

Die ,,nationale Frage''

,,Doch bei den Bonner Parteien geht es ausschließlich um die Frage, wie man denn den Status quo (der Teilung Deutschlands) besser aufrechterhalten kann, durch Nachrüstung oder durch den Verzicht auf sie'', so schrieb Harald Rüddenklau, 1973 - 1981 wissenschaftlicher Referent für Deutschlandpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. ,,criticon'' war wohl die erste Zeitung, in der er seinen deutschlandpolitischen Magenschmerzen nach Beendigung seiner offiziellen Mission in der CDU/CSU eine schriftliche Form geben konnte. Dieses Zitat ist symptomatisch für das Dilemma, in dem sich viele Konservative zur Zeit in der BRD befinden. Die ,,Wiedervereinigung Deutschlands'' steht für fast alle nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Aussichten auf Erfolg sind auch heute noch schlecht. Verantwortlich dafür sei eine bestimmte Politik.

Einerseits zeige die derzeitige Bundesregierung eine hündische Unterwürfigkeit unter die Politik der USA-Regierenden. Alles, was aus Washington komme, werde geschluckt. Andererseits gäben viele Konservative ihre nationale Identität auf. Das verltze das konservative ,,Selbstwertgefühl''. Schließlich sei man nicht zum Nachäffen anderer geboren, sondern zähle sich selbst zur Elite.

Geradezu penetrant wird deshalb in ,,criticon'' gegengesteuert: Die ,,Selbstaufgabe des deutschen Volkes'', die Tatenlosigkeit bei der offenen Frage der ,,Wiedervereinigung'' werden vehement gegeisselt.

Die Schuldigen

Die Amerikaner hätten den Deutschen *,,in der Reeducation dreimal das Rückgrat gebrochen''*. Deutsche konnten **,,ihre Karriere unter US-Aufsicht nur machen ..., indem sie dreimal täglich auf ihre Nation spuckten.''** (Armin Mohler 1981 in ,,criticon''). **,,Nationale Identitätsverweigerung ist keine angemessene Sühne für Hitler''** (Kaltenbrunner). Von ganzem Herzen möchten sie aufschreien: Ekelt euch vor den Amis! Die haben uns verbogen! —Doch Teufel, kaum ein Konservativer begreift das.

Dabei sei doch klar: Man müsse sich endlich von einseitigen westlichen Verflechtungen befreien. *,,Die Einheit Deutschlands ist nur gegen die bestehende Gesamtverfassung zu haben.'' ,,Es kann der Punkt kommen, an dem man mit seiner physischen Existenz für seinen Anspruch auf eine eigenständige, nicht fremdgesteuerte Existenz einstehen muß''* (Mohler — Hervorhebung d. Verf.).

Konservative Strategie

Das derzeitige politische Kräfteverhältnis in der BRD verhindert, daß diese politische Meinung von der Mehrheit der CDU/CSU-Mandatsträger wie auch von der Bevölkerung in absehbarer Zeit verfochten wird. Neben der Schrenck-Notzing / Mohler-Clique verfallen nur winzige nationalrevolutionäre Zirkel auf ähnliche Gedanken.

Wie also vorgehen, um unter den heutigen Bedingungen effektiv ins politische Geschäft einzusteigen? Hoffnung weht da den suchenden Konservativen an, wenn er sich einige Grün / Alternative / Anarchos / Freaks etc. genauer ansieht. Es schillert in der Szene. *,,Der Aberglaube, ,national' sei ,rechts', ist schon am Schwinden''*, schrieb Robert Pflüger schon im Juli / Oktober 1980 in ,,criticon''. Mit der Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen mußte sich — so Schrenck-Notzing — die Freidensbewegung — *,,ob sie es nun wollte oder nicht''* — gleichzeitig mit der *,,Mitbestimmungsforderung auf waffentechnischen und außenpolitischen Fragen''* auseinandersetzen und *,,an der eingesargten deutschen Frage rütteln.''* Zwar könne die Friedensbewegung keine richtigen Antworten geben. *,,Aber die Thematik hat sie in die richtige Richtung verschoben.''*

,,Die Besinnung junger Konservativer und junger Sozialisten auf ihr Deutschsein gehört zu den faszinierendsten Zeichen der allerletzten Jahre'' (Kaltenbrunner). Und Mohler setzt hinzu: *,,Sind sie* (die Regungen eines neuen Nationalbewußtseins — Anm. d. Verf.) *echt und nicht nur taktisch gemeint, so besteht kein Grund, weshalb man nicht mit* **dieser** *Linken zusammen jene träge Mitte aufschrecken sollte, die sich auch in der nationalen Frage hinter die Wenn und Abers verschanzt.''*

Die Umfaller

,,criticon'' berichtet, daß Thomas Schmid, Hauptautor der ökolibertären Gründungserklärung ,,Einigkeit und Grün und Freiheit'', schon 1978 von *,,der imperialistischen Entnazifizierung durch die gottverdammten Yankees, die die Demokratie bei uns verordnet haben''*, gesprochen haben soll. Schmid ist (Originalton) *,,diesem* ***Deutschland nicht nur verhaftet, ich liebe es auch. Und ich will eine Linke,*** *die nicht nur ,kosmopolitisch', sondern* ***auch ,deutsch' ist.''*** (Vgl. Jürgen Habermaß, ,,Nation und Republik'', suhrkamp 1000, zitiert nach ,,criticon''. — Hervorhebung v. Verf.).

,,criticon''. — Hervorhebung v. Verf.).

— Da zitiert der an Regionalismusfragen interessierte ,,student''-Autor Hans Wagner den Westberliner AL-Abgeordneten Martin Jänicke: *,,Wir sind doch hier nicht viel mehr, als eine Bananenrepublik der Amerikaner''* (,,criticon'', Juli / Oktober 1982).

— Der Hochschullehrer Hans-Dieter Sander (u.a. ehem. Gastdozent an der FU in West-Berlin) — übrigens auch Autor in der rechtsradikalen Zeitschrift ,,Mut'' — vermerkt zu **Peter Brandt**: *,,Peter Brandts und Herbert Ammons ,Patriotismus von links' ist deshalb ein lebensnotweniger Widerspruch gegen die deutsche Sozialdemokratie, die mit der Entspannungspolitik die deutsche Frage, laut Egon Bahr, vom ersten auf den fünften Platz der Prioritätenliste setzte ...''*

— ,,criticon'' vermerkt, daß die ,,unmittelbare Heimat'' den Umweltschützern und Bürgerinitiativen am Herzen liege. Die ,,Triebhaftigkeit'' (,,Selbsterhaltungstrieb'') der Bewegung sei bemerkenswert und erfrischend. *,,Die Erhaltung der Heimat und die Selbsterhaltung bedürfen der Selbstbestimmung. Diese Erkenntnis mündet in der Frage: ,Wie souverän ist die Bundesrepublik?' ''*.— ,,criticon'' druckt einen Leserbrief ab, in dem sich eine Gabriele Rustemeyer zu den Grünen bekennt, weil sie ökologisch konservativ dächten. *,,Als ob Konservative* (gemeint sind gewisse Kreise der CDU - Anm. d. Verf.) *Abgase atmen und Öl trinken könnten! Sie holzen das Leben ab zugunsten des Lebensstandards.''*

— ,,criticon'' wirbt für Baldur Springmanns Buch ,,Partner Erde'', erschienen im rechtsradikalen Arndt-Verlag (Springmann war eine berühmte Gründerfigur der Grünen).

— Eine Maria Epple schwärmt für Michael Endes ,,Momo'' und ,,Die unendliche Geschichte''. Die Geschichten tragen mythische Züge, erkennbar sei Metaphysik und Anthropologie. *,,Rom, die Stadt, in der Momo lebt — wird zu einem New York, in dem sich endlose, graue, immer gleiche Häuserfluchten hinziehen; die Kultur reduziert sich auf Zivilisation.''*— Interesse zeigt ,,criticon'' auch für die Entwicklung des neugegründeten Verlags Trikont-Diamus (Herbert Röttgen und Christiane Thurn). Erstaunlich sei die Palette der Themen. Übereinstimmung wird registriert, wenn die Verleger zitiert werden: *,,Auch wenn die politisch Konservativen im gesellschaftlichen Prozeß bisher unsere Gegner waren, so können wir also von ihnen, von ihren Themen lernen.''* ,,criticon'' berichtet weiter: *,,Für den ,agilen Chefpropagandisten des aufgeklärten Neokonservativismus' hält man Gerd-Klaus Kaltenbrunner.''*

— Da wird in einem Interview des ,,Vorläufigen Frankfurter Fronttheaters'' in der ,,FR'' bemerkt, daß *,,dessen Sprecher dem Reporter unter anderem erklärten, Rechtskonservative wie Kaltenbrunner sähen viele gesellschaftliche Erscheinungen einfach genauer als Linke.''* (,,criticon'', Dez. 1982).

— ,criticon'' empfiehlt das ,,Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegung'' von Jochen Blaschke (Hrsg.), Syndikat-Verlag, 1980. Das von ,,mehrheitlich linken Verfassern'' geschriebene Buch sei *,,auch außerhalb des linken Lagers brauchbar.''*

— *,, ... Nun hat ihm eine Gruppe von Anarcho-Linken — darunter Jean-Gabriel Cohn-Bendit (Bruder des ,roten Danny') — ihren Verlag ,Der alte Maulwurf' als Tribüne zur Verfügung gestellt ...''* Wem? Einem Serge Thion, ein Autor, der die ,,Ausschwitz-Lüge'', ,,Das Problem (,,La question''!) der Gaskammern'', eines gewissen Faurisson unter die Leute (die Linke!) bringen will.



Konservative Perspektiven

Die Neubelebung der Diskussion um die ,,nationale Frage'' wird zukünftig mit bewußter und unbewußter Hilfe bestimmter Teile der Friedensbewegung verstärkt durch konservative Kräfte im CDU/CSU-Dunstkreis betrieben werden. Darüber hinaus werden einige Konservative — speziell aus dem Kreis um ,,criticon'', ,,student'' und ,,Rind freiheitlicher Studenten'' — die **personelle** Zusammenarbeit mit Umfallern einleiten oder intensivieren (?). Haupthindernis auf Seiten der Linken ist für die Konservativen der Antifaschismus, der das ,,nationale Denken blockieren würde (so RFS-Vertreter Hans Eschbach in ,,criticon'', Mai / Juni 1983). Der Antifaschismus müsse weg.

Daß auch tatsächlich schon ein *,,Ausbruch aus dem Bannkreis der Kollektivschuld''* zu beobachten ist, wird deutlich, wenn Schrenck-Notzing aus Peter Faeckes Buch (Hrsg.) ,,Über die allmähliche Entfernung aus dem Land'' (Rückschau auf 10 Jahre APO), Düsseldorf 1983, zitiert: *,,Was uns das Kostbarste war, bezeifelten wir als von dem Giftschimmel des heimlichen Faschismus befallen. Bis wir uns, da wir Deutsche waren, selbst befallen glaubten, infiziert, durch und durch verdorben und ausweglos verstrickt.''*

Die Rechte müßte sich dann allerdings auch *,,von liebgewordenen Vorstellungen und Feindbildern trennen: ... vom platten Antibolschewismus mit der heutigen Funktion der Integration Wetdeutschlands in den Westblock ...''* (so Hans Eschbach).

Fäulnisprodukte zerfallender oder Gärstoffe neuer Bewegungen? ,,Traditionssozialisten'' und ,,Ewiggestrige'' sollten es sich nicht nehmen lassen, das aufmerksam zu verfolgen und offenzulegen. Nichts wird bleiben, wie es ist.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spitzel aufgeflogen ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

hatten''. Andererseits sind bei manchen der angegebenen Indizien haarsträubende Folgen zu befürchten, wenn jemand auf die Idee käme, solche Verdachtsmomente zu verallgemeinern: Daß sie als ,,Neuling'' in Hannover so engagiert war, nie zu Hause erreichbar war, sie sich falsch (als krank) abgemeldet hatte, etc. Besonders haarsträubend ist es, wenn es schon einen Verdacht hermacht, daß sie nach kurzer Zeit wagte, mit auf eine Hungerstreik-Demo zu kommen, und partout in die Antimilitarismus-Gruppe (statt die Anti-AKW-Untergruppe) wollte.

Es wäre schlimm, wenn solche ,,Anhaltspunkte'' zu allzu einfachen Rastern beitragen würden und dann Detektiv nach dem Muster ,,Spitzel erkennen, leicht gemacht'' gespielt würde. Das wäre selbst dann problematisch, wenndiese Raster nicht ganz so blöd wären wie die seinerzeitigen Aufforderungen von Staatsseite, ,,Terroristen'' und ,,Sympathisanten'' zu erkennen. Zudem haben solche Agenten-Raster noch den Nachteil, daß sie es dem Staat erleichtern könnten, seine Agenten ,,unauffälliger'' agieren zu lassen. Vielleicht klappt's das nächste Mal besser, wenn man/frau Agent(in) durch besondere Sensibilität und Behutsamkeit Verhaltensweisen vermeidet, an denen die Szene ,,Schweine'' und ,,Säue'' erkennen kann.

In der Regel dürften sich konkrete Verdächtigungen erst aufgrnd genauerer und intensiverer Kenntnis herausbilden. Offene und vergleichsweise offene Gruppen können sich schlecht durch Raster oder Schemata davor schützen, daß darunter auch Agent/inn/en sind.

HH

,,Verbrannt''

Die folgende Liste einiger in den letzten Jahren ,,verbrannter'' V-Leute und Agenten im linken Spektrum gibt einen kleinen Einblick in die Arbeit des Staatsschutzes. Wir beschränken uns dabei auf Fälle, bei denen die ,,Amtsverbindungen'' bewiesen sind. Die Monatsangabe bezieht sich auf die Enttarnung.

Mai '78: Regierungsoberinspektor Ringer vom Bundesamt für Verfassungsschutz alias ,,Wolfgang aus Frankfurt'' war an die Knastgruppe Lübeck herangetreten mit der Idee, die ,,zerstrittene Sponti-Szene zu einen'' ... Der bewaffnete Kampf sei dabei mit eingeplant. Als er in einer langen politischen Diskussion nicht mehr weiter wußte und türmen wollte, kam sein Notizbuch abhanden (ein schönes Foto gabs auch). Darin fanden sich die Telefonnummern von ,,Wolfgangs'' Kontaktpersonen: im BKA, im LKA Wiesbaden usw.usw.

Anfang '79: Polizeiobermeister Klaus Eggert und Rudi Modkorevig vom LKA Hannover tauchten beim Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie auf als ,,Wicky'' und ein Freund ,,Rudi''. ,,Wicky'' war ausgerüstet mit einem kompletten Satz falscher Papiere (ausgestellt auf seinen Decknamen Marc Baumann). Er fiel dadurch auf, daß er behauptete, daß er auch Sprengstoff ,,und andere Materialien'' besorgen könne. Enttarnt wurde ,,Wicky'' von einem alten Schulfreund.

November '82: Kai-Uwe Cramm vom LKA Hannover arbeitete als Thomas Kalkhoff im Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie mit und beteiligte sich u.a. an der Vorbereitung der Schacht-Konrad-Demonstration (30.10.'82). Er wurde als ehemaliges Mitglied einer Wohngemeinschaft von früheren Mitbewohnern, die von seiner Polizeizugehörigkeit wußten, erkannt. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen bestätigte Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff den verdeckten Einsatz des Kripobeamten.

Dezember '82: Nach einer jahrelangen V-Mann-Arbeit für das RD Nürnberg, den US-Geheimdienst CID, den VS in Süddeutschland und das BKA landete Peter Kleina, genannt ,,Pitt'', in der Westberliner Szene. ,,Pitt'', der schon im Knast gesessen hatte, in besetzten Häusern wohnte und als Kellner im ,,Besetzer-Eck'' arbeitete, flog auf, weil unter seinen Sachen u.a. eine Quittung der Haftanstalt Berlin-Tegel über 1693,40 DM war. Das Geld hatte ein Verfassungsschützer als Restgehalt für Kleina bei der Gefängniskasse einbezahlt.

September'83: Klaus Troeber, ebenfalls in der Westberliner Szene tätig unter dem Spitznamen ,,Piwi'' wurde auf der Krefeld-Demonstration am 6.6. von einem Zivi ,,als einer der aktivsten Gewalttäter'' bezeichnet. Als er von einem Kollegenknüppel getroffen wurde, gab sich Troeber den Polizisten als ,,vom Senat'' zu erkennen, worauf ihm ein Mitdemonstrant den Ausweis stibitzen konnte. Nach der ED-Behandlung wurde ,,Piwi'' freigelassen und erst zwei Monate später bei der Einreise aus den Niederlanden verhaftet, weil gegen ihn ein Haftbefehl wegen Krefeld vorlag. Er gab sich als V-Mann des Westberliner VS zu erkennen. Nach Intervention seiner Dienststelle kam Troeber schon am 6.9. wieder frei. Auch CDU-Lummer hatte sich für ihn stark gemacht.

Fl

Niederländische Friedensbewegung und internationale Geheimdienste

Die „Warnung aus Moskau'' im letzten Winter, die westeuropäische Friedensbewegung werde zunehmend unterwandert von westlichen Geheimdiensten, wurde aufgrund ihres pauschalen Charakters von kaum jemandem ernst genommen. Die Behauptung eines Führungsmitgliedes des Interkirchlichen Friedensrats (IKV), die Verteilung eines Flugblatts kurz vor der großen Friedensdemonstration in Den Haag am 29.10.83, in dem zur Besetzung der Botschaften der USA und der SU aufgerufen wurde, sei „CIA-Arbeit'' (1), zielte auf die Diskreditierung radikalerer Initiativen innerhalb der Friedensbewegung und nicht auf die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage geheimdienstlicher Infiltration. Denn unabhängig von der hier nicht zu klärenden Frage, von wem das besagte Flugblatt wirklich stammte, stand die Behauptung im Zusammenhang einer Distanzierung des IKV von jeglichem Radikalisierungsansatz.

Trotzdem: Die Anzeichen und Beweise für eine intensive geheimdienstliche Aktivität in und gegenüber der niederländischen Friedensbewegung häufen sich tatsächlich.

Informanten

Im September 1981 erklärte der damalige (sozialdemokratische) niederländische Innenminister Van Thijn im Parlament zu der von rechten Politikern angezettelten Debatte über eine „Steuerung der Friedensbewegung durch Moskau'', die Friedensbewegung bilde keine Gefahr für die Sicherheit des Staates und werde deshalb auch nicht vom „Binnenlandse Veiligheidsdienst'' observiert (BVD, niederländischer „Verfassungsschutz''). Diese Aussage wurde im Juli 1982 im Parlament von Van Thijns Nachfolger bestätigt und war damit doppelt erlogen: Ein Sprecher des Innenministeriums gab zu verstehen, daß der BVD allerdings Berichte über die Friedensbewegung erstellt habe (2).

Im Dezember 1981 hatte in Nijmegen ein Jugendlicher bereits eingestanden, während der vier Monate, in denen er bei Onkruit aktiv war, Informationen an zwei „Kontaktpersonen der Polizei'' weitergegeben zu haben. Er war mit dem Versprechen, Hilfe bei seinen zahlreichen persönlichen Problemen zu bekommen als Infiltrant angeworben worden. In dem Maße, in dem er begann sich in der Szene „zuhause'' zu fühlen, bekam er jedoch Zweifel und Gewissensbisse über seine Informanten-Tätigkeit, was dann zu seinem Geständnis führte.

Ein ähnlicher Fall wurde im März dieses Jahres bekannt. In einer Illustrierten (3) erschien die Story von einem jungen als „Randfigur'' bezeichneten Mann, der u.a. in Rotterdam bei Onkruit zwei Jahre lang als Spitzel für den BVD tätig war. Er habe Gewalt verhindern wollen und deshalb Informationen über bestimmte Aktionen weitergegeben. Seinen Entschluß an die Öffentlichkeit zu treten, begründete er damit, der BVD habe Informationen (u.a. Namen) von ihm haben wollen, die er nicht geben wollte.

Die autonome Amsterdamer Wochenzeitung „Bluf!'' vom 22.3.84 meldete, daß nach den Bunker-Knack-Aktionen von Onkruit im April 1983 (siehe AK 245: "Bunker-Beute", Teil 3) zwei Amsterdammer Onkruit-Aktivisten von einem Kripo-Beamten
Aktionen von Onkruit im April 1983 (siehe AK 245: "Bunker-Beute", Teil 3) zwei Amsterdammer Onkruit-Aktivisten von einem Kripo-Beamten
vergeblich kontaktiert worden waren.

Der BVD hält sich nicht allein bei Onkruit-Gruppen oder anderen radikaleren Gruppen Informanten: Am 26. Mai 1983 bekam der IKV-Aktivist Wiert Wiertsema unerwartet Besuch von einem sich als BVD-Agent ausweisenden Mann. Wiertsema gab an „im Moment keine Zeit'' zu haben, verabredete einen Termin und sorgte dafür, daß das Gespräch auf Tonband aufgenommen wurde. Im IKV-„Kernblad'' vom August 1983 erschien sein Bericht. Der BVD Agent habe ihn als Informanten anheuern wollen. Seinen Namen habe der Agen von einem bereits aktiven Informanten (dessen Identität bis heute nicht geklärt ist) erhalten. Der Agent beteuerte, daß der BVD sich nicht für den IKV „als Friedensbewegung, als kirchliche Organisation'' interessiere. Der IKV an sich stelle keine Bedrohung für die Sicherheit des Staates und die demokratische Rechtsordnung dar. Dies gelte jedoch nicht für die „heimliche politische Beeinflussung aus dem Ostblock''.

Einschüchterung

Die Aktivitäten der Geheimdienste dienen bekanntlich nicht nur der Sammlung von Informationen. Eine andere wichtige Funktion ist die Einschüchterung nach dem Motto: „Big Brother hört alles, sieht alles, weiß alles!''

Am 21.März dieses Jahres sollte ein Teil des größten und modernsten niederländischen Munitionsdepots in Veenhuizen (bei Assen, Nord-Ost-Niederlande) besetzt und das Computerzentrum des Militärkomplexes sabotiert werden. Am 8., 9. und 10. März tauchten bei vier Leuten, die an der geheimen Vorbereitung der Aktion beteiligt waren, BVD-Agenten auf: „Wir wissen alles von der Aktion. Hört auf damit. Euer geplantes Unternehmen ist lebensgefährlich!'' Die Agenten kannten tatsächlich nicht nur Datum und Ziel der Aktion, sondern auch den globalen Aktionsplan. Ihre Angaben darüber, woher sie wußten, daß die vier mit der Vorbereitung der Aktion zu tun hatten, waren (zumindest zum Teil) erlogen.

Auffallend ist, daß keine der vier besuchten Personen eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung der Aktion spielte, obwohl der BVD, aufgrund der — z.T. richtig, z.T. verdreht wiedergegebenen — Kenntnisse, sicherlich wußte, wer die zentralen Leute sind. Auffallend ist auch, daß die vier im Vergleich zu den meisten anderen an der Vorbereitung Beteiligten schon etwas älter sind; einer von ihnen ist der Vater eines Totalverweigerers, der sich — um nicht individuell und unauffällig eingeknastet zu werden — bei der Aktion in Veenhuizen verhaften lassen wollte. Das Auftreten der BVD-Agenten war eindeutig nicht darauf angelegt, noch mehr Informationen zu bekommen oder neue Informanten zu werben. Wäre es nur darum gegangen, die Aktion zu verhindern, hätte die in der letzten Zeit bei durchgesickerten Aktionsplanungen des öfteren erfolgreich erprobte Methode — die Aktion anlaufen lassen, genügend Bullen versteckt halten und dann die Aktivisten zusam-
planungen des öfteren erfolgreich erprobte Methode — die Aktion anlaufen lassen, genügend Bullen versteckt halten und dann die Aktivisten zusam-
mentreiben und registrieren — viel näher gelegen. Eigentlich paßt alles haarscharf in das Bild, daß die außergewöhnlich freche BVD-Aktion als „Abschreckung'' radikaleren Aktionsansätzen gegenüber dienen sollte. In „Bluf!'' vom 2.3. heißt es, der BVD werde „sicherlich hoffen, daß die Paranoia, das Mißtrauen untereinander, die Angst vor Abhören und Infiltration so groß wird, daß die antimiliaristische Bewegung mehr oder weniger gelähmt wird, die Repression nach innen schlägt''.

Die Möglichkeit eines BVD-Informanten in der Vorbereitungsgruppe für Veenhuizen wird von der Gruppe selbst als sehr unwahrscheinlich erachtet. Möglicherweise ist die Beobachtung des Munitionskomplexes aufgefallen und anschließend ein BVD-Team angesetzt worden. Es kann auch sein, daß der BVD über zwei halböffentliche, größere Versammlungen, auf denen die Aktion zur Sprache kam, Wind bekommen hat. Eine weitere Möglichkeit (für die einige Umstände sprechen) ist, daß der BVD das Treffen am 29. Februar auf einem Campingplatz in der Nähe von Veenhuizen, auf dem die Aktion definitiv geplant worden ist, beobachtet und abgehört hat.

Mit den vier „Hausbesuchen'' hat der BVD seine Wühlerei gegen die geplante Aktion allem Anschein nach keineswegs beendet. Laut „Bluf!'' wird die Post eines Mitglieds der Vorbereitungsgruppe geöffnet. Der gleiche Aktivist, der gerade umgezogen ist, bekam innerhalb von zwei Tagen einen neuen Telefonanschluß, obwohl es in der betreffenden Gemeinde normalerweise längere Wartezeiten gibt. Mitte März bekam ein anderer Aktivist, dessen Wohnung in der Nähe des Munitionsdepots am 21. März als „Aktionszentrum'' dienen sollte, von der Post Bescheid, daß sein Telefon an diesem Tag außer Betrieb genommen würde „wegen Reparaturarbeiten''. Einen gleichen Bescheid bekam der Vorsitzende der Friedensplattform von Opstellingwerf, eines Nachbarortes.(4) Die Nachbarn beider Aktivisten hatten keinen solchen Bescheid erhalten.

Neben den vier genannten Besuchen hatte der BVD am 9. März auch den ehemaligen Vorsitzenden des dahin gegangenen Komitees „Stoppt den Ausbau von Veenhuizen'', zugleich Mitglied der KP (CPN), besucht: Ob er von der „für den 21.März von Onkruit geplanten terroristischen Aktion'' gegen das Munitionsdepot wisse. Natürlich wußte er nichts. Aber er tat, worauf der BVD es abgesehen hatte. Er riet einem Parteifreund und Mitglied der Friedensplattform von Opstellingwerf, die Plattform möge sich sofort von der „terroristischen Aktion'' distanzieren. Es kam tatsächlich zu einer Eilversammlung der Plattform, auf der eine öffentliche Erklärung beschlossen wurde, die jedoch keine Distanzierung von der antimilitaristischen Aktion enthält, sondern die Verurteilung der „unwürdigen, naiven und einschüchternden'' Aktivitäten des BVD, die im übrigen ungesetzlich seien.

Agent provocateur

Agent provocateur

Der bisher schwerste bekanntgewordene Fall geheimdienstlicher Aktivitäten gegen die Friedensbewegung flog am 19.April auf. An diesem Tag gesteht „John Paul Gardiner'' gegenüber Mitbewohnern des Friedensaktionslagers vor der Luftwaffenbasis in Woensdrecht (auf der die Cruise Missiles stationiert werden sollen), ein Geheimagent der US-amerikanischen „National Security Agency'' (NSA- Nationale Sicherheitsbehörde der USA) zu sein. Seit dem 4. Dezember 1983, dem Tag an dem „Gardiner'' — unter dem Deckmantel eines von der BRD ausgewiesenen Aktivisten — zum Friedenslager kam, habe er Informationen über das Lager gesammelt und z.T. auch an den niederländischen BVD weitergegeben.

Der 42-jährige gab an, bereits seit 1961 für die NSA zu arbeiten. Seit 1977 habe er in der BRD gearbeitet als under cover Agent gegen den Heroinhandel unter amerikanischen Soldaten. Im November '83 sei er von seinen Vorgesetzten in die USA zurückgerufen worden, wo er den Auftrag erhalten habe, „den harten Kern der niederländischen Friedensbewegung'' zu infiltrieren, um herauszufinden, ob und inwiefern dieser „moskaugesteuert'' sei. Seine amerikanische Kontaktperson in den Niederlanden sei der „CIA-field-officer'' Rod Blackburn, ein Mann, der tatsächlich bei der US-Botschaft in Den Haag arbeitet als „Sicherheitsagent''. Über zwei niederländische Kontaktpersonen in Den Haag („Hans'' und „Pieter'') habe er Informationen über geplante Aktionen an den BVD weitergegeben. Vom BVD habe er auf Anfrage (zu jedem gewünschten Zeitpunkt, direkt) ausführliche Informationen über alle Bewohner des Friedenslager erhalten.

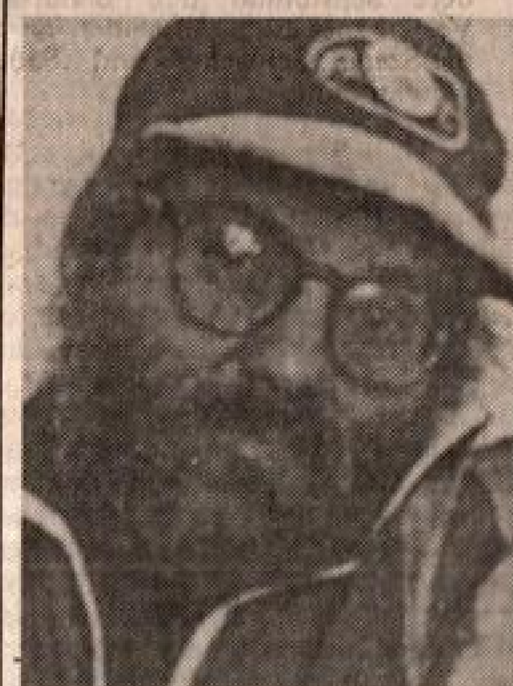
Die zwei beim Geständnis anwesenden Journalisten von „de Volkskrant'' und „Trouw'' wollen einen Beweis für „Gardiners'' Agententätigkeit. „Gardiner'', der im Besitz eines kanadischen, eines amerikanischen und eines dänischen Passes ist (in einem der Pässe heißt er „John Wood''), wählt eine geheime Telefonnummer in Den Haag, nennt einen Kode und die Telefonnummer, unter der er im Moment zu erreichen ist und wird zehn Minuten später zurückgerufen von „Pieter''. Diesem erzählt nun „Gardiner'', daß in der Nacht um 00.30 Uhr „eine hart Aktion'' geplant sei gegen den Kommunikationsbunker der Luftwaffenbasis. Als die zwei Journalisten zusammen mit fünf Aktivisten um 23.45 Uhr zur Basis gehen, wimmelt es um und auf dem Militärgelände — vor allem in der Nähe des Kommunikationsbunkers — von Polizei, Marechaussee (Militärpolizei) und Soldaten.

Das Geständnis von „Gardiner'' erklärt das Mißlingen zweier geheim vorbereiteter Aktionen in Woensdrecht am 18. Februar und am 7.April. „Gardiner'' war beide Male Mitglied der kleinen Vorbereitungsgruppe. Als am 8. April eine Aktion, durchgeführt von der gleichen Gruppe, aber aufgrund eines ersten Verdachts gegen „Gardiner'' ohne seine Mitarbeit und ohne sein Wissen, nicht vorher durchsickert war und gelingt, wird „Gardiner'' von seinen Mitbewohnern mißtraut. Da es stets mehr Hinweise gibt, daß „Gardiner'' ein Infiltrant ist (Geschichten machen die Runde, daß er mehrere Pässe habe und irgendwo Granaten versteckt halte, auch ist unklar, wie er die so begehrte Stabskarte der Militärbasis hat beschaffen können) wird ihm am Donnerstag vor Ostern klar gemacht, daß er das Friedenslager verlassen muß. Danach rückt „Gardiner'' mit seinem Geständnis raus.

Auf die Frage warum „Gardiner'' jetzt plötzlich gesteht, nachdem er im Lager monatelag als Spitzel garbeitet hat, antwortet er mit einer sentimentalen Geschichte. Seine „Beichte'' sei das Resultat von Gewissensbissen. Die Liebe, das Vertrauen und die Herzlichkeit im Lager hätten ihn zu dem Entschluß gebracht (nach 23-jähriger Agententätigkeit) endlich seine Maske abzulegen. Er wolle etwas von dem Schaden, den er der Friedensbewegung zugefügt habe, wiedergutmachen. Und dann verschwinden, endlich „er selbst'' werden nachdem er ein halbes Leben lang nur eine Nummer gewesen sei. „Gardiner'' fürchtet jetzt, von seinen Auftraggebern liquidiert zu werden: *„Ich kann ... an einer Überdosis Heroin auf einem alten Boot in Amsterdam sterben oder durch einen Auto-Unfall.''*(5) Auch könne er „mindestens zehn Jahre Gefängnis'' bekommen für die Verletzung des „US Official Secrets Act'' (6). Desweiteren wisse er nicht, ob er Racheaktionen oder Verfolgung von den Leuten, gegen die er gearbeitet hat, zu fürchten habe.

Wanted

Wanted



Der US-amerikanische under cover-Agent John Paul Gardiner (Name in seinem kanadischen Paß) bzw. John Woods (amerikanischer Paß) — der in seinem dänischen Paß enthaltene Name ist nicht bekannt — ist 42 Jahre alt und von auffällig kleinem Wuchs (ca. 150 cm). Im Woensdrechter Friedenslager trug er einen Vollbart, Brille und ständig eine Baseball-Mütze, was allerdings sämtlich leicht veränderbare Merkmale sind.

Nach seinen eigenen Angaben war er seit 1977 in der BRD als under cover-Agent gegen den Heroinhandel unter US-amerikanischen Soldaten eingesetzt. Ebenfalls nach eigenen Angaben war er auch in der belgischen Friedensbewegung wühlerisch tätig (hierfür sprechen die 13 in seinem Wohnwagen gefundenen Granaten, die aller Wahrscheinlichkeit nach aus einem Raubzug im belgischen Florennes stammen). Es geht zudem das Gerücht, daß „Gardiner'' auch im bundesdeutschen „heißen Herbst'' dabei war.

Wer hat „Gardiner'' wann, wo und wobei gesehen? Unter welchem cover ist er aufgetreten? — Sachdienliche Hinweise zur Weiterleitung an interessierte niederländische Antimil-Aktivisten nimmt dankbar entgegen die Niederlande-Kommission p.A. AK-Redaktion, Verlagsadresse. Vertraulichkeit und die Zusendung eines Ordens „Verdienter Spitzel-Entlarver des Volkes'' sind zugesichert.

Nach seinem Geständnis ist „Gardiner'' plötzlich spurlos verschwunden. Den Versuch ihm zu folgen, haben die Bewohner des Friedenslagers aufgegeben, nachdem „Gardiner'' seine Verfolger entdeckt und ihnen gesagt hat, sie sollen nicht auch anfangen Geheimagent zu spielen. Am Ostersonntag (2.4.) taucht „Gardiner'' nochmal kurz bei einem Journalisten mit der Story auf, er sei am Samstag im Zug zwischen Köln und Frankfurt von einem NSA-Agenten aufgefordert worden, sich bei einer amerikanischen Botschaft zu melden und dort eine Erklärung zu unterschreiben, daß die ganze Sache vom Friedenslager ersonnen sei. Der Agent habe ihm gedroht, die NSA würde anderenfalls „u.a. über die Presse'' eine Kampagne gegen ihn starten und seine Verhaftung erwirken.

Granaten

Nach „Gardiners'' Verschwinden durchsuchen Bewohner des Friedenslagers seinen Wohnwagen und finden dort zu ihrem Schrecken dreizehn 30-mm-Granaten. Die Granaten, die von einem Einbruch in ein Munitionslager bei der künftigen belgischen Cruise Missiles-Basis in Florennes stammen sollen, werden aus dem Lager geschafft und vergraben. Auf Anraten eines Rechtsanwalts werden die Granaten in einem Demonstrationszug zur Polizeidienststelle von Woensdrecht gebracht. Die Staatsmaschine stellt sich blöd oder verbreitet Nebel. Der Sprecher der Polizei in Woensdrecht bezeichnet „Gardiners'' Geständnis in einer ersten Reaktion als „Abenteuergeschichte eines Ausländers, der einemal ein bißchen auffallen möchte'' (7). Ein Sprecher der Luftwaffe erklärt, daß die Extra-Bewachung in Woensdrecht in der Nacht vom 19. zum 20.4. „nichts besonderes'' bedeute. Sie sei eine bloße Vorsorgemaßnahme gegen erwartete Aktionen am Oster-Wochenende gewesen.(8) Der BVD sagt, nichts von der Angelegenheit zu wissen. Daß amerikanische Agenten Kontakte unterhalten mit niederländischen Agenten sei *„taktisch ausgeschlossen''* (9). Aber: *„Man weiß nie was in einer entlegenen Ecke*
Angelegenheit zu wissen. Daß amerikanische Agenten Kontakte unterhalten mit niederländischen Agenten sei „taktisch ausgeschlossen'' (9). Aber: „Man weiß nie was in einer entlegenen Ecke
dieses Landes passieren kann.'' (10) Die amerikanische Botschaft in Den Haag will weder bestätigen noch verneinen, daß „Gardiner'' ein amerikanischer Agent ist. Auf jeden Fall glaube man nicht, daß „Gardiner'' für die NSA gearbeitet habe. Ansonsten wolle man „keinen Kommentar'' geben. (11)

Nach dem Fund der Granaten in „Gardiners'' Wohnwagen erklärt die Polizei, daß über Interpol eine Untersuchung eingeleitet werde über die Herkunft der Munition, diese sich allerdings *„nicht auf die betreffende Person erstrecken''* würde. Ein Sprecher der Polizei befindet, die Behandlung der Affäre sei in erster Instanz Sache des BVD. Ein Sprecher des Justizministeriums dagegen meint, die Geschichte sei *„eine Polizei-Angelegenheit''* (12). Der Innerminister (Rietkerk) will nicht öffentlich auf den Fall eingehen. Auch Fragen, die im Parlament u.a. vom Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) Van der Spek, gestellt worden sind, will er nicht beantworten. Mit Zustimmung der sozialdemokratischen Partei (PvdA), die auch Fragen gestellt hat, will Rietkerk am 3.Mai nur die Fraktionsführer der vier großen Parteien in der geheimen parlamentarischen „Kommission für die Geheimdienste'' informieren. „In politischen Kreisen'' in Den Haag wird laut „Volkskrant'' (25.4.) aus der geheimen Behandlung der Affäre auf Spitzenebene geschlossen, daß die Regierung die Behauptungen „Gardiners'' ernst nehme.

Die NSA bestreitet, daß „Gardiner'' für sie gearbeitet hat. Die NSA würde sich hauptsächlich mit dem Abhören von Nachrichtenverbindungen auf der ganzen Welt befassen, nicht mit under cover-Operationen in politischen Organisationen. (13) Natürlich sagt dieses Dementi an sich nichts. Allerdings haben auch Experten, die das Tun der amerikanischen Geheimdienste kritisch verfolgen (so der Herausgeber des Bulletins „Covert Action'', an dem auch Philip Agee mitarbeitet/ mitgearbeitet hat), erklärt es für sehr unwahrscheinlich zu halten, daß „Gardiner'' im Auftrag der NSA in Woensdrecht war.

ONEST-Agenten in Europa

In niederländischen antimilitaristischen Kreisen wird erwogen, ob „Gardiner'' nicht in Wirklichkeit ein ONEST-Agent sei. ONEST steht für „Overseas Nuclear Emergency Search Team'' und ist ein amerikanischer Geheimdienst, dessen Aufgabe die Verhinderung und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bekämpfung von ,,nuklearem Terrorismus'' sein soll. Anfang 1983 haben die USA 30 ONEST-Agenten in Europa stationiert, ausschließlich für Angelegenheiten, die mit den Cruise Missiles und Pershing II-Raketen zu tun haben. (15)

Mehr als eigenartig sind die Gründe, die ,,Gardiner'' für seine ,,Beichte'' angibt. Ein langjähriger und erfahrener professioneller Agent, allem Anschein nach bestimmt nicht vom kleinsten Kaliber, der nach viereinhalb Monaten Liebe und Herzlichkeit überläuft? (16) Und weshalb hatte ,,Gardiner'' Granaten in seinem Wohnwagen (die er in seinem Geständnis übrigens verschwiegen hat), wenn sein Auftrag lautete, wie er behauptet, ,,russische Beeinflussung'' aufzudecken? Auffallend ist, daß ,,Gardiner'' anscheinend viel daran gelegen war, seine ,,Schuld'' zu beweisen. Die von ihm organisierte Irreführung des BVD scheint zu perfekt funktioniert zu haben, um nicht an sich wieder verdächtig zu sein. Unglaubwürdig ist ebenfalls ,,Gardiners'' am Donnerstag (also drei Tage vor seinem wirklichen Verschwinden) der Presse angekündigtes ,,Untertauchen'', wenn er tatsächlich Angst vor seinen Auftraggebern hatte.

Viele offene Fragen führen zu vielen Spekulationen, vor allem, weil ,,Gardiner'' selbst nicht mehr da ist, die Fragen zu beantworten. In der Presse tauchten alle möglichen und unmöglichen Versionen auf: ,,Gardiner'' sei *,,ein Verrückter ..., der für ein Bravourstückchen gesorgt hat, einfach weil er gerne mal in die Schlagzeilen kommen wollte''* (17); sein Geständnis sei *,,eine Aktion der Friedensbewegung ... um die Amerikaner in Mißkredit zu bringen''* (18); und natürlich konnte auch die Version, hinter der ganzen Affäre stecke der KGB, nicht fehlen (19).

Der Versuch einer ernsthaften Rekonstruktion in der sozialdemokratischen ,,Het Vrije Volk'' (26.4.) endet mit der eigenartigen und schwachen Schlußfolgerung, ,,Gardiner'' sei erst vor kurzer Zeit als Informant für den BVD rekrutiert worden und habe — als der Verdacht gegen ihn zu stark wurde — die Geschichte vom amerikanischen Agenten erfunden, um nicht für ,,einen ordinären Verräter'' gehalten zu werden. Das ist wohl allzu simpel und eine gefährliche Unterschätzung. Die Granaten in ,,Gardiners'' Wohnwagen werden damit ebensowenig erklärt wie die geheimnisvolle Betriebsamkeit auf politischer Spitzenebene. Offen bleibt auch, warum die Polizei anscheinend nichts unternimmt, um ,,Gardiner'' aufzuspüren, der immerhin Kriegswaffen in seinem Besitz hatte.

Viel wahrscheinlicher scheint uns, der immerhin Kriegswaffen in seinem Besitz hatte.

Viel wahrscheinlicher scheint uns, daß ,,Gardiner'' tatsächlich für einen amerikanischen Geheimdienst (welchen?) gearbeitet hat und zwar vornehmlich als Agent provocateur (mit welchem Auftrag und Ziel genau?). In dem politischen Magazin ,,Haagse Post'' vom 28.4. berichten verschiedene Aktivisten, die mit ,,Gardiner'' zu tun hatten, daß er fortwährend mit Vorschlägen gekommen sei, vor allem Einzelnen gegenüber, die im Nachhinein betrachtet Provokationen gewesen zu sein scheinen. ,,Gardiner'' habe immer schneller laufen wollen als die Bewegung. ,,Nicht quatschen, sondern die Ärmel aufkrempeln. Der Zaun in Woensdrecht muß weg!'', sei seine Devise gewesen. Ein Aktivist berichtet, daß ,,Gardiner'' versucht habe, ihn zu überreden, am 1.Mai bei der Sprengung eines in Woensdrecht stationierten Düsenjägers mitzumachen.

Möglicherweise sind ,,Gardiners'' Aktivitäten für seine amerikanischen Auftraggeber von den niederländischen Behörden toleriert worden (,,Gardiner'' wurde verschiedene Male zusammen mit anderen Aktivisten von der niederländischen Polizei festgenommen, aber, obwohl Ausländer, nicht abgeschoben), weil er gleichzeitig als Informant für den niederländischen BVD arbeitete und/oder aufgrund der traditionell engen Zusammenarbeit des BVD mit der CIA und anderen westlichen Geheimdiensten.

Als ,,Gardiner'' seine Tätigkeit nicht mehr fortsetzen konnte — dies erscheint uns als die naheliegendste Möglichkeit — hat er bevor er verschwand, ein sogenanntes Geständnis abgelegt und seine Aktivitäten als Informant für den BVD bewiesen, um von seinem eigentlichen Auftrag abzulenken, der politisch viel explosiver ist. Denn ein Provokateur bringt die Öffentlichkeit schneller zur Empörung als ein Informant, erst recht wenn es sich auch noch um den Agenten eines ausländischen Geheimdienstes handelt. (20) Trotz seines vorzeitigen ,,Verbrennens'' ist ,,Gardiners'' Wühltätigkeit nicht wirkungslos geblieben: Gerade zu dem Zeitpunkt, wo der Widerstand gegen die Stationierung in Woensdrecht sich

Fortsetzung

zu formieren beginnt, kurz vor der ersten geplanten größeren Blockade der Luftwaffenbasis (am 1., 2. und 3. Juni) und kurz vor dem Stationierungsbeschluß der niederländischen Regierung (den die USA allem Anschein nach, koste es was es wolle, durchdrücken wollen — die ,,verzweifelten'' Versuche des niederländischen Premierministers Lubbers, einen ,,Kompromiß'' in der Stationierungsfrage zu finden, scheitern immer wieder, u.a. am Unwillen der amerikanischen Regierung), herrscht im Woensdrechter Friedensaktionslager (das zum Kristallisationspunkt für den Widerstand werden soll) Niedergeschlagenheit, Verwirrung, Spannung, Angst und Mißtrauen.

Bleibt abzuwarten, ob (wie z.B. nach Krefeld) interessierte Kräfte in oder am Rande der Friedensbewegung, die Affäre als ,,erneuten Beweis'' aufgreifen für die geheimdienstliche Unterwanderung der radikaleren Teile der Friedensbewegung, um so jede militante Aktion(sabsicht) zu diskreditieren.

Niederlande-Kommission

Quellen und Anmerkungen:

1) Vergl. „De Tijd", 2.3.'84, S.12
2) Vergl. „Bevrijding", 14.10.'81,S.3
3) „Panorama", 23.3.'84
4) In der BRD läuft diese Methode ohne Voranmeldung: Bei der Wendlandblockade am 30.4.84 war das Telefon des Ermittlungsausschusses tot (vgl. „taz", 2.5.); das gleiche Spiel hatten VS/Bundespost bei der Kalkar-Demonstration 1977 u.a. mit sämtlichen Telefonanschlüssen des J.Reents-Verlages getrieben.
5) Zit. n. „De Volkskrant", 21.4.'84
6) A.a.O.
7) Zit. n. „De Volkskrant", 25.4.'84
8) A.a.O.
9) Über die enge Zusammenarbeit zwischen BVD und CIA (wie zwischen BVD und bundesdeutschem VS) s. Rudie van Meurs, De BVD, Amsterdam (=Van Gennep) 1978. (Eine deutschsprachige Quelle über den BVD, die öffentlich zugänglich ist, existiert unseres Wissens nicht).
10) Zit. n. „De Volkskrant", 21.4.'84
11) Vergl. „De Volkskrant", 21.4.'84 und „De Limburger", 24.4.'84.
12) Vergl. „Trouw", 26.4.'84
13) Vergl. „NRC-Handelsblad", 26.4.'84
14) A.a.O.
15) Dies wurde im Januar '83 im „NRC-Handelsblad" gemeldet. Auch im politischen Magazin „Haagse Post" (28.4.) wird die Überlegung, „Gardiner" könne ein „ONEST"-Agent sein — unter Berufung auf einen sehr gut informierten Antimilitaristen — als reale Möglichkeit genannt.
16) Mit einem ähnlichen Schmus versuchte auch die am 4.2.84 in Hamburg enttarnte under cover-Agentin des BKA, Martina Fietz, zu beeindrucken.
17) „Trouw" 26.4.
18) A.a.O.
19) A.a.O. — Die niederländische „Bild-Zeitung", „De Telegraaf", brachte auf der Titelseite am 26.4. (als andere Zeitungen noch Neuigkeiten über die Affäre „Gardiner" zu melden hatten) eine sensationell aufgemachte Story unter der Schlagzeile „Russen halten Saboteure schon bereit"...
20) Auch hier ist — s. Anm. 16 — die Taktik „Gardiners" vergleichbar mit der der BKA-Agentin Martina Fietz, die sich bei ihrer Enttarnung mit einem kleinen Eingeständnis aus der Affäre ziehen wollte: Ja, sie sei vom BKA ausgebildet worden, habe das aber nach zwei Jahren abgebrochen.

Über das Treiben US-amerikanischer Geheimdienste in Westeuropa, insbesondere der CIA, informieren:

Philip Agee/Louis Wolf (Hg.), Die CIA in Westeuropa, Berlin (= VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften) 1981, 287 S., ca. DM 20.- (Das Buch, dessen amerikanische Originalausgabe „Dirty Work. The CIA in Western Europe" 1978 erschien, enthält eine Sammlung von Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen zum Thema aus den Jahren 1974 - 78; aktualisierte bzw. speziell für diesen Band verfaßte Arbeiten von Philip Agee; die erstmalige ungekürzte Veröffentlichung des Kommuniques der griechischen revolutionären Organisation „17. November" zur Hinrichtung des CIA-Chefs Richard Welsh in Athen; sowie eine rd. 60seitige Liste mit Namen von CIA-Agenten, die in Westeuropa tätig waren/sind).

Günter Neuberger/Michael Opperskalski (Hg.), CIA in Westeuropa, Bornheim (= Lamuv Verlag) 1982, 224 S. DM 19.80. (Dieser Band enthält zum größten Teil dieselben Artikel, die in der oben genannten Ausgabe enthalten sind, ohne daß darauf hingewiesen wird und obwohl es sich um die genau gleichen Übersetzungen aus „Dirty Work" handelt. Hinzugekommen sind eine Einleitung von Philip Agee über Entstehung und Entwicklung der CIA sowie einige kürzere Beiträge der Herausgeber; außerdem rund 50 Seiten Geheimdokumente der US-Army für den Kriegsfall in Europa, die jedoch größtenteils kaum oder gar nicht lesbar sind).

Alles nur Panikmache ?

Schädigung der Kinder durch Luftverschmutzung am Beispiel von ,,Pseudo-Krupp'' und ,,SIDS''



Aus Sorge um die Gesundheit ihrer Kinder demonstrieren Stolberger Eltern vor der Bleihütte. Ihr ,,Arbeitskreis besorgter Bürger'' hat erreicht, daß künftig weniger Schadstoffe in die Luft gepustet werden.
(Quelle: ,,stern'')

Hunderte von Kindern sterben jährlich in der BRD im Straßenverkehr und an den Folgen von Mißhandlung, Zehntausende werden verletzt. Noch gar nicht absehbar ist die Anzahl der Kinder, deren Gesundheit durch kriminelle Umweltpolitik ruiniert wird.

Und wie es im Frühkapitalismus das private Problem der Eltern war, ihre Kinder satt zu kriegen, werden Verkehrsgefährdungen, Kindesmißhandlung und die Folgen der Umweltpolitik zum privaten Problem der Eltern erklärt. Aber wie sollen sich Eltern wehren, wenn die Milch von weither radioaktiv verseucht ist durch irgendein AKW — und sie dies viel zu spät erfahren? Oder wenn irgendeine Industrieanlage heimlich schädigende Emissionen in die Luft bläst und die Kinder daran erkranken oder sterben. Unter den Folgen krimineller Umweltpraktiken müssen vor allem jene Familien leiden, die in den Ballungszentren leben müssen: Arbeiter- und Angestellten- und vor allem ausländische Familien. Somit ist es eine Klassenfrage, wer ein gesundes Kind haben darf. Klassenfrage auch, weil die Familien weder Zeit noch Geld haben, aufwendige medizinische und aus schweren Erkrankungen folgende therapeutische Behandlung zu finanzieren.

In den letzten Jahren erkranken von Jahr zu Jahr mehr Kinder an den Folgen der technischen und industriellen Entwicklung: ,,Krankheiten wie Asthma, Pseudokrupp, Lungenentzündungen, Allergien, Rheuma, Verdauungsstörungen, Haut- und Schleimhautentzündungen, Depressionen und Krebs treten immer häufiger auf'', der ,,Arbeitskreis der Ärzte für biologische Medizin'' fest. Kranke Kinder durch kriminelle Umweltpolitik: Ob Schwermetalle wie Blei, Cadmium u.a. in die Luft oder ins Wasser gejagt werden, ob Schwefeldioxid oder giftiger Staub, ob radioaktive Emissionen von AKWs oder WAAs, ob Schadstoffe in Nahrungsmitteln oder Medikamenten —

radioaktive Emissionen von AKWs oder WAAs, ob Schadstoffe in Nahrungsmitteln oder Medikamenten —

für die Betroffenen sieht das überall gleich aus: die Verantwortlichen wiegeln ab, verheimlichen, verharmlosen, leugnen, lügen und wenn Repressionen gegen ,,Panikmacher'' nichts nützen, werden vielleicht Maßnahmen in Aussicht gestellt, die möglicherweise vielleicht irgendwann einmal realisiert werden: Sofern die Industrielobby mitspielt. Dagegen protestieren in letzter Zeit zunehmend mehr Eltern. Sie setzen sich in ,,Pseudo-Krupp''- oder ,,SIDS''-Initiativen zur Wehr, was im folgenden beispielhaft für andere Schädigungen durch kinderfeindliche Umweltpolitik dargestellt werden soll.

Wäre die Luft sauber, gäbe es kein Pseudokrupp ...

Seit Anfang dieses Jahres erkrankten mehr als 25 Kinder in Hamburg an Pseudokrupp. Dies machten betroffene Eltern bekannt, die die Gefährdung

mehr als 25 Kinder in Hamburg an Pseudokrupp. Dies machten betroffene Eltern bekannt, die die Gefährdung

ihrer Kinder durch Industrieemissionen nicht mehr stillschweigend hinnehmen wollen und von den Verheimlichungsmethoden verantwortlicher Stellen die Nase voll haben. In der Stadt Hof (an der Saale) starben zwischen dem 15. Januar und dem 26. Februar 1984 vier Säuglinge: nach Meinung der Eltern an Pseudokrupp. Beispiele aus jüngster Zeit. In Essen-Borbeck behandelte der Kinderarzt Dr. Mersmann seit 1979 400, seit 1980 160 Pseudokrupp-Erkrankungen. In diesem 100.000-Einwohner-Stadtteil stellte er dreimal so viele Krupp-Fälle fest, wie unter den übrigen 500.000 Einwohnern der Ruhrmetropole (1).

Nach einer Umfrage in einigen Kitas hatte dort jedes sechste Kind schon mindestens einmal eine Atemnotsituation durchgemacht (2). Nach Schätzungen werden im Ruhrgebiet jährlich 2.380 Kinder mit solchen Hustenanfällen in eine Klinik eingewiesen (3). In der BRD sollen bisher 16.000 Kinder an dieser Kehlkopferkrankung leiden; für 1984 wird mit einer Zunahme von 10.000 Fällen gerechnet, ergab ein Experten-Hearing in Sachen ,,Luftverschmutzung'' (4). Etwa 1.000 Kinder überleben jährlich diese Erkrankungen nicht (5).

,,Die zunehmende Verschmutzung von Luft und Wasser macht immer mehr Kinder krank'', so auch der Caritas-Verband. Er muß es aus seinen zahlreichen Kinderkurkliniken wissen. *,,Besonders auffällig ist die wachsende Zahl von Bronchial- und Hauterkrankungen, Allergien und ,Pseudokrupp' ''* (6). Gerade in diesem Zusammenhang sieht der Caritas-Verband große Gefahren für die Zukunft vor al-

krupp' '' (6). Gerade in diesem Zusammenhang sieht der Caritas-Verband große Gefahren für die Zukunft vor al-

lem der chronisch erkrankten Kinder, da durch die Sparpolitik der CDU/CSU-FDP-Regierung, die für Stiftungen wie z.B. ,,Mutter und Kind'' 1984 25 Mio. Mark und 1985 50 Mio. Mark für ihre Hetzkampagne für die Aufhebung der § 218-,,Reform'' (7) veranschlagt hat, aber chronisch erkrankten Kindern, nach neuesten Regelungen, nur noch alle drei Jahre eine Kur zugesteht. Es sei denn, die Eltern zahlen selbst (8). Es sind gerade Arbeiterkinder, die von Industrieemissionen geschädigt werden. Der Kinderarzt Dr. Mühling ordnete alle Pseudokrupp-Fälle der Städtischen Klinik Duisburg von 1979 bis 1982 geografisch: Die Kinder in Duisburg-Angershausen, Duisburg-Neudorf-Süd und Duisburg-Hochfeld ringen um Atem — dort, wo zumeist ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien wohnen (Duisburg-Angershausen: 40% ausländische Familien): *,,Deutsche sind aus den Smog-Zentren der Bundesrepublik so bald es ging in bessere Wohnviertel geflohen''*. Der Autor des Buches ,,Die Erben des Übels'', Bernd Dost, fragt, ob *,,wir deswegen zuwenig über die genaue Anzahl von Pseudokrupp im Bundesgebiet (wissen), weil Türken, Griechen, Jugoslawen und Italiener lieber schweigen? Ihrem Arbeitsplatz zuliebe?''* (9).

,,Pseudokrupp'', so der Leiter der Darmstädter Kinderklinik, Dr. Wemmer, ist keine *,,Erkrankung im eigentlichen Sinne, sondern ein Anzeichen für Umweltschäden ... Wäre die Luft sauber — es gäbe kein Pseudokrupp''* (10).

Alles Gute kommt von oben ...?

Alles Gute kommt von oben ...?

Was so alles in den Industrieballungsgebieten, bzw. von einzelnen Betreibern, den Kraftfahrzeugen und Müllverbrennungsanlagen an Schadstoffen in die Luft gejagt wird und zu Pseudokrupp, chronischen Bronchialinfekten, SIDS und anderen, möglicherweise noch nicht mit Luftverschmutzung in Zusammenhang gebrachten Erkrankungen führt, ist schon beachtlich. In Essen-Borbeck: Jährlich mehr als 12.000 Tonnen Schwefeldioxid usw.; die Alumimiumhütte 2.370 Tonnen, Veba-Glas 2.103 Tonnen, die Müllverbrennungsanlage Karnap 7.034 Tonnen (11). Der Fluor-Gehalt in der Luft stieg dort in den letzten beiden Jahren um 11%. Zweimal wurde in der Vergangenheit die Smog-Grenze 2 überschritten (12). Etwa 3,5 Mio-Tonnen Schwefeldioxid quellen seit 1970 aus BRD-Schloten, das entspricht 62.000 Güterwagen voll reinen Schwefels. 75% stammen aus Kraftwerks- und Industrieschloten (13). Auf jeden Bundesbürger rieseln jährlich fast 60 Kilogramm reiner Schwefel nieder, so der BBU (14). Pro Jahr regnen auf die BRD 18 Mio. Tonnen Rauch, Gas und andere Schadstoffe nieder, 300 kg für jeden Einwohner (15). 83 Tonnen Cadmium — eines der gefährlichsten Gifte, das vom Körper nicht abgebaut werden kann — werden jährlich von Stahl- und Kraftwerken, Privathaushalten und Müllverbrennungsanlagen an die Luft abgegeben; 100 Tonnen — zum Vergleich — werden in die Flüsse abgeleitet (16). Etwa 1,3 Tonnen Cadmium kommen davon pro Jahr aus Müllverbrennungsanlagen (17). Pro Hektar (10.000 qm) ermittelte das Bundesumweltamt eine Cadmium-Belastung von 150 Kilogramm (18). Zu den Schadstoffen Schwefeldioxid und Cadmium kommt auch noch das hochgefährliche Blei: Alleine die Kraftfahrzeuge blasen heute jährlich 3.500 Tonnen Blei in die Straßen (19), 2.500 Tonnen Blei gelangen durch Industrieabwässer in die Flüsse (20).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bekannt sind aber auch die Städte Nordenham an der Weser, Goslar-Oker im Harz, Braubach am Niederrhein, Krautscheid im Westerwald, die neben Stolberg durch Bleiverarbeitung zu den bleiverseuchtesten Städten der BRD zählen. In Stolberg werden von den Bleihütten jährlich 13 bis 22 Tonnen Blei durch den Schornstein gejagt. Weitere Schadstoffe, die von Industrieanlagen abgegeben werden: Quecksilber, chlorierte Kohlenwasserstoffe, TCDD — ganz zu schweigen von den noch nicht bekannten Schadstoffverbindungen.

Vor allem die Hilflosigkeit macht Angst ...

Eltern, deren Kinder bereits Pseudokrupp-Anfälle hatten, raten vor allem auf zwei Erfahrungen zu achten: 1. Das Gefühl der Hilflosigkeit, das zu Angst, Aufregung und möglicherweise zu unüberlegten Handlungen führt in einer Situation, wo das Kind wegen seiner Erstickungsangst vor allem Beruhigung benötigt. 2. Sofort einen Arzt rufen und das Kind nicht seine eigenen Ängste merken lassen. Es wird berichtet, daß kühle Nachtluft hilfreich sein soll; Anzeichen (sofern möglich) und Verlauf gut beobachten, um mögliche Anfälle früh zu erkennen. Meist werden Cortisonspritzen gegeben. Die Hustenanfälle können einmal, aber auch mehrmals auftreten. Eltern aus Essen schildern ihre ersten Erfahrungen:

„*Sie hörten aus dem Kinderzimmer ein kreischendes Bellen, ein lautes, dann abrupt abbrechendes Schnaufen, ein klatschendes Geräusch, so als würde ein Gummischlauch zusammengepreßt ... Jens, zehn Monate alt, saß halb aufgerichtet da, die Augen schreckengeweitet, bellte, hustete, drohte zu ersticken ...*" (21). „*Die Enge im Kehlkopf*", so H. Haupt (Leiter der Kinderklinik Duisburg), „*entsteht dadurch, daß die Schleimhäute sich entzünden und anschwellen. Das Kind wird ängstlich, weil es schlecht Luft kriegt, der Kehlkopf geht hin und her wie ein Gummischlauch ... und der Erstickungshusten — der ausschließlich Kinder trifft — kann lebensbedrohend sein*" (22).

Da der Kehlkopf im Säuglingsalter noch nahe am Mund sitzt und erst später bis zum Rand des Ringknorpels rutscht, bedeutet eine Entzündung des Kehlkopfes, vielleicht bedingt durch Viren oder Bakterien mit zu hohen Schwefeldioxid-Belastungen Atemnot. Da ein Säugling im Verhältnis zu Gewicht und Körperfläche doppelt soviel Sauerstoff benötigt wie ein Erwachsener, bringt ihn jede Atembehinderung in die Nähe des Erstickungstodes. Verschlimmert wird diese Gefahr durch seine Angst, nicht genügend Luft zu in die Nähe des Erstickungstodes. Verschlimmert wird diese Gefahr durch seine Angst, nicht genügend Luft zu bekommen, was zu hektischen, unkontrollierten Atembewegungen mit entsprechenden Folgen führt. Deshalb betonen Ärzte und Eltern die Beruhigung des Säuglings als fast die wichtigste Hilfsmaßnahme (ausführlicher hierzu: Bernd Dost — ‚Die Erben des Übels").

Die Verantwortlichen können sich nicht auf eine Virusepidemie zurückziehen ...

Auch wenn der g e n a u e Ursachen-Wirkungszusammenhang bei Pseudokrupp-Erkrankungen noch nicht erforscht ist, gilt es in zahlreichen Untersuchungen als gesichert, daß vor allem Schwefeldioxid-Belastungen auslösende Funktion haben. Prof. Wemmer (Kinderklinik Darmstadt) wertete neun Jahre — von 1971 bis 1980 — 2.695 Pseudokrupp-Erkrankungen im Raum Mannheim-Freiburg statistisch aus. Über die Hälfte (1554) kamen aus Mannheim, 626 aus Freiburg und 515 aus Darmstadt. „*Die wahre Anzahl dürfte noch wesentlich höher liegen, da die leichteren Verläufe meist vom Hausarzt versorgt werden*" (24). Auslöser: Schwefeldioxid (65.564 Tonnen in Mannheim im Jahr) und Staub (12.164 Tonnen). „*Der Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Pseudokrupp wird immer deutlicher*", so Prof. Haupt (25). Mehr als 40.000 Kinder und Erwachsene untersuchte Prof. Schlipköter (Medizinisches Institut für Umwelthygiene, Düsseldorf) im Ruhrgebiet und in der Rheinschiene: „*Atemwegserkrankungen (sind) in diesen Gebieten häufiger als in Reinluftgebieten aufgetreten, obwohl in der Regel die zulässigen Werte für Schwefeldioxid eingehalten wurden*" (26). Für ihn gibt es keinen Zweifel, daß durch Schwefeldioxid nicht nur die Atmungsorgane, sondern auch das Immunsystem nachhaltig geschädigt wird (27).

Der Duisburger Kinderarzt P. Mühling verglich den Wohnort der Kinder, die zwischen 1979 und 1982 in zwei Krankenhäusern stationär behandelt wurden, mit den Meßdaten über die Luftbelastung der einzelnen Stadtteile: In Gebieten mit höherer Schwefeldioxid- oder Schwebstaubbelastung waren deutlich mehr Kinder an Krupp erkrankt, als in sauberen Bereichen. Mühling:

„*Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Umweltbelastung an SO^2 und Schwebstoffen Säuglinge und Kleinkinder erkranken läßt*" (28).

Unzulässige Schwefeldioxidemissionen führen aber nicht zwangsläufig zu Atemnotanfällen. Bereits 1971/72 verglich W. Bender (Universitäts-Kinderklinik Frankfurt) mit Hilfe von Daten des Deutschen Wetterdienstes Umwelteinflüsse mit dem Hervortreten des Krupp-Syndroms bei 576 Kindern, die vor allem in Wintermonaten mit dieser Diagnose in die Klinik eingeliefert wurden. Sein Ergebnis wurde von Prof. Haupt (Kinderklinik Duisburg) auf dem Schwefeldioxid-Tribunal 1981 in Essen bestätigt und ergänzt:

— Im Zeitraum der Einweisungen, im Winter, wurden hohe Staub- und Schwefeldioxid-Werte gemessen;
— bei hohen Schwefeldioxid-Monatswerten (0,17 mg bis 0,21 mg/m^3 Luft) war auch die Zahl der Atemnotfälle hoch;
— je mehr Schwefeldioxid kurzfristig in die Luft geblasen wurde, desto mehr Kinder erkrankten an Krupp;

Pseudo-Krupp

Beim Pseudo-Krupp kommt es im Alter zwischen einem und vier Jahren zu einem plötzlichen Anschwellen der Rachenschleimhäute. Diese Region ist die engste im luftzuführenden System, und da diese bei kleinen Kindern von schwellfähigem Gewebe begrenzt wird, können einige Millimeter Schwellung des Innenraums zu hörbaren Atembehinderungen führen. Die ebenfalls in dieser Region gelegenen Stimmbänder schwellen an, somit kommt es zu einem charakteristischen bellenden Husten. Bei weiterem Anschwellen dieser Region kann es innerhalb von Minuten zu lebensbedrohenden Atembehinderungen kommen, wenn nicht sofort folgende Maßnahmen eingeleitet werden:
— Beruhigung der Kinder, da sich die Situation durch Aufregung weiter dramatisch verschlechtern kann;
— Verabreichung von Cortison in hohen Dosen, zweckmäßig in Form von Zäpfchen;
— Schließen der Fensterläden, nach Möglichkeit Kühlung des Raumes und Aufhängen feuchter Tücher. Wenn erforderlich, wird nach einer halben Stunde nochmals Cortison verabreicht.

Bei einer Zuspitzung des Krankheitsbildes muß eine mit diesem Krankheitsbild vertraute Klinik aufgesucht werden. Hier werden die Kinder ebenfalls zunächst beruhigt und mit gekühltem Sauerstoff beatmet. Wenn die Atemwege nicht mehr genug Sauerstoff passieren lassen, wird die enge Stelle mit einem Kunststoffröhrchen bis in die Lunge hinein überbrückt und künstlich beatmet. Nach ein bis zwei Tagen ist das Krankheitsbild meist wieder verschwunden. Trotz gut organisierter Versorgungsmöglichkeiten sind immer wieder Todesfälle zu beklagen (aus „Taz", 30.3.84).

— sobald mehr als 0,17 mg/m^3 Staub in der Luft waren, häuften sich die Fälle plötzlicher Kehlkopfentzündungen.
— Pseudo-Krupp ist zwar primär eine entzündliche Erkrankung, ausgelöst durch Viren, es besteht jedoch eine lineare Beziehung zur Umweltbelastung mit SO^2 und Feinstaub (Haupt).
— Begünstigend für Erstickungsanfälle wirkten sogenannte Inversionslagen, also festliegende, trockene, kalte Luft (29). Die Bedeutung der Wetterlage ist auch U. Wemmer (Kinderklinik Darmstadt) aufgefallen: „*Eine wesentliche Rolle bei der Verteilung der aus Industrie, Hausbrand und Kraftfahrzeugverkehr, aber auch aus natürlichen Quellen stammenden Gase und Schwebepartikel spielt das Wetter. Durch Wind wird die Emission meist in horizontale Richtung bewegt, durch Wettervorgänge in vertikaler. Geographische Besonderheiten wie Talkessellage, Flußniederungen und Großstädte verhindern die Durchmischung der Gase mit Frischluft, Inversionslagen blockieren den vertikalen Austausch*" (30).

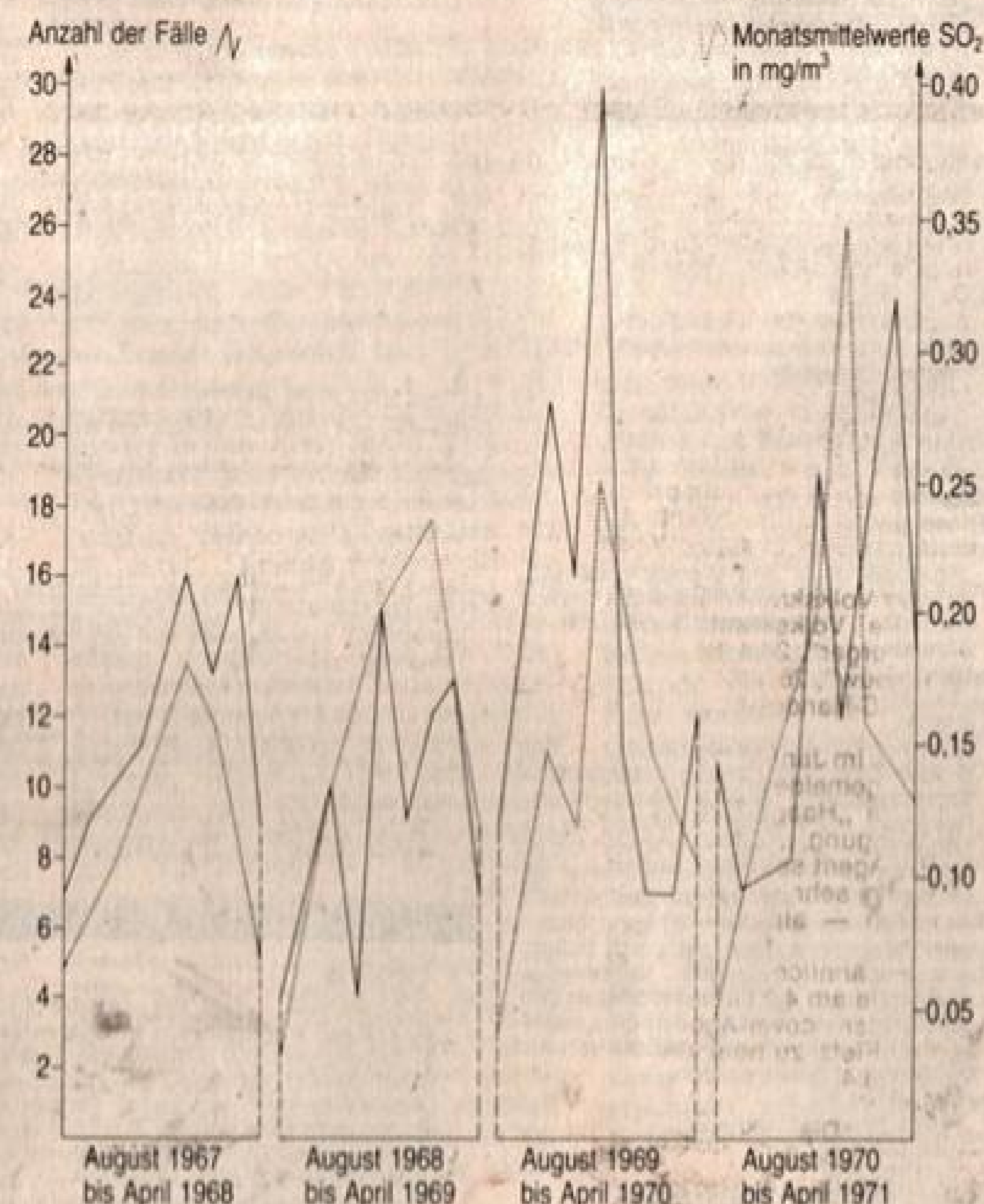
Prof. Haupt: „*Ich bin der Auffassung, wenn an einer Stelle vermehrt Pseudokrupp-Fälle beobachtet werden, dann kann man sich nicht darauf zurückziehen und sagen, vielleicht war da eine kleine Virusepidemie*" (31).

Die Kinder sollten mal bei Wind und Wetter draußen spielen ...

Obwohl der Ursachenzusammenhang zwischen unzulässigen Luftbelastungen (Schwefeldioxid, Staub usw.) und Erkrankungen der Atemwege wohl eindeutig ist, wird dies von zuständigen Behörden und Politikern abgestritten, verharmlost oder als Behauptung von Querulanten denunziert. Obwohl die staatliche Gewalt gesetzlich dazu verpflichtet ist, Leib und Leben der Kinder zu schützen, und zwar auch vorbeugend (Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung — SOG §3), die Verwaltungsbehörden also verpflichet sind, Schutzmaßnahmen für die Allgemeinheit bzw. einzelne auch gegenüber bevorstehenden Gefahren zu ergreifen, — obwohl das Grundgesetz wie auch die von der BRD mitunterzeichnete „Charta der Rechte der Kinder" der Vereinten Nationen Kindern auf dem Papier ein unversehrtes und gesundes Aufwachsen garantiert — stoßen betroffene Eltern, kritische Wissenschaftler und Ärzte bei Behörden und Politikern auf Ignoranz, Bürokratismus oder werden als Panikmacher oder unwissenschaftliche Dilettanten verunglimpft. Ist ja eigentlich klar, geht ja auch um Kapitalinteressen.

Die Ignoranz und Verschleierung beginnt für die betroffenen Eltern schon bei der Feststellung der Diagnose bzw. der Todesursache: Bei den vier in Hof

Zusammenhang zwischen Schwefeldioxid-Belastung (SO_2)



Bei der Gegenüberstellung von SO_2-Konzentration und Krupp-Häufigkeit in monatlichen Intervallen zeigte sich: Spitzen der SO_2-Belastung bedeuteten Häufung von Erstickungs-Husten. (Linie = Kruppfälle, Punkte = SO_2-Werte.) Die Krupp-Schwelle liegt deutlich niedriger als man gemeinhin annimmt. (Quelle: Bender u.a. 1972.)

gestorbenen Säuglingen stellte der Landgerichtsarzt — statt Pseudokrupp, wie die Eltern berechtigt vermuten und woraufhin das Landeskriminalamt jetzt ermittelt — Bronchiolitis fest.

Es stellte sich heraus, daß an dem Wochenende, an dem die Kinder erkrankten, in Hof mit 1,45mg/m^3 Schwefeldioxid die bisher höchste Schadstoffkonzentration gemessen wurde (32). Ebenfalls wurde festgestellt, daß die Schadstoffe wegen einer Inversionswetterlage im Talkessel verharrten (33). Auf Drängen der Eltern veranlaßte die Staatsanwaltschaft eine Obduktion: Nichts. Und selbst w e n n etwas gefunden würde, hätte dies für die zuständigen Betreiber und verantwortlichen Behörden kaum juristische Konsequenzen: „*Wen sollte ich belangen?*", fragte Oberstaatsanwalt O. Rauch (34). Obwohl das chemische Gutachten noch aussteht, sieht das bayrische Innenministerium keinen Zusammenhang des Todes der vier Säuglinge mit Umweltbelastungen: Nach „*neuester rechtsmedizinischer Lehrmeinung sei die Ursache ... nicht gesichert. Diskutiert würden dabei Zustände des Atemstillstandes vor allem nachts, die durch mangelnde Ausreifung des Gehirns bzw. des Atemzentrums hervorgerufen würden ... Im übrigen sei die Zahl plötzlicher Todesfälle bei Kleinkindern seit Jahren konstant geblieben*" (35). Was nicht sein darf, kann nicht sein. Oder es ergeht Eltern wie H. Hofmann aus München: Erst nach langem Hin und Her mit Behörden und Ärzten konnte sie die Obduktion ihres Kindes durchsetzen. Tod durch Ersticken, hervorgerufen durch eine Kehldeckelinfektion, die zwar durch einen Virus verursacht, aber — so die Kinderärzte — durch Luftverschmutzung begünstigt wird, ergab die Obduktion (36). Wie wichtig die Unterstützung von Elterninitiativen ist, erfuhr eine Münchner Familie: Als der Notarzt nicht die Ursache des Todes ihrer kleinen Tochter feststellen konnte, kamen „*noch in der selben Nacht zwei Beamte der Mordkommission. Während unser totes Kind nebenan lag, wurden wir ausgequetscht, als hätten wir einen Kindermord begangen: ‚Haben sie ihr Baby geschüttelt? Haben sie es zu fest zugedeckt? Haben sie vergessen, es zu füttern?*" (37).

Wenden sich betroffene Eltern an die zuständigen Behörden, werden sie meist kurz abgefertigt: „*Wenn zwischen dieser Krankheit (Pseudokrupp, d.Red.) und dem Grad der Luftverschmutzung ein Zusammenhang bestehen sollte, stellt sich die Frage, warum der Antragsteller (die Eltern, die Red.) seinen Wohnsitz in einem Stadtteil gewählt hat, der nach seinen eigenen Vorträgen schon zur Zeit erheblich belastet ist*", verlautbarte das zuständige Regierungspräsidium gegenüber Borbecker Eltern, die gegen neue Industrieansiedlungen protestierten (38). D.h.: Wer die Luft in Essen-Borbeck nicht verträgt, muß mit seinen Kindern eben lungen protestierten (38). D.h.: Wer die Luft in Essen-Borbeck nicht verträgt, muß mit seinen Kindern eben wegziehen oder ist halt selber schuld, wenn die Kinder erkranken und sterben. So einfach ist das. Im konkreten Falle wären über 500 Familien betroffen. Der Leiter des Dortmunder Gesundheitsamtes, Dr. Reinicke, hält „*Pseudokrupp primär für eine Viruserkrankung*". Er empfahl betroffenen Eltern aus Essen (1982) und Dortmund (1984) „*die Abwehrkräfte ihrer Kinder zu stärken. Deshalb sollten sie auch mal bei Wind und Wetter draußen spielen und nicht in überheizten Räumen schlafen*" (39).

Sorgfaltspflicht am Beispiel der Stadt Essen: Meßstationen kaputt oder schon lange abgebaut, keine Daten ...

„*Den Wirbel um Hustenerkrankungen*" findet der Leiter des Städtischen Krankenhauses in Frankfurt-Höchst, Prof. Straub, „*übertrieben*", es werde „*Panikmache um Pseudokrupp*" betrieben. „*Alles, was derzeit in der Publizistik dazu gesagt wird, entbehrt jeder Grundlage*".

In seiner über 20jährigen Kinderarzttätigkeit habe er nie ein Kind an Pseudokrupp sterben sehen, es läge wohl eine Verwechslung vor und „*von einer Größenordnung 1.000 gestorbener Kinder könne überhaupt keine Rede sein*" (41).

„*Panikmacherei*" wurde auch dem Essener Kinderarzt Dr. Mersmann vorgeworfen. Als er den zuständigen Behörden eine Häufung von 160 Pseudokrupp-Fällen seit 1980 gemeldet hatte, wiegelten diese ab. Vor allem zwischen 21.00 und 23.00 Uhr in der Nacht zum Samstag häuften sich die Fälle (42), einmal in zwei Stunden alleine elf Erkrankungen. Von dem Gesundheitsamt und den Schadstoffmeßstellen, bei denen nichts außergewöhn-

Eltern-Initiativen

Im Oktober 1982 wurde als erste Gruppe dieser Art die mittlerweile 240 Mitglieder zählende Essener „Elterninitiative Pseudo-Krupp" gegründet. Seitdem sind mehrere neue Gruppen entstanden. Am 2. Juni ab 11 Uhr findet in der Essener Volkshochschule, ganz in der Nähe des Hauptbahnhofes, ein Treffen statt, zu dem alle Initiativen und Eltern betroffener Kinder eingeladen sind. Weitere Informationen zu diesem Treffen bei der Essener Initiative.

Pseudo-Krupp-Initiativen gibt es in folgenden Städten:
Berlin: T. Schernbeck, Eichenallee 17, 1000 Berlin 19
Braunschweig: A. Behrens, Gutenbergstr. 1, 3300 Braunschweig
Dortmund: A. Malkowski, Begonienstr. 34, 4600 Dortmund 41
Essen: Ch. Kunkel, Unterstr. 53, 4300 Essen 11, Tel. 0201/69 88 85
Hof: N. Wienands, Raitschin 5, 8671 Regnitzlosau
Köln: B. Boden, Neusser Str. 864, 5000 Köln 60
Odenthal: M. Gawenda, Im Schmittergraben 11, 5068 Odenthal
Weingarten: F. Wiedemann, Laurastr. 19, 7987 Weingarten
Weinheim: R. Schmitt, Mozartstr. 21, 6940 Weinheim
Die Anschriften der Initiativen in Hamburg können bei „Robin Wood", (Werkstatt 3, Nernstweg 35), für Haltern und Herne in Essen erfragt werden.

liches vorlag, erfuhr er allerdings, daß Immissionen nur von 9.00 bis 16.00 Uhr werktags gemessen wurden. Der Verdacht lag nahe, daß an Wochenenden unerlaubte oder unbekannte Spitzen-Emissionen (Peaks) in die Luft gejagt wurden, und das hätte ja die verantwortlichen Behörden interessieren müssen.

Stattdessen wurde gegen Dr. Mersmann, der mit seinen Untersuchungen die öffentliche Diskussion um Pseudokrupp ausgelöst hatte, in einer Sondersitzung des „Ausschuß für Gesundheit und Umwelt" ein Tribunal veranstaltet. Vertreter der Stadtverwaltung und Ärzteschaft zweifelten seine Beobachtungen an (43, ff.):
— Pseudokrupp sei überhaupt nicht so bedrohlich, wie es immer dargestellt würde,
— er habe sich bei der Anzahl der Fälle verrechnet,
— überhaupt, so der Fachdezernent der Stadt Essen, Karl Gabriel, die Essener Luft sei hervorragend. Der Jahresmittelwert der SO^2-Belastung sei ja von 0,17 mg/m^3 (1965) auf 0,06 mg/m^3 zurückgegangen. Auch Borbeck käme nur auf 0,07mg.

Nach Messungen von Dr. Mersmann lagen die Werte in Borbeck weit darüber, an einigen Stellen sogar bei 1,5 mg/m^3. Bereits Raten von 0,2 mg/m^3 bewirken ein Ansteigen von Pseudokrupp **(zum Vergleich: in der BRD liegt der Grenzwert bei satten 0,40 mg, in USA/Japan bei 0,08 mg, die WEU hält 0,06 mg für die äußerste Grenze, (37)).** Dr. Mersmann hält die WEU-Werte von 0,06 mg für akzeptabel: „*Wenn man alle Menschen gleichermaßen schützen möchte, müßte man das schwächste Glied zur Grenzmarke erheben und die niedrigsten krankma-* *schützen möchte, müßte man das schwächste Glied zur Grenzmarke er-* *heben und die niedrigsten krankmachenden Schadstoff-Konzentrationen unterschreiten*" (siehe Anm. 9). Ungewollt enthüllte der Fachdezernent Gabriel, wie es die Stadt Essen mit der Sorgfaltspflicht hält und daß die „hervorragende Luft" nur durch Taschenspielertricks auf dem Papier zustande kommt:
— Vier Meßgeräte seien nicht geeignet, exakte Schwefeldioxid-Konzentrationen zu messen, sie sprächen nur bei Spitzenwerten und Überschreitungen an (zum Vergleich: zulässiger Grenzwert in der BRD 0,40 mg/m^3, Hustenanfälle werden bereits bei 0,20 mg/m^3 und niedrigeren Werten ausgelöst) — deshalb verfüge das Gesundheitsamt — wozu es gesetzlich eigentlich verpflichtet ist — auch nicht über exakte Meßwerte.
— Es habe sich herausgestellt, daß diese Geräte so kaputt gewesen seien, daß sie im April 82 hätten abgebaut werden müssen (43).

Auch die so guten Jahresmittelwerte dienen einzig und alleine der Verschleierung gesetzeswidriger Methoden: Die Meßwerte werden addiert und dann das arithmetische Mittel gezogen, d.h. ein hoher Meßwert, nivelliert sich bei anderen niedrigeren. Resultat: Meßstellen, in deren Umgebung gerade viele Kinder an Erstickungshusten leiden, bleiben mit solchen Tricks „amtlich unbekannt". Konsequenz: Die Kinder werden immer kränker oder sterben, die Betreiber bleiben bei ihren kriminellen Umweltpraktiken, die Behördenvertreter pochen auf ihre Jahresmittelwerte, und die Fabrikbesitzer genießen die kernige Luft in ihren Villen, umgeben von prächtigen Grünanlagen.

Die Forderung der Essener Eltern, die Hütten in Borbeck mit wirksamen Abgasreinigungssystemen zu versehen, scheiterte „*an der fehlenden wirtschaftlichen Vertretbarkeit im Sinne d e s*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bundes-Immissionsschutzgesetzes'', (44) stellte Wirtschaftsminister Farthmann (SPD) klar. Logo: Ein paar kranke oder tote Kinder sind politisch ja weniger schädlich, als mögliche Verstimmungen der Industrielobby. Schließlich ist man ja auf die Parteispenden angewiesen.

Der Hamburger Senat hat sich dieses Problems auf eine andere Art und Weise entledigt. Er antwortete auf Nachfragen, daß er *,,aussagefähige Daten über die Zu- oder Abnahme''* von Pseudo-Krupp-Erkrankungen nicht machen könne, da diese Krankheit ja nicht meldepflichtig sei (45). Glücklicherweise?

SIDS — ,,... nicht ersichtlich, welche Personen dafür strafrechtlich verfolgt werden sollen..."

In der BRD sterben jährlich etwa 4.000 bis 5.000 Kinder an SIDS, dem plötzlichen Kindestod (sudden infant death syndrome). Das Statistische Bundesamt hat für den ,,Plötzlichen Kindestod'' eine eigene Rubrik eingerichtet: 1979 starben 625 Säuglinge unerwartet, 1980 waren es 686 und 1981 stieg die Zahl auf 793. Die Dunkelziffer ist hoch, da die Ärzte aus Zweifel oder Unkenntnis oftmals andere Todesursachen eintragen. In der BRD geht man *,,von einer Indizienz von 2,5 auf Tausend Lebendgeborene aus''* (46). In Hamburg werden 50 bis 60 Kinder mit Heimmonitoren überwacht: Der ,,Plötzliche Kindestod'' tritt unvermittelt auf, das Kind hört während des Schlafens auf, zu atmen. *,,Säuglinge werden tot oder leblos im Bettchen oder im Kinderwagen liegend aufgefunden. Manche Eltern erklären, das Kind habe in der Nacht mehr als sonst geschrien oder gequängelt ... viele hielten es für nicht so bedeutend, kontrollierten sie das Kind dennoch, schien es zu schlafen''* (47). Die meisten Todesfälle, so H. Althof (Medizinische Fakultät der Rheinisch-Westfälischen TH Aachen) ereignen sich im ersten Lebensjahr, vorwiegend in kalten Jahreszeiten (60 bis 80 %). Auch wenn der gesamte Kausalzusammenhang nicht eindeutig erforscht ist, steht heute allerdings fest: Da viele Befunde bei SIDS auf akuten Sauerstoffmangel hindeuten, der dem ,,Plötzlichen Tod'' vorausging, ist die Belastung durch niedrige Schadstoffmengen auf Dauer bedeutender als akuter Streß durch Spitzenbelastungen (48). In einer Untersuchung in den USA wurden alle SIDS-Fälle von 1974-1977 in Los Angeles parallel zu täglichen Schadstoffwerten von Schwefeldioxyd, Stickstoffdioxyd, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff, Ozon sowie den monatlichen Bleiwer-

von Schwefeldioxyd, Stickstoffdioxyd, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff, Ozon sowie den monatlichen Bleiwer-

ten untersucht (49). Ergebnis: Der ,,Plötzliche Kindestod'' tritt im Winter dann am häufigsten auf, wenn die Schadstoffwerte in der Luft am höchsten sind. Einige Schadstoffspitzen, sie z.B. von Blei, gingen den Häufungen von SIDS etwa sieben Wochen voraus, d.h. genau sieben Wochen nach einer hohen Schadstoffbelastung starben mehr Babys an SIDS als zuvor — sie starben sozusagen zeitversetzt (50).

In Oker/Harlingerode stellte eine Bürgerinitiative Strafanzeige gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Tötung von Kleinkindern im Zusammenhang mit Umweltbeeinträchtigung. Einen Monat später beschied die Staatsanwaltschaft: *,,Die Todesfälle der Kleinkinder ... sind bereits in den Jahren 1979 und 1980 auf etwaige unnatürliche Todesursachen überprüft worden. Dabei haben sich jedoch keinerlei Hinweise darauf ergeben, daß die Todesfälle auf Umweltgifte ... wie etwa Blei, Arsen, Zink, Quecksilber u.a. zurückzuführen seien ... im übrigen ist auch nicht ersichtlich, welchen Personen ein strafrechtlicher Vorwurf der fahrlässigen Tötung in den genannten Fällen zu machen wäre ...''* (51). Auch für den Hamburger Senat sind die *,,Zusammenhänge zwischen der Luftbelastung und dem Plötzlichen Kindestod ...bisher nicht gesichert''* (52). Wie er die Kinder vor den Ursachen von SIDS — dessen Existenz er ja zugibt — zu schützen gedenkt, verschweigt er wohlweislich!

Nichts genaues weiß man nicht ...

Anfang des Jahres veranstaltete der Ausschuß für ,,Jugend, Familie und Gesundheit'' mit 23 Experten ein Bundestags-Hearing zu den ,,Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit''. Die SPD-Fraktion wollte vor allem den Zusammenhang von saurem Regen und Staubniederschlägen mit Atemwegserkrankungen wie Pseudokrupp, SIDS und Lungenkrebs (in der BRD sterben jährlich 25.000 Menschen an Lungenkrebs) klären (53). Sie sind ihren Münchner Parteifreunden immerhin schon einen kleinen Schritt vorausgeeilt, die die bayerische Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufforderte, *,,der etwaigen Zunahme von Pseudo-Krupp-Fällen und anderer möglicherweise umweltbedingter Erkrankungen mehr Beachtung als bisher zu schenken''* (54). Nun, das tut ja der Industrielobby nicht weh und kostet auch nichts.

Die Grünen, die im Februar eine große schriftliche Anfrage im Bundestag gestellt haben, deren Beantwortung noch aussteht, fragten nach weniger diskutierten Zusammenhängen, wie der Häufung plötzlicher Kehlkopfentzündungen und SIDS.

Für die CDU/CSU und FDP ging es darum, darauf hinzuweisen, daß es *,,hieb- und stichfesten Nachweis von Schädigungen durch Luftverschmutzung''* nicht gibt, und ob dies wirklich *,,hinreichend geklärt sei''*, oder eine *,,Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten wünschenswert sei''* (55). Die gefälligste Antwort hielt Armin Hasse vom Umweltbundesamt: Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor, die eine Beurteilung dieser Zusammenhänge

vom Umweltbundesamt: Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor, die eine Beurteilung dieser Zusammenhänge

,,objektivierbar'' mache. Der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes, Karl Aufand, fragte sich, warum er überhaupt gekommen sei. Seit 1978 habe sich *,,nur bei den Innenräumen etwas verändert''*. Ganz zum Gefallen der Herrschenden stimmte der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes M. Wagner das bekannte ,,Gürtel-engerschnallen-Liedchen'' an: *,,Wir selbst sind nur bereit zu fordern, nicht selbst etwas zu tun''*. Das *,,traurige Kapitel: Der Mensch als Emittent werde vor allem von den Rauchern geschrieben. Das Rauchen als Quelle für Atemwegserkrankungen sei vorrangig; solange man es nicht von andeen Krankheitsquellen trennen kann, seien alle Maßnahmen verfrüht''*. D.h. weil die Menschen sich selbst durch das Rauchen gefährden, dürfen keine Auflagen, Produktionsverbote, sichere Filteranlagen bei kriminellen Betreibern gefordert werden. Auch der Arbeitsmediziner Schiele dürfte das Wohlwollen der Industrielobby im Auge gehabt haben, denn für ihn gilt der Grundsatz: *,,Nur wo eindeutige Kausalitäten herrschen, können Maßnahmen ergriffen werden. Dieses Prinzip sollte auch ein klein wenig im Umweltschutz gelten.''* Größere Probleme als mit der Schädigung der Kinder durch Luftverschmutzung hatte eine Dame von der CDU-Fraktion : Besonders das Rauchverbot an Schulen legte sie den Wissenschaftlern ans Herz.

Eine zweite Gruppe von Wissenschaftlern erkannte zwar den Zusammenhang von Luftverschmutzung und Erkrankungen an, gab diesem aber eine untergeordnete Bedeutung. Einzig Dieter Teufel vom Institut für Umweltforschung in Heidelberg (IDEU) forderte konkrete Zahlen für eine Novellierung der TA Luft. Der zulässige Grenzwert von $0{,}4\ mg/m^3$ müsse auf $0{,}10\ mg/m^3$ (mg/m^3 = Mikrogramm) gesenkt werden. Er kritisierte an den vorliegenden Untersuchungen das Denken in kausalen Zusammenhängen: Sehr lange Latenzzeiten von Jahren bis zu Jahrzehnten — z.B. beim Lungenkrebs — machten bei der heutigen Mobilität regionale Untersuchungen fragwürdig.

Prof. Wassermann aus Kiel, der sich in jüngster Zeit vor allem in Sachen ,,Monte Mortale'' (Dioxin-Skandal in Hamburg Georgswerder) und der kriminellen Elbverschmutzung, der Zerstörung der Arbeitsplätze der Elbfischer usw. engagiert hat, riet: *,,Es hat keinen Zweck, bei den Grenzwerten für Schadstoffe internationaler Spitzenreiter sein zu wollen. Da sollte man sich auf anderen Gebieten versuchen''* und beklagte, ebenso wie Dr. Mersmann, daß wichtige Daten über Umweltbelastungen vorenthalten bzw. geheimgehalten würden (56). Ein gewisser M. Csicsaky aus Düsseldorf dürfte der Industrielobby, wie an dem wohlwollenden Kopfnicken der Ordinarien zu sehen war, aus dem Herzen gesprochen haben: *,,Wie weit''*, so seine bange Frage, *,,lassen sich die Schutzvorschriften treiben? Es wird sich immer einer finden, der bei noch so geringer Konzentration geschädigt wird''* (57).

Kinderkommission
KB Hamburg

Anmerkungen

Anmerkungen

1) „Hamburger Morgenpost" („MoPo"), 31.3.1984
2) „Taz", 30.3.84
3) siehe 2)
4) „Welt", 23.2.84
5) „Bild", 29.3.84
6) „MoPo", 23.3.84
7) „Frankfurter Rundschau" („FR"), 29.2.84
8) „MoPo", 23.3.84
9) Bernd Dost: „Die Erben des Übels — Kranke Umwelt — Kranke Kinder", Kösel-Verlag, ISBN 3-466-11034-3
10) „Bild", 21.3.84
11) Dost, siehe 9)
12) „Taz", 8.7.83
13) „Die Lage der Nation", Umweltatlas, E. Koch, F. Vahrenholt — Stern-Buch
14) „FR", 21.2.84
15) „Taz", 30.3.64
16) „Die Zukunft unserer Kinder?", IFEU-Institut Heidelberg
17) „FR", 5.3.83
18) „FR", 23.5.81
19) Dost, siehe 9)
20) ebenda
21) ebenda
22) ebenda
23) entfällt
24) „Krupp-Syndrom und Umwelteinflüsse", U. Wemmer, Kinderklinik, Städt. Kliniken Darmstadt, Heidelberger Straße 379, 61 Darmstadt
25) „Bild", 20.3.84
26) „Taz, 30.3.84
27) ebenda
28) „Eltern-Initiative Pseudo-Krupp" — Die Grünen Oberthal, Jüngste medizinische Ergebnisse zum Thema Pseudo-Krupp. Der Arzt P. Mühling stellte anhand der Impfliste zusammen, wie viele Kinder bis zu 4 Jahren auf jedem Quadratkilometer ansässig sind. Dann wurde festgestellt, welche Kinder zwischen 1979 und1982 in zwei Krankenhäusern stationär behandelt wurden. Da zeitlich vollständige Meßdaten über die Luftbelastung in den einzelnen Stadtbereichen vorlagen, konnte der Zusammenhang mit Umwelteinflüssen untersucht werden.
29) Dost, siehe 9)
30) „Krupp-Syndrom, siehe 24)
31) Dost, siehe 9)
32) „Taz", 30.3.84
33) „Taz", 11.4.84
34) „FR", 10.4.84
35) „FR", 11.4.84
36) MoPo, 31.3.84
37) ebenda
38) „Report", 21.2.84
39) „Taz", 30.3.84
40) „FR", 2.4.84
41) ebenda
42) „FR", 21.2.84

Fortsetzung:

43) Dost, siehe 9) — Dipl. Ing. Sikunde untersuchte die angegebenen Meßdaten und Meßmethoden, auf die sich die Essener Stadtverwaltung beruft. So kommt der Jahresmittelwert zustande: Einmal im Monat mißt man an vier Punkten eines Planquadrats. Man erhält vier Werte, die addiert man und dividiert durch vier. Das ist der Mittelwert. Kommt also bei einem Meßpunkt ein besonders hoher Wert heraus, aber sind die anderen gemessenen Werte niedrig, so erhält man einen schönen günstigen Mittelwert. Das artihmetische Mittel von 3+4+3+6 ist vier! Obwohl im Umkreis eine Meßstation dicke Luft herrscht, vermag die Stadtverwaltung beruhigende Mittelwerte zu verkünden. (Dost)
44) „Taz", 30.3.84
45) Anfrage der GAL Hamburg vom 5.3.84 — Antwort des Senats - Drucksache 11/2126, vom 13.3.84. Gefragt wurde nach gesundheitlichen Schädigungen der Kinder durch Umweltbelastungen: Mülldeponien, Luftverunreinigung, Kerntechnische Anlagen, Gesundheitswesen. Fazit: Alles ist möglich, genaueres weiß man nicht, nichts ist sicher.
46) Drucksache 11/2126, sie 45)
47 bis 51) Dost, siehe 9)
52) Drucksache 11/2126, siehe 45)
53) „Welt", 23.2.84 und „Aktuelle Gesundheitspolitik" 3/84
54) „FR", 11.4.84
55 bis 57) „Aktuelle Gesundheitspolitik" — eine sehr kurze Darstellung des Hearings, siehe 52)

Wer sich mit dem Thema Gefährdung der Kinder durch kriminelle Umweltpolitik intensiver beschäftigen will, kann sich in folgenden Büchern ausführlich informieren:

„Seveso ist überall", Standardwerk (Fischer Taschenbuch 980)
„Die Erben des Übels — Kranke Umwelt — Kranke Kinder", Bernd Dost (sehr empfehlenswert, Kösel-Verlag, ISBN 3-466-11034-3)
„Vergiftete Umwelt, gefährdete Kinder", Autorenkollektiv, rororo aktuell, Nr. 5023
„Die Zukunft unserer Kinder?", IFEU-Institut Heidelberg, Im Sand 5, 6900 Heidelberg
„Die Lage der Nation", Umwelt-Atlas der Bundesrepublik, Daten, Analysen, Konsequenzen, E. Koch/Fritz Vahrenholt, Stern-Buch, ISBN 3-570-03870-X
„Angeklagt: Boehringer — Chemiestadt Hamburg", Chemiegruppe Bergedorf, Grasredder 2, 2050 Hamburg 80
„Seveso oder Wie Verantwortung zur Farce wird", rororo-aktuell, Nr. 4349

Als Standardwerk zu den Folgen radioaktiver Niedrigstrahlung kann angesehen werden Ernest J. Stenglass Buch **„Radioaktive „Niedrig"-Strahlung — Strahlenschäden bei Kindern und Ungeborenen"** Oberbaum-Verlag, 1979.

Sehr viel Faktenmaterial bieten folgende Broschüren:

„Radioaktive Kontamination in der Umgebung kerntechnischer Anlagen — Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung" — Dieter Teufel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, 1976
„Das Strahlenrisiko" — Beantwortung eines Fragenkatalogs für die Enquete-kommission „Zukünftiger Kernenergie-Politik des Deutschen Bundestages" — Inge Schmitz-Feuerhake, Universität Bremen (Teil A Nr. 13)
„Wie gefährlich sind Röntgenreihenuntersuchungen?" — Information zur Energie und Umwelt, Teil A Nr. 19, Autorenkollektiv
„Studie über die Folgen von Unfällen im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld für die Bevölkerung der Stadt Schweinfurt", IFEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg e.V., Juni 1981, Nr. 14
„Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Neckarwestheim" — Studie über die Auswirkungen des Normalbetriebs und eines kleinen Unfalls im GKN — IFEU-Institut, Nr. 18
„Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht", Hermann Kater, Sponholtz Verlag, 1979
„Gesundheit oder Atomkraft", Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke — Versuch einer verständlichen Darlegung, AG gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg
„Gesundheit und Radioaktivität" — Protokoll einer ärztlichen Fortbildungsveranstaltung, Hamburg 1979 (sehr empfehlenswerte Broschüre mit Beiträgen von u.a. Dr. Alice Stewart, Dr. George Kneale, Dr. Rosalie Bertell, Prof. Inge Schmitz-Feuerhake u.a.)

---

tulipa vermelha • POSTFACH 12039 • NL - 1100 AA AMSTERDAM Z.O.

PRESSEMITTEILUNG

Amsterdam, April 1984

Anbei ein Rundschreiben über unsere Unterstützungs-Kampagne für die portugiesischen Landarbeiter(innen), die jetzt in verschiedene europäischen Ländern anläuft.
Wir wurden es sehr begrüßen, wenn Sie in Ihrer Publikation / Aussendung / Organisation darüber berichten würden.
Mit bestem Dank im voraus

M. Pereira de Matos

UNTERSCHRIFTENAKTION "APROPOS MENSCHENRECHTE... IN PORTUGAL"

Im Süden Portugal werden die Rechte von 70.000 Landarbeitern schon wieder seit Jahren mit Füßen getreten. Durch Gardisten mit Panzerwagen, Hunden, Pferden und Gewehren. Mit Gewalt werden sie vom Land vertrieben, das sie bearbeiten. Trotz dieser illegalen Übergriffe kämpfen sie weiter um ihr Recht auf Land und Arbeit. Ihr Kampf verdient die Unterstützung eines jeden, der sich für Menschenrechte einsetzt.

Im April 1974 kam in Portugal ein Ende an 48 Jahre der Diktatur. Nach Jahren der Zwangsarbeitslosigkeit und Unterdrückung beschlossen landlose Landarbeiter im Alentejo im Süden Portugals Ende 1974 große brachliegende Ländereien zu besetzen, um einem Leben im Hunger ein Ende zu bereiten. Im Juli 1975 wurde die Enteignung großer Landgüter legalisiert. Und im April 1976 bildete die Landreform, die REFORMA AGRÁRIA, einen wichtigen Bestandteil des demokratischen Grundgesetzes. Rund 70.000 Landarbeiter arbeiteten damals in 550 UCPs (Kollektive Produktionseinheiten) und landwirtschaftlichen Kooperativen auf insgesamt einer Million Hektare. Dank der Reforma Agrária erhielten sie höhere Löhne und feste Arbeit. Die UCPs/Kooperativen haben mehr als 900 Millionen Mark investiert. Die Produktion und Produktivität stiegen. Soziale Einrichtungen und Errungenschaften wurden von den Arbeitern selbst zustande gebracht. Doch im Jahre 1976 begannen die Angriffe auf die noch junge Reforma Agrária. Vor allem seit dem neuen Landreformgesetz von 1977 erhielten die (ehemaligen) großen Landeigentümer Gelegenheit, den Großgrundbesitz in aller Ehre wiederaufzurichten - mit Unterstützung von Gardisten und Schlägertrupps.

Das resultat der siebenjährigen Offensive gegen die Reforma Agrária: 2.000 Landarbeiter wurden zusammengeschlagen, Hunderte gefangengenommen, zwei von Gardisten ermordet; rund 160 vernichtete Kooperativen und 45.000 (vor allem für Frauen) verlorengegangene Arbeitsplätze.

Die Landarbeiter ließen es hierbei nicht bewenden. Gegen den Diebstahl ihres Bodens und Viehs, ihrer Maschinen und Produkte strengen sie Prozesse an. Von den bis heute gefällten rund 200 Gerichtsurteilen fielen bis auf eines alle zugunsten der Landarbeiter aus. Dies wird vom Landwirtschaftsministerium jedoch vollständig ignoriert. Die Angriffe auf die Kooperativen werden auf immer wieder neue Art fortgesetzt, auch unter der jetzigen Regierung von Mário Soares. Sie werden sich fragen, wie dies bloß möglich ist in einem demokratischen Staat mit einem sozialistischen Premier.

Während der Offensive der vorigen rechten Regierungen gegen die Reforma Agrária haben sich die Organisationen der Landarbeiter wegen des skandalösen Vorgehens der Regierung gegen die Kooperativen einmal an Mário Soares gewandt, der damals in der Opposition war. Die Antwort von Soares war kurz und einfach: "Wir leben in einem demokratischen Staat. Wenn ihr findet, daß euch Unrecht getan wird, dann müßt ihr euch an die Gerichte wenden". Das hatten die Landarbeiter bereits getan, und sie setzten diese Marschrichtung fort.

Wenn das Landwirtschaftsministerium beklagte Partei ist, kommen die Fälle vor das Oberverwaltungsgericht. Und bis heute haben die Landarbeiter in beinah aller

das Oberverwaltungsgericht. Und bis heute haben die Landarbeiter in beinah aller

Fälle, in denen ein Urteil gefällt wurde, Recht erhalten. Auffällig ist, daß der einzige Richterspruch, dem auch nachgekommen wurde, ein Urteil betraf, das den Arbeitern Unrecht gab. Sofort danach wurde die republikanische Garde GNR eingesetzt, um die Landarbeiter von einem Grundstück zu vertreiben, das das Landwirtschaftsministerium einem Großgrundbesitzer zugesprochen hatte.

Das Oberverwaltungsgericht ist im Gegensatz zu gewöhnlichen Gerichten nicht befugt, die Befolgung seiner Urteile mit Machtsmitteln (Polizei, Gerichtsvollziehern usw.) zu erzwingen. Dies ist der Regierung vorbehalten. Das Dekret, in dem dies so geregelt ist, wurde - staunen Sie nicht - von der ersten Regierung Soares im Jahre 1977 verabschiedet. Er veranlaßte dies damals, um "die Rechte der Kläge zu schützen" (!). Jetzt ist Mário Soares wieder Premier....

Wie Sie sehen benötigen die portugiesischen Landarbeiter dringend Unterstützung. Internationale Proteste gegen den Angriff auf die Reforma Agrária sind eine große moralische Stütze für die portugiesischen Landarbeiter.

Wir rufen jeden in Deutschland, dem die Menschenrechte in Portugal am Herzen liegen, auf, an der Aktion teilzunehmen. Laßt uns einen Appell an die portugiesische Regierung richten. Mit Anzeigen in der portugiesischen Presse, mit den Namen der Unterzeichner unter der Forderung, den Landarbeitern endlich Recht widerfahren zu lassen.

Auf der 7. Konferenz für Landreform, die Ende Juli 1983 in Évora abgehalten wurde, wurden folgende Zahlen bekannt gegeben: zu diesem Zeitpunkt bestanden noch 362 Kooperativen mit rund 500.000 ha Grund, in denen 22.500 Landarbeiter arbeiteten.

P.S. Fälls Sie kein Interesse oder keine Möglichkeiten haben sollten, diese Kampagne zu unterstützen, geben Sie dann bitte dieses Informationsschreiben an mögliche Interessenten weiter? Danke sehr!

MACH MIT! UNTERSTÜTZT DIE REFORMA AGRÁRIA! HELFT DEN PORTUGIESISCHEN LANDARBEITERN!

Nederland: Giro 50.10.300 of 24.65.235 - Rabobank Amsterdam 3930.18900 / Postcheck Brussel 000-0382289-12 CCP Luxembourg 26898-29 / Postscheckkonto Köln 2791 41-501 (BLZ 370 100 50) / Postkonto Stockholm 61 28-2 PSK Wien 7292.600 / Postscheckkonto Basel 40-3033 / Banco Pinto & Sotto Mayor Porto 038/038.071559.8

Eindrücke von vier Wochen Nicaragua — Eindrücke von einem alltäglichen Krieg, der zugleich überall und nirgends ist. Bestürzung mischt sich mit Bewunderung, wie das Volk trotz täglicher Schreckensnachrichten seinem „normalen" Leben nachgeht, den täglichen Kampf um's Dasein und um den Aufbau seines Landes führt — ein Leben, das für uns Europäer schon ohne Krieg fast unbewältigbar erscheint. Dabei ist die Vorstellung irrig, die Kämpfe fänden „nur" an der Nord- und Südgrenze Nicaraguas statt: Ein Großteil der Nachrichten in der prosandinistischen Tagespresse besteht aus Berichten über Contra-Angriffe bis weit ins Landesinnere hinein, erbitterte Kämpfe in Dörfern, die nicht einmal auf der Landkarte verzeichnet sind, Angriffe bis hin zur bestialischen Ermordung von Kleinkindern, ohne militärischen Sinn, sondern nur mit dem einen Ziel: Terror und Demoralisierung in die Bevölkerung zu tragen. Typisch dafür auch die Zerstörung von Einrichtungen, die die ersten zarten Errungenschaften der Revolution in den am meisten unterentwickelten Regionen sind, wie zum Beispiel Ernährungs- und Vorsorgestationen für Kinder auf dem Land. Im folgenden einige Schlaglichter vom Krieg innerhalb weniger Wochen.

„Die Situation ist vergleichbar: Früher unterstützten wir den Widerstand gegen Hitler, heute den gegen die Sandinisten." CIA-Chef William Casey in einem Interview, zitiert in Le Monde vom 17.4.84

Tagebuch vom alltäglichen Krieg in Nicaragua



▶ **8./9. März:** Mit zwei Schnellbooten werden die Industrieanlagen von Montelimar an der Pazifikküste angegriffen, am nächsten Tag der Frachter „Los Caribes" eines panamerikanischen Unternehmens in Puerto Corinto, an Bord Industrierohstoffe und Nahrungsmittel für Kinder. Während im Norden Hubschrauber aus Honduras in der Nähe des Ortes Leymus Provokationen starten, wird im Süden der kleine Hafen von San Juan del Sur attackiert: Von den Schnellbooten „Lanchas Piranas" und einem Hubschrauber aus wird im Morgengrauen, während einige Soldaten gerade baden, ver-

chas Piranas" und einem Hubschrauber aus wird im Morgengrauen, während einige Soldaten gerade baden, ver-

sucht, das Kraftstofflager zu zerstören.

▶ **10. März:** Ein größerer Contrastützpunkt mitten im Land wird vom sandinistischen Militär ausgehoben. In der Region Matagalpa halten sich nach offiziellen Angaben insgesamt 1.400 Contras auf, die aus der Luft versorgt werden und 500 Campesinos in ihrer Gewalt haben. Kürzlich wurde eine staatliche Kooperative überfallen, verwüstet und 200 Rinder gestohlen. In der Landbevölkerung gibt es massive Fluchtbewegungen. Außer Militär und Milizen setzt die FSLN zum ersten Mal rein politsch-ideologische Brigaden ein, um unter den vom Terror betroffenen Menschen Überzeugungsarbeit zu leisten.

▶ **14. März:** An der Grenze El Salvadors sollen 2.500 US-Soldaten stationiert werden, darunter die 82. Lufttransportbrigade, die auch bei der Grenada-Invasion zum Einsatz kam. In einer Fernseh- und Rundfunkrede appeliert Junta-Chef Ortega an die blockfreien Länder, die UNO und an „das Volk der USA", die Invasion zu verhindern. Ein Beschuß der Grenzstation Penas Blancas an der Grenze zu Costa Rica, 150 Kilometer entfernt von Managua, wird vom nicaraguanischen Militär als Provokation aufgefaßt und nicht beantwortet. Die Grenzstation wurde nach einem Angriff im vergangenen September bereits einige Kilometer zurück ins Landesinnere verlegt.

▶ **16. März:** Bei einem Contra-Angriff in San José (nordöstlich der Stadt San Carlos am Nicaraguasee) werden Kinder und Säuglinge schwer verletzt: Während des nur acht Minuten dauernden Blitzangriffs suchten sich die Contras militärische Deckung in der Zivilbevölkerung. Die verwundeten Kinder müssen zur Behandlung ins Krankenhaus von Managua geflogen werden.

▶ **17. März:** In der Region Nueva Guinea liefern sich die Contras ein achtstündiges Gefecht mit dem Militär.

▶ **19. März:** In der Provinz Esteli wird ein bekannter Lehrer ermordet, sowie drei Campesinos, 20 weitere werden von den Contras verschleppt. Vor der Küste Honduras wird der US-Flugzeugträger „America" stationiert. Ein Leitungsmitglied der nicaraguanischen Frauenorganisation AMNLAE sagt in Paris: „Nicaragua befindet sich im gefährlichsten Augenblick seiner Geschichte."

▶ **21. März:** In Puerto Sandino läuft (wie auch in der internationalen Presse berichtet) der sowjetische Öltanker „Lugansk" auf eine vom CIA gelegte Mine. In der folgenden Zeit immer wieder neue Explosionen in den Häfen. In der sandinistischen Presse wird mit einer ausführlichen Chronik an das Beispiel des Vietnam—Krieges erinnert, wo 1972 unter anderem der wichtige Handelshafen Haiphong von den Amis vermint wurde. Nach vietnamesischem Vorbild beginnen jetzt auch die Nicaraguaner, die Minen von Fischerbooten aus und mit Tauchern unter hohem menschlichen Risiko zur Explosion zu bringen, um eine freie Schneise in die Häfen zu bekommen.

▶ **24. bis 29. März:** 200 Contras greifen im Morgengrauen den Ort San Rafael del Norte (Region Esteli) an und werden von der Bevölkerung unter hohen Verlusten zurückgeschlagen. Unter den Ermordeten ist der Chef der örtlichen Regierung, ein angesehener alter Befreiungskämpfer schon aus der Zeit vor der FSLN. Dies ist der zweite große Angriff auf San Rafael innerhalb von sechs Monaten. In der Region Matagalpa werden innerhalb weniger Tage 23 Menschen von Contras umgebracht.

Zum internationalen Tag der Behinderten findet in Managua ein Treffen behinderter Militärs statt, die über ihre Integrationsmöglichkeiten diskutieren. Motto: „Das Gewehr des Vaterlandes schießt auch vom Rollstuhl aus."

▶ **30. März/2. April:** In Nord-Zelaya zerstören Contra-Einheiten den Staudamm (!) von Salto Grande. Der Schaden beträgt über eine Millionen Mark. In Sandy Bay an der Atlantikküste werden drei Lehrer brutal zusammengeschlagen und entführt. Zwei Miskito-Indianer werden von den Contras ermordet, zur „Strafe" für ihre Beteiligung an dem örtlichen CDS-Revolutionskomitee.

Das ist der Alltag in Nicaragua. Bei der bisher größten Contra-Offensive seit Mitte März sid 8000 antisandinistische Söldner im Einsatz, davon mindestens 5000 direkt im Land.

Über die Methoden der Contras berichten zwei Miskito - Indianer, die im Dezember 1983 mit 1200 anderen nach Honduras entführt wurden und später fliehen konnten: Nachts kamen die Contras schossen in die Luft und holten die Leute aus den Betten, wobei die ersten zwei erschossen wurden. Die Männer, Frauen und Kinder wurden zu einem viertägigen Fußmarsch nach Honduras gezwungen. Frauen, die unterwegs ihre Kinder zur Welt brachten, mußten gleich nach der Abnabelung weitermaschieren. Diejenigen, die als aktive Sandinisten bekannt waren, gingen gefesselt und besonders bewacht. Der Berichterstatter wurde in Honduras zusammen mit neun weiteren Gefangenen zwei Monate in einen Schweinestall gesperrt gehalten und mit Ameisen und Unterwassertauchen gefoltert. Männer, die sich kooperationsbereit gaben, wurden in Trainingslagern militärisch ausgebildet, unter anderem unter der Anleitung von Amis und Asiaten (eventuell Südkoreanern).

Wie die Volkswirtschaft zerrüttet wird

Nicht nur zur Agitation des Volkes gegen den Imperialismus, sondern auch als reale volkswirtschaftliche Bilanz hat die nicaraguanische Regierung der Öffentlichkeit die **materiellen** Kosten der Aggression vorgerechnet: Die Ausgaben betrugen zwischen Mai 1981 und Oktober 1983, also vor der Verminung der Häfen, circa 10 Milliarden Cordobas (rund 1 Milliarde Mark). 91.000 Menschen im Norden und Süden des Landes wurden obdachlos, 40.000 mußten mit ihren Häusern auch ihre landwirtschaftliche Existenzgrundlage verlassen. In weniger als sechs Monaten mußten allein 37 Millionen Dollar für die Verpflegung und Versorgung (Essen, Kleidung, Baumaterial) der Flüchtlinge aufgebracht werden. 7.500 Menschen bedürfen zur Zeit der sofortigen Hilfe zur Lösung der dringendsten Hunger- und Gesundheitsproble-

Menschen bedürfen zur Zeit der sofortigen Hilfe zur Lösung der dringendsten Hunger- und Gesundheitsproble-

me. Nach Einschätzung des nationalen Notstandskomitees wird die Regierung durch die Contra-Angriffe ständig zu Hilfsmaßnahmen gezwungen, für die keine ausreichenden Reserven vorhanden sind.

Mit dem Geld, das das Land für die Folgen der Aggression aufbringen mußte, hätten 69 modernste Krankenhäuser gebaut werden können — oder alle Werktätigen in Nicaragua hätten damit für zwei Monate entlohnt werden können.

Noch nicht abzusehen sind die Folgen der Verminung der drei wichtigsten nicaraguanischen Häfen: Wenn ein Schiff mit wichtigen Importgütern beschädigt wird - beziehungsweise den Hafen gar nicht erst anläuft - bedeutet das nicht nur eine Verknappung der Versorgung, sondern auch Probleme im Transportsektor, für die Arbeitsplätze im Hafen und für den Fischfang (Der Krabbenexport ist eine wichtige Einnahmequelle). Betroffen sind auch die Rohstoffe für die Industrie, Dünger für den Baumwollanbau etc. Die Versicherungssumme, die jeder Importeur für einzuführende Waren zahlen muß, wurde für Nicaragua bereits im Dezember hochgesetzt. 90 Prozent der nicaraguanischen Ein- und Ausfuhr geschieht auf dem Seeweg, jährlich rund 600 Schiffe, davon 400 über den jetzt verminten Hafen Corinto. Die Ausfuhr besteht großenteils aus Naturprodukten, die bei zu langer Lagerung im Hafen verderben, wie zum Beispiel die jetzt geerntete Baumwolle. Nebenbei: Aufgrund zu früh einsetzender Regenfälle wurde Ende März ein Verderben der Baumwolle auf dem Feld befürchtet, der "Baumwoll-Notstand" ausgerufen und innerhalb von wenigen Tagen wurden über die Massenorganisationen Tausende von freiwilligen Erntehelfern mobilisiert, um das "weiße Gold" unter sengender Sonne möglichst schnell zu pflücken. Jetzt liegen die Ballen in Puerto Corinto und fangen an zu vergammeln...

Von denjenigen, die jetzt in den USA und Europa ihre "Empörung" und "Überraschung" über die CIA-Politik kundtun, ist eine sofortige Beseitigung der Minen zu fordern. Denn zur Entschärfung der kontakt-, geräusch- oder druckempfindlichen Minen braucht man Geräte, die nur in den Industrieländern hergestellt werden, wie zum Beispiel Spezialkameras zum Auffinden. Stattdessen müssen in Nicaragua Taucher und Fischer mit Netzen losgeschickt werden, die bei den Suchaktionen ihr Leben riskieren. Die französische Regierung hat bereits Anfang April eine Unterstützung angeboten, allerdings nur unter der Bedingung, daß andere europäische Länder sich an den Räumungsaktionen beteiligen.

ch.

Anmerkung:
Die Informationen beruhen neben eigenen Eindrücken auf Angaben der nicaraguanischen Tageszeitungen „Barricada" und „Nuevo Diario".

USA

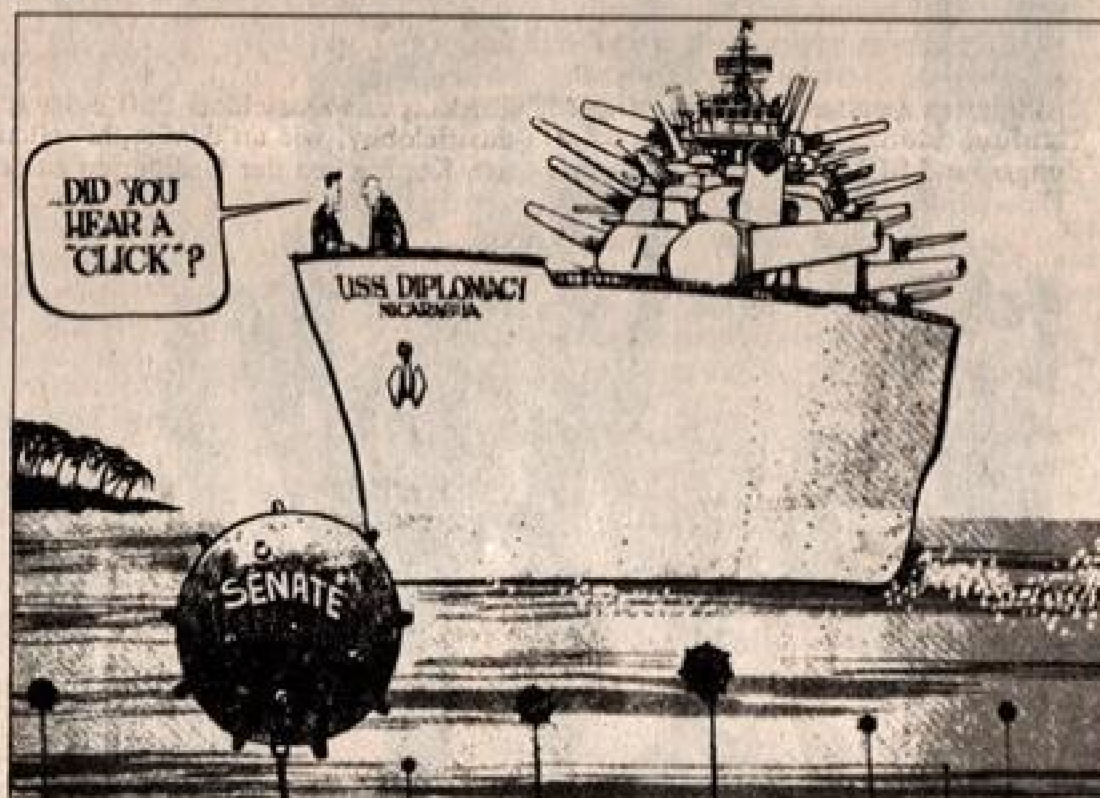
Der Kongreß tanzt

Vor den Augen von Millionen US-Fernsehzuschauern nahm der Senator gewichtig seine Brille von der Nase und trat zurück. Patrick Daniel Moynihan hatte rücksichtslos von dem schärfsten Mittel Gebrauch gemacht, das ein Demokrat seines Schlages und Einflusses besitzt, um einer illegal kriegführenden Regierung das Fürchten zu lehren. Nach der vernichtenden Niederlage, die die Reagan-Administration im Kongreß einstecken mußte — in beiden Häusern wurden — den Präsidenten nicht bindende — Resolutionen gegen die Verminung der nicaraguanischen Häfen verabschiedet — war der Rücktritt Moynihans von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des nachrichtendienstlichen Kontrollausschusses im Senat zweifellos der empfindlichste Schlag gegen den CIA, der bekanntlich ohne eine anständige Überwachung nicht effektiv operieren kann.

Die Demokratische Partei, in merkwürdiger Eintracht mit der Mehrheit der republikanischen Abgeordneten, hatte zum Sturm gegen Reagans offene Kriegspolitik in Nicaragua geblasen. Das zuständige Wasserglas war der amerikanische Kongreß. Gerade noch rechtzeitig — der CIA hatte die Verminungsaktion soeben erfolgreich abgeschlossen und den konterrevolutionären Banden den Befehl zum Losschlagen in Nicaragua erteilt — fielen die aufgebrachten Parlamentarier der Regierung in den Arm: sofort müsse die Verminung gestoppt, der „kriegerische Akt" beendet werden und die „Verletzung des Völkerrechts" aufhören. Mit 281 zu 111 Stimmen forderte das Repräsentantenhaus, künftig keine US-Mittel mehr für *„Planung, Überwachung, Ausführung oder Unterstützung solcher Aktionen"* aufzuwenden.

Der Umstand, daß die aufständischen Parlamentarier bereits seit Ende Februar, spätestens aber seit Mitte März von dem CIA-Minenkommando wußten, der Planung, Überwachung und Ausführung des kriegerischen Akts also gelassen zusahen, kann ihre Glaubwürdigkeit durchaus nicht in Zweifel ziehen. Ebensowenig die Zustimmung des Senats zu der von Reagan beantragten 21 Millionen Dollar Finanzspritze für die Contras am 6. April. Denn schließlich wurden erst am 7. April vom „Wall -Street Journal" ö f f e n t l i c h Beweise für die Verwicklung der Regierung in die Verminung vorgelegt.

Jetzt gab es kein Halten mehr. Erst jetzt konnte, durfte, ja mußte der Aufstand beginnen. Alles, was unterhalb einer mittleren Rebellion abgegangen wäre, hätte der Demokratischen Partei den bösen Verdacht der Komplizenschaft eingehandelt. „Wir wußten von



Cartoon: Ein politisches Minenfeld bedroht den Präsidenten in der kommenden Wahlkampagne

nichts!" tönten sie. Es herrscht Wahlkampf in den Vereinigten Staaten. Nicht nur der stellvertretende Vorsitzende, der erwähnte Moynihan, sondern auch der Chef des CIA-Kontrollausschusses, der erbitterte Falke Barry Goldwater, zeigten sich uninformiert, also empört. Was blieb ihnen anderes übrig? Sollten sie zugeben, daß sie wissentlich den Bruch des Völkerrechts gebilligt hatten, wo ihr Amt ihnen gebietet, gerade solcherlei Gangstermethoden in den internationalen Beziehungen der USA zu verhindern? Pech, daß der Dolchstoß gegen das spektakuläre Oppositionstheater aus den eigenen Reihen heraus geführt wurde. Der Vorsitzende des Kontrollausschusses im Repräsentantenhaus — die haben die gleiche skurrile Einrichtung wie der Senat —, der demokratische Abgeordnete Ed Boland, versicherte vor der Presse kühl, der CIA habe den Ausschuß bereits am 31. Januar über die geplante Verminung informiert. Am 15. April gestand der demokratische Abgeordnete Leahy, daß auch er bestens Bescheid gewußt habe, was ihn zumindest dazu bewog, den beantragten 21 Millionen Dollar für die Contras seine Zustimmung zu verweigern, was die anderen, gleichfalls informierten Demokraten mehrheitlich nicht taten.

Moynihan verteidigte seine Unwissenheit mit dem für die Arbeitsweise der Kontrollausschüsse recht interessanten Hinweis, über die Verminung sei nur 20 Sekunden diskutiert worden. Wahrscheinlich hört er bei derartig alltäglich-banalen Offenbarungen gar nicht mehr hin...

Inzwischen hat sich der Sturm um Reagans Mittelamerika-Politik wieder gelegt. CIA-Chef Casey hat sich beim Kongreß dafür entschuldigt, daß er die Parlamentarier nicht vollständig oder zu spät über die Verminung unterrichtet habe. Goldwater erhielt gar einen handgeschriebenen Entschuldigungsbrief, Moynihan —„Ich werde vergeben, aber nicht vergessen" — hat wieder auf seinem Überwachungsposten Stellung bezogen und Lutz Krusche von der „Frankfurter Rundschau" hat Gelegenheit, dem *„demokratische Rigorismus des Kongresses wieder einmal seinen Respekt"* („FR", 26.4.) zu erweisen. Die Minen liegen immer noch in den Häfen Nicaraguas. Niemand von der empörten Kongreßmeute ist auf die Idee gekommen, einen Antrag einzubringen, der den CIA auffordert, die Minen gefälligst zu räumen und Nicaragua die entstandenen volkswirtschaftlichen Schäden zu ersetzen.

Es gibt in den USA keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition gegen den rabiaten Kurs der Reagan-Regierung. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei haben bislang — nach dem routinemäßigen, rigoros-demokratischen Ringen — jedesmal der Bewilligung von zig Millionen Dollars für die Contra-Banditen und für die mörderische Armee in El Salvador zugestimmt. Kissinger hat schon recht, wenn er beklagt, daß *„der ganze Streit im Kongreß um die Frage, in welcher Form wir antikommunistischen Gruppen helfen, von einer tiefen Verlogenheit bestimmt"* sei.(„FAZ", 18.4.)

kl/Gö ■

Das Gedicht

Gedichte werden geboren in einer weißen Blume
aus der rote Schmetterlinge
süßen Honig
saugen
Gedichte sind das Zeugs das sich ein Liebespaar
zuflüstert
Gedichte sind kostbarer als die
Spiegelung des Monds im See.
Ein vollkommenes Gedicht ist wie die Revolution.

(Juan Agudelo, 7 Jahre alt)

Poetische Demokratie in Nicaragua

Dies ist eines der Gedichte aus den nach der Revolution gegründeten ,,poetry workshops'', die auf einer Veranstaltung in Milwaukee/USA im März dieses Jahres vorgelesen wurden. ,Artists Call', eine kürzlich ins Leben gerufene Vereinigung US-amerikanischer Künstler in Solidarität mit der Revolution in Nicaragua, hat in den letzten Wochen eine Reihe von Gedichtelesungen, Kunstausstellungen und Konzerten veranstaltet. So auch diese Lesung im Mittelwesten, auf der neue Kunst aus Central America dem nordamerikanischen Publikum vorgestellt wurde, und die Künstler selber ihre eigenen Werke einem breiteren Publikum zugänglich machten — nicht als ,,l'art pour l'art'', sondern als ausdrückliches NEIN gegen die Kriegspolitik der Reagan & Co. in Nicaragua und El Salvador. Ich hatte auf dieser Veranstaltung Gelegenheit, mit Kent Johnson zu sprechen, einem dieser jungen Künstler, der bei einem längeren Aufenthalt in Nicaragua eine Sammlung von Gedichten zusammengestellt und für diesen Abend übersetzt hat. Freundlicherweise hat er diese Gedichte zur Verfügung gestellt zum Abdruck im ARBEITERKAMPF, samt Einwilligung zum Abdruck seiner einleitenden Rede in der deutschen Übersetzung.
Vielen Dank! S.



Nicaragua hat in Lateinamerika seit langem den Ruf, das ,,Land der Poeten'' zu sein. Nicaraguaner nehmen diesen Titel sehr ernst: in den Straßen von Managua, Grenada und Leon werden Dichter und Schriftsteller mit ,,poeta'' gegrüßt, so wie Ärzte mit ,,Doktor'' und Priester mit ,,padre'' angeredet
und Leon werden Dichter und Schriftsteller mit ,,poeta'' gegrüßt, so wie Ärzte mit ,,Doktor'' und Priester mit ,,padre'' angeredet
werden.

Das Land eines Ruben Dario (der Vater der Modernistischen Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jhd.) hat im Laufe der Jahrzehnte solche Dichter wie Salomon de la Selva, Jose Coronel Urtecho, Pablo Antonio Cuadra und Leonel Rugama hervorgebracht — Dichter, die zwar nicht besonders bekannt sind in den USA (noch weniger vielleicht in Nordeuropa? Anm. d.Üb.), die aber in der gesamten spanischsprechenden Welt hohes Ansehen geniessen. Natürlich muß noch ein weiterer Name hinzugefügt werden: Ernesto Cardenal, Lateinamerikas berühmtester lebender Dichter und derzeit Kulturminister der revolutionären Regierung in Nicaragua. Nach dem Erfolg der Sandinista Revolution im Juli 1979 startete das Kulturministerium ein originäres und ehrgeiziges Programm: Überall in Nicaragua, in armen Nachbarschaften, Fabriken, Landkooperativen, Polizeiquartieren und Militärbaracken wurden ,talleres de poesia' — Gedichte-Arbeitsgruppen — gegründet.

Diese Idee hatte einen Vorgänger. 1976, in Cardenals Kommune in Solentiname auf der Insel Mancarron (im Nicaragua See), entschloß sich der Dichter Mayra Jimenez aus Costa Rica, so einen ,poetry workshop' für die dortigen Einwohner zu organisieren. Das Experiment hatte überraschenden Erfolg. Viele wunderschöne Gedichte, die auch gesammelt und in mehrere Sprachen übersetzt wurden, wurden von den Bauern in Solentiname ,produziert', bis die Kommune 1977 von Somozas Nationalgarde zerstört wurde.

Auch der postrevolutionäre Versuch hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Es gibt im Moment ca. 70 workshops in Nicaragua (das entspräche ungefähr 8000 —!— in den USA), in denen hunderte von Fabrikarbeitern, Bauern, Zimmerleuten, Straßenverkäufern und Soldaten (beiderlei Geschlechts — eine Anfrage bei Kent ergab, daß gleichviel Frauen wie Männer teilnehmen, und daß sehr viele Gedichte von Frauen veröffentlicht werden s.u.; Anm.der Üb.) sich einmal wöchentlich treffen, um mit Hilfestellung eines Vertreters des Kulturministeriums zu schreiben, ihre Gedichte zu diskutieren und zu kritisieren. Die besten Arbeiten (sie werden von einem repräsentativen Gremium aus Vertretern der workshops ausgewählt; Anm. der Üb.) werden regelmäßig in ,Poesia Libre', dem nationalen Magazin der workshops (erscheint ungefähr alle 2 Monate) und in den wöchentlichen Kulturbeilagen der Zeitungen ,Barricada' und ,Nuevo Diario' veröffentlicht. Zusätzlich gibt es regelmäßige Wettbewerbe und öffentliche Lesungen, bei denen geladene Poeten ihre Werke lesen und diskutieren. Einmal im Jahr findet dann die nationale Konferenz der workshops statt (auf der, laut Kent, neben dem Materialaustausch z.B. didaktische Fragen des Unterrichtens in den Arbeitsgruppen besprochen werden; Anm.d.Üb.).

In den Mittfünfzigern entwickelte eine Gruppe von Poeten um Cardenal und Urtecho den Stil ,Exteriorismo' für ihre Werke, beeinflußt zum Teil durch Dichter wie Ezra Pound und die Imagisten.

In den späten Sechzigern war ,Exteriorismo' zum bestimmenden Stil in Nicaragua geworden und seine prägnantesten Vertreter standen in direkter Verbindung mit der erstarkenden Anti-Diktatur Bewegung. Cardenal hat über diese Stilrichtung folgendes gesagt:

,,Es ist eine Poesie, die aus den Bildern der äußeren Welt entwickelt wird, der Welt, die sichtbar und fühlbar ist...Exteriorismo ist objektive Poesie, erzählerisch und anekdotenhaft, geformt aus Elementen des wirklichen, alltäglichen Lebens mit dem Konkreten, mit Namen und präzisen Details, exakten Abläufen und Nummern, Fakten und Aussagen. Kurz, es ist ,unreine' Poesie''(aus: Einführung in die nicaraguanische Poesie, Managua).

Weil ,Exteriorismo' in den workshops stark betont wird, bewegen sich auch die meisten Gedichte im Rahmen dieser Stilrichtung. Das Ergebnis ist eine Poesie ohne literarische Pretentionen, von großer Einfachheit und Direktheit, die — weil eben die ,sichtbare und fühlbare' Welt verarbeitet wird — oft offen politisch ist.

Natürlich ist politisch engagierte
re' Welt verarbeitet wird — oft offen politisch ist.

Natürlich ist politisch engagierte
Literatur in Lateinamerika nichts Neues — von Marti zu Neruda zieht sich eine lange und etablierte Tradition.

In der sehr offen und leidenschaftlich geführten Debatte um die Rolle der Kultur in der nicaraguanischen Revolution haben einige Künstler Besorgnis geäußert über die Dominanz politischer Themen in den ,poetry workshops'; ihrer Meinung nach würde ,sozialer Inhalt' an die Stelle ästhetischer Werte treten. Wenn auch diese Bedenken nach den Erfahrungen mit ,offizieller Kultur' und dem Schicksal künstlerischer Freiheit in anderen Revolutionen des 20. Jahrhunderts ernst zu nehmen sind, ist es jedoch kaum verwunderlich, daß so viele der neuen Gedichte so unverblümt politisch im Inhalt sind. Dies sollte als unausweichliche Konsequenz des historischen Umbruchs gesehen werden: die Schmerzen, Konflikte und Freuden der Revolution sind ein bestimmender Teil der Realität im heutigen Nicaragua, und die Menschen, die darüber schreiben, drücken damit wichtige und für ihr Leben unmittelbare Gedanken und Gefühle aus.

Es ist allerdings wichtig, festzustellen, daß Cardenal und andere Führer der FSLN wiederholt und ausdrücklich jegliche Möglichkeit zurückgewiesen haben, daß eine Form von ,sozialistischem Realismus' als kulturpolitische Linie vom Staat festgelegt werden könnte. Die FSLN entstand und entwickelte sich als marxistische, aber antistalinistische Organisation und hat kontinuierlich versucht, einen ,openended', den spezifischen Bedingungen in Nicaragua entsprechenden Sozialismus zu realisieren. Ein wichtiger Aspekt dieser Politik ist, daß künstlerische Freiheit von der FSLN als fundamentales Prinzip der Revolution angesehen wird.

Die Revolution ist

Die Revolution ist Fidel Castro fußballspielend
die Revolution ist die Granma auf der die Helden segelten
die Revolution ist Sandino wie er zu den Leuten spricht
die Revolution ist wenn alle Mammis gut auf ihre Kinder aufpassen
die Revolution ist ein See mit genug Fisch für alle
die Revolution ist ein Liebespaar
die Revolution ist eine Blüte vom Sacuanjoche Baum
die Revolution ist Mario Avila wenn er ein Gedicht vertont
die Revolution ist ein Kanonenschuß gegen die Imperialisten
die Revolution ist um die Imperialisten zu besiegen
die Revolution ist wenn Ernesto Cardenal ein Gedicht schreibt
die Revolution ist ein Schmetterling in vielen Farben
der um die Helden fliegt Menschen auf der Welt die
sich an den Händen halten
die Revolution ist alle Cubaner händeklatschend für Fidel
die Revolution ist mein Papi wie er eine
Skulptur macht mit all ihren Rundungen und Löchern.

(Juan Agudelo aus Solentiname)

Carmen

Wenn du nicht mehr sanft in mein Ohr flüsterst
ist mir als lebe ich in einer Welt
in der alle Vögel ihre Stimmen verloren haben.

(Jose Domingo Moreno, Bauer und Schneider)

Sandino

Ich stelle mir Sandino vor
und Bianca Arauz in
den Bergen, oder auf einer
Bank, wie sie in leisen Worten
über die Guerilla reden und insgeheim
kitschige, sentimentale Dinge
übereinander
denken.

(Javier Ortiz, 11 Jahre alt, Zeitungsjunge)

Orlando

Ich erinnere dich, Sohn
mutig, draufgängerisch
heiser vom Gebrülle bei den
Demos, mit deinem gestreiften
kaffeefarbenen Hemd
das wir jetzt aufbewahren in dem Glasschrank
im Flur.

(Maria Pineda, Fabrikarbeiterin)

Zweifel an Liebe

Du hast dich an meine Art und Weise
auf eine Weise gewöhnt, daß, wenn ich
sage „meine Liebe, die Revolution
verlangt, daß ich gehe", du antwortest
„ich verstehe genau, Genosse"
Und immer dann kriege ich diese
Zweifel an unserer Liebe.

(Isidoro Tercero, Miliz)

Das Viertel San Luis

Ich würde gerne der Wind sein
so daß ich wehen könnte
durch dieses Mädchens blondes Haar
oder die knappen Jeans die sie trägt
die so genau passen.
Mit anderen Worten,
ich würde gerne
so lange wie möglich
Dienst machen
an dieser Ecke.

(Alex Lumbi, Sandinista Polizei)

(Alex Lumbi, Sandinista Polizei)

U.S.Holzfirma

Sie haben unsere Eichen
Kiefern und Lorbeerbäume
abgeholzt.
In der Ferne
in der Tiefe der Schlucht
steht noch ein vielblättriger Baum
und in seinem Schatten, ein blasses Reh.

(Ivan Guevara, aus Solentiname)

Irrenhaus Ich denke an New York

Die Irren sind wie Antworten
auf Fragen, die keiner gestellt hat.
Wie die Speichen eines Wagenrades
ohne Achsel, wie Regen
der vom Grund auf regnet, wie
Testpiloten mit dem Kopf in blauem Schlamm.
Die Stadt keucht mit den Lungen
ihrer Irren, zieht Kleider an,
von den Irren geschneidert, fährt in Autos,
von den Irren gesteuert; befiehlt ,gehorcht
und betrügt mit Hilfe der Irren.
Der Rechtsanwalt entwirft Häuser und
der Zauberdoktor singt Messen, der
Lehrer verkauft Fisch und der Leichen-
träger tröstet die Lehrenden.
Eine stärkere Verrücktheit
wird nötig sein um Schluß zu machen mit
diesem Irrenhaus.

(Anthony Campbell, Jurastudent)

Darling

Jedes Mal, wenn ich dich zu
Dona Chapitas Laden gehen sehe
hab ich diesen Drang mit dir zu kommen
Daran zu denken macht mich nervös.
Wie gerne ich dich in meine Arme nehmen würde
und dir sagen: Ich liebe dich!
Ich bin ja erst 10 und daran zu denken
sowas zu tun, macht mich nervös.

(Abbey Melec Alvarado, 10 Jahre alt)

Unter Somoza

Leere Bierdosen
durcheinander mit losen Seiten „Reader's Digest"
und Cosmopolitan schlafen friedlich auf dem
Schrottplatz der Stadt.
Und jeden Tag bringt ein großer Laster mehr
Rührstory — Heftchen, Seiten voll schöner, lächelnder
Menschen, mehr Bierdosen oder Cola Flaschen
und leere Schachteln Corn Flakes.
Und in den öffentlichen Klos gibt's
Seiten aus „Times" um sich abzuwischen
während die Armen Bilder von
Somoza auf ihre Holzwände kleben
aus Furcht.

(Juan Ramon Falcon, Bauer)

Tiscapa Hügel

Alles ist Menschlichkeit
die Menschlichkeit der Menschheit
Vom Rand des Kliffs auf dem Tiscapa
kann ich Managua sehen.
Den Kratersee unter mir, die Halbinsel von Chiltepe,
den Platz der Revolution...
Jetzt sind Spielplätze wo
Somozas Bomben fielen; weite neue Straßen.
Die in die Baracken auf diesem Hügel gebracht wurden
und gequält, nackt, mit verhülltem Kopf
in bloßen, tiefgekühlten Räumen,
wurden nie wieder gesehen.
Und der Wiederaufbau meines Landes
geht weiter, wie die Stärke der Luft
die aufsteigt
aus der jadegrünen Tiefe des Sees.

(Gerardo Torrente, Schneider)

Der letzte Tag von Somozas Liberal Party

Pancha hatte Durchfall, das Baby
hatte Darminfektion,
und Polo Verstopfung.
Und Pancha fegte den Lehmfußboden
und Polo melkte die magere Kuh
und das Baby nuckelte und zog
an der trockenen Mutterbrust.
Die ganze Bude stank nach Scheiße.

(Juan Antonia Lira, Regionaler FSLN-Delegierter)

„Wenn es überhaupt irgendeinen Rat unsererseits für die Künstler gibt, dann den, daß sie ihre Phantasie, ihre schöpferische Kraft so entwickeln, wie sie es für richtig halten. Alles, was sich während der Unterdrückung angesammelt hat, soll zum Ausdruck gebracht werden können, ohne irgendwelche Einschränkungen, ohne den Druck, der Arbeit einen korrekten Stempel aufzuzwingen, um gut mit der Revolution zu stehen. Wir werden nur im Einklang mit der Revolution sein, indem wir immer kreativer neue Formen, neue Ideen entwickeln, indem wir kontinuierlich unsere Phantasie herausfordern, und mit allen Formen untergebenen Denkens brechen., Unser Denken kann nicht von vorgefertigten Formeln bestimmt werden, es muß völlig offen sein..."(Daniel Ortega, aus einer Rede, die, in Hacia una Politica Cultural, vom Kulturministerium veröffentlich wurde).

Kunst und Poesie sind in Nicaragua nicht länger im Besitz einer intellektuellen Elite. Tausende von Menschen, von denen viele erst in der Alphabetisierungskampagne von 1980 schreiben und lesen gelernt haben, erleben zum ersten Mal in ihrem Leben die Freude, sich künstlerisch ausdrücken zu können, eine Erfahrung, die ihr Leben entscheidend verändert und bereichert.

Dies allein sollte Grund genug sein für Künstler und Schriftsteller/innen in den USA (und ihr Publikum, und anderswo! Anm. der Üb.), mit Eindringlichkeit den sinnlosen Krieg unserer Regierung gegen dieses ‚Land der Poeten' zu verurteilen.

* * *

Damit die geneigte Leserschaft des AK einen Eindruck bekommen kann, wovon nun eigentlich die Rede ist, habe ich versucht, einige der Gedichte, die von Kent aus dem Spanischen ins Amerikanische übertragen wurden, weiter ins Deutsche zu übersetzen. Werktreue kann nicht bei diesem Verfahren garantiert werden, aber ich finde, selbst in dieser etwas verfremdeten Form geben die Gedichte noch eine Ahnung von der Phantasie, dem Humor und der Passion ihrer Dicher/innen.

S.

Chile:

Ende der Diktatur?

Anwachsende Massenkämpfe, nationale Protesttage, Vereinigung der Linken in einem neuen Bündnis, Uneinheitlichkeit der bürgerlichen Kräfte, Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krise des Pinochet-Regimes — so stellt sich auf den ersten Blick die Situation in Chile heute dar. Aber ist damit die Diktatur am Ende?

Welche Bedingungen haben die Einheit der Linken ermöglicht nach den langen Jahren der Repression, der Zersplitterung, der Aus- und Abgrenzungen? Wie schätzt die Linke heute die Chancen für den Sturz Pinochets und einen demokratischen Wechsel ein? Auf welche Grundlage konnte sich der Volkswiderstand in dieser unerwarteten Breite entwickeln?

Auf diese und weitere Fragen versucht der folgende Artikel einzugehen. Wir stützen uns dabei auf die Informationen einer offiziellen Delegation der Volksdemokratischen Bewegung (MDP), dem im Herbst letzten Jahres gegründeten Bündnis der Linken. Diese Delegation aus je einem Vertreter der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und des MIR besuchte auf ihrer Europa-Reise im März auch Hamburg. Wir hatten Gelegenheit, mit dem Vertreter des MIR ein Interview zu führen, das wir, leicht gekürzt, in dieser Ausgabe dokumentieren.

Die Linke in Chile hat schneller als erwartet an Einfluß und Stärke gewonnen. Sichtbarer Ausdruck dafür ist die Gründung der Volksdemokratischen Bewegung (Movimiento Democratico Popular — MDP) im Herbst letzten Jahres. Diesem Bündnis gehören neben dem MIR, die Kommunistische Partei (PC), verschiedene Flügel der Sozialistischen Partei (PS-Almeyda, PS-CNR und PS 24. congreso) und die MAPU-OC, sowie die Arbeiter- und Bauernbewegung (MOC) an. Gegründet wurde die MDP nach den großen nationalen Protesttagen im August und September 83, in einer Situation, in der die Massenkämpfe trotz massiver Repression an Stärke und Breite zunahmen. Für die chilenische Linke stellte sich damit verstärkt die Notwendigkeit und die Chance, ein Gegengewicht zum Bündnis der bürgerlichen Opposition (Alianza Democratica — AD) zu schaffen.

Die aktuelle politische Aufgabe, die sich die MDP setzt, ist der Sturz der Diktatur. Dazu wird das Bündnis mit allen oppositionellen Kräften, einschließlich der bürgerlichen Kräfte gesucht. Darüberhinaus versteht sich die MDP aber als Bündnis für den Sozialismus. Sie sieht sich in der TRadition der Unidad Popular, ohne jedoch Irrtümer der UP-Regierung zu bestreiten. Die Erfahrung von 10 Jahren Widerstand sollen aufgearbeitet und einbezogen werden. Neue Aspekte in der MDP im Unterschied zur Unidad Popular sind zum einen die Einbeziehung und Mitarbeit des MIR. Die MDP beschränkt sich nicht auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus, sondern vertritt die Linie der „Volksrebellion", des Massenaufstandes zur Erlangung der politischen Macht. Alle Kampfformen gegen die Diktatur, einschließlich des bewaffneten Kampfes werden für legitim und notwendig gehalten.

Ein weiterer neuer Aspekt ist die Anerkennung der sozialen Bewegungen und Organisationen, die sich in den Jahren des Widerstandes entwickelt haben und durch ihre Forderung nach Einheit der Linken wesentlich zur Gründung der MDP beitrugen. Die MDP versteht sich als **politischer** Arm der **sozialen** Bewegungen, sie will ihre Forderungen in enger Abstimmung mit ihnen aufnehmen und auf der politischen Ebene vertreten. Die organisatorische Unabhängigkeit und Autonomie dieser beiden Ebenen des Widerstands soll erhalten bleiben.

Erste National-Versammlung der MDP

Im Februar 84 hat die MDP ihre erste „nationale Versammlung" einberufen, auf der 250 Delegierte regionaler MDP-Sektionen aus 19 von insgesamt 25 Provinzen Chiles vertreten waren. Daneben nahmen 200 Vertreter von Basis- und sozialen Organisationen teil. Nach diesem Kongreß entstanden überall im Land neue MDP-Sektionen und wurden regionale MDP-Versammlungen einbrufen. Das Programm der MDP soll nicht nur in den einzelnen Basiskomitees der MDP, sondern ebenfalls breit in den Massenorganisationen diskutiert und danach Mitte des Jahres auf dem zweiten Kongreß verabschiedet werden.

In der PRaxis arbeiten zumindest regionale die Basisorganisationen und MDP-Komitees eng zusammen. Das liegt auch darin begründet, daß die linken Parteien von Anbeginn an der Bildung der Volksorganisationen beteiligt waren und für deren Entwicklung zu Zentren des Widerstands eine wichtige Rolle gespielt haben. Mit der MDP hat sich in Chile ein Bündnis derjenigen politischen Kräfte konstituiert, das im Gegensatz zur Demokratischen Allianz (AD) die unmittelbaren Forderungen und Interessen der Massen aufnimmt und durch deren Organisationen breit unterstützt wird. Dies und die Radikalisierung des Widerstandes hat den Volkskräften eine Stärke verliehen, die das Kräfteverhältnis innerhalb der Oppositionsbewegung verschoben und die bürgerlichen Kräfte zu einer Veränderung ihrer Haltung gegenüber der MDP und den durch sie repräsentierten Kräften gezwungen hat.

Die ersten Nationalen Protesttage 1983 wurden noch deutlich von der christdemokratischen Gewerkschaftsführung und der Demokratischen Allianz dominiert. Teile der bürgerlichen Opposition lehnten eine Zusammenarbeit mit der Linken, speziell mit der PC und MIR ausdrücklich ab. Der Protesttag im September wurde dann weitgehend unabhängig von den linken Parteien und den sozialen Organisationen getragen. Erst nach dieser Demonstration der Stärke der Linken und der Massenbwegung gab es die ersten gemeinsamen Kundgebungen der gesamten Opposition. Die Demokratische Allianz brach ihren „Dialog" mit dem Regim ab (siehe unten). Nach dem erfolgreichen Nationalen Protesttag der MDP im Februar 84 erfolgte das erste offizielle Gesprächsnagebot auf höchster Ebene von der Demokratischen Allianz. Weitgehende Einigkeit herrscht heute zwischen linker und bürgerliche Opposition (MDP und AD) in drei Punkten:

— Pinochet wird nicht freiwillig gehen, die Diktatur muß gestürzt werden,
— Bildung einer Übergangsregierung,
— Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung.

Die heikelste Frage ist dabei die nach dem Charakter einer solchen Übergangsregierung, für die es sehr unterschiedliche Vorstellungen gibt. Angefangen bei einer zivil-militärischen „Lösung" über ein „argentinisches Modell" bis hin zu einer demokratischen und revolutionären Volksregierung. Die Vorschläge der MDP, die auf der Abschlußveranstaltung des Nationalkongresses dargestellt wurden, definieren ihre Vorstellung der Übergangsregierung und sind zugleich die Grundlage für die „Verhandlungen" mit der bürgerlichen Opposition.

Die wesentlichsten Forderungen sind:

— „Aufhebung der gesamten repressiven Gesetzgebung, Auflösung der Geheimpolizei CNI und aller repressiven Organisationen sowie Verurteilung aller für die Verbrechen gegen das Volk Verantwortlichen, seien es Militärs oder Zivilpersonen. (...)

— Anwendung eines Notprogramms für die Wirtschaft, das als Hauptpunkte die Lösung des Beschäftigungsproblems und der dringendsten Probleme der Arbeiter, Landarbeiter, Mapuche-Indianer, kleinen und mitleren Landwirte und Unternehmer vorsieht, sowie die Verstaatlichung der Banken, des Außenhandels und der Monopolindustrie und das die Kriterien zur Konstituierung eines staatlichen Wirtschaftsbereiches festlegt. (...)

— Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen, bürgerlichen und politischen Rechte, die bis 1973 in Kraft waren, und Aufhebung insbesondere der neuen Arbeitsgesetzgebung (plan laboral). (...)

— Absetzung der Oberkommandierenden der Streitkräfte, die mit der Diktatur zu tun hatten, Abschaffung der Doktrin der Nationalen Sicherheit, innere Demokratisierung der Streitkräfte und Revision der Pakte und Abkommen, die mit ausländischen Streitkräften geschlossen wurden."

Daneben wird die Freilassung der politischen Gefangenen, die Möglichkeit der Rückkehr aller Exilierten, die Aufklärung des Problems der Verhafteten und Verschwundenen und die Bestrafung der daran Schuldigen gefordert, sowie eine Agrarreform, die Ausarbeitung eines Notprogramms für die Landwirtschaft und eine deutliche Umverteilung der Mittel für ein Sozialprogramm.

Im Augenblick ist ein weiterer Protesttag für Mai in Vorbereitung. Über die große Massenmobilisierung am 1. Mai und die mörderische Repression, die nach bisherigen Berichten 26 Todesopfer kostete, kennen wir bisher auch nur die hiesige Berichterstattung.

Von allen Oppositionskräften beschlossen ist jetzt auch der „Paro Nacional", ein Nationalstreik, der schon im vorigen Jahr von der MDP vorgschlagen wurde, den ein Teil der bürgerlichen Opposition zunächst jedoch abgelehnt hatte. Ende April fand eine nationale Versammlung der Gewerkschaftszentrale CNT statt, mit 1200 Delegierten aus dem ganzen Land. Hier wurde der Nationalstreik beschlossen, er soll im Laufe der nächsten 90 Tage durchgeführt werden. Mit dem Begriff Nationalstreik ist nicht nur ein Streik in den Betrieben, sondern eine Mischung von Streiks und nationalen Protesttagen gemeint, eine Verbindung aller Widerstands- und Protestformen, entsprechend den Bedingungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Der Lange Abschied von der Unidad Popular

Ein Bündnis der linken Kräfte ist schon lange als der entscheidende Hebel zum Sturz der Diktatur angesehen worden. Es gibt verschiedene Gründe, warum jedoch erst Anfang der achtziger Jahre reale Voraussetzungen für ein Linksbündnis existieren. Der wichtigste: die Wiederbelebung der Massenbewegung.

Während der MIR bereits Ende der siebziger Jahre Anstrengungen unternahm, auch auf höchster Ebene mit der traditionellen Linken zu Bündnisgesprächen zu gelangen (zuerst erfolgreich in Havanna im März 1980 am Rande des Parteitages der PC Cuba), konnte sich die Unidad Popular zunächst nur schwer von der Vorstellung trennen, sich selsbt aufzulösen und damit die Voraussetzung für eine neue Linkseinheit zu schaffen. Der Druck der Tatsachen zwang die UP-Kräfte schließlich zu einer Neuorientierung (vgl. auch AK 222).

Zu dieser Neuorientierung trugen u.a. der Zerfall der Sozialistischen Partei (PS) und die Erfolglosigkeit der Bündnispolitik der „Kommunistischen Partei" (PC) bei. Während sich an der Basis bereits die Aktionseinheit de gesamten linken Opposition realisierte, hing die PC-Führung noch bis Anfang

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der achtziger Jahre der Illusion nach, mit der Christdemokratie ein Bündnis gegen Pinochet bilden zu können. Die Christdemokratie hingegen setzte in den siebziger Jahren auf eine Machtbeteiligung, sozusagen als demokratischer Partner der Junta. Das 1980 von der Junta durchgeführte Plebiszit machte jedoch endgültig Pinochets Alleinherrschaftsanspruch für die nächsten 10 Jahre deutlich. Mit dem Tod von Eduardo Frei 1982 schließlich verstarb diejenige christdemokratische Integrationsfigur, die möglicherweise eine ,,Öffnung'' der Diktatur ohne weitere Radikalisierung der Massenbewegung hätte betreiben können. Die nun stärker hervortretenden politischen Führer der CHristdemokratie repräsentieren die Teile der Bourgeoisie, die immer unzufriedener mit der monetaristischen Wirtschaftspolitik wurden. Sie haben sich in der Opposition und der Illegalität in erheblichem Maße als Pinochet-Gegner profiliert und waren viel eher als die ,,alte Garde'' zu einer Konfrontation mit der Junta bereit. Dies traf insbesondere auf die christdemokratischen Gewerkschafter sowie große Teile des Kirchenspektrums zu. Trotz teilweiser Zusammenarbeit mit den linken Kräften an der Basis, war die Christdemokratie jedoch auch jetzt nicht an einer Aufwertung ,,der Kommunisten'', d,h, an einer offiziellen Zusammenarbeit mit der Linken interessiert.

Diese Tatsache, das Plebiszit von 1980, die Radikalisierung der eigenen Parteibasis und der Massen sowie der erfolgreiche Aufstand in Nicaragua dürften die PC-Führung schließlich zur politischen Neuausrichtung bewogen haben, nach der sie nun die ,,Rebellion des Volkes'' und die Akzeptierung aller, auch bewaffneter Kampfformen propagieren. Dieser Umschwung dokumentierte sich in der Erklärung von Mexico im September 1981, die von Repräsentanten der PC, MIR, IC (Christliche Linke), MAPU, PS und Radikaler Partei unterzeichnet wurde (vgl. AK 222).

In dieser Erklärung betonten alle Unterzeichner die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Linken, der Erarbeitung eines gemeinsamen Programms etc. Dies blieb aber wesentlich Papier, ohne greifbare, praktische Ergebnisse. Trotzdem begann hier der ,,Anfang vom Ende'' der alten UP.

Die Herausbildung der öffentlichen Opposition

Von der Erklärung von Mexiko bis hin zur Gründung der MDP sollte es jedoch noch ein langer Weg sein. Er hätte noch länger gedauert, wenn die in Chile praktizierte neoliberale Wirtschaftspolitik nicht Anfang 82 ihren Bankrott offenbart hätte. Die teilweise Stillegung ganzer nicht-exportorientierter Wirtschaftszweige (Bau, Leder und Bekleidung, Bergbau, Landwirtschaft und Dienstleistungen etc.), eine Welle von Firmenpleiten (in zwei Jahren über 1000), der Anstieg der Auslandsverschuldung auf über 20 Milliarden Dollar (1973: ca. 3 Milliarden), eine Arbeitslosenquote von über 30% (1973: ca. 3%), dazu eine Repression, die nicht einmal vor Regimeanhängern haltmachte, erwies nicht nur die wirtschaftliche Krise des Regimes, sondern immer mehr auch die ,,moralische'', die politische Krise. Seit Einsetzen der Krise wechselte Pinochet sein Kabinett viermal komplett aus, Wirtschaftsminister gab es gleich im halben Dutzend.

Auf einer weiteren Konferenz der Linken im Frühjahr 1982 im mexikanischen Cuernavaca wurden die widersprüchlichen Positionen deutlich. Die unterschiedlichen Einschätzungen über die Krise und die politischen Aufgaben der Linken zeigten sich nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien, sondern liefen quer durch die Organisationen. Nicht alle Repräsentanten konnten die Meinung ihre gesamten Organisation vertreten.

Die entscheidende Differenz bestand in der Frage, ob eine weitere Radikalisierung und Mobilisierung der Volkskräfte möglich und sinnvoll ist, oder ob man auf eine Verhandlungslösung mit der Diktatur, auf ein strategisches Bündnis mit der bürgerlichen Opposition setzen soll. Im Gegensatz zur ,,Convergencia'' (Zusammenschluß der reformistischen Kräfte) strebten der MIR, die PC, der PS-Flügel des ehemaligen Ministers Clodomiro Almeyda sowie eine Fraktion der Radikalen Partei (PR) eine politische Front der Linken an. Diese vier Organisationen veröffentlichten am 1.6.82 einen gemeinsamen Aufruf an das chilenische Volk, die Diktaturgegner im Kampf zu vereinen, die Zersplitterung der Opposition zu überwinden und den Massenkampf mit der Perspektive des Volksaufstandes zu führen.

Als im August 82 die erste größere Demonstration mit den Losungen ,,Brot, Arbeit, Freiheit'' durch die Straßen von Santiago zog, wurde deutlich: der Widerstand erobert sich wieder die Straße. Bereits im November 82 fanden koordinierte Demonstrationen zur gleichen Zeit in Santiago, Concepción und Valparaiso statt, angeführt und organisiert durch unzählige Basiskomitees, bzw. ihrer erst kürzlich gegründeten nationalen Koordination, der Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes, CODEPU. CODEPU, das sind die Arbeitslosen, die Elendsviertelbewohner, die Angehörigen der verfolgten und verschwundenen politischen Gefangenen, die als unabdingbare Forderungen von einer wie auch immer gearteten Übergangsregierung erwarteten:

— Bestrafung der Verbrechen der Junta
— Umstrukturierung von Polizei, Militär und Justiz
— Aufklärung sämtlicher Verbrechen
— Sofortmaßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit
— Lösung der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Mit CODEPU offenbarte sich eine neue Qualität des politischen Kampfes der Massen im ganzen Land. (Zur Entstehung der der Basiskomitees vergl. auch AK 222).

In dieser Situation wurden auch die Bemühungen der verbotenen rechten politischen Parteien heftiger, politische Projekte auf die Beine zu stellen, welche die benachteiligten Mittelschichten, die vom Monetarismus benachteiligten Industriezweige für sich gewinnen wollten, die die Massenbewegung auf ihre Seite bringen und eine Ablösung Pinochets ohne erhebliche Machtveränderung erreichen wollten.

Die bürgerliche Opposition formiert sich

Zwei Projekte machten von sich reden: Zum einen ,,PRODEN'' (Projekt zur nationalen Demokratisierung), bestehend aus Mitgliedern der ehemaligen Nationalpartei und einigen Christdemokaten. Sie wollten eine ,,Verfassungsreform'' auf der Grundlage der Juntaverfassung von 1980 und nach zwei Jahren eine ,,Entmilitarisierung'' und eine Beteiligung von bürgerlichen Politikern an der Regierung. Dieser ,,historische Schritt, ehe es zu spät ist'', wurde von Pinochet kurzerhand als nicht diskussionswürdig abgetan. (LAN 114)



Das zweite Projekt ,,Multipartidaria'' klingt so wie das gleichnamige argentinische Parteienbündnis der Opposition, war aber ein eher lockerer Zusammenschluß von Einzelpersönlichkeiten aus dem christdemokratischen und sozialdemokratischen Spektrum. Erst das von ihnen am 14.März 83 publizierte ,,Demokratische Manifest'' sorgte für einigen öffentlichen Wirbel und wurde Grundlage der sich nun offiziell herausbildenden ,,Alianza Democrática'' (AD). Die AD gewann im Sommer 83 erheblichen Einfluß auf die Massenbewegung, und ihre Repräsentanten erhielten durch die westlichen Massenmedien starke Unterstützung.

Das Demokratische Manifest bot jedoch außer der Forderung nach Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und dem Angebot der Zusammenarbeit mit der gesamten Opposition keinerlei Alternativen an. Die oben genannten dringendsten Forderungen der Volksbewegung wurden nicht aufgenommen. Die vorgeschlagene Zusammenarbeit mit der Opposition hatte auch einen Haken: An der möglichen Übergangsregierung sollten keine ,,Kommunisten'' (sprich: MIR und PC) beteiligt werden. Mit diesem Vorhaben versuchte die Alianza Democrática zum einen, die linken Kräfte und die Volksbewegung zu spalten, zum anderen verschaffte ihr der Ausschluß der Kommunisten die einzig gültige Eintrittskarte für einen ,,Dialog mit der Junta''. Das ,,Demokratische Manifest'' wurde u. a. von Repräsentanten der DC (Valdés/ Aylwin), der PR (Silva Cimma), der PS (Ulloa, Estuardo) sowie Julio Subercaseaux von der ehemaligen Nationalpartei unterzeichnet. Unter maßgeblichem Einfluß der Christdemokratie gelang es den bürgerlichen Kräften, ein politisches Bündnis zu schaffen, wozu die Linke in diesem Moment noch nicht in der Lage war.

Im Frühjahr und Sommer 1983 gewann die Massenbewegung derart an Radikalität und Breite, daß die Linke Gefahr lief, ihr hinterherzulaufen, anstatt sie zu führen.(So Gladys Diaz am Rande des Chile Kongresses in Münster im Juni 83). Ausgelöst durch einen Streik der Kupferarbeiter erlebte das Land eine Reihe von ,,Nationalen Protesttagen'', die die Junta nicht mehr unterdrücken konnte. Der Konsens der herrschenden Klasse war gebrochen. Einerseits sah sich die Junta zu Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition gezwungen, andererseits mußte sie zur Wahrung ihrer Autorität Härte demonstrieren. Am vierten nationalen Protesttag im August 83 ließ Pinochet Santiago von 18.000 Soldaten besetzen. Das Ergebnis: 1.700 Verhaftungen und 30 Tote. Am 10. August, einen Tag zuvor, berief Pinochet den ehemaligen Vorsitzenden der Nationalpartei, Jarpa, zum Innenminister und nahm eine Regierungsumbildung vor.

Dies war ein Schritt zur ,,Demokratisierung'' wie Pinochet sie sich vorstellt. Der neue Innenminister sollte sich um die Wiederherstellung eines Minimalkonsenses der bürgerlichen Kräfte bemühen. Unter diesen Voraussetzungen fand der vielbeachtete ,,Dialog'' zwischen Jarpa und der Demokratischen Allianz statt. Dabei machte Jarpa die Linie der Diktatur deutlich: Er erklärte, daß die Nationalen Protesttage deutlich die Grenzen des von der AD angestrebten pazifistischen Protestes überschritten hätten: ,,Kommunisten und Extremisten haben die Proteste dazu genutzt, ihre politischen Ziele zu erreichen.'' Außerdem erklärte er, daß das Pinochet-Regime in der Lage sei, die notwendigen politischen und ökonomischen Reformen durchzuführen, um die Interessen jener zu befriedigen, die sich durch die Politik der Diktatur benachteiligt sähen. Gleichzeitig ließ Jarpa keinen Zweifel daran, daß der 1980 eingeschlagene ,,konstitutionelle Weg'' ohne Abstriche beibehalten werde, wie es ebenso indiskutabel sei, die Präsidentschaft Pinochets bis 1990 anzuzweifeln.

Die ,,Gesprächsbereitschaft'' der Diktatur kam aber zu spät, und was sie inhaltlich anbot, reichte nicht als Grundlage für Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition. Dazu war die Lage bereits zu zugespitzt. Nach zwei Gesprächen brach die Demokratische Allianz den Dialog ab.

Das Ende der Verhandlungen zwischen bürgerlicher Opposition und Diktatur ist hauptsächlich auf die Radikalisierung der Massenbewegung und den wachsenden Einfluß der Linken zurückzuführen. In den Zeitraum fällt der 5. Nationale Protesttag (8.-11. September 83), der erste große Protesttag, der im wesentlichen von der Linken und zum Teil gegen die bürgerlichen Kräfte organisiert wurde. In diesen Zeitraum fällt auch die Gründung der MDP. Es wird deutlich, daß ein Dialog mit der Diktatur keine Chance hat von den Massen akzeptiert zu werden.

Die bürgerliche Opposition kommt um die ,,soziale Mobilisierung'' nicht herum. Am 18.10.83 schlug Subercaseaux (Nationalpartei, konservative Rechte) die Durchführung von offenen Bürgerversammlungen vor (cabildos abiertos). Am 7.11. schlossen sich die MDP und das nationale Arbeiterkommando (CNT) dem Aufruf der AD an, sich am 18.11. an einer Massenkundgebung im O'Higgins Park in Santiago zu beteiligen. Alle beteiligten Organisationen einigten sich, keine eigenen Transparente, sondern nur die chilenische Flagge mitzubringen. Dies wurde mit ca. 800.000 Menschen die größte Demonstration der gesamten Opposition, die erste offiziell beschlossene, direkte Zusammenarbeit von Demokratischer Allianz und MDP. Bis zum Februar 84, wo die MDP ihre erste Nationale Versammlung durchführte, fanden noch zahlreiche Massenproteste statt, in denen die Basis von AD und MDP gemeinsam ihr Hauptziel formulierte: den Abgang Pinochets. Ein offizielles Gesprächsangebot der AD an die MDP fand jedoch erst nach diesem ersten Kongreß statt.

Dabei bleibt festzuhalten: Die MDP ist ein strategisches Bündnis; sie sieht die Beseitigung Pinochets nur als Voraussetzung zur Um- und Neugestaltung Chiles mit sozialistischem Ziel. Die AD sieht in dem Abtritt Pinochets und der Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse bereits ihr Ziel erreicht. Daß sie dennoch verhandelt, zeigt, unter welchem politischen Druck sie steht, will sie nicht ihren Masseneinfluß gänzlich an die MDP verlieren.

Die Reaktion der Diktatur

Eindeutig ist, daß Pinochet nicht freiwillig gehen wird. Eindeutig sind aber auch die Probleme, vor denen sein Regime und der Imperialismus stehen.

1.) Ein großer Teil der Bourgeosie hat zu stark unter der monetaristischen Wirtschaft gelitten. Ihre Opposition gegen die Diktatur ist ziemlich tief- und weitgehend. Daß Pinochet derjenige ist, der einen neuen Konsens der bürgerlichen Kräfte herstellen kann — durch eine modifizierte Wirtschaftspolitik, durch minimalste politische Zugeständnisse — ist unwahrscheinlich.

2.) verbreitert die Figur Pinochet, seine Diktatur und Repression täglich den Massenwiderstand. Die Repression reicht nicht mehr aus, um den Aufschwung der Massenkämpfe aufzuhalten. Und das, was die Diktatur an ,,Demokratisierung''. anbietet (anbieten kann) reicht erst recht nicht, um eine ,,Befriedung'' durchzusetzen.

3.) Die ökonomische Basis des Landes ist zerstört. Die Grundlage für eine tiefgreifende wirtschaftliche Umorientierung fehlt und wäre von der Diktatur schon gar nicht politisch umsetzbar.

4.) Eine rechte Alternative zu Pinochet, etwa ein Pinochetismus ohne Pinochet, ist nicht in Sicht. Die traditionelle bürgerliche Rechte (Nationalpartei u.a.) ist durch ihre Zusammenarbeit mit der Diktatur diskreditiert und hat auch von sich aus kein politisches alternatives Programm anzubieten.

Das bedeutet, daß die Diktatur zwischen Repression und minimalen Zugeständnissen lavieren muß, um einen Minimalkonsens der rechten bürgerlichen Kräfte herzustellen, die radikale Linke zu isolieren und die bürgerliche und gemäßigte Opposition zu neutralisieren.

In diesem Rahmen sind die zum Teil widersprüchlichen Maßnahmen des Regimes zu begreifen. Wenn z.B. einerseits Versammlungen wie der erste Nationale Kongreß der MDP zugelassen, andererseits Ausnahmezustand und Ausgangssperre vor dem nationalen Protesttag im März verhängt und 8 Menschen getötet werden. Wenn der Vorsitzende der MDP, Manuel Almeyda, verhaftet wird, aber einen Monat später unter Auflagen wieder auf freien Fuß kommt. Wenn der Generalsekretär der MDP, Insunza, verhaftet und nach Brasilien abgeschoben wird und gleichzeitig der Priester Maroto sich öffentlich als ,,Stimme des MIR'' zu Wort melden kann. Diese Beispiele gibt es in Fülle. Angestrebt wird, offensichtlich mit Unterstützung der USA, eine institutionalisierte Diktatur mit einigen formaldemokratischen, aber vom Regime kontrollierbaren Gremien, bei gleichzeitiger Legalisierung oder Festigung des Repressionsapparates. Eine ,,Lösung'', die nicht so weit geht wie der Prozeß in Argentinien und die beim erreichten Niveau des Widerstandes erfreulicherweise auch keine Lösung sein kann.

Institutionalisierung des Regimes und Repression

Die Repression wird im Augenblick wieder erheblich verstärkt: Die ,,traditionelle'' Verfolgung der Linken, wie die Forderung nach 15 Todesurteilen gegen gefangene Miristen beweist dies. Der Terror gegen das Volk, das bisher bei allen nationalen Protesttagen und Großaktionen große Opfer bringen mußte. Und schließlich die Unterstützung und Neuformierung faschistischer Banden, die nicht nur bekannte Exponenten der Linken, sondern auch Christdemokraten und Kirchenvertreter bedrohen, auf offener Straße verprügeln und Demonstranten angreifen.

Parallel dazu werden ,,Institutionalisierungsmaßnahmen'' durchgeführt, die das Regime als Schritte zur Demokratie zu verkaufen versucht, die aber letztlich die Diktatur restabilisieren und den Terror legalisieren sollen.

— So ist ein Antiterrorismusgesetz in Vorbereitung, das die Verfolgung praktisch jeder oppositionellen Aktivität erlaubt. Nicht nur Personen die ,,*bewaffnet, revolutionär, subversiv sind oder Gewalt propagieren*'' werden mit Strafe bedroht, sondern auch Personen, ,,*die in Verbindung stehen oder*



Nein zum legalen Mord, für das Recht auf Leben, Kampf gegen Todesstrafe und Staatsterrorismus

denen eine Verbindung zugeschrieben wird zu solchen Banden oder Gruppen.'' Mit der Durchführung dieses Gesetzes soll nicht nur die Polizei, sondern ebenfalls das Militär und der Geheimdienst CNI betraut werden (Resistencia, März 84). Damit wird die Willkür des Militärs und des CNI ,,rechtlich abgesichert'' und auf Dauer installiert.

— Es wird ein Antiprotestgesetz geplant, mit dem Versammlungen, Veranstaltungen und Protestaktionen verboten werden können.

— Im April wurde eine Verfügung ausgegeben, die die Anmeldung von politischen, gewerkschaftlichen und anderen Versammlungen verlangt. So mußte der lange geplante Gewerkschaftskongreß verschoben werden, fand aber vor kurzem unter großer Beteiligung aus dem ganzen Land statt.

— Im März wurden die Militärgerichtshöfe für legal und zur ständigen Einrichtung erklärt. Damit sind die Kriegsgerichte zum festen Bestandteil der ,,normalen'' Gerichtsbarkeit geworden und können nach Bedarf eingesetzt werden.

— Pinochet hat ein Plebiszit angekündigt, dessen Inhalt aber noch nicht deutlich ist. Bekanntlich hatte sich die Diktatur 1980 per Plebiszit eine Verfassung bestätigen lassen, die Pinochets Herrschaft bis zum Jahre 1989 sichern soll. Bis dahin sollen vom Staatsrat — d.h. von der Diktatur kontrolliert — Wahl- und Parteigesetze verabschiedet werden. Wie auch immer der Vorschlag für ein neues Plebiszit aussehen wird (sofern es überhaupt dazu kommt), es dürfte für das Regime heute erheblich schwieriger, wenn nicht unmöglich sein, die Zustimmung einer Mehrheit zu erreichen, die sie 1980 mit Druck und Repression noch durchsetzen konnte.

Möglicherweise wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Besuch der ehemaligen Justizministerin Monica Madariaga in Spanien. Sie soll dort mit alten Franco-Freunden über deren Erfahrungen beim Übergang zur Demokratie konferiert haben.

Auch wirtschaftspolitisch versucht die Diktatur etwas mehr Flexibilität zu demonstrieren. Zum ersten Mal wurde bei der letzten Kabinettsumbildung ein Wirtschaftsminister eingesetzt, der kein Chicago-Boy ist.

Trotz all ihrer Probleme und trotz einiger Gerüchte über zunehmende Widersprüche innerhalb des Militärs ist die Diktatur aber noch nicht erledigt. Die beliebte Parole der Protesttage ,,.... und er wird stürzen'' muß noch eingelöst werden.

Fortsetzung nächste Seite

Lateinamerika

Fortsetzung von vorheriger Seite

Einige offene Fragen aus unserer Sicht

Die Verbreiterung und Radikalisierung der Massenbewegung in Chile war tatsächlich rasant. Noch vor einem Jahr lag die politische Initiative eindeutig bei der Christdemokratie und der bürgerlichen Opposition. Mit der MDP existiert jetzt eine Kraft, an der die bürgerliche Opposition zumindest nicht mehr vorbei kann. Die traditionellen Parteien der Linken — von einigen Strömungen der Solidaritätsbewegung längst totgesagt — sind wieder da. Das heißt, sie sind in der Lage, programmatische Vorschläge zu machen, die Massenorganisationen zu koordinieren und eine Alternative zur bürgerlichen Opposition zu erarbeiten. Denn „da'' waren sie immer. Man sollte bei der Freude über die Breite des Widerstandes nicht vergessen, daß die Mitglieder der traditionellen Parteien daran über Jahre, auch während der finstersten Repression und unter großen Opfern immer gearbeitet haben. Insofern ist die MDP auch das Ergebnis eines langen und schwierigen Widerstandskampfes ihrer beteiligten Organisationen.

Die MDP arbeitet auf eine provisorische Regierung hin als Ausgangspunkt für den Kampf um den Sozialismus. Sie geht dabei davon aus, daß die bürgerlichen Kräfte — geschwächt durch den ökonomischen Ruin des Landes und ohne eigene Alternative für einen wirtschaftlichen Neuanfang — gezwungen sein werden, eine Lösung m i t den Massen und nicht g e g e n die Massen zu unterstützen. Daß also die Bedingungen für eine tiefgehende Machtveränderung — im Unterschied zu einem bürgerlichen Regierungswechsel — günstig sind. Diese optimistische Einschätzung beruht sicher u.a. auf dem enormen Aufschwung des Widerstandes und der mehrheitlichen Entschlossenheit des Volkes, die Diktatur zu beseitigen.

Die Frage nach den gesellschaftlichen Veränderungen nach einem Sturz Pinochets ist offen: wie weit kann es tatsächlich gelingen, den zu erwartenden Maßnahmen und Manövern des Imperialismus und der rechten Bourgeosie zu begegnen? Der Charakter einer eventuellen Übergangsregierung ist nicht entschieden. Wird eine solche Übergangsregierung in der Lage sein, die Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft einzuleiten?
Die Orientierung der MDP auf die weitere Vertiefung und Radikalisierung der Massenbewegung ist jedenfalls als der entscheidende Fortschritt der chilenischen Linken zu sehen. Dabei muß allerdings die Frage nach der Stabilität dieses neuen Konsens' der Linken erlaubt sein. Wie weitgehend sind die strategischen und programmatischen Übereinstimmungen? Eine gewisse Skepsis gegenüber der KP ist nicht von der Hand zu weisen.

Dieselbe Partei, die während der UP-Regierung den friedlichen Übergang zum Sozialismus weltweit zum Modell machen wollte, die mit der Regierung schon den wesentlichen Teil des Staatsapparates in der Hand zu haben glaubte, die den demokratischen Charakter der Streitkräfte beschwor, dieselbe PC setzt sich jetzt für die Volksrebellion, Selbstverteidigung und bewaffneten Widerstand ein. Die Partei, die jahrelang die Christdemokratie als Bündnispartner favorisierte und sich von den „kleinbürgerlichen Linkssektierern'' (wie z.B. dem MIR) distanzierte, baut nun gemeinsam mit dem MIR die Alternative zur bürgerlichen und christdemokratischen Opposition auf. Es wäre zu einfach, dies nur als einen taktischen Schwenk zu beurteilen, als bloße Reaktion auf die Weigerung der Christdemokratie, ein Bündnis mit der PC einzugehen. Tatsächlich haben sich eine Reihe von Bedingungen geändert, in Chile, aber auch in Lateinamerika insgesamt (Nicaragua, El Salvador, die Massenbewegungen in Peru, Bolivien, Urugay etc). Und auch die internationale Lage (das Verhältnis der „Supermächte'') ist nicht mehr dasselbe wie 1970.

Es fehlt aber unseres Wissens bisher eine grundlegende Auseinandersetzung der KP mit ihrer Politik des friedlichen Übergangs, eine i d e o l o g i s c h e Auseinandersetzung mit den Fehlern der Unidad Popular (die inzwischen durchaus eingeräumt werden) und eine politisch-ideologische Erklärung für ihre aktuelle Politik. Solange dies nicht weitgehender problematisiert wird, bleiben einige Zweifel am Bestand der aktuellen KP-Politik.

Trotzdem sind mit der MDP-Gründung und der Verallgemeinerung des radikalen Widerstandes Bedingungen geschaffen, die nicht von heute auf morgen wieder beseitigt werden können.

Eine weitere Frage ist die nach der sozialdemokratischen oder reformistischen Alternative, die sich in der „Convergencia Socialista'' oder im Sozialistischen Block eine Perspektive schaffen wollte. Unter anderem durch die MDP-Gründung scheint der Spielraum dieser Kräfte eingeengt worden zu sein. Die Diskussionen, die gerade auch innerhalb dieser Parteien laufen und sich in den zahlreichen Abspaltungen ausdrücken, sind noch nicht abgeschlossen, die weitere Ausrichtung dieses Spektrums ist noch nicht endgültig festgelegt.

Für uns läuft die Betrachtung der Situation in Chile auf die wesentliche Aufgabe hinaus: Vollste Solidarität und größtmögliche Unterstützung für die kommenden Protesttage, den nationalen Streik und die revolutionäre Linke.

Lateinamerika-Kommission



Flugblatt zum 1. Protesttag: *»Alle zusammen! Die vereinten Kochtöpfe können nie überhört werden! Zur vereinbarten Zeit, aus Leibeskräften!*

Interview mit Juan Parra (MIR)

„Eine Verhandlungslösung ist unmöglich"

'A PONERLE PINO!'

Interview mit Juan Parra (MIR)

„Eine Verhandlungslösung ist unmöglich"

Flugblatt zum 1. Protesttag: »Alle zusammen! Die vereinten Kochtöpfe können nie überhört werden! Zur vereinbarten Zeit, aus Leibeskräften!

Juan Parra war als Vertreter des MIR Mitglied der offiziellen MDP-Delegation, die im März und April eine Europa-Reise durchführte. Er ist 2. Vorsitzender der CODEPU in Chile (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) und Mitglied im Nationalrat der MDP.

ARBEITERKAMPF: Zuerst eine Frage an Dich als Vertreter des MIR. Die KP Chiles hat jahrelang ihre Bündnispolitik auf die Christdemokratie ausgerichtet und die Abgrenzung vom MIR gesucht. Mit der Gründung der MDP hat sich jetzt die Zusammenarbeit der Linken entwickelt, die der MIR schon lange angestrebt hat. Was sind die Grundlagen für dieses Bündnis und wie stabil ist es?

Juan Parra: Die Zusammenarbeit hängt ganz entscheidend von der Entwicklung der Massenkämpfe ab. Wenn der Volkskampf stärker wird, wird auch die Einheit der Linken stärker werden. Wenn die linke Alternative nicht den Rückhalt des Volkes bekommt, wird die Einheit der Linken geschwächt und die bürgerliche Alternative wird wachsen. Das ist unzweifelhaft.

Aber die MDP ist nicht nur das Ergebnis einer Übereinstimmung auf Führungsebene. Sie ist das Produkt der Massenforderungen. In Chile haben seit längerer Zeit die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften, die Berufsverbände etc. eine politische Einigung der Linken gefordert. Ein Aspekt des Bündnisses ist das Verhalten der Massen, die sich mit jedem Tag rebellischer, offensiver und kompromißloser gezeigt haben. Das heißt die Stabilität des Bündnisses hängt von der Entwicklung der Massenkämpfe ab. Wir sind überzeugt, daß auf der anderen Seite die Parteien eine große Verantwortung tragen, und unsere Partei hat beschlossen, die Volkskämpfe zu intensivieren und zu vertiefen. Dieses Jahr gehen wir voran zum Nationalstreik, zur Verbindung der verschiedenen Kampfformen. Das ist eine strategische Entscheidung, die Unterstützung für den Fortschritt der Massenbewegung, und dies wird zugleich das Bündnis stärken. Das ist ein dialektischer Prozeß.

Ihr habt berichtet, daß sich die MDP als strategisches Bündnis für den Sozialismus versteht. Wie beurteilst Du die Chancen, bei einem Sturz der Diktatur über eine „argentische Lösung'' hinauszukommen und eine Ablösung der bürgerlichen Herrschaft einzuleiten?

Wir erleben in Chile eine tiefe Krise, die Struktur des Staates befindet sich in der Krise. Der Prozeß ist nicht mit Argentinien oder anderen Diktaturen vergleichbar. Zur Frage steht die Macht, um einen neuen Typ, ein neues Modell von Staat zu schaffen. Das ist die Meinung der MDP. Deswegen versteht sich die MDP nicht nur als Widerstandskraft, nein viel mehr, als Macht-Alternative. Unser Programm fordert einen demokratischen Volksstaat, der den Transformationsprozeß, der 1973 unterbrochen wurde, fortsetzt. Wir brauchen ein neues Militär, eine neue Justiz, einen ganz neuen Staat — nicht nur eine neue Regierung, wir brauchen die Volksmacht.
Deswegen ist die MDP ein strategisches Bündnis, ein Bündnis für die Übernahme der Macht. Wie in Nicaragua zum Beispiel. In Nicaragua hat das Volk die Macht übernommen, dort beginnt der Weg zum Sozialismus, das wollen wir. Aber wir kommen nicht an der Diktatur vorbei, sie spielt noch eine entscheidende Rolle, sie hat dem Volk den Krieg erklärt. Aber wir auch, wir müssen Kräfte sammeln, die Organisierung fortzusetzen, um zu gewinnen. Wenn die Diktatur mit den bürgerlichen Sektoren verhandeln würde, von oben einen Wechsel anbieten würde, wären viele Sektoren begeistert und viele würden sich darauf einlassen. Aber das wird die Diktatur nicht machen. Das ist eben das besondere an der chilenischen Situation im lateinamerikanischen Kontext.

Ein bürgerliche Wechsel steht nicht auf der Tagesordnung. Die Frage ist: Volk oder Diktatur, Kapitalismus oder Sozialismus. Der Kampf geht um die Konzeption des Staates, der Macht. Unsere Aufgabe ist, diesen Prozeß zu vertiefen und zuzuspitzen. Deswegen rufen wir auf zum Bündnis der gesamten Opposition, nicht um wieder eine bürgerliche Vorherrschaft zu erhalten. Der Charakter einer provisorischen Regierung ist durch ihre Aufgaben definiert, nämlich gegen die Monopolbourgeoisie und den Imperialismus, für eine Agrarreform, die Rechte der Arbeiter, der Mapuche, der Frauen, Jugendlichen, Pobladores usw.

Wir wollen die nationale Einheit, um den 1973 unterbrochenen Prozeß fortzusetzen. Das ist heute möglich. Die Volksperspektive hat Aussicht auf Erfolg. Die Bourgeoisie kann nicht gegen die Massen regieren. Es ist ein Unterschied, ob die Bourgeoisie eine eigene Konzeption hat, oder ob sie mit uns zusammengehen muß. Es ist eine *provisorische* Regierung, die zunächst angestrebt wird, und die Massen haben inzwischen starke Organisationen, und sie haben Erfahrungen aus dem Widerstand und der Illegalität.

Und die Bourgeoisie hat die Erfahrung, daß das imperialistische Modell, der Monetarismus, für sie nichts gebracht hat.

Klar, die Rechte ist ohne Programm. Die Rechte kann vor dem Volk definitiv nicht mehr als Alternative auftreten, weil ihre Geschichte mit der Diktatur verbunden ist. Der Putsch war die letzte Karte des Imperialismus. Der Imperialismus will heute einen Wechsel in Richtung Mitte-Rechts. In Argentinien war das durchsetzbar, aber in Chile ist das was anderes.

In der Solidaritätsbewegung und auch unter den Exilchilenen gibt es die Position, die einen Widerspruch sieht zwischen den traditionellen Parteien der Linken einerseits mit ihrem Organisationsprinzip, ihrem „Avantgardismus'', nämlich stellvertretend für die Massen zu agieren, ihrem hierarchischen Apparat usw. und den neu entstandenen Massenorganisationen andererseits. Die Position besagt, daß die traditionellen Parteien keinen Einfluß mehr haben, und daß die neue Massenbewegung die entscheidende Kraft zum Sturz der Diktatur ist.

Wer das vertritt, weiß überhaupt nicht, was in Chile passiert.

Die Mitglieder der Parteien haben immer in der sozialen Bewegung mitgearbeitet, in den Widerstandsgruppen, in den Komitees für die politischen Gefangenen, bei den Besetzungen in Santiago (Anm.: illegale Landbesetzungen am Rande Santiagos, um sich dort einfache Häuser zu bauen und einen Lebensraum zu schaffen), bei den Arbeitslosen, den Jugendlichen, den Frauen usw. Im September 82, mit der Wiederbelebung der Massenbewegung, entwickelten sich die nationalen Hungermärsche in Santiago, Valparaiso, Concepcion, Temuco, die von uns und der PC koordiniert wurden. Die Massen wurden wieder auf der Straße aktiv, trotz Ausnahmezustand, trotz harter Angriffe und großer Opfer, insbesondere bei den Linken. Dies sind die Vorbedingungen für die nationalen Protesttage.Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Offensive erst im Mai 1983 begann. Sie ist das Ergebnis einer Sammlung der Kräfte von einem Volk, das seit zehn Jahren Widerstand leistet, und wir wissen, was es gekostet hat. Das Niveau, das heute erreicht ist, ist nicht spontan entstanden. So ein Prozeß hat immer Vorbedingungen, erfordert Erfahrungen usw.

Außerdem suchen sich die Massen immer ihren politischen Bezugspunkt. Der Kampf geht nicht nur um die Lebenssituation, um Essen, Wohnung etc. Es sgeht immer auch um politische Forderungen. Die sozialen Organisationen politisieren sich gegen die bürgerliche Herrschaft, in diesem Sinne ordnen sie sich in eine politische Führung ein. Sie werden nicht unbedingt Mitglieder der Parteien, aber die Massen stellen ihre Forderungen durch die Parteien, sie suchen ein Programm. Die MDP war eine Forderung der Massen.

Die erwähnte Position wird unter anderem so begründet, daß die traditionellen Parteien , vor allem die PC, sich im wesentlichen immer auf das Proletariat bezogen haben. Aus dem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen und Marginalisierten und der quantitativen Verringerung des (klassischen) Proletariats ergebe sich der Einflußverlust der Parteien.

Aber das ist eine mechanische Sichtweise. Die Arbeiterklasse, das sind die Armen in der Stadt und auf dem Land, das ist kein semantisches Problem, sondern ein Problem der Klassen-Konzeption. Es geht doch nicht nur um den Industriearbeiter in seiner kleinen Fabrik. Die Ausgebeuteten, die Benachteiligten, die Randgruppen, die sind unseren Augen das Proletariat: mit denen kämpfen wir doch. Das ist eine ganz praktische Frage. Wenn in Europa eine große Krise alle zu Arbeitslosen macht, hören die dann plötzlich auf, Angehörige einer Klasse zu sein?
(Genose Parra nimmt dann eine Aufzählung der wichtigsten Basisorganisationen vor, die von der Linken organisiert wurden).

Es gibt die Information, daß aktuell mehrere gefangene Mitglieder des MIR von der Todesstrafe bedroht werden. Wird die Repression in Chile zur Zeit wieder verschärft? Wie wird sich das auf die Aktionen der Opposition auswirken?

Eine Diktatur führt die Repression auf drei Ebenen durch: Erstens: Die terroristischen rechten Gruppen, die in dieser Massivität und ihrem systematischen Vorgehen ein neues Phänomen sind. Zum Beispiel haben sie einen Mapuche-Führer in Temuco ermordet, das Haus eines recht bekannten Führers der Pobladores aus Vina del Mar in die Luft gesprengt, wobei er getötet wurde, sie hätten Lavandero fast umgebracht (prominenter, eher linker Christdemokrat, der auf offener Straße verprügelt wurde, Anm. AK), sie verübten ein Bombenattentat auf Mario Insunza. Fortschrittliche Kirchenleute werden verfolgt und bedroht.

Die Diktatur hat öffentlich zur Verteidigung der Regierung aufgerufen. Die Gruppen sind ein Werkzeug der Diktatur. Die Entwicklung zielt in Richtung auf die Todesschwadrone, die uns aus Mittelamerika bekannt sind.

Zweitens die systematische, organisierte Repression, die wir immer kannten, gegen die politischen Führungen der Linken. 30 MDP-Politiker sind im Gefängnis, die oppositionelle Zeitung „Analisis'' ist verboten, ihr Herausgeber verhaftet. Mario Insunza, Generalsekretär der MDP, wurde verhaftet und nach Brasilien ausgewiesen. Die Kriegsgerichte wurden wieder eingerichtet, 12 Todesstrafen sind beantragt; und die dritte Ebene, das ist der Einsatz von repressiven, terroristischen Mitteln gegen die Massen, Tränengas z.B., oder Geschosse, die schon viele Tote gefordert haben und Hunderte mit bleibenden Verletzungen.

Allein in Concepcion gibt es 300 Personen, die lebenslängliche Verletzungen davontrugen. Dann gibt es in massiver Form den Einsatz chemischer Mittel. Das ist eine Phase der Counterinsurgency.

Aber die Diktatur bezahlt jedesmal höhere politische Kosten, denn sie bewirkt damit die Radikalisierung der Massen und die Perfektionierung der Sebstverteidigung. Es gibt heute bereits in Chile Hungerstreiks und andere Aktionen gegen die Kriegsgerichte. Es ist möglich, daß sie die vom Todesurteil bedrohten Genossen ermorden, aber die Kosten sind nicht kalkulierbar für die Diktatur. Das ist nicht nur ein Problem des MIR, oder der Gefangenen, es ist ein Problem des ganzen Volkes. Demokratischer Kampf ist heute Kampf gegen die Repression, und verstärkte Repression bedeutet heute mehr Organisation, mehr Mobilisierung des Volkes. Die Diktatur kann den Prozeß nicht verhindern, sie kann große Schwierigkeiten machen, die Opfer erhöhen, den Prozeß verzögern, aber sie radikalisiert auch die Massen und schafft größere Entschlossenheit. So ist der Dialog mit den bürgerlichen Kräften heute möglich, obwohl es unter ihnen schwankende Sektoren gibt, weil die Verbrechen der Diktatur zu offensichtlich sind (wörtlich: weil das Niveau der Kriminalität der Diktatur zu hoch ist). Deswegen ist auch eine „Lösung'' gemeinsam mit der Diktatur, eine Verhandlungslösung, unmöglich.



Freiwillige Erntehelfer auf der Fahrt zum Feld

Arbeitsbrigaden in Nicaragua:

Deutsche Linke und die reale Revolution

In der letzen Woche unseres Aufenthalts in Nicaragua wurde für uns in Managua eine Informationsprogramm organisiert. Auf der letzten Veranstaltung ging es um die militärische Situation in Nicaragua. Der Referent war der Pressesprecher des Sandinistischen Heeres, Companero Sanches. Wie alle Referenten wurde auch er gefragt, welchen Stellenwert er den Internationalen Arbeitbrigaden beimesse. Seine Antwort unterschied sich erheblich von allem bislang Gehörten. Zur allgemeinen Verblüffung führte Sanchez aus, daß der Arbeitsbrigadeneinsatz auch für den politischen Kampf in Westdeutschland eine große Bedeutung habe. Schließlich kehrten demnächst 150 Leute in die BRD zurück, deren Charakter sich in dem einfachen, bescheidenen Leben in den Bergen „gebildet" habe. Der Charakter...! Ehrlich gesagt war uns das noch gar nicht so aufgefallen. „Disziplin" hätten wir gelernt, weil das Leben und das Arbeiten in den Bergen sie erforderte. „Bescheidenheit", weil eben die Verhältnisse bescheiden waren. „Kameradschaft" hätte sich zwischen uns entwickelt, die Bereitschaft „Opfer zu bringen" hätte unseren Charakter ebenso „gestählt" wie die neu erworbene Fähigkeit, Luxus- und Konsumgewohnheiten abzuschütteln. Die Entbehrungen, die wir in Kauf genommen hätten, die harte Arbeit, das schlechte Essen, das schlechte Schlafen — all das hätte in der großen, charakterbildenden Schule der Berge erfolgreich unseren „Individualismus" bekämpft. Kurzum, wir hätten Tugenden erworben, die auch für die BRD gut zu gebrauchen wären. Der Mann redete sich, man sah es den mühevoll unter Kontrolle gehaltenen Gesichtszügen der ihren Ohren nicht trauenen Zuhörer(innen) an, um Kopf und Kragen. Companero Sanchez ist Pressesprecher des Heeres; ein Militär und deren Tugenden kennt und haßt man zur Genüge. Natürlich, wer in revolutionärer Disziplin einen Widerspruch in sich entdeckt, wer die Begriffe aus ihrem geschichtlichen Zusammenhang löst und die erwähnten „Tugenden" nicht mit den Zielen, denen sie dienen sollen, zusammendenken kann, der wird sich auch nicht die Mühe machen, ‚Kameradschaft', mit ‚Solidarität', ‚Opfermut' mit ‚persönlichem Einsatz', ‚Bescheidenheit' mit ‚Zurückhaltung' zu übersetzen, also Begrifflichkeiten zu wählen, die einem selbst nicht mehr so suspekt erscheinen.

In jedem Fall irrte sich Sanchez gründlich: so wie er sich die charakterbildende Schule des Arbeitsbrigadeneinsatzes vorgestellt hat, hat sie mit Sicherheit nicht funktioniert. Für diese Lehranstalt waren wir die denkbar ungeeignetsten Schüler.

Wer vor dem 20.12.83 ein Großmaul war, wird am 28.2.84 nicht unbedingt durch auffällige Zurückhaltung glänzen, selbst wenn er, unter nicaraguanischen Verhältnissen, oft gezwungen war, seine Klappe zu halten. Wer als eingefleischter Sponti und Feind jeglicher politischer Organisierung in ein von einer politischen Avantgarde geführtes Land fährt, wird sich in der BRD nicht schnurstracks einer marxistischen Kaderorganisation anschließen, selbst wenn er sich in Nicaragua oft eingestehen mußte, daß ohne die FSLN Somoza immer noch sein Unwesen treiben würde. Und wenn wir auch in in den Bergen auf einige Luxus- und Konsumgewohnheiten verzichtet haben — weil wir es mußten —, so heißt das noch nicht, daß wir in der BRD hinfort nur noch Reis und Bohnen essen werden.

Das muß ja auch nicht sein.

Eine „Schule des Lebens" war das Kaffeepflücken im Sinne von Companero Sanchez für uns sicher nicht, und wenngleich viele von uns feuchte Augen bekamen, wenn sie Omar Cabezas Loblied auf den „neuen Menschen" lasen, der unter unsäglichen Mühen in den Bergen geboren wurde, so wußten wir doch, daß unsere gewohnte Umgebung, die norddeutsche Tiefebene, wenig geeignet ist, Persönlichkeitsumwälzungen historischer Größenordnung in uns auszulösen, selbst wenn wir den Anstoß dazu in Nicaragua erhalten hätten.

Die Lektionen, die uns erteilt worden sind, waren anders gelagert als Companero Sanchez vermutete.

Das erste, womit wir umzugehen lernen mußten, war das Mißtrauen, mit dem wir alles und jeden beäugten, das/der nicht in Einklang mit den Vorstellungen stand, die sich ein jeder von uns von der nicaraguanischen Revolution so gemacht hatte. Und naturgemäß sind es die Menschen, deren Bewußtsein, Charakter und Verhalten uns brennend interessierten — was sage ich: interessierten? —, die wir vor den Richterstuhl revolutionärer Moral zerrten! Natürlich waren wir die Richter. Und konnte man von uns, die wir — mangels eigener revolutionärer Wirklichkeit — so viele Ideale nach Nicaragua einschleppten, etwa milde Urteilssprüche erwarten?

„Was tun Sie," wurde Herr K. gefragt, „wenn Sie einen Menschen lieben?" — „Ich mache einen Entwurf von ihm," sagte Herr K., „und sorge, daß er ihm ähnlich wird." — „Wer? Der Entwurf?" — „Nein," sagte Herr K., „der Mensch."

Das kritische Auge, das das Treiben auf der Finka beoachtete, hatte was Furchtbares an sich. Binnen kurzer Zeit war es erstaunlich darin geübt, noch die feinsten Nuancen „asozialer" Verhaltensweisen der auf der UPE angestellten Männer aufzuspüren.

Schier unerträglich erschien uns ihre Selbstverständlichkeit, mit der sie sich an uns, die wir geduldig in der Schlange standen, um unsere Mahlzeit in Empfang zu nehmen, vorbei in die Küche drängten, wo ihnen die Köchinnen die dicksten Brocken auftischten. Überhaupt waren wir uns darin einig, daß die Freßlust der Männer in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu ihrer Arbeitswut stand.

Der eine schien den ganzen Tag mit der Camionetta umherzukutschieren, andere, „Vorarbeiter" nannten wir sie, schienen mit der Zuteilung der zu pflückenden Reihen in der Kaffeeplantage voll ausgelastet zu sein, Marios einzig sichtbarer Beitrag zur Steigerung der Produktion schien darin zu bestehen, daß er täglich gegen 14.30 Uhr die Pflückleistung der Frauen und Kinder notierte. Die Verwaltungsarbeiten, die oft bis tief in die Nacht hinein erledigt werden mußten, rangierten bei uns, den kaffeepflückenden Handarbeitern, eh nicht unter der Rubrik „Arbeit", wurden vielmehr geflissentlich ebenso übersehen wie die Knochenarbeit von Camillo, unserem Vorarbeiter, der gegen Feierabend einige Dutzend volle Kaffeesäcke aus der Plantage zum Sammelplatz schleppen mußte.

Und was gab es nicht alles zu tun auf der Finka! In den Kaffeefeldern wucherte das Unkraut, Efeu und Schlingpflanzen erstickten die Sträucher, die unbedingt gestutzt werden mußten, da sie schon 3, 4 Meter in die Höhe schossen. Eine Raupe, die verschlammte Wege wieder befahrbar präparieren sollte, stand defekt im Hof rum — manch einem, der hierzulande forsch das „Recht auf Faulheit" fordert, zerbrach das Herz ob soviel notwendiger Arbeit und soviel träge ruhender Arbeitskraft.

Ein anderes Beispiel. Karl demonstrierte täglich seine Fassungslosigkeit über den Zustand der technischen Geräte auf der Finka (Motoren, Pumpen) und deren Wartung. Da werden doch tatsächlich Motoren wegen unerkannter Defekte auseinandergenommen, und, nachdem man den Fehler natürlich nicht entdeckt hat, seine Bestandteile in irgendeine Ecke gefeuert, weil man nicht in der Lage war ihn wieder zusammen zu basteln! Und wenn wir nicht in unserer Gruppe einige Leute gehabt hätten, die sich zufällig auf das Reparieren von Motoren verstehen ... — ein neuer Motor, eine neue Pumpe wäre angeschafft worden. Schließlich befindet man sich auf einer S t a a t s f a r m ! Der Schlendrian wütet, verschlingt wie ein eisen-und devisenfressendes Ungeheuer die knappen Grundlagen der mechanisierten Landarbeit und schert sich einen Dreck um die Bedürftigkeit der um jeden Muli kämpfenden Kooperativen. Was kümmert ihn, den Angestellten des Staates, der Mangel anderswo, wenn über seine Finka das Füllhorn pausenlos ausgeschüttet wird?! Ja, so ist das eben auf staatlichen Farmen: alles verrottet, Mißwirtschaft grassiert, weil sich eben niemand für die kostbaren Dinge persönlich verantwortlich fühlt. Wie war das doch mit der menschlichen Natur, der unerschütterlichen, unwandelbar Ewigen...

Unser kritischer Blick war zum einen bestimmt von der gewohnten Selbstverständlichkeit, mit der solche technischen Probleme in einem hochindustrialisierten Land per Telefon gelöst werden. Ein Telefon gab es auf der Finka nicht. Eine Leasing-Gesellschaft, an die ein solcher Ruf gehen könnte, auch nicht. Die nächste Reparaturwerkstätte war 45 Kilometer von der Finka entfernt und hoffnungslos überlastet. Die Mechaniker sind dünn gesät. Lehrwerkstätten ebenso — jedenfalls war von arbeitslosen Kfz-Mechanikern nichts zu hören. Selbst Bücher mit dem Titel „Do it yourself" habe ich nicht gesehen; vielleicht gibt es sie ja, — aber waren nicht noch vor drei Jahren über 70% der in dieser Region lebenden Menschen Analphabeten?

Natürlich haben wir alle mehr oder weniger viel über strukturelle Abhängigkeiten und Probleme von „3.Welt-"Ländern gelesen. Aber die hautnahe Konfrontation mit den wirklichen Verhältnissen unterscheidet sich gründlich von deren theoretischer „Durchdringung". Da meldet sich dann beim Anblick der achtlos in die Ecke gefeuerten Motoren dieses kleine bürgerliche Teufelchen: „Wie in der DDR! Wie in der DDR!" und die Assoziationskette: Fehlende Ersatzteile — fehlendes Know-How — bewußte imperialistische Politik — stellt sich so schnell, wie bei Linken zu erwarten wäre eben nicht ein.

Zum anderen, was die verbissene Kritik an dem Verhalten der Männer auf der Finka angeht, denke ich, daß die meisten von uns mit der Vorstellung nach Nicaragua gereist sind, jeder Nica sei ein glühender Revolutionär, ergeben der gerechten Sache des Volkes, selbstlos und unerschrocken, die Hacke und den Pflug ebenso handhabend wie die AKA, wenn es um die Contras geht. Der reale Nica auf La Laguna hatte wenig mit diesem Ideal gemein, erinnert vielmehr stärk an den bekannten, auf seine ganz privaten Vorteile bedachten Lohnarbeiter und, Hand aufs Herz, an einen selbst. Denn daß der Mangel nicht unter allen Umständen nur Solidarität, sondern auch kleinlichen Egoismus hervorbringt, konnten wir an uns selbst oft am besten studieren.

Überhaupt muß die Fähigkeit, die Probleme immer auch im Verhältnis zu den e i g e n e n Lösungsmöglichkeiten zu sehen, ständig neu erworben werden. Wie würde der durchschnittliche Brigadist mit den Problemen, die sein kritischer Blick aufspürt, fertig wrden? Die Frage stellen, heißt sie mit einem Blick in die Runde beantworten. Ein Beispiel: Fredy hatte sich auf dem Feld sehr kritisch darüber ausgelassen, daß Juan, der Verantwortliche für das Saatkartoffelprojekt, das von unserer Finka geleitet wurde, darauf beharrte, daß wir den Motor der Pumpe, mit der wir die Kartoffelpflanzen mit Chemikalien besprühten, nicht voll aufdrehen, sondern eher stark gedrosselt laufen lassen sollten. Purer Blödsinn! Typischer Nica-Dilettantismus! Muß nicht die Giftflüssigkeit durch hohen Druck möglichst fein gestiebt werden, damit sie alle Blätter, natürlich in angemessen dünner Auflage, bedeckt, auch von unten, wo ein schlaffer Strahl nie hingelangen könnte? Am liebsten würde Juan doch mit einem Eimer durch die Furchen laufen, auf daß die Kartoffeln satt in Gift getunkt werden! Ich gestehe, daß ich nach dieser vernichtenden Analyse meinen Motor voll aufgedreht habe. Bis Juan uns Agrikultur-Genies darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der Druck, der das Gift durch die Düse treibt, die Pflanzen abknickt. Das hatten wir in unserer Analyse übersehen...

Allerdings haben unsere Techniker, die über zwei Wochen von morgens bis abends damit beschäftigt waren, Pumpen und Motoren zu reparieren, eine eindrucksvolle Lösung der Probleme gefunden, die die Nicas mit der Wartung der landwirtschaftlichen Maschinen haben. Ein Brigadist ist nicht in die BRD zurückgeflogen, sondern hat sich erfolgreich um einen Arbeitsvertrag bei der Landreformbehörde bemüht. Sein Job wird darin bestehen, in der Region von Finka zu Finka zu reisen, um defekte Motoren zu reparieren. Die anderen beiden organisieren in der BRD eine Spenden- und Materialsammlung für eine mobile Reparaturwerkstätte, die so bald wie möglich in der Region zum Einsatz kommen soll. Das ist die Art von Kritik, die Nicaragua braucht!

„Sie kommen, um unsere „Unterentwicklung" zu überwinden und scheitern zunächst einmal — an unserer "Unterentwicklung"

Die Ansprüche, die ein westdeutscher Linker an eine Revolution stellt, deren Gelingen hierzulande er eher skeptisch beurteilt, sind naturgemäß hoch. Unsere spontanen Reaktionen auf das unserer Meinung nach nicht sonderlich hochentwickelte politische Bewußtsein der Angestellten auf unserer Finka enthüllen ein wenig den Mechanismus, der in der Vergangenheit ganze Generationen Linker dazu gebracht hat, sich unglaublich schnell von Revolutionen und Befreiungsbewegungen in der „3. Welt" enttäuscht abzuwenden, nachdem diese nicht so funktionieren, wie sie das gerne gesehen hätten.

Wir haben zwei scheinbar völlig entgegengesetzte Seiten der Revolution in Nicaragua kennengelernt. Einmal die, die auf Kundgebungen und Veranstaltungen und in der Begeisterung und dem unglaublichen Elan der Jugend lebt. Und dann die, die sich in dem Alltag auf dem Lande mühsam dahinzuschleppen scheint. Ein Alltag, der für die Menschen immer noch das Hausen in armseligen Hütten, niedrigen Lohn, schlechte Ernährung, harte und immer noch ungerecht verteilte und ungerecht entlohnte Arbeit, zweistündige Fußmärsche zu den Kaffeeplantagen, kaum Freizeit bedeutet. Die Veränderungen, die es seit 1979 hier unzweifelhaft gegeben hat, erscheinen gering im Vergleich zu dem, was die Revolution ihren eigenen Ansprüchen gemäß noch leisten muß. Und sie muß es mit den real existierenden Menschen leisten. Mit Menschen, die jahrzehntelang ein würdeloses Sklavendasein gefristet haben, und die jetzt ihr eigenes Land bewirtschaften, sich in Kooperativen zusammenschließen, Versammlungen organisieren und leiten sollen, die tagsüber die Produktion steigern und lesen und schreiben lernen und nachts sich gegen Contra-Angriffe schützen sollen. Mit Finka-Verwaltern, die unter Somoza die verlängerten Arme der Großgrundbesitzer waren, und die jetzt auf Staatsfarmen den gleichen Job, zwar unter anderem Vorzeichen, aber oft noch mit den gleichen unterdrückerischen Methoden ausüben. Mit Bauern, deren Bewußtsein von jahrzehntelanger Unterdrückung geprägt ist, und deren Vereinzelung im täglichen Kampf ums Überleben einen hartnäckigen Egoismus und Individualismus herausgebildet hat, der nur schwer mit der angestrebten gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des Bodens zu vereinbaren ist.

Die Analphabetenrate in der Region beträgt noch immer über 12%. Einige von uns hatten Gelegenheit, einen Einblick in die tägliche Arbeit der Landreformbehörde zu bekommen. Auf einer Kooperativenversammlung versuchte ein Companero der FSLN die Anwesenden von der Teilnahme an den (offenbar sehr schlecht besuchten) Erwachsenenbildungskursen zu überzeugen. Er brachte folgendes Beispiel: „Einer von euch geht zur Bank nach Esteli, um einen Kredit über 10.000 Cordobas zu beantragen. Der Bankbeamte, ein korrupter Hund, gibt ihm das Geld und eine Quittung, auf der bescheinigt ist, daß er 100.000 Cordobas ausgezahlt hat. Er hat euch beschissen und ihr merkt das noch nicht einmal. Ihr werdet weiter wie Sklaven ausgebeutet und betrogen, weil ihr diese verdammten Zahlen nicht lesen könnt, und weil ihr nicht rechnen könnt."

Das Beispiel zeigt, wieviel Überzeugungsarbeit noch nötig ist, damit Menschen, die Saisonarbeiter waren, eigenes Land, das sie nun erstmals besitzen, selbständig bzw. in kooperativer Form bewirtschaften können.

Diese konkrete Erfahrung mit der „Unterentwicklung" hat, so glaube ich, den Blickwinkel unserer Kritik an dem Verhalten der Männer und an den Zuständen auf der Finka verändert. Nicht in dem Sinne, daß wir plötzlich die Augen davor verschlossen, daß Orphelia, die Köchin, die 12, 14 Stunden in der Küche arbeiten mußte, wesentlich schlechter bezahlt wurde als Mario, der es kaum auf die Hälfte ihrer Arbeitsstunden brachte. Oder daß wir in den verrotteten Motoren ein Musterbeispiel revolutionärer Planwirtschaft und in dem machismo der Männer eine liebenswürdige Marotte ansonsten ganz aufrichtiger Revolutionäre erblickten. Vielmehr hatte sich ansatzweise ein wirkliches, weil durch eigene Anschauung und Erfahrung erworbenes Verständnis der objektiven und subjektiven Bedingungen, unter denen sich die zu kritisierenden Mißstände entwickelt haben, gebildet.

Wir hatten den Vorteil, daß wir mit der Nase auf den Alltag der Revolution gestoßen wurden. Wir waren — wie oben beschrieben — kritische, z.T. recht bösartige Beobachter dieses Alltags. Aber wir mußten auch in ihm leben, ihn selbst bewältigen; und mit der Zeit wurden unsere abfälligen Bemerkungen über die machos zumindest etwas leiser, denn je stärker für uns selbst der weltpolitisch bedeutende Brigadeneinsatz zum A r b e i t s a l l t a g wurde, desto deutlicher traten unsere eigenen vulgären Probleme hervor, mit ihm fertig zu werden. Das hat zwar nicht unbedingt unseren Charakter im Sinne von companero Sanchez „gebildet", aber uns eine ungefähre Vorstellung davon gegeben, unter welchen Bedingungen die Nicas ihre Revolution machen müssen. Diese gewonnene realistische Sicht der Dinge kann uns vielleicht davor bewahren, der sandinistischen Revolution den Rücken zu kehren, wenn einmal nicht mehr so ermutigende Nachrichten aus Managua zu uns dringen sollten.

Kl., Gö.

Nach Brüssel:

Neuordnung der EG in der Krise

Nach dem Scheitern der Tagung des Europäischen Rats der zehn Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten vergingen nur wenige Tage, an denen sich nicht namhafte Politiker zur Krise der EG äußerten. Trotz mancher Kompromisse in agrarpolitischen Fragen oder über das Weiterführen der Verhandlung mit Portugal und Spanien über die EG-Süderweiterung bleibt der bisher ergebnislose Streit um die zukünftige Finanzierung des EG-Haushalts. Bereits im Herbst dieses Jahres droht ein Defizit von 5,6 bis 6 Mrd. DM (vgl. ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', 11.4.84).

Einen ersten Überblick über Auseinandersetzungen und Einigungen innerhalb der EG soll der folgende Artikel herstellen.

Stuttgart — Athen — Brüssel

Mehrmal war in den Tagen nach Brüssel seitens der Bundesregierung zu hören, ein Aufschnüren des ,,Stuttgarter Pakets'' werde sie nicht zulassen. Dahinter verbergen sich die Ergebnisse des Europäischen Rats von Stuttgart (17.-19.6.83), auf dem festgelegt wurde, über die brennendsten Probleme der EG erst nach Klärung aller wesentlichen strittigen Punkte zu beschließen, um auf diese Weise zu versuchen, die Ent-und Belastung für die einzelnen Mitgliedsstaaten in einem Schub zu erledigen. Das ,,Stuttgarter Paket'' bildeten im Kern folgende Vorhaben:

— Verhandlungen über die gemeinsame Agrarpolitik, die zu konkreten Maßnahmen führen sollten, ,,mit denen eine wirksame Kontrolle der Agrarausgaben sichergestellt wird'', worunter zunächst die Eindämmung der Ausgaben für Agrar,,überschüsse'' — ein Hohn angesichts Verhungernder rund um den Erdball und leerer Kochtöpfe bei den EG-Unterklassen — verstanden wird;

— Gespräche mit dem Ziel, die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung neuer Technologien (u.a. Mikrochips, Biotechnik) zu verstärken;

— Wahren der Haushaltsdiziplin, in deren Mittelpunkt der Versuch stehen wird, die Ausgaben für Agrarpolitik weniger stark als die Einnahmen anwachsen zu lassen;

— die Geldmittel der EG unter Berücksichtigung des aus dem Beitritt Spaniens und Portugals ergebenden Mehrbedarfs sicherzustellen, der sich aus den Aufwendungen für Anpassungsmaßnahmen der Wirtschaft und zusätzlich anfallende Agrarprodukte ergeben wird;

— die insbesondere von England geforderte Neuordnung der Lastenverteilung vorzunehmen,

— und die Betrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien zeitgleich mit Ergebnissen in den anderen Bereichen mit Erfolg zu beenden (vgl. ,,Europa-Archiv'' 15/83, D 414 ff.).

Ergebnisse über das Verhandlungspaket sollten diesem Plan zufolge dem Europäischen Rat in Athen (4.-6.12.83) vorgelegt werden, der darüber beschließen sollte. Doch bereits vor dem Gipfel zeichnete sich ab, daß die Fachminister bis dahin so wenig an Annäherung zustandebekommen hatten, daß mehr als ,,konkrete Leitlinien'' nicht zu erwarten waren. Die unterschiedlichen Interessen Frankreichs, dessen Bauern als größte landwirtschaftliche Produzenten der EG am stärksten von Zahlungen aus dem Agrarfonds profitieren, Englands, das trotz schwacher wirtschaftlicher Pro-Kopf-Leistung mehr in den EG-Haushalt einzahlt als es daraus erhält (die sogenannte ,,Nettozahler-Rolle''; Nettobeträge = Zahlungen an die EG abzüglich Zahlungen von der EG), und der BRD, mit 4,9 Mrd. DM (1982) zwar größter Nettozahler in den EG-Haushalt, aber trotzdem größter Profiteur bei einem Handelsbilanzüberschuß von 24,7 Mrd. DM gegenüber den EG-Staaten (,,EG-Magazin'' 9/83), prallten unversöhnlich aufeinander: England will nicht länger die französischen Agrarüberschüsse finanzieren, an denen die französichen Landwirte natürlich festhalten, und die westdeutschen Kapitalisten wollen nicht noch stärker als bisher in die EG-Kasse einzahlen (vgl. Mandel: Die Krise der EG, in: Inprekorr 160; IPW-Berichte 2/84). Die Athener Ratstagung mußte ohne jegliches Ergebnis beendet werden.

Die hektische Betriebsamkeit, die danach unter den Politikern der EG-Staaten ausbrach, sollte einen Brüsseler Gipfel vorbereiten, an dessen Ende greifbare Ergebnisse stehen sollten. Neben dem materiellen Interesse der europäischen Imperialisten, nicht wegen einiger Millionen bei einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 5838 Mrd. DM 1983 (,,FR'', 23.1.84), die Vorteile des gemeinsamen Marktes zu gefährden, saß den Politikern die Europa-Wahl am 17.6. im Nacken, die durch das Krisenbild sicher nicht reizvoller für die Wähler/innen wird. Dennoch gingen die neun Männer und ,,die eiserene Lady'' Thatcher — in der Rolle der Buhfrau — am 21.3. im Streit auseinander, weil über die Höhe der Beitragsrückerstattungen an England und die Art der Finanzreform keine Einigung erzielt werden konnte.

Vor dem Knall ,,kam es (allerdings) beim Treffen in Brüssel in mehreren Bereichen zu Übereinstimmung''. Es handelt sich dabei, ohne daß in diesem Artikel detaillierter darauf eingegangen werden soll, um folgende Punkte:

— ,,Anteil der Brüsseler EG-Kasse an der Mehrwertsteuer der Mitgliedsstaaten soll vom 1. Januar 1986 an auf einen Höchstsatz von 1,4 % heraufgesetzt werden'', der Anteil wird ab 1.1.88 dann auf 1,6 % erhöht;

— die ,,Haushalts- und Finanzdisziplin soll dadurch gewährleistet werden, ,,daß sich der Anstieg der Agrarausgaben unter dem Steigerungssatz der Eigenmittel halten soll'', was in der Vergangenheit stets umgekehrt war. Außerdem soll zukünftig aufgrund einer Vorausschätzung der verfügbaren Einnahmen ,,die maximale Höhe der Ausgaben festgelegt werden'';

— die Strukturfonds (EFRE = Europäischer Fond für regionale Entwicklung; ESF = Europäischer Sozialfond) ,,sollen zu wirksamen Instrumenten der Gemeinschaftspolitik werden'', um das Umstellen im Niedergang befindlicher Industrieregionen, die Entwicklung der Agrarstruktur zu fördern und um ,,einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosisgkeit'' zu leisten. Zu diesem Zweck sollen die Finanzmittel der Fonds aufgestockt werden;

— im Bereich ,,Neue Politiken'' stehen die Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik (hin zur ,,Spar''politik nach westdeutschem oder britischem Muster) und die Steigerung der Investitionstätigkeit und Zusammenarbeit in den Sektoren neuer Technologien (bspw. Telekommunikation, Biotechnologie) im Vordergrund.

Formelle Entscheidungen wurden jedoch zu keinem einzigen Punkt gefällt, weil eine Zustimmung nach wie vor von der Verabschiedung des gesamten ,,Pakets'' abhängig gemacht wird. Andererseits werden in Bereichen (s.u. ,,Agrarpolitik'' und ,,Süderweiterung''), in denen es insbesondere im Interesse des westdeutschen Imperialismus liegt, Verhandlungen durchaus bis zur Entscheidungsreife geführt (vgl. ,,FAZ'', 23.3.84; ,,Beilage zu den Publikationen von BWK, FAU/R, KPD, NHT'', 20.4.84).

Strukturen des EG-Haushalts

Hintergrund der Brüsseler Auseinandersetzungen bildet die Struktur des EG-Haushalts, die deshalb ein wenig erläutert werden soll.

Der Haushalt der EG wird fast vollständig aus den sogenannten ,,Eigenmitteln'' der Gemeinschaft finanziert: Dies sind Zölle, Abschöpfungen (sprich: Zölle) aus den Agrarimporten und höchstens 1 % der einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuerabführungen. (Eine einheitliche Bemessungsgrundlage ist notwendig, weil die Mehrwertsteuer in den EG-Staaten zwischen 10 % (Luxemburg) und 22 %(Dänemark) schwankt).

Die EG-Staaten nehmen diese Gelder zwar auf nationaler Ebene ein, doch handelt es sich um Gemeinschaftsgelder, die an die EG überwiesen werden müssen (vgl. Bernhard May: Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, 1982; 29 ff.). England, das in größerem Maße billige Nahrungsmittel ,,aus Nicht-EG-Ländern wie Neuseeland, Australien und Südafrika'' importiert (,,Spiegel''; 26.3.84), die mit hohen Abschöpfungsszöllen belegt werden, zahlte 1982 einen Brutto-Anteil von 23,4 % oder 1.322 Mio. DM in den EG-Haushalt.

Tabelle 1
Finanzleistungen
(Zölle, Abschöpfungen, MWSt-Anteil)
der EG-Staaten 1982

	Zahlungen in den EG-Haushalt in Mio.DM	Anteil an den Gesamtzahlungen in %
BRD	14.740,8	26,0
Großbritannien	13.224,6	23,4
Frankreich	11.570,4	20,4
Italien	7.392,5	13,1
Niederlande	4.033,3	7,1
Belgien	2.937,6	5,2
Dänemark	1.089,5	1,9
Griechenland	1.023,2	1,8
Irland	512,2	0,9
Luxemburg	68,2	0,1

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Europa, 1983

Im Zeitraum von 1979 bis 1983 stiegen die Ausgaben für Landwirtschaft und Fischerei weniger stark als die gesamten Haushaltmittel der EG. Deshalb verringerte sich der Anteil der Gelder, die über den EAGFL (Europäischer Ausrichtungs und Garantiefonds für die Landwirtschaft) ausgegeben wurden, der gleichwohl den größten Teil (ca. 65 %) der EG-Ausgaben bestreitet (vgl. Tabelle 2). Der EAGFL ist der Bereich im EG-Haushalt, über den die EG-Agrarpolitik abgewickelt wird; da ist zu einen das System der garantierten Preisstützung, wonach fast alle landwirtschaftlichen Produkte in unbegrenzter Menge, aber zu einem begrenzten Preis (Stütz- oder Garantiepreis) von den EG-Abnahmestellen aufgekauft werden (Abteilung Garantie), zum anderen werden über die Abteilung Ausrichtung die Stillegung unrentabler Höfe, die Folgen für die Landwirte sollen ,,sozial abgefedert'' werden, und die Ausdehnung von Großgrundbesitz z.B. durch Erweiterungskredite gefördert.

Von der EG-Agrarpolitik profitieren die großen landwirtschaflichen Betriebe (s.u.); die meisten Gelder aus dem EAGFL fließen in die Staaten, deren Landwirte am meisten produzieren. Dies waren 1981 Frankreich mit 106,4 Mio. Tonnen Getreideeinheiten (gesamte landwirtschaftliche Produktion in Getreideeinheiten umgerechnet), die BRD mit 69,8 Mio. t GE und Italien mit 61,8 Mio. t GE, während in Großbritannien nur 46,3 Mio. t. GE erzeugt wurden (vgl. ,,EG-Magazin'' 5/83). Dies schlägt sich selbstverständlich am Anteil an den Zahlungen aus dem EG-Haushalt nieder.

Ein Vergleich von Netto-Zahlern und Netto-Empfängern zeigt ein Ungleichgewicht: Während 1982 (und in den Jahren davor) die BRD (4,96 Mrd. DM), England (4,84 Mrd. DM) und Frankreich (0,045 Mrd. DM) mehr in die EG-Kasse einzahlten als sie zurückerhielten, verhielt es sich bei allen anderen Staaten umgekehrt. Die Forderung Englands nach Beitragsrückerstattungen leitet sich wesentlich aus den Tatsachen ab, daß die britische Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung erheblich niedriger als die der meisten anderen EG-Staaten ist und die englische Bourgeoisie mehr Gelder statt in die Landwirtschaft in die Modernisierung der Industrie fließen sehen möchte. Ungefähre Anhaltspunkte über das Verhältnis von Netto-Zahlungen bzw. -Empfang aus dem EG-Haushalt und der Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung liefert folgende Tabelle.

War Maggie Thatcher ,,zu habgierig''?

Nach dem englischen EG-Beitritt 1973 waren zunächst diverse Übergangsregelungen gültig, die der britischen Wirtschaft die Eingliederung erleichtern sollten. 1979 liefen diese Regelungen aus, und England, das 17,5 % des Brutto-Anteils (Einzahlungen in den Haushalt vor Verrechung erhaltener Gelder) am EG-Haushalt trug, hätte 1980 21 % zahlen müssen und wäre zugleich größter Netto-Zahler der EG geworden, weil englische Forderungen nach einer ,,fairen'' Lastenverteilung, die bereits vor dem Beitritt erhoben worden waren (vgl. R. Breitenstein, Wirtschaftliche Hauptprobleme eines Beitritts Großbritanniens zur EWG in historischer, ökonomischer und politischer Perspektive, 1973; S. 71), bis dahin nicht ausreichend berücksichtig wurden. Auf der Grundlage der oben dargestellten Fakten wurden daraufhin englische Forderungen nach Beitragsrückerstattungen erhoben, die für 1980/81 in Höhe von fast 5,6 Mrd. DM, für 1982 im Wert von 1,9 Mrd. DM und für 1983 in Hohe von 1,68 Mrd. DM gewährt wurden (vgl. ,,Le Monde'', 22.3.84). — Die Auszahlung des letzten Betrages ist nach dem Scheitern der Brüsseler Konferenz wesentlich auf Betreiben Frankreichs und Italiens gestoppt worden. — Die in jeweils komplizierten Einigungsverhandlungen festgelegten Ausgleichsbeträge für Großbritannien wurden über den Regionalfonds (der EFRE soll das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EG ausgleichen) und den Sozialfonds (der ESF dient vor allem zur Durchführung ,,beschäftigungs''- und sozialpolitischer Maßnahmen) abgewickelt. Hauptsächlich finanzierten zunächst die BRD (39 %), Frankreich (30 %) und Italien (14,5 %) die Beitragsrückerstattungen für England (vgl. May; S. 61 f.). Ab 1982 war die BRD als größter Netto-Zahler nicht länger bereit, einen so hohen Anteil für die Zusatzzahlungen an die Briten zu übernehmen. Ihre Belastung wurde auf 18 % gesenkt, und entsprechend stieg diejenige der anderen Länder.

Die britische Regierung ging mit den Grundpositionen in die Brüsseler Verhandlungen, den zukünftigen Netto-Zahlbetrag auf rund 1,12 Mrd. DM zu begrenzen (was einer augenblicklichen Beitragsrückzahlung von ca. 3,36 Mrd. DM gleichkäme), die Finanzierungsanteile aller EG-Staaten nach dem ,,relativen Vermögen'' (1) zu berechnen und eine deutliche Umstrukturierung des EG-Haushalts vorzunehmen, das Ausgabenübergewicht im Agrarsektor zu kappen, um die Gelder in die Bereiche Forschung, Energie und Industrieförderung umleiten zu können und Europa zur ,,Heimat der Industrien von morgen'' zu gestalten (vgl. ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', 10.3.84; ,,Neue Zürcher Zeitung'', 8. und 20.3.84). Dem stand die anfängliche Haltung der Rest-Neun gegenüber, den Briten 1,56 Mrd. Mark zurückzuzahlen. In den anderen Fragen herrscht im Wesentlichen Übereinstimmung. — Im Laufe der Verhandlungen fand eine Annäherung der Positionen statt, und soll man dem ,,Spiegel'' vom 26.3.84 Glauben schenken, hat Maggie Thatcher ein weitgehendes Angebot von Mitterand über Zahlung von 2,46 Mrd. DM nicht akzeptieren wollen. ,,Diese unverhohlene Habgier... habe jeden im Saal schockiert'' und letztlich das Scheitern der Konferenz provoziert.

Eine Darstellung der ,,FR'' vom 27.3. erläutert den Vorschlag Mitterands, der ein Beitragssystem vorgeschlagen habe, bei dem England ausgehend von 2,24 Mrd. DM in 1984 jeweils ca. die Hälfte seines jährlichen Netto-Beitrages hätte erlassen werden sollen. **Abgesehen von höheren britischen Forderungen war es die Sorge der westdeutschen Regierung, an den Beitragsrückzahlungen wieder mit 36 % beteiligt zu werden. Um dies zu verhindern, habe Kohl vorgeschlagen, über 5 Jahre jährlich 2,24 Mrd. DM an die Briten zu zahlen, wovon die BRD 24 Prozent hätte aufbringen wollen.**

Krise, aber kein Zerfall

Es kann davon ausgegangen werden, daß der letztlich umstrittene Betrag für 1984 rund 336 Mio. DM betrug. Dies erinnert angesichts der Tatsachen, daß der EG-Haushalt nur 2,8 % der nationalen Haushalte ausmacht, und die Streitsumme ganze 0,62 % des EG-Haushalts beträgt, auf den ersten Blick fürwahr an Kleinkrämerei.

Solche nur rechnerische Betrachtungsweise wäre jedoch zu oberflächlich. Die EG ist ein Verbund imperialistischer Staaten. Obgleich die Finanzkapitale aller EG-Länder längst Interessen haben, die selbst die Grenzen des EG-Binnenmarktes überschreiten, müssen die Bourgeoisien doch Rücksichten auf das politische Kräfteverhältnis in ,,ihren'' Staaten nehmen. Das bedeutet, daß vor dem Hintergrund beispielsweise massiver Protestaktionen französischer Bauern gegen EG-Beschlüsse oder der Anti-EG-Politik der Labour-Partei in England,die 336 Mio. DM eben auch eine **politische** Summe sind, die der Maßstab für die **,,Standfestigkeit** (jeweils) **unserer Regierung bei der Durchsetzung nationaler Interessen''** sind. Denn während die Konzerne die ökonomischen Vorteile des europäischen Marktes erkannt haben und dahinter sicher nicht zurückwollen, ist es bis heute nicht gelungen, den Europa-Gedanken als Ersatz für nationale Ideologie und ihre Funktion bei der politischen Bewältigung der Krise zu verankern. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Das ist gut so, denn ein starkes Westeuropa bedeutet bei den Herrschaftsverhältnissen in der EG nur eine gestärkte Bourgeoisie in ihrem Konkurrenzkampf mit den imperialistischen Zentren Japan und USA.

Struktur der Ausgaben des EG-Haushaltes

Tabelle 2

	Anteil der wichtigsten Fonds an den Haushaltsausgaben (v.H.)	Anteil der größten EG-Länder an den Zahlungen aus den Fonds (v.H.): BRD	Frankreich	Großbritannien	Italien
EAGFL(G)*					
1979	72,6	22,3	21,6	8,9	15,7
1981	61,8	18,5	27,5	9,9	19,1
EAGFL(A)**					
1979	2,8	29,4	24,6	15,9	8,7
1981	3,2	23,3	21,0	19,5	14,0
EFRE***					
1979	3,6	9,0	20,2	32,3	28,0
1981	4,5	4,5	8,4	31,9	26,5
ESF****					
1979	4,1	10,3	15,7	33,9	26,2
1981	4,2	9,7	20,8	26,2	27,8

* Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abt. Garantie.
** EAGFL, Abt. Ausrichtung
*** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
**** Europäischer Sozialfonds
Quelle: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, IPW-Bericht 10/83.

Tabelle 3

	Netto-Transfer* 1982 (in Mrd. DM)	Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung 1983 (in DM)	(Rang)**
BRD	- 4,965	27.073	3
Frankreich	- 0,045	24.080	4
Großbritannien	- 4,846	20.071	7
Italien	+ 3,846	15.950	8
Belgien***	+ 0,602	21.212	6
Niederlande	+ 0,724	23.194	5
Dänemark	+ 0,702	28.235	2
Griechenland	+ 1,630	9.090	10
Irland	+ 1,742	12.571	9
Luxemburg***	+ 0,609	29.729	1

*,,Spiegel,,, 27.2.84 (- entspricht Nettozahler: der Staat zahlt mehr in den EG-Haushalt als er darauf erhält; + entspricht Natto-Epfänger: diese Länder erhalten aus dem EG-Haushalt mehr als sie einzahlen)
**Eigene Berechnungen nach ,,FR,,, 23.1.84
***Beide Staaten tragen die Verwaltungsausgaben der EG

Fortsetzung nächste Seite

Imperialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Diese Auseinandersetzung kann kein imperialistischer Staat Westeuropas alleine erfolgreich bestehen. Deshalb ist weder ein Austritt Großbritanniens aus der EG noch ein Hinausdrängen durch die anderen neun EG-Staaten zu erwarten. Die ökonomischen und politischen Verflechtungen sind allzu eng:

Der Anteil des britischen Außenhandels mit der EG beträgt über 40 % und die Engländer sind für alle EG-Staaten einer der 8 größten Handelspartner (vgl. ,,Informationen für die Außenwirtschaft'' 1/84); BRD-Außenminister Genscher hat den Versuch, England aus der EG zu drücken, als ,,töricht und unverantwortlich'' bezeichnet und insbesondere auf dessen ,,Schutzmachtfunktion... in Westberlin'' hingewiesen (,,FAZ'', 24.3.84).

So sehr der Haushaltsstreit ein Zeichen für die Krise der EG ist, so sehr hat es im und um den Rahmen der Brüsseler Konferenz wichtige Schritte zur gemeinsamen Fortführung der EG-Politik gegeben. Mit einigen davon wollen wir uns im zweiten Teil dieses Artikels befassen.

Einkommensverschlechterungen für die Landwirte

Einer Erläuterung der agrarpolitischen Beschlüsse der EG-Landwirtschafts-Minister wollen wir ein ausführliches Zitat aus der lesenswerten Broschüre ,,Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Euroaps und die Neuaufteilung der Welt!'' vom BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) voranstellen, weil darin ein ebenso knapper wie verständlicher Abriß der Geschichte und Zielsetzungen der EG-Agrarpolitik gegeben wird.

,,Ebenso wenig wie heute die Sorge um den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes die Agrarpolitik bestimmt, war es bei Gründung der damaligen EWG das ,,Wohl der Bauern'', was den westdeutschen Imperialismus angestachelt hat, gerade auf dem Gebiet der Agrarpolitik schnell einen ,,gemeinsamen Markt'' zu schaffen und Organe mit so weitreichenden Befugnissen einzurichten wie auf keinem anderen Felde der EG-Politik. 1968 begründete der damalige Leiter des BDI-Referates Landwirtschaft und Industrie rückblickend diese Politik folgendermaßen: ,,Im Osten verloren wir unsere agrarischen Überschußgebiete, unsere Kornkammern. Das heutige Gebiet der Bundesrepublik war seit jeher ein Zuschußgebiet für Agrarprodukte. In dieses Zuschußgebiet wurden weitere 13 Mio. Menschen aus Ost- und Mitteldeutschland hineingepreßt. Dadurch kam es ganz zwangsläufig zu einer Übernachfrage nach Nahrungsmitteln und damit auch zu hohen Agrarpreisen...''

Senkung der Agrarpreise war also die erklärte Absicht, um mit Hilfe relativ geringer Lebensmittelpreise den Druck auf die Löhne zu verstärken, was die Kapitalakkumulation beschleunigen und den Kampf um Weltmarktanteile unterstützen sollte.

Dieses Ziel allein hätte auch dadurch erreicht werden können, daß die durch Schutzzölle weitgehend abgeschotteten westdeutschen Agrarmärkte für den Weltmarkt geöffnet worden wären, zumal die Weltmarktpreise noch weit niedriger lagen als z.B. die französischen Agrarpreise, die ihrerseits wieder erheblich unter den westdeutschen lagen. Es ging jedoch nicht einfach nur um niedrige Agrarpreise, sondern sie sollten in neu erschlossenen und von der BRD kontrollierten ,,agrarischen Überschußgebieten'' erzielt werden. Bei einer schlichten Öffnung des damaligen EWG-Territoriums wäre mit gesunkenen Agrarpreisen die Vernichtung jeder nennenswerten Agrarproduktion einhergegangen.

Also wurden mit der Gründung der ,,Gemeinschaft'' die Märkte nach innen geöffnet, nach außen aber blieben sie abgeschottet. Und unter dem Stichwort Entwicklung der ,,Selbstversorgung'' wurde eine große Aufholbewegung eingeleitet und in den Römischen Verträgen festgehalten, ,,die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern'' (§ 39 a). Massenhaftes Bauernlegen war also eingeplant, um die Agrarproduktion erheblich zu steigern, die ,,Gemeinschaft'' vom Nettoimporteur zum Exporteur von Agrarprodukten zu entwickeln, um die Preise schnellstmöglich auf Weltmarktniveau zu drücken und um eine für die Kriegsfähigkeit unumgängliche ,,Ernährungssicherung'' zu erreichen, die ,,Unabhängigkeit von äußeren Störungen'' (,,FAZ'', 16.7.83) gewährleistet. Mit Hilfe der geschaffenen Organe und auf Grundlage der vorhandenen wirtschaftlichen und finanziellen Macht- und Erpressungsmittel war der BRD-Imperialismus von Anfang an in der Lage, die Entwicklung dieser neuen ,,Kornkammern'' zu kontrollieren.

Unter diesen Zielvorstellungen wurden dann ab 1967 als einschneidender Eingriff Marktordnungen für mittlerweile alle Marktprodukte in Kraft gesetzt. Sie beinhalten die Festlegung eines EG-einheitlichen Richtpreises und den Aufkauf von Überschüssen durch staatliche Interventionsstellen, wobei ein Interventionspreis ,,garantiert'' wird. Dieser ist alles andere als ein Geschenk an die Bauern, denn er liegt gewöhnlich über 10 % unter dem Erzeugerpreis. Die Marktordnungen legen weiter fest, daß Importe aus Ländern außerhalb der ,,Gemeinschaft'' mit Abschöpfungen belegt werden. Der Importeur muß die Differenz zwischen Weltmarktpreis und dem von der EG festgelegten sogenannten Schwellenpreis (Richtpreis minus Transportkosten) an die EG abführen. Umgekehrt bekommen EG-Agrarexporteure — Agrarkapitalisten und Nahrungsmittelmonopole — die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Richtpreis als ,,Erstattungen'' aus dem ,,Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft'' (EAGFL) ausgezahlt.

Mit Hilfe der Richt- und insbesondere der Interventionspreise können die Agrarpreise ständig nach unten in Richtung Weltmarktpreise gedrückt werden, und (...) sie wurden es auch. Die Einführung des ersten gemeinsamen Richtpreises für Getreide 1967 brachte für die westdeutschen wie auch für die italienischen Getreidebauern gleich einen Preissturz von 10 bis 15 %. Durch die EG-weite Öffnung der Märkte wurde die Konkurrenz unter den Bauern stark angestachelt. Der Preisverfall konnte nur durch Rationalisierung und Ausweitung der Mengenproduktion ausgeglichen werden, was den kleinen Bauern unmöglich war.

Von 1957 bis 1969, bis zur vollständigen Entfaltung des gemeinsamen Marktes der Sechs, sank die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf fast die Hälfte. Doch die angestrebte Vergrößerung der Betriebe betrug nur 1 ha. Dies fiel hinter die Zielvorstellungen zurück. In dieser Lage wurde die Strukturpolitik der Gemeinschaft durchgesetzt.

Massiv hatten die Bauernmassen ausnahmslos aller EG-Mitgliedstaaten gegen den Plan des EG-Kommissars Mansholt protestiert, bevor er dann 1972 doch in Richtlinien für die weitere Tätigkeit des EAGFL festgeschrieben wurde. Der Plan sah vor: Erstens die Erzeugerpreise für einige ,,Überschußprodukte'' wie z.B. Zucker und Milch zu senken bzw. sie mit Abgaben zu belegen. Zweitens sollten kleine und mittlere Bauern zur ,,freiwilligen Aufgabe'' ihrer Höfe gebracht werden, drittens sollten sie dann ,,freiwillig'' ihr freiwerdendes Land an die Großgrundbesitzer verkaufen oder verpachten. Viertens sollten zinsverbilligte Kredite die Rationalisierung und Kapitalintensivierung der als rentabel eingeschätzten Betriebe beschleunigen helfen.

Marktordnungen und Strukturpolitik brachten die Aufholbewegung mit großer Geschwindigkeit und brutaler Gewalt gegenüber den kleinen und mittleren Bauern voran. Seit Ende der 70er Jahre wurde in der EG — wenn man von der nach wie vor bestehenden Abhängigkeit von Futtermittelimporten absieht — bei den meisten Produkten ein ,,Selbstversorgungsgrad'' von 100 % und mehr erreicht, wobei die Steigerung allerdings z.T. darauf zurückgeht, daß etwa seit 1970 der Lebensmittelverbrauch der Arbeiterhaushalte erzwungenermaßen zurückgeht.

Mehr noch: Hinter den USA wurde die EG zum zweitgrößten Agrarexporteur der Welt. Bei Butter, Milchpulver und Weizenmehl sogar zum größten, während bei Zucker nur Kuba noch mehr exportiert. Die Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft der EG stieg — insbesondere durch Herausbildung einer kapitalintensiven Produktion — gewaltig und wesentlich schneller als in den USA, dem Hauptkonkurrenten. Bei der Weizenproduktion beispielsweise wurden die Erträge pro ha in der EG von 22,6 dt im Jahre 1958/59 bis 1980 mehr als verdoppelt, in den USA stiegen sie gerade von 18,5 auf 23 dt/ha'' (S. 42 ff.).

Trotz dieser Erfolge für die Bourgeoisie ist ihr das bisher geltende System der EG-Landwirtschaft zu teuer geworden, weil die garantierten Abnahmen ,,überschüssiger'' Produkte zu noch so geringen Preisen eben Geld kosten; so wurden 1981 für Lagerung und Exportsubventionen von Getreideüberschüssen 4,8 Mrd. DM gegenüber 4,16 Mrd. Mark 1980 aufgewendet (vgl. IPW-Berichte 5/83). Mit wohlgezielter Demagogie wird dies den Landwirten angelastet, obgleich diese von dem für Lebensmittel vom Verbraucher ausgegebenen Geld weniger als die Hälfte erhalten: *,,Bei Brot sind es nur ganze 11 Prozent, bei Gemüse 28, bei Zucker 41, bei Fleisch 44 und schließlich bei Kartoffeln 49''* (,,Zeit'', 16.3.84). Gewinner sind die großen Veredelungskonzerne und Handelsketten wie z.B. Unilever, Nestle und Edeka.



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Um die sogenannten ,,Überschüsse'' abzubauen, einigten sich die EG-Agrarminister Ende März darauf, bei Milch, Getreide und einigen Obst- und Gemüsesorten Quotierungen einzuführen. So wird Milch nur noch bis zu einer Menge von 99,5 Mio. Tonnen zu Garantie- oder Stützpreisen aufgekauft werden, während die derzeitige Ablieferungsmenge bei 104 Mio. Tonnen liegt (vgl. ,,FAZ'', 2.4.84). Kleine und mittlere Bauern werden damit, da der Weg von Produktionssteigerungen verstellt ist, an den Rand des Existenzminimums gedrängt, nachdem bereits von 1982/83 auf 1983/84 das landwirtschaftliche Durchschnittseinkommen je Familienarbeitskraft in der BRD von rund 26.000 DM auf 20.500 Mark (-22 %) gesunken ist (Landwirtschaftsminister Kiechle am 28.3.84 vor dem Bundestag).

Trotz dieser Wirkungen sind die Propagandisten der ,,freien Marktwirtschaft'' nicht zufrieden, weil die eingeschränkte Produktionsmenge bei Milch *,,um mindestens 4 Mio. Tonnen - über der Milchnachfrage liegt und jede Mio. Tonne Überschußproduktion mit gut 200 Mio. Ecu (448 Mio. DM — d.A.) im EG-Haushalt zu Buche schlägt, wird durch die Milchkontingentierung keineswegs gespart, sondern bestenfalls die Verschleuderung öffentlicher Gelder etwas gebremst''* (,,NZZ'', 3.4.84 — Hrvg. im Text). Mit weiteren Angriffen auf die Einkommen der ländlichen Produzenten wird also zu rechnen sein.

EG-Süderweiterung: Ausweitung des Hinterhofs

Bereits seit geraumer Zeit wird über den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG verhandelt. Seitens der EG ist bekräftigt worden, daß die Verhandlungen mit beiden Staaten bis zum 30.9.84 abgeschlossen sein sollen, um zu gewährleisten, daß die Beitrittsverträge zum 1.1.86 in Kraft treten können. Da die EG-10 eine Vielzahl von Integrationsproblemen zu bewältigen haben, muß es gewichtige Gründe geben, die Aufnahme zweier wirtschaftlich schwächerer Staaten zu forcieren.

Wegen der je unterschiedlichen strategischen Bedeutung der südeuropäischen Peripherie-Staaten (Portugal als Operationsbasis bei ,,Big-Lift''-Aktionen, Spanien als letzter Baustein — NATO-Beitritt im Juni 82 der NATO-Südflanke) lag der NATO viel daran, die Eingliederung dieser Länder in den ,,freien Westen'' zu sichern. Es galt, die Ablösung der Diktaturen hin zu bürgerlich-demokratischen Regimes möglichst sicher zu gestalten. Die angestrebte wirtschaftliche Eingliederung in die EG ist deshalb immer als eine Grundbedingung für die ,,Stabilisierung demokratischer Verhältnisse'' gegen Linksentwicklungen betrachtet worden.

Dem neuen EG-Mitgliedstaat Griechenland und den beiden Kandidaten Spanien und Portugal *,,kommen die klassischen Funktionen einer Randregion eines imperialistischen Zentrums zu: Erstens sind sie Lieferant billiger Arbeitskräfte und gleichzeitig leicht manövrierfähiger Teil der kontinentalen industriellen Reservearmee. Die zweite Funktion besteht darin, für das imperialistische Kapital einen vergrößerten inneren Markt zu stellen. Schließlich haben diese Regionen eine besondere Funktion als Anlageplatz für Direktinvestitionen. Dabei kombinieren sich hier die Vorteile der geographischen Nähe und einer relativ (überschaubaren) politischen ,,Stabilität'' mit den meisten diesbezüglichen klassischen Vorteilen von ,,Entwicklungsländern'' (Begünstigung des Kapitalimports, geringe und zum Teil keine Besteuerung, billige Arbeitskräfte, usw.)''* (W. Wolf, Spätkapitalismus in den 80er Jahren; S. 47).

Bereits 1970 (Spanien) und 1972 (Portugal) waren Handelsabkommen zwischen den Kandidaten und der EG geschlossen worden. Offizielle Beitrittsanträge stellten beide Staaten 1977, was von der EG-Kommission unter Hinweis auf die demokratischen Strukturen beider Länder begrüßt wurde (vgl. Europa Information — Auswärtige Beziehungen 58/82 und 69/83).

Die Verhandlungen mit Spanien begannen im Februar 1979 und sind, ,,zieht man eine vorläufige Bilanz dieser Verhandlungen'', in einigen wichtigen ,,Kapitel(n) praktisch abgeschlossen''; darunter die Bereiche Kapitalbewegung und Wirtschaft und Finanzen (vgl. EI 69/83), während insbesondere betreffs Landwirtschaft und Fischerei die Unterredungen nur schleppend vorankommen.

Die spanische Landwirtschaft bietet 19 % der Beschäftigten Arbeit, mit der jedoch nur 9 % des Bruttonationalprodukts erwirtschaftet werden. Immerhin würde die Aufnahme Spaniens in die EG die Gemüseproduktion um 25 %, die Obstbestände um 48 % und die von Olivenöl um 59 % erhöhen (vgl. ,,The Courier'' Nr. 83) und ,,die Bewässerungsflächen der gemeinschaftlichen Mittelmeergebiete um 80 Prozent'' vergrößern (,,Wirtschaftswoche'', 16.12.83). Diese Aussichten veranlaßten Frankreich, Italien und Griechenland zu harten Auseinandersetzungen um die Absicherung ihrer bisherigen Position, da wegen des Produktionszuwachses ein Preisverfall für Mittelmeerprodukte befürchtet wurde. Im vergangenen Herbst einigten sich die EG-Agrarminister auf eine Reform der Agrarpolitik für die Mittelmeerländer und beseitigten das Haupthindernis für die Beitrittsverhandlungen. Wesen der Einigung der EG-10 ist der Schutz von Obst, Gemüse und Olivenöl vor der Konkurrenz aus Drittländern und eine verbesserte Preisgarantie für die genannten Produkte (vgl. ,,FR'', 19.10.83).

Trotz dieser Verbesserungen in ihrem Sinne setzten Frankreich, Griechenland und Italien durch, daß Spanien das bisher schlechteste Beitrittsangebot gemacht wurde. Für Obst und Gemüse soll danach zunächst eine vierjährige Übergangsphase vereinbart werden, in der die spanischen Produkte wie solche aus Drittländern behandelt werden, deren Absatzmöglichkeiten auf dem EG-Markt gerade (s.o.) verschlechtert werden sollen. Erst ab 1981 soll dann die zweite, sechs Jahre dauernde Phase in Kraft treten, in der automatisch und stufenweise eine Anpassung der Marktbedingungen erfolgen solle. Für andere Agrarprodukte und industrielle Erzeugnisse solle eine Übergangszeit von sieben Jahren gelten, allerdings soll Spanien seinerseits die Einfuhrzölle auf industrielle Produkte bereits im ersten Jahr um 90 % herabsetzen (vgl. ,,FAZ'', 22.3. und ,,Handelsblatt'', 27.3.84).

Diese Bedingungen sind seitens der spanischen Regierung als ,,inakzeptabel'' bezeichnet worden, die ,,Nationale Vereinigung der Landwirte und Viehzüchter'' protestierte dagegen und der Spitzenverband der Unternehmerorganisationen (CEOE) empfahl eine einphasige Übergangszeit von acht Jahren.

Schon *,,um das Gleichgewicht seiner Außenhandelsbilanz aufrechtzuerhalten, mit der Erhöhung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten den zu erwartenden Anstieg seiner industriellen Importe aus der EG (zu) kompensieren'', müßten Zölle für agrarische und industrielle Produkte zeitgleich gesenkt werden (,,Handelsblatt'', 27.2.84).*

Unproblematischer, wenn auch nicht ohne Hindernisse (Fischereipolitik), verliefen die Verhandlungen mit Portugal. Dies liegt wesentlich an der geringen portugiesischen Wirtschaftsleistung, mit der Portugal im Pro-Kopf-Vergleich zu den EG-10 und Spanien an letzter Stelle einer erweiterten EG stehen würde. Die im EG-Haushalt besonders ins Gewicht fallende Landwirtschaft produziert mit rund 29 % der Beschäftigten nur ca. 15 % des Bruttosozialprodukts, womit ,,der portugiesische Primärsektor der Leistungsschwächste in ganz Westeuropa ist'' (EI 58/82). Die Menge landwirtschaftlicher Nutzfläche in der EG würde um lediglich 4 % vergrößert. Annahmen, daß Portugal genau wie Spanien auf Dauer aus der EG-Kasse mehr erhielte als es nach Brüssel abführte, stützen sich vor allem auf Berechnungen, wonach Portugal hohe Beträge zur Hilfe bei der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und für Umstrukturierungsmaßnahmen in der Industrie erhalten sollte (vgl. EI 134/83, Stellungnahme der EG-Kommission; Anhang S. 18).

Trotz inzwischen laut gewordener Zweifel an der Einhaltung des Verhandlungszeitplanes (vgl. ,,HB'', 12.4.84), hauptsächlich hervorgerufen durch die schwierigen Verhandlungen mit Spanien, müssen zwei wichtige Faktoren berücksichtigt werden: Erstens betreibt der BRD-Imperialismus das Geschäft der EG-Erweiterung besonders dringlich (Wörner-Besuch in Spanien, Kohl in Portugal); zweitens können Mißerfolge in den Verhandlungen die von den Sozialisten versprochene Volksabstimmung über Spaniens Verbleib in der NATO sehr negativ für die Imperialisten beeinflussen.

Anmerkungen:

(1) Im Grundsatz herrschte bereits auf der Brüsseler Konferenz Einigkeit darüber, daß ab 1986, nach der Süderweiterung der EG, ein Korrektursystem in Kraft treten soll, das dazu beitragen soll, keinem Land eine „gemessen an seinem Wohlstand... zu große Haushaltslast" zuzumuten. Einfache Berechnungen auf der Grundlage der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung (siehe Tabelle 3) werden unzureichend sein, weil Großbritannien nach dem Beitritt der beiden ärmeren Staaten Portugal und Spanien über dem EG-Durchschnitt liegen wird. Da der britische Anspruch auf Korrektur ihres EG-Beitrages" über 1986 hinaus anerkannt wird, sind „komplizierte Zusatzformeln notwendig, um die Briten über die Schwelle zu heben", deren Überschreiten die Gewährung von Rückerstattungen ermöglicht (vgl. „Handelsblatt", 6.4.84).

Quellen:
Neben den im Text erwähnten Tageszeitungen
EG-Magazin, laufende Nummern
Wirtschaftswoche, lfd.
Bernhard May: Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft; Bonn, 1982
Institut für Internationale Politik und Wirtschaft: IPW-Berichte 10/83 u. 2/84
Europa-Archiv 15/83 u. 3/84
Ernest Mandel: Die Krise der EG; in: Inprekorr 160
Winfried Wolf/Michel Capron: Spätkapitalismus in den 80er Jahren; Ffm., 1982
Bund Westdeutscher Kommunisten: Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuaufteilung der Welt; Köln, 1983
EG-Kommission (Hrsg.): Portugal und die Europäische Gemeinschaft (Europäische Information 58/82)
dies.: Spanien und die EG (EI 69/83)
dies.: Erweiterungsprobleme — Bestandsaufnahme und Vorschläge (EI 134/83)

fo.

Die Krise des Neokolonialismus:

Die 3. Welt wird abgeschrieben

Während der Kolonialzeit sicherte sich das imperialistische Kapital die Rohstoffausbeute in der „3. Welt", den damaligen Kolonien. Während des Neokolonialismus kam der Kapitalexport in diese Länder hinzu, womit die imperialistischen Länder sich den inneren Markt dieser Länder (soweit vorhanden) sicherten, bzw. einige „Schwellenländer" als Basis für billige arbeitsintensive Produkte (vor allem Textilien, u.ä.) benutzten. Diese Politik, die schon zahlloses Elend in der 3. Welt bedeutete, ist im Laufe der derzeitigen Weltwirtschaftskrise, seit den 70er Jahren, von der Politik einer völlig schonungslosen Ausbeutung dieser Länder überlagert und abgelöst worden. Mit Ausnahme der erdölexportierenden Länder sind alle diese Länder in eine Verschuldung hineingetrieben worden, wo die gesamten Exporterlöse nach und nach durch die Zinslasten aufgefressen werden, was nichts anderes heißt, als daß die kapitalistischen Länder alles umsonst einstreichen und zudem noch riesige Gewinne dort machen. Die Entwicklung der Schulden, der Zinslasten und Zinsgewinne der imperialistischen Banken waren Thema des letzten Arbeiterkampfes (2). Daß die Rückzahlung der Kredite, ja inzwischen allein der Zinslasten für diese Länder immer aussichtsloser wird, liegt vor allem an sinkenden Exporten und Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus der 3. Welt, wobei die Preise, die diese Länder für ihre Waren erzielen, auf ein Niveau wie vor 50 Jahren gesunken sind, bei gleichzeitig steigenden Industrie- und Energiepreisen. Erstmals seit 1945 verzeichnet das Gros der Länder der „3. Welt" ein Minuswachstum des Bruttosozialprodukts, eine Entwicklung, die noch rasant zunehmen wird. Sonderfälle sind die OPEC-Länder und bis zu gewissem Grade die „Schwellenländer", auch wenn gerade die „Schwellenländer" zu den höchstverschuldeten gehören. Die übrigen über 100 Länder können heute bereits als vom Imperialismus als „abgeschrieben" betrachtet werden. Wir wollen zeigen, daß die alte Form des Neokolonialismus ausgedient hat, bzw. mehr und mehr am „Rande" stattfindet.

Was dies für diese Länder bedeutet, läßt sich unschwer erahnen. Bereits heute sind 400-500 Millionen Menschen, d.h. zwischen 35 und 50 % der dort vorhandenen Arbeitskräfte, arbeitslos, rund 1 Milliarde Menschen leben dort in absoluter Armut und im Hunger. Diese Zahlen dürften sehr bald deutlich „überholt" sein.

I. Der Anteil „3. Welt" der sinkt stetig ab

Noch 1946 flossen 43 % aller US-Direktinvestitionen nach Lateinamerika, 1975 waren es gerade noch 17%. Umgekehrt stieg der Anteil Westeuropas in der gleichen Zeit von 19 auf 37 % (3). Zu Beginn der 70er Jahre verschärfte sich der Trend: Vom gesamten Kapital, das aus den imperialistischen Ländern in die „3. Welt" floß, war der Anteil der Direktinvestitionen von 56 % 1970 in nur 9 Jahren — im Jahre 1979 — auf ganze 28 % gefallen. 65 % machen inzwischen (1979) private Kredite aus, die kaum noch in die industrielle bzw. wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder fließen, sondern Schulden und sonstige Staatsausgaben und Defizite abdecken.

Auch wenn es als eine drastische Verschlechterung bezeichnet werden muß, daß die Direktinvestitionen in der „3. Welt" ausbleiben, so muß doch festgehalten werden, daß sie niemals ein reiner Segen gewesen sind.

Direktinvestitionen in der „3. Welt" dienten dazu, bei arbeitsintensiven Produkten, wie etwa Textilien, durch Billigstlöhne riesige Extraprofite zu erwirtschaften. Andererseits wurden damit gewisse innere Märkte vom Kapital aus den imperialistischen Ländern besetzt. **Die jetzige Entwicklung bedeutet aber, daß in der Tat, auf jede weitere Entwicklung dieser Märkte fast vollständig verzichtet wird.**

Analog zum Kapital konzentriert sich der Weltwarenhandel zu fast zwei Dritteln (63 %) auf die Industrieländer, 9% entfallen auf den RGW, 28 % auf die „3. Welt". Berücksichtigt man den Anteil der OPEC (allein 17 %), so verbleiben für weit über 100 Staaten der überaus bescheidene Anteil von 11 %. Vor 34 Jahren (1950) waren es mehr als das Doppelte (24 %). Würde man noch berücksichtigen, daß der Großteil der Exporte auf multinationale Firmen in der „3. Welt" entfällt, so sähe es noch düsterer aus.

II. Rohstoffe immer billiger zu haben

Der Verfall der Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte, die „klassischen" Haupthandelswaren der „3. Welt" ist gerade in den letzten Jahren rapide gewesen. Sie erreichten 1982 *„einen noch nie dagewesenen Tiefpunkt"* seit 50 Jahren und sanken im Schnitt um 16-17 % im Jahre 1982; ein Jahr zuvor sackten sie bereits um 10-12 % ab (4).

Die wichtigsten Ursachen für diese Preisstürze und die schlimmen Folgen für die Länder der „3. Welt" seien kurz dargestellt:

1. Infolge der Weltwirtschaftskrise sank die mengenmäßige Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten;

1. Infolge der Weltwirtschaftskrise sank die mengenmäßige Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten; Lateinamerika und Afrika z.B. exportierten im letzten Jahr rund 10 % weniger Warenmenge als zuvor (5). Da aber alle Länder der „3. Welt" — gerade auch vor dem Hintergrund ihrer Verschuldung und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, Deviseneinnahmen zu erwirtschaften — gezwungen sind, auf Teufel komm' raus ihre Rohstoffe auf den Weltmarkt zu werfen, wirken voll die Prinzipien der freien Konkurrenz: bei geringerer Nachfrage und einem Überangebot sind diese Länder gezwungen, sich gegenseitig zu unterbieten. Diesem Mechanismus, von dem der Imperialismus profitiert, sind auch die verschiedenen Rohstoff-Kartelle (zur Absprache über die Exportmengen) kaum gewachsen, die von einigen Ländern der „3. Welt" zum Schutze gegen den weiteren Preisverfall gebildet wurden (6).

2. Auch die monetären Entwicklungen spielen eine Rolle; während die Inflationsraten in den meisten Ländern der „3. Welt" astronomische Größen erreichen und zum Teil dreistellige Ziffern aufweisen, steht dieser Entwicklung ein aufgewerteter Dollar gegenüber, das heißt, daß sich der Wechselkurs der Währungen stetig zuungunsten der „3. Welt" entwickelt hat. Da der überwiegende Teil des Rohstoffhandels auf Dollarbasis abgewickelt wird, kann man sich ausmalen, was das bedeutet. Für die „3. Welt" heißt das, daß sie für die gleiche Menge ausgeführter Rohstoffe weniger Devisen einnimmt und darüberhinaus sich wertmäßig auch die Importe aus den Industrieländern verteuern. Die Handelsbilanzen sind negativ; das Passivsaldo der nicht-erdölexportierenden Staaten der „3. Welt" mit den Industrieländern beträgt 1973-1981 kumuliert bereits 355 Milliarden Dollar, einschließlich der OPEC betrug die negative Leistungsbilanz zwischen 1973 und 1982 sogar 476 Mrd. Dollar.

In einer solchen Situation gibt es für die „3. Welt" keine andere Wahl, als die Importe rigoros zu drosseln.

So sanken die Importe aus den imperialistischen Ländern in Afrika um rund 12,3 %, die Lateinamerikas sogar um durchschnittlich 30 % (7), wobei einige Länder bereits an die Grenze dessen gestoßen sind, was sie an Importentbehrungen verkraften können (Chile und Argentinien haben ihre Importe bereits fast halbieren müssen). Tatsächlich gelang es den Ländern der „3. Welt", ihre Leistungsbilanzdefizite durch Importdrosselungen herunterzuschrauben: von minus 109 Mrd. Dollar 1982 auf minus 56 Mrd. 1983 auf geschätzte 50 Mrd. Dollar für 1984 (16). In den ärmsten Ländern der „3. Welt" reichen die Devisenerlöse noch nicht einmal dafür, genügend Getreide zu importieren, um überhaupt ein Minimum an Ernährung sicherzustellen. Wie miserabel sich die Austauschverhältnisse entwickelt haben, läßt sich anhand einiger konkreter Beispiele erläutern, die mehr aussagen als die globalen Daten:

+ 1960 waren für eine Tonne Zucker noch 6,3 Tonnen Erdöl zu haben — 1982 nur noch 0,7 Tonnen;
+ für eine Tonne Kaffee erhielt man 1960 noch 37,3 Tonnen Düngemittel — 1982 nur noch 15,8 Tonnen;
+ 1960 war eine Tonne Bananen = 13 Tonnen Erdöl — 1982 nur noch 1,6 Tonnen;
+ mit einer Tonne Kupferdraht konnten 1959 noch 39 Röntgenröhren gekauft werden — 1982 nur noch 3 usw.

3. Von langfristiger Bedeutung ist die Tatsache der s t r u k t u r e l l e n Veränderungen, die im weltweiten Handel mit Rohstoffen und Agrarerzeugnissen eingetreten sind bzw. noch eintreten werden. Dazu zählt zum einen die Politik des Imperialismus, generell und nicht nur konjunkturell je nach Auftragslage, weniger Rohstoffe aus der „3. Welt" einführen zu müssen.

Diese Strategie ist in dieser Zeitung am Beispiel der Erdölpolitik bereits dargestellt worden (6), trifft aber auch auf alle anderen Rohstoffe (bis auf wenige Ausnahmen) zu. Zu dieser Strategie gehört u.a. eine Forcierung des Recycling vor allem bei metallischen Rohstoffen, also der Rückgewinnung aus Industrieabfällen. Dazu gehört weiter die Tatsache, daß die benötigten Rohstoffe zunehmend aus den imperialistischen Ländern selbst stammen oder aber aus sehr wenigen, politisch „stabilen" Ländern. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß rund die Hälfte aller Metallerze überwiegend aus den USA, Kanada, Australien und Südafrika stammen, wobei gerade Australien sich derzeit als „Rohstoffland der Zukunft" mausert und traditionelle Länder der „3. Welt" von den Märkten verdrängt (8). Am Beispiel des Erdöls ist dies im Arbeiterkampf aufgezeigt worden, wo z.B. Großbritannien über eine eigene Rohölbasis verfügt und der Anteil der Erdölexporte aus den OPEC-Staaten gesunken ist (6). Diese Strategie hat zwei Konsequenzen; zum einen werden „klassische" Rohstoffexporteure vom Markt verdrängt bzw. deren Marktanteile (und damit die Devisenerlöse) sinken. Zum anderen treten die imperialistischen Länder oder deren engste Verbündete als zusätzliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf und können damit jederzeit die Rohstoffpreise drücken.

Das bestechendste Beispiel dafür liefert der Zucker; der Zuckerpreis fiel in den letzten Jahren von 40 auf 6 Cents pro Pfund als Ergebnis der Konkurrenz zwischen Rübenzucker (aus der EG und den USA) und dem Rohrzucker (u.a. Brasilien und Kuba).

Die EG verweigerte den Zuckerexportländern nicht nur den Zutritt zum „gemeinsamen Markt", sondern subventionierte den eigenen Rübenzucker mit 2 Milliarden DM, so daß er billig und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt verkauft werden konnte. Die EG (und auch die USA) warfen ein riesiges Überangebot an Zucker auf den Markt und sorgten so nicht nur für Dumping-Preise, sondern auch dafür, daß die EG sowohl Kuba als auch Brasilien als wichtigste Zuckerexporteure verdrängte (4).

Eine weitere Strategie des Imperialismus besteht — um auf die Metalle zurückzukommen — darin, die teureren Schwermetalle wie etwa Blei, Kupfer, Zink und Zinn durch billige Leichtmetalle (vor allem Aluminium) zu ersetzen und diese wiederum, wo möglich, durch Kunststoffe (10). Dafür zwei Beispiele:

Bisher wurden 25 % der gesamten Weltkupferproduktion für Kabel benötigt. Dieser Anteil wird erheblich sinken, wenn in diesem Jahrzehnt die Glasfaserverkabelung (Rohstoff: Sand) in den Industrieländern das Kupfer verdrängen wird.

70 % des geförderten Zinns wird inform von Weißblech für Konserven, Tuben usw. verwendet. Seit 1973 ist ein Prozeß im Gange, das Zinn verstärkt durch Aluminium oder Kunststoffe zu ersetzen. Der Versuch der zinnproduzierenden Länder (v.a. Malaysia, Indonesien, Thailand und Bolivien), die eine Art „Kartell" gebildet haben, durch Massenaufkäufe den Zinnmarkt leerzufegen und durch Verringerung des Angebots den Preis hochzuhalten, scheiterte kläglich, weil die USA postwendend riesige Zinnmengen auf den

wendend riesige Zinnmengen auf den nicht — Anmerk. AK) werden sie im

Markt warfen, um so den Preis wieder herunterzudrücken (8).

Und das Leichtmetall Aluminium, im Preis um 25 % gesunken, wird auch langfristig billig bleiben. Guinea, Surinam und Jamaika, die sich bisher den Aluminiumerz-Markt (Rohstoff Bauxit) teilten, haben mächtig Konkurrenz bekommen von Australien, das schon jetzt so viel Bauxit abbaut wie die drei anderen Länder zusammen. Und Australien, ein verläßliches Land für den Imperialismus und begehrtes Investitionsobjekt der internationalen Konzerne, sorgt schon dafür, daß der Aluminiumpreis niedrig bleibt.

Daß auch die BRD diese Strategie fährt, geht daraus hervor, daß dieses Land als drittgrößter Rohstoffimporteur der Welt nur noch ein Drittel ihres Rohstoffbedarfs aus der „3. Welt" bezieht — und zwar im wesentlichen auf 5 dieser Länder konzentriert.

Es sei an dieser Stelle vermerkt, daß die oben aufgezeigte imperialistische Politik auch den Zukunftsprognosen des „Club of Rome" anno 1972 („Die Grenzen des Wachstums") Lügen straft.

Die damals düsteren Prognosen gingen bekanntlich davon aus, daß sich die Rohstoff-Ressourcen verknappen würden und folglich dies zu einer Verteuerung führen würde. Beide Vorhersagen waren im Kern nichts anderes als Krisengerede und haben zum genauen Gegenteil geführt. Was die preisliche, wertmäßige Seite angelangt, ist das wesentliche bereits gesagt worden.

Aber auch die damaligen Daten über die Verknappung und Endlichkeit der Ressourcen sind durch neuere Zahlen über die heute ausbeutbaren Rohstoffvorkommen widerlegt; sagte der „Club of Rome" vor 12 Jahren noch das Ende der Aluminiumvorkommen in damals 31 Jahren voraus, so sind es heute 253 Jahre. Für Kupfer gilt das Verhältnis von 21:70 Jahre, Eisen 93:184 Jahre usw. K e i n e der damaligen Prognosen für die wichtigen Metallvorkommen treffen heute noch zu, alle reichen wesentlich länger (8).

Die dargestellte imperialistische Strategie, die ja u.a. dem wesentlichen Ziel entspricht, die Produktionskosten insgesamt drastisch zu senken — und das nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Rohstoffen — läßt noch eine weitere abschließende Feststellung zu: die Länder der „3. Welt" können auch in Zukunft, also auch im Falle des viel herbeigeredeten wirtschaftlichen Aufschwungs in den Industrieländern, kaum auf bessere Zeiten hoffen. An ihnen wird die Hochkonjunktur, wenn sie denn kommen sollte, fast spurlos vorbeiziehen, weil sie eben nicht mehr damit rechnen können, a) spürbar mehr Rohstoffe abzusetzen und b) höhere Preise dafür zu erzielen. Die „Zeit" kommentierte diese Entwicklung denn auch folgendermaßen: *„Als einzige Chance bleiben den Rohstoffproduzenten der Dritten Welt deshalb neue Absatzgebiete in den neunziger Jahren. Dann nämlich ... wird die Nachfrage in den industriellen Schwellenländern — Südkorea, Malaysia, Singapur, Mexiko — steil ansteigen. Zusammen mit den Ostblockstaaten, deren eigene Vorkommen schon jetzt nicht mehr ausreichen,* (stimmt auch nicht — Anmerk. AK) *werden sie im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich vermehrt Rohstoffe auf dem Weltmarkt kaufen — falls sie bis dahin nicht ebenfalls die billigeren und technisch überlegenen Ersatzstoffe bevorzugen"* (8).

Die Vertröstung der „3. Welt" auf die „Schwellenländer" ist real weniger als ein kleiner Wermutstropfen wert,



Mercedes-Fabrik „Gonzales Catan" in und Silouhette von Buenos Aires hinter den Slums: Reallöhne sanken um mehr als die Hälfte

Quelle: Spiegel

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

denn angesichts der Verschuldungslage gerade dieser Länder werden sich dort kaum neue Absatzmärkte auftun.

4. All das bisher Geschriebene muß abschließend dahingehend relativiert werden, daß der weitaus größte Teil der Ressourcen-Ausbeutung in der ,,3. Welt'' fest in den Händern der multinationalen Konzerne liegt! Es ist ohnehin schon so, daß die Länder der ,,3. Welt'' nur einen Bruchteil (je nach Rohstoff zwischen 10 und 50 %) der Rohstoff-Endpreise erhalten. Darüberhinaus gehen Schätzungen der UNCTAD davon aus, daß die internationalen Konzerne rund 40 % der Industrieproduktion und 50 % des gesamten Außenhandels der ,,3. Welt'' kontrollieren — und daß 33 % der Gesamtausfuhren der ,,3. Welt'' in Wirklichkeit nichts anderes sind als der Handel innerhalb der Filialen des internationalen Großkapitals.

Aus nebenstehender Tabelle geht eindrucksvoll hervor, daß die großen Konzerne fast den gesamten Rohstoffmarkt beherrschen. All dies muß also berücksichtigt werden, um das wahre Ausmaß der Abhängigkeit der ,,3. Welt'' von den imperialistischen Metropolen zu erkennen, sodaß sich die dargestellten Daten nochmals zuungunsten der ,,3. Welt'' verändern.

Und die fast vollständige Kontrolle dieser Konzerne über die Rohstoffmärkte der ,,3. Welt'' wird vor allem über das überlegene technologische know-how, das Monopol der Weiterverarbeitung und der anschließenden Vermarktung abgesichert. In allen drei Bereichen verfügen die Länder der ,,3. Welt'' über keinerlei Mittel, was gerade ihr Charakteristikum als unterentwickelt gehaltene Länder ausmacht.

Zur Struktur des Welthandels

Ein weiteres globales Indiz für die prekäre Lage in der ,,3. Welt'' ist die strukturelle Entwicklung des Welthandels. Die Agrarprodukte sackten im Zeitraum von 1963-1980 von einem Anteil von 29 % auf 15 % ab, die Bergbauerzeugnisse (außer Brennstoffen) halten sich auf einem gleichbleibenden Niveau von etwa 5 %, Brennstoffe konnten ihren Anteil von 10 % auf 24% steigern und der Anteil von Fertigwaren liegt bei 55 %. Bemerkenswert dabei ist, daß der Anteil der ausgeführten Fertigwaren bei den Ländern der ,,3. Welt'' (außer OPEC) bei nur 9 % liegt, woraus nochmals hervorgeht, daß die Warenausfuhren der ,,3. Welt'' hauptsächlich auf Rohstoffen basieren. Nach offiziellen Statistiken jedoch ergibt sich zunächst ein günstigeres Bild für die unterentwickelt gehaltenen Länder; 1980 importierten die Industrieländer nämlich aus der ,,3. Welt'' Waren im Werte von 153,9 Mrd. Dollar — davon 55 % Rohstoffe und 43 % Fertigwaren. Dieses Bild wird jedoch sogleich wieder getrübt, wenn man sich den Posten der ausgeführten

doch sogleich wieder getrübt, wenn man sich den Posten der ausgeführten

Fertigwaren genauer ansieht: Die Posten ,,Textilien und Bekleidung'' machen mit 57 % den Löwenanteil der ausgeführten Waren aus der ,,3. Welt'' aus, gefolgt von anderen Konsum-Fertigwaren wie Schuhe, Sportartikel, Spielzeug usw. Im Bereich der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Schwerindustrie) — ein Indiz für die industrielle Entwicklung eines Landes — liegen die Anteile allesamt deutlich unter 5 %.

Gravierend daran ist, daß 70 % aller exportierten Fertigwaren aus der ,,3. Welt'' allein aus 5 Ländern im südostasiatischen Raum stammen, nämlich aus Singapur, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Indonesien. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß diese Fertigwaren — vor allem Textilien und Bekleidung — zum großen Teil wiederum nicht auf einer eigenständigen industriellen Entwicklung in diesen Ländern beruht, sondern um Fertigwaren aus den Filialen der westlichen Textilkonzerne, die gerade in Südostasien dank niedriger Löhne ihre ,,lohnintensive'' Produktion verlagert haben.

Auch aus einer anderen Sicht kommt man zu den gleichen Ergebnissen. Die Industrieproduktion konzentriert sich in zunehmendem Maße auf wenige Länder der ,,3. Welt'', auch ,,Schwellenländer'' genannt: Allein 5 Länder — Brasilien, Südkorea, Indien, Mexiko und Argentinien — konzentrierten 1980 rund 61,4 % der gesamten industriellen Produktion in der ,,3. Welt'' auf sich — gefolgt von Indonesien, Pakistan, Venezuela, Kolumbien, Iran, den Philippinen, Chile und Ägypten.

Doch zurück zu den Fertigwaren, die ja ein Indiz für den Grad der industriellen, infrastrukturellen Entwicklung eines Landes sind. Wie hoch der Grad der Unterentwicklung in der ,,3. Welt'' ist, geht daraus hervor, daß z.B. die

Fließband in Singapore: ,,Gute deutsche Wertarbeit'' für Niedrigstlöhne

EXPORTE DER UNTERENTWICKELTEN LÄNDER, DIE VON DEN TRANSNATIONALEN UNTERNEHMEN VERMARKTET WERDEN (1976)

	Gesamtexporte (in Millionen Dollar)	Vermarktung durch die transnationalen Unternehmen (in Prozent)
Nahrungsmittel		
Kakao	1 737	85
Bananen	793	70—75
Tabak	1 079	85—90
Tee	827	85
Kaffee	7 831	85—90
Zucker	4 881	60
Reis	1 102	70
Weizen	449	85—90
Landwirtschaftliche Rohstoffe		
Häute und Felle	297	25
Natürlicher Kautschuk	2 202	70—75
Baumwolle	2 692	85—90
Jute	172	85—90
Forstwirtschaftliche Produkte	4 169	90
Minerale und Metalle		
Roherdöl	29 149	75
Kupfer	3 031	85—90
Eisenerz	1 256	90—95
Bauxit	518	90—95
Zinn	604	75—80
Phosphate	850	50—60

ANMERKUNG: Die Zahlen für Erdöl, Kupfer, Eisenerz, Zinn, Häute und Felle beziehen sich auf das Jahr 1973.

QUELLE: UNCTAD. *Dimensionen der Macht der transnationalen Unternehmen*, S. 61.

,,3. Welt'' zu 25,6 % am Abbau von Metallerzen beteiligt ist, aber nur zu 4,1 % an deren Weiterverarbeitung. Oder: Die OPEC hält einen Weltmarktanteil bei der Erdölförderung von 31,2 %, führt aber nur 7,5 % weiterverarbeitete Mineralölprodukte aus. Diese wenigen, eher typischen und exemplarischen Daten mögen genügen, um die Tendenzen zu verdeutlichen, die sich in der Welthandelsstruktur herausgebildet haben. Es ist ein alter Hut, daß der Grad der Industrialisierung in der ,,3. Welt'' äußerst gering ist, die Länder dort weder über Infrastrukturen noch über Kapital verfügen, die ei-

Länder dort weder über Infrastrukturen noch über Kapital verfügen, die ei-

ne eigenständige Entwicklung ermöglichen würde.

Bemerkenswert ist eher die Tatsache, daß weit über 100 Länder der ,,3. Welt'' nach wie vor kaum über das Stadium der handwerklichen Produktion hinausgekommen sind, sondern ihre Entwicklung eher stagniert oder sogar weiter rückläufig ist, da der Imperialismus dazu übergegangen ist, seine Produktion auf wenige Länder der ,,3. Welt'' zu konzentrieren. Die UNO schätzt, daß die Industrieproduktion in den meisten Ländern der ,,3. Welt'' heute noch 3-5 mal unter dem Niveau des zaristischen Rußland vor 1917 liegt. Was die genannten ,,Schwellenländer'' in Südostasien und Lateinamerika betrifft, in denen das Gros von industrieller Produktion erfolgt, müssen folgende Einschränkungen gemacht werden. Gerade diese Länder sind es, die extrem hohe Verschuldungsraten gegenüber westlichen Banken aufweisen; ihre industrielle Produktion dient deshalb in erster Linie nicht den einheimischen Märkten, sondern sind voll exportorientiert, um Devisen zu erwirtschaften. Außerdem werden die Fertigwaren in diesen Ländern hauptsächlich von den Filialen internationaler Konzerne produziert.

Die katastrophale Lage in den meisten ,,Schwellenländern'' selbst hat das ,,Investitionsklima'' stark beeinträchtigt und selbst in diesen Ländern sind die Konzerne kürzer getreten. Anschauliches Beispiel ist z.B. VW do Brasil, das sich aus ihrem Brasilien-Engagement mehr und mehr zurückzieht. Es ist überdies schon gezeigt worden, daß die Schuldenlasten in diesen Ländern bereits zu einem Rückgang ihrer industriellen Entwicklung geführt haben (2).

Hinzu kommt noch ein weiteres Mittel der imperialistischen Staaten, den Ländern der ,,3. Welt'' die Entwicklung einer eigenständigen Produktion und der Herstellung von Fertigwaren nicht gerade zu erleichtern: Es ist dies ein ausgetüfteltes System von Handelshemmnissen und Zollschranken, das sich u.a. dadurch auszeichnet, für Rohstoffe weniger hohe Zölle zu entrichten als für weiterverarbeitete Waren. So liegen die EG-Zölle für Kakao-Bohnen bei nur 2%, für Kakao-Pulver bei 5% und für Schokolade-Produkte bereits bei 12%! (4) Außerdem hat die EG beispielsweise sogenannte Quoten für Importe aus der ,,3. Welt'' festgesetzt, die die mengenmäßigen Einfuhren beschränken, selbst wenn Länder der ,,3. Welt'' ihre Waren billiger anbieten würden. Im Verlaufe der Krise weitete die EG die Quotenbeschränkungen für Waren aus der ,,3. Welt'' von 59 auf 136 Waren aus!

Je höher also der Grad der Verarbeitung einer Ware, desto höher die Zollsätze, damit die ,,3. Welt'' sich ja auf die Lieferungen von Grundstoffen beschränkt.

Die Extraprofite der multinationalen Konzerne

Das ,,Zentrum für Transnationale Studien'' der UNO schätzt, daß Ende der siebziger Jahre rund 11.000 Unternehmen mit rund 82.000 ausländischen Filialen existieren, die den größten Teil des Weltmarktes unter sich aufteilen. Die Beherrschung des Weltmarktes durch mehr oder weniger große Konzerne ging einher mit einer rapiden Zunahme der Kapital-Direktinvestitionen.

Lagen die ausländischen Direktinvestitionen 1971 noch bei 158 Mrd. Dollar, so wuchsen sie auf 450 Mrd. Dollar im Jahre 1980 an. Dabei wurden die meisten Direktinvestitionen unter den OECD-Ländern (19) getätigt, mit steigender Tendenz von einem 69%igen Anteil 1967 auf knapp 80% im Jahre 1980. Umgekehrt gingen also die ausländischen Direktinvestitionen in die ,,3. Welt'' kontinuierlich zurück.

Die Informationen über Direktinvestitionen in die ,,3. Welt'' und vor allem die Kapitalrückflüsse aus diesen Ländern sind verständlicherweise recht spärlich, da sich die Konzerne nicht gerne in die Karten gucken lassen. Dennoch geht aus nebenstehnder Tabelle schon deutlich hervor, welch hohe Extraprofite die internationalen Konzerne in den Ländern der ,,3. Welt'' erzielen und auch, wieviel Kapital aus diesen Ländern wieder abgezogen wird! Dabei ist das auch nebenstehender Tabelle hervorgehende Verhältnis von Investitionen und rückfließenden Gewinnen noch günstig (in etwa 1:2,2). Für die USA liegen noch ganz andere Zahlen vor. Zwischen 1970 und 1980 investierten die großen amerikanischen Konzerne insgesamt 8 Mrd. Dollar in Ländern der ,,3. Welt'', die rückgeführten Gewinne jedoch lagen bei rund 56 Mrd. Dollar, was ein Verhältnis von 1:7 ergibt!

Aus einer weiteren Tabelle für die USA wird noch deutlicher, welche Riesenprofite in der ,,3. Welt'' erzielt werden. Diese Tabelle sei kurz erläutert: Es wird ersichtlich, daß die Direktinvestitionen der USA in die ,,3. Welt'' nur etwa bei 18% liegen (gegenüber rund 80% in die anderen Industrieländer), aber 36% der Gesamtgewinne aus der ,,3. Welt'' stammen, was ca. 46% der gesamten zurückgeführten Gewinne in die USA ausmacht. Außerdem wurden 71% der aus der ,,3. Welt'' stammenden Gewinne zurückgeführt und nur 29% reinvestiert, während die Gewinne aus den anderen Industrieländern nur zu 47% zurückflossen und 53% reinvestiert wurden.

Aus diesen wenigen Daten wird schon ersichtlich, daß den Ländern der ,,3. Welt'' aber diese ,,klassische'' Ausplünderungsform der Direktinvestitionen, des Kapitalexports und seiner profitablen Verwertung dank niedriger Löhne und einer Reihe steuerlicher Vorteile, sehr viel Kapital entzogen wird, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß auf diese Weise seit rund einem Jahrzehnt nicht einmal das meiste Kapital wieder in die Metropole wandert, denn die größte Kapitalabwanderung verläuft seit geraumer Zeit über den rein monetären Sektor (Verschuldungskrise, siehe Anmerkung 2).

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Direktinvestitionen in die ,,3. Welt'' tendenziell zurückgegangen sind. **Die a k t u e l l e Lage jedoch bestätigt die eingangs genannte These, daß die meisten Länder der ,,3. Welt'' für den Imperialismus keine Rolle mehr spielen im Sinne der neokolonialistischen Form der Ausbeutung. Laut einer neueren Studie der OECD betrugen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 1981 nur noch 16. Mrd. Dollar, 1982 sogar nur noch 11 Mrd. Dollar. Nach Schätzung der Weltbank dürften die Investitionen im letzten Jahr sogar auf unter 10 Mrd. Dollar geschrumpft sein (9). Hinzu kommt noch, daß sich diese wenigen Direktinvestitionen auf rund ein Dutzend Länder — vor allem die ,,Schwellenländer'' Lateinamerikas und Südostasiens — konzentrieren und dorthin sogar noch leicht gestiegen sind!**

Um sich zu vergegenwärtigen, was das heißt, sei folgender Vergleich herangezogen: Im Jahre 1982 kletterte der Schuldendienst der Länder der ,,3. Welt'' auf 131 Mrd. Dollar, davon waren 60 Mrd. Dollar an Zinsen fällig. Direktinvestitionen von 11 Mrd. Dollar plus ,,Entwicklungshilfe'' von rund 30 Mrd. Dollar — selbst diese hat also schon die Investitionen glatt überboten! — macht 41 Mrd. Dollar, so daß die Länder der ,,3. Welt'' allein mehr Kapital für Zinszahlungen aufbringen mußten als sie insgesamt an Kapital erhielten!

Die Gründe für diesen faktischen Rückzug, ja von der Abkehr der neokolonialistischen Politik (ausgenommen noch die OPEC sowie die ,,Schwellenländer'') des Kapitalexports liegen zum einen natürlich in der wirtschaftlichen Krise in den Metropolen selbst. Zweitens bedeutet dies, daß die internationalen Konzerne keinerlei ökonomisches Interesse mehr verspüren, in Ländern der ,,3. Welt'' weitere Absatzmärkte zu errichten und ihre Krisenlösung sich daher immer mehr auf die drei imperialistischen Machtzentren USA, EG und Japan bedeutend verschärfen wird, da die Ausweichmöglichkeiten nicht mehr wahrgenommen werden. Und drittens ist diese Entwicklung das Ergebnis der weltweiten Krise des Kapitals, das seine hauptsächliche Verwertung auf der spekulativen Sphäre betreibt und nicht in der produktiven Kapitalanlage.

D., Westberlin

spekulativen Sphäre betreibt und nicht in der produktiven Kapitalanlage.
D., Westberlin
FLUSS DER DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND IN DIE

FLUSS DER DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND IN DIE UNTERENTWICKELTEN LÄNDER UND IN DIE INVESTLÄNDER ZURÜCKFLIESSENDE GEWINNE AUS DEN DIREKTINVESTITIONEN

(kumulativ 1970—1980, in Millionen Dollar)

	Netto-Kapitalfluß für Direktinvestitionen in die unterentwickelten Länder	In Investländer aus Direktinvestitionen zurückfließende Gewinne
Unterentwickelte Länder	62 615	139 703
Lateinamerika	33 437	38 642
Afrika	10 341	23 916
Naher Osten	57*	—48 619
Süd- und Südostasien	18 048	27 260
Ozeanien	732	1 266

* Diese niedrige Zahl ergibt sich aus der Umkehrung der Richtung der Investitionen in diesem Zeitraum im Nahen Osten.

QUELLE: UNCTAD. *Handbook of International Trade and Development Statistics. Supplement 1981*, Seiten 264 und 265

VEREINIGTE STAATEN 1970—1980
NETTOFLUSS DER DIREKTINVESTITIONEN, ZURÜCKGEFÜHRTER UND REINVESTIERTER GESAMTGEWINN, NACH AUSGEWÄHLTEN REGIONEN

(in Millionen Dollar)

Investitionsempfänger	*A*	*B*	*C*	*D*	*E*	*F*
Alle Regionen	44 009	122 705	97 283	219 988	56	18,4
Entwickelte kap. Länder	35 399	63 482	71 850	135 332	47	16,6
Unterentwickelte Länder	7 992	55 988	23 338	79 326	71	24,1
Nicht spezifizierte Länder	618	3 235	2 095	5 330	61	15,1

A: Nettofluß der Direktinvestitionen
B: In die Vereinigten Staaten zurückgeführter Gewinn
C: Neuinvestierter Gewinn
D: Gewinn insgesamt
E: Verhältnis zwischen in die USA zurückgeführten Gewinnen und Gesamtgewinn (Prozent)
F: Gewinnrate aus den 1981 getätigten Investitionen (Prozent)

QUELLE: *Survey of Current Business*, August 1980 und 1981

Anmerkungen:

1) Das Wesen des Neokolonialismus besteht grob gesagt in der Einflußnahme und Kontrolle mittels des Kapitalexports, um in Ländern der „3. Welt'' in mehr oder weniger großem Umfang einen einheimischen Markt, einen damit einhergehenden bescheidenen Industrialisierungsprozeß in Gang zu setzen, der den internationalen Konzernen natürlich Extraprofite sichert;
2) Vergleiche dazu „Arbeiterkampf'' Nr. 245: „Wucherzinsen ruinieren die ,3. Welt' '';
3) Fidel Castro, „Die ökonomische und soziale Krise in der Welt'', Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, 1983, Verlag „Zeit im Bild Dresden'', DDR. Soweit nicht andere Quellen angegeben, entstammen die meisten Daten und Fakten diesem sehr lesenswerten Buch, das sich hauptsächlich auf Quellen von UNO-Organisationen und der OECD stützt;
4) „FR'', 11.6.1983;
5) „FAZ'', 22.8.83 und „FR'', 4.1.84;
6) Für die OPEC siehe „Arbeiterkampf'' Nr. 233: „Von der Ölmacht zur Ohnmacht''; hier wurde nachgezeichnet, wie der Imperialismus das bislang zumindest zeitweise wirkungsvollste Kartell paralysierte. Die Methoden, derer er sich bediente, sind auch auf alle anderen Kartelle zu übertragen;
7) „FAZ'', 20.3.84;
8) „Die Zeit'', 7.5.82;
9) „FAZ'', 19.3.84;
10) Das Mittel der Substitution spielt auch bei agrarischen Industrierohstoffen eine große Rolle, z.B. für den Ersatz von Baumwolle, Jute, Sidal oder Kautschuk, die durch synthetische Stoffe ersetzt werden.

Norbert Ney

FRIEDENS-Politiker beim Wort genommen

Die neue konventionelle Auf-, Vor- und Nachrüstung der NATO - und ihre sozialen Folgen

I.

,,Die Schriftsteller können nicht so schnell schreiben, wie die Regierungen Krieg machen können: denn das Schreiben verlangt Denkarbeit!'' Bert Brecht

Der heiße Herbst ist vorbei, die millionenfachen Proteste gegen die Stationierung der 108 Pershing 2-Raketen und die 464 landgestützten Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Europa sind verhallt — ohne Wirkung. Die Stationierung ist angelaufen. An den Verhandlungstischen herrscht Schweigen und in den Köpfen der Aufrüstungsgegner Ratlosigkeit. Wieviel Kraft, Zeit, Geld und Energie hat man ein ganzes Jahr lang verpulvert — für nichts. Während wir uns noch eifrig bemühten, die waffentechnischen und angriffstaktischen Details der neuen Raketen zu studieren, Strategien zu diskutieren und über Formen des gewaltfreien Widerstands nachzusinnen, wird in den USA ein Mammutprogramm konventioneller Auf- und Vorrüstung ausgebrütet und durchgeboxt, das unvorstellbare Ausmaße annimmt. Was sich da abzeichnet, ist ein so gigantisches Rüstungsprogramm, daß mich das allgemeine Schweigen der sonst so rührigen und lautstarken Friedensgruppen doppelt hellhörig macht.

II.

Ronald Reagan, 72, US-Präsident, wurde von der ,,New York Times'' nach seiner Lieblingslektüre befragt. Seine Antwort: ,,The Third World War: August 1985'' (Der dritte Weltkrieg) des englischen Ex-Generals John Hackett, der in seinem Buch einen begrenzten atomaren Konflikt in Europa schildert, den die USA am Ende siegreich überstehen. (aus: der ,,Stern'')

Die nukleare Aufrüstung ist nur ein Teilaspekt des Nato-Langzeitprogramms (Long Term Defense Programm), das während des Nato-Gipfels im Mai 1978 in Washington vereinbart wurde. Daneben laufen Forschungsprogramme für neue Laser-Strahlenwaffen, deren Risiken und Folgen heute noch unabsehbar sind. Die weitere Entwicklung biologischer und chemischer Waffen versteht sich in einem solchen Langzeitprogramm von selbst. Aber den Schwerpunkt der Nato-Aufrüstung für das laufende Jahrzehnt bildet die konventionelle Aufrüstung. Der amtierende Oberste Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Bernard W. Rogers, hat hierzu Pläne vorgelegt. Dieser ,,Rogers-Plan'' ordnet sich in die US-Strategie zur siegreichen Führung mehrerer und längere Zeit andauernder konventioneller wie nuklearer Kriege in verschiedenen Weltregionen ein. Der Hintergrund dieser Strategie ist klar: Erzwingung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kapitulation der Staaten des Warschauer Paktes.

,,Wörner äußerte die Ansicht, die Sowjetunion werde nicht mehr lange in der Lage sein, beim Wettrüsten mit den USA Schritt zu halten.'' (,,Frankfurter Rundschau'', 11.10.83)

Die Grundlage dafür bildet ein breit gefächertes System von Offensivoperationen bis hin zu einem strategischen Entwaffnungsschlag, also eine weitere Veränderung der bisherigen sog. Vorneverteidigung in eine offensive Vorwärtsstrategie. Der Rogers-Plan sieht z.B. die Einführung weitreichender konventioneller Präzisionswaffen und modernster Aufklärungs- und Führungseinrichtungen vor. Im Falle eines ,,bewaffneten Konflikts in Europa'' sollen Vernichtungsschläge gegen die Verstärkungskräfte des Warschauer Pakts bereits in deren Bereitstellungsräumen geführt werden können: Liquidierung von Truppenkonzentrationen, Verbindungswesen, Flugplätzen usw. Verstärkungen des Gegners sollen so abgeschnitten, isoliert und schließlich überrannt werden, damit der Angriff in die ,,Tiefe des Gegners'' durchgeführt werden kann. Sandkastenspiele für einen netten, kleinen Erstschlag .:.

III.

Für den ,,Kreuzzug gegen den Kommunismus'' sind selbstverständlich neue Waffen notwendig. Die Rüstungsforscher müssen ja was zu tun haben. In der Diskussion ist die Anschaffung von Boden-Boden-Raketen mit präzisionsgelenkten nicht-nuklearen Einsatzmitteln, von neuen Munitionsarten, die Start- und Landebahnen, Rollbahnen und Brücken zerstören können, von Überwachungs- und Zielerfassungs- und -bekämpfungssystemen, die eine Entfernung von 100-200 km überbrücken können, darunter elektro-optische Bilddarstellungssysteme, Funksender-Ortungssysteme, Allwetter-Ortungs- und Lenksysteme, von bodengestützten Radarsystemen, die Truppen innerhalb von 20 km in der ,,Bekämpfungszone'' orten und die entsprechenden ,,Zielzuweisungen'' vornehmen können, außerdem von Zielplanungs-, bekämpfungs- und Informations-Verknüpfungssystemen.

Das muß man sich einmal alles langsam auf der Zunge zergehen lassen, um das Ausmaß des Irrsinns in diesen Köpfen zu kapieren. Die angestrebte qualitativ neue Stufe konventioneller Kriegsführung der Nato ist aber keinesfalls etwa als Alternative zu einem frühzeitigen Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen geplant. Von wegen. Sie läuft vielmehr auf eine noch engere Verkoppelung der nuklearen mit der konventionellen Einsatzplanung hinaus. Hier soll der Wahnsinn aller Rüstungsbereiche perfekt vernetzt werden.

IV.

,,Amerikanische Truppen stehen auch auf deutschem Boden, um amerikanische Interessen in Deutschland zu verteidigen.'' Peter Merseburger in seinem neuen Buch ,,Die unberechenbare Vormacht''

Wem hierzu nur Millowitsch einfällt (Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?), dem gibt Rogers deutlich Antwort: um dies alles finanzieren zu können, fordert er ,,ein jährliches reales Wachstum der Verteidigungsausgaben im Bündnis von rund vier Prozent'' im Durchschnitt für die Jahre 1983-1988. Und blauäugig fügt er hinzu: ,,Das ist nur ein Prozent mehr als die dreiprozentige reale Zunahme pro Jahr, welche die Nationen im Jahre 1977 als Ziel vereinbart hatten.'' Und schließlich: ,,Für einige Nationen betrüge der notwendige jährliche Zuwachs mehr als 4 Prozent, für andere weniger.''

(,,Das atlantische Bündnis, Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt'', v. B.W. Rogers, in: Europa- Archiv, Folge 12, 1982, S. 378ff).

Diese anvisierte Stärkung des ,,dritten Elements'' der Nato-Triade im Rahmen der nach wie vor als gültig erklärten ,,Strategie der Flexiblen Erwiderung'' ist längst aus dem Stadium der theoretischen Grübeleien heraus. Jetzt tritt die ,,praktische Umsetzung'' in den Vordergrund — in Gestalt von General Saceur Rogers, nachzulesen u.a.:
Rede vor der Vereinigung der US-Army am 3.10.1982
Rede auf der 28. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung vom 15.-19.11.82
Artikel in ,,Europa-Archiv'', Heft 12/82
Beitrag in ,,Europäische Wehrkunde'', Heft 1/1983

Bei allen multilateralen Sitzungen der Nato in jüngster Zeit spielte diese angestrebte konventionelle Aufrüstung eine wichtige Rolle, wie das Kommunique der Tagung des Rüstungsplanungsausschusses von Anfang Juni 1983 in Brüssel belegt. Bereits Ende November 1982 stimmte der Militärausschuß (MC) auf der Ebene der nationalen Stabschefs dem Rogers-Plan zu, wie kurz danach auch die Nato-Verteidigungsminister auf ihrer Dezember-Tagung. Einen weitergehenden Schritt in Richtung ,,praktische Umsetzung'' stellte das Symposium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik am 4. und 5. Oktober 82 in der Bundeswehr-Anlage WAHN dar (was für ein treffender Name!). Hier trafen sich hochrangige Vertreter des US- und des deutschen Verteidigungsministeriums — Staatssekretäre und Generale — sowie Vertreter der forschenden und entwickelnden Industrie beider Länder (vgl. Europäische Wehrkunde, Heft 1/83, S. 14).

Die Militärs meldeten also ihre Waffenwünsche an und die Industrie wird sich beeilen, sie zu erfüllen. Jawoll!! Ebenso wie Nato-Oberbefehlshaber Rogers ließ kein Teilnehmer dieser Runde irgendeinen Zweifel darüber aufkommen, daß mit der ,,konventionellen Verbesserung'' keine Abstriche am nuklearen Teil verbunden sein dürften. Also stehen uns allen zusätzliche grandiose finanzielle Belastungen ins Haus — und Kohl und Wörner werden schon einen Weg finden, es aufzutreiben...

Den europäischen ,,Verbündeten'' werden von ,,unseren amerikanischen Freunden'' neue **zusätzliche** Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe aufgebürdet. Schon für 1983 kämpfte Rogers um weitere 3,8 Milliarden Dollar, deren Hauptanteil die Germans liefern sollten — mehr als 657 Millionen Dollar. Wenn man davon ausgeht, daß Länder wie Portugal, die Türkei, Griechenland, Dänemark, Luxemburg und Italien sich außerstande sehen werden, dieser Zahlungsaufforderung nachzukommen, dann wird das bedeuten, daß der Anteilschlüssel für die Bundesrepublik noch weit ungünstiger ausfallen muß! Für alle weiteren Jahre sind erneut zusätzliche Rüstungsmilliarden geplant. Donald R. Cotter, ehemals Assistent des USA-Verteidigungsministers für nuklearstrategische Angelegenheiten, geht von insge-

Fortsetzung nächste Seite

militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kapitulation der Staaten des Warschauer Paktes.

,,Wörner äußerte die Ansicht, die Sowjetunion werde nicht mehr lange in der Lage sein, beim Wettrüsten mit den USA Schritt zu halten.'' (,,Frankfurter Rundschau'', 11.10.83)

Die Grundlage dafür bildet ein breit gefächertes System von Offensivoperationen bis hin zu einem strategischen Entwaffnungsschlag, also eine weitere Veränderung der bisherigen sog. Vorneverteidigung in eine offensive Vorwärtsstrategie. Der Rogers-Plan sieht z.B. die Einführung weitreichender konventioneller Präzisionswaffen und modernster Aufklärungs- und Führungseinrichtungen vor. Im Falle eines ,,bewaffneten Konflikts in Europa'' sollen Vernichtungsschläge gegen die Verstärkungskräfte des Warschauer

Jahr, welche die Nationen im Jahre 1977 als Ziel vereinbart hatten.'' Und schließlich: ,,Für einige Nationen betrüge der notwendige jährliche Zuwachs mehr als 4 Prozent, für andere weniger.''

(,,Das atlantische Bündnis, Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt'', v. B.W. Rogers, in: Europa- Archiv, Folge 12, 1982, S. 378ff).

lungsaufforderung nachzukommen, dann wird das bedeuten, daß der Anteilschlüssel für die Bundesrepublik noch weit ungünstiger ausfallen muß! Für alle weiteren Jahre sind erneut zusätzliche Rüstungsmilliarden geplant. Donald R. Cotter, ehemals Assistent des USA-Verteidigungsministers für nuklearstrategische Angelegenheiten, geht von insge-

Fortsetzung nächste Seite



KRIEG UND LEICHEN - IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN

samt mehr als 10 Milliarden Dollar für den konventionellen Teil der Nato-Aufrüstung aus. Selbstverständlich sollen die europäischen Bündnispartner ,,den ihnen angemessenen Anteil'' beizusteuern haben werden. Aber diese 10 Milliarden Dollar sind vor dem Hintergrund der zunehmenden Kostendiskussion, besonders in den kleinen Nato-Ländern, mit Sicherheit wesentlich zu tief angesetzt. (Donald R. Cotter, ,,Eine moderne integrierte Konzeption für die Vorneverteidigung Westeuropas'' in: Europäische Wehrkunde, Nr. 1/1983, S. 20.)

V.

> ,,Für den Ehefrieden: Soldaten-Frauen, marsch, marsch! Soldaten der britischen Rheinarmee waren zur Liebe zu müde, die Ehefrauen waren böse. Jetzt wurden die Damen in Uniformen gesteckt, mußten 5 Kilometer bepackt marschieren. Siehe: Es herrscht wieder Ehefriede.'' (aus: ,,Bild'')

Angesichts eines bisher schon unverhältnismäßig hohen Rüstungsetats von über 46 Milliarden Mark und angesichts weiterer Zusagen der CDU/CSU-FDP-Katastrophenregierung an den amerikanischen Freund für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel (beispielsweise sicherte Verteidigungsminister Wörner während des ersten USA-Besuchs von Bundeskanzler Kohl im November 1982 zu, daß sich die Bundesrepublik von 1984 an mit weiteren 350 Millionen DM am Nato-Infrastrukturprogramm beteiligen werde), muß die Frage nach den Folgen solcher Rüstungseskalation laut und heftig gestellt werden. Bereits vor dieser Konferenzserie informierte die ,,Frankfurter Rundschau'' (am 29.11.82), daß die deutscher Seite daran denke, ,,bei der zusätzlichen Finanzierung, die der Rogers-Plan erforderte, auf Gelder zurückzugreifen, die aus den überproportionalen Zuwachsraten bei der Forschung und Entwicklung gewonnen werden können''. Klartext: Zusätzliche Gelder für den Rüstungsetat wurden bisher stets durch eine Umverteilung des Gesamthaushaltes erzielt. Dabei wurden und werden aber nicht nur die wichtigen Ressorts Forschung und Entwicklung beschnitten, sondern in hohem Maße besonders der gesamte soziale Bereich. Umschichtung zugunsten der Militärausgaben sind seit langem Praxis. Die Haushaltsoperationen 82 und 83 zeigen das gerade auch in den Bereichen Arbeit und Soziales, Gesundheits- und Bildungswesen. Zynisch wird von der ,,Beseitigung bestimmter Auswüchse im Sozialbereich'' gesprochen. Aber zwischen April 1980 und Mai 1981 wurden dafür die Militärausgaben dreimal nachträglich um insgesamt 2,5 Milliarden gesteigert:

1. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 80 für Rüstungsbeschaffungen und Militärhilfe für die Türkei um 960 Millionen DM.
2. Im Dezember 80 um 700 Millionen DM, damit die enorme Kostenexplosion beim Kampfflugzeug MRCA-Tornado kurzfristig aufgefangen werden konnte.
3. Im Mai 1981 abermals für die MRCA-Tornado um 850 Millionen DM, um verteuerte Betriebsstoffe u.a. abzusichern.

In erster Linie mußten die Etats Verkehr, Arbeit und Soziales, Forschung und Entwicklung für diese Zusatzausgaben bluten. Bei den sog. Sparaktionen im Juli 81 um 15 Milliarden DM wurde z.B. bei der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung, den Lohnzuschüssen für ältere Arbeitnehmer, bei den Kriegsopferrenten, bei Wohn- und Mutterschaftsgeld kräftig gekürzt. Der Rogers-Plan wird wesentlich tiefergehendere Schnitte verursachen.

Die Milliarden für technologisch fortgeschrittene konventionelle Waffen und elektronische Aufklärungs- und Führungseinrichtungen kommen durch rabiateste Plünderung der bundesdeutschen Bürger zustande — hier 4 Beispiele:
1 . Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung. Sie wird erreicht durch die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen wie z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld. Dadurch ergeben sich nach Schätzungen der Bundesregierung für 1984 Mehreinnahmen von fast 4.5 Mrd. DM

Die Milliarden für technologisch fortgeschrittene konventionelle Waffen und elektronische Aufklärungs- und Führungseinrichtungen kommen durch rabiateste Plünderung der bundesdeutschen Bürger zustande — hier 4 Beispiele:

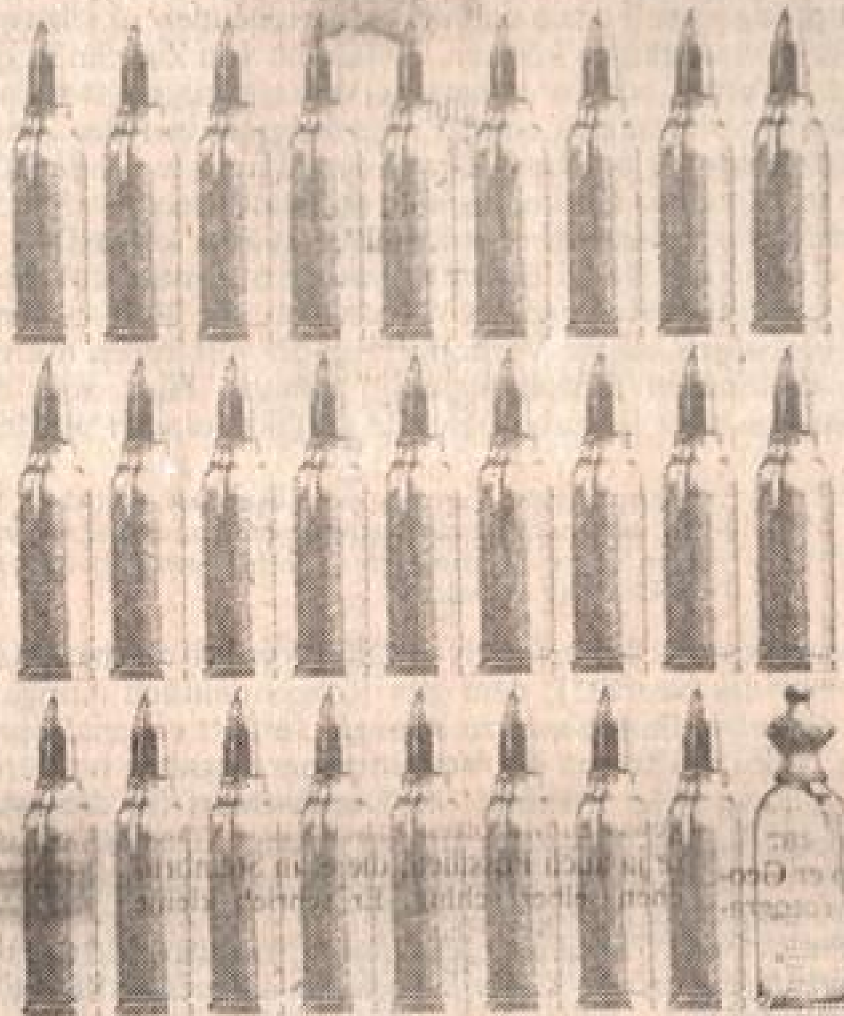
1 . Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung. Sie wird erreicht durch die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen wie z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld. Dadurch ergeben sich nach Schätzungen der Bundesregierung für 1984 Mehreinnahmen von fast 4,5 Mrd. DM und bis 1987 von insgesamt gut 20 Mrd. DM.
2. Erhöhung des Arbeitslosenpflichtversicherungs (AV)-Beitrages ab Januar 1983 von bisher 4 auf 4,6% des Bruttoeinkommens, was einer zusätzlichen Belastung der Arbeitnehmer von etwa 3,5 Mrd. DM entspricht.
3 . Einsparung bei der Abführung der rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose an die Rentenversicherung. Die Bundesanstalt für Arbeit führt sie nur noch in der Höhe des Arbeitslosengeldes statt wie bis Ende '82 für den vollen Bruttolohn ab. Diese Maßnahme wirkt sich deshalb reichlich negativ auf die spätere Höhe der Rente aus — aber rund 5,5 Mrd.DM werden für weitere Rüstungsausgaben eingespart...
4 . Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeits- und Schlechtwettergeld für Arbeitnehmer ohne Kinder von 68 auf 63% des vorherigen Netto-Arbeitslohnes. Jährliche Einsparung: noch einmal 1,2 Mrd.DM.

Alles nach dem beliebten Motto: Was? Schon wieder ein Krankenhaus? Und noch einen Kindergarten? Ist ja Wahnsinn — dafür könnte man glatt drei neue Tornados bezahlen...!

VI.

> ,,Es wäre doch gelacht, wenn ... eine notwendige Nachrüstung bei uns vor lauter Demokratie nicht möglich wäre!''
>
> Der Vilshofener CSU-Bundestagsabgeordnete Klaus Rose 1983
> (lt. ,,Spiegel'', Nr. 44/1983)

In Jahren steigender Arbeitslosigkeit ist der Hinweis ,,Eine weitere Rüstung schafft und sichert Arbeitsplätze'' blendend geeignet, die öffentliche Meinung für Rüstungsaufträge damit auch den Rüstungsexport einzunehmen. Ein gefährliches und gefährlich falsches Argument. Aber Vertreter unserer Rüstungslobby argumentieren gerne mit diesem Stuß. Der empirischen Prüfung hält keines dieser Argumente stand. Zu zahlreich sind die objektiven Fakten, wonach eine unterstellte Verbesserung der Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft durch Umsetzung von Know How aus dem Rüstungssektor nachweislich nicht zutrifft. Ganz im Gegenteil wird die wirtschaftliche Lage durch einen hohen militärischen Forschungs- und Entwicklungsaufwand eher drastisch verschlechtert, je länger ein solcher Zustand künstlich aufrechterhalten wird, weil z.B. auch die ohne Zweifel hier mehr oder weniger zufällig entstehenden zivilen Neben- und Abfallprodukte durch direkte Förderung ohne den militärischen Umweg wesentlich billiger und mehr am Bedarf orientiert zu erstellen wären. Untersuchungen der UNO und OECD belegen diesen kostspieligen Umweg. Zwar wird hohe Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich durch hohe Militärausgaben verursacht, aber der Zusammmenhang zwischen zunehmenden Rüstungsausgaben, verstärkten wirtschaftlichen Problemen und steigender Arbeitslosigkeit ist nachweisbar. Beste Beispiele sind Länder wie Großbritanien und die USA, wo Militärausgaben 5 und mehr Prozent des Bruttosozialproduktes schlucken. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Automatisierung aber sind nicht zu trennen und so kommt es zu der logischen Entwicklung, daß gleichzeitig mit zunehmender qualitativer Aufrüstung in volkswirtschaftlichen Dimensionen nicht nur Arbeitskräfte im zivilen Bereich ihre Arbeitsplätze einbüßen, sondern gerade auch der Rüstungssektor selbst Arbeitskräfte 'freisetzt', freisetzen muß, um den Zwängen der rasch steigenden Automatisierung zu begegnen. Es handelt sich also um ein ‚Stabilisierungsprogramm' von Verrückten, die Wachstum und Arbeitsplatzsicherung auf der Basis von Rüstungsindustrie versprechen. Leider haben selbst Gewerkschaften an diesem Katastrophenprogramm mitgewirkt. Außerdem kommt hinzu, daß der internationale Absatzmarkt für Rüstungsgüter alles andere als stabil ist und damit auch die Rüstungsindustrie hier permanenten Auftrags- und damit eben auch Beschäftigungsschwankungen ausgesetzt ist. Ein Teufelskreis mit Dynamitantrieb!



VII.

> ,,Sperber ...geht noch weiter, als dies sogar der amerikanische Präsident in seinen diplomatischeren Äußerungen tut.(...) Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels plädiert nolens volens für in Weiterdrehen an der Rüstungsschraube, mit der originellen Abwandlung, daß Westeuropa sich selbst in den Zustand einer Supermacht versetzen müsse, um der Konfrontation der beiden vorhandenen sich entziehen zu können.. Ist dies konsequentes Denken eines Friedenspreisträgers? Wer vielen europäern aggressive Undanbarkeit gegenüber Amerika bestätigt, der mag zu solchem

VII.

> ,,Sperber ...geht noch weiter, als dies sogar der amerikanische Präsident in seinen diplomatischeren Äußerungen tut.(...) Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels plädiert nolens volens für in Weiterdrehen an der Rüstungsschraube, mit der originellen Abwandlung, daß Westeuropa sich selbst in den Zustand einer Supermacht versetzen müsse, um der Konfrontation der beiden vorhandenen sich entziehen zu können.. Ist dies konsequentes Denken eines Friedenspreisträgers? Wer vielen europäern aggressive Undanbarkeit gegenüber Amerika bestätigt, der mag zu solchem Schluß einer aggressiven Dankbarkeit kommen...''
> (‚Frankfurter Rundschau'')

Weitere Milliarden für neue ‚Generationen' hochpräziser, weitreichender konventioneller Waffen, verbunden mit einer komplexen elektronischen Kriegsführung, sollen nach dem Willen unserer tiefschwarzen Aufrüstungsregierung durch weitere 5 ‚Sparkomplexe' freigesetzt werden:

1. Verschiebung der nächsten Anpassung der Regelsätze für Sozialhilfe an die Preiserhöhungen vom 1.1.83 auf den 1.7.83 oder später... und um nur 2% statt 3. Davon betroffen waren 2,14 Mio. Sozialhilfeempfänger — inzwischen sind es weit mehr. Zudem fiel die Kürzung in der Praxis noch drastischer aus als geplant.
2. Verringerung der nächsten Rentenanpassung an die Preiserhöhungen Mitte 84 von 5 auf etwa 3 % und durch die beschlossene Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner nur auf etwas über 1%. Laut Minister Blüm eingespart: 1,3 Mrd.DM. Aber: eingespart von wem — und für was?
3. Beschleunigung der Mietsteigerungsmaßnahmen, Einführung von sog. Staffelmieten auf bis zu 10 Jahren hinaus und nicht nur wie bisher auf Neubauwohnungen beschränkt, sondern selbst für den Sozialwohnungsbau! Dazu Einführung der Vergleichsmiete im freifinanzierten Wohnungsbau, bei der Hauseigentümer völlig freie Hand haben werden. Betroffen werden vor allem einkommensschwache Gruppen sein...
4. Weitere drastische Erhöhungen bei Krankengeldzahlungen und Leistungen des Gesundheitswesens, Erhöhung der Rezeptgebühre pro Medikamet und Erhöhung der Krankenhaustagessatz-Zuzahlungen sowie Erhöhung der Tageszuzahlungsgebühren bei Kuren! Krankengeld soll künftig mit Beiträgen zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung belastet werden. Jeweils die Hälfte der Beiträge sollen Krankengeldbezieher und Krankenkassen berappen. Klartext: Krankengeld wird dadurch indirekt — aber real — um 11,5% gekürzt. Rentner zahlen ab 1.7.83 Krankenversicherungsbeiträge (1%), der bis 1985 auf 5% erhöht werden soll. Allein diese Maßnahme bringt weitere rund 2,5 Mrd. DM ein!
5. Einführung einer Einkommensgrenze für Kindergeldbezug. Bei Familien mit zwei Kindern und einem Nettojahreseinkommen ab 42.000 Kürzung des Kindergeldes für das zweite Kind von 100 auf 70 DM und für weitere Kinder von 220 auf 140 DM, bei Anhebung der Einkommensgrenze ab dem 3.Kind um je 7.200 DM.

Ein anderes Kapitel besonders üblen Sozialabbaus stellen die Kürzungen der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten dar. 1982 wurden noch rund 520.000 Schüler und 350.000 Studenten gefördert. Nach dem mörderischen Streichkonzert werden es noch 70.000 Schüler und maximal 50.000 Studenten sein. Weiter vorgesehen sind z.B. auch, die ,,Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz'', kurz Bafög genannt, nur noch zu gewähren bei ,,unzumutbarer Entfernung zum Wohnort'' — diese Zahl liegt bei etwa 6% der geförderten Schüler an Gymnasin und bei rund 16% der Schüler insgesamt — d.h. die Förderung würde für 84% der insgesamt geförderten Schüler gestrichen! Für eine Familie mit zwei Kindern und netto 1900 DM ist das ein Verlust von praktisch 500 DM monatlich, also 26% des Haushaltseinkommens. Die Bafög-Leistung für Studenten sind auf Darlehensbasis umgestellt worden. Davon sind ca.300.000 Studenten betroffen — rund 86% (der bislang geförderten - anm.d.red.) (,,FR'', 15.4.82). Für insgesamt eine Million Arbeitsnehmer- und Angestelltenhaushalte bedeutet dies massive soziale Verschlechterungen. Angesichts einer steil ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit, dem zunehmenden Lehrstellenmangel und angesichts der rapide zunehmenden Zahlen arbeitsloser Akademiker (und die mit einem künftigen Studium verbundene hohe Verschuldung) bleiben diesen Bevölkerungsgruppen in weit größerem Maße als bisher die Stätten der Bildung verschlossen...

VIII.

> ,,Gestreßsein und bittere Mienen sind Signale des Sozialismus.''
> ,,Die Befruchtung ist keine Einbahnstrasse.''
> ,,Wer ja sagt zur Familie, muß auch ja sagen zur Frau.''
> ,,Wir sind alle eine große gemeinsame Friedensbewegung.''
> ,,Wissen Sie, wo die Kabinettsliste liegt? Ich habe sie auf der Toilette vergessen.''
> (Worte des Kanzlers Kohl, 1983)

Das Versprechen von Bundeskanzler Kohl, 1983 allen Jugendlichen , die ,,ausbildungsbereit und ausbildungsfähig'' sind, eine ,,ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen'' anzubieten, hat sich als politischer Treppenwitz herausgestellt. Nie gab es mehr Arbeitslose, nie so viele arbeitslose Jugendliche als zur Jahreswende 83/84. Und die vorgesehenen bzw. eingeleiteten Schritte sind ganz im Gegenteil eindeutig zu Lasten der Jugendlichen gegangen, insbesondere was den Jugendarbeitsschutz anbelangt. Aber Kohl hat noch weitere ‚Aktionen' im Köcher, z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14%, von 6 auf 7 % bei Lebensmitteln, was erneute Preiserhöhungen von 1% bedeutet und weitere Milliarden in das Staatssäckel fließen läßt. Wofür all dies Geld?

Nehmen wir noch die lächerliche Steigerung der Nettolöhne für Arbeitsnehmer um ca. 1% dazu (im Gegensatz dazu ist für 1983 z.B. ein Anstieg der Unternehmer-NETTOGEWINNE um 9% angenommen worden), und den damit in direktem Zusammenhang stehenden negativen Einfluß auf den privaten Verbrauch sowie den drastischen Umsatzrückgang des Einzelhandels, insbesondere bei langlebigen Konsumgütern, dann kommt dabei heraus: Arbeitslose und Kurzarbeiter, Rentner und Sozialhilfeempfänger, Kranke und Kinderreiche, Schüler und Studenten, Verbraucher und Einzelhändler — in erster Linie also alle sog. sozial Schwachen werden zur Kasse gebeten, um den Wahnsinn dieser neuen konventionellen NATO-Aufrüstung zu bezahlen. Und wie nennt dieser unser Bumm-Bumm-Kanzler das?

> ,,Unsere Politik der Erneuerung verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik!'' (,,WAZ'', 14.10.82)

ger, Kranke und Kinderreiche, Schüler und Studenten, Verbraucher und Einzelhändler — in erster Linie also alle sog. sozial Schwachen werden zur Kasse gebeten, um den Wahnsinn dieser neuen konventionellen NATO-Aufrüstung zu bezahlen. Und wie nennt dieser unser Bumm-Bumm-Kanzler das?

,,Unsere Politik der Erneuerung verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik!'' (,,WAZ'', 14.10.82)

IX.

Abschließend sei noch auf einen Aspekt hingewiesen, den Rogers und seine Anhänger gern verschweigen: daß die Europäer in den kommenden Jahren um mehr als das Doppelte zur Kasse gebeten werden sollen. Jene Waffensysteme, mit denen die ‚Air Land Battle 2000' ausgefochten werden sollen, werden die Europäer in den kommenden Jahren wesentlich teurer zu stehen kommen, als die Pershings und Missiles heute zusammen. Einigen Regierungen scheinen diese Pläne so sympathisch zu sein, weil sie davon ausgehen, mit diesen Rüstungsplänen einen erheblichen Teil der eigenen Industrie füttern zu können. Die Schärfe der bisherigen Auseinandersetzungen um die 'Einbahnstraße Rüstungskooperation' sollte ihnen hingegen klar machen, daß die US-Administration alles unternehmen wird, um sich den Löwenanteil der Neuaufträge bei konventionellen Waffensystemen unter den Nagel zu reissen. Europa jedoch, so steht es nachlesbar im Rogers-Plan, ird vor allem zur Kasse gebeten werden. Um nichts anderes geht es.

X. Nuclear War/ Air Land Battle 2000 à la USA:

> ,,Ein lustiges Kartenspiel mit einer frechen Sichtweise internationaler Diplomatie, Propaganda und schließlich: Holocaust! Zwei bis sechs Spieler engagieren sich in heiklen Verhandlungen, bis ein Kriegstreiber auf den Knopf drückt! Dieses fröhliche Kartenspiel ist leicht zu lernen und schnell zu spielen. Aber aufgepaßt: Wenn alle vernichtet sind — hat niemand gewonnen! ...Vor Spielbeginn erhält jeder Spieler ein paar Millionen Menschenleben als Startkapital. Außerdem wird jedem ein Handikap auf einer Geheimkarte zugeteilt. Manche trifft es besonders hart: 'Zwei Millionen der Pazifisten im Land des Feindes protestieren gegen den Atomkrieg und wechseln in Dein Land über', oder: 'Zwei Millionen der Bevölkerung des Feindes wandern in dein Land aus in der Hoffnung, von den Wohltaten Deines Systems zu profitieren'. Schlimm. Da ist dies schon besser: 'Du hast den Feind in ineffektive und zeitraubende Gipfelgespräche verwickelt. Wegen seiner sinnlosen Bemühungen muß er einmal aussetzen.' Wenn die Bevölkerung eines Mitspielers vollkommen vernichtet ist, herrscht wieder Frieden im Land. Wenn Sie Glück haben, erwischen Sie gleich 30 Millionen auf einen Streich...''
> (aus: ,,Die Zeit'', Nr. 42/ 14.10.1983, über das US-Spiel ‚Nuclear War')

IM TAKT UND AUCH INTAKT



Die harten Zeiten machen die jungen Leute mutig. Mit aller Entschlossenheit sollen sie jede Chance nutzen — und dazu gehört das gute, das „richtige'' Auftreten. Auch im privaten Kreis. Die Orientierung muß stimmen: nach oben, zur Leistung hin. Da scharen sich stets Gleichgesinnte umeinander. Kritische Muffeltypen meiden sie, wie der Teufel das Weihwasser.

Christine Pries (22) studiert Germanistik/Philosophie

„Philosophie würde ich nicht mehr studieren, lieber eine Fremdsprache. Das ist konkreter und läßt sich später gut anwenden"

* * *

Heinzmanns Männerbund kämpft gegen „Homos'' und „Flintenweiber'', gegen „Politmiezen'' und „politsexualisierte Frauen''. Schon vor Jahren riefen HTS-Studenten, denen der Westen als „schlapp und dekadent'' erscheint, nach einem „Pinochet für Portugal'' und auch nach einem starken Mann, der Deutschland „mit Zähnen und Klauen und mit Gewalt'' zu verteidigen bereit sei. Strauß ist für den HTS der „beste Politiker des gesamten Westens''.
[*HTS: Hochschulring Tübinger Studenten*]

Dieser Junge stammt aus einem konservativ gefestigten, sparsamen und gläubigen Elternhaus.

Er war ein Nachkömmling, ein Kind, das aus familiärem Leid in die Welt gesetzt wurde. Das Nesthäkchen wurde umhegt und behütet.

Eine Nachbarin: „Gundolf war immer ein unkompliziertes, ruhiges Kind. Er hat nie schlimme Streiche gemacht — außer, daß er vielleicht einmal ein paar Äpfel stibitzt hat.''

Ein Schulfreund sagt: „Gundolf war ein netter ruhiger Typ, hatte immer ein geschniegeltes, gepflegtes Aussehen. Er war so ein richtiger Anstandswauwau. Er hat sich nie geprügelt, nie einen richtigen Rausch gehabt.''

* * *

Die aufmüpfigen Gammeltypen sind so rar geworden, wie früher die sauberen Streber. Sie werden gejagt, gemieden, weggeekelt. Peggy Beck, Tiefdruckretuscheuse mit kurzer Frisur und Gatsby-Anzug: „Ich mag so einen Gammeltypen garnet anfassen, wegen der Infektionsgefahr.'' Fast ebensogroß ist ihre Berührungsangst mit Arbeitslosen: „Einen Arbeitslosen zum Freund? Niemals!''

Michael Woydt (22) studiert Medizin

„Wer Lust hat, soll studieren. Das ist besser, als auf der Straße zu stehen oder anderen die Lehrstelle wegzunehmen"

Viele junge Leute suchen eine starke Anlehnung an die Eltern. Bei den Geschäftsfreunden des Vaters konversieren zu düfen, gilt als erstrebenswert. Erst redet man über Hotels, Reisen, Weine, dann mit den Vätern über Geschäfte, Länder, Präsidenten, über die ökonomische Lage.

* * *

Gundolf Köhler hatte keine gestörte Kindheit, es gab keinen Eltern-Sohn Konflikt — Pech für Psychologen.

Er wohnte in Tübingen, wo er Geologie und Chemie studierte. Er fotographierte Tiere, Pflanzen, Höhlen, wollte auch ein Buch über Heimatsagen schreiben. Keiner hätte ihm die Tat zugetraut. Seinen Hang zum Militarismus, zum Rechtsextremismus nahm keiner ernst... 'Nur ein einziges Mal machte er bei einem Schulstreich mit: Er legte dem Lehrer einen nassen Schwamm auf den Stuhl'. Er und seine drei Brüder — einer ist Studienassessor in Karlsruhe — wurden streng erzogen, mußten früh zu Hause sein. Der Vater meinte es gut.

* * *

Bei der Jugend ist wieder Stil gefragt. Und das ist nicht nur eine Äußerlichkeit. Überall treten selbst- und zielbewußte Mädchen und junge Männer an, um den verheerenden Schaden zu beseitigen, den die Null-Bock-Generation angerichtet hat

* * *



Früher: Die Jugend lag lieber, als daß sie stand (wie hier im Englischen Garten in München)

Fotos: Süddeutscher Verlag (2)

Bis hierhin ergibt sich keine Spur für kriminelle Energie. Der schlaksige Junge, der jeden Morgen mit dem Moped zur Schule fuhr, wird heute meistens so gekennzeichnet: „still'', „nett'', „unsicher'', „gehemmt''. Aber: „Wenn er sich bei Diskussionen nicht durchsetzen konnte, wurde er rot, bekam leichtes Augenflattern und wurde arrogant.''

Das Erröten, das leichte Augenflackern — das war ein Indiz dafür, daß Gundolf Köhler in seinem Inneren keineswegs so still sein konnte, wie es nach außen schien. In ihm brodelte es.

„Legt sie um, die roten Säue, macht sie nieder, Mann für Mann'' (WSG Hoffmann).

Vor zwei, drei Jahren schien dieser Gundolf Köhler nichts weiter als ein k r e u z b r a v e r Bursche mit gewissen Marotten zu sein. Er sammelte ja auch Fossilien, die er in Steinbrüchen selber schlug. Er schrieb kleine Artikel über Heimatkunde und Mineralien, streifte über Wiesen und Felder.

„Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen 'Battle Dress' spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen'' (Strauß).

* * *



Heute: Der Ball geht in die achte Stunde. Aber keiner macht schlapp.

Die Damen absentieren sich, zwitschern lustig über Kleider. Ein Erlebnis. Noch aufregender sind die Partys im größeren Kreis. Mit allem Drum und Dran wie früher: gedruckte Einladungen, Vorstellung, Tanz, Trinksprüche.

* * *

Ein Eigenbrötler, so sagen alle. Und dann hatte er noch Pech mit Mädchen. Vielleicht hat das bei ihm später als furchtbare psychologische „Zündung'' gewirkt.

„Wir haben keinen größeren Anteil an Verrückten als andere Länder'' (Egon Bahr).

„nur noch m i t medizinischen Dimensionen zu messen'' (Helmut Kohl).

„Es kann aber auch sein, daß es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen Einzelgänger handelt, der in seiner poltischen Umgebung mit diesen pervers verbrecherischen Ideen — wie sie in der 'Wehrsportgruppe Hoffmann' offensichtlich vertreten werden —, in seinem verführungsfähigen Gehirn so verhetzt worden ist, daß er als Einzeltäter diese schreckliche Tat begangen hat'' (Strauß).

* * *

Die neue Generation hat weiß Gott keine Ähnlichkeit mehr mit den Lemmingen, jenen seltsamen Tieren, die sich ohne Not von hohen Felsen in den Tod stürzten. Solche Mentalität hatte die Apo-Generation. Aber die ist nun runtergestürzt und somit nicht mehr da.



Früher: Haltlose Jugendliche irrlichtern durch die Stadt. Beruf und Leistung sind ihnen vergällt

Er spielte leidenschaftlich gern Popmusik — in Überlautstärke. Die Nachbarn, die Eltern schimpften. Sie verboten ihm auch, wie ein Wilder auf sein Schlagzeug zu hauen. Er floh in Diskotheken und kam bisweilen erst morgens heim.

Keine Frage, da staute sich Aggression. Das sollte später zu einem erstaunlichen Ausbruch führen.

„Wir sind von den Rechten aus Bologna. Wir sind gegen die Roten. Wir haben gestern einen Streich gemacht. Wir werden weitermachen'' (telefonischer Bekenneranruf bei der Münchner Polizei).

STATT GAMMELN SAMMELN: ERFAHRUNGEN

Das Leben ist aufregend, nicht die Nabelschau. So denken immer mehr junge Leute. Sie wissen nichts mehr anzufangen mit dem Begriff „Selbsterfahrung", der die siebziger Jahre prägte

Blind gehorsam waren die 80 jungen Leute, die sich von Karl-Heinz Hoffmann (43) zu rechtsradikalen Soldaten drillen ließen. Sie gehorchten wie dieser Hund (Foto), dessen Pfote Hoffmann zum Führergruß hochreißt. Hoffmann bleute den jungen Leuten — auch seinem Soldaten Köhler — ein: „Wir sind Europas schwarze Legionäre! Wir kämpfen gegen den Bolschewismus! Wir wollen die Diktatur.'' Der ehemalige Kneipenwirt aus Nürnberg trug am liebsten eine grüne Uniformjacke und einen Totenkopf am Kragenspiegel.

* * *

Was aus jungen Menschen, die auf so altmodische Dinge wie Disziplin und Etikette setzen, einmal wird, bleibt abzuwarten. Aber mehr als aus ihren Vorgängern allemal.

* * *

„Über die Motive des bei dem Münchner Anschlag ums Leben gekommenen Bombenlegers besteht keine Klarheit'' (Verfassungsschutz-Bericht 1980).

Komitee gegen die schrittweise Verblödung von Staat und Gesellschaft

zusammengestellt aus:
„Bunte'' vom 9.2.84 und 23.2.84
sowie
„Bild'' und „Frankfurter Neue Presse'' vom 29.9.80; „AZ-München'' vom 30.9.80; „Spiegel'' vom 6.10.80; „Quick'' vom 9.10.80; Verfassungsschutz-Bericht 1980

(PUBLICITÉ)

Diese Anzeige wurde am 16. März 1984 über eine ganze Seite in „Le Monde" veröffentlicht. Also, Böll, Vack und weitere: An die Federn!

LA MÉMOIRE COURTE

● **Nous citoyens français,** respectueux des lois c
n'accepterons jamais, que la Liberté serve de couver

● La **Liberté** est le bien de tous les Français et d'a
inscrite en **1789** après les luttes séculaires contre l'
avec les mots d'**Égalité** et de **Fraternité.**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jamai**
de presse, relayée et amplifiée par des médias comp

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jam:**
manipulateurs.

Même là où elle est battue, la gauche approche
Ouistreham sont conservés par la gauche le din
réveiller aucun des démons qui ont poussé au cou
n'accepterons jamais, d'en être les victimes consen

Nous voulons rétablir la vérité.

● **Car nous n'acceptons pas, nous n'accepterons**
parallèles et la torture, conduit et exalté les guerre
nous donner **des leçons de Liberté.**

● Nous n'accepterons pas, nous n'accepterons j
juridique la responsabilité collective et fait voter l:

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jam**
écrite en contradiction avec les Ordonnances d(
politique viennent nous donner **des leçons de plura**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jam**
imposé des lois d'aide à l'enseignement privé sans

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jan**
condamner cette période de notre histoire. Devrio

Et si l'on nous parle de Robespierre et de Saint-J
pas de l'Inquisition, de la Révocation de l'Édit de

● **Nous sommes les fils de la Révolution français**

Kurzes Gedächtnis

● **Wir, französische Bürger,** die wir die Gesetze der Republik, die Institutionen sowie das Prinzip des Machtwechsels respektieren, **akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß die Rechte und extreme Rechte die Freiheit als Vorwand benutzen.**

● Die **Freiheit** ist das Gut aller Franzosen, allen voran derjenigen, die die Menschen- und Bürgerrechtserklärung von **1789**, nach jahrhundertelangen Kämpfen gegen den Autoritarismus der Monarchen „von Gottes Gnade", an den Fassaden öffentlicher Gebäude angeschlagen haben, zusammen mit den Wörtern: **Gleichheit** und **Brüderlichkeit.**

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß diese Realität durch die systematische Desinformation von Pressegruppen und gefälligen Medien entstellt wird.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß die Meinung und die Werte der Linken in diesem Land durch Manipulatoren erstickt werden.

Auch dort, wo sie geschlagen wurde, erreicht die Linke immer noch die 50%. Aber die Wahlniederlage von Draguignan steht im Licht der Medien. Die Wahlerfolge der Linken, am darauffolgenden Sonntag, in Etampes und Ouistreham, werden von den Informationsorganen diskret behandelt. Wir haben nicht die Absicht, die Dämonen wach zu machen, die, im Laufe ihrer Geschichte, die Franzosen zur Gewalt geführt haben. Wir akzeptieren aber nicht, werden nie akzeptieren, willfährige Opfer der Gewalt zu sein.

Wir wollen die Wahrheit wieder herstellen

● **Denn wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß diejenigen, die die Sondergerichte hier eingeführt, die Parallel-Polizeien und Foltermethoden benutzt, die Kolonialkriege geführt und zum Exzess getrieben, in Paris selber den Tod Dutzender von Demonstranten herbeigeführt haben, uns heute **Freiheits-Lektionen** erteilen wollen.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß diejenigen, die in unsere Rechtsprechung die kollektive Verantwortung eingeführt haben und das Gesetz „Sicherheit und Freiheit" haben abstimmen lassen, uns **Rechts-Lektionen** erteilen.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß diejenigen, die den freien Sendern einen Maulkorb schenkten, das Geld über die gedruckte Presse herrschen, ihre politische Ordnung über die öffentlichen Informationssysteme (Radio, Fernsehen) walten ließen, uns heute **Pluralismus-Lektionen** erteilen.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß diejenigen, die 1959, ohne Verhandlungen und gegen den Wunsch von mehr als 10 Millionen, Gesetze zur Unterstützung des privaten Bildungswesens durchgesetzt haben, uns heute **Toleranz-Lektionen** erteilen.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren,** daß man die Exzesse und die Irrtümer der französischen Revolution benutzt, um diese Periode unserer Geschichte zu verurteilen. Sollten auch wir andere Ungerechtigkeiten, andere Verfolgungen in Erinnerung rufen müssen?

Wenn uns gegenüber von Robespierre, von Saint-Just die Rede ist, sollten wir dann an die Calas-Affaire, an die Dragonnaden (Anm. 1, 2) erinnern müssen? Und weshalb nicht auch an die Inquisition, an die Widerrufung des Erlasses von Nantes und an das Folterrad? (Anm. 3)

● **Wir sind die Kinder der Französischen Revolution und der Republik.** Unsere Hauptstadt, gestern wie heute, 1789 wie 1871, das ist nicht Versailles. Das war auch nie Vichy. Und wir werden uns Geschichtslektionen nicht gefallen lassen. Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß unter dem Vorwand einer „Revision", einer Versöhnung, die blutige Realität der Kollaboration weggewischt wird.

gefallen lassen. Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß unter dem Vorwand einer „Revision", einer Versöhnung, die blutige Realität der Kollaboration weggewischt wird.

● **Wir sind an der Seite der Résistance, gegen die Milizen und die Kollaborateure.** Mit JEAN MOULIN und DE GAULLE, gegen LAVAL und PETAIN, mit MANOUCHIAN und VERCORS, gegen DARNAND und MAURRAS (Anm. 4).

Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß der Holocaust der Deportierten und der Märtyrer der Freiheit, derer von Chateaubriand und vom Mont-Valérien (Anm. 5) aus unserem Gedächtnis genommen wird, genausowenig wie wir die Folterer und ihre Komplizen vergessen werden.

● **Wir akzeptieren nicht, werden nie die Desinformation akzeptieren,** wonach die französische Linke die Freiheiten angeblich gefährdet, während ihre gesamte Aktion seit dem Mai 1981 (Abschaffung der Sondergerichte, Abschaffung der Todesstrafe, Legalisierung der freien Sender) beweist, daß sie auf ihren Kampf für die Freiheit nicht verzichtet hat. Um so besser, wenn andere Geistesströmungen den gleichen Kampf führen und ebenfalls bereit sind, die Freiheit zu verteidigen.

● **Frankreich ist ein pluralistisches und demokratisches Land.** Seine Vielfalt bedeutet seinen Reichtum. Wir beanspruchen nicht, die gesamte Geschichte Frankreichs und die Realität von heute zu sein. Wir akzeptieren aber nicht, werden nie akzeptieren, daß ein ehemaliger Präsident der Republik die heutige Regierung in den Dreck zieht, und daß ein ehemaliger Minister die gleichen Reden hält wie ein Agitator der extremen Rechten. Ebensowenig wie den Vergleich unseres Landes mit Polen tolerieren wir antisemitische Karikaturen von unseren Ministern.

Man wird uns nicht ersticken. Das sollte man sich merken.

Wir haben kein kurzes Gedächtnis. Wir vergessen nicht, wer wir sind, woher wir kommen und woher unsere Gegner kommen. Wir lassen nicht mit uns über die immer noch lebendige Parole **Liberte-Égalite-Fraternite** handeln.

Wir sind die Erben derjenigen, die 1792 in diesem Land die Republik gegründet haben.

Wir verantworten unsere gesamte Vergangenheit. Wir sind die französische Linke. Und wir sind stolz darauf.

DAS SOLLTE MAN SICH WEITER SAGEN!

Was uns selber betrifft, werden wir nicht aufhören, es immer wieder zu wiederholen.

Das kurze Gedächtnis
(Verein nach dem Gesetz von 1901)
BP. 433, 75233 Paris, Cedex 5,
Unterschreiben Sie diesen Text, vervielfältigen Sie ihn, treten Sie bei.
(Diese Anzeige ist von einer Gruppe von Frauen und Männern aus der Linken finanziert worden.)

Anmerkungen:

1. Calas-Affaire: Jean Calas, Händler aus Toulouse, wurde 1762 dem Folterrad ausgesetzt, weil er angeblich seinen Sohn getötet hatte, damit dieser nicht dem Protestantismus abschwört. 1765 wurde er rehabilitiert, u.a. aufgrund des inzwischen berühmten Plaidoyers von Voltaire.
2. Dragonnaden: Bezeichnung für die brutalen Verfolgungen gegen Protestanten v.a. in Südfrankreich im 17. Jahrhundert. Der Name kommt von den königlichen Dragoner-Regimentern, die die Hauptvollstrecker der Verfolgungen waren.
3. Erlaß von Nantes: Der Erlaß von Nantes, 1598, vom König Heinrich IV., beendete zunächst die Kriege zwischen Protestanten und Katholiken. Ludwig XIV. widerrief diesen Erlaß zugunsten der Protestanten 1685. Der Widerruf führte zu erneuten Religionskriegen, im Verlauf derer viele französische Protestanten das Land verließen.
4. Jean Moulin: Beauftragter de Gaulles innerhalb des Widerstands in Frankreich selber. Unter anderem wegen dessen Ermordung sitzt Klaus Barbie in Lyon.

Pierre Laval: Vize-Präsident des Ministerrats der Petain-Kollaborations-Regierung in Vichy.
Vercors: Ursprünglich ein Elektroingenieur, gab Vercors 1941, als Mitglied der Resistance, die Novelle „Das Schweigen des Meeres" illegal heraus. „Das Schweigen des Meeres" bezeichnet das (stolze) Schweigen Frankreichs gegenüber den Nazi-Besatzern. Nach dem Krieg veröffentlichte er u.a. antirassistische und antifaschistische Novellen wie zum Beispiel „Auf diesem Ufer" (1958).
Charles Maurras: Führer der royalistisch-faschistischen „Action Francaise" unter der Volksfrontregierung.
5. Chateaubriand: Ort eines Gefangenenlagers unter der Nazi-Besetzung.
Mont-Valerien: Erschießungsort von Resistance-Kämpfern unter der Besetzung.

Frankreich-Kommission